

**Bundesministerium für
Bildung und Forschung**

**„Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden
in der Bundesrepublik Deutschland 2009“**

19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks

erstellt von HIS Hochschul-Informations-System GmbH

- **Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs
Thomas Rachel vom 23.04.2010**
- **Bericht (Anlage 1) und**
- **Kurzbericht zu Ausgewählten Ergebnissen (Anlage 2)**



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung - Sekretariat -						
Eingang: 23. April 2010 - Vfg. -						
Vorsitz	Ref.	EL	SB	EMisSekr.	Vorzi.	SK



Freiheit
Einheit
Demokratie

POSTANSCHRIFT Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, 11055 Berlin

Frau
Ulla Burchardt, MdB
Vorsitzende des Bundestagsausschusses für
Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
PLH Zi 1.340
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Hannoversche Straße 28-30, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18 57-5020
ZENTRALE +49 (0)30 18 57-0
FAX +49 (0)30 18 57-5520
E-MAIL thomas.rachel@bmbf.bund.de
HOMEPAGE www.bmbf.de

DATUM Berlin, 23. April 2010

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in der Anlage übersende ich Ihnen mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder Ihres Ausschusses die 19. Sozialerhebung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009 zur Kenntnisnahme. Die Ergebnisse der 19. Sozialerhebung basieren auf Antworten von rd. 16.370 Studierenden im Sommersemester 2009.

Nach kontinuierlichem Rückgang bis 2006 ist der Anteil der Studierenden aus bildungsfernen Elternhäusern nun erstmals gestiegen. Der Raum für Bildungsaufstieg nimmt damit zu. Gleichwohl müssen wir weiterhin daran arbeiten, Chancengerechtigkeit bei der Bildungsbeteiligung zu erreichen. Die Ergebnisse zeigen, dass junge Menschen aus bildungsfernen Schichten zunehmend den Weg an die Hochschule wählen, dies belegt die Zahl der Studierenden aus „mittleren“ bzw. „niedrigen Schichten“, die 2009 gegenüber 2006 um drei Prozentpunkte auf 41 Prozent angestiegen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Rachel

Anlagen



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009

**19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks
durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem**

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Referat Wissenschaftlicher Nachwuchs, wissenschaftliche Weiterbildung

10115 Berlin

Bestellungen

Schriftlich an den Herausgeber
Postfach 30 02 35
53182 Bonn
oder per
Tel.: 01805 - 262 302
Fax: 01805 - 262 303
(0,14 Euro/Min.)
E-Mail: books@bmbf.bund.de
Internet: <http://www.bmbf.de>

Druckerei:

BWH GmbH,
Hannover

Bonn, Berlin 2010

Gedruckt auf Recyclingpapier



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Wolfgang Isserstedt, Elke Middendorff, Maren Kandulla,
Lars Borchert, Michael Leszczensky

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009

**19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks
durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem**

Der vorliegende Bericht wurde im Auftrag des Deutschen Studentenwerks (DSW) und mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) von HIS Hochschul-Informationssystem GmbH, Hannover, unter Leitung von Dr. Michael Leszczensky und Wolfgang Isserstedt erstellt. Die Verantwortung für den Inhalt trägt HIS.

Projektgruppe: Dr. Michael Leszczensky
Wolfgang Isserstedt
Dr. Elke Middendorff
Maren Kandulla
Dr. Lars Borchert

Eine Internet-Version des Berichts finden Sie auch im WWW unter den folgenden Adressen: <http://www.sozialerhebung.de>
<http://www.bmbf.de>
<http://www.studentenwerke.de>
<http://www.his.de>

Vorwort

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Deutsche Studentenwerk (DSW) stellen mit dieser Publikation die Ergebnisse der 19. Sozialerhebung vor, die im Sommersemester 2009 durchgeführt wurde. Die Ergebnisse basieren auf mehr als 16.000 Fragebögen, die deutsche Studierende und studierende Bildungsländer/innen von 210 deutschen Hochschulen ausgefüllt haben, und die die HIS Hochschul-Informationen-System GmbH ausgewertet hat.

Die Sozialerhebung wird seit 1951 im Abstand von drei Jahren durchgeführt und bildet die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden in Deutschland ab. Die Kontinuität der Erhebungen erlaubt damit Vergleiche und Überblicke über einen langen Zeitraum. Die Zeitreihen im Kapitel Bildungsbeteiligung sind zu einem der wichtigsten Indikatoren dafür geworden, ob und in welchem Umfang sich die Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang in Deutschland verändert hat.

Die Ergebnisse der 19. Sozialerhebung bestätigen, dass die Verbesserungen im Rahmen des BAföG positive Wirkungen zeigen. Gleichwohl besteht noch immer ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Hochschulzugang. Deshalb bleibt in den nächsten Jahren die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit eine der dringenden Aufgaben der Bildungspolitik. Nur durch eine hohe Bildungsbeteiligung der nachfolgenden Generation am Hochschulstudium kann der erforderliche akademische Fachkräftebedarf für die Zukunft gesichert werden. Dass wir hier auf einem guten Weg sind, belegen die aktuellen Studienanfängerzahlen.

Die Daten der 19. Sozialerhebung geben uns wichtige Informationen über Einnahmen und Ausgaben der Studierenden und mögliche Handlungserfordernisse, um die finanziellen Rahmenbedingungen für die Studierenden weiter zu verbessern. Die Ergebnisse unterstreichen die besondere Relevanz der sozialen Rahmenbedingungen für den Hochschulzugang und für den Studienerfolg. Sie liefern der Politik, den Hochschulen und den Studentenwerken wichtige Hinweise für zukünftiges hochschulpolitisches Handeln und zur Qualitätsentwicklung der Service- und Beratungsangebote rund um das Studium.

Im Hinblick auf den Hochschulbereich ist die 19. Sozialerhebung eine der wichtigsten Datengrundlagen für die nationale Bildungsberichterstattung sowie für die internati-

onale Vergleichsuntersuchung EUROSTUDENT. Auf Grundlage der erhobenen Daten erscheinen zudem Ende 2010/Anfang 2011 zwei Sonderauswertungen zu den Themenfeldern „Soziale und wirtschaftliche Lage der Bachelor-Studierenden“ sowie „Die soziale Lage der ausländischen Studierenden in Deutschland und der deutschen Studierenden im Ausland“.

Wir danken den Studierenden, die den umfangreichen Fragebogen ausgefüllt haben, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hochschulen und Studentenwerke für ihre Unterstützung sowie den Beschäftigten der HIS Hochschul-Informationssystem GmbH für die erfolgreiche Durchführung dieser Erhebung.

Berlin, im März 2010



Prof. Dr. Annette Schavan, MdB
Bundesministerin
für Bildung und Forschung



Prof. Dr. Rolf Dobischat
Präsident
des Deutschen Studentenwerks

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zusammenfassung	1
1. Studierende und Hochschulentwicklung	3
2. Chancenstrukturen und Beteiligung an Hochschulbildung	8
3. Studienfinanzierung und wirtschaftliche Situation der Studierenden	12
3.1 Einnahmen der Studierenden	13
3.2 Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz ..	18
3.3 Ausgaben für die Lebenshaltung	21
3.4 Ausgaben für allgemeine Studiengebühren/-beiträge	24
4. Die Zeitstruktur des studentischen Alltags – Studium und Erwerbstätigkeit	24
5. Soziale Infrastruktur für Studierende	30
1. Anlage der Untersuchung	37
1.1 Untersuchungsziele	38
1.2 Erhebungsinstrumentarium	39
1.3 Durchführung der Untersuchung	42
1.4 Rücklauf und Repräsentativität	43
1.5 Darstellung der Ergebnisse	44
2. Hochschulzugang	47
2.1 Entwicklung der Studierenden- und Studienanfängerzahlen	50
2.2 Hochschulzugang und Vorbildung	57
2.2.1 Art der Studienberechtigung	57
2.2.2 Berufsausbildung vor Studienbeginn	58
2.2.3 Regionale Mobilität	61
2.2.4 Zeitliche Verzögerung der Studienaufnahme	64
2.3 Studierneigung und Studienverzicht	66
3. Bildungsbeteiligung	71
3.1 Quoten der Bildungsbeteiligung	74
3.1.1 Quoten der amtlichen Statistik	74
3.1.2 Sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligungsquoten	74
3.2 Bildungsschwellen	75
3.3 Zur Berechnung sozialgruppenspezifischer Bildungsbeteiligungsquoten	77

3.4	Beteiligung an allgemein bildenden Schulen	78
3.4.1	Schwelle 1: Schulform nach der Grundschule	78
3.4.2	Schwelle 2: Übergang in die Sekundarstufe II	78
3.4.3	Schwelle 3: Studienberechtigung	82
3.5	Schwelle 4: Bildungsbeteiligung an Hochschulen	84
3.5.1	Studienanfängerquoten	85
3.5.2	Sozialgruppenspezifische Studienbeteiligung	93
3.6	Bildungsbeteiligung und soziale Zusammensetzung	100
3.7	Bildungstrichter	103
4.	Sozio-demographische Merkmale der Studierenden	109
4.1	Demographische Merkmale	113
4.1.1	Alter der Studierenden	113
4.1.2	Familienstand der Studierenden	116
4.2	Soziale Herkunft	118
4.2.1	Schulabschluss der Eltern	120
4.2.2	Berufliche Bildung der Eltern	123
4.2.3	Berufliche Stellung der Eltern	126
4.2.4	Gruppen sozialer Herkunft	128
5.	Merkmale des Studiums	145
5.1	Fächerstruktur und angestrebte Abschlüsse	148
5.1.1	Veränderungen in der Fächerstruktur	148
5.1.2	Geschlechtsspezifische Unterschiede	152
5.1.3	Angestrebte Abschlüsse	155
5.2	Studienverlauf	157
5.2.1	Studiengangwechsel	157
5.2.2	Studienunterbrechung	162
5.2.3	Hochschulwechsel	166
5.2.4	Postgraduale Studiengänge	172
5.2.5	Studienbezogener Auslandsaufenthalt	175
6.	Studienfinanzierung – Einnahmen der Studierenden	181
6.1	Grundlagen der Analyse	184
6.1.1	Rechtslage	184
6.1.2	Haushaltstyp „Normalstudent“	186
6.1.3	Methodische Anmerkungen	187
6.2	Studienfinanzierung im Überblick	190

6.2.1	Höhe der monatlichen Einnahmen	190
6.2.2	Herkunft und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen ..	193
6.3	Einnahmensituation nach ausgewählten Merkmalen	202
6.3.1	Einnahmen und Geschlecht	202
6.3.2	Einnahmen und Alter	204
6.3.3	Einnahmen und soziale Herkunft	210
6.3.4	Einnahmen und BAföG-Status	216
6.3.5	Regionale Unterschiede	226
6.3.6	Studienspezifische Einnahmenunterschiede	231
6.3.7	Einnahmen und allgemeine Studiengebühren.....	237
6.4	Einschätzung der finanziellen Situation	242

7. Lebenshaltungs- und Studienkosten – ausgewählte

Ausgabenpositionen	251	
7.1	Vorbemerkung	254
7.2	Ausgewählte Ausgabenpositionen	255
7.2.1	Ausgaben für Miete einschließlich Nebenkosten	255
7.2.2	Ausgaben für Ernährung	262
7.2.3	Ausgaben für Kleidung	264
7.2.4	Ausgaben für Lernmittel	264
7.2.5	Ausgaben für Fahrtkosten	265
7.2.6	Ausgaben für Krankenversicherung, Arztkosten, Medikamente ..	267
7.2.7	Ausgaben für Telefon, Internet, Rundfunk- und Fernsehgebühren	268
7.2.8	Ausgaben für Freizeit, Kultur und Sport	269
7.2.9	Einnahmenabhängigkeit der Ausgaben	269
7.3	Bilanzierung der Einnahmen und Ausgaben	271
7.4	Allgemeine Studiengebühren	274
7.4.1	Umfang der Gebührenpflicht	274
7.4.2	Höhe der Studiengebühren und ihre Finanzierung	278

8. Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG

förderungsgesetz – BAföG	281	
8.1	Rahmenbedingungen	284
8.2	Umfang der Förderung	285
8.2.1	Stand und Entwicklung der BAföG-Quote	286
8.2.2	BAföG-Quote nach ausgewählten Merkmalen	287
8.2.3	BAföG und allgemeine Studiengebühren.....	298
8.3	Höhe der Förderungsbeträge	302

8.4	Förderungsarten	306
8.5	Einschätzung der BAföG-Förderung aus der Sicht der Betroffenen	307
8.6	Warum kein BAföG?	310
9.	Zeitbudget	313
9.1	Zeitaufwand für das Studium	316
9.1.1	Studienaufwand nach Art des Studiums	316
9.1.2	Studienaufwand im Studienverlauf	320
9.1.3	Studienaufwand nach angestrebtem Abschluss	321
9.1.4	Studienaufwand nach Studienbereichen	322
9.2	Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit	325
9.2.1	Erwerbsaufwand nach Art des Studiums	325
9.2.2	Erwerbsaufwand nach Hochschulart	328
9.2.3	Erwerbsaufwand im Studienverlauf	329
9.3	Zeitbudget aus Studium und Erwerbstätigkeit	330
9.3.1	Zeitbudget und regionale Merkmale	332
9.3.2	Zeitbudget und sozio-demographische Merkmale	336
9.3.3	Zusammenhang zwischen Studien- und Erwerbszeit	337
9.3.4	Vollzeit- versus Teilzeitstudium	340
9.4	Einschätzung der zeitlichen Studienbelastung	350
9.4.1	Zeitliche Belastung während der Vorlesungszeit	351
9.4.2	Zeitliche Belastung während der vorlesungsfreien Zeit	354
10.	Studentische Erwerbstätigkeit	359
10.1	Erwerbstätigenquote	363
10.2	Einflussfaktoren der Erwerbstätigkeit	365
10.2.1	Alte versus neue Länder	365
10.2.2	Allgemeine Studiengebühren	367
10.2.3	Länder und Hochschulstandorte	369
10.2.4	Sozio-demographische Merkmale	371
10.2.5	Hochschulzugang und Studienverlauf	375
10.2.6	Studiengang	376
10.3	Motive studentischer Erwerbstätigkeit	378
10.3.1	Einzel motive	380
10.3.2	Hauptdimensionen der Erwerbsmotivation	382
10.3.3	Erwerbsmotive und Zeitaufwand bzw. Verdienst	384
10.3.4	Erwerbsmotive und Alter	386
10.3.5	Erwerbsmotive und soziale Herkunft	387

10.3.6	Erwerbsmotive und Einstellung zum Studium	387
10.4	Tätigkeitsarten	388
10.5	Finanzieller Ertrag der Tätigkeiten	393
11.	Wohnsituation	397
11.1	Genutzte Wohnform	400
11.2	Einflussfaktoren bei der Wahl der Wohnform	402
11.2.1	Regionale Aspekte	402
11.2.2	Alter	406
11.2.3	Geschlecht und Familienstand	407
11.2.4	Soziale Herkunft	408
11.2.5	Studienspezifische Merkmale	409
11.3	Wohnwünsche und Wohnzufriedenheit	414
11.3.1	Wohnwünsche	414
11.3.2	Wohnzufriedenheit	417
12.	Gastronomische Einrichtungen im Hochschulbereich – Mensa und Cafeteria	421
12.1	Mensa und Cafeteria – Leistungsbeschreibung	424
12.2	Nutzung des Angebots	424
12.3	Mittagessen	426
12.3.1	Inanspruchnahme	426
12.3.2	Beeinflussende Faktoren	427
12.4	Mensen und Cafeterien – Wichtige Aspekte aus studentischer Sicht	434
13.	Beratungs- und Informationsbedarf	439
13.1	Beratungs- und Informationsbedarfsquote	442
13.2	Beratungs- und Informationsbedarf und Merkmale des Studiums	444
13.2.1	Art des Studiums	444
13.2.2	Hochschulart	447
13.2.3	Angestrebter Abschluss und Fächergruppe	450
13.2.4	Studiengangwechsel	451
13.2.5	Studien-Erwerbs-Typ	453
13.3	Beratungs- und Informationsbedarf und soziodemographische Merkmale	456
13.3.1	Alter	456
13.3.2	Geschlecht	458
13.3.3	Soziale Herkunft	461
13.4	Nutzung von Angeboten zur Beratung und Information	461

14. Studieren mit Kind	467
14.1 Anteil und Anzahl Studierender mit Kind.....	470
14.2 Sozio-demographische Merkmale	472
14.2.1 Alter der Studierenden mit Kind	472
14.2.2 Familienstand und Kinderzahl	472
14.2.3 Soziale Herkunft	476
14.2.4 Alter des (jüngsten) Kindes	477
14.2.5 Wohnform	479
14.3 Studienbezogene Merkmale	479
14.3.1 Hochschulart, Studiengang und Studienfach	479
14.3.2 Studienverlauf von Studierenden mit Kind	481
14.4 Stellenwert des Studiums	483
14.4.1 Zeitbudget und Erwerbstätigkeit	484
14.4.2 Studien-Erwerbs-Typ und Zentralität des Studiums	488
14.4.3 Beratungs- und Informationsbedarf	490
14.5 Wirtschaftliche Situation	493
15. Studierende mit Migrationshintergrund	499
15.1 Begriffliche Abgrenzung und Herkunftsländer	502
15.2 Demographische Merkmale	504
15.3 Soziale Herkunft	505
15.4 Bildungsbiographie, Fächerwahl und Studienverlauf	506
15.4.1 Hochschulzugang und berufliche Vorbildung	506
15.4.2 Studienmerkmale	507
15.5 Finanzielle Situation	510
15.6 Erwerbstätigkeit	513
15.7 Wohnformen	514
Anhang	515
A Erhebungsunterlagen und Randauszählung	515
A.1 Fragebogen und Begleitschreiben.....	516
A.2 Randauszählung	533
B Methodische Anmerkungen	557
B.1 Zur Berechnung der Bildungsbeteiligung.....	558
B.2 Zur Bildung sozialer Herkunftsgruppen.....	563
Literaturverzeichnis.....	567

Zusammenfassung

Vorbemerkung

Mit dem vorliegenden Bericht werden die Ergebnisse der 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks präsentiert, die im Sommersemester 2009 von HIS Hochschul-Informationssystem durchgeführt wurde. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 16.370 Befragten und sind repräsentativ für die Studierenden an deutschen Hochschulen.¹

Die Sozialerhebung, die seit 1951 zu- meist im dreijährigen Rhythmus durch- geführt wird, ist ihrer Anlage nach ein mit wissenschaftlichen Methoden erstell- tes, befragungsbasiertes Berichtssystem, das ein umfassendes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden in Deutschland sowie zu einigen ausge- wählten Aspekten der Studiensituation und des Studienverlaufs zeichnet. Der Un- tersuchungsreihe liegt die Annahme zu- grunde, dass der erfolgreiche Verlauf ei- nes Studiums nicht nur von den Bedin- gungen des Lehrens und Lernens an der Hochschule abhängen, sondern auch von den sozialen und wirtschaftlichen Vo- raussetzungen, unter denen ein Studium durchgeführt wird, und damit von der so- zialen Infrastruktur, die Staat, Hochschu- len, Studentenwerke oder andere Einrich-

tungen bereitstellen (z. B. BAföG, Mensen/ Cafeterien, Wohnmöglichkeiten und Be- ratungsangebote).

Die Untersuchungsergebnisse bieten eine aktuelle Bestandsaufnahme zu den sozialen und wirtschaftlichen Bedingun- gen und Problemen des Studierens und ordnen diese in die längerfristige, durch eine Vielzahl von Zeitreihen dokumen- tierte Entwicklung studentischen Lebens in Deutschland ein. Da sich in der Ent- wicklung der sozialen und wirtschaftli- chen Aspekte des Studiums immer auch der Wandel der gesellschaftlichen und fa- miliären Lebensverhältnisse nieder- schlägt, ist die Sozialerhebung auch ein Spiegel der sozialgeschichtlichen Ent- wicklung in Deutschland – bezogen auf 30 % bis 40 % eines Altersjahrgangs, die ein Studium aufnehmen, und ihre Herkunftsf- amilien.

Die Sozialerhebung ist ein zentraler Bestandteil eines arbeitsteilig organisier- ten, regelmäßigen Monitorings zur Situa- tion der Studierenden in Deutschland, wobei ihr Schwerpunkt auf der sozialen und wirtschaftlichen Dimension liegt. Die Sozialerhebung steht damit an der Schnittstelle zwischen Sozial- und Bil- dungsberichterstattung. Diese Verknüp- fung kommt zum Beispiel in der Frage zum Ausdruck, in welcher Weise ein er- folgreicher Studienverlauf durch die Stu- dienfinanzierung mitbestimmt wird. Auch Informationen zum Thema Chan-

¹ Deutsche und Bildungsinländer/innen, ausge- nommen sind die Studierenden der Universitä- ten der Bundeswehr, der Verwaltungsfachhoch- schulen und der Hochschulen des Fernstu- diums.

cengerechtigkeit beim Hochschulzugang sind seit einigen Jahren verstärkt Gegenstand der Berichterstattung. Diese basieren vor allem auf den von HIS berechneten Quoten der Beteiligung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen an der Hochschulbildung.

Die im Sommersemester 2009 durchgeführte 19. Sozialerhebung beschreibt die Situation der Studierenden zu einem Zeitpunkt, in dem sich ein in der Geschichte der deutschen Hochschulen einzigartiger Umbruch weitgehend vollzogen hatte, der deutlich über alle früheren Hochschul- und Studienreformen hinausgeht. Dieser Umbruch bezieht nahezu alle Facetten und Bestandteile des Hochschulsystems ein – vom Zugang zum Studium und der Organisation des Studiums über das neue gestufte System akademischer Abschlüsse bis hin zur Organisation, Steuerung und Finanzierung der Hochschulen. Aus studentischer Perspektive sind es vor allem die mit dem Bologna-Prozess verbundenen Reformen des Studiums, die zu Veränderungen auch der wirtschaftlichen und sozialen Lage führen können. Darüber hinaus wurden im Zeitraum der 19. Sozialerhebung in sechs Ländern allgemeine Studiengebühren bzw. Studienbeiträge erhoben, was für etwa die Hälfte der Studierenden bzw. ihre Eltern eine nennenswerte finanzielle Mehrbelastung bedeutet. Im Rahmen der Sozialerhebung ist dies der erste Messzeit-

punkt unter den Bedingungen von allgemeinen Studiengebühren/-beiträgen.

Die 19. Sozialerhebung beleuchtet einen Ausschnitt des oben genannten Reform- und Veränderungsprozesses im Hochschulsystem und kann erste Auswirkungen dieses Prozesses sichtbar machen. Die Ergebnisse der Sozialerhebung müssen als eine Zeitreihe gelesen werden, die den jeweils aktuellen Stand innerhalb eines fortlaufenden Wandlungsprozesses dokumentiert. Als eine Art Monitoringinstrument stellt die Sozialerhebung Informationen zur Verfügung, die dazu beitragen können, rechtzeitig Handlungsbedarfe zu erkennen und gegebenenfalls korrigierend in diesen Prozess einzugreifen.

1. Studierende und Hochschulentwicklung

Die Entwicklung des Hochschulsystems ergibt sich aus dem Zusammenwirken von gesellschaftlichen Veränderungs- und politischen Willensbildungsprozessen. Mit der Sozialerhebung soll ein Beitrag geleistet werden, sich dadurch ergebende Veränderungen der Situation der Studierenden, vor allem ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage, aufzuzeigen.

Reformen in der Studienstruktur und der Studienorganisation sowie Änderungen in der Ausbildungsförderung sind Beispiele für politisch angestrebten und

vollzogenen Wandel. Wie die aktuelle Debatte über die Folgen der Implementierung der neuen Studienstruktur zeigt, können solche Reformen aber auch zu unvorhergesehenen (Neben-)Folgen führen.

Als Beispiel für gesellschaftliche Veränderungsprozesse ist der demografische Wandel zu nennen, dessen Auswirkungen auf den Hochschulbesuch nicht unerheblich sind. Der demographische Wandel basiert u. a. auf verändertem Reproduktionsverhalten. Solche Veränderungen sind in der Regel die Folge langfristiger gesellschaftlicher Wandlungsprozesse z. B. in den Familienstrukturen oder in den gesellschaftlichen Wertorientierungen. Aber auch wirtschaftliche Entwicklungen beeinflussen die Studiennachfrage. So ist etwa die konjunkturbedingte Situation des Arbeitsmarkts ein Einflussfaktor bei Studienentscheidungen. Auch wenn solche Veränderungen ihre Ursachen unmittelbar gar nicht im Bildungssystem finden, gehen sie keineswegs an den Hochschulen vorüber. All diese Faktoren spielen auch in die Ergebnisse der Sozialerhebung hinein. Sie werden etwa in der Zusammensetzung der Studierenden nach Merkmalen wie Geschlecht oder Herkunft oder in den Auswirkungen gesellschaftlicher Individualisierungsprozesse greifbar.

Im Einzelnen wird hier auf folgende wichtige Ergebnisse hingewiesen:

- Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ist die Zahl der jährlichen Studienanfänger um ca. ein Drittel angestiegen, von ca. 220.000 auf knapp. 330.000 in 2008 (Bild 2.1). Diese Entwicklung verlief kontinuierlich bis 2003. Danach gab es eine Rückwärtsbewegung; die Studienanfängerzahlen waren rückläufig bis zum Jahr 2006. Erst ab 2007 setzte sich der über einen längeren Zeitraum zu beobachtende Aufwärtstrend fort und erreichte 2009 seinen vorläufigen Höhepunkt.

Die demografische Entwicklung allein kann weder eine Erklärung für die enorme Zunahme der Studienanfängerzahlen bis 2003 noch für deren „Einbruch“ Mitte der 2000er Jahre liefern. Dafür ist zu wesentlichen Teilen die kontinuierlich zunehmende Bildungsbeteiligung verantwortlich, die allerdings zwischen 2004 und 2006 einen „Dämpfer“ erhalten hat. Der Anstieg in der Bildungsbeteiligung an Hochschulen nach 2006 ist umso bemerkenswerter und deutet auf einen gewissen Nachholeffekt hin (Bild 2.3).

Die Studienanfängerquote – hier der Anteil der Deutschen und Bildungsinländer/innen mit Studienaufnahme an der altersspezifischen Bevölkerung – hatte 2003 einen Wert von 33 % erreicht, um danach bis 2006 auf 30 % abzusinken und anschließend wieder zu steigen, auf einen vorläufigen Höchstwert von 34 % in 2008 (Bild 3.8). Diese Anfängerquote, die

für 2009 eher noch etwas höher ausfallen dürfte, ist wesentlich als Resultat des deutschen Schulsystems anzusehen. Diese Quote erhöht sich um fünf bis sechs Prozentpunkte, wenn zugewanderte ausländische Studienanfänger mitgezählt werden. Unter Berücksichtigung der Zuwanderung ist damit die hochschulpolitisch gesetzte Zielmarke einer Anfängerquote von 40 % erreicht. Mit der tendenziellen Erhöhung der Studienanfängerquote soll mittel- bis langfristig der Anteil der Akademiker an den Erwerbstätigen zunehmen, damit die wirtschaftliche und technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht durch Fachkräftemangel gefährdet wird.

- Die Zunahme der Studienanfängerzahlen ist im Wesentlichen der Zunahme der Zahl der Studienberechtigten zu verdanken und nicht so sehr Veränderungen in deren Studienentscheidung. Insofern werden die wichtigsten Weichenstellungen für die Beteiligung an höherer Bildung im Schulsystem vollzogen. Binnen eines Jahrzehnts hat sich der Anteil der Studienberechtigten an der altersgleichen Bevölkerung um neun Prozentpunkte auf 45 % erhöht. Stark zugenommen hat der Anteil mit Fachhochschulreife (fünf Prozentpunkte), die i. d. R. an beruflichen Schulen erworben wird (Bild 3.6). Von den Studienberechtigten 2008 haben 69 % ein Studium aufgenommen bzw. die feste Absicht, dies zu tun. Damit ist die

sog. Brutto-Studierquote gegenüber dem Jahrgang 2006 geringfügig angestiegen. Werden die seit dem Frühjahr 2009 zum Hochschulbereich gehörenden Berufsakademien mitgezählt, wird sogar der relativ hohe Wert von 2002 (73 %) fast wieder erreicht.

Der Anteil derjenigen Personen, die auf ein Studium trotz grundsätzlicher Berechtigung verzichten, lag in den letzten 15 Jahren zwischen einem Viertel und einem Drittel aller Studienberechtigten (Bild 3.12). Studierbereitschaft und Übergangsquote sind offenkundig sehr sensible Größen, denen in Zukunft mit Blick auf den akademischen Nachwuchsbedarf gerade auch angesichts der sich gegenwärtig vollziehenden Veränderungen im Hochschulsystem besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Die meisten Studienberechtigten entscheiden sich für ein Studium oder eine Berufsausbildung, eine Doppelqualifikation – Studium plus Berufsausbildung – wird tendenziell seltener angestrebt. Der Anteil der Studierenden, die vor ihrer Studienaufnahme eine Berufsausbildung absolviert haben, geht seit Mitte der 1990er Jahre zurück – dies gilt sowohl für Studierende an Universitäten als auch für die an Fachhochschulen (Bild 2.7).

- Seit 2002 ist die Zusammensetzung der Studierenden nach Geschlecht relativ stabil geblieben; der Frauenanteil liegt insgesamt bei ca. 48 %. Die diesbezüglichen

chen Unterschiede zwischen den Fächern sind aber nach wie vor beträchtlich (Bild 5.4). Korrespondierend mit der Fächerstruktur liegt der Anteil der Frauen an den Universitäten mit 51% weit höher als an den Fachhochschulen mit 38% (Bild 2.4).

- Die Fächerstruktur der Studierenden weist keine wesentlichen Veränderungen, sondern überwiegend eine Fortsetzung jener Trends auf, die sich schon seit Anfang der 1990er Jahre zeigen (Bild 5.12 und Bild 5.12). Der Anteil der Ingenieurwissenschaften stagniert seit Ende der 90er Jahre auf einem recht niedrigen Niveau; zwar gibt es hier seit 1997 wieder eine steigende Zahl an Studienanfängern, aber nur gerade in dem Umfang, wie die Anfängerzahlen generell angeht. Vom Rückgang der Ingenieurwissenschaften konnten anteilmäßig vor allem die Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften und Sozialwissenschaften/Pädagogik/Psychologie profitieren. Vor allem für die Ingenieurwissenschaften könnte sich der anhaltend niedrige Frauenanteil als nachteilig für die weitere Entwicklung erweisen (Bild 5.5).

- Aufgrund des fortgeschrittenen Bologna-Prozesses hat sich der Anteil der Studierenden, die als Abschluss ihres Studiums einen Bachelor oder Master anstreben, gegenüber 2006 rasant erhöht (47% vs. 13%). Während an den Fachhoch-

schulen mittlerweile gut zwei Drittel der Studierenden in einem Bachelorstudien-gang eingeschrieben sind, liegt der entsprechende Anteil an den Universitäten bei knapp einem Drittel. Bei dem Anteil, der einen Masterstudiengang absolviert, ist der Unterschied zwischen den beiden Hochschularten hingegen nur geringfügig (Bild 5.6).

Die 19. Sozialerhebung liefert erneut wesentliche Informationen zu Studienverläufen, insbesondere zu Mobilität und Fluktuation im Studium:

- Bis zum Befragungszeitpunkt haben 19% der Studierenden im Erststudium ihr Fach bzw. ihren Abschluss gewechselt, wobei diese Wechsel häufig fachaffin verlaufen, d. h. innerhalb der ursprünglich gewählten Fächergruppe (Bild 5.7 und Bild 5.9). 11% hatten ihr Studium unterbrochen. 14% haben einen Hochschulwechsel vollzogen, oft in Verbindung mit einem Wechsel des Studiengangs (Bild 5.17). Es deutet sich an, dass die Entscheidungen zur Korrektur der Studienwahl durch die Einführung gestufter Studiengänge früher fallen. Während im Erststudium insgesamt 59% der Studiengangwechsler diese Entscheidung im ersten Studienjahr getroffen haben, sind es unter den Bachelorstudierenden 76%. Die studienbegleitenden Prüfungen zwingen offenbar früher eine Entscheidung herbei.

- Für die Studierenden in höheren Semestern ist berechnet worden, wie hoch der Anteil ist, der studienbedingt im Ausland war: Danach haben 32 % der Studierenden in den traditionellen Studiengängen (nur Erststudium) einen Auslandsaufenthalt absolviert (Bild 5.20). Über die Hälfte davon (18 %) hatte sich an einer ausländischen Hochschule immatrikuliert; die Übrigen absolvierten ihren Auslandsaufenthalt in anderen Formen. Weitere 12 % planen noch einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt, 5 % haben bereits entsprechende Vorbereitungen getroffen.

Die Quote der Auslandsmobilen ist unter den Bachelorstudierenden in höheren Semestern mit 16 % deutlich geringer; 9 % waren an einer ausländischen Hochschule immatrikuliert. Allerdings ist der Anteil, der einen studienbedingten Auslandsaufenthalt noch für die Zukunft plant, sehr viel höher; er beträgt 29 % (Bild 5.21). Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass in der gestuften Studienstruktur ein studienbedingter Auslandsaufenthalt häufig erst in der Masterphase vorgesehen ist bzw. in Erwägung gezogen wird. Allerdings ist zu beachten, dass lediglich 12 % die Realisierung des geplanten Auslandsaufenthalts als sicher einstufen, während 17 % dies „eventuell“ vorhaben. Die Anteile der realisierten und noch geplanten Auslandsaufenthalte stellen zusammen den Maximalwert für den zu

prognostizierenden Anteil auslandsmobiler Studierender dar. Interessant ist, dass sich dieser bei Bachelorstudierenden und Studierenden der traditionellen Studiengänge kaum unterscheidet (45 % vs. 44 %).

Darüber hinaus ist festzustellen:

- Gut die Hälfte der Studenten und beinahe zwei Drittel der Studentinnen (62 %) leben in einer festen Partnerschaft; 4 % der Studenten und 5 % der Studentinnen sind verheiratet (Bild 4.4).

- Von den Studierenden im Erststudium haben 5 % mindestens ein Kind, 6 % der Frauen sowie 4 % der Männer. Vor dem Hintergrund einer anderen Studien- und Alltagsrealität der studierenden Mütter und Väter ist es nachvollziehbar, dass das Studium weniger häufig im Mittelpunkt der Interessen und Aktivitäten steht als dies bei Studierenden ohne Kind der Fall ist (Bild 14.23).

- Dadurch, dass gegenüber 2006 die Fragestellung erweitert wurde, konnte 2009 unter den Studierenden (Deutsche und Bildungsinländer/innen) ein höherer Anteil an solchen mit Migrationshintergrund identifiziert werden. Der nunmehr festgestellte Anteil liegt bei 11 %. Dazu zählen vor allem Studierende, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und deren Migrationshintergrund dadurch bestimmt ist, dass sie eingebürgert wurden (4 %), mindestens ein Elternteil ausländischer Staatsangehöriger ist (3 %) oder der Studierende selbst neben der

deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit besitzt (1%). Außerdem gehören die so genannten Bildungsinländer/innen (3%), also die Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland die Schule besucht und hier ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, zu denen mit Migrationshintergrund (Bild 15.1).

- In einer ganzen Reihe von Merkmalen unterscheiden sich Studierende mit Migrationshintergrund von den anderen Studierenden. Sie kommen zum Beispiel deutlich häufiger aus eher niedrigen sozialen Herkunftsfamilien, was allerdings nur für die Gruppen der Eingebürgerten und der Bildungsinländer/innen gilt (Bild 1.14). Sie studieren ganz überwiegend an Hochschulen in den alten Ländern, häufiger in Fächern aus dem Bereich der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Auch ihre finanzielle Lage unterscheidet sich vom Durchschnitt der Studierenden beträchtlich: Der Elternanteil an den monatlichen Einnahmen fällt deutlich niedriger, der BAföG-Anteil und der Anteil des eigenen Verdienstes dagegen höher aus. Insgesamt verfügen Studierende mit Migrationshintergrund über durchschnittlich höhere Einnahmen als solche ohne Migrationshintergrund (832 € vs. 810 €). Dies gilt für alle Migrantengruppen, wobei die mit doppelter Staatsbürgerschaft finanziell am besten ausgestattet sind (862 €).

2. Chancenstrukturen und Beteiligung an Hochschulbildung

In welchem Maße führen Studienreformen und zunehmende Beteiligung an Hochschulbildung auch zu einer sozialen Öffnung der Hochschulen gegenüber denjenigen Gruppen, die bislang weniger an Hochschulbildung partizipiert haben? Um diese Frage zu beantworten, werden von HIS parallel zur Sozialerhebung Quoten für die sozialgruppenspezifische Beteiligung an Hochschulbildung ermittelt.

Im Unterschied zu denjenigen Teilen des Berichts, die auf der im Rahmen der Sozialerhebung durchgeführten Studierendenbefragung aufbauen, basiert diese Analyse primär auf Daten der amtlichen Statistik (z. B. des Mikrozensus) und anderen Untersuchungsreihen (z. B. den HIS-Studienanfängerbefragungen). Soziale Beteiligungsquoten, wie sie in der Sozialerhebung präsentiert werden (Kapitel 3), sagen etwas über die Zusammenhänge zwischen Bildungsbeteiligung und sozialer Zugehörigkeit und über die Verteilung der Studierchancen zwischen den sozialen Gruppen aus. Hiervon sind Daten zur sozialen Herkunft bzw. zur sozialen Zusammensetzung der Studienanfänger/innen und Studierenden (Kapitel 4) strikt zu unterscheiden.

In den ermittelten Beteiligungsquoten schlägt sich die mehrfache Selektivi-

tät auf dem Wege zu einem Hochschulstudium nieder, wie sie im Konzept der Bildungsschwellen zum Ausdruck kommt (Bild 3.1): Zum einen findet Selektivität in einem ganz entscheidenden Umfang bereits innerhalb des Schulsystems statt, insbesondere beim Übergang von der Grundschule zur Sekundarstufe I, aber auch an der Schwelle zwischen den Sekundarstufen I und II und beim Erwerb einer Studienberechtigung. Zum anderen manifestiert sich die Selektivität innerhalb dieses bereits stark vorgefilterten Potentials dann noch einmal an der Schwelle des Hochschulzugangs, wenn die Entscheidung über die Aufnahme eines Studiums selbst bei gleicher Schulleistung mit der sozialen Herkunft variiert.

Für diesen Bericht ist die sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligung an der zweiten und vierten Schwelle – dem Übergang in die Sekundarstufe II und dem Hochschulzugang – analysiert worden. Dabei ergibt die Differenzierung der traditionell für die Messung des sozioökonomischen Hintergrunds der Bildungsbeteiligung herangezogenen vier sozialversicherungsrechtlichen Kategorien nach solchen Elternhäusern, in denen mindestens ein Elternteil bereits über einen Hochschulabschluss verfügt, und solchen, für die das nicht gilt, interessante Befunde. Im Ergebnis zeigt sich, dass die enorme Spannweite in der Bildungsbeteiligung zwischen den betrachteten Teil-

gruppen noch weit größer ausfällt, als dies schon bei den vier sozialversicherungsrechtlichen Gruppen der Fall ist. Die eigentliche soziale Differenzierung der Studierchancen verläuft dabei nicht nur entlang dieser Gruppen, sondern vor allem auch in Abhängigkeit von einem Hochschulabschluss der Eltern (Bild 3.16). Insofern wird bestätigt, wie wichtig die Berücksichtigung der unterschiedlichen, quer zu den sozialen Gruppen verlaufenden Bildungsmilieus ist, die immer wieder, aber keineswegs befriedigend, als „hochschulnah“ und „hochschulfern“ bezeichnet werden.

Zwar gibt es Hinweise auf eine leichte Annäherung in den Studierchancen zwischen den sozialen Gruppen (vgl. 18. Sozialerhebung, Bild 3.26). Die Bildungsbeteiligung von Kindern aus unterschiedlichen Herkunftsmilieus scheint sich über einen langen Zeitraum gesehen tendenziell, aber keineswegs kontinuierlich einander anzunähern, jedoch ohne sich anzugleichen. Die grundlegenden sozialen Disparitäten erweisen sich als relativ stabil. Die Gruppen mit der höchsten Beteiligungsquote beim Hochschulzugang – Kinder aus Selbständigen- und Beamtenfamilien, in denen mindestens ein Elternteil ein Studium absolviert hat – weist auch 2007 noch eine etwa fünf Mal so hohe Studierchance auf wie die Gruppe mit der niedrigsten Beteiligungsquote, den Kindern aus Arbeiterfamilien (Bild 3.16).

Die Rekrutierungspotentiale aus den hochschulnahen Bildungsmilieus sind mit einer Beteiligungsquote von 71% (Bild 3.14) schon recht gut ausgeschöpft; eine arbeitsmarktpolitisch erwünschte Erschließung neuer Nachfragepotentiale für ein Hochschulstudium kann nur über eine stärkere soziale Öffnung der Hochschulen erfolgen. Dies gelingt bisher nur zum Teil. Nach den Ergebnissen der 19. Sozialerhebung kommen die Studierenden in etwa zu gleichen Teilen aus hochschulnahen und hochschulfernen Schichten. In der altersgleichen Bevölkerung fällt der Anteil, der aus einem hochschulnahen Elternhaus stammt, mit gut einem Fünftel allerdings wesentlich geringer aus. Insofern ist die Hochschule derzeit eine Institution, die vielen den Bildungsaufstieg ermöglicht, aber stärker noch den Erhalt eines bereits erreichten akademischen Status in der jeweils nachfolgenden Generation sichert.

Im Einzelnen werden folgende Ergebnisse hervorgehoben:

- Obgleich bislang immer noch von allen Studienberechtigten weniger Frauen als Männer ein Studium aufnehmen, haben sich die geschlechtsspezifischen Beteiligungsquoten an Hochschulen im letzten Jahrzehnt weitgehend angeglichen (Bild 3.10), weil in den meisten Ländern der Bundesrepublik Deutschland inzwischen erheblich mehr Frauen als Männer eine Studienberechtigung erwerben.

Die immer wieder beobachtbaren Unterschiede zwischen Universitäten und Fachhochschulen in der geschlechtsspezifischen Anfängerquote bestehen fort; im Universitätsbereich stellen die Frauen aber seit einigen Jahren kontinuierlich mehr als die Hälfte aller Studienanfänger (Bild 2.2). In den neuen Ländern (einschl. Berlin) beteiligen sich Frauen stärker an Hochschulbildung als Männer. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Beteiligung an universitären Studiengängen sind noch etwas stärker ausgeprägt als in den alten Ländern, während die für die alten Länder geschlechtstypischen Unterschiede in der Beteiligung an Fachhochschulen in den neuen Ländern so gut wie nicht vorhanden sind (Bild 3.10).

- Wie stabil soziale Strukturen der „Vererbung“ kulturellen Kapitals sind, wird bei allen Indikatoren des Bildungs- und Berufsstatus der Eltern deutlich. Diese hohe Konstanz ist der wichtigste Grund dafür, dass sich die Ergebnisse der letzten Sozialerhebungen in diesem Punkt kaum unterscheiden. So zeigt sich auch in der 19. Sozialerhebung wieder der enge Zusammenhang zwischen dem Bildungsstatus (Schulabschluss) der Eltern und der Studienaufnahme der Kinder (Bild 3.13). Dieser setzt sich beim Ausbildungsabschluss und bei der beruflichen Stellung der Eltern fort (Bild 3.16).

- Zwischen 2005 und 2007 ist die Bildungsbeteiligung an Hochschulen insge-

samt um 0,6 %-Punkte auf 34,7% angestiegen. In diesem Zeitraum ist die Bildungsbeteiligung von Selbständigenkindern stark (von 52% auf 61%) und von Beamtenkindern etwas angestiegen (von 65% auf 67%). Bei Arbeiterkindern ist die Bildungsbeteiligung dagegen konstant bei 17% geblieben und bei Angestelltenkindern sogar leicht gesunken (von 40% auf 37%; vgl. Bild 3.32, 18. Sozialerhebung und Bild 3.15).

Interessanterweise hat die Bildungsbeteiligung an Hochschulen bei Akademikerkindern nachgelassen, allerdings auf sehr hohem Niveau (von 83% auf 71% innerhalb von nur zwei Jahren). Im Gegensatz dazu ist die Beteiligung an Hochschulbildung bei Nichtakademikerkindern weitgehend stabil (von 23% auf 24%; vgl. Bild 3.29, 18. Sozialerhebung und Bild 3.14). Einem Absinken der Bildungsbeteiligung an Hochschulen ist im Wesentlichen dadurch entgegengewirkt worden, dass der Akademikeranteil unter den Eltern von Kindern im studierfähigen Alter zugenommen hat (von 18% auf 22%). Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Bildungsbeteiligungsquoten Ergebnisse eines komplexen Schätzverfahrens sind, für das mehrere externe Datenquellen verwendet werden (vgl. Methodische Anmerkungen im Anhang) und die Quoten selbst seit Beginn ihrer Schätzung 1985 zum Teil extreme Schwankungen im Zeitverlauf aufweisen (vgl. Bild 3.26 der 18. So-

zialerhebung), müssen diese jüngsten Veränderungen der Befunde jedoch vorsichtig interpretiert werden.

Bei Selbständigen- und Beamtenkindern ist eine zunehmende Bildungsbeteiligung bei jenen zu erkennen, deren Eltern keinen Hochschulabschluss haben. Bei Akademikerkindern aus diesen sozialen Gruppen war die Studienbeteiligung dagegen rückläufig, vor allem die der entsprechenden Beamtenkinder (von 95% auf 84%; vgl. Bild 3.33, 18. Sozialerhebung und Bild 3.16).

- Der Bildungstrichter, eine seit der 15. Sozialerhebung verwendete Darstellung, die seit der 18. Sozialerhebung in einer neu berechneten Form vorgelegt wird, zeigt trotz der schwachen Nivellierungstendenzen erneut die ausgeprägten Disparitäten in der Bildungsbeteiligung, insbesondere an der Schwelle zur Studienaufnahme. Während von 100 Akademikerkindern 71 den Hochschulzugang schaffen, sind es nur 24 Kinder aus Familien ohne akademische Tradition (Bild 3.19). Das Verhältnis der Beteiligungsquoten von Akademiker- und Nichtakademikerkindern betrug damit 2007 3:1; vier Jahre zuvor – in 2003 – war noch ein Verhältnis von 3,2:1 festgestellt worden (Bild 3.17), zwei Jahre zuvor – in 2005 – sogar eines von 3,6:1 (Bild 3.18).

- Während Beteiligungsquoten Informationen über die Entwicklung der Bildungs- bzw. der Studierchancen liefern,

sagen Daten zur Bildungsherkunft der Studierenden primär etwas über das Ergebnis der spezifischen Selektions- und Sozialisationsprozesse im Vorfeld des Hochschulzugangs aus, insbesondere im Schulsystem. Außerdem charakterisieren sie das sozio-kulturelle Milieu an der Hochschule (abgesehen davon, dass die Bildungsherkunft – neben der sozialen Herkunft – eine zentrale differenzierende Variable für die Ergebnisse der Sozialerhebung ist). Danach zeichnet sich das Herkunftsmilieu der Studierenden über die letzten 15 bis 25 Jahre durch einen kontinuierlich ansteigenden Bildungs- und Ausbildungsstatus der Eltern aus (Bilder 4.8 und 4.11). In beinahe 60 % der Herkunftsfamilien verfügt mindestens ein Elternteil über das (Fach-)Abitur, in 51 % auch bereits über einen Hochschulabschluss. Folgerichtig hat der Anteil der niedrigeren Abschlüsse über den ganzen Zeitraum ebenso kontinuierlich abgenommen. In dieser Umschichtung schlagen sich die Auswirkungen früherer Wellen der Bildungsexpansion nieder, die zu einer Höherqualifizierung zwischen den verschiedenen Altersgruppen geführt haben. Allerdings hat sich der Trend eines ständig zunehmenden Akademikeranteils unter den Eltern der Studierenden zwischen 2006 und 2009 nicht fortgesetzt (Bild 4.11).

- Ein ähnlicher Prozess sozialer Reproduktion lässt sich anhand der sozialen

Herkunft der Studierenden beobachten. Auf der Grundlage der im Rahmen der Sozialerhebung entwickelten Klassifikation von vier sozialen Herkunftsgruppen (vgl. Methodische Anmerkungen im Anhang) hat sich der Anteil der Herkunftsgruppe „hoch“ seit 1982 bis 2006 zunächst auf 38 % mehr als verdoppelt, während die Anteile der beiden Herkunftsgruppen „mittel“ und „niedrig“ (hier von 34 % bzw. 23 % im Jahr 1982 auf 25 % bzw. 13 % im Jahr 2006) immer weiter gesunken sind (Bilder 4.14 und 4.16). Dieser langfristige Trend ist 2009 erstmals durchbrochen worden. Die Anteile der beiden höheren sozialen Herkunftsgruppen haben sich erstmalig wieder verringert, und zwar um insgesamt drei Prozentpunkte. Im gleichen Ausmaß haben sich die Anteile der beiden niedrigeren sozialen Herkunftsgruppen erhöht (Bild 4.14).

3. Studienfinanzierung und wirtschaftliche Situation der Studierenden

Die finanzielle Situation der Studierenden ist eines der Schwerpunktthemen der Berichterstattung zur Sozialerhebung. In Zeiten, in denen die Auswirkungen der Studienstrukturreform und der Einführung von allgemeinen Studiengebühren/-beiträgen heftig und kontrovers diskutiert werden, ist es selbstverständlich, dass auch bei der Berichterstattung der

Sozialerhebung über die finanzielle Situation der Studierenden diese beiden Sachverhalte mit in den Fokus der Betrachtung rücken.

Die Auswirkungen von Studiengebühren/-beiträgen auf die wirtschaftliche Lage der Studierenden lassen sich im Rahmen der 19. Sozialerhebung erstmalig untersuchen. Im Sommersemester 2006, dem Zeitpunkt der vorangegangenen Sozialerhebung, wurden allgemeine Studiengebühren/-beiträge noch nicht erhoben; die Einführung erfolgte erst ab dem Sommersemester 2007. Ein Betrag von jährlich 1.000 €, wie er in den sechs Ländern, die 2009 Studiengebühren/-beiträge erheben, die Regel ist, macht bei monatlichen Einnahmen in Höhe von durchschnittlich 812 € im Jahr 2009 ungefähr 10 % des verfügbaren Jahresbudgets Studierender aus.

3.1 Einnahmen der Studierenden

Um erfolgreich studieren zu können, sind Studierende darauf angewiesen, über Einnahmen zu verfügen, die die mit einem Studium verbundenen Kosten decken. Mit der Sozialerhebung wird ermittelt, wie hoch die Einnahmen ausfallen, mit denen Studierende, die sich im Erststudium befinden, außerhalb des Elternhauses wohnen und ledig sind (Haushaltstyp "Normalstudent"; 65 % aller Stu-

dierenden), ihre Lebenshaltungskosten bestreiten. Der sich aus einer erheblichen Bandbreite individueller Einnahmehöhen ergebende Mittelwert der monatlichen Einnahmen kann näherungsweise als der Betrag angesehen werden, mit dem den Studierenden eine angemessene Lebensführung ermöglicht wird. Studierende verfügen in der Regel über Einnahmen aus mehreren Quellen in unterschiedlicher Höhe. Die drei wichtigsten Quellen, die zum individuell verfügbaren Budget sehr unterschiedlich beitragen können, sind nach wie vor die finanzielle Unterstützung durch das Elternhaus, die subsidiäre Förderung nach dem BAföG und der eigene Verdienst der Studierenden.

Folgende, die Einnahmensituation der Studierenden beschreibenden Ergebnisse sind hervorzuheben:

- Mit 812 € fällt 2009 der Durchschnittsbetrag der monatlichen Einnahmen um nominal 5,5 % bzw. 42 € höher aus als 2006 (Bild 6.1). Die Varianz der monatlichen Einnahmen ist erheblich (Bild 6.2): Einem Fünftel der Studierenden (20 %) stehen weniger als 600 € monatlich zur Verfügung, 17 % mehr als 1.000 €. Gemessen am BAföG-Höchstsatz (648 €) und dem unterhaltsrechtlichen Richtwert (640 €) sind 26 % bzw. 25 % der Studierenden mit niedrigeren monatlichen Einnahmen ausgestattet.

- Nach wie vor ist die finanzielle Unterstützung durch die Eltern die wichtigste Finanzierungsquelle: 87% der Studierenden werden von ihren Eltern finanziell mit im Durchschnitt 445 € monatlich unterstützt (Bild 6.3). Allerdings ist festzustellen, dass die finanzielle Unterstützung durch die Eltern gegenüber 2006 geringer geworden ist. Dies ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil von 1991 bis 2006 das finanzielle Engagement der Eltern eine stetig steigende Tendenz hatte (Bilder 6.4 und 6.7).
- Wie in den Vorjahren ist auch 2009 die zweitwichtigste Finanzierungsquelle des Studiums der eigene Verdienst. 65% der Studierenden tragen zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts mit eigenem Verdienst in durchschnittlicher Höhe von monatlich 323 € bei. Hervorzuheben ist, dass sich die zwischen 2003 und 2006 zu beobachtende Tendenz einer abnehmenden Bedeutung des eigenen Verdienstes 2009 wieder umgekehrt hat (Bilder 6.4 und 6.7). Die jüngste Novellierung des BAföG hat dazu geführt, dass BAföG-Empfänger/innen 2009 einen im Durchschnitt erheblich höheren Förderungsbetrag erhalten als noch 2006 (430 € vs. 376 €). Allerdings liegt der Anteil der Geförderten in der Bezugsgruppe „Normalstudent“ unverändert bei 29% (Bild 6.4).
- Nach wie vor ist der Anteil der Studierenden, denen ein Stipendium zur Verfügung steht mit rd. 3% vergleichsweise gering. Gegenüber 2006 (2%) ist allerdings ein Anstieg des Anteils der Stipendiaten/innen zu konstatieren. Ebenso hat mit 5% nur ein relativ kleiner Anteil der Studierenden einen Kredit zur (teilweisen) Finanzierung des Lebensunterhalts aufgenommen. Allerdings hat sich der Anteil der Kreditnehmer/innen gegenüber 2006 immerhin verdoppelt (Bild 6.3).
- Lediglich 15% der Studierenden finanzieren ihren Lebensunterhalt mit Einnahmen aus nur einer Finanzierungsquelle. In der Regel wird das Studium durch Einnahmen aus zwei oder mehr Quellen finanziert; insofern ist die Studienfinanzierung eine Mischfinanzierung. Ein probates Mittel, um Veränderungen bei der Studienfinanzierung aufzuzeigen, besteht darin, die Entwicklung der Finanzierungsstruktur aufzuzeigen. Damit gemeint ist die durchschnittliche Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen, ausgewiesen als Anteil der verschiedenen Finanzierungsquellen am Gesamtbetrag der monatlichen Einnahmen (Bild 6.7).
- Der Beitrag der Eltern zu den monatlichen Einnahmen der Studierenden fällt mit 48% deutlich geringer aus als 2006 mit 52%. Damit ist erstmals seit 1991 ein Rückgang des Engagements der Eltern zur Finanzierung des Lebensunterhalts ihrer studierenden Kinder zu beobachten. Da erstmals seit dieser Zeit die Anteil-

le der beiden unteren sozialen Herkunftsgruppen wieder zugenommen haben, könnte hier insofern ein Zusammenhang vermutet werden, als das finanzielle Vermögen der Eltern, zur Studienfinanzierung ihrer Kinder beizutragen, in den unteren Herkunftsgruppen weniger vorhanden ist. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die sozialen Herkunftsgruppen Einkommensunterschiede nicht trennscharf widerspiegeln.

Das BAföG trägt 2009 etwas mehr zu den monatlichen Einnahmen bei als 2006 (15 % vs. 14 %), was vor allem auf die 22. BAföG-Novelle (Erhöhung der Bedarfssätze und des absoluten Freibetrags vom Elterneinkommen) zurückzuführen ist, die zu im Durchschnitt deutlich höheren Förderungsbeträgen führt. Höher als 2006 fällt auch der Anteil der Selbstfinanzierung durch eigenen Verdienst aus. Wurden 2006 von den gesamten monatlichen Einnahmen 24 % durch eigenen Verdienst der Studierenden bestritten, liegt dieser Anteil 2009 bei 26 %. Damit hat sich die 2003 und 2006 zu beobachtende rückläufige Tendenz der Selbstfinanzierungsquote wieder umgekehrt.

- Eine Vorstellung über das volkswirtschaftliche Volumen, das mit der Finanzierung des studentischen Lebensunterhalts bewegt wird, ist zu gewinnen, wenn die durchschnittlichen monetären Leistungen der einzelnen Quellen mit der aktuellen Zahl der Studierenden hochge-

rechnet werden. Allein für die rund 1,1 Millionen Studierenden (Deutsche und Bildungsinländer), die zur Bezugsgruppe "Normalstudent" zählen, ergibt sich so für das Jahr 2009 eine Gesamtsumme von ca. 10,9 Milliarden €. Davon entfallen 5,19 Milliarden auf die Eltern, 2,82 Milliarden auf den eigenen Verdienst, 1,66 Milliarden auf das BAföG sowie 1,25 Milliarden € auf die übrigen Finanzierungsquellen. Unter Berücksichtigung aller Studierender (Deutsche und Bildungsinländer/innen, zur Zeit gut 1,7 Millionen Studierende) dürfte diese Gesamtsumme bei ca. 16,7 Milliarden € liegen. Nominal fällt das 2009 von den Eltern bereitgestellte Finanzvolumen bei Berücksichtigung erhöhter Studierendenzahlen um knapp 4 % geringer aus als 2006. Das durch BAföG und eigenen Verdienst bereitgestellte Finanzvolumen hat sich hingegen nominal deutlich erhöht (Bild 6.6).

- Wie nicht anders zu erwarten, bestehen bei der Studienfinanzierung Unterschiede in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft der Studierenden. Vergleichsweise gering ist der Unterschied bei der Höhe der monatlichen Einnahmen (Bild 6.13). Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ verfügen im Durchschnitt über um 50 € höhere Einnahmen als die der Herkunftsgruppe „niedrig“. Deutlicher treten Einflüsse der sozialen Herkunft bei der Zusammensetzung der Einnahmen hervor (Bild 6.14) – und zwar insbesonde-

re beim Anteil der Elternfinanzierung, der mit steigender sozialer Herkunft deutlich wächst, und dem der BAföG-Finanzierung, der dem Subsidiaritätsprinzip folgend umso geringer ausfällt, je höher die soziale Herkunft ist. Der Anteil an den monatlichen Einnahmen, der von den Eltern aufgebracht wird, steigt von 26% (Herkunftsgruppe „niedrig“) bis auf 63% (Herkunftsgruppe „hoch“), der des BAföG ist erwartungsgemäß bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ mit 32% am höchsten und verringert sich bis auf 6% bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“. Der eigene Verdienst spielt bei den Studierenden jeder Herkunftsgruppe eine relativ große Rolle. Von Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ wird allerdings mit 21% ein geringerer Anteil der monatlichen Einnahmen durch eigenen Verdienst erworben als von denen der übrigen Herkunftsgruppen, die zwischen 27% und 30% ihrer monatlichen Einnahmen durch eigenen Verdienst aufbringen.

Verglichen mit den Ergebnissen des Jahres 2006 ist festzustellen, dass bei den Studierenden jeder sozialen Herkunftsgruppe der Beitrag der Eltern zu den monatlichen Einnahmen geringer geworden ist, während sich die Selbstfinanzierungsquote durch eigenen Verdienst leicht erhöht hat (Bild 6.14). Der Anteil des BAföG an den monatlichen Einnahmen der Studierenden der vier sozialen Herkunfts-

gruppen ist hingegen nahezu konstant geblieben. Der Rückgang in der Bedeutung der Elternfinanzierung lässt sich zwar in allen Herkunftsgruppen beobachten, er fällt allerdings prozentual in der Herkunftsgruppe „hoch“ (rd. 3%) deutlich geringer aus als in den übrigen Herkunftsgruppen (jeweils rd. 10%). Kann der nachlassende Beitrag der Eltern zur Finanzierung der Lebenshaltungskosten während des Studiums einerseits auch als Einfluss der Wirtschaftskrise interpretiert werden, macht sich andererseits auch die Verschiebung in der sozialen Zusammensetzung der Studierenden bemerkbar. Auch die Zusatzbelastung durch Zahlung von allgemeinen Studiengebühren, die maßgeblich durch die Eltern getragen wird, kann einen Einfluss auf die Höhe der elterlichen Zuwendungen für den Lebensunterhalt haben.

Der Beitrag der Eltern zu den monatlichen Einnahmen für den Lebensunterhalt der Studierenden fällt 2009 sowohl in den alten Ländern, die heute Studiengebühren erheben, als auch in den alten Ländern ohne Studiengebühren geringer aus als 2006 (Bild 6.29). Auffällig ist, dass 2009, aber auch bereits 2006, von den Studierenden in den Ländern mit Studiengebühren ein höherer Anteil von den Eltern finanziell unterstützt wird – auch mit höheren Beträgen – als in den Ländern ohne Studiengebühren (2009: 88% vs. 84%, 466 € vs. 443 €; Bild 6.31). Aller-

dings ist bei der Höhe der Einnahmen, die den Studierenden an Hochschulen mit und ohne Studiengebühren in den alten Ländern 2009 zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten monatlich insgesamt zur Verfügung stehen, kein statistisch signifikanter Unterschied zu beobachten (833 € vs. 827 €).

- Die Gruppe der Studierenden, die im bisherigen Verlauf ihres Studiums kein BAföG bezogen hat und auch keine Veranlassung sah einen entsprechenden Antrag zu stellen (43 % der Studierenden der Bezugsgruppe "Normalstudent"), wird anteilmäßig und auch nach der Höhe des transferierten Betrags 2009 im entsprechenden Umfang von den Eltern finanziell unterstützt wie bereits 2006 (von den Eltern unterstützt: jeweils 94 %, Betrag von den Eltern: 570 € bzw. 575 €). Bei der Mehrheit der Studierenden, nämlich den aktuell nach dem BAföG Geförderten, den ehemaligen BAföG-Empfänger/innen und denen, deren BAföG-Erstantrag abschlägig beschieden wurde, fällt sowohl der Anteil derer, die von den Eltern finanziell unterstützt werden als auch der durchschnittlich von den Eltern transferierte Betrag geringer aus als 2006 (Bild 6.17).
- Der Rückgang des finanziellen Engagements der Eltern wird auch dadurch bestätigt, dass 2009 gegenüber 2006 ein geringerer Anteil der elternabhängig geförderten BAföG-Empfänger/innen von

den Eltern finanziell in dem Umfang unterstützt wird, wie es entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip des BAföG zu erwarten ist (65 % vs. 70 %, Bild 6.19). Außerdem wurde festgestellt, dass von den Studierenden, die im Verlauf ihres bisherigen Studiums keine BAföG-Förderung in Anspruch nahmen, eine erhebliche Zahl (hochgerechnet rd. 200.000) die zur Verfügung gestellten Mittel durch eigenen Verdienst aufstocken, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten (Einnahmen ohne eigenen Verdienst: 324 €, eigener Verdienst: 448 €; vgl. Kap. 6.3.4).

- Immer noch bestehen erhebliche Unterschiede in Höhe und Herkunft der monatlichen Einnahmen zwischen den alten und neuen Ländern. Studierende in den alten Ländern verfügen mit 832 € über deutlich höhere Einnahmen als die in den neuen Ländern mit 722 €. Anders als in den vorangegangenen Beobachtungszeiträumen hat sich der Abstand zwischen den monatlichen Einnahmen der Studierenden in den alten und neuen Ländern von 2006 auf 2009 nicht mehr verringert (Bild 6.20). Auch 2009 wird der größte Teil der monatlichen Einnahmen der Studierenden in den alten und neuen Ländern von den Eltern bereitgestellt (48 % bzw. 46 %). Gegenüber 2006 ist dieser Anteil in beiden Regionen allerdings um vier Prozentpunkte zurückgegangen. Während für die Studierenden in den alten Ländern der eigene Verdienst die

zweitwichtigste Finanzierungsquelle ist – 27% der monatlichen Einnahmen gegenüber 18% in den neuen Ländern werden durch eigene Erwerbstätigkeit generiert –, steht für Studierende in den neuen Ländern die Förderung nach dem BAföG an zweiter Stelle – 24% der monatlichen Einnahmen sind BAföG-Mittel, in den alten Ländern hingegen 14% (Bild 6.21).

- Studierende in den Bachelor-Studiengängen verfügen 2009 über etwas geringere Einnahmen als die altersgleichen Studierenden in den traditionellen Diplom/Magister-Studiengängen (746 € vs. 760 €, Bild 6.26). Es fällt auf, dass von den Studierenden in Bachelor-Studiengängen ein geringerer Anteil als von den altersgleichen Studierenden in den Diplom/Magister-Studiengängen eigenen Verdienst zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten einsetzt (52% vs. 62%). Der durchschnittliche Betrag des eigenen Verdienstes, der von diesen Bachelor-Studierenden eingesetzt wird, ist etwas höher als bei den entsprechenden Studierenden der Diplom/Magister-Studiengänge (242 € vs. 232 €, Bild 6.28).

- Mehrheitlich gehen die Studierenden davon aus, dass die Finanzierung des Lebensunterhalts während ihres Studiums sichergestellt ist. 2009 schätzen rd. 63% der Studierenden ihre persönliche finanzielle Situation entsprechend ein, gegenüber 2006 hat sich dieser Anteil um drei Prozentpunkte erhöht (Bild 6.32). Eine ge-

genteilige Einschätzung geben 16% der Studierenden an, zwei Prozentpunkte weniger als noch 2006. 21% äußerten sich bei dieser Fragestellung unentschieden. In Abhängigkeit von der sozialen Herkunft fällt diese Einschätzung unterschiedlich aus (Bild 6.33). 47% der Studierenden aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ gehen davon aus, dass die Finanzierung des Studiums gesichert ist, mit der sozialen Herkunft steigt dieser Anteilswert bis auf 75% bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“. Verglichen mit den Ergebnissen von 2006 fällt auf, dass unter den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ der Anteil, der die Studienfinanzierung als gesichert einschätzt, sich überdurchschnittlich erhöht hat.

3.2 Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz

Im Sommersemester 2009 erhalten von den deutschen Studierenden und den so genannten Bildungsinländer/innen rd. 23% eine Förderung nach dem BAföG. Damit liegt die Quote der BAföG-Empfänger/innen auf dem gleichen Niveau wie 2006. Der Umfang der BAföG-Förderung wird noch deutlicher, wenn bei der Berechnung der Quote nur die Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern berücksichtigt werden. In dieser Teilgruppe kann der Anteil der Studierenden,

der die BAföG-Berechtigung durch fehlenden Leistungsnachweis, Überschreitung der Förderungshöchstdauer u. a. m. bereits verwirkt haben, noch als vernachlässigbar gering angesehen werden. Die BAföG-Quote in den ersten sechs Hochschulsesemestern bringt insofern näherungsweise zum Ausdruck, welcher Anteil der potentiell Anspruchsberechtigten tatsächlich gefördert wird. 2009 werden von den Studierenden in den ersten sechs Hochschulsesemestern 32,9% gefördert. Damit liegt auch diese Quote auf gleichem Niveau wie im Jahre 2006, als sie bei 32,7% lag (Bild 8.1).

Zu Umfang und jüngster Entwicklung der BAföG-Förderung sind auf der Basis der Studierenden in den ersten sechs Hochschulsesemestern folgende Befunde hervorzuheben:

- Der Anteil der geförderten Frauen und Männer liegt 2009 auf einem vergleichbaren Niveau (33,1% bzw. 32,8%). Gegenüber 2006 hat sich der Anteil der geförderten Frauen um knapp zwei Prozentpunkte verringert, der Anteil der geförderten Männer ist hingegen um gut zwei Prozentpunkte gestiegen (Bild 8.2). Diese Entwicklung ist damit zu erklären, dass sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Studierneigung von Kindern aus einkommensschwächeren Familien tendenziell nivelliert haben. Unter denen, die in den letzten drei Jahren ein Studium aufgenommen haben, waren die

Anteile der Männer und Frauen aus einkommensschwächeren Familien etwa gleich hoch, während 2006 unter den Studierenden in den ersten sechs Hochschulsesemestern der Anteil der Frauen aus einkommensschwächeren Familien überwog.

- Differenziert nach der sozialen Herkunft der Studierenden, ist die BAföG-Quote mit gut 57% in der Herkunftsgruppe „niedrig“ am höchsten und verringert sich erwartungsgemäß mit steigender sozialer Herkunft auf knapp 17% in der Herkunftsgruppe „hoch“. Gegenüber 2006 ist der Anteil der Geförderten der beiden unteren Herkunftsgruppen leicht zurückgegangen, während für die Herkunftsgruppe „gehoben“ ein geringerer Anstieg und für die Herkunftsgruppe „hoch“ ein konstant gebliebener Anteil der Geförderten zu konstatieren ist (Bild 8.7).

- In den neuen Ländern wird nach wie vor ein erheblich höherer Studierendenanteil nach dem BAföG gefördert als in den alten Ländern. Bezogen auf die Studierenden in den ersten sechs Hochschulsesemestern werden davon in den neuen Ländern 48% und in den alten Ländern 30% nach dem BAföG gefördert. Gegenüber 2006 ist der Gefördertenanteil in den neuen Ländern leicht zurückgegangen, während er in den alten Ländern konstant geblieben ist (Bild 8.10).

- Die BAföG-Quote unter den Studierenden an Fachhochschulen ist im Ver-

gleich zu den Studierenden an Universitäten etwas höher (35 % vs. 32 %). Dies ist vor allem mit der unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung der Studierenden an den beiden Hochschularten zu erklären. Allerdings hat sich unter den Studierenden in den ersten sechs Hochschulsesemestern der Abstand zwischen den BAföG-Quoten an beiden Hochschularten, der 2000 noch bei acht Prozentpunkten lag, zwischenzeitlich auf nunmehr drei Prozentpunkte verringert (Bild 8.11). Bei den Studierenden in Bachelorstudiengängen ist der Unterschied zwischen den BAföG-Quoten an beiden Hochschularten noch geringer (Universität: 33 %, Fachhochschule: 35 %; Bild 8.12).

Über die bisher dargestellten Befunde hinaus, die sich allein auf die Studierenden in den ersten sechs Hochschulsesemestern bezogen, sind die folgenden Ergebnisse zur BAföG-Förderung herauszustellen:

- Von den Studierenden im Erststudium, die an Hochschulen in den sechs Ländern immatrikuliert sind, die 2009 allgemeine Studiengebühren erhoben haben, werden insgesamt 22,8 % nach dem BAföG gefördert. In den gleichen Ländern lag 2006, also vor der Einführung allgemeiner Studiengebühren, die entsprechende BAföG-Quote bei 22,4 %. Der Anteil der Studierenden aus einkommensschwächeren Familien ist in diesen Ländern nach

Einführung der allgemeinen Studiengebühren folglich stabil geblieben.

- Der durchschnittliche Förderungsbeitrag liegt 2009 bei 413 € und damit um 50 € bzw. knapp 14 % höher als 2006. Dies ist ein Ergebnis, das aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Erhöhung der Bedarfssätze und der Erhöhung des absoluten Freibetrags vom Einkommen der Eltern zu erwarten war. Deutlicher gestiegen ist der durchschnittliche Förderungsbeitrag der Geförderten, die nicht im Elternhaus wohnen (von 378 € auf 435 €), verglichen mit den Geförderten, die bei den Eltern wohnen (von 283 € auf 307 €; Bild 8.16). Die Spreizung der Förderungsbeträge zeigt, dass lediglich 11 % der Geförderten mit monatlichen Beträgen über 600 € unterstützt werden. Die Mehrheit der BAföG-Empfänger/innen erhält niedrigere Förderungsbeträge (Bild 8.15). Auffällig ist, dass 2009 gegenüber 2006 der Anteil der Geförderten mit Förderungsbeträgen bis 400 € deutlich geringer ausfällt (43 % vs. 57 %), während der Anteil mit höheren Beträgen entsprechend gestiegen ist. In welchem Umfang dies auf die Veränderungen durch die 22. BAföG-Novelle zurückzuführen ist oder auch darauf, dass sich der Anteil der Studierenden aus Familien mit nicht so guten Einkommensverhältnissen erhöht hat, lässt sich mit den Daten der Sozialerhebung nicht aufklären.

- Im Normalfall wird das BAföG als Zuschuss und unverzinsliches Darlehen (je-weils zur Hälfte des sich individuell erge-benden Förderungsbetrags) gewährt. 2009 werden knapp 95 % der Geförderten entsprechend unterstützt. Eine reine Zu-schussförderung erhalten knapp 1 %, aus-schließlich ein verzinsliches Darlehen gut 4 %. Auffällig ist, dass der Anteil der Geför-derten, der durch ein verzinsliches Darle-hen unterstützt wird, das vor allem dann gewährt wird, wenn der erfolgreiche Ab-schluss des Studiums absehbar ist, zwi-schen 2003 und 2009 von 1,7 % auf 4,4 % gestiegen ist (vgl. Kap. 8.4). 14 % der Geför-derten werden, wie bereits 2006 und 2003, unabhängig von der Einkommens-situation im Elternhaus gefördert, weil die Eltern nach den Regelungen des BAföG nicht mehr verpflichtet sind, Aus-bildungsunterhalt zu leisten. Elternunab-hängig Geförderte sind deutlich älter und haben weit häufiger bereits eine Berufs-ausbildung abgeschlossen als elternab-hängig Geförderte. Dieser Befund über-rascht nicht, da beide Fallkonstellationen im BAföG typisierend als Voraussetzung für elternunabhängige Förderung gere-gelt sind. Der durchschnittliche Unter-stützungsbetrag bei elternunabhängiger Förderung liegt ca. 150 € höher als bei el-ternabhängiger Förderung.
- Der weitaus größte Teil der BAföG-Empfänger/innen (81 %) ist davon über-zeugt, ohne diese Förderung nicht studie-

ren zu können. In Abhängigkeit von der sozialen Herkunft ist diese Einstellung bei den Geförderten der Herkunftsgruppe „niedrig“ mit 86 % am häufigsten anzu-treffen und verringert sich mit steigender Herkunft bis auf 70 % unter den Geförder-ten der Herkunftsgruppe „hoch“ (Bild 8.19). Der Anteil der BAföG-Empfänger/in-nen, der davon ausgeht, dass die Finan-zierung des Lebensunterhalts während des Studiums sichergestellt ist, liegt bei 53 % und fällt damit deutlich geringer aus als unter den Nicht-Geförderten, von denen 67 % die Finanzierung des Studiums als gesichert ansehen (Bild 8.20). Die Be-deutung des BAföG für die Studienfinan-zierung wird durch diese Daten bestätigt.

3.3 Ausgaben für die Lebens-haltung

Wie die Einnahmen streuen auch die Aus-gaben der Studierenden beträchtlich. Es gibt keine eindeutigen, „objektiven“ Normwerte für die Kosten eines Studi-ums. Sie unterscheiden sich je nach Hoch-schulort, nach Studienphase und Lebens-alter, nach Fächern und anderen Aspek-ten. Die Höhe der Einnahmen wird eben-so wie die der Ausgaben selbstverständ-lich auch durch eine subjektive An-spruchskomponente mitbestimmt. Die Ausgaben der Studierenden umfassen an erster Stelle die Aufwendungen für die Miete, die Bestreitung des alltäglichen Le-

bensunterhalts (einschließlich Verkehr, Gesundheit und Freizeit) und die Finanzierung der unmittelbar mit dem Studium verbundenen Kosten (z. B. für Lernmittel). Aus methodischen Gründen werden in der Sozialerhebung nur ausgewählte Ausgabenpositionen erhoben, deren Summe nicht den Gesamtbetrag aller monatlichen Ausgaben wiedergibt. Folgende Ergebnisse zu den erhobenen monatlichen Ausgaben der ledigen Studierenden im Erststudium, die außerdem nicht im Elternhaus wohnen (Haushaltstyp „Normalstudent“), sind hervorzuheben:

- Wie immer bilden die Ausgaben für Miete (einschließlich Nebenkosten) mit ca. 35% der monatlichen Einnahmen die wichtigste Ausgabenposition (Bild 7.1). Sie beträgt im Jahr 2009 durchschnittlich 281 € und ist nominal gegenüber 2006 um 6% angestiegen. Hinter dem Durchschnittswert verbirgt sich eine nicht unbeträchtliche Streuung: 19% der Studierenden geben bis zu 200 € im Monat für ihre Miete aus, 51% zwischen 201 und 300 € und 30% mehr als 300 €, 8% sogar mehr als 400 € (Bild 7.2).
- Die Ausgabenhöhe für diese Position unterscheidet sich erheblich nach der gewählten Wohnform (Bild 7.3): Danach ist es mit im Durchschnitt monatlich 222 € finanziell am günstigsten, im Wohnheim zu wohnen; am teuersten ist es, allein in einer eigenen Wohnung zu leben (durch-

schnittlich 341 €). Die individuelle Belastung durch die monatlichen Ausgaben hängt in erster Linie vom gesamten verfügbaren Budget ab: Während der Anteil, der für die Miete aufgebracht werden muss, im untersten Einnahmenquartil (weniger als 640 €) 42% beträgt, beläuft er sich im obersten Quartil (über 944 €) auf nur noch 30%, obgleich die durchschnittlichen Mietausgaben hier um 121 € höher sind (Bild 7.4). Studierende mit geringen Einnahmen wohnen häufiger im Wohnheim, während sich Studierende mit höheren Einnahmen eher eine eigene Wohnung leisten können.

- Große Unterschiede in den Mietausgaben gibt es immer noch zwischen den neuen und alten Ländern. Bei allen Wohnformen liegen die durchschnittlichen Aufwendungen in den alten Ländern höher als in den neuen Ländern (Bild 7.6), wobei die Ausgaben in beiden Regionen mit jedem Erhebungsjahr weiter angestiegen sind (Bild 7.5). Auch sonst gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den 16 Ländern (Bild 7.7) und vor allem zwischen den einzelnen Hochschulstandorten (Bild 7.8). So geben Studierende in München im Durchschnitt 348 € für Miete und Nebenkosten aus, Studierende in Chemnitz hingegen lediglich 210 €.
- Über die Miete hinaus entstehen den Studierenden weitere finanzielle Aufwendungen: Die monatlichen Ausgaben der Studierenden für Ernährung liegen im

Durchschnitt bei 159 € und weisen eine erhebliche Spannweite auf (Bild 7.9). Die Ausgaben für Kleidung belaufen sich auf durchschnittlich 51 €. Ausgaben für Lernmittel schwanken stark mit der jeweiligen Fachrichtung; im Durchschnitt geben Studierende dafür 33 € pro Monat aus. Die monatlichen Ausgaben für ein Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel liegen 2009 bei durchschnittlich 76 €, wobei anzumerken ist, dass der Anteil der Studierenden mit Ausgaben für ein Auto schon seit Anfang der 1990er Jahre rückläufig ist (1991: 53%) und seit 2006 erneut von 39% auf nunmehr 34% gesunken ist. Weitere wichtige Ausgabenposten sind Gesundheit (durchschnittlich 59 € im Monat für eigene Krankenversicherung, Arztkosten und Medikamente), Kommunikation (35 € für Telefon, Internet etc.) sowie Freizeit, Kultur und Sport (63 €).

- Selbstverständlich hängt die Höhe der Ausgaben bei fast allen Positionen – wie schon bei der Miete gezeigt – von dem durch das verfügbare Einnahmenniveau gesetzten Rahmen ab. Diese Einnahmenabhängigkeit der Ausgaben findet sich bei sämtlichen Ausgabenarten (Bild 7.13): Das Viertel der Studierenden mit den geringsten Einnahmen hat bei allen Ausgabenposten auch die niedrigsten Ausgaben. Mit der Einnahmehöhe steigen die durchschnittlichen Ausgaben bei allen Posten von Quartil zu Quartil an.

- Durch eine Bilanzierung der monatlichen Einnahmen mit der Summe der Ausgaben für die beschriebenen Ausgabepositionen wird verdeutlicht, wie viel Mittel den Studierenden für weitere notwendige Ausgaben noch verbleiben. So bilanziert verfügen 22% der Studierenden über mehr als 200 € für weitere Ausgaben, bei ebenfalls 22% liegt dieser Betrag über 100 bis 200 €. Bei 33% ist die Bilanz einigermaßen ausgeglichen, d. h. die Einnahmen übersteigen die Ausgaben für die ausgewählten Positionen um bis zu 100 €. Am anderen Ende dieser Skala gibt es aber auch 23% der Studierenden, deren Ausgaben nicht vollständig durch die Einnahmen gedeckt sind und die im Durchschnitt schon 55 € mehr für die ausgewählten Positionen ausgeben als ihnen einnahmenseitig zur Verfügung steht; diese Gruppe, die mit zunehmendem Alter anwächst, befindet sich in einer prekären finanziellen Situation (Bild 7.14). Nicht unerwartet gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen Einnahmehöhe und der Einnahmen-Ausgaben-Balance. Ein besonderer finanzieller Druck kumuliert sich danach im untersten Einnahmenviertel und bei älteren Studierenden in den höheren Semestern.

3.4 Ausgaben für allgemeine Studiengebühren/-beiträge

Mit der 19. Sozialerhebung konnte erstmals auch ermittelt werden, wie Studierende die allgemeinen Studiengebühren/-beiträge finanzieren. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass im Sommersemester 2009 von den Studierenden im Erststudium 59 % an einer Hochschule immatrikuliert waren, die allgemeine Studiengebühren/-beiträge erhebt. Dadurch, dass 18 % dieser Studierenden aufgrund landesspezifischer Regelungen von der Gebührenpflicht ausgenommen oder befreit sind, verbleiben 48 %, die für das Sommersemester 2009 entsprechende Gebühren/Beiträge zu entrichten hatten.

Die Mehrheit der Gebührenzahler (59 %) begleicht diese ganz (41 %) oder teilweise (18 %) mit Mitteln, die von den Eltern zur Verfügung gestellt werden. Am zweithäufigsten wird von den Gebührenzahler/innen der eigene Verdienst genannt, mit dem die Gebühren/Beiträge ganz (9 %) oder teilweise (21 %) bezahlt werden. Ein etwas geringerer Anteil finanziert die Studiengebühren mit Ersparnissen (24 %, ausschließlich: 9 %, teilweise: 15 %). 11 % der Gebührenzahler/innen haben dafür eines der speziell zur Finanzierung der Studiengebühren/-beiträge von den Ländern veranlassten Kreditangebote in Anspruch genommen. Es fällt auf,

dass in Nordrhein-Westfalen fast ein Fünftel der Gebührenzahler/innen (19 %) auf einen solchen Kredit zurückgreift, während in den übrigen Ländern, Hamburg ausgenommen, der Anteil der Kreditnehmer erheblich geringer ausfällt (zwischen 3 % und 9 %, Bild 7.20). In Hamburg ist insofern eine Sondersituation, als den Studierenden dort anstatt eines Kreditangebots die Möglichkeit eingeräumt wird, die Studiengebühren nachgelagert, also i. d. R. nach Beendigung des Studiums, zu begleichen. Nach dem Ergebnis der Sozialerhebung haben diese Möglichkeit 47 % der Studierenden in Hamburg in Anspruch genommen.

4. Die Zeitstruktur des studentischen Alltags – Studium und Erwerbstätigkeit

Wie viel Zeit investieren Studierende in ihr Studium, wie viel bringen sie neben ihren Studienaktivitäten für Erwerbstätigkeit auf? Das Bild des Studierenden hat sich historisch stark verändert. Gerade die Sozialerhebungen als Zeitreihe zum sozialen Wandel des Studierens konnten empirisch zeigen, wie sehr sich die Realität vom „klassischen Bild des Studierenden“ entfernt hat. In besonderer Weise gilt dies für Vorstellungen über das studentische Zeitbudget. Ungeachtet dessen knüpfen einige der wichtigsten Vorhaben der Studienstrukturreform mit ihrer zeit-

lichen und inhaltlichen Verdichtung der Studienanforderungen (z. B. durch kürzere Regelstudienzeiten, Modularisierung des Studiums, Einführung von Leistungspunktesystemen, intensivere Nutzung der vorlesungsfreien Zeit usw.) implizit weiter an die Vorstellung an, dass sich das Zeitbudget der Studierenden ganz überwiegend auf das Studium konzentriert.

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang vor allem die Ergebnisse der Zeitbudgetanalyse. Ein nicht unerheblicher Teil der Studierenden – 2009 sind es 21 % (Bild 9.22) – betreibt de facto ein Teilzeitstudium, wobei dies nur bei acht Prozent durch extensive Erwerbstätigkeit bedingt ist. Während 29 % der Studierenden für Studium und Job zusammen maximal 35 Stunden pro Woche aufwenden, steigt bei 3 % der Studierenden das für Studium und Erwerbstätigkeit aufgebraachte Zeitvolumen auf mehr als 50 Stunden in der Woche an (Bild 9.14). Solche Befunde verweisen darauf, wie unterschiedlich die zeitlichen Strukturen des Studiums sind. Darüber hinaus wird deutlich, dass es bei einem Teil der Studierenden große Disparitäten zwischen dem planmäßigen Zeitrhythmus des Studiums (als Vollzeitstudium) und dem tatsächlichen Studienverhalten gibt.

Folgende Ergebnisse sollen hervorgehoben werden:

- Der gesamte studienbezogene Zeitaufwand während der Vorlesungszeit hat

sich von 1991 bis 2009 nur marginal verändert (Bild 9.2): Von durchschnittlich 37 Stunden in der Woche auf 36 Stunden. Zwischenzeitlich hatte der studienbezogene Zeitaufwand 2003 und 2006 auf 34 Wochenstunden abgenommen, um danach bis 2009 wieder um durchschnittlich zwei Stunden anzusteigen, was auch als Auswirkung der Studienstrukturreform interpretiert werden kann. Über den ganzen Zeitraum hinweg stellen sich die beiden Arbeitsformen „Teilnahme an Lehrveranstaltungen“ und „Selbststudium“ stabil als relativ gleichgewichtig dar. Im Jahr 2009 entfallen auf beide etwa 18 Wochenstunden. Dieses gilt jedoch nur im Mittel, d. h. es gibt deutliche Abweichungen, die von verschiedenen Faktoren abhängig sind.

- Der zeitliche Studienaufwand von Bachelorstudierenden liegt zwar leicht über dem der vergleichbaren Vorläuferstudiengänge (Diplom). Die Befürchtung eines durchregulierten Studienalltags an der Hochschule mit sehr engen Zeitmustern wird aber generell nicht bestätigt (Bilder 9.6 und 9.7). Der Querschnittsvergleich in Bild 9.6 belegt zwar eine zeitliche Mehrbelastung von drei Stunden pro Woche im Bachelorstudium; dies ist jedoch teilweise darauf zurückzuführen, dass die Vergleichsgruppe im Diplomstudium überwiegend in höheren Semestern studiert, wo die zeitliche Belastung durch das Studium tendenziell et-

was geringer ist. Bei einem Vergleich von Jahrgangskohorten sind die Unterschiede deutlich geringer (Bild 9.7).

- Hinsichtlich der zeitlichen Anwesenheit in der Hochschule lässt sich feststellen, dass nahezu vier Fünftel der Studierenden jeweils täglich von Montag bis Donnerstag in der Hochschule mit einer durchschnittlichen Dauer von ca. fünf Stunden anwesend sind, an Freitagen seltener (60 %) und mit gut vier Stunden auch etwas weniger (Bild 9.4). Das Verhältnis zwischen Anwesenheit in Lehrveranstaltungen und Selbststudium verschiebt sich erheblich mit der Semesterzahl: Während bei den jüngeren Studierenden der Besuch von Lehrveranstaltungen dominiert, wächst der Zeitaufwand für das Selbststudium mit dem Studienverlauf deutlich an und gewinnt gegen Studienende eindeutig die Priorität (Bild 9.5).

- Während es zwischen Universitäten und Fachhochschulen kaum Unterschiede im Gesamtstudienaufwand gibt, variiert der Zeitaufwand zwischen den Studienbereichen mit einer Spannweite zwischen 46 Stunden (in Medizin und Gesundheitswissenschaften) und 31 Stunden (in Sozialwissenschaften und Sozialwesen) erheblich, wobei sich hier ein seit langem bekanntes Muster auch im Jahr 2009 bestätigt (Bild 9.8): Ein höherer zeitlicher Aufwand vor allem in natur- und ingenieurwissenschaftlichen sowie

künstlerischen Fächern, ein geringerer Aufwand vor allem im Spektrum der geistes-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächer.

Die zeitliche Studienbelastung während des Semesters wird von 15 % der Studierenden als zu hoch eingestuft. Dieses Urteil fällen Studierende, die an einer Universität ein Staatsexamen (ohne Lehramt) oder einen Bachelor anstreben, überdurchschnittlich häufig (21 % bzw. 19 %, Bild 9.30).

Die Verwendung der vorlesungsfreien Zeit für studienbezogene Aktivitäten lässt bislang keine auffälligen Unterschiede zwischen den Bachelorstudierenden und denjenigen in den anderen Studiengängen erkennen. Der Anteil der Bachelorstudierenden, der die zeitliche Belastung durch das Studium während der vorlesungsfreien Zeit als zu hoch einschätzt, unterscheidet sich nicht nennenswert von den entsprechenden Anteilen in den traditionellen Studiengängen (Bild 9.33). Dies gilt auf unterschiedlichem Niveau für beide Hochschularten.

Zum studentischen Alltag gehört auch der Zeitaufwand für eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium. Bezogen auf alle Befragten, die sich in einem Erststudium befinden, arbeiten Studierende 2009 im Schnitt acht Stunden in der Woche, um Geld zu verdienen; das ist etwa eine Stunde mehr als im Jahr 2006.

- Die zeitliche Belastung durch Erwerbstätigkeit fällt bei den tatsächlich erwerbstätigen 66 % der Studierenden im Erststudium mit durchschnittlich 13,5 Stunden pro Woche deutlich höher aus. Von diesen arbeiten 35 % bis zu acht Stunden in der Woche, 38 % zwischen neun und 16 Stunden und 27 % sogar mehr als 17 Stunden, was schon einer Halbtags-tätigkeit entspricht und teilweise weit darüber hinausgeht (Bild 9.10). Die Erwerbstätigkeit erstreckt sich dabei über die ganze Studienwoche, mit Spitzen am Freitag und am Samstag (Bild 9.11). Auffällig gegenüber 2006 ist, dass sich die Erwerbsarbeit gleichmäßiger auf alle Wochentage (einschließlich Samstag) erstreckt, dafür aber weniger konzentriert an einzelnen Wochentagen stattfindet. Diese Veränderungen können mit den stringenteren Strukturen im gestuften Studiensystem in Zusammenhang stehen.

- Der Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit steigt mit dem Studienverlauf relativ kontinuierlich an (Bild 9.12). Studierende an Fachhochschulen sind zeitintensiver erwerbstätig als diejenigen an Universitäten.

Im Querschnittsvergleich ist der Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit im Erststudium in den universitären Bachelorstudiengängen mit durchschnittlich sechs Wochenstunden niedrig im Vergleich zum entsprechenden Zeitaufwand in den Diplomstudiengängen (neun Wochen-

stunden). Dasselbe gilt für Fachhochschulstudiengänge. Wird in den Vergleich jedoch nur das erste Studienjahr einbezogen, ergibt sich ein anderes Bild. Bachelorstudierende im ersten Studienjahr jobben eine (Uni) bzw. drei Stunden wöchentlich (FH) mehr als ihre Kommiliton/innen in den Diplomstudiengängen.

Auch die insgesamt geringere Erwerbstätigenquote der Bachelorstudierenden (Bild 10.13: 58 % Uni, 63 % FH vs. 73 % Uni-Diplom, 70 % FH-Diplom) erklärt sich zumindest weitgehend durch die kürzere Studiendauer und die entsprechende Altersstruktur. Im dritten und vierten Hochschulse-mester liegt die Erwerbstätigenquote im Erststudium insgesamt bei 58 %, einem Wert, der auch für die Bachelorstudierenden an Universitäten gilt, die sich schwerpunktmäßig in dieser Studienphase befinden. Zur Situation im Masterstudium kann aufgrund der noch sehr geringen Fallzahlen im Rahmen dieser Untersuchung nichts ausgesagt werden.

- Der Gesamtaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit beträgt für Studierende im Erststudium durchschnittlich 44 Stunden in der Woche (Bild 9.13) – bei einer allerdings enormen Streuung von 30 Stunden und weniger (18 % aller Befragten) bis zu mehr als 50 Stunden, was auf immerhin 31 % zutrifft; 13 % kommen sogar auf eine wöchentliche Gesamtbelastung von mehr als 60 Stunden (Bild 9.14). Im Ver-

gleich mit 2006 ist der zeitliche Gesamtaufwand für Studium und Job damit deutlich angestiegen (im Durchschnitt um plus drei Wochenstunden bzw. gut 7%).

- Mit zunehmender Erwerbstätigkeit verschiebt sich die Verteilung der Zeitannteile zwischen Studium und freier Zeit. Der zusätzliche Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit geht in etwa gleichem Umfang zu Lasten sowohl des Studiums als auch der verbleibenden Freizeit (Bild 9.20). Unter Gesichtspunkten eines möglichst effektiven Studiums sind die zeitlichen Konsequenzen für das Studium durch den faktisch geringeren wöchentlichen Zeitaufwand, der zum Studium noch zur Verfügung steht, problematisch, auch wenn studienbegleitende Erwerbstätigkeit nur einen von vielen Gründen für ein längeres Studium darstellt. Gegenüber 2006 ist festzustellen, dass die studentische Erwerbsarbeit etwas mehr zu Lasten der Freizeit geht und entsprechend etwas weniger zu Lasten des Studiums.

- Der Zeitaufwand, der in Studium und Erwerbstätigkeit investiert wird, hängt von zahlreichen sozialen und individuellen Faktoren ab. Von besonderer Bedeutung ist auch hier die soziale Herkunft (Bild 9.19). So steigt der durchschnittliche Erwerbsaufwand im Studienverlauf bei Studierenden aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ stärker an als bei denjenigen aus der Herkunftsgruppe „hoch“, mit entsprechenden Konsequenzen für das Stu-

dium. Die subjektive Einstellung zum Studium ist ein weiterer Faktor, der mit dem Zeitbudget, das in das Studium investiert wird, korrespondiert (Bild 9.27).

- Die Sozialerhebung unterscheidet zwischen vier Studien-Erwerbs-Typen (zur Definition vgl. Abschnitt 9.3.4), denen jeweils ein bestimmter Zeitaufwand für Studium und/ oder Erwerbstätigkeit zugrunde gelegt wird. Danach praktizieren im Sommersemester 2009 79% aller Studierenden im Erststudium ein Vollzeitstudium (definiert als wöchentlicher Studienaufwand von 25 Stunden oder mehr), darunter 12% mit hohem Erwerbsaufwand (definiert als wöchentlich mehr als 15 Stunden). Der Anteil der Vollzeitstudierenden hat seit 1988 – damals noch 89% – bis 2006 auf 75% kontinuierlich abgenommen (Bild 9.22). 2009 ist dieser Trend erstmalig durchbrochen worden, indem der Anteil an Vollzeitstudierenden wieder um vier Prozentpunkte zugenommen hat, möglicherweise auch eine Auswirkung der Studienstrukturreform. Korrespondierend damit hat sich der Anteil derjenigen Studierenden im Erststudium, der de facto ein Teilzeitstudium (mit weniger als 25 Stunden pro Woche) betreibt, von 25% in 2006 – einem Spitzenwert in der bisherigen Entwicklung – auf 21% in 2009 reduziert.

- Die vier Studien-Erwerbs-Typen (nur Erststudium) verteilen sich unterschiedlich nach Abschlussart, Studienfach und

Studienverlauf. Den größten Anteil an Vollzeitstudierenden weisen Studiengänge auf, die mit dem Staatsexamen (ohne Lehramt) oder einem Bachelor enden, den geringsten hingegen Magisterstudiengänge (Bild 9.24). Eine tiefer gehende Bestandsaufnahme der Situation in den Bachelorstudiengängen wird im Rahmen eines Sonderberichts erfolgen.

- Mit dem Studienverlauf nimmt die Häufigkeit eines de facto Teilzeitstudiums deutlich zu: Während noch 86 % bis 87 % der Studierenden in den ersten beiden Studienjahren im Vollzeitmodus studieren, sind es im vierten Studienjahr nur noch 77 % und im fünften nur noch 74 % (Bild 9.25). Der Anteil der Vollzeitstudierenden ist vor allem in der Fächergruppe Medizin, aber auch in den Ingenieurwissenschaften und in Mathematik/Naturwissenschaften höher als im Durchschnitt und fällt in der Fächergruppe Sozialwissenschaften/Psychologie/Pädagogik deutlich niedriger aus (Bild 9.26).
- Mit 66 % ist die Erwerbstätigenquote unter Studierenden im Erststudium im Jahr 2009 gegenüber 2006 wieder um drei Prozentpunkte gestiegen und liegt damit auch im längerfristigen Vergleich auf einem hohen Niveau (Bild 10.2). Dieser Anstieg ist vor allem auf diejenigen zurückzuführen, die laufend während des Semesters gearbeitet haben, was bei 38 % der Studierenden der Fall ist (2006: 33 %).

- Differenziert nach regionalen Merkmalen, liegt die Erwerbstätigenquote in den neuen Ländern mit 55 % weit unter der für die alten Länder (68 %). Ansteigend ist sie in beiden Regionen (Bild 10.3). Mit 32 Prozentpunkten Differenz (78 % in Köln, 46 % in Osnabrück) gibt es starke Unterschiede auf lokaler Ebene (Bild 10.8), ebenso zwischen den einzelnen Ländern (Bild 10.7).

- Die Erwerbstätigenquote steigt mit dem Alter deutlich an – von 39 % bei den 19-Jährigen auf 79 % bei den 30-Jährigen und älteren Studierenden; ebenso der Anteil der laufend Erwerbstätigen (Bild 10.9). Geschlechtsspezifische Unterschiede sind relativ gering; bei den Jüngeren (bis 25-Jährigen) ist die Erwerbstätigenquote der Frauen etwas höher (Bild 10.10). Zwischen den sozialen Herkunftsgruppen fallen die Unterschiede geringer aus, als erwartet werden könnte: In allen vier Gruppen liegt die Erwerbstätigenquote deutlich über 60 % (Bild 10.11).

- Unter den vielfältigen Motiven, neben dem Studium zu arbeiten, steht der Grund „notwendig für den Lebensunterhalt“ an erster Stelle (45 % mit voller Zustimmung), gefolgt von dem Motiv „sich etwas mehr leisten können“ (40 %). Auch die Unabhängigkeit von den Eltern (30 %) sowie das „Sammeln praktischer Erfahrungen“ (26 %) spielen noch eine größere Rolle (Bild 10.15). Steht das Motiv „Lebensunterhalt“ im Vordergrund, dehnen sich

die durchschnittlichen Arbeitszeiten tendenziell aus, während der Grund „sich etwas leisten können“ eher zu moderaten Arbeitszeiten führt (vgl. Abschnitt 10.3.3). Die Motive korrespondieren mit dem Alter – jüngere Studierende arbeiten eher, um sich etwas mehr leisten zu können, ältere dagegen eher mit dem Ziel der Sicherung des Lebensunterhalts. Bei Studierenden aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ steht der Lebensunterhalt als Erwerbsmotiv im Vordergrund; bei denjenigen aus der Herkunftsgruppe „hoch“ dominieren die Motive, sich etwas mehr zu leisten sowie Praxiserfahrungen zu sammeln (Bild 10.20).

- Erwerbstätige Studierende finden sich in einer ganzen Bandbreite von Jobs, von hochqualifizierten bis zu einfachen Aushilfstätigkeiten, die mit 40 % (Erststudium) das Bild dominieren. 32 % arbeiten als studentische/wissenschaftliche Hilfskraft (Bild 10.22). Der durchschnittliche Verdienst im Erststudium liegt bei 9 € pro Stunde, aber mit einer erheblichen Spannweite; bei freiberuflicher/selbständiger und bei höher qualifizierter Tätigkeit, insbesondere in Anknüpfung an eine schon erworbene Qualifikation, lässt sich ein höheres Entgelt erzielen (Bild 10.26).
- Die Einführung allgemeiner Studiengebühren hat insgesamt keinen messbaren Einfluss auf das studentische Zeitbudget. Aufgrund zahlreicher Ausnahmen und Befreiungen und der (Teil-)Übernah-

me der Gebührenzahlung durch die Eltern (bei 59 % der Gebührenzahler) belastet die Gebührenpflicht vornehmlich diejenigen, die ihr mit eigenen Mitteln nachkommen müssen. In dieser Gruppe hat sich im Vergleich zum Sommersemester 2006 vor allem der Anteil der „laufend“ Erwerbstätigen erhöht (Bilder 10.4 und 10.5).

5. Soziale Infrastruktur für Studierende

Welche Bedeutung hat die soziale Infrastruktur für das Studium, welche Anforderungen stellen Studierende an diese und wie stellt sich ihre Nutzung dar? Hochschulzugang und Studienerfolg sind nicht nur von der Finanzierung des Studiums und dem Zeitbudget abhängig, das für das Studium zur Verfügung steht. Vielmehr bedeutet ein Hochschulstudium in der Regel auch, sich nach einer Unterkunft umzusehen, sich verpflegen und vielfältige Herausforderungen meistern zu müssen, die mit dem Wechsel in eine neue Lebensphase zusammenhängen. Die Studentenwerke bieten dafür an den einzelnen Standorten entsprechende Dienstleistungen an, zu denen Angebote für preiswertes Wohnen in Wohnheimen, preisgünstige Verpflegungsangebote in Mensen und Cafeterien und auch zahlreiche Beratungs- und Informationsangebote gehören. Aufgrund der Zentra-

lität dieser Fragen für die große Mehrzahl der Studierenden sind diese Aspekte ein regelmäßiges Thema der Sozialerhebungen. Sollte sich das deutsche Hochschulsystem zukünftig noch stärker ausdifferenzieren, ist es vorstellbar, dass solche Angebote als Wettbewerbsfaktoren sogar noch stärker an Bedeutung gewinnen.

Wie wohnen Studierende und was hat sich hier verändert? Folgende Ergebnisse zur Wohnsituation werden hervorgehoben:

- Die Entwicklung der studentischen Wohnformen, weist über den Zeitraum der letzten 20 Jahre keinen so fundamentalen Wandel mehr auf wie in den vier Jahrzehnten zuvor (vgl. Bild 11.3 sowie 18. Sozialerhebung, S. 353). Sie ist u. a. dadurch geprägt, dass die Wohnform der Untermiete schon seit Beginn des letzten Jahrzehnts bedeutungslos geworden ist und der Anteil, der selbstorganisiert wohnt, in eigener Wohnung mit oder ohne Partner/in sowie in einer Wohngemeinschaft, bis 2003 permanent zugenommen hat und danach auf hohem Niveau stabil geblieben ist. Die langfristige Entwicklung ist primär von drei Faktoren beeinflusst worden: erstens von der Angebotsentwicklung auf dem Wohnungsmarkt, einschließlich der Wohnheimkapazitäten; zweitens vom Wandel der Wohnnachfrage, die u. a. von der Entwicklung der Studierendenzahlen abhängig ist sowie von den individuellen

Wohnpräferenzen und der sich darin manifestierenden Lebensstile; drittens schließlich von der Preis- und Kostenentwicklung in Verbindung mit den finanziellen Möglichkeiten der Studierenden.

- Im Jahr 2009 ergibt die Verteilung der Wohnformen für alle Studierenden folgendes Bild (Bild 11.1): Die Wohngemeinschaft ist die am häufigsten gewählte Wohnform (26 %), gefolgt vom Wohnen bei den Eltern (23 %). Der Anteil an Studierenden, die allein in einer eigenen Wohnung wohnen, ist auf 17 % zurückgegangen, eine eigene Wohnung mit einem Partner bzw. einer Partnerin teilen sich 20 %. Einen Platz in einem Wohnheim haben 12 % der Studierenden. Die Veränderungen zwischen 2006 und 2009 fallen damit vergleichsweise moderat aus. Der Anteil der Wohnheimwohner/innen und der Anteil derjenigen, die in einer Wohngemeinschaft leben, hat um jeweils einen Prozentpunkt zugenommen; umgekehrt hat die alleinige Nutzung einer Wohnung um drei Prozentpunkte abgenommen.

- Zwischen tatsächlicher Wahl und bevorzugter Wohnform gibt es eine gewisse Diskrepanz. Bei freier Wahl – d. h. ohne Rücksicht auf das lokale Angebot und die Kosten – stünde die gemeinsame Wohnung mit dem/der Partner/in an erster Stelle (35 %). Die Wohngemeinschaft (25 %) und die alleinige Wohnung (23 %) kämen gleich danach. Auf das Wohn-

heim entfielen 9%. Am größten ist die Diskrepanz bei der Elternwohnung, für die sich nur 8% bei freier Wahlmöglichkeit entscheiden würden (Bild 11.12). Die Übereinstimmung zwischen bevorzugter und realisierter Wohnform ist am höchsten bei der Wohnung, die mit dem/der Partner/in geteilt wird (95%). Es folgen fast gleichauf die Wohngemeinschaft (63%) und die alleinige Wohnung (60%). Schon deutlich niedriger fällt die Übereinstimmung beim Wohnheim (40%) aus; bei den Eltern oder zur Untermiete (22% bzw. 17%) wohnen die meisten Studierenden nicht, weil sie diese Wohnformen bevorzugen, sondern weil sie offenbar keine andere Möglichkeit gefunden haben.

- Einen deutlichen Unterschied gibt es zwischen den alten und neuen Ländern, auch wenn sich die Wohnpräferenzen selbst nicht mehr unterscheiden (Bild 11.13). Ein Platz in einer Wohngemeinschaft oder einem Wohnheim hat in den neuen Ländern eine deutlich größere Bedeutung, das Wohnen bei den Eltern dagegen eine sehr viel geringere (Bild 11.4). Auffällig ist der in den 1990er Jahren drastische, inzwischen deutlich verlangsamte Bedeutungsverlust der Wohnheime in den neuen Ländern von über 60% (1991) auf 15% (2009), der auf mehrere Ursachen zurückzuführen ist: Modernisierungsmaßnahmen, die mit einem Kapazitätsverlust verbunden waren, der enorme Anstieg der Studierendenzahlen, alterna-

tive Angebote auf dem freien Wohnungsmarkt etc. Abgesehen von den Unterschieden zwischen alten und neuen Ländern gibt es auch zwischen den 16 Ländern z. T. beträchtliche Unterschiede in den Wohnformen (Bild 11.15).

- Die individuelle Wahl der Wohnform wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Ältere Studierende wohnen z. B. anders als jüngere. Mit dem Alter nimmt die Bedeutung der Elternwohnung, der Wohngemeinschaft und des Wohnheims (schon aufgrund der zumeist begrenzten Wohndauer) deutlich ab, die der eigenen Wohnung und vor allem die einer Wohnung mit dem/r Partner/in dagegen deutlich zu (Bild 11.6). Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind dagegen geringer. Studentinnen wohnen seltener als Studenten bei ihren Eltern und auch seltener im Wohnheim. Sie wohnen vor allem häufiger bereits mit einem Partner zusammen (Bild 11.7), wobei neben dem Geschlecht selbstverständlich auch der Familienstand großen Einfluss hat. Die soziale Herkunft wirkt sich ebenso aus: Studierende aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ wohnen häufiger bei den Eltern oder mit dem/der Partner/in zusammen, diejenigen aus der Herkunftsgruppe „hoch“ dagegen häufiger in einer Wohngemeinschaft oder alleinigen Wohnung. Interessant ist, dass ein Platz in einem Wohnheim für alle sozialen Herkunftsgruppen gleichermaßen attraktiv ist (Bild 11.8).

- Insgesamt äußern sich 60 % als mit ihrer Wohnsituation (sehr) zufrieden. Am höchsten ist die Zufriedenheitsquote bei denen, die mit Partner/in in einer eigenen Wohnung zusammen leben (72 %). Am unzufriedensten äußern sich diejenigen, die bei ihren Eltern, zur Untermiete oder im Wohnheim wohnen (Bild 11.14).

Zur Nutzung und Einschätzung der gastronomischen Einrichtungen im Hochschulbereich (Mensen und Cafeterien) sind folgende Ergebnisse hervorzuheben:

- Hinsichtlich der Nutzungsfrequenz lässt sich für 2009 feststellen, dass 85 % der Studierenden im Laufe einer Woche eine Mensa/Cafeteria besuchen – im Durchschnitt etwa viermal innerhalb einer Woche. Das Mittagessen ist der mit Abstand häufigste Anlass dafür, es folgen Zwischenmahlzeiten und Frühstück, während das Abendessen bislang äußerst selten vorkommt (Bilder 12.1 und 12.2). 78 % der Studierenden gehen durchschnittlich 2,7 mal in der Woche zum Mittagessen in die Mensa. Mit Ausnahme der Zwischenmahlzeiten werden die Verpflegungseinrichtungen häufiger von Studenten als von Studentinnen genutzt (vgl. Abschnitt 12.2).
- Im längeren Zeitverlauf blieb der Anteil der Mensabesucher/innen seit 1991 weitgehend unverändert. Etwas verringert hat sich der Anteil der Stammgäste – und zwar sowohl bei den Frauen wie bei

den Männern –, während sporadische Nutzung zugenommen hat (Bild 12.3). Stammgäste sind eher männlich, sporadische Nutzer und Nicht-Nutzer häufiger weiblich. Gegenüber 2006 hat sich der Anteil der sporadischen Nutzer/innen um drei Prozentpunkte und der Anteil der Stammgäste um einen Prozentpunkt erhöht. Der Anteil der Nicht-Nutzer ist entsprechend zurückgegangen.

- Der Anteil derjenigen, die nie die Mensen nutzen, ist in allen Altersklassen zurückgegangen, am stärksten bei den älteren Studierenden. Dennoch nutzen jüngere Studierende die Mensen auch 2009 häufiger als ältere (Bild 12.5). Studierende, die im Wohnheim oder in einer Wohngemeinschaft wohnen, sind öfter Stammgäste. Die Höhe der monatlichen Einnahmen beeinflusst die Häufigkeit des Mensabesuchs nur wenig. Studierende der Ingenieurwissenschaften, Medizin und der Naturwissenschaften besuchen die gastronomischen Einrichtungen an der Hochschule häufiger als ihre Kommiliton/innen (Bild 12.8). Studierende in den Bachelor-Studiengängen sind etwas häufiger Stammgäste der Mensa als Studierende in den Diplom-/Magister-Studiengängen (41 % vs. 39 %). Werden gleichaltrige Studierende der neuen und alten Studiengänge verglichen, sind keine Unterschiede feststellbar.
- Unter den Erwartungen an die Mensa/Cafeteria dominieren eindeutig die

günstige räumliche Nähe zur Hochschule (von 90 % als (sehr) wichtig genannt), der Preis (82 %) und die Qualität der Angebote (79 %), schließlich auch der geringe Zeitaufwand (57 %). Darüber hinaus sehen 44 % die Mensen und Cafeterien auch als einen Ort der Kommunikation, als einen Treffpunkt an, weshalb für ungefähr genauso viele Befragte auch die räumliche Gestaltung wichtig ist (Bild 12.11). Für die tatsächlichen Nutzer/innen der Mensen und Cafeterien spielen die räumliche Nähe zur Hochschule und der damit verbundene geringe Zeitaufwand neben den günstigen Preisen eine noch größere Rolle.

Zum Beratungsbedarf sind folgende Ergebnisse hervorzuheben:

- Unter allen Studierenden im Erststudium geben 61 % an, in den vergangenen zwölf Monaten einen Beratungs- und Informationsbedarf zu mindestens einem Thema (aus einer vorgegebenen Liste) gehabt zu haben. Dabei stehen finanzielle Themen (Studienfinanzierung, Krankenversicherung, Auslandsaufenthalt) im Vordergrund, es folgen studien(leistungs)bezogene Probleme (z. B. Zweifel, das Studium fortzuführen, Arbeitsprobleme) und Probleme, die sich auf die eigene Person oder das persönliche Umfeld beziehen, u. a. auch psychische Schwierigkeiten wie depressive Verstimmungen oder Selbstwertprobleme (Bild 13.1). Auffällig ist, dass der Beratungs- und Infor-

mationsbedarf zwischen 2006 und 2009 insgesamt um fünf Prozentpunkte abgenommen hat. Dies trifft vor allem auf den Bereich der finanzierungsbezogenen Themen zu (minus acht Prozentpunkte). Der stärkste Rückgang zeigt sich bei den Themen Krankenversicherung und Finanzierung eines Auslandsaufenthalts (jeweils um fünf Prozentpunkte). Demgegenüber ist der Bedarf an Information und Beratung zu studien-(leistungs)bezogenen Themen wie Arbeitsorganisation/ Zeitmanagement, Prüfungsangst und Studienabschlussprobleme konstant geblieben, während er zum Thema Lern-/ Leistungsprobleme geringfügig gestiegen ist.

- Unterschiede im Beratungsbedarf fallen zwischen den beiden Hochschularten sehr gering aus; lediglich Probleme mit der Studienfinanzierung sind häufiger für Studierende an Fachhochschulen ein Anlass, Beratung und Information zu suchen (Bild 13.2). Auch die Unterschiede zwischen den Bachelor-Studierenden und denen, die einen traditionellen Abschluss anstreben, fallen insgesamt nicht sehr gravierend aus (Bild 13.3). Allerdings gibt es auch hier interessante Aspekte im Detail. So sind es die Bachelor-Studierenden, die einen gegenüber den Studierenden anderer Abschlussarten erhöhten Beratungs- und Informationsbedarf zum Thema Studienfinanzierung haben. Dagegen rücken für sie Probleme im Zusammen-

hang mit einer eigenen Krankenversicherung in den Hintergrund, weil sie die entsprechende Altersgrenze dafür häufig noch gar nicht erreicht haben. Im Kontext studien- und leistungsbezogener Themen plagten die Bachelor-Studierenden einerseits etwas häufiger Zweifel, das Studium fortzuführen. Andererseits haben sie deutlich seltener Beratungsbedarf im Zusammenhang mit Studienabschlussproblemen.

- Sehr deutlich variiert der themenspezifische Beratungs- und Informationsbedarf mit einigen sozio-demografischen Merkmalen, z. B. mit dem Alter der Studierenden. So stehen allgemeine finanzielle Fragen eher bei den Jüngeren und bei den Älteren im Vordergrund. Die Krankenversicherung wird bei den 25- bis 27-Jährigen zu einem ganz wichtigen Thema, hervorgerufen durch den Wegfall der Mitversicherung bei den Eltern i. d. R. nach dem 25. Lebensjahr. Nahezu alle studien(leistungs)-bezogenen Themen gewinnen mit zunehmendem Alter an Bedeutung. Eine Ausnahme bilden Zweifel, das Studium fortzusetzen, die auch für die Jüngeren bereits sehr relevant sind. Ebenso nehmen einige Probleme im persönlichen Umfeld wie depressive Verstimmungen und Selbstwertprobleme mit dem Alter zu (Bild 13.6). Diskontinuierliche Studienverläufe und eine hohe Erwerbsbelastung vergrößern den Beratungsbedarf (Bilder 13.4 und 13.5).

Auch das Geschlecht bzw. geschlechtsspezifische Wahrnehmungs- und Verhaltensweisen üben einen Einfluss auf den Beratungs- und Informationsbedarf aus (Bild 13.7). So sehen Studentinnen nahezu über alle Themen hinweg häufiger einen Bedarf an Beratung und Information als Studenten. Die soziale Herkunft wirkt sich ebenfalls auf den Beratungsbedarf aus. Studierende aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ geben zu nahezu allen Themen einen höheren Beratungsbedarf an, am stärksten zu Fragen der Studienfinanzierung (Bild 13.8).

- Von den Studierenden mit einem Beratungs- und Informationsbedarf (61%) haben mehr als die Hälfte (33% aller Studierenden im Erststudium) eine professionelle Beratungseinrichtung aufgesucht. Eine so hohe „Nutzungsquote“ von 55% (in Bezug auf diejenigen mit einem Beratungsbedarf) wird aber nur bei finanzierungsbezogenen Problemen erreicht. Bei studien- bzw. leistungsbezogenen Problemen wird schon seltener professionelle Hilfe in Anspruch genommen, hier liegt die „Nutzungsquote“ nur noch bei 27%. Noch seltener werden Beratungsangebote bei Problemen im persönlichen Umfeld wahrgenommen („Nutzungsquote“ von 18%).

1. Anlage der Untersuchung

1.1 Untersuchungsziele

Die hiermit vorgelegte 19. Sozialerhebung setzt die 1951 begonnene Erhebungsreihe des Deutschen Studentenwerks über die wirtschaftliche und soziale Situation der Studierenden in Deutschland fort. Der Wandel der sozialen Lage der Studierenden lässt sich somit über fast 60 Jahre hinweg verfolgen – seit 1991 einschließlich der Studierenden in den neuen Ländern.

Die Durchführung der Erhebung, die Auswertung der Daten und die Darstellung der Ergebnisse lagen, wie bereits seit der 10. Sozialerhebung (1982), in den Händen von HIS Hochschul-Informationssystem.

Die 19. Sozialerhebung wurde, wie alle vorangegangenen Erhebungen seit Anfang der siebziger Jahre, wieder mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Hauptanliegen der Sozialerhebung ist es, die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden systematisch zu erfassen und so aufbereitet darzustellen, dass der Leser/die Leserin in die Lage versetzt wird, sich ein eigenes Urteil über die jüngste Entwicklung und den aktuellen Stand der sozialen und wirtschaftlichen Situation der Studierenden zu bilden.

Neben der Darstellung der Entwicklung der Studierendenzahlen und der Vorstellung wesentlicher Daten zum

Hochschulzugang werden Ergebnisse zu folgenden Themenbereichen präsentiert:

- Entwicklung und Unterschiede in der Bildungsbeteiligung
- Soziale Zusammensetzung der Studierenden
- Entwicklung und Unterschiede bei der Finanzierung des Lebensunterhalts
- Förderung nach dem BAföG
- Zeitaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit
- Entwicklungstendenzen studentischer Erwerbstätigkeit
- Wohnsituation
- Nutzung und Ansprüche an Mensen und Cafeterien
- Beratungs- und Informationsbedarf
- Studium mit Kind.

Grundlage der Berichterstattung in den Kapiteln 2 bis 14 ist die Situation der deutschen Studierenden und der ausländischen Studierenden, die im deutschen Schulsystem ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben (Bildungsinländer/-innen). Basis für das Kapitel 15 „Studierende mit Migrationshintergrund“ sind die Bildungsinländer/innen und deutsche Studierende, die als solche mit Migrationshintergrund identifiziert werden konnten. Die Situation der ausländischen Studierenden, die erst zum Studium nach Deutschland kamen (so genannte Bildungsausländer/innen), wird in einer Sonderveröffentlichung behandelt.

Die in den einzelnen Kapiteln dargestellten Ergebnisse basieren auf den Daten, die im 3-Jahres-Rhythmus, zuletzt im Sommersemester 2009, durch die Sozialerhebung ermittelt werden. Ausgenommen von dieser Regel sind Kapitel 2 „Hochschulzugang“, und Kapitel 3 „Bildungsbeteiligung“, in denen vorwiegend bzw. ausschließlich Daten der amtlichen Statistik (z. B. Mikrozensus) und anderer HIS-Untersuchungsreihen (z. B. Studienanfängerbefragungen) genutzt werden.

Die 19. Sozialerhebung fällt in eine Zeit, in der vor einigen Jahren eingeleitete grundlegende Umbruch der deutschen Hochschullandschaft, der nahezu alle Facetten und Bestandteile des Hochschulsystems einbezieht – von den Zugängen zum Studium und der Organisation des Studiums über die Struktur des Hochschulsystems bis zur Organisation, Steuerung und Finanzierung der Hochschulen, bereits relativ weit fortgeschritten ist. Aus studentischer Perspektive sind es vor allem die mit dem Bologna-Prozess verbundenen Reformen des Studiums, die zu tief greifenden Veränderungen geführt haben. Aber auch die Einführung von allgemeinen Studiengebühren in sechs Ländern, von der die Mehrheit der Studierenden betroffen ist, gehört dazu.

Mit der 19. Sozialerhebung wird eine Momentaufnahme dieses Reform- und Veränderungsprozesses vorgelegt, mit der die Auswirkungen aus studentischer

Sicht beschrieben werden. Auch in diesem Zusammenhang müssen die Ergebnisse der Sozialerhebung als eine Zeitreihe gelesen werden, die den jeweils aktuellen Stand eines fortlaufenden Wandlungsprozesses dokumentiert. Dabei stellen die Ergebnisse der Sozialerhebung als Monitoringinstrument auch Informationen zur Verfügung, die dazu beitragen können, im Falle unerwünschter Folgen rechtzeitig Handlungsbedarfe zu erkennen und gegebenenfalls korrigierend in diesen Prozess einzugreifen.

1.2 Erhebungsinstrumentarium

Stichprobe

Die Sozialerhebung ist konzipiert als schriftliche Befragung einer Stichprobe der jeweils im Sommersemester des Befragungsjahres an den deutschen Hochschulen gemäß dem Berichtskreis des Statistischen Bundesamtes¹ immatrikulierten Studierenden. Ausgenommen bleiben dabei die Studierenden der Verwaltungsfachhochschulen, der Hochschulen des Fernstudiums und der Universitäten der Bundeswehr. Für die 19. Sozialerhebung wurden nach dem Zufallsprinzip

¹ Hochschulen, die erst im Jahre 2009 in den Berichtskreis des Statistischen Bundesamts aufgenommen wurden, wie beispielsweise die am 01.03.09 gegründete Duale Hochschule Baden-Württemberg, konnten dabei nicht berücksichtigt werden.

zwei unterschiedliche Stichproben gezogen.

Die erste Stichprobe umfasst die Zielgruppe der deutschen Studierenden und der studierenden Bildungsinländer/innen. Für diese Stichprobe war jeder 27. im Sommersemester 2009 immatrikulierte Studierende zu berücksichtigen (weitere Details im Kap. 1.3). Die zweite Stichprobe war für die gesonderte Befragung der sogenannten Bildungsausländer/innen zu ziehen. Hier war jeder 18. Studierende in die Stichprobe einzubeziehen.

Die gezogene Stichprobe der Deutschen und Bildungsinländer wurde zum Teil (20 %) dazu genutzt, die Studierenden aufzufordern, die Fragen der Sozialerhebung online im Internet zu beantworten. Diese Online-Befragung dient der methodischen Weiterentwicklung des Erhebungsinstrumentariums der Sozialerhebung. Ihre Ergebnisse sind nicht Gegenstand des vorliegenden Berichts.

Fragebogen

Bei der Überarbeitung des bewährten Fragebogens der Sozialerhebung wurden Modifikationen der Fragestellungen mit der Zielsetzung vorgenommen, soweit möglich Auswirkungen der Änderungen des Hochschulzugangs, der Studienstrukturreform und der Einführung von Studiengebühren zu ermitteln.

Die schriftliche Befragung der deutschen Studierenden und der studierenden Bildungsinländer/innen wurde im Sommersemester 2009 mit dem im Anhang wiedergegebenem Fragebogen durchgeführt. Im Einzelnen wurden damit Daten zu folgenden Themenbereichen, die hier in der Abfolge des Fragebogens wiedergegeben werden, ermittelt:

- Angaben zum Studium

Dabei geht es um formale Merkmale wie Hauptstudienfach, angestrebter Abschluss, Anzahl der absolvierten Semester, besuchte Hochschule, Studiengang und Hochschulwechsel. Wiederum wurden die Studierenden gebeten, ihre Einstellung zum Studium, bezogen auf die gegenwärtige Lebenssituation, anzugeben. Außerdem wurde das Zeitbudget für die „typische“ Semesterwoche erfragt, und zwar für Lehrveranstaltungen, Selbststudium und Erwerbstätigkeit. Darüber hinaus wurden Studierende, die die Hochschule gewechselt hatten, ergänzend nach den Gründen dafür befragt.

- Angaben zur Vorbildung

Mit diesem Teil werden die Art der Hochschulzugangsberechtigung und das Land, in dem die Berechtigung erworben wurde, ermittelt. Außerdem wird nach einer eventuellen Berufsausbildung vor Studienaufnahme gefragt und wie viel Zeit zwischen dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und der Erstimmatrikulation lag.

- **Finanzielle Situation im Sommersemester 2009**

Gefragt wird einerseits nach den Einnahmen, die aus den möglichen Finanzierungsquellen monatlich zur Verfügung stehen, und andererseits nach den monatlichen Ausgaben für ausgewählte Positionen der Lebenshaltung. Darüber hinaus wurde erstmals danach gefragt, ob die besuchte Hochschule allgemeine Studiengebühren erhebt und wie diese ggf. finanziert werden. Abgeschlossen wird dieser Komplex mit einer Frage nach der Beurteilung der eigenen finanziellen Situation.

- **Angaben zum BAföG**

Ermittelt werden der Förderungsstatus, die Art der Förderung sowie die Gründe der Nicht-(mehr-)Förderung.

- **Geld verdienen während des Studiums**
Es wird danach gefragt, ob und in welchem Umfang in der vorlesungsfreien Zeit und während der Vorlesungszeit einer Tätigkeit zum Geld verdienen nachgegangen wurde. Soweit dies bejaht wurde, schlossen sich Fragen zur Art der Tätigkeit und den Gründen, warum während des Studiums Geld verdient wird, an.

- **Angaben zur Person**

Mit diesem Teil werden die üblichen demographischen Merkmale wie Geschlecht, Lebensalter, Familienstand und Staatsangehörigkeit ermittelt. Darüber hinaus wird nach Geschwistern und eigenen Kindern gefragt.

- **Angaben über die Eltern**

Gefragt wird nach dem Erwerbsstatus, dem höchsten Schulabschluss und dem höchsten beruflichen Abschluss von Vater und Mutter. Ergänzend wird die Einordnung des aktuell bzw. zuletzt ausgeübten Berufs anhand eines hierarchischen Schlüssels der beruflichen Positionen ermittelt. Außerdem wurde erstmals nach der Staatsangehörigkeit der Eltern gefragt.

- **Angaben zur Wohnsituation**

Dieser Abschnitt umfasst Standardfragen zur tatsächlichen und bevorzugten Wohnform sowie nach der Zufriedenheit mit der aktuellen Wohnsituation.

- **Angaben zur Ernährung**

Gefragt wird nach der Art und der Anzahl der in der Mensa oder Cafeteria im Laufe einer Woche eingenommenen Mahlzeiten. Außerdem wird ermittelt, was den Studierenden an Mensen und Cafeterien wichtig ist.

- **Beratungsbedarf - Informationsbedarf**

Die Fragestellung zielt auf den Bedarf an Information und Beratung für verschiedene Teilaspekte des studentischen Lebens und die Nutzung von entsprechenden Beratungsangeboten.

- **Auslandserfahrungen**

Mit dem abschließenden Teil des Fragebogens werden Daten zu verschiedenen Aspekten studentischer Auslandsmobilität ermittelt.

Dem Fragebogen war ein Anschreiben (vgl. Anhang A) beigefügt, das die Untersuchungsziele erläutert, sowie einen Hinweis auf die Freiwilligkeit der Teilnahme und eine Erklärung zum Datenschutz enthält. Außerdem war den Befragungsunterlagen ein Flyer beigefügt, mit dem weitergehend über die Sozialerhebung informiert wurde.

Begleitmaßnahmen

Zu den begleitenden Maßnahmen, mit denen die 19. Sozialerhebung angekündigt und bei den Studierenden für eine Teilnahme geworben wurde, gehörte eine aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Studentenwerks und der regional zuständigen Studentenwerke. Mit Pressemitteilungen und einer Plakataktion, unmittelbar vor Beginn der Feldphase, wurde auf die bevorstehende Befragung aufmerksam gemacht. Dazu wurden 2.500 Plakate an die 58 Studentenwerke versandt.

Darüber hinaus wird eine Website als Informations- und Serviceportal für Befragte, Presse und sonstige Interessierte gepflegt (www.sozialerhebung.de). Sie enthält zur Ansicht und/oder zum Herunterladen Pressemitteilungen, Textbausteine, Interviews, Fotos, Fragebogen, Plakat, Flyer und die aus vorherigen Sozialerhebungen hervorgegangenen Berichte. Auch Informationen zu Ziel und Zweck

der Erhebung, zu den Akteuren sowie Fragen und Antworten rund um die Sozialerhebung sind dort zu finden. Außerdem können auf der Website die Druckfassungen der Berichte zur Sozialerhebung bestellt und mittels eines E-Mail-Kontaktformulars Fragen gestellt und Meinungen geäußert werden.

1.3 Durchführung der Untersuchung

Mit Ausnahme der Verwaltungsfachhochschulen, der Universitäten der Bundeswehr und der Hochschulen für das Fernstudium wurden Ende Januar 2009 alle zu dem Zeitpunkt in Deutschland existierenden Hochschulen gebeten, sich an der Sozialerhebung durch Ziehen einer Stichprobe und Versenden der Erhebungsunterlagen zu beteiligen. Die 218 Hochschulen, die daraufhin ihre Teilnahmebereitschaft erklärt haben, wurden gebeten, die Adressen der zu befragenden Studierenden aus dem hochschulinternen Adressenpool nach dem Zufallsprinzip zu ziehen und für den Versand der Erhebungsunterlagen in zweifacher Ausfertigung bereitzuhalten. Jeweils eine Ausfertigung war für den Versand des Fragebogens und einer Erinnerungskarte vorgesehen.

Die an die beteiligten Hochschulen ausgelieferten Erhebungsunterlagen wurden von diesen in der Regel in der

Woche vom 11. bis 15. Mai 2009 (20. Kalenderwoche) an die Studierenden versandt. Verfahrensbedingt wurde – da HIS aus Gründen des Datenschutzes nicht über die Adressen der angeschriebenen Studierenden verfügt und folglich nicht geprüft werden konnte, wer den Fragebogen bereits zurückgesandt hatte – vierzehn Tage später von den Hochschulen an die gleichen Adressaten eine Erinnerungskarte verschickt. Unzustellbare Sendungen gingen direkt an die jeweilige Hochschule zurück.

Alle Fragebogen, die bis Ende Juli 2009 bei HIS eintrafen, wurden bei der Auswertung berücksichtigt. Die Daten der zurückgesandten Fragebogen wurden für die Datenverarbeitung erfasst und umfangreichen Plausibilitätsprüfungen unterzogen.

1.4 Rücklauf und Repräsentativität

Ausgehend vom verwertbaren Rücklauf, haben sich Studierende von 210 Hochschulen an der Erhebung beteiligt. An den teilnehmenden Hochschulen waren knapp 95% der Studierenden der weiter oben definierten Grundgesamtheit der Sozialerhebung immatrikuliert (Kap. 1.2).

Nach den entsprechenden Meldungen der Hochschulen ist anzunehmen, dass der Fragebogen gut 51.000 Studierende erreichte. Bis Ende Juli 2009 wur-

den bei HIS ca. 16.500 Rückläufe registriert. Im Rahmen der Plausibilitätsprüfung mussten einige Fragebogen ausgesondert werden, so dass der letztlich verwertbare Rücklauf die Angaben von 16.370 Studierenden umfasst. Die Netto-rücklaufquote liegt damit bundesweit bei 32%. Unterschieden nach der Beteiligung der Studierenden in den einzelnen Ländern variiert die Rücklaufquote zwischen rd. 27% und 39% (Bild 1.1).

Die Zusammensetzung des realisierten Rücklaufs stimmt nach dem Strukturmerkmal Fächergruppe weitgehend mit der Grundgesamtheit überein (Bild 1.2). Nach den Merkmalen Geschlecht und Hochschulart haben sich Studentinnen und Studierende der Universitäten überproportional an der Sozialerhebung beteiligt. Die Überprüfung wurde auf der Basis der Studierendenzahlen des Wintersemesters 2008/2009 durchgeführt, da entsprechende Zahlen für das Sommersemester seit 1994 von der amtlichen Statistik nicht mehr bereitgestellt werden.

Durch Gewichtung der Einzelfälle wurden die beschriebenen Abweichungen zwischen realisierter Stichprobe und Grundgesamtheit korrigiert und wurde sichergestellt, dass die Studierenden in den einzelnen Ländern sich in dem Verhältnis in der Stichprobe wiederfinden, welches der Grundgesamtheit entspricht.

Die realisierte Stichprobe ist repräsentativ für Studierende im Bundesge-

Bild 1.1 Stichprobe und Rücklauf nach Ländern

Zielgruppe: deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen

Land	angeschriebene Studierende	verwertete Fragebogen	Nettorücklaufquote in %
Baden-Württemberg	5.432	2.028	37,3
Bayern	7.034	2.526	35,9
Berlin	3.023	803	26,6
Brandenburg	1.020	326	32,0
Bremen	1.305	382	29,3
Hamburg	1.375	395	28,7
Hessen	6.694	1.925	28,8
Mecklenburg-Vorpommern	940	282	30,0
Niedersachsen	5.085	1.655	32,5
Nordrhein-Westfalen	10.722	3.094	28,9
Rheinland-Pfalz	2.219	680	30,6
Saarland	430	116	27,0
Sachsen	2.402	925	38,5
Sachsen-Anhalt	1.236	423	34,2
Schleswig-Holstein	1.030	309	30,0
Thüringen	1.196	419	35,0
insgesamt	51.143	16.370 ¹	32,0

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ einschließlich 82 Fragebogen, die keinem Land zuzuordnen sind (keine Angabe der Hochschule)

biet. Grundsätzlich sind die Ergebnisse auch repräsentativ auf der Ebene der einzelnen Länder.²

² Allerdings sind detailliertere Auswertungen aufgrund zu geringer Fallzahlen (vgl. Bild 1.1) nicht für alle Länder möglich.

1.5 Darstellung der Ergebnisse

Jedes Kapitel ist so gestaltet, dass es auch für sich stehen kann. Wichtige Querbezüge zu anderen Kapiteln werden durch Übernahme der Ergebnisse bzw. durch Verweise hergestellt.

Für alle Auswertungen wurden Signifikanztests durchgeführt. Falls Ergebnisse

Bild 1.2 Repräsentativität des Rücklaufs nach ausgewählten Merkmalen
Studierende in %

Merkmal	Grund- gesamtheit im Wintersemester 2008/2009 ¹	Rücklauf	Abweichungen Rücklauf-Grund- gesamtheit (Prozentpunkte)
1. Geschlecht			
männlich	52,1	41,1	-11,0
weiblich	47,9	58,9	11,0
2. Fächergruppe			
Sprach- u. Kulturwissenschaften	20,4	26,3	5,9
Sport	1,5	1,5	0,0
Rechts-, Wirtschafts- u. Sozialwiss.	29,8	26,7	-3,1
Mathematik/Naturwissenschaften	18,4	16,6	-1,8
Humanmedizin	6,0	7,3	1,3
Veterinärmedizin	0,4	0,5	0,1
Agrar-, Forst- u. Ernährungswiss.	2,2	2,4	0,2
Ingenieurwissenschaften	17,2	15,4	-1,8
Kunst, Kunstwissenschaft	4,0	3,3	-0,7
3. Hochschulart			
Universitäten o.ä.	70,5	75,9	5,4
Fachhochschulen	29,5	24,1	-5,4

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ohne Verwaltungshochschulen, Hochschulen des Fernstudiums und Universitäten der Bundeswehr

nicht signifikant sind, wird im Text darauf hingewiesen. Zeitreihen, die auf den Befragungsergebnissen basieren, beginnen entweder 1991, dem Zeitpunkt der ersten Sozialerhebung, bei der auch die Studierenden in den neuen Ländern einbezogen worden sind, oder beschränken sich auf die aktuellere Entwicklung seit 2000. Soweit sich Ergebnisdarstellungen nicht

auf die Gesamtheit der deutschen Studierenden und studierenden Bildungsinländer/innen beziehen, wird die zugrunde liegende Bezugsgruppe im Untertitel der Bildüberschrift aufgeführt.

Randauszählung des Fragebogens

Im Anhang findet sich u. a. eine Randauszählung des Fragebogens, aus der die

quantitative Verteilung der Antworten für jedes Fragemerkmale hervorgeht. Diese Randauszählung, differenziert nach Studentinnen und Studenten, erlaubt dem Leser/der Leserin einen direkten, unkommentierten Einblick in das Antwortverhalten der Studierenden.

Eine noch weiter gehende Datenschließung und -darstellung wird dadurch sichergestellt, dass für zahlreiche Studentenwerke und andere Nutzer zusätzliche regionale und standortspezifische Auswertungen angefertigt werden. Auf diese Weise entsteht neben dem bundesweiten Bericht der Sozialerhebung eine ganze Bandbreite an landes-, regional- und standortspezifischen Ergebnisdarstellungen.

2. Hochschulzugang

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick			
Anzahl der Studierenden gemäß amtlicher Statistik (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	insg.	Uni	FH
Studierende im Wintersemester 2008/2009 (Deutsche und Ausländer)	1.998.060	1.397.492	600.568
Deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen	1.817.925	1.258.397	559.528
- darunter Studentinnen, in %	47	51	38
Studienanfänger/innen im Studienjahr 2008 (Deutsche und Ausländer)	387.674	244.216	143.458
Deutsche Studienanfänger/innen und Bildungsinländer/innen	329.373	199.237	130.136
- darunter Studienanfängerinnen, in %	49	54	42
Art der Hochschulzugangsberechtigung, in %	1991	2006	2009
allgemeine Hochschulreife	85	83	84
Fachhochschulreife	12	12	12
fachgebundene Hochschulreife	3	3	3
andere Hochschulzugangsberechtigung	-	1	1
Brutto-Studierquote, in %	2002	2006	2008
Brutto-Studierquote	73	68	72
Brutto-Studierquote der Frauen	71	64	66
Brutto-Studierquote der Männer	75	72	78

Technische Hinweise

Definitionen

Brutto-Studierquote

Anteil an den Hochschulzugangsberechtigten eines Jahrgangs, der ein halbes Jahr nach Schulabgang ein Studium aufgenommen oder eine feste Studienabsicht hat.

Brutto-Studierquote der Länder

Anteil der Hochschulzugangsberechtigten eines Landes, der ein halbes Jahr nach Schulabgang ein Studium aufgenommen oder eine feste Studienabsicht hat.

Bildungsinländer/innen

Ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben.

Bezugsgruppen

Deutsche und ausländische Studierende

Datenquellen

Statistisches Bundesamt, Hochschulstatistik (Fachserie II Reihe 4, 1980-2009)

Statistisches Bundesamt, Genesis 19. Sozialerhebung (Fragen 9, 15-18)

HIS ICEland

HIS-Studienberechtigtenbefragungen 2002, 2006, 2008

2.1 Entwicklung der Studierenden- und Studienanfängerzahlen

Im Wintersemester 2008/09 waren an deutschen Hochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) 1.998.060 Studierende immatrikuliert. Damit ist die Gesamtzahl der Studierenden (Deutsche und Ausländer) gegenüber dem Wintersemester 2005/06 um 2,3 % gestiegen.¹ Die Anzahl der deutschen Studierenden ist dabei um 3,2 % gestiegen und beträgt im Wintersemester 2008/09 1.759.101 Per-

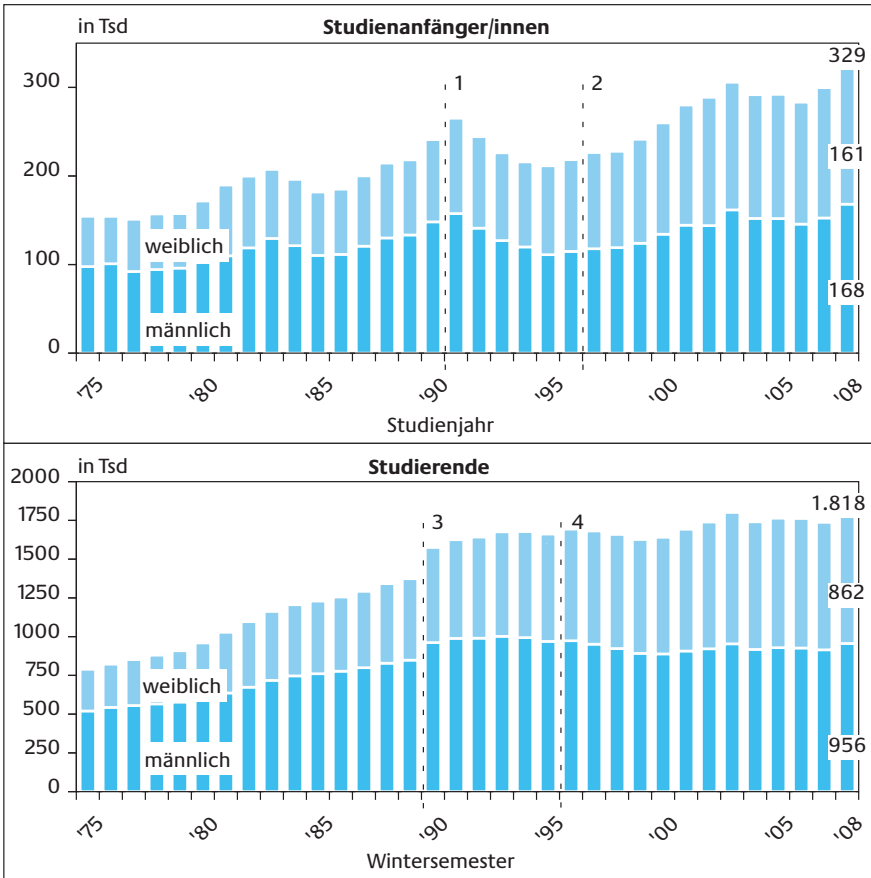
sonen, die Zahl der Bildungsinländer/innen ist in etwa stabil geblieben (+ 0,1 %) und liegt bei 58.824 (zusammen: 1.817.925, Bild 2.1). Der Anteil studierender Bildungsausländer/innen ist im selben Zeitraum deutlich gesunken (- 4,9 %) und umfasst 180.135 Personen.

Die Grundgesamtheit der 19. Sozialerhebung bilden deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen, also jene mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland die Hochschulzugangsberechtigung erworben haben. Diese Zielgruppe umfasst im Wintersemester 2008/09 nahezu 1,82 Millionen Studierende (Bild 2.1). Seit dem Wintersemester 2005/06 sind die Studierendenzahlen zunächst gefallen, verzeichnen dann aber vom Wintersemester 2007/08

¹ Das Wintersemester 2005/06 wird als Vergleichszeitpunkt gewählt, um – orientiert an den Feldphasen der Sozialerhebung – die Entwicklung innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren darzustellen. Studierendenzahlen für das Sommersemester 2009 liegen in der amtlichen Statistik nicht vor.

Studierende	Deutsche	Bildungsinländer/innen	Anteil Bildungsinländer/innen	Studienanfänger/innen	Deutsche	Bildungsinländer/innen	Anteil Bildungsinländer/innen
WS				Jahr			
1996/97	1.640.923	51.816	3,1 %	1996	217.448	9.001	4,0 %
2002/03	1.675.477	63.753	3,7 %	2002	276.335	10.065	3,5 %
2005/06	1.705.355	58.748	3,3 %	2005	282.163	9.950	3,4 %
2006/07	1.704.307	57.771	3,3 %	2006	273.504	9.813	3,5 %
2007/08	1.681.602	55.687	3,2 %	2007	289.431	10.242	3,4 %
2008/09	1.759.101	58.824	3,3 %	2008	317.947	11.426	3,6 %

Bild 2.1 Studienanfänger/innen und Studierende nach Geschlecht 1975-2008
 Deutsche und Bildungsinländer, ohne Verwaltungsfachhochschulen, in Tausend



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 1991 einschließlich neue Länder

² ab 1997 einschließlich Bildungsinländer/innen

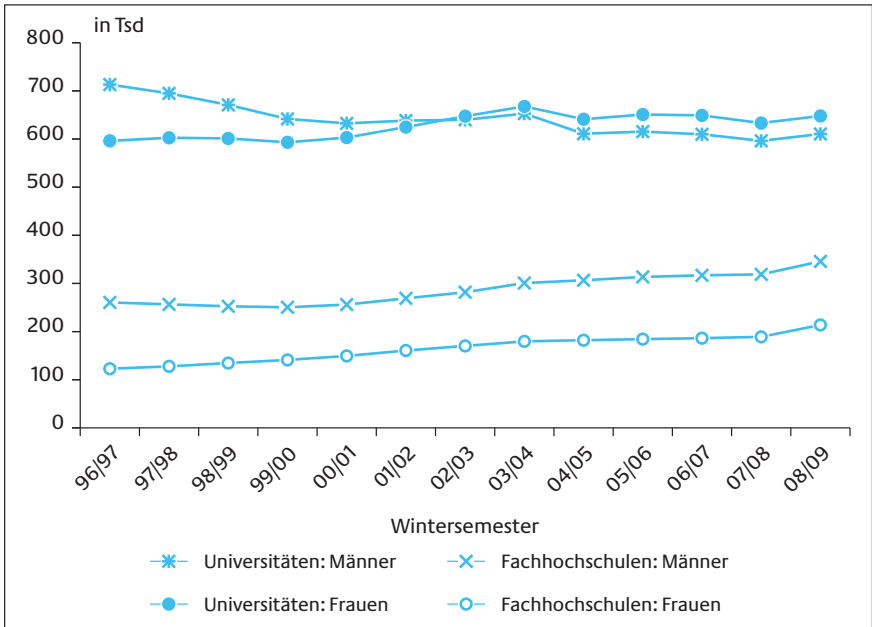
³ ab 1990 einschließlich neue Länder

⁴ ab 1996 einschließlich Bildungsinländer/innen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.1, 2009/HIS-ICE Datenbank

**Bild 2.2 Studierende nach Geschlecht und Hochschulart
Wintersemester 1996/97 - Wintersemester 2008/09**

Deutsche und Bildungsinländer, absolute Zahlen



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.1, HIS-ICE Datenbank

zum Wintersemester 2008/09 einen Anstieg von 4,6 %.

Im Vergleich zum Wintersemester 1999/2000, dem Zeitraum mit den geringsten Studierendenzahlen der letzten zehn Jahre, sind im Wintersemester 2008/09 über 191.000 Studierende mehr an deutschen Hochschulen immatrikuliert. Dies entspricht einem Wachstum von 11,8 %.

Bemerkenswert dabei ist, dass die Studierendenzahlen in den letzten Jahren an Fachhochschulen deutlich und kontinuierlich gestiegen sind, während sie an Universitäten – mit Ausnahme des letzten Studienjahres – leicht rückläufig waren (Bild 2.2). So sind gegenüber dem Wintersemester 2005/06 an den Fachhochschulen nahezu 62.000 Studierende mehr immatrikuliert. Dies entspricht einem An-

stieg von 12,4 %. Dieser liegt bei den Studentinnen an Fachhochschulen (15,9 %) deutlich höher als bei den Studenten (10,3 %), mit der Folge, dass der Frauenanteil an Fachhochschulen um einen Prozentpunkt gestiegen ist (Bild 2.4). An den Universitäten waren im Wintersemester 2008/09 etwas weniger Studierende immatrikuliert (-0,6%) als im Wintersemester 2005/06, die Anzahl der Studenten und Studentinnen sank prozentual zu etwa gleichen Anteilen. Im letzten Studienjahr sind die Studierendenzahlen allerdings auch an Universitäten gestiegen (+ 2,4 %).

Die Anzahl der Studierenden wird zum einen von den Studienanfängerzahlen und zum anderen von der Verweildauer der Studierenden an den Hochschulen beeinflusst. Die Studienanfängerzahlen sind in den Studienjahren 1995 bis 2003 kontinuierlich gestiegen, von 2003 bis 2006 gesunken und seit 2007 wieder steigend (Bild 2.1). Im Studienjahr 2008 gibt es so viele Studienanfänger wie noch nie zuvor. Sie betragen fast 330 Tausend und sind damit im Vergleich zu 2006 um 7,7% gestiegen.

Die Einführung des verkürzten Abiturs (G 8) in einigen Bundesländern führt in den kommenden Jahren zu doppelten Schulabsolventenjahrgängen und damit einem Anstieg der Zahl der potentiellen Studienanfänger/innen. Unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen geht die

Kultusministerkonferenz in der aktuellen Prognose davon aus, dass die Zahl der Studienanfänger/innen 2013 ihren Höhepunkt erreichen wird und danach bis 2018 auf das Niveau von 2009 absinken wird (KMK 2009).

Ein Vergleich der bisherigen Entwicklungen der Studienberechtigtenzahlen mit den Studienanfängerzahlen des jeweiligen Folgejahres offenbart die Grenzen einer Prognose, die fast ausschließlich auf den Studienberechtigtenzahlen beruht. Bei fast gleichbleibenden Studienberechtigtenzahlen zwischen 1998 bis 2003 variiert die Zahl der Studienanfänger/innen im Vergleichszeitraum von 1999 bis 2004 sehr deutlich. In diesen Jahren stieg die Anzahl der Studienanfänger/innen weit stärker an als die Anzahl der Studienberechtigten, was vor allem auf die zunehmende Bildungsbeteiligung und eine entsprechende Nachfrage nach Studienplätzen zurückzuführen ist. Die seit jeher ungleiche Entwicklung der Studienberechtigten- und der Studienanfängerzahlen verweist auf die Bedeutung einer Vielzahl von kurz- und langfristig wirkenden individuellen und sozialen Faktoren, die die Studierneigung der Schulabsolventen beeinflussen.

Bild 2.3 zeigt die Entwicklung der tatsächlichen Studienanfängerzahlen (obere Linie) sowie die Entwicklung der hypothetischen Studienanfängerzahlen. Letztere basieren auf der Annahme, dass die

Relation von 1980 zwischen der Anzahl der Studienanfänger/innen und der Bevölkerung im Alter von 19 bis 21 Jahren (Studienanfängerquote, ab 1997 bezogen auf die Bevölkerung zwischen 19 und unter 25 Jahren) konstant geblieben wäre (untere Linie). Damals war das zahlenmäßige Verhältnis von Studienanfänger/innen zur Bevölkerung im Alter von 18 bis 21 Jahren 0,18:1. Mit anderen Worten: bezogen auf die altersgleiche Bevölkerung haben 18 % ein Studium aufgenommen. 2008 beträgt das Verhältnis von Studienanfänger/innen zur Bevölkerung im Alter von 19 bis 24 Jahren 0,37:1; es nehmen somit 37 % der entsprechenden Altersgruppe ein Studium auf. Der Anteil an Studienanfänger/innen im Verhältnis zur altersgleichen Bevölkerung ist 2008 somit mehr als doppelt so hoch wie 1980 (Heine u. a. 2008).

In Bild 2.3 wird deutlich, dass es im Studienjahr 2008 aufgrund der demographischen Entwicklung weniger Studienanfänger/innen gegeben hätte als 1980 und die demographische Komponente den enormen Anstieg der Studienanfängerzahlen also nicht erklärt. Wichtigste Ursachen für die hohen Studienanfängerzahlen ist die Expansion der relativen Bildungsbeteiligung im Schul- wie im Hochschulbereich. Der Beteiligungskomponente kommt somit eine weit größere Bedeutung bei der Erklärung der Studienanfängerzahlen zu als der demographischen Entwicklung.

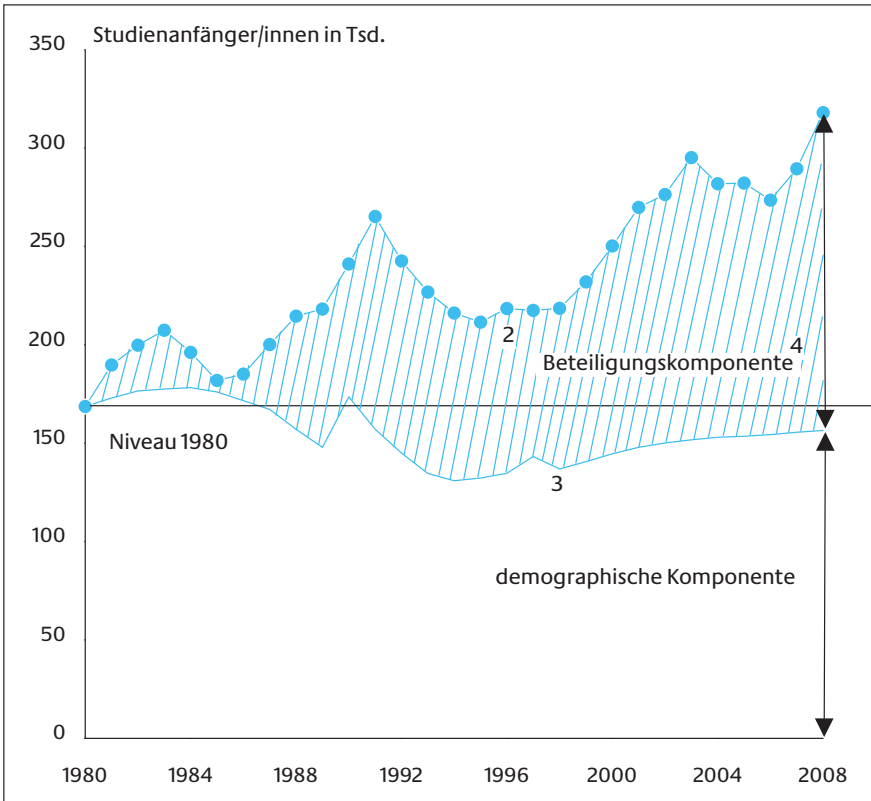
Insgesamt studieren im Wintersemester 2008/09 mehr Männer als Frauen an den Hochschulen (52,2 % vs. 47,8 %, Bild 2.4). Damit ist das Geschlechterverhältnis seit 2002 relativ stabil geblieben. Studentinnen und Studenten verteilen sich anteilig allerdings sehr unterschiedlich auf die einzelnen Hochschularten. Frauen sind an Kunsthochschulen (57,5 %) und Universitäten (51,6 %) anteilig stärker vertreten als Männer. Männer dagegen studieren anteilig häufiger an Fachhochschulen (61,6 %).

Werden nur die deutschen Studierenden betrachtet, so ergibt sich ein sehr ähnliches Bild. Deutsche Studentinnen sind im Vergleich zu Männern häufiger an Kunsthochschulen (56,3 %) und Universitäten (51,4 %) immatrikuliert. An Fachhochschulen dagegen studieren mehr deutsche Studenten (61,8 %) als Studentinnen.

Bemerkenswert ist, dass die Geschlechterverteilung unter ausländischen Studierenden ausgeglichener ist als unter deutschen Studierenden. So studieren im Wintersemester 2008/09 genauso viele ausländische Frauen wie ausländische Männer an deutschen Hochschulen (Frauenanteil 50,1 %). Ausländische Frauen studieren anteilig am häufigsten an Kunsthochschulen (Frauenanteil 60,8 %), gefolgt von Universitäten (53,4 %) und Fachhochschulen (40 %).

Bild 2.3 Auswirkung von Demografie und Bildungsbeteiligung auf die Studienanfängerzahlen 1980-2008¹

deutsche Studierende, absolute Zahlen, in Tausend



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 1991 inkl. neue Länder

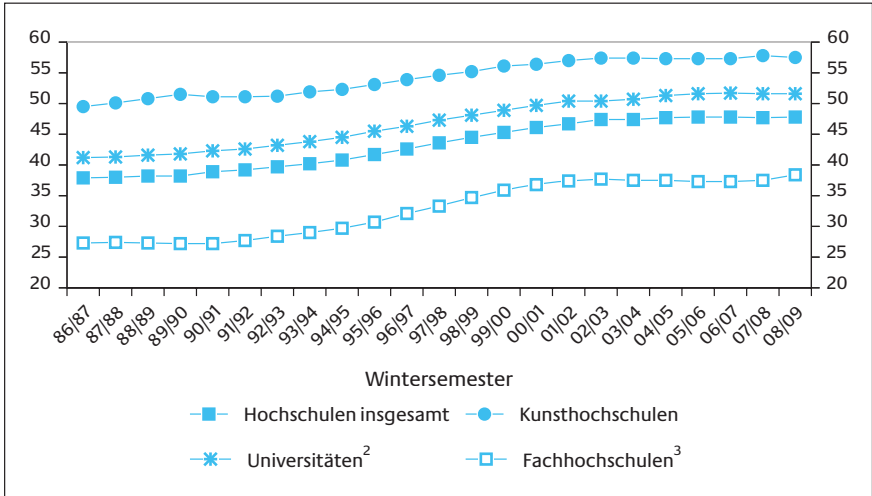
² tatsächliche Anzahl von Studienanfänger/innen 1980-2008

³ Entwicklung hypothetischer Studienanfängerzahlen unter der Annahme einer konstanten Studienanfängerquote von 18% (1980)

⁴ Differenz zwischen tatsächlichen und hypothetischen Studienanfängerzahlen aufgrund höherer Studienberechtigtenquoten und steigender Bildungsbeteiligung

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.3, Genesis, HIS-ICE Datenbank

Bild 2.4 Frauenanteil unter Studierenden nach Art der Hochschule im Zeitverlauf Wintersemester 1986/87 - 2008/09¹
deutsche und ausländische Studierende, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab WS 1990/91 einschließlich neue Länder

² einschl. der Pädagog. und Theologischen Hochschulen, ab WS 2002/03 einschl. Gesamthochschulen

³ ohne Verwaltungsfachhochschulen

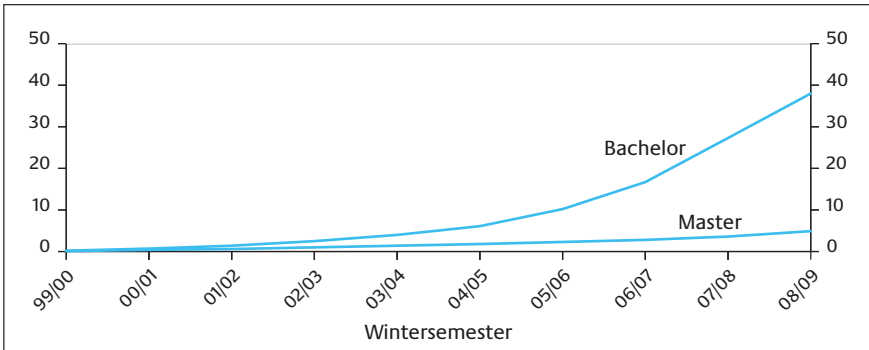
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, R 4.1, HIS-ICE Datenbank

Studienstrukturreform

Im Wintersemester 2008/09 studierten bereits 43 % der Studierenden mit dem Ziel einen Bachelor- oder Masterabschluss zu erwerben (Bild 2.5). Der Anteil dieser Studierenden ist im Vergleich zum Vorjahr um zwölf Prozentpunkte gestiegen. Seit dem Wintersemester 2007/2008 hat der Prozess der Studienstrukturreform deutlich an Fahrt aufgenommen. Die Mehrzahl der noch in den traditionellen

Studiengängen Eingeschriebenen befindet sich in auslaufenden Studiengängen, so dass diese Entwicklung schnell voranschreiten wird. Aufgrund der gestuften Studienform und – damit einhergehend – einer zeitversetzten Entwicklung ist der Anteil an Studierenden mit dem Abschlussziel Bachelor gegenüber dem Vorjahr stärker gestiegen (elf Prozentpunkte) als der Anteil an Studierenden mit dem Studienziel Master (ein Prozentpunkt).

Bild 2.5 Anteil der Studierenden in Bachelor- und Masterstudiengängen
deutsche und ausländische Studierende, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Quelle: HRK 2009, Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.1

2.2 Hochschulzugang und Vorbildung

2.2.1 Art der Studienberechtigung

Im Sommersemester 2009 verfügt der weitaus größte Teil der Studierenden über die allgemeine Hochschulreife (83 %, Bild 2.6). Ein Achtel der Studierenden hat die Fachhochschulreife erworben (13 %). Nur wenige Studierende gelangen über die fachgebundene Hochschulreife oder eine andere Hochschulzugangsberechtigung (z. B. berufliche Qualifikation) an die Hochschulen (3 % bzw. 1 %).

Frauen kommen im Vergleich zu Männern deutlich häufiger mit der allgemeinen Hochschulreife ins Studium (88 %

vs. 79 %, Bild 2.6). Männer gehen im Vergleich zu Frauen häufiger über die Fachhochschulreife (17 % vs. 9 %) oder die fachgebundene Hochschulreife (4 % vs. 3 %) an die Hochschulen.

Studierende an Universitäten und an Fachhochschulen unterscheiden sich auch 2009 sehr deutlich hinsichtlich ihrer Hochschulzugangsberechtigung (Bild 2.6). An Universitäten gelangen die Studierenden fast ausschließlich über die allgemeine Hochschulreife (96 %). An Fachhochschulen hingegen besitzt jeder zweite Studierende die allgemeine Hochschulreife (53 %), nahezu zwei Fünftel haben eine Fachhochschulreife erworben (38 %) und jede/r Zwölfte die fachgebundene Hochschulreife (8 %).

Bild 2.6 Art der Hochschulzugangsberechtigung nach Geschlecht und Hochschulart
in %¹

Hochschulzugangsberechtigung	Geschlecht						Hochschulart						Insgesamt		
	männlich			weiblich			FH			Uni					
	'03	'06	'09	'03	'06	'09	'03	'06	'09	'03	'06	'09	'03	'06	'09
Allgemeine Hochschulreife	83	79	79	91	88	88	60	52	53	96	96	96	87	83	83
Fachhochschulreife	13	16	17	6	9	9	31	39	38	2	2	2	9	13	13
Fachgebundene Hochschulreife	3	4	4	2	2	3	8	8	8	1	1	1	3	3	3
Andere Hochschulzugangsberechtigung	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

Im Vergleich zum Sommersemester 2006 zeigen sich fast keine Veränderungen, was die Art der Studienberechtigung betrifft. Allerdings sind 2009 etwas weniger „doppelqualifizierte“ Studierende, also Studierende mit allgemeiner Hochschulreife und abgeschlossener Berufsausbildung (zwei Prozentpunkte) und dafür mehr Studierende mit allgemeiner Hochschulreife (zwei Prozentpunkte) an den Hochschulen immatrikuliert als 2006 (vgl. Kap. 2.2.2).

2.2.2 Berufsausbildung vor Studienbeginn

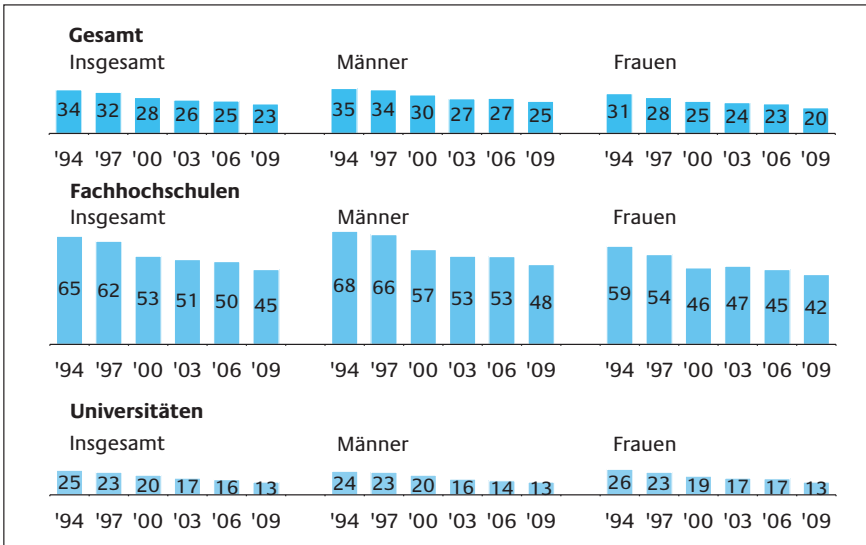
Knapp ein Viertel der Studierenden hat vor der Aufnahme des Hochschulstudiums eine berufliche Ausbildung absolviert (23 %, Bild 2.7). Dabei haben anteilig

mehr Studenten als Studentinnen einen Berufsabschluss erworben (25 % vs. 20 %). Der seit 1994 zu beobachtende Trend eines anteiligen Rückgangs an beruflich qualifizierten Studierenden setzt sich auch 2009 fort. Gegenüber 2006 ist der Anteil an Studierenden mit Berufsausbildung noch einmal um zwei Prozentpunkte gesunken. Dieser Rückgang ist ausschließlich durch den sinkenden Anteil an „doppelqualifizierten“ Studierenden mit allgemeiner Hochschulreife und Berufsausbildung zu erklären (Bild 2.8).

Unter den Studierenden mit abgeschlossener Berufsausbildung haben zwar immer noch die Hälfte die allgemeine Hochschulreife erworben (50 %), doch ist dieser Anteil gegenüber den Vorjahren

Bild 2.7 Studierende mit beruflicher Ausbildung nach Hochschulart und Geschlecht

in %¹



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

weiter deutlich gesunken (2003: 61 %, 2006: 54 %). Gestiegen ist dafür der Anteil unter den Studierenden mit abgeschlossener Berufsausbildung, die eine Fachhochschulreife erworben haben (2003: 28 %, 2006: 35 %, 2009: 38 %).

An den Universitäten zeigen sich im Vergleich zu 2006 bei den berufsqualifizierten Studierenden und ihren Studienberechtigungen keine größeren Veränderungen (Bild 2.8). An den Fachhochschulen ist dagegen der Anteil unter den Stu-

dierenden mit abgeschlossener Berufsausbildung, der die allgemeine Hochschulreife erworben hat, gesunken (vier Prozentpunkte). Dafür gibt es gegenüber 2006 anteilig mehr berufsqualifizierte Studierende mit Fachhochschulreife (drei Prozentpunkte).

Erwartungsgemäß studieren auch 2009 an Fachhochschulen anteilig mehr beruflich qualifizierte Studierende als an Universitäten (45 % vs. 13 %, Bild 2.7). Allerdings sinkt – ausgehend von einem we-

Bild 2.8 Vorbildung der Studierenden
in %¹

Hochschulreife	2003	2006	2009			
Studierende insgesamt						
Allg. Hochschulreife	72	70	72			
Allg. Hochschulreife u. Berufsausbildung	16	14	12			
Fachgebundene Hochschulreife	1	1	1			
Fachgeb. Hochschulreife und Berufsaus.	2	2	2			
Fachhochschulreife	2	4	4			
Fachhochschulreife und Berufsausbild.	7	9	9			
	2003	2006	2009			
	Uni FH	Uni FH	Uni FH			
Studierende mit Berufsausbildung						
Allg. Hochschulreife	88	40	85	33	86	29
Fachgebundene Hochschulreife	4	12	6	11	6	12
Fachhochschulreife	8	48	9	56	8	59
DSW/HIS 19. Sozialerhebung						

¹ ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

sentlich höheren Niveau – der Anteil an Studierenden mit abgeschlossener Ausbildung an Fachhochschulen (fünf Prozentpunkte) stärker als an Universitäten (drei Prozentpunkte).

Geschlechtsspezifische Unterschiede im Anteil an beruflich qualifizierten Studierenden zeigen sich an Fachhochschulen, nicht aber mehr an Universitäten

(Bild 2.7). An Fachhochschulen haben mehr Männer als Frauen eine abgeschlossene Berufsausbildung (48 % vs. 42 %). Der Rückgang an Studierenden mit abgeschlossener Berufsausbildung ist unter den Studenten etwas höher als unter den Studentinnen (fünf Prozentpunkte vs. drei Prozentpunkte ggü. 2006). An Universitäten dagegen ist der Rückgang an beruflich qualifizierten Studentinnen deutlicher ausgeprägt als bei Studenten (vier Prozentpunkte vs. ein Prozentpunkt), so dass erstmals anteilig genauso viele Frauen wie Männer bereits eine Berufsausbildung haben (13 %).

In den alten Ländern sind anteilig etwas mehr Studierende mit einem beruflichen Abschluss an den Hochschulen eingeschrieben als in den neuen Ländern (23 % vs. 20 %). Dieser Unterschied ist bei den Studierenden an Fachhochschulen wesentlich größer (46 % vs. 40 %) als bei den Studierenden an Universitäten (13 % vs. 11 %).

Im Vergleich zu 2006 fällt auf, dass in den neuen Ländern der Anteil an Studierenden mit einem beruflichen Abschluss an den Fachhochschulen stärker gesunken ist als in den alten (acht Prozentpunkte vs. vier Prozentpunkte). An den Universitäten haben die beiden Regionen den gleichen Rückgang zu verzeichnen (drei Prozentpunkte).

Erwartungsgemäß variiert der Anteil an beruflich qualifizierten Studierenden

deutlich zwischen den Fächergruppen. Besonders hoch ist er in den Ingenieurwissenschaften (32 %), sowie in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (28 %). Deutlich kleiner ist dagegen der Anteil an Studierenden mit einer Berufsausbildung in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (14 %) oder Mathematik und Naturwissenschaften (19 %).

Die Studierenden mit Berufsausbildung haben zu ähnlichen Anteilen die Berufsausbildung vor bzw. nach Erwerb der Hochschulreife absolviert (42 % bzw. 46 %). Ein kleinerer Anteil an Studierenden konnte die Berufsausbildung mit dem gleichzeitigen Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung verbinden (12 %). Gegenüber 2006 haben sich hier keine nennenswerten Veränderungen ergeben.

2.2.3 Regionale Mobilität

Über ein Drittel der Studierenden hat für das Studium das heimatliche Bundesland verlassen (34 %, Bild 2.9). Studierende aus eher bevölkerungsarmen Bundesländern sind anteilig mobiler als Studierende, die in ihrem Bundesland ein breites Angebot an Hochschulen vorfinden. So zieht mehr als die Hälfte der Studierenden aus Brandenburg (66 %), Thüringen (55 %), Schleswig-Holstein (54 %), Niedersachsen (51 %) und Sachsen-Anhalt (51 %) in ein anderes (häufig angrenzendes) Bundesland. Stu-

dierende aus bevölkerungsreichen Bundesländern mit einer hohen Anzahl an Hochschulen und entsprechend hohen Studierendenzahlen bleiben hingegen überwiegend im heimatlichen Bundesland wohnen (Bayern: 81 %, Nordrhein-Westfalen: 80 %, Baden-Württemberg 68 %).

Differenziert nach alten und neuen Ländern zeigt sich, dass Studierende überwiegend in der Region studieren, in der sie auch ihre Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben (alte Länder: 96 %, neue Länder: 70 %, Bild 2.9). Dabei sind anteilig deutlich mehr Studierende aus den neuen Ländern über regionale Grenzen hinweg mobil als Studierende aus den alten Ländern (30 % vs. 4 %).

Interessant ist zu analysieren, ob sich die Studierenden im Erststudium bei einem etwaigen Wechsel vom Land, in dem sie die Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, in das Land, in dem sie 2009 studieren, von Studiengebühren beeinflussen lassen. Dazu wird untersucht, ob sich die Mobilitätsbewegungen der Studierenden 2009 von den Studierenden 2006 unterscheiden, d.h. zu einem Zeitpunkt, zu dem noch keine Studiengebühren erhoben wurden (Bild 2.9). Dabei kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass die Mobilitätsbewegungen eines Teils der Studierenden 2009 vor Einführung der Studiengebühren stattgefunden hat.

Bild 2.9 Mobilität der Studierenden – Verbleib im Bundesland bzw. in Region
in %

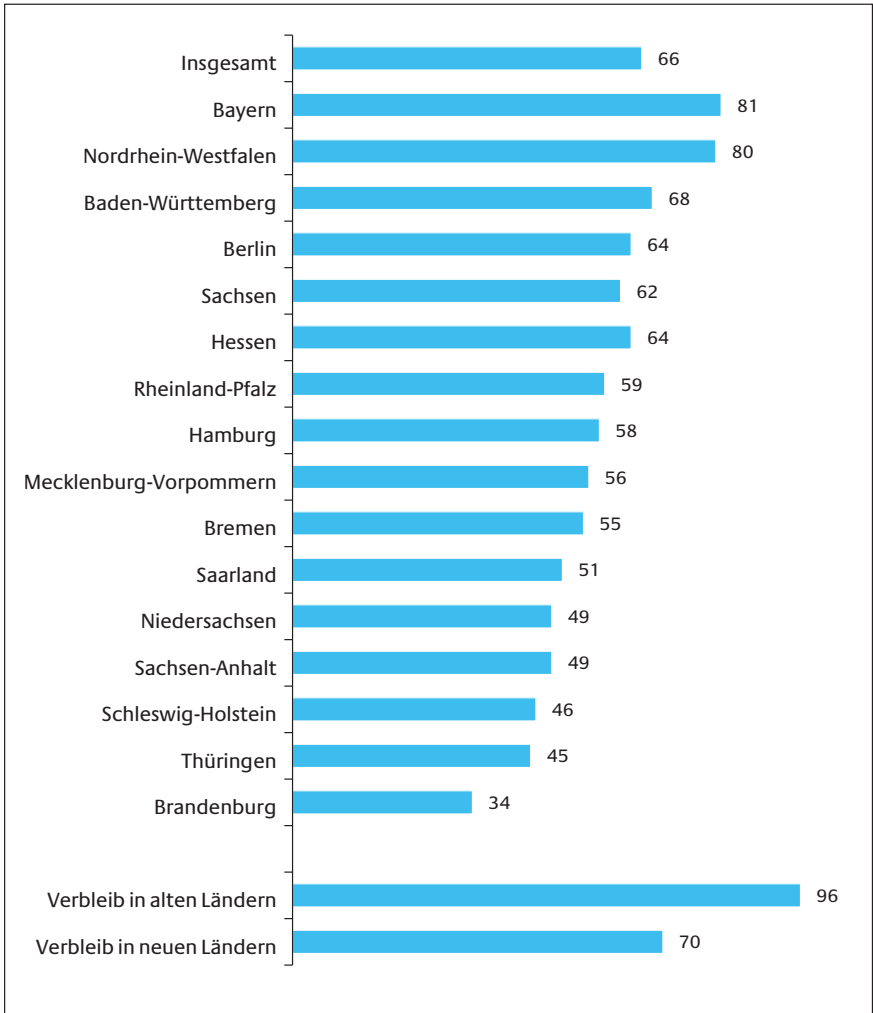
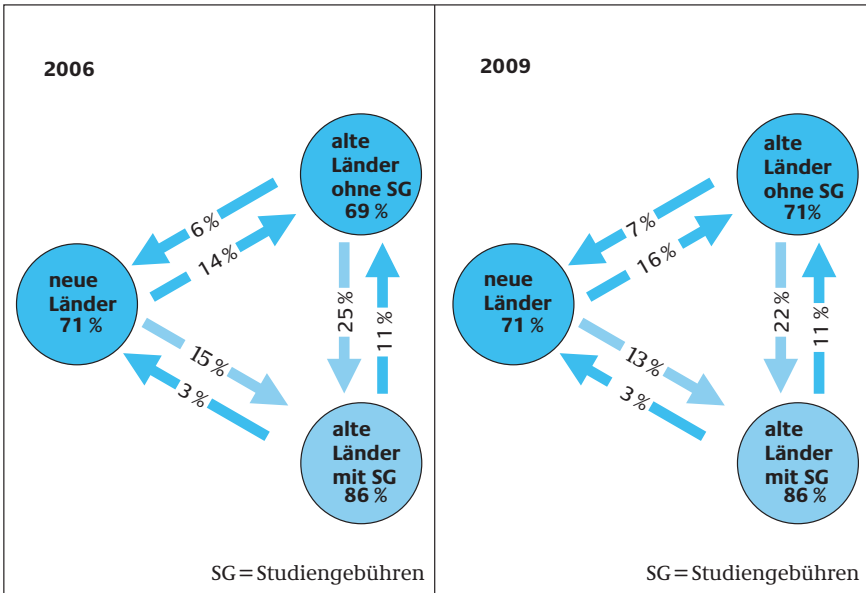


Bild 2.10 Regionale Mobilität der Studierenden – Wanderung zwischen neuen Ländern sowie alten Ländern mit und ohne Studiengebühren

Studierende im Erststudium, in %¹



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Die Prozentangabe in den Kreisen beschreibt den Anteil, der in dieser Region die Hochschulreife erworben hat und dort zum Studium verbleibt. Durch die Prozentangaben in den Pfeilen wird vermittelt, welcher Anteil zum Studium in eine andere Region wechselt.

Zusätzlich muss beachtet werden, dass die Anzahl der Studierenden in den drei Regionen unterschiedlich ist, den Mobilitätsbewegungen aus den drei Regionen somit unterschiedliche Quantitäten zugrunde liegen.

Der Anteil der Studierenden im Erststudium, der zum Zweck des Studiums in ein anderes Land wechselte, ist von 2006

bis 2009 fast gleich geblieben (35 %, 34%). Wenn zwischen gebührenpflichtigen, nicht gebührenpflichtigen und neuen Ländern unterschieden wird, lässt sich feststellen: Von den Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem der Länder erworben haben, die 2009 allgemeine Studiengebühren erheben, absolvieren 86 % ihr Studium auch in

einem dieser Länder (Bild 2.10), 11 % sind zum Studium in eines der alten Länder ohne Gebührenpflicht und 3 % in eines der neuen Länder gegangen. Allerdings ist anzumerken, dass bereits 2006, also vor Einführung der allgemeinen Studiengebühren, eine entsprechende Verteilung zu beobachten war. Es ist folglich festzustellen, dass diejenigen Studierenden, die in einem der gebührenpflichtigen Länder ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, genauso häufig zum Studium in einem dieser Länder verbleiben wie bereits vor Einführung der Studiengebühren. Die in den Diskussionen um die Einführung der Studiengebühren häufig geäußerte Erwartung einer „Gebührenflucht“, findet insofern keine Bestätigung.

Die Studierenden hingegen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem der Länder ohne Gebührenpflicht erworben haben, verbleiben etwas häufiger als 2006 auch zum Studium in diesen Ländern (71 % vs. 69 %, Bild 2.10). Der Anteil, der in ein Land mit Gebührenpflicht wechselt, hat sich gegenüber 2006 etwas verringert (von 25 % auf 22 %), während der Anteil, der zum Studium in eines der neuen Länder gegangen ist, sich leicht erhöht hat (von 6 % auf 7 %).

Auch bei den Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem der neuen Länder erworben haben, ist eine geringe Umorientierung zu be-

obachten (Bild 2.10). Der Anteil derjenigen, die in einem Land mit Gebührenpflicht studieren, ist gegenüber 2006 zurückgegangen (von 15 % auf 13 %), während der Anteil derer, die in einem der Länder ohne Gebührenpflicht studieren, sich entsprechend erhöht hat (von 14 % auf 16 %).

Aufgrund dieser Befunde kann geschlossen werden, dass anteilig etwas mehr Studierende aus gebührenfreien Regionen in diesen Regionen verbleiben bzw. innerhalb dieser Regionen mobil sind (Bild 2.10).

2.2.4 Zeitliche Verzögerung der Studienaufnahme

Die Hälfte der Studierenden nimmt innerhalb von sechs Monaten nach Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung das Studium auf (Bild 2.11, rechte Seite). Einige Monate Wartezeit zwischen Erlangung der Hochschulzugangsberechtigung und dem Beginn des Studiums sind allein auf die Zeitdifferenz zwischen Schulabgang und dem nächstmöglichen Semesterbeginn zurückzuführen. Deshalb werden seit der 17. Sozialerhebung nur diejenigen als „Verzögerer“ definiert, die eine Wartezeit von mindestens vier Monaten angeben. Dabei ist zu beachten, dass die Gründe für eine „verzögerte“ Studienaufnahme sehr vielfältig sind und sowohl

Bild 2.11 Zeitspanne zwischen Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und StudienaufnahmeStudierende im Erststudium, in %¹, Medianwerte in Monate

Ausgewählte Merkmale	Anteil (%)						Zeitspanne (Monate)					
	2003		2006		2009		2003		2006		2009	
	Studienaufnahme:						Studienaufnahmen:					
	direkt	verzögert ²	direkt	verzögert	direkt	verzögert	alle	verzögerte ²	alle	verzögerte	alle	verzögerte
Insgesamt	25	75	28	72	31	69	12	15	9	14	6	14
Männer	16	84	22	78	25	75	15	15	14	15	12	14
Frauen	35	65	36	64	38	62	4	12	4	12	4	12
ohne Berufsausbildung (BA)	26	74	29	71	32	68	9	14	6	14	5	12
BA vor Erwerb der Hochschulreife	45	55	52	48	54	46	4	13	3	12	3	12
BA nach Erwerb der HSR	-	100	-	100	-	100	-	40	-	44	-	48
BA mit Erwerb der HSR	28	72	34	66	30	70	13	15	10	15	8	12

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen² Zeitspanne zwischen Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und Studiumsbeginn > 3 Monate

Pflichttätigkeiten umfassen (Wehr- und Zivildienst) als auch freiwillige Aktivitäten, die u. a. dem Kompetenzerwerb der potentiellen Studierenden dienen (Freiwilliges Soziales Jahr, Praktikum, Auslandsaufenthalt, berufliche Ausbildung).

Ein knappes Drittel der Studierenden im Erststudium nimmt innerhalb von drei Monaten nach Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ihr Studium auf (Bild 2.11, linke Seite). Für gut zwei Drittel

der Studierenden liegt eine längere Zeitspanne zwischen Erlangung der Hochschulzugangsberechtigung und Studienbeginn. Diese nehmen ihr Studium somit „verzögert“ auf.

Im Vergleich zu 2006 ist 2009 ein höherer Anteil der Studierenden direkt nach Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung in das Studium gegangen (31 % vs. 28 %, Bild 2.11, linke Seite). Der Trend hinsichtlich einer kürzeren Zeitspanne zwischen Schule und Hochschule hält somit

für die Studierenden auch 2009 an (2003: 12, 2006: 9, 2009: 6 Monate; Bild 2.11, rechte Seite).

Dazu trägt in erheblichen Ausmaß der deutliche Rückgang des Anteils der Wehr- oder Zivildienstleistenden in der entsprechenden Altersgruppe bei (vgl. Heine u. a. 2008). Als Folge hat die Hälfte der Studenten in 2009 das Studium innerhalb der ersten zwölf Monate nach Schulabschluss aufgenommen (2006: 14 Monate, Bild 2.11, rechte Seite).

Der Anteil der Studentinnen, die nach der Schule direkt mit dem Studium begonnen haben, ist ebenfalls gestiegen (zwei Prozentpunkte), wenn auch geringer als bei den Männern (Bild 2.11, linke Seite). Die Hälfte der Studentinnen hat das Studium – wie auch schon 2006 – innerhalb der ersten 4 Monate nach Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung begonnen (Bild 2.11, rechte Seite).

Erwartungsgemäß ist die Wartezeit bis zur Aufnahme der Studiums stark davon abhängig, ob die Studierenden eine Berufsausbildung absolviert haben oder nicht. Die Hälfte der Studierenden, die ihr Studium verzögert aufnimmt, ohne vorher eine berufliche Ausbildung zu absolvieren, hat eine Wartezeit von 12 Monaten (Bild 2.11, rechte Seite).

Studierende, die ihre Berufsausbildung vor dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung abgeschlossen haben, fangen zumeist innerhalb der nächs-

ten 3 Monate mit dem Studium an (54 %, Bild 2.11, linke Seite). Dies trifft ebenfalls auf ein Drittel der Studierenden zu, die ihre Berufsausbildung gleichzeitig mit Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung absolviert hat (30 %).

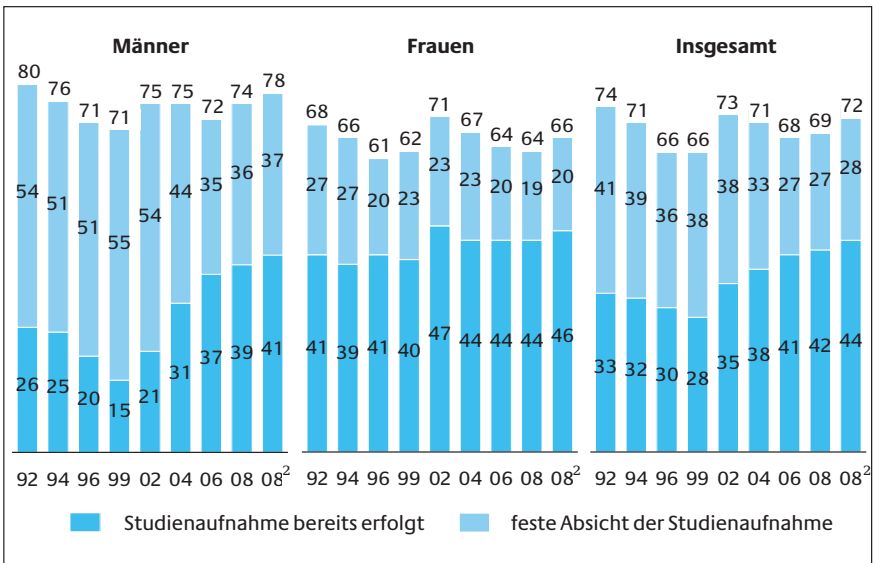
Bei der Hälfte der Studierenden, die eine Berufsausbildung absolviert haben, nachdem sie die Hochschulreife erworben, liegen 48 Monate zwischen Erwerb der Hochschulreife und Studienbeginn (Bild 2.11, rechte Seite).

2.3 Studierneigung und Studienverzicht

Die Brutto-Studierquote beschreibt den Anteil der Hochschulzugangsberechtigten eines Jahrgangs, der ein halbes Jahr nach Erwerb der Hochschulreife ein Studium an einer Hochschule aufgenommen oder fest geplant hat. Der stetige Rückgang der Brutto-Studierquote zwischen 2002 und 2006 fand danach ein vorläufiges Ende (Heine u. a. 2010). Zum einen liegt dies zu geringeren Teilen an einer leicht zunehmenden Studierneigung (Anstieg von 68 % 2006 auf 69 % 2008, Bild 2.12). Zum anderen wird der Anstieg auf insgesamt 72 % maßgeblich dadurch verursacht, dass die Berufsakademien in Baden-Württemberg 2009 erstmalig zum Hochschulsystem gerechnet werden. In diesem Jahr wurden die acht Berufsakademien zur Dualen Hochschule Baden-

Bild 2.12 Brutto-Studierquote ein halbes Jahr nach Schulabgang

Studienberechtigte des jeweiligen Jahrgangs, in %¹



HIS Studienberechtigtenpanel

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² Brutto-Studierquote nach „neuer“ Abgrenzung: mit Studierenden der Berufsakademien in Baden-Württemberg

Württemberg zusammengefasst. Dies hat zur Folge, dass in Baden-Württemberg die Studierendenzahlen an Hochschulen sprunghaft angestiegen sind, was sich u. a. in höheren Brutto-Studierquoten zeigt. Allein aufgrund dieser Veränderung der institutionellen Zuordnung steigt die bundesweite Brutto-Studierquote 2008 um drei Prozentpunkte (72 % vs. 69 %).

Bei einem Zeitvergleich muss somit beachtet werden, dass die Quoten aus den Vorjahren nur mit der Brutto-Studierquote 2008 nach der „alten“ Abgrenzung verglichen werden kann.

Die leicht angestiegene Studierneigung betrifft allerdings nur die männlichen Studienberechtigten (Bild 2.12). Bei ihnen ist ein Anstieg der Brutto-Studierquote um zwei Prozentpunkte gegenüber

2006 zu beobachten (74 % vs. 72 %). Bei den weiblichen Studienberechtigten ist sie im Vergleich zu 2006 stabil geblieben (64 %).

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich der Brutto-Studierquote sind insofern gegenüber den Vorjahren größer geworden. Die Brutto-Studierquote nach der „alten“ Abgrenzung unterscheidet sich zwischen Männern und Frauen um zehn Prozentpunkte (Bild 2.12). Derart große Unterschiede in der Studierneigung von Männern und Frauen wurden zuletzt 1996 gemessen. Allerdings hat seitdem der Frauenanteil an den Studienberechtigten stetig zugenommen.

Die Brutto-Studierquote variiert deutlich von Land zu Land (Bild 2.13). Die höchsten Anteile an Studienberechtigten, die ein Studium aufnehmen, haben Bayern (83 %), Rheinland-Pfalz (79 %), Baden-Württemberg (78 %), Hessen und Hamburg (je 77 %) zu verzeichnen. Vergleichsweise wenige Studienberechtigte aus Berlin, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt (je 65 %) entscheiden sich für ein Studium. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass der Anteil der Hochschulzugangsberechtigten an der Bevölkerung im Alter von 18 bis 20 Jahren in den Ländern unterschiedlich hoch ist.

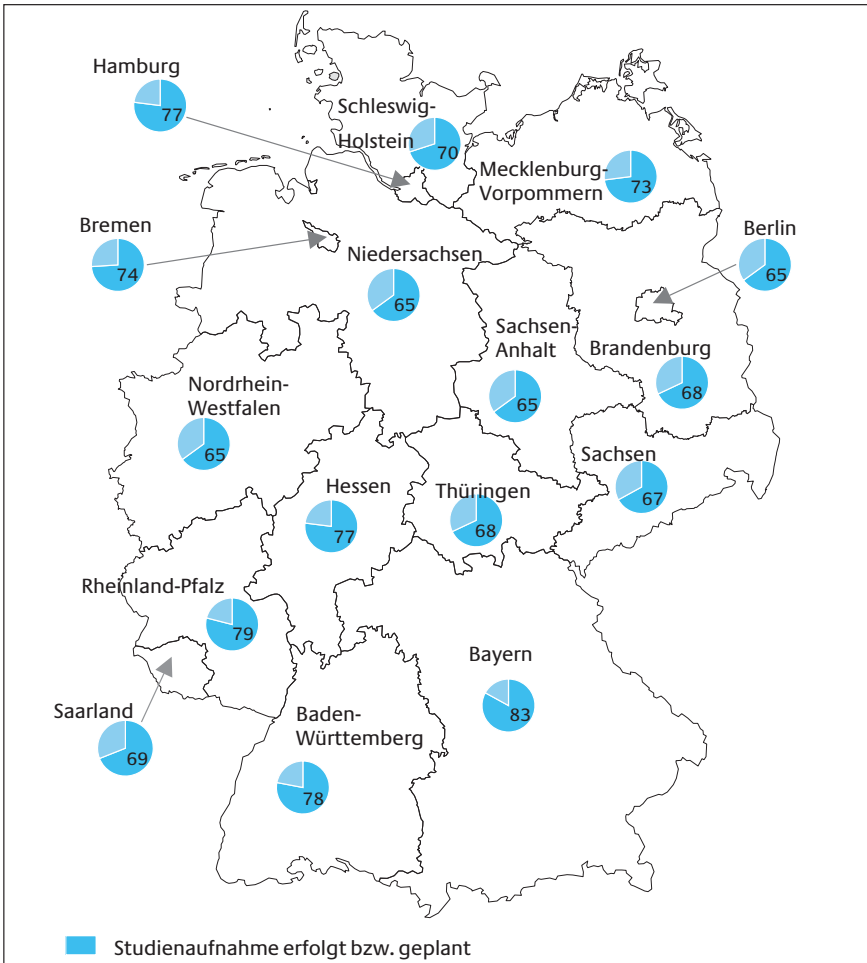
Im Vergleich zu 2006 sind die Brutto-Studierquoten nach der alten Abgren-

zung in 10 Ländern gestiegen und in 6 Ländern gesunken. Am deutlichsten ist die Studierneigung bei Studienberechtigten in Sachsen-Anhalt (- zwölf Prozentpunkte) und Thüringen (- zehn Prozentpunkte) gesunken. Deutlich attraktiver ist ein Studium für Studienberechtigte aus Brandenburg (+ 17 Prozentpunkte), Hamburg (elf Prozentpunkte) und Mecklenburg-Vorpommern (zehn Prozentpunkte) geworden.

Insbesondere in Baden-Württemberg und dem angrenzenden Rheinland-Pfalz gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Brutto-Studierquoten 2008 nach „neuer“ und „alter“ Abgrenzung. So ist die Brutto-Studierquote in Baden-Württemberg nach der „neuen“ Abgrenzung um elf Prozentpunkte höher als die Brutto-Studierquote, in der Berufsakademien nicht als Hochschulen definiert werden (78 % vs. 67 %). In Rheinland-Pfalz beträgt die Differenz 10 Prozentpunkte (79 % vs. 69 %).

Bild 2.13 Brutto-Studierquote 2008 nach Ländern

Studienberechtigte mit Hochschulzugangsberechtigung des Landes, in %¹



HIS Studienberechtigtenpanel

¹ Brutto-Studierquote nach „neuer“ Abgrenzung: mit Studierenden der Berufsakademien in Baden-Württemberg

3. Bildungsbeteiligung

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick				
Bildungsbeteiligung im Jahr 2008 (in %)		insges.	alte Länder	neue Länder¹
Schwelle 2: gymnasiale Oberstufe (Klassen 11-13)		51	52	46
Schwelle 3: Studienberechtigtenquote		45	46	41
Schwelle 4: Studienanfängerquote				
- nach Land des Studienortes		40	41	38
- nach Land der Hochschulzugangsberechtigung		34	34	32
Sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligung 2007 nach beruflicher Stellung und akademischem Abschluss der Familienbezugsperson / des Vaters (in %)		insges.	Hochschulabschluss	
			mit	ohne
Schwelle 2: gymnasiale Oberstufe (Klassen 11-13)	gesamt	51	81	45
	Arbeiter	33	-	33
	Angestellte	59	81	54
	Selbständige	63	86	53
	Beamte	73	86	58
Schwelle 4: Studienanfängerquoten	gesamt	34	71	24
	Arbeiter	17	-	17
	Angestellte	37	64	26
	Selbständige	61	87	47
	Beamte	67	84	43

¹ einschließlich Berlin

Technische Hinweise

Definitionen:

- *Studienberechtigtenquote*: Anteil der Studienberechtigten an der altersspezifischen Bevölkerung (18 bis unter 21 Jahre).
- *Studienverzichtsquote*: Anteil Studienberechtigter, die ein halbes Jahr nach Erwerb der HZB nicht studieren und keine feste Absicht haben, ein Hochschulstudium aufzunehmen.
- *Studienanfängerquote*: Anteil der Studienanfänger/innen im 1. Hochschulsemester an der Bevölkerung des entsprechenden Alters (Quotensummenverfahren).
- *Quotensummenverfahren*: Summe der Anteilswerte der Studienanfänger/innen an den entsprechenden Altersjahrgängen der Bevölkerung.
- *Sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligungsquote*: Anteil der Studienanfänger/innen einer sozialen Gruppe (z. B. Akademikerkinder) an der altersgleichen Bevölkerung derselben Gruppe.
- *Familienbezugsperson*: Konstrukt der amtlichen Statistik, nach dem die Zuordnung von Haushalten zu bestimmten Gruppen nach den Merkmalen einer einzelnen Haushaltsperson erfolgt. Das ist bei Familienhaushalten ganz überwiegend der Vater, bei Alleinerziehenden i. d. R. die Mutter. Aus Gründen der Lesbarkeit wird

oft verkürzend nur vom „Vater“ gesprochen.

Bezugsgruppen:

- *Bildungsbeteiligung an Schwelle 2 (gymnasiale Oberstufe)*: 17-18-Jährige (Deutsche und Bildungsinländer/innen)
- *Bildungsbeteiligung an Schwelle 3*: 18- bis unter 21-Jährige (Deutsche und Bildungsinländer/innen)
- *Bildungsbeteiligung an Schwelle 4*:
 - nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung bezogen auf Deutsche und Bildungsinländer/innen
 - nach Land des Studienortes bezogen auf deutsche und ausländische Studienanfänger/innen (einschließlich Bildungsausländer/innen)
- *sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligung an Schwelle 4*: 19- bis unter 25-jährige deutsche Bevölkerung (Sechsjahresdurchschnitt) sowie alle deutschen Studienanfänger/innen eines Studienjahres

Datenquellen:

- Amtliche Bevölkerungsstatistik
- Mikrozensus verschiedener Jahre
- Amtliche Bildungsstatistik (Allgemein bildende Schulen, 1952-2007)
- Amtliche Hochschulstatistik (Studienanfängerzahlen, 1982-2007)
- HIS-Studienberechtigtenbefragungen 1990-2008
- HIS-Studienanfängerbefragungen 2000-2007

3.1 Quoten der Bildungsbeteiligung

Das an den Hochschulen anzutreffende Sozialprofil der Studierenden (vgl. Kap. 4) ist im Wesentlichen das Resultat von Entscheidungs- und Selektionsprozessen, die der Hochschule zeitlich vorgelagert sind und sich sowohl innerhalb der Familien als auch in den Bildungsinstitutionen – und hier insbesondere an den Übergangsstellen zwischen aufeinander folgenden Bildungsstufen bzw. -einrichtungen – vollziehen.

In zahlreichen Studien ist nachgewiesen worden, dass selbst bei gleichen individuellen Leistungsvoraussetzungen unterschiedliche soziale Herkunftsbedingungen greifen und den weiteren Bildungsweg mitbestimmen. Ein Ausgleich unterschiedlicher Ausgangsbedingungen bzw. nachteiliger familialer Voraussetzungen im Sinne einer Chancengerechtigkeit und individuellen Förderung findet an den Schulen – als den zentralen Bildungsinstitutionen – kaum statt.

Die selektive, sozialgruppenspezifische Wirkung institutionalisierter Bildung wird nachfolgend anhand von Quoten des Übergangs zwischen den Bildungseinrichtungen veranschaulicht.

3.1.1 Quoten der amtlichen Statistik

In die Berichterstattung der Sozialerhebung werden traditionell Daten der amtlichen Hochschulstatistik aufgenommen, wie z. B. zur Anzahl der Studienanfänger/-innen und Studierenden oder zur Zusammensetzung der Studierenden gemäß verschiedener Studienmerkmale (Hochschulart, Studiengang, vgl. Kap. 2).

Darüber hinaus stellt das Statistische Bundesamt Daten bereit, mit denen die Teilhabe an verschiedenen Bildungsstufen ermittelt werden kann. Zu ihnen gehören die Studienberechtigtenquoten und die Studienanfängerquoten. Diese Quoten werden ebenfalls aufgrund der thematischen Nähe zum Gegenstand der Sozialerhebung und als Hintergrundinformation für die empirischen Befunde in die Berichte aufgenommen.

3.1.2 Sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligungsquoten

In Deutschland besteht ein vergleichsweise enger Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft eines Kindes und seinem Schulerfolg. Das haben die in der Öffentlichkeit breit diskutierten Ergebnisse verschiedener Schulleistungstudien (PISA, TIMSS, IGLU) wiederholt belegt. Dieser Zusammenhang wird bereits in

den frühen Phasen einer Bildungsbiographie hergestellt.

Seit 1988 ermittelt HIS sozialgruppenspezifische Quoten für die Beteiligung auf verschiedenen Bildungsstufen und nimmt sie in die Berichte der Sozialerhebungen auf. Diese Bildungsbeteiligungsquoten veranschaulichen die sozialgruppenspezifisch selektive Wirkung der Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen.

HIS berechnet die sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligungsquoten ausschließlich unter Verwendung von externen Daten, das heißt solchen, die nicht aus der im Rahmen der Sozialerhebung durchgeführten Befragung stammen. Die verwendeten Daten stammen sowohl aus der amtlichen Statistik als auch aus einer Untersuchungsreihe, die von HIS durchgeführt wird (siehe Kap. 3.3).

Das Verfahren zur Schätzung der sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligungsquoten wird für zwei Bildungsstufen durchgeführt: 1. Übergang in die gymnasiale Oberstufe und 2. Studienaufnahme. Mit ihm wird die soziale Zusammensetzung der Schüler/innen bzw. Studienanfänger/innen jeweils in Beziehung gesetzt zur Sozialstruktur der altersgleichen Bevölkerung. Die auf diese Weise ermittelten Quoten veranschaulichen die sozial erheblich variierenden Zugangschancen zur gymnasialen Oberstufe bzw. zum Hochschulstudium.

3.2 Bildungsschwellen

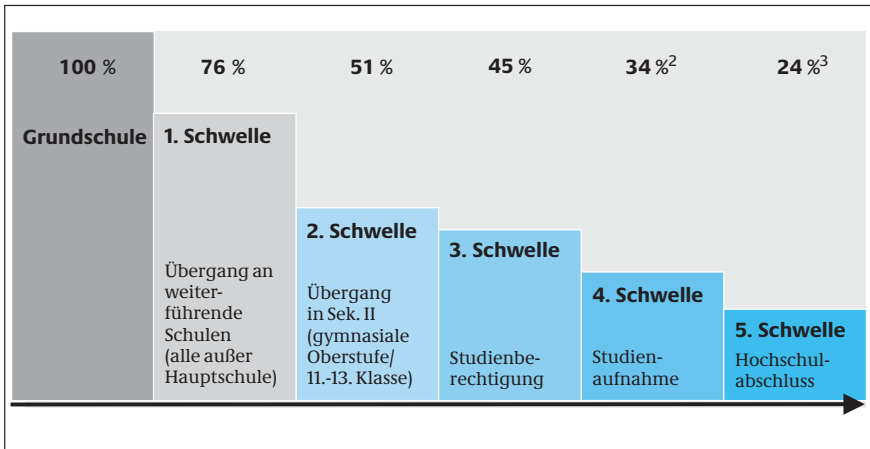
Der Weg zu einem (ersten) akademischen Abschluss setzt in der Regel das erfolgreiche Durchlaufen des Schul- und Hochschulsystems voraus. Der Struktur des Bildungssystems folgend, sind an den charakteristischen Übergangsstellen zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen im Wesentlichen fünf Schwellen zu überwinden (Bild 3.1).

1. Schwelle: Übergang Primarbereich – Sekundarbereich I (weiterführende Schularten): In den meisten Ländern ist bereits nach der 4. Klasse zu entscheiden, welche Schulart (Gymnasium, Gesamtschule, Realschule, Hauptschule o.a.) ein Kind weiterhin besucht. Hauptschulen werden hier nicht als weiterführend betrachtet.

2. Schwelle: Übergang Sekundarbereich I – Sekundarbereich II: Bei guten Zensuren und erfolgreichem Abschluss der 10. Klasse kann auch von der Realschule oder der Hauptschule in die gymnasiale Oberstufe (11. bis 12./13. Klasse) aufgestiegen werden.¹

¹ Die Schulzeit bis zum Abitur variiert in den Ländern zwischen 12 und 13 Jahren. Sachsen-Anhalt war im Jahr 2007 das erste G9-Land (mit 9-jährigem Gymnasium), das (wieder) auf G8 (8-jähriges Gymnasium) umstellte. Es folgten im Jahr 2008 Rheinland-Pfalz (zum Teil, als Modellversuch) und Mecklenburg-Vorpommern und 2009 das Saarland. Bis 2016 soll diese Umstellung in allen Ländern abgeschlossen sein.

Bild 3.1 Bildungsbarrieren: Fünf Schwellen der Bildungsbeteiligung 2008¹
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Anteil der Deutschen und Bildungsinländer/innen an der altersspezifischen Bevölkerung

² Studienanfängerquote nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

³ Erstabsolventenquote 2007

Quellen: StBA, Fachserie A Bevölkerung und Kultur, Reihe 10, Bildungswesen, I. Allgemeinbildende Schulen, verschiedene Jahrgänge; StBA: Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11; StBA: Hochschulen auf einen Blick, Ausgabe 2009, S. 15; eigene Berechnungen

3. Schwelle: Erwerb einer schulischen Hochschulzugangsberechtigung (allgemeine und fachgebundene Hochschulreife): Das Bestehen der Reifeprüfung ermöglicht ein Hochschulstudium. Diese Schwelle erreicht ein inzwischen nicht unerheblicher Teil auch auf dem Weg über Einrichtungen der beruflichen Bildung. Ein kleiner Teil gelangt zu dieser Schwelle über die klassischen Formen des so genannten Zweiten Bildungsweges, das Abendgymnasium oder ein Kolleg.

4. Schwelle: Realisierung der Studienberechtigung durch Studienaufnahme: Nicht jeder Studienberechtigte nimmt tatsächlich ein Studium auf. Daneben kommt ein kleiner Teil der Studierenden (weniger als 1 %) ohne schulische Studienberechtigung über besondere Zulassungswege für beruflich qualifizierte Bewerber/innen an die Hochschule.

5. Schwelle: Erwerb eines (ersten) Hochschulabschlusses: Bei weitem nicht alle Studierende beenden ihr Erststudium

erfolgreich. Die Absolventenquote, auf die im Folgenden nicht weiter eingegangen wird, liegt deutlich unterhalb der Studienanfängerquote.

Die Bildungsbeteiligungsquoten für die Schwellen 1, 2 und 4 stellen die Anteile derjenigen dar, die aus den jeweiligen Gruppen an eine weiterführende Schule, in die gymnasiale Oberstufe bzw. in ein Hochschulstudium gelangt sind. Sie geben keine Auskunft darüber, zu welchen Anteilen diese Bildungsstufen erfolgreich absolviert werden, d. h. welches Bildungsniveau im Ergebnis tatsächlich erreicht wird.

3.3 Zur Berechnung sozial-gruppenspezifischer Bildungsbeteiligungsquoten

Bildungsbeteiligungsquoten in der hier berechneten Form sind klar von statistischen Angaben zur sozialen Zusammensetzung einer Bildungspopulation (z. B. der Studierenden) zu unterscheiden.

Bildungsbeteiligungsquoten geben Auskunft über die (statistische) Chance, die Angehörige einer jeweils betrachteten (Alters- und/oder Sozial-)Gruppe haben, an eine bestimmte Bildungsinstitution zu gelangen oder ein bestimmtes Bildungsniveau zu erreichen. Die für die Kinder einer sozialen Gruppe ermittelte

Beteiligungsquote auf einer bestimmten Bildungsstufe kann direkt verglichen werden mit der entsprechenden Quote für Kinder einer anderen Sozialgruppe.

Für die Berechnung der Bildungsbeteiligungsquoten werden alle Gleichaltrigen einer Alters- oder Sozialgruppe in der Bevölkerung als Bezugsgröße für diejenigen aus dieser Alters- bzw. Sozialgruppe herangezogen, die sich auf der jeweils betrachteten Bildungsstufe befinden. So kann – unabhängig von der konkreten Größe einer betrachteten Gruppe – auf die jeweiligen Bildungschancen ihrer Kinder im direkten Vergleich zu den Chancen der Kinder aus anderen Gruppen geschlossen werden. Unter dieser Voraussetzung sind Aussagen möglich wie: „von 100 Kindern aus Familien, in denen der Vater keine Hochschulreife erworben hat, gelangen x in ein Studium, von 100 Kindern, deren Vater Akademiker ist, hingegen y“ (Bildungsbeteiligung in %).

Die unterschiedliche Bildungsbeteiligung ist dabei ein Indikator für die Verteilung der Bildungschancen zwischen den sozialen Gruppen, wobei Aussagen über die Chancenstruktur nur im Vergleich möglich sind, wie beispielsweise „Kinder von Akademiker/innen haben im Vergleich zu Kindern aus Nicht-Akademiker-Familien eine z-mal so große Chance, an die Hochschule zu gelangen“.

Zur Ermittlung der sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligungsquoten werden vier verschiedene Datenquellen verwendet:

1. Amtliche Bevölkerungsstatistik (StBA)
2. Amtliche Hochschulstatistik (StBA)
3. Mikrozensus (StBA)
4. HIS-Studienanfängerbefragung.

Die sozialen Gruppen werden differenziert nach drei Merkmalen der Bezugsperson in der Herkunftsfamilie (was in der Regel gleichbedeutend mit dem Vater bzw. dem allein erziehenden Elternteil ist).²

Das Verfahren zur Schätzung sozialgruppenspezifischer Bildungsbeteiligungsquoten ist in den methodischen Anmerkungen im Anhang ausführlich dargestellt. Der Anhang enthält darüber hinaus ein nachvollziehbares Rechenbeispiel.

3.4 Beteiligung an allgemein bildenden Schulen

3.4.1 Schwelle 1: Schulform nach der Grundschule

In den letzten 50 Jahren hat sich das Bildungsniveau in Deutschland dynamisch entwickelt. Das lässt sich unter anderem an der Nachfrage nach verschiedenen Schultypen in der 8. Jahrgangsstufe ablesen: War in den 1950er und 1960er Jahren

die Volksschule noch eindeutig die Regelschule für die Mehrheit der Schüler/innen in dieser Klassenstufe, verlor sie diese Rolle allmählich nach der Umwandlung ihrer Oberstufe in die Hauptschule.

Mitte der 1970er Jahre besuchten weniger als die Hälfte aller Schüler/innen der 8. Klassen eine Hauptschule. Zur selben Zeit stieg der Anteil an Schüler/innen dieser Jahrgangsstufe, die auf ein Gymnasium gingen. Er betrug 1975 bereits fast ein Viertel.

Dieser Trend setzte sich über die 1980er Jahre hinaus fort und erreichte bis zur Jahrtausendwende ein Niveau, das bis heute besteht. Seitdem gehen weniger als ein Viertel der Acht-Klässler/innen auf eine Hauptschule, mehr als jede/r Vierte besucht eine Realschule und fast ein Drittel geht zum Gymnasium (Bild 3.2).

Das Gymnasium hat seine Position als favorisierte Schulform in der Sekundarstufe I bis heute beibehalten.

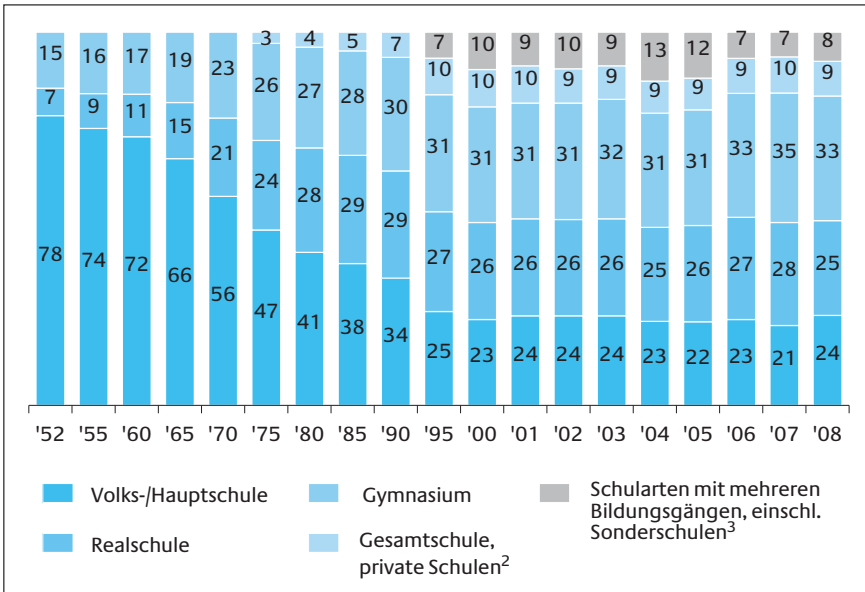
3.4.2 Schwelle 2: Übergang in die Sekundarstufe II

Die Schulform in der der 8. Klasse bestimmt bereits weitgehend über die Möglichkeit, in die gymnasiale Oberstufe zu gelangen. Drei Jahre später in der Bildungsbiographie, das heißt in einem Alter zwischen 17 und 18 Jahren, besucht mehr als jeder zweite dieser Altersgruppe die gymnasiale Oberstufe (2007: 51 %, Bild 3.3).

² siehe Fußnote Nr. 3

Bild 3.2 Schwelle 1: Schülerinnen und Schüler im 8. Schuljahr nach Schulart in Deutschland 1952-2008¹

in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 1995 einschließlich neue Länder

² ab 1975 separat in der amtlichen Statistik aufgeführt

³ integrierte Klassen für Haupt- und Realschüler/innen, ab 1996 in der amtlichen Statistik

Quellen: StBA, Fachserie A Bevölkerung und Kultur, Reihe 10, Bildungswesen, I. Allgemeinbildende Schulen, verschiedene Jahrgänge; verschiedene Jahrgänge der Fachserie II, Reihe 1 des StBA, eigene Berechnungen (Summenabweichung durch Runden möglich)

Bildungshomogenität der Eltern

Wie oben erläutert, wird für die Berechnung der sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligungsquoten auf Daten der amtlichen Statistik zurückgegriffen und für die sozialstrukturelle Zuordnung ei-

nes Haushaltes das jeweilige Merkmal der Familienbezugsperson verwendet.

Da sich hinter der Familienbezugsperson überwiegend der Vater verbirgt, gerät dieses Vorgehen regelmäßig in die Kritik, weil die Bildungs- und Erwerbsbe-

teilung der Mütter der gegenwärtigen Studierenden wesentlich höher ist als in den Generationen zuvor.³

Dieses Verfahren ist jedoch weniger nachteilig, als angenommen werden könnte. Ein Vergleich des Qualifikationsniveaus beider Eltern von Studierenden (vgl. Abschnitt 4.2.1) belegt, dass mit der alleinigen Berücksichtigung des Vaters die Bildungsherkunft in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle zutreffend bestimmt wird.

Angesichts der bildungsbezogenen Homogenität in den Partnerschaften der Eltern von Studierenden kann die Beschränkung auf Merkmale nur eines Elternteils, der Familienbezugsperson, als hinreichend genau zur Schätzung der sozialen Zusammensetzung in der altersgleichen Gesamtbevölkerung angesehen werden. Aus Gründen der Lesbarkeit wird

³ Die Familienbezugsperson ist in der Regel der Vater. Bei Ein-Eltern-Familien (etwa 15 % aller Haushalte mit Kindern) ist sie der allein erziehende Elternteil. Gemäß Mikrozensus ist das in den meisten Fällen (83 %) die Mutter. Die Familienberichterstattung der amtlichen Statistik hat auf die sich weiter ausdifferenzierende Pluralität der Familien- und Lebensformen längst reagiert und z. B. das traditionelle Familienkonzept (Ehe und Elternschaft) umgestellt auf das Lebensformenkonzept (Partner- und Elternschaft; vgl. Heidenreich, Nöthen 2002, Nöthen 2005). HIS prüft gegenwärtig Möglichkeiten, bei der Schätzung der sozialgruppenspezifischen Beteiligungsquoten die Merkmale beider Eltern als Indikatoren für den sozialen Status der Herkunftsfamilie Studierender bzw. der altersspezifischen Bevölkerung zu berücksichtigen.

nachfolgend die spröde Bezeichnung „Familienbezugsperson“ vermieden und vom „Vater“ gesprochen.

Weiterführender Schulbesuch und Schulbildung des Vaters

Bereits zum Zeitpunkt des Besuchs der gymnasialen Oberstufe ist an den Beteiligungsquoten für einzelne Sozialgruppen ablesbar, wie weit und wie stark Prozesse der sozialen Auslese durch (tatsächlichen, vermeintlichen oder antizipierten) Schulerfolg, schulische Empfehlungen zum weiteren Bildungsweg und familiäre Abwägungen und Entscheidungen gegriffen haben.

Im Jahr 2007 besuchten in Deutschland von 100 Kindern, deren Vater maximal den Abschluss einer Hauptschule abgelegt hatte, 34 die gymnasiale Oberstufe (Bild 3.3). Gleiches erreichten 79 von 100 Kindern, deren Vater eine Hochschulreife erwarb, das heißt deutlich mehr als doppelt (2,3-mal) so viele.

Die Beteiligungsquote an den Klassen 11-13 ist seit Mitte der 1990er Jahre in der Bilanz aus der Sicht des Jahres 2007 leicht gestiegen (1996: 48 %; 2007: 51 %). Im Vergleich zum Jahr 2005 jedoch, für das eine Maximalquote von 54 % ermittelt wurde, sank sie um drei Prozentpunkte und fiel damit wieder auf das Niveau von 2002 (Bild 3.3).

Bild 3.3 Beteiligung an der Sekundarstufe II nach Schulbildung des Vaters 1996 - 2007

in %

Schulabschluss des Vaters	1996	2002	2005	2007
insgesamt	48	51	54	51
Hauptschule	33	37	36	34
Realschule	47	46	49	47
HS-Reife	81	82	82	79

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Quellen: StBA, Sonderauswertung Mikrozensus versch. Jahre; eigene Berechnungen

Weiterführender Schulbesuch und berufliche Stellung des Vaters

Ein weiteres Merkmal zur Beschreibung unterschiedlicher Bildungschancen der Kinder ist die berufliche Stellung ihrer Eltern. Seit Jahren belegen die sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligungsquoten, dass die größten Chancen, die Klassenstufen 11-13 zu erreichen, für Kinder von Beamten bestehen: Im Jahr 2007 besuchen 73 % von ihnen die gymnasiale Oberstufe (Bild 3.4). Am zweithöchsten fällt die Beteiligungsquote für Kinder von Selbständigen und Freiberuflern aus (63 %). Nur etwas geringer ist die der Kinder von Angestellten (59 %). Deutlich hinter diesen drei Gruppen bleiben die Chan-

cen der Arbeiterkinder zurück: Von ihnen gelangt nur ein Drittel in die gymnasiale Oberstufe.

Die Entwicklung der Bildungsbeteiligung seit 1996 zeigt – trotz zwischenzeitlicher Schwankungen – eine zunehmende Tendenz für fast alle betrachteten Gruppen: Zwischen 1996 und 2007 hat sich die Beteiligung von Arbeiterkindern an der gymnasialen Oberstufe um 3 Prozentpunkte erhöht. Eine höhere Steigerungsrate weisen nur die Kinder von Selbständigen auf (um acht Prozentpunkte, Bild 3.4).

Im Vergleich dazu hat die Teilhabe am Besuch weiterführender Schulen für die Kinder von Beamten nur leicht zugenommen (um einen Prozentpunkt); die

Bild 3.4 Beteiligung an Sek. II nach beruflicher Stellung des Vaters 1996 - 2007

in %

berufliche Stellung des Vaters	1996	2002	2005	2007
insgesamt	48	51	54	51
Arbeiter	30	34	36	33
Angestellte	60	60	62	59
Selbständige	55	58	61	63
Beamte	72	77	74	73

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Quellen: StBA, Sonderauswertung Mikrozensus versch. Jahre; eigene Berechnungen

von Angestellten ist sogar geringfügig rückläufig (um einen Prozentpunkt).

Weiterführender Schulbesuch nach Stellung im Beruf und Bildungsniveau des Vaters

Wird mehr als ein Merkmal der sozialen Herkunft berücksichtigt – beispielsweise berufliche Stellung und Bildungsniveau – dann lassen sich Kumulationseffekte in Bezug auf die Bildungsbeteiligung zeigen. So ist innerhalb der vier Kategorien, mit denen die Stellung im Beruf ausgewiesen wird, der Anteil derer, die einen Hochschulabschluss erworben haben, unterschiedlich hoch. Dies wirkt sich auf die beschriebenen Unterschiede in den Beteiligungsquoten aus.

Von den Vätern der 17-18-jährigen des Jahres 2007 hat ein Fünftel einen akademischen Abschluss erworben (20 %, Bild 3.5, untere Grafik links). Innerhalb der Gruppe der Beamten gibt es anteilig die meisten Akademiker (mehr als jeder zweite), gefolgt von den Selbständigen und den Angestellten (jeweils mehr als ein Viertel).⁴

Unter Hinzunahme des Merkmals „Hochschulabschluss“ verblasst der Einfluss der beruflichen Stellung auf die Be-

teiligung an der gymnasialen Oberstufe. Die Bildungsbeteiligungsquoten der Kinder von Angestellten, Selbständigen und Beamten sind etwa gleich hoch, wenn nur diejenigen betrachtet werden, deren Vater ein Studium abgeschlossen hat (zwischen 81 % und 86 %, Bild 3.5, obere Grafik rechts).

Mit der Nähe bzw. Ferne zu (höherer) Bildung sind zumeist jeweils typische normative und kulturelle Orientierungen verbunden. Sie erstrecken sich auch auf die Aspirationen für die Bildung der Kinder. Im Vergleich zur beruflichen Stellung ist der Einfluss des Bildungsniveaus der Eltern offensichtlich deutlich stärker.

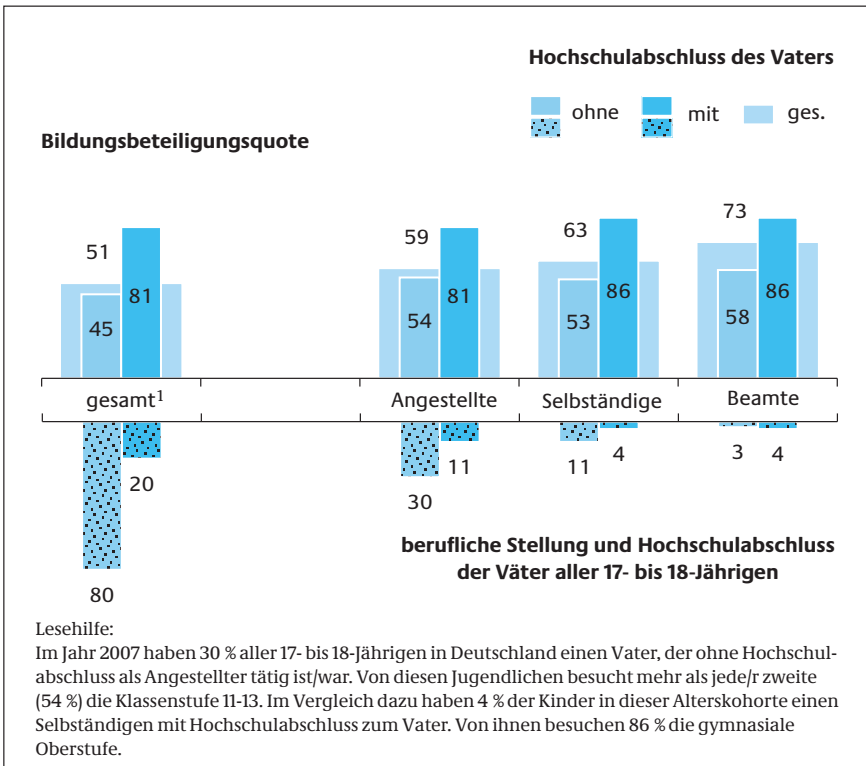
3.4.3 Schwelle 3: Studienberechtigung

Die Teilhabe an weiterführender Bildung hat sich innerhalb der letzten vierzig Jahre vervierfacht: 1970 erwarb lediglich etwas mehr als jeder Zehnte die Hochschulreife. Im Jahr 2008 zählen mit 45 % mehr als je zuvor zu den Studienberechtigten; darunter mehr als doppelt so viele mit einer allgemeinen Hochschulreife (32 %) als mit einer Fachhochschulreife (14 %, Bild 3.6).

⁴ Die Zahl der als Arbeiter beschäftigten Hochschulabsolventen ist erwartungsgemäß so gering, dass sie von der amtlichen Statistik nicht ausgewiesen wird.

Bild 3.5 Schwelle 2: Beteiligung der 17- bis 18-Jährigen an Sekundarstufe II (KI. 11 - 13) nach beruflicher Stellung des Vaters – Vergleich von Vätern mit und ohne Hochschulabschluss 2007

in %

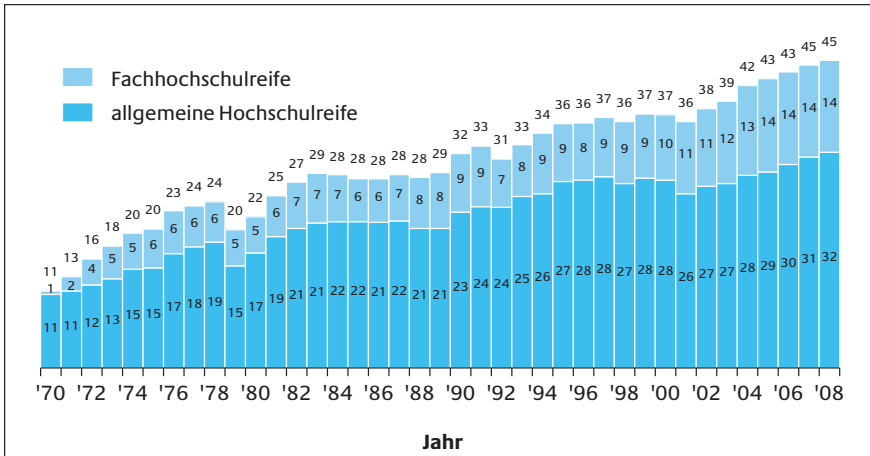


DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Die Quoten für die Bildungsbeitragsquote „gesamt“ schließen die berufliche Stellung „Arbeiter“ mit ein. Aufgrund der geringen Anzahl an Arbeitern mit Hochschulabschluss können keine entsprechend differenzierten Quoten ausgewiesen werden.

Quelle: StBA, Sonderauswertung Mikrozensus 2007; eigene Berechnungen

Bild 3.6 Schwelle 3: Anteil der Studienberechtigten an der 18- bis 20-jährigen Bevölkerung (Studienberechtigtenquote) nach Art der Hochschulreife 1970 bis 2008¹
in %²



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Der Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung basiert bis 2006 auf dem Durchschnitt der 17- bis unter 20-jährigen (Länder mit 12 Schuljahren) bzw. der 18- bis unter 21-jährigen (Länder mit 13 Schuljahren) deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung am 31. Dezember des jeweiligen Vorjahres. Ab 2007: Durchschnitt der 18- bis unter 21-jährigen (Länder mit 13 Schuljahren) deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung am 31.12. des jeweiligen Vorjahres. Ab 1992 einschließlich neue Länder.

² Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: StBA, Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11

3.5 Schwelle 4: Bildungsbeteiligung an Hochschulen

Die vierte Bildungsschwelle ist die Aufnahme eines Studiums. Der Erwerb einer Berechtigung zum Studium ist keineswegs gleichbedeutend mit der Realisierung dieser Option. Wie viele Studienberechtigte sich tatsächlich an einer Hoch-

schule immatrikulieren (Bruttostudienquote, vgl. Kap. 2.3) bzw. wie viele von ihnen einen beruflichen Bildungsweg bevorzugen, hängt von zahlreichen Faktoren ab.

Zu diesen Faktoren gehören zum einen strukturelle Gegebenheiten wie zum Beispiel der Lehrstellenmarkt, das Studi-

enplatzangebot oder die Chancen, die einzelne Berufe auf dem Arbeitsmarkt haben.

Zum anderen wird die Bildungswahl wesentlich mitbestimmt von den individuellen Präferenzen der Studienberechtigten selbst. Diese korrelieren unter anderem eng mit dem sozialen Hintergrund der Studienberechtigten, mit sozialgruppenspezifischen Bildungsaspirationen und Wertvorstellungen in der Herkunftsfamilie, der Ausstattung der Familie mit ökonomischen und kulturellen Ressourcen und ihren bildungsbezogenen Kosten-Nutzen-Abwägungen.

Ausführlichere Analysen dazu finden sich in den Berichten zu den Studienberechtigtenbefragungen, die HIS regelmäßig durchführt (vgl. u. a. Heine et al.: 2008).

3.5.1 Studienanfängerquoten

Regionaler Bezug der Studienanfängerquoten

Die amtliche Statistik enthält Studienanfängerquoten für zwei unterschiedliche regionale Bezugsgrößen: Erstens nach Land des Studienortes und zweitens nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (im Folgenden auch: HZB).

Quoten, die sich auf das Land des Studienortes beziehen, umfassen alle Studienanfänger/innen, die sich an den

Hochschulen eines Landes immatrikulieren unabhängig davon, in welchem (Aus-)Land sie ihre Hochschulreife erworben haben. Diese Quoten eignen sich nicht zur Beschreibung regionaler Unterschiede in der Bildungsbeteiligung der (jungen) Menschen einer Region bzw. eines Landes, denn sie enthalten Effekte von Zu- und Abwanderungen.

Diese Effekte sind sowohl die Folge von regionalen Präferenzen der Studieninteressierten als auch von unterschiedlichen Hochschullandschaften – z.B. der Struktur und des Umfangs des Studienangebotes oder der unterschiedlichen Hochschuldichte in den Ländern.

Hinzu kommt, dass bei der Berechnung der Studienanfängerquoten nach Land des Studienortes auch diejenigen ausländischen Studienanfänger/innen mit einbezogen werden, die ihre Studienberechtigung im Ausland erworben haben und erst zum Studium nach Deutschland kommen (Bildungsausländer/innen). Zusammen mit denjenigen, die im Inland ihre Studienberechtigung erworben, wird ihr Anteil an der altersspezifischen Wohnbevölkerung des jeweiligen Landes ermittelt.

Da in Deutschland immatrikulierte Bildungsausländer/innen jedoch kein „Pendant“ in der Wohnbevölkerung haben, fallen die Studienanfängerquoten nach Land des Studienortes systematisch höher aus als diejenigen, die sich auf das

Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung beziehen. In letzterer sind ausschließlich diejenigen Studienanfänger/innen einberechnet, die in Deutschland ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, also Deutsche und Bildungsinländer/innen.

Im Gegensatz dazu führt das Berechnungsverfahren der Studienanfängerquote nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung zu einer Unterschätzung des Anteils der Studienanfänger/innen an allen Gleichaltrigen, weil sie sich auf die in Deutschland Immatrikulierten beschränkt und all jene, die mit einer Hochschulreife aus Deutschland im Ausland ein Studium beginnen, nicht mit einbezieht.

Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes ist jedoch der Export (Outgoing) von Studierenden aus Deutschland, insbesondere derjenigen im 1. Hochschulsemester, nach wie vor deutlich geringer als der Import (Incoming) von Studierenden nach Deutschland. Die amtliche Statistik kann aufgrund der Datenlage nicht zwischen Studierenden und Studienanfänger/innen unterscheiden (StBA 2009: 5 f).

In Politik und Medien werden nahezu ausschließlich die Studienanfängerquoten nach Land des Studienortes kommuniziert. Dieses Quote wird auch im Rahmen der OECD für den internationalen Vergleich verwendet.

Für die vorliegenden Analysezwecke sind jedoch aus den genannten Gründen in erster Linie diejenigen Quoten interessant, die sich auf das Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung beziehen. Um einerseits zu den amtlichen und in der Öffentlichkeit diskutierten Quoten anschlussfähig zu sein, andererseits aber auch regionale Disparitäten bei den Studierchancen aufzeigen zu können, werden nachfolgend jeweils beide Kennzahlen ausgewiesen und einander gegenüber gestellt.

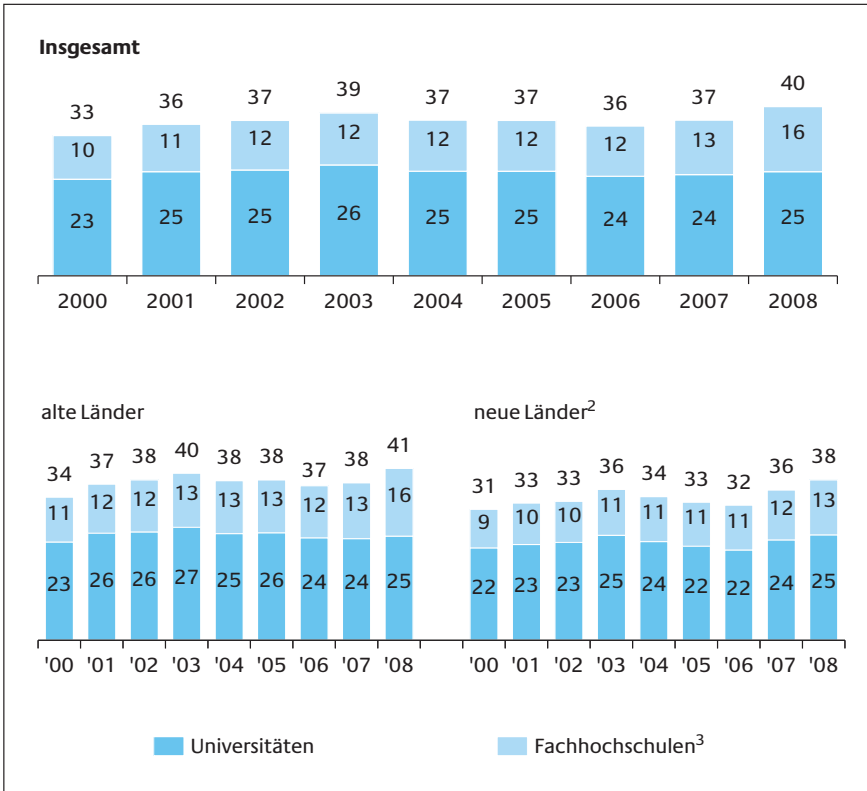
Studienanfängerquoten nach Land des Studienortes

Im Jahr 2008 betrug die Studienanfängerquote nach Land des Studienortes 40 % (Bild 3.7). Im Vergleich zum Vorjahr war sie um drei Prozentpunkte auf ein bis dato nicht erreichtes Niveau gestiegen. Die bisher höchste Studienbeteiligung wurde mit 39 % für 2003 ermittelt.

Die Entwicklung seit 2000 zeigt, dass zunächst wachsende Studienanfängerquoten für beide Hochschularten zu verzeichnen war. Sie fielen jedoch für Fachhochschulen mit einem Anstieg um 20 % (2003 gegenüber 2000) etwas dynamischer aus als für Universitäten, deren Nachfrage im gleichen Zeitraum um 13 % anstieg.

Die Fachhochschulen konnten das Studieninteresse in den Jahren zwischen 2003 und 2006 stabil halten und danach

Bild 3.7 Schwelle 4: Studienanfängerquoten 2000 - 2008 nach Land des Studienortes¹ – Vergleich nach Hochschulart und Region
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studienanfänger/innen (Deutsche und Bildungsinländer/innen) an der altersspezifischen Bevölkerung am Ort des Erwerbs der Hochschulreife. Es werden Quoten für einzelne Altersjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (Quotensummenverfahren); Rundungsdifferenzen möglich

² einschließlich Berlin

³ einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Quelle: StBA- Sonderauswertungen für HIS

sogar noch um vier Prozentpunkt steigern. Eine wesentliche Grundlage dafür war der Ausbau des Fachhochschulsektors in dieser Zeit (Bild 3.7, obere Grafik).

Das annähernd gleiche Muster – deutliche Steigerung der Studienanfängerquote von 38 % im Jahr 2007 auf 41 % im Jahr 2008 charakterisiert auch die Entwicklung in den alten Ländern (Bild 3.7, untere Grafik). Auch hier war zwischen 2000 und 2003 eine erhöhte Nachfrage nach Hochschulbildung zu beobachten, die danach wieder etwas abflaute. Gleichzeitig blieb das Interesse an einem Studium an einer Fachhochschule bis 2007 relativ stabil und stieg im Jahr 2008 sprunghaft an.

In den neuen Ländern erreichte die Studienanfängerquote im Jahr 2008 mit 38 % einen vorläufigen Höchststand. Sie war seit 2006 – dem Jahr mit einem relativen Tiefpunkt – um immerhin sechs Prozentpunkte gestiegen. Die Einführung des verkürzten Abiturs (G8) in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern kann für diesen (Wieder)Anstieg nicht als alleinige Erklärung dienen, denn die weiter unten aufgezeigten Studienanfängerquoten nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (vgl. Bild 3.8) stiegen für die neuen Länder zwischen 2006 und 2008 um vier Prozentpunkte, das heißt, nicht in gleichem Umfang.

Möglicherweise erhöht die Tatsache, dass in den neuen Ländern keine allgemeinen Studiengebühren erhoben werden, die Nachfrage nach einem Studium an einer der hiesigen Hochschulen sowohl seitens Studieninteressierter aus den alten Ländern als auch aus dem Ausland. Angesichts der Schwankungen der Studienanfängerquoten nach Land des Studienortes in den letzten Jahren muss jedoch die weitere Entwicklung abgewartet werden, um sehen zu können, ob es sich hierbei lediglich um eine kurzfristige Entwicklung oder tatsächlich um einen längerfristigen Trend handelt.

Studienanfängerquoten nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

Die Studienanfängerquoten nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung sind – wie oben bereits ausgeführt – per definitionem niedriger als die nach Land des Studienortes, weil die Bildungsausländer/innen, die sich in Deutschland immatrikulieren, nicht einbezogen sind.

Im Jahr 2008 haben 34 % der altersspezifischen Bevölkerung ein Studium in Deutschland mit einer hier erworbenen Hochschulzugangsberechtigung be-

gonnen (Bild 3.8).⁵ Diese Studienanfängerquote liegt um sechs Prozentpunkte niedriger als die studienortbezogene Quote des gleichen Jahres. Der Abstand beider Quoten beträgt seit Jahren zwischen fünf und sechs Prozentpunkte. Diese Stabilität beruht auf einem weitgehend gleichbleibenden Anteil an (bildungs)ausländischen Studienanfänger/innen unter allen Erstsemestern.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Studienanfängerquote nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung 2008 insgesamt um zwei Prozentpunkte gestiegen. Der anteilige Zugewinn an Studienanfänger/innen war in den alten Ländern mit drei Prozentpunkten etwas deutlicher als in den neuen Ländern (zwei Prozentpunkte), so dass sich der Abstand der Studienanfängerquoten beider Regionen von 2007 auf 2008 um einen auf drei Prozentpunkte erhöht hat (35 % vs. 32 %, Bild 3.8).

Im Vergleich der Bundesländer zeigt sich eine Spannweite der Studienanfängerquoten von 19 Prozentpunkten. Anteilig die meisten Studienanfänger/innen bringt Hessen hervor (2008: 39 %, Bild

3.9). Überdurchschnittlich viele Landeskinder ins Studium bringen auch das Saarland und Baden-Württemberg (je 38 %) bzw. Bremen und Nordrhein-Westfalen (je 36 %).

Trotz doppelter Abiturjahrgänge 2007 bzw. 2008 bleiben die Studienanfängerquoten für Sachsen-Anhalt (33 %) und Mecklenburg-Vorpommern (32 %) unterhalb des bundesweiten Durchschnitts. Verglichen mit den Quoten in den Jahren vor der G8-Einführung haben diese beiden Länder jedoch eine deutlich höhere Studienanfängerquote, die im Falle Sachsen-Anhalts auch das zweite Jahr nach der Umstellung noch deutlich höher war als zuvor.

Studienanfängerquoten deutlich unterhalb des Durchschnitts von 34 % gibt es 2008 in Bayern, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen (je 31 %) und Sachsen (30 %).

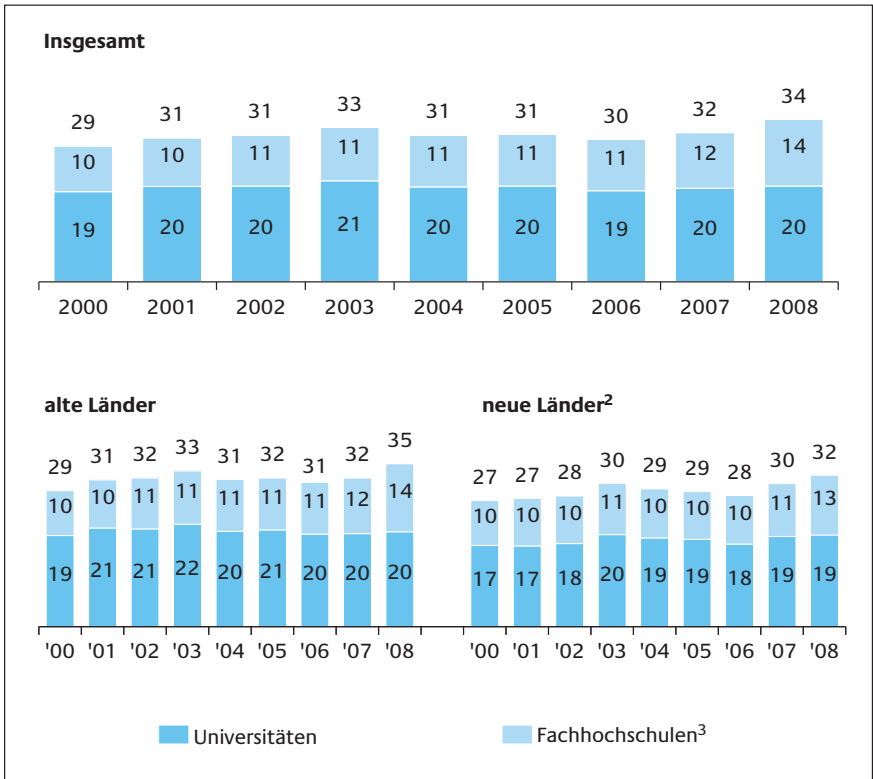
Studienbeteiligung und Geschlecht

Im Bundesdurchschnitt unterscheiden sich Männer und Frauen in ihrer Studienbeteiligung nur geringfügig. Mit 34,5 % bzw. 34,3 % weisen sie auch 2008 eine nahezu übereinstimmende Studienanfängerquote auf. In Bild 3.10 ist rundungsbedingt ein Prozentpunkt Unterschied in der Studienbeteiligung von Männern und Frauen ausgewiesen.

⁵ Diese Quote ist in den amtlichen Publikationen zu finden unter „Stadtstaaten und Flächenstaaten zusammen“. Sie enthält von den Bildungsausländer/innen nur diejenigen, die über ein Studienkolleg in Deutschland ihre Hochschulreife erworben haben. Deutsche, die ihre HZB im Ausland erworben und sich an einer Hochschule in Deutschland immatrikuliert haben, sind hier nicht mit einberechnet.

Bild 3.8 Schwelle 4: Studienanfängerquoten 2000 - 2008 nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung¹ – Vergleich nach Hochschulart und Region

in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

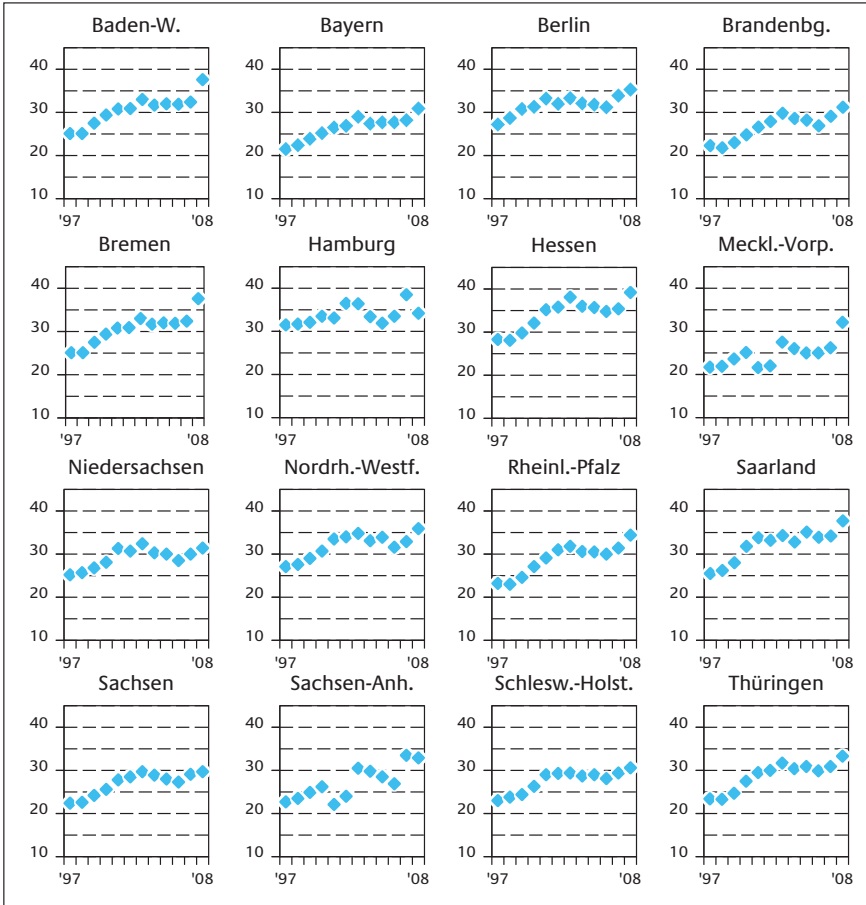
¹ Anteil der Studienanfänger/innen (Deutsche und Bildungsinländer/innen) an der altersspezifischen Bevölkerung am Land des Erwerbs der Hochschulreife. Es werden Quoten für einzelne Altersjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (Quotensummenverfahren); Rundungsdifferenzen möglich

² einschließlich Berlin

³ einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Quelle: StBA-Sonderauswertungen für HIS

Bild 3.9 Schwelle 4: Studienanfängerquoten¹ 1997 - 2008 nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung – Vergleich der Länder
in %



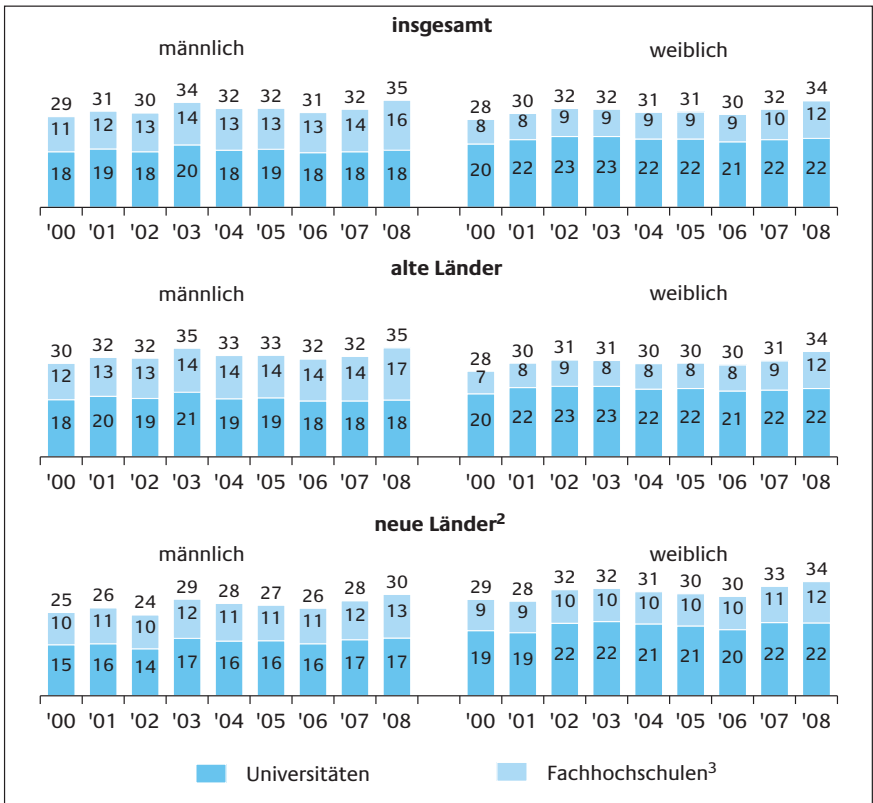
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studienanfänger/innen (Deutsche und Bildungsinländer/innen) an der altersspezifischen Bevölkerung im Land des Erwerbs der HZB (Quotensummenverfahren).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11, mehrere Jahrgänge

Bild 3.10 Schwelle 4: Studienanfängerquoten 2000 - 2008 nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung – Vergleich nach Region, Hochschulart und Geschlecht

in %¹



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studienanfänger/innen (Deutsche und Bildungsinländer/innen) an der altersspezifischen Bevölkerung im Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (Quotensummenverfahren); Rundungsdifferenzen möglich

² einschließlich Berlin

³ einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Quellen: StBA-Sonderauswertungen für HIS

Differenziert nach Hochschulart fällt jedoch auf, dass die Quote der Männer, die an einer Fachhochschule ein Studium beginnen, traditionell höher ist als bei den Frauen (2008: 16 % vs. 12 %). Letztere immatrikulieren sich dagegen häufiger als Männer an einer Universität (2008: 22 % vs. 18 %, Bild 3.10).

Während in den alten Ländern die Studienbeteiligung der Männer geringfügig höher ist als die der Frauen (2008: 35 % vs. 34 %, Bild 3.10, mittlere Grafik), weisen in den neuen Ländern Frauen eine deutlich höhere Studienanfängerquote auf als Männer (34 % vs. 30 %).

Die Studienbeteiligung von Frauen ist geringer als es ihre vergleichsweise hohe Quote an Studienberechtigten erwarten ließe: Obwohl Frauen häufiger als Männer eine Hochschulreife erworben haben (2008: 41 % Männer, 49 % Frauen), realisieren sie ihre Studienberechtigung seltener. Im Rahmen regelmäßiger Befragungen unter Studienberechtigten beobachtet HIS dieses Phänomen anhand der Bruttostudierquoten schon seit Jahren (vgl. z. B. Heine et al., 2008: 17 f).

Trotz des häufigeren Studienverzichts der Frauen (Studienverzichtsquote der Studienberechtigten 2008: 22 % Männer vs. 34 % Frauen) hat der Anteil der Frauen an allen Studienanfängern 2007 erstmals die 50 %-Marke erreicht (2007: 49,8 %, 2008: 49,7 %). In Ländern wie Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sach-

sen und Thüringen waren 2008 jeweils 52 % aller Studienanfänger weiblich. Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hessen und Schleswig-Holstein haben mit 48 % einen vergleichsweise geringeren Anteil an Frauen unter den Studienanfängern. Bei den Studierenden beträgt der Frauenanteil seit dem Wintersemester 2004/05 relativ stabil 48 %.

Wie oben bereits ausgeführt, unterscheiden sich jedoch die Anteile der Frauen nach Hochschulart deutlich (vgl. Bild 2.3). An den Universitäten stellen Frauen seit langem mehr als die Hälfte aller Studienanfänger bzw. Studierenden. An den Fachhochschulen hingegen überwiegt die Zahl der Männer die der Frauen.

Die Studienanfängerquoten nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung belegen diese Trends auch für die einzelnen Bundesländer: In einer Reihe alter Länder ist die Studienbeteiligung der Männer höher als die der Frauen, wie z. B. in Baden-Württemberg, wo die Studienanfängerquote der Männer die der Frauen um drei Prozentpunkte übersteigt (39 % vs. 36 %, Bild 3.11).

3.5.2 Sozialgruppenspezifische Studienbeteiligung

Den Studienberechtigten- bzw. Studienanfängerquoten ist nicht zu entnehmen, welche Bildungschancen Kinder aus unterschiedlichen sozialen Herkunftsgruppen haben und wie sich die Verteilung

dieser Chancen in den letzten Jahren verändert hat. Solche Informationen können aus den sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligungsquoten gewonnen werden, wie sie von HIS seit Jahren ermittelt und in die Berichte der Sozialerhebung aufgenommen werden.

Im Abschnitt 3.3 wurde bereits beschrieben, welche externen Datenquellen zur Ermittlung dieser Quoten benötigt werden. Das Verfahren ist im Detail im Anhang erläutert (vgl. B. Methodische Anmerkungen im Anhang).

In welchem Maße sich die für die vorangegangenen Bildungsschwellen bereits dokumentierte soziale Selektivität auch beim Übergang in die Hochschule (Schwelle 4) fortsetzt, wird in den folgenden Ausführungen anhand der gleichen Merkmale der Familienbezugsperson aufgezeigt: höchster allgemeiner Schulabschluss und berufliche Stellung.

Zusätzlich wird die Stellung im Beruf – wie bereits oben für die Schwelle 2 – danach differenziert, ob die Bezugsperson einen Hochschulabschluss erworben hat oder nicht.

Studienverzicht

Befragungen unter Studienberechtigten weisen auf eine tendenzielle Entkopplung von Hochschulzugangsberechtigung und Studienaufnahme hin. Sie zeigen, dass für einen Teil der Studienberechtigten der Erwerb eines bestimmten

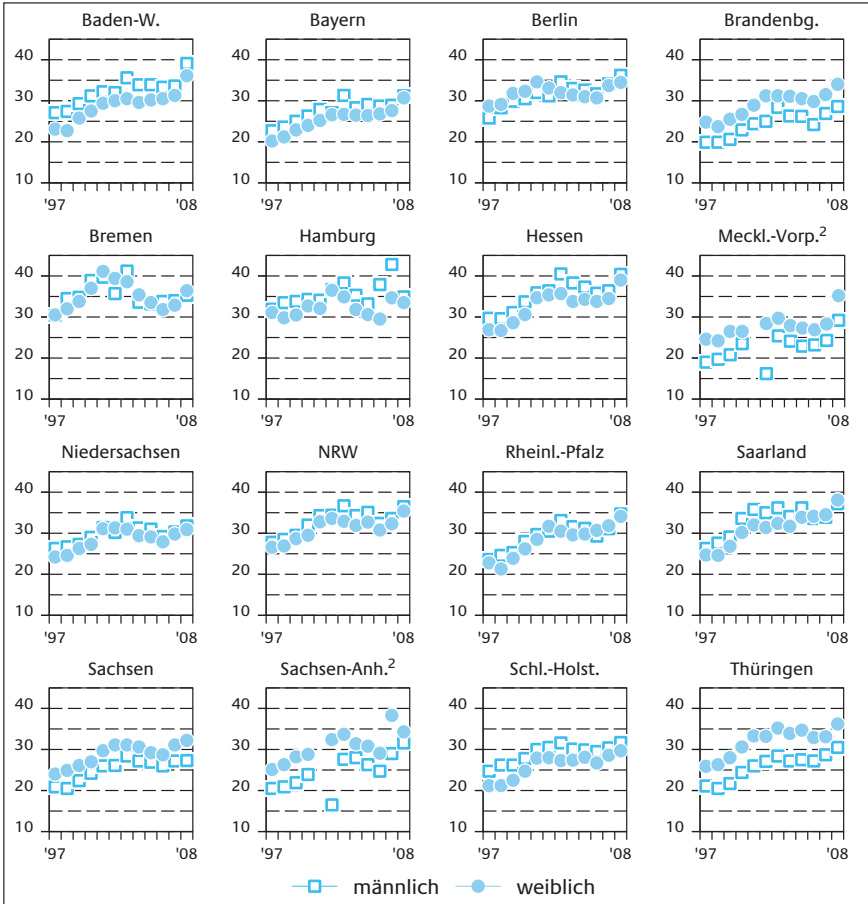
Schul- bzw. Ausbildungsabschlusses im Vordergrund steht. Die Hochschulreife bzw. Studienberechtigung eröffnet über das Studium hinaus eine Reihe weiterer Optionen. Demzufolge beginnen bei weitem nicht alle zum Studium Berechtigten auch tatsächlich ein Hochschulstudium. Vor allem Studienberechtigte, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Rahmen einer beruflichen Ausbildung oder an einer Schule des beruflichen Bildungswesens erworben haben, nehmen ihre Studienoption häufig nicht wahr.

Im Jahr 2008 verzichteten 28 % aller Studienberechtigten darauf, sich zu immatrikulieren bzw. hatten keine (feste) Absicht zu studieren. Im Vergleich zu zwei Jahren zuvor ist der Studienverzicht deutlich rückläufig (um vier Prozentpunkte, Bild 3.12). Relativierend muss jedoch angemerkt werden, dass etwa drei Prozentpunkte dieses Rückgangs darauf zurückzuführen ist, dass 2009 die acht Berufsakademien in Baden-Württemberg zur Dualen Hochschule zusammengefasst wurden und die an ihr Lernenden erstmals als Studierende berücksichtigt und in die Berechnung der Bruttostudienquote bzw. ihr Gegenstück – die Studienverzichtsquote – einbezogen sind.

Die Entscheidung für oder gegen eine Studienaufnahme hängt von vielfältigen individuellen und institutionellen Faktoren ab. Zu ihnen gehören ganz wesentlich soziale Merkmale der Herkunftsfami-

Bild 3.11 Schwelle 4: Studienanfängerquoten¹ 1997 - 2008 nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung – Vergleich nach Geschlecht

in %



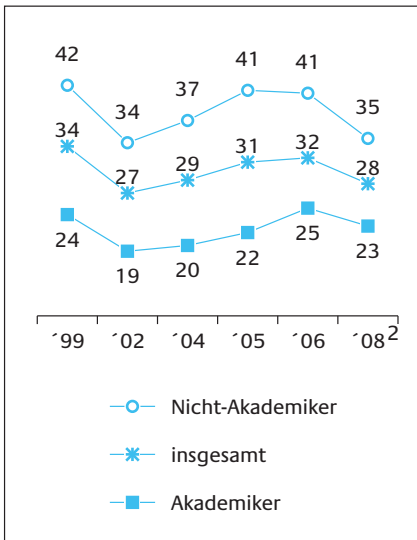
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studienanfänger/innen (Deutsche und Bildungsinländer/innen) an der altersspezifischen Bevölkerung im Land des Erwerbs der HZB (Quotensummenverfahren).

² in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt wurde 2001 der 13. Schuljahrgang eingeführt. Mit der Einführung von G8 2007 in Sachsen-Anhalt und 2008 in Mecklenburg-Vorpommern wurde er wieder abgeschafft.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11, mehrere Jahrgänge

Bild 3.12 Schwelle 4: Studienverzicht nach akademischem Abschluss¹ im Elternhaus 1999 -2008
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ mindestens ein Elternteil mit Hochschulabschluss

² inkl. der Studierenden der ehemaligen Berufsakademie BW, die 2009 zur Dualen Hochschule Baden-Württemberg umgewandelt wurde

Quellen: HIS Studienberechtigten-Befragungen 1999, 2002, 2004, 2005, 2006, 2008

lie, für die HIS auf der Grundlage seiner Befragungen von Studienberechtigten mehrfach einen signifikanten Einfluss nachweisen konnte.

Beispielsweise verzichteten von den Studienberechtigten aus Familien, in de-

nen mindestens ein Elternteil ein Hochschulstudium abgeschlossen hat, im Jahr 2008 lediglich 23 % auf ein Studium. Im Unterschied dazu nehmen von den Studienberechtigten, deren Eltern nicht studiert haben, 35 % kein Studium auf (HIS-Befragung Studienberechtigter 2008).

Verglichen mit dem Jahr 2006 ist jedoch die Studierneigung der „Nicht-Akademikerkinder“ stärker gewachsen (sechs Prozentpunkte) als die von Studienberechtigten, deren Eltern ein Hochschulstudium abgeschlossen haben (zwei Prozentpunkte), so dass sich die Studienverzichtsquoten beider Gruppen weniger stark unterscheiden als in den Jahren zuvor.

Schulabschluss des Vaters

Trotz einer formal größeren Durchlässigkeit erweisen sich Übergänge zwischen den einzelnen Teilbereichen des Bildungssystems (Schultypen, allgemeines bzw. berufliches Bildungswesen) immer noch als schwierig. Einmal eingeschlagene Bildungswege können nur schwer und mit relativ hohem Aufwand an Opportunitätskosten „korrigiert“ werden. Internationale Vergleiche haben gezeigt, dass in hoch segmentierten Bildungssystemen – wie dem deutschen – bestehende Bildungsungleichheiten eher verstärkt denn aufgefangen oder gar abgebaut werden. Eine Ursache dafür ist die erwähnte ge-

ringe Durchlässigkeit zwischen den institutionellen Bildungsbereichen (vgl. Baethge, Kupka: 190 f).

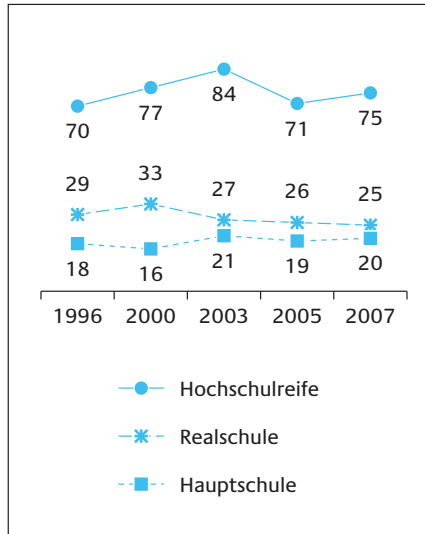
Wie eng der Zusammenhang zwischen dem Bildungsstatus der Eltern und der Studienaufnahme ist, zeigte sich bereits anhand des Schulabschlusses des Vaters: Im Jahr 2007 begannen von allen jungen Erwachsenen zwischen 19 und 24 Jahren, deren Vater über eine Hochschulreife verfügt, drei Viertel ein Hochschulstudium (75 %, Bild 3.13). Zwei Drittel von ihnen immatrikulierte sich an einer Universität.

Mit 20 % mehr als dreimal niedriger fällt dagegen die Bildungsbeteiligung von Kindern aus, deren Vater lediglich eine Volks- oder Hauptschule besucht hat.

Nur fünf Prozentpunkte höher liegen die Studierchancen derjenigen, deren Vater einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss erworben hatte (25 %). Offensichtlich sind die Chancen auf ein Hochschulstudium weitgehend polarisiert zwischen Kindern, deren Eltern eine Hochschulreife erworben haben, auf der einen Seite, und Kindern, deren Eltern maximal einen mittleren Schulabschluss haben, auf der anderen.

Im Vergleich zum Jahr 2005 ist die Studienanfängerquote derjenigen, deren Vater eine Hochschulreife hat, um fünf Prozentpunkte gestiegen. Für die beiden

Bild 3.13 Schwelle 4: Beteiligung an Hochschulen nach Schulbildung des Vaters 1996 - 2007 (Studienanfängerquote)¹
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ nur deutsche Studienanfänger/innen, einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Quellen: StBA: Bevölkerungsstatistik; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertungen des Mikrozensus verschiedener Jahre; HIS: Studienanfängerbefragungen verschied. Jahre; eigene Berechnungen

übrigen Gruppen sind nur geringe Veränderungen in der Bildungsbeteiligung zu registrieren.

Berufliche Stellung und Hochschulabschluss des Vaters

Welchen Einfluss die Bildungskomponente innerhalb der diesbezüglich heterogen zusammengesetzten Kategorien der beruflichen Stellung auf die Studienbeteiligung hat, kann sichtbar gemacht werden, indem danach unterschieden wird, ob der Vater einen Hochschulabschluss erworben hat oder nicht.

Für die Schwelle 2 konnte bereits gezeigt werden (vgl. Bild 3.5), dass unter Hinzunahme des Merkmals Hochschulabschluss der Zusammenhang zwischen beruflicher Stellung und Bildungsbeteiligung verblasst.

Auch für die sozialgruppenspezifischen Studienanfängerquoten gilt, dass die Beteiligungsquote der Kinder von Beamten ohne Hochschulabschluss nicht höher ist als die der Kinder von Selbständigen/Freiberuflern, die ebenfalls nicht studiert haben (43 % vs. 47 %, Bild 3.14).

Darüber hinaus weisen die Kinder dieser beiden Gruppen für den Fall, dass der Vater einen Hochschulabschluss erworben hat, recht ähnliche Studienanfängerquoten auf (84 % vs. 87 %).

Der Abstand der Studienanfängerquoten der Kinder von Beamten zu der von Angestelltenkindern beträgt insgesamt 30 Prozentpunkte. Er verringert sich auf 20 Prozentpunkte, wenn von beiden Gruppen jeweils nur diejenigen vergli-

chen werden, deren Väter das gleiche Bildungsmerkmal aufweisen, das heißt (k)einen Hochschulabschluss haben.

Wie stark die Unterschiede bei der Bildungsbeteiligung nach beruflicher Stellung der Familienbezugsperson von deren Bildungsstand getragen werden, lässt sich anhand der Anteile an Akademikern innerhalb der Angestellten, Selbständigen und Beamten veranschaulichen.

In der altersspezifischen Bevölkerung hat von den Vätern, die als Angestellte oder Selbständige (inklusive Freiberufler) tätig sind (waren), etwa jeder dritte einen Hochschulabschluss⁶ (siehe Bild 3.14, unterer Diagrammteil: berufliche Stellung aller Väter), von den verbeamteten Vätern sogar mehr als die Hälfte.⁷

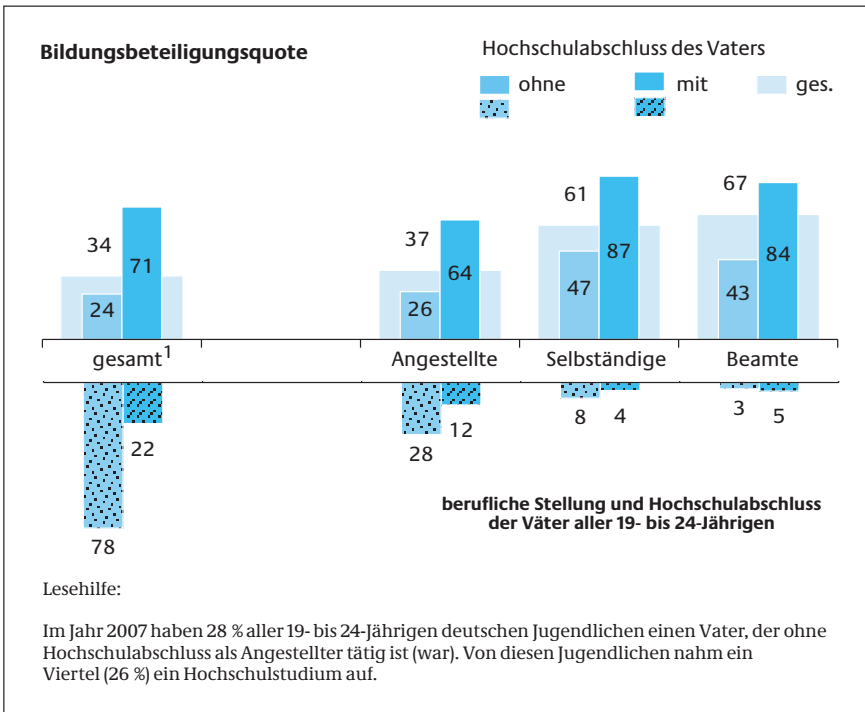
Ob ein Kind ins Studium gelangt oder nicht, ist – wie in Bild 3.14 veranschaulicht – vorrangig eine Frage des Bildungsniveaus im Elternhaus – und hier vor allem eine des akademischen Hintergrunds. Die Studierchancen stehen erst in zweiter Linie mit der beruflichen Stellung in Zusammenhang, an die zweifellos weitere Disparitäten (Einkommen, Status, Prestige) geknüpft sind, die als unterschiedliche Ressourcen den Bildungsweg der Kinder mitbestimmen.

⁶ 40 % Angestellte insgesamt, darunter 12 % mit Hochschulabschluss bzw. 12 % Selbständige, darunter 4 % mit Hochschulabschluss

⁷ 8 % Beamte insgesamt, darunter 5 % mit Hochschulabschluss

Bild 3.14 Schwelle 4: Beteiligung der 19- bis 24-Jährigen an Hochschulen nach beruflicher Stellung des Vaters 2007 – Vergleich von Vätern mit und ohne Hochschulabschluss (Studienanfängerquoten)

in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Die Quoten für die Bildungsbeitragsquote „gesamt“ schließen die berufliche Stellung „Arbeiter“ mit ein. Aufgrund der geringen Anzahl an Arbeitern mit Hochschulabschluss können keine entsprechend differenzierten Quoten ausgewiesen werden.

Quellen: StBA, Sonderauswertung Mikrozensus 2002; eigene Berechnungen

3.6 Bildungsbeteiligung und soziale Zusammensetzung

Die soziale Zusammensetzung aller Studienanfänger/innen ist im Wesentlichen das Ergebnis sowohl der sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligung als auch der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung.

Wie groß die Anzahl der Kinder aus einer bestimmten Sozialgruppe ist, die ein Studium aufnehmen, hängt nicht nur von ihrer Bildungsbeteiligungsquote ab, sondern auch vom Umfang der jeweiligen sozialen Gruppe.

Im Jahr 2007 gab es 337.000 Arbeiterkinder im Alter zwischen 19- und unter 25 Jahren – also aus den Jahrgängen, aus denen sich Studienanfänger/innen hauptsächlich rekrutieren. Von diesen Arbeiterkindern nahmen 17 % ein Hochschulstudium auf. Dies ergibt 58.000 Studienanfänger/innen, deren Vater Arbeiter ist (Bild 3.15).

Die etwas größere Gruppe der Angestelltenkinder (343.000) im entsprechenden Alter stellt aufgrund ihrer mehr als doppelt so hohen Bildungsbeteiligungsquote (37 %) mit einer Zahl von 127.000 mehr als doppelt so viele Studienanfänger/innen.

Die relativ kleinen Gruppen der Beamten- und Selbständigenkinder weisen deutlich höhere Bildungsbeteiligungsquoten (67 % bzw. 61 %) auf und stellen da-

her jeweils in etwa so viele Studierende (46.000 bzw. 67.000) wie die um ein Mehrfaches größere Gruppe der Arbeiterkinder.

Im Ergebnis heißt das, dass von den 297.000 deutschen Studienanfänger/innen des Studienjahres 2007/2008 15 % Kinder von Beamten sind, 22 % aus einem Selbständigenhaushalt kommen, 43 % einen Angestellten zum Vater haben und 20 % das Kind eines Arbeiters sind.

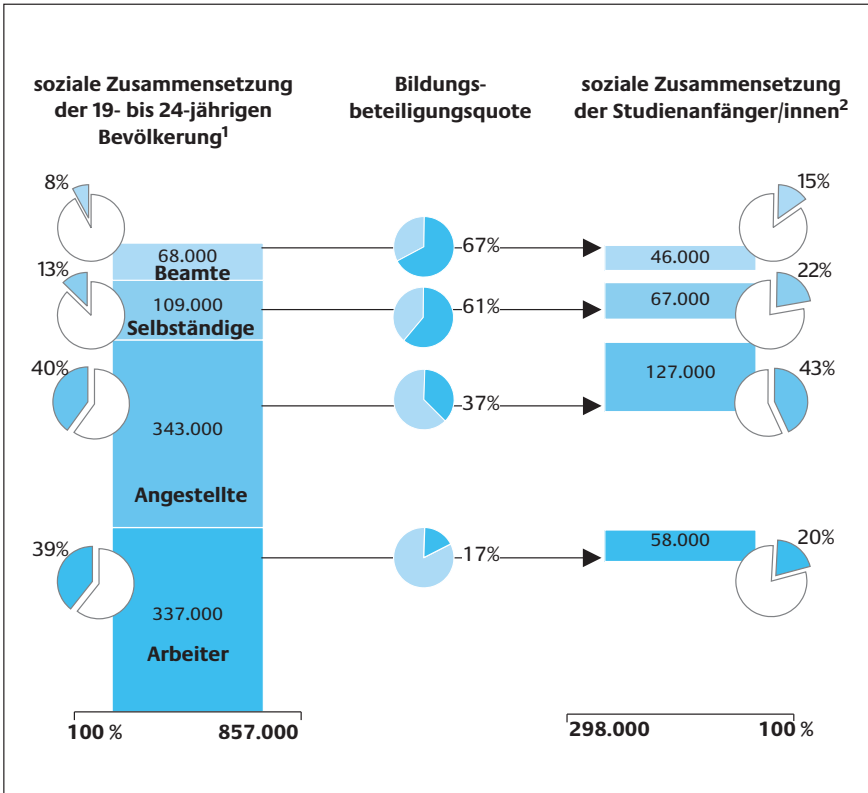
Gemessen an ihrem Anteil in der altersspezifischen Bevölkerung sind Beamtenkinder mit einem Faktor von 1,9 an den Hochschulen überrepräsentiert (8 % in der Bevölkerung vs. 15 % unter den Studienanfänger/innen).

Die Kinder von Selbständigen erzielen mit 22 % einen Anteil unter den Erstsemestern, der 1,7 mal so groß ist wie ihr Anteil in ihrer Alterskohorte (13 %). Angestelltenkinder sind mit einem Faktor von 1,1 nahezu adäquat zu ihrem Anteil in der altersgleichen Bevölkerung an den Hochschulen präsent (43 % zu 40 %).

Der Anteil der Arbeiterkinder ist dagegen nur etwa halb so groß wie in der Bevölkerung gleichen Alters (20 % vs. 39 %).

Die soziale Zusammensetzung der Studienanfänger/innen sagt insofern wenig über die tatsächlichen Bildungschancen – hier bezogen auf den Hochschulzugang – aus. So ist die Beteiligungsquote von Beamtenkindern fast viermal so hoch

Bild 3.15 Bildungsbeteiligung und soziale Zusammensetzung 2007
 nur Deutsche, absolut und in % (gerundet)



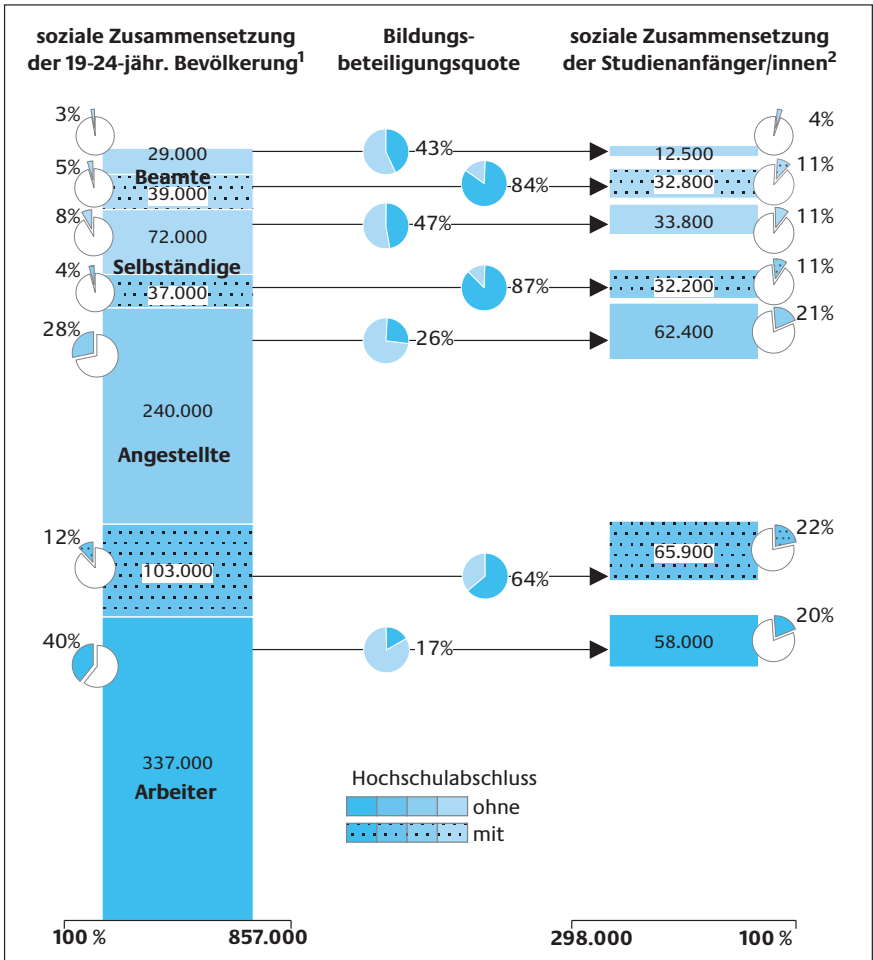
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Synthetischer Bezugsjahrgang (durchschnittliche Jahrgangsstärke der 19- bis 24-jährigen deutschen Bevölkerung in Deutschland), (Werte gerundet)

² Deutsche Studienanfänger/innen im Studienjahr 2007/08 an Universitäten, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen (Werte gerundet)

Quellen: StBA: Bevölkerungszahlen; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertung des Mikrozensus 2002; HIS: Studienanfängerbefragung WS 2007/08

Bild 3.16 Bildungsbeteiligung und soziale Zusammensetzung 2007 nach akademischem Abschluss des Vaters
 nur Deutsche, absolut und in % (gerundet)



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

^{1,2} s. Fußnoten zu Bild 3.15 (Abweichungen von Werten im Vergleich zu Bild 3.15 sind rundungsbedingt)

wie die der Arbeiterkinder (67 % vs. 17 %, Bild 3.15). Die höchste Bildungsbeteiligung haben die Kinder von akademisch gebildeten Selbständigen/Freiberuflern und Beamten (87 % bzw. 84 %, Bild 3.16). Ihre Bildungsbeteiligung beträgt etwa das Fünffache im Vergleich zur Bildungsbeteiligung von Arbeiterkindern.

3.7 Bildungstrichter

Die Folgen der sozialen Selektion im Verlauf des Bildungsweges bis zum Studieneintritt können anhand einer schematischen Darstellung in Form des so genannten Bildungstrichters veranschaulicht werden.

Im Bildungstrichter werden die Schüler/innen bzw. Studienanfänger/innen danach unterschieden, ob ihr Vater einen Hochschulabschluss erworben hat oder nicht. Wie oben gezeigt, üben mehrere Faktoren Einfluss auf die Bildungsbeteiligung aus. Anhand eines Extremgruppenvergleichs zwischen jeweils 100 Kindern von Akademikern auf der einen und 100 Kindern von Vätern ohne Hochschulabschluss auf der anderen Seite kann gezeigt werden, dass die Bildungschancen bereits beim Besuch einer weiterführenden Schule für Kinder aus hochschulfernen Schichten deutlich reduziert sind und sich im Verlaufe des darauf folgenden Bildungsweges weiter verengen.

Im Jahr 2007 hatten Kinder von Akademikern im Vergleich zu Kindern, deren

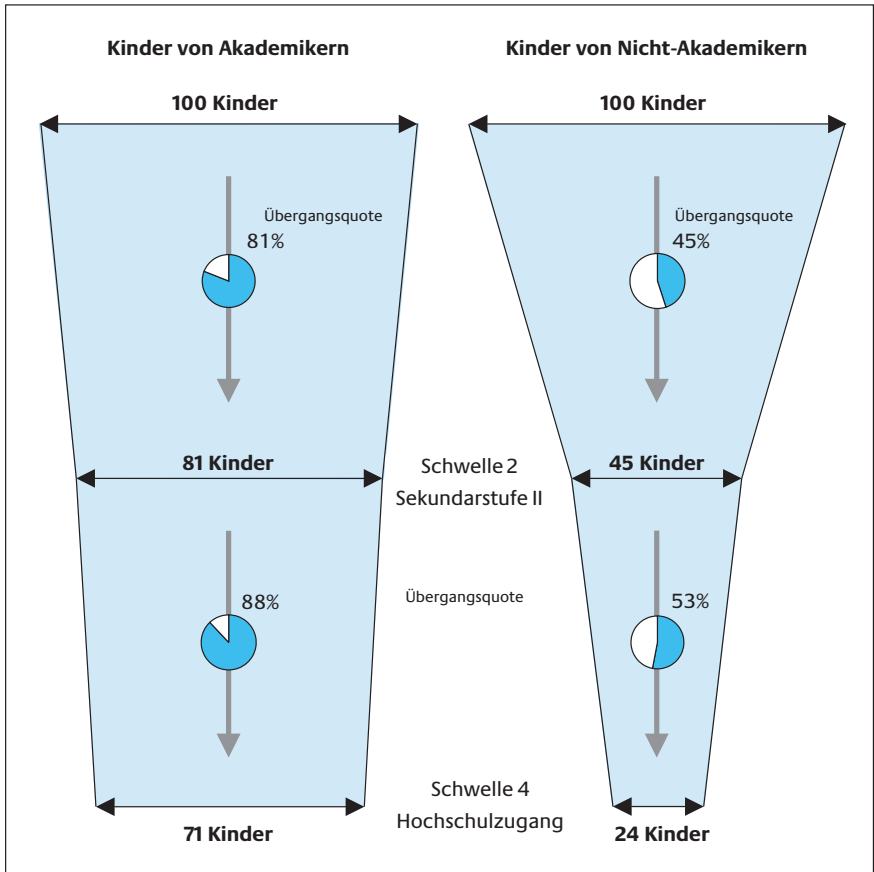
Vater nicht studiert hat, eine 1,8 mal so große Chance, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen (81 % vs. 45 %, Bild 3.17).

Die Klassenstufen 11- 13 erreicht zu haben, ist dann für die überwiegende Mehrheit dieser Kinder gleichbedeutend mit der Studienaufnahme. 88 % der Akademikerkinder aus der gymnasialen Oberstufe gehen weiter in die Hochschulen. Ihre Studienanfängerquote beträgt 71 % und ist damit fast drei mal so hoch wie die der Kinder von Nicht-Akademikern (24 %).

Von den Nicht-Akademiker-Kindern waren 45 % in den Sekundarbereich II gelangt. Danach verengen sich ihre Bildungschancen weiter und es geht nur etwas mehr als jede/r Zweite von der gymnasialen Oberstufe weiter in eine Hochschule (Übergangsquote: 53 %).

In der retrospektiven Betrachtung veranschaulichen die Bildungstrichter für die Vorjahre (Bild 3.18 und Bild 3.19), dass 2007 im Vergleich zu 2005 die Bildungsbeteiligung von Akademiker-Kindern bereits auf der Sekundarstufe rückläufig war (81 % 2007 vs. 88 % 2005) und – auch als Folge davon – die Studienanfängerquote der Kinder aus einer Akademiker-Familie deutlich geringer ist (71 % 2007 vs. 83 % 2005). Für Kinder, deren Eltern nicht studiert haben, war schon für 2005 eine im Vergleich zu 2003 erhöhte Beteiligung an der Sekundarstufe II festgestellt worden (46 % 2005 vs. 39 % 2003), die danach weiter anhielt. Auch ihre Be-

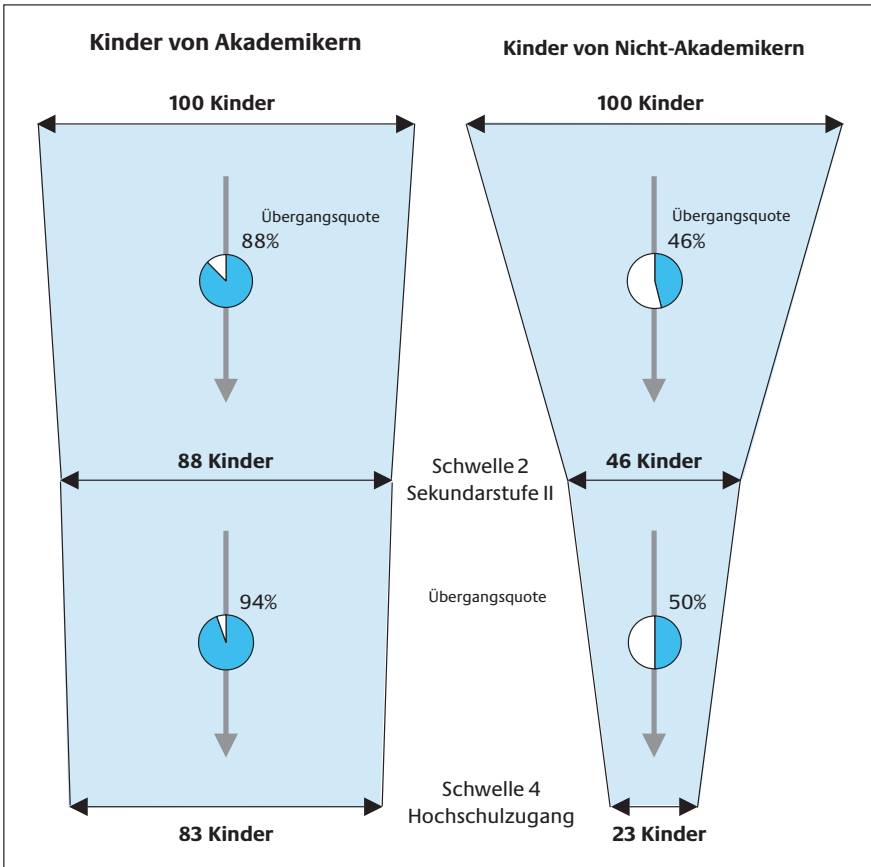
Bild 3.17 Bildungstrichter 2007: Schematische Darstellung sozialer Selektion – Bildungsbeteiligung von Kindern nach Hochschulabschluss des Vaters in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Quellen: StBA, Sonderauswertungen Mikrozensus 2003 und 2007; HIS-Studienanfängerbefragung 2007/2008, eigene Berechnungen

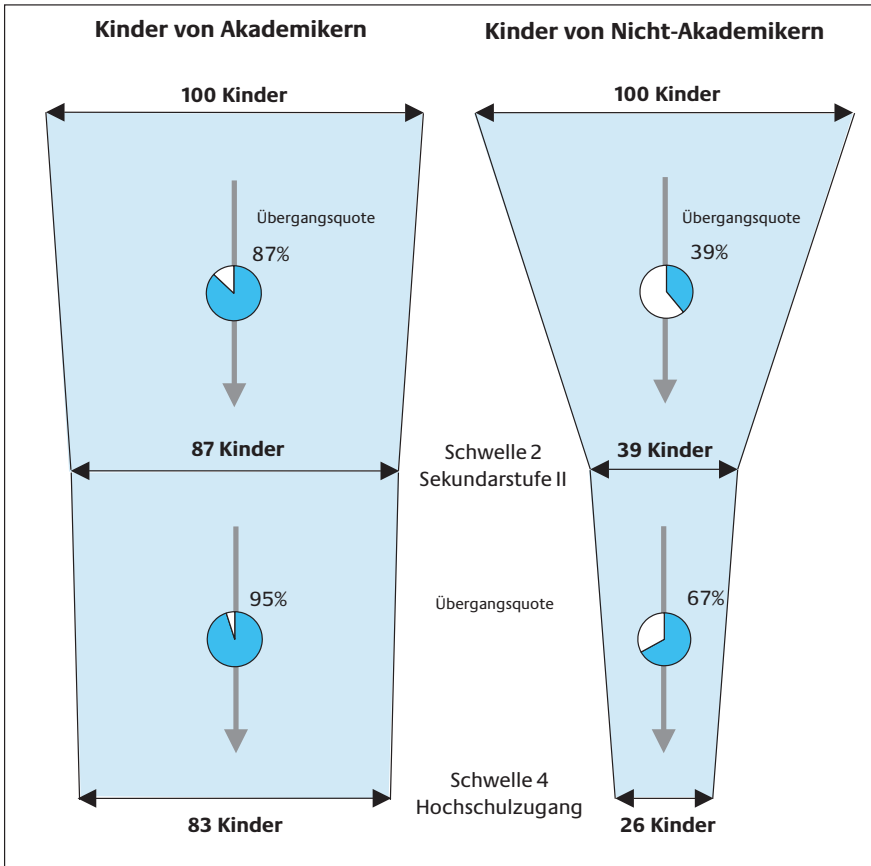
Bild 3.18 Bildungstrichter 2005: Schematische Darstellung sozialer Selektion – Bildungsbeteiligung von Kindern nach Hochschulabschluss des Vaters in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Quellen: StBA, Sonderauswertungen Mikrozensus 2001 und 2005; HIS-Studienanfängerbefragung 2005, eigene Berechnungen

Bild 3.19 Bildungstrichter 2003: Schematische Darstellung sozialer Selektion – Bildungsbeteiligung von Kindern nach Hochschulabschluss des Vaters in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Quellen: StBA, Sonderauswertungen Mikrozensus 1998 und 2003; HIS-Studienanfängerbefragung 2003, eigene Berechnungen

teiligung auf der Hochschulstufe ist seit 2003 weitgehend stabil.

Im Rahmen der Berichterstattung zur 18. Sozialerhebung wurde gezeigt, dass die Bildungsbeteiligungsquoten im Vergleich mehrere Jahre zum Teil erheblich nach oben und unten schwanken (18. Sozialerhebung, Bild 3.26, S. 104). Sie sollten nicht überinterpretiert, denn aufgrund des Schätzcharakters des Ermittlungsverfahrens der Bildungsbeteiligungsquoten (vgl. Anhang B) sind methodische Artefakte keineswegs auszuschließen.

Der langfristige Trend belegt jedoch eindeutig, dass die Bildungsbiographie aus einer Mehrfachselektion besteht, in deren Ergebnis die Chancen zum Beispiel der Kinder von Akademikern und der von Nicht-Akademikern zunehmend auseinander driften. Die langfristige Betrachtung zeigt jedoch auch, dass sich die Bildungschancen der Kinder aus verschiedenen sozialen Schichten tendenziell annähern – wenngleich nach wie vor sehr starke Unterschiede bestehen.

4. Sozio-demographische Merkmale der Studierenden

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick				
Alter der Studierenden 2009 (Mittelwert in Jahren)	insges.	Männer	Frauen	
Studierende insgesamt	24,5	24,9	24,2	
Erststudium	24,1	24,5	23,8	
postgraduales Studium	29,5	30,1	28,9	
Familienstand und Elternschaft 2009 (Studierende in %)	insges.	Männer	Frauen	
nicht verheiratet, in fester Partnerschaft	52	48	57	
nicht verheiratet, ohne feste Partnerschaft	43	48	37	
verheiratet	5	4	6	
Studierende mit Kind	5	4	6	
Soziale Zusammensetzung der Studierenden (in %)¹	2003	2006²	2009	
höchster schulischer Abschluss der Eltern				
Hochschulreife	55	58	59	
Realschule	28	28	29	
Hauptschule	16	14	11	
höchster beruflicher Abschluss der Eltern				
Hochschulabschluss	46	52 ³	51	
Meister, Fachschul-, Technikerabschluss	26	20	19	
Lehre, Facharbeiter	28	27	28	
soziale Herkunftsgruppe				
niedrig	12	13	15	
mittel	27	25	26	
gehoben	25	24	23	
hoch	37	38	36	

¹ Rundungsdifferenzen möglich
² ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen
³ ab 2006 einschließlich Ingenieurschulabschluss

Technische Hinweise

Definitionen

Familienstand

Die Sozialerhebung erhebt Informationen zum „Partnerschaftsstatus“. Mit ihnen kann der Familienstand entsprechend der amtlichen Definition nicht vollständig abgebildet werden. Dennoch wird der Begriff „Familienstand“ der besseren Lesbarkeit halber verwendet.

Soziale Zusammensetzung

Die soziale Zusammensetzung beschreibt, welche sozialen Gruppen zu welchen Anteilen unter den Studierenden vertreten sind. Grundlage hierfür sind bildungs- und berufsbezogene Merkmale der Eltern.

Höchster schulischer/ höchster beruflicher Abschluss

Im Ergebnis des Vergleichs der (höchsten) schulischen bzw. beruflichen Abschlüsse der Eltern wird der jeweils höhere Abschluss zur Bestimmung des Herkunftsmerkmals verwendet. Liegen keine Angaben zu einem Elternteil vor, basiert die Zuordnung auf den vorhandenen Informationen zum anderen Elternteil. Die Bildungsherkunft der Studierenden wird als „hochschulnah“ bezeichnet, wenn die Eltern über eine Hochschulreife bzw. einen akademischen Abschluss verfügen.

Berufliche Stellung

Die berufliche Stellung des Vaters bzw. der Mutter wird nach den vier sozialversicherungsrechtlichen Kategorien Arbeiter, Beamte, Angestellte und Selbständige differenziert.

Soziale Herkunft

Unter Verwendung von Informationen zur beruflichen Stellung der Eltern und zu ihrem Bildungsniveau werden vier soziale Herkunftsgruppen unterschieden, die mit „hoch“, „gehoben“, „mittel“ und „niedrig“ bezeichnet werden. Im Anhang findet sich eine ausführliche Beschreibung, wie die sozialen Herkunftsgruppen gebildet werden.

Bezugsgruppe

Deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen

Datenquellen

Daten der Sozialerhebung
(Fragen 27 bis 30, Fragen 34 bis 36
und Frage 39)

Vorbemerkung

Daten zum Sozialprofil sind wichtige Hintergrundinformationen zur besseren Einordnung und Interpretation der übrigen Befunde zur sozialen und finanziellen Lage, sowie zur Studiensituation der jeweiligen Generation Studierender. Das nachfolgende Kapitel stellt deshalb Ergebnisse der 19. Sozialerhebung zum Alter und Familienstand der Studierenden ebenso dar wie Merkmale ihrer sozialstrukturellen Herkunft.

Die soziale und demographische Zusammensetzung der Studierenden ist das Ergebnis verschiedener Prozesse. Dazu gehören sowohl solche, die der Hochschule zeitlich vorgelagert sind, als auch solche, die während des Studiums stattfinden. Zu den zeitlich vor dem Studium anzusiedelnden Prozesse gehören die Wahl des Bildungsweges, die in Kapitel 3 beschriebene sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligung, Unterschiede im Bildungserfolg im Sekundarbereich und im Übergangsverhalten zum Studium seitens der Kinder verschiedener sozialer Gruppen.

An der Hochschule selbst wird das Sozialprofil aller Studierenden beispielsweise beeinflusst von der Verweildauer an der Hochschule bis zum erfolgreichen Studienabschluss bzw. dem vorzeitigen Studienabbruch – beides Phänomene, die unter anderem mit der sozialen Herkunft

der Studierenden in Zusammenhang stehen. Diese Zusammenhänge bestehen keineswegs ausschließlich zu Ungunsten derer, die aus einem hochschulfernen Milieu kommen.

Veränderungen in den Rahmenbedingungen des Studiums können Veränderungen im Sozialprofil der Studierenden zur Folge haben, wenn dadurch das Studium für Studieninteressierte einzelner sozialer Gruppen attraktiver geworden ist bzw. schwieriger zu bewältigen ist. Je gravierender diese Veränderungen sind, desto deutlicher wirken sie sich unter Umständen auf die soziale Zusammensetzung der Studierenden aus.

Die Einführung allgemeiner Studiengebühren wie auch die mittlerweile umfassende Umsetzung der Studienstrukturreform sind als gravierende Veränderungen der organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen des Studiums einzustufen.

Mit der 19. Sozialerhebung kann erstmals geprüft werden, ob sich diese Reformen auf das soziale Profil der Studierenden ausgewirkt haben und wenn ja, worin eventuelle Auswirkungen – im Vergleich zu vorherigen Befragungszeitpunkten – bestehen. Beispielsweise kann zum ersten Mal die Sozialstruktur der Studierenden in den neuen Studiengängen mit der sozialen Zusammensetzung derer verglichen werden, die einen traditionellen Studienabschluss anstreben.

Obwohl selbstverständlich das Geschlecht zu den demographischen Merkmalen gehört, werden Fragen der Bildungsbeteiligung von Männern und Frauen sowie die Veränderung der Zusammensetzung der Studierenden nach Geschlecht im Zeitverlauf bzw. unter dem Einfluss von allgemeinen Studiengebühren und der Studienstrukturreform in Kapitel 2 „Hochschulzugang“ behandelt.

4.1 Demographische Merkmale

Neben dem Geschlecht (vgl. Kapitel 2) kommt dem Alter der Studierenden die größte Bedeutung für ihre Studien- und Lebensbedingungen zu. Auch bei Studierenden stehen weitere demographische Merkmale wie Familienstand und Elternschaft (vgl. Kapitel 14) in engem Zusammenhang mit ihrem Alter. Darüber hinaus korrelieren beispielsweise die Höhe und die Zusammensetzung der finanziellen Ausstattung Studierender, die Zuwendungen, die sie von den Eltern bzw. dem Staat erhalten, ihre Wohnsituation oder ihre Studienphase ebenfalls sehr hoch mit ihrem Alter.

Im Folgenden wird dargestellt, wie das demographische Profil der Studierenden im Sommersemester 2009 aussieht und ob sich – im Vergleich zu vorherigen Erhebungszeitpunkten – unter dem Einfluss der Studienstrukturreform die Zu-

sammensetzung der Studierenden nach demographischen Merkmalen verändert hat.

4.1.1 Alter der Studierenden

Im Sommersemester 2009 beträgt das durchschnittliche Alter der deutschen Studierenden und studierenden Bildungsinländer/innen 24,5 Jahre (Bild 4.1). Nach wie vor sind Frauen mit 24,2 Jahren etwas jünger als Männer, die im Mittel 24,9 Jahre alt sind.

Der Altersdurchschnitt der Studierenden im Erststudium liegt bei 24,1 Jahren. Damit sind sie 5,4 Jahre jünger als Studierende im postgradualen Studium, die durchschnittlich 29,5 Jahre alt sind.

Zu den jüngsten Studierenden gehören solche, die ihren ersten akademischen Abschluss in Form eines Bachelor anstreben (Bild 4.1). Ebenfalls vergleichsweise jung sind Studierende, deren Studienziel ein Staatsexamen ist. Studierende, die im Erststudium das Diplom einer Fachhochschule oder einen Magister erwerben wollen, gehören durchschnittlich zu den Älteren.

Im Vergleich zum Sommersemester 2006 (18. Sozialerhebung) ist das Durchschnittsalter der Studierenden um 0,4 Jahre gesunken – in postgradualen Studiengängen stärker als im Erststudium (-0,7 vs. -0,2 Jahre). Innerhalb des Erststudiums variiert die Entwicklung des Altersdurch-

Bild 4.1 Alter der Studierenden
arithm. Mittelwert in Jahren

Bezugsgruppe	Alter
Studierende gesamt	24,5
männlich	24,9
weiblich	24,2
Erststudium gesamt	24,1
Bachelor (Lehramt)	22,9
Bachelor (o. Lehramt)	23,1
kirchliche Prüfung	23,8
Staatsexamen (o. Lehramt)	23,8
Staatsexamen (Lehramt)	24,0
Master (Lehramt)	25,0
Diplom (U)	25,2
Master (ohne Lehramt)	25,4
Fachhochschuldiplom	26,1
Magister	26,3
postgraduales Studium ges.	29,5

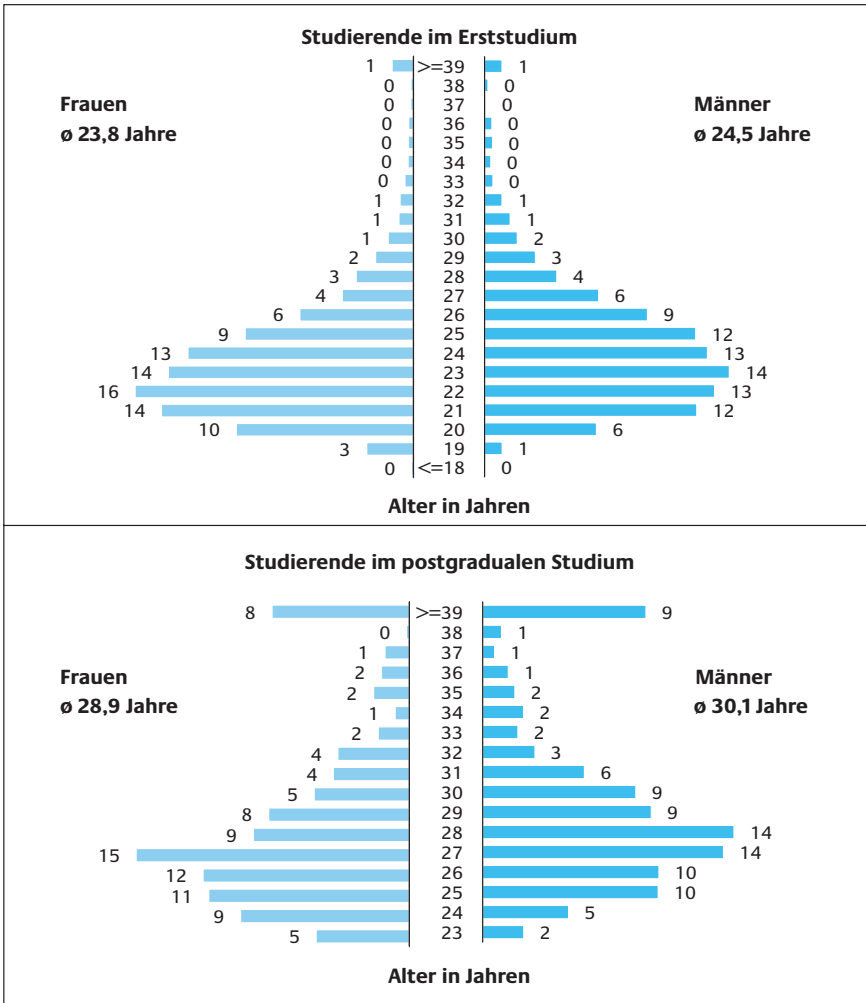
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

schnitts bei den traditionellen Abschlüssen zwischen einem Anstieg bei den Diplomstudiengängen (Fachhochschuldiplom: +0,8 Jahre, Universitätsdiplom: +1,1 Jahre, Magister: +1,3 Jahre) und der Stabilität des Durchschnittsalters für Studierende, die ein Staatsexamen ablegen wollen.

Studiengänge, die mit einer Diplom- oder Magisterprüfung abschließen, sind in der Regel „Auslaufmodelle“, in den keine Neuimmatrikulationen mehr stattfinden. Deshalb befinden sich Studierende dieser Studiengänge bereits in höheren Semestern und sind entsprechend älter als ihre derzeitigen Kommiliton/innen anderer Studiengänge bzw. sie sind durchschnittlich älter als Studierende der gleichen Studiengänge in den Jahren zuvor. Aufgrund der geringen Anzahl an Studierenden in gestuften Studiengängen in der Stichprobe der 18. Sozialerhebung ist ein altersbezogener Vergleich für Immatrikulierte in Bachelor- und konsekutiven Masterstudiengängen nicht möglich.

Im Vergleich zu 2006 ist das Durchschnittsalter der Männer stärker gesunken als das der Frauen (-0,7 Jahre vs. -0,3 Jahre). Möglicherweise wirkt sich hieraus, dass ein zunehmend geringerer Anteil junger Männer zum Wehr(ersatz)-dienst einberufen wird. Das Durchschnittsalter wird darüber hinaus davon beeinflusst, dass anteilig weniger Studienberechtigte zeitlich verzögert ein Studium aufnehmen und die Übergangszeiten zwischen Erwerb der Hochschulreife und Studium insgesamt kürzer geworden sind.

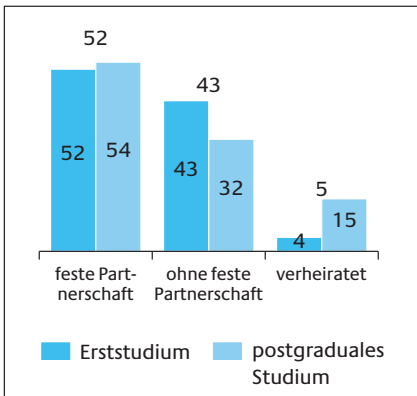
Bild 4.2 Altersstruktur der Studierenden
 in % je Geschlecht, arithm. Mittelwert in Jahren



4.1.2 Familienstand der Studierenden

Die Studierenden sind in der Mehrzahl unverheiratet, gleichwohl aber in einer festen Partnerschaft (52 %, Bild 4.3). Mehr als zwei Fünftel (43 %) hatten zum Befragungszeitpunkt keine feste Partnerin bzw. keinen festen Partner. Angesichts ihres Alters verwundert es nicht, dass lediglich 5 % aller Studierenden verheiratet sind. Der Zusammenhang insbesondere des Ehestandes mit dem Alter zeigt sich mit Blick auf die Studierenden im postgradualen Studiengang: Von ihnen ist ein Sechstel bereits verheiratet, das heißt dreimal so viel wie im Durchschnitt.

Bild 4.3 Familienstand – Vergleich Erst- und postgraduales Studium
Studierende in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

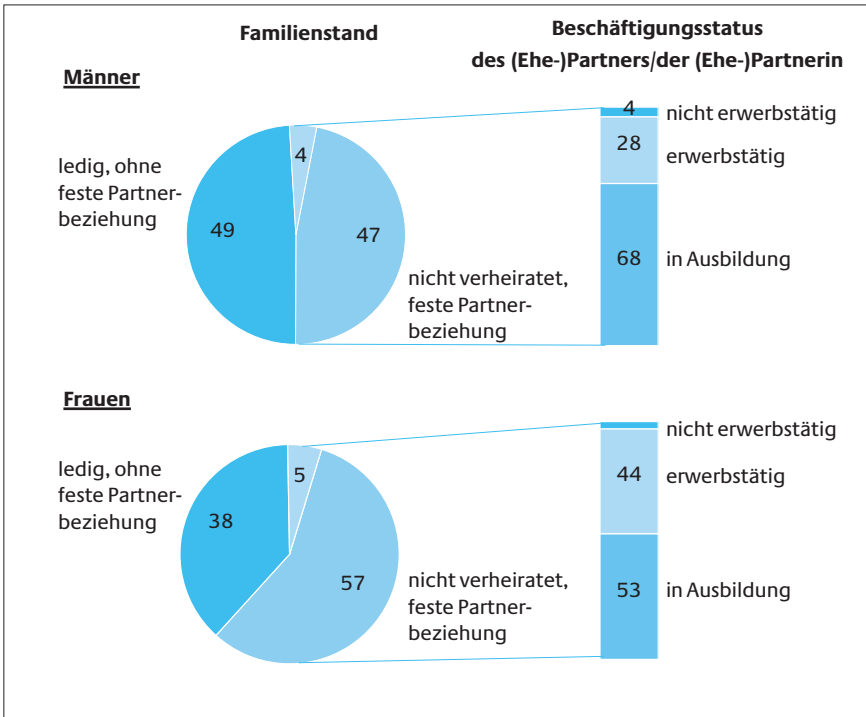
Trotz des etwas geringeren Altersdurchschnitts der Studierenden im Vergleich zu den Vorjahren hat sich an der Zusammensetzung nach Partnerschaftsstatus nichts geändert – was angesichts eines durchschnittlichen Erstheiratsalters in der Gesamtbevölkerung von älter als 30 Jahren auch nicht zu erwarten gewesen war.

Differenziert nach Geschlecht ist der Familienstand 2009 im Vergleich zu den Vorjahren ebenfalls weitgehend unverändert: Von den Frauen im Erststudium sind weit mehr als die Hälfte in einer festen Partnerschaft (57 %, Bild 4.4). Gleiches trifft auf Männer anteilig seltener zu (47 %).

Von den partnerschaftlich gebundenen Männern haben mehr als zwei Drittel der eine Partnerin, die noch in einer Ausbildung ist (68 %) und 28 % haben eine Partnerin, die erwerbstätig ist. Frauen hingegen haben seltener einen Partner in Ausbildung (53 %), dafür um so häufiger einen Partner, der berufstätig ist (44 %).

Die Unterschiede im Partnerschaftsstatus zwischen Studentinnen und Studenten bestehen tendenziell unabhängig von ihrem Alter. Der Anteil an Studierenden in fester Partnerschaft ist – mit Ausnahme der ab 30-jährigen – bei den Frauen aller Altersgruppen durchgängig höher als bei den Männern (Bild 4.5). Auch unter Studierenden heiraten Frauen im Durchschnitt in einem jüngeren Alter als Männer.

Bild 4.4 Studentinnen und Studenten nach Familienstand sowie Beschäftigungsstatus des (Ehe-)Partners bzw. der (Ehe-)Partnerin
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

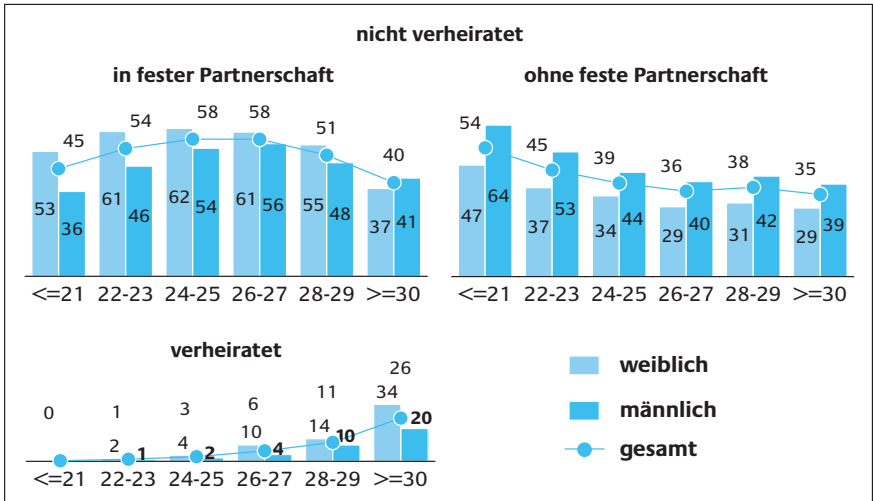
Im Sommersemester 2009 hatten 5 % der Studierenden mindestens ein Kind, Frauen mit 6 % anteilig etwas häufiger als Männer (4 %, Bild 4.6). In postgradualen Studiengängen ist der Anteil an Studierenden mit Kind erwartungsgemäß höher als im Erststudium (13 % vs. 5 %) und

wiederum haben anteilig mehr Studentinnen ein Kind als Studenten (15 % vs. 12 %).

Im Vergleich zum Sommersemester 2006 ist der Anteil an Studierenden mit Kind um zwei Prozentpunkte gesunken (2006: 7 %). Dieser Rückgang ist vor allem

Bild 4.5 Familienstand nach Altersgruppen und Geschlecht

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Bild 4.6 Studierende mit Kind

in %

Merkmale	ges.	männl.	weibl.
Insgesamt	5	4	6
Erststudium	5	4	5
postgraduales Studium	13	12	15

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

darauf zurückzuführen, dass der Anteil an Studierenden mit Kind im postgraduales Studium um sieben Prozentpunkte gesunken ist (2006: 20 % Studierende mit Kind). Hier wirkt sich in erster Linie das im

Vergleich zu 2006 geringere Durchschnittsalter der Studierenden in diesen Studiengängen aus. Der Zusammenhang zwischen Alter und Elternstatus wird in Kapitel 14 dargestellt, das sich ausführlich mit den Befunden zum Studium mit Kind beschäftigt.

4.2 Soziale Herkunft

Mit der sozialen Herkunft in Zusammenhang stehen nicht nur – wie zuvor in Kapitel 3 gezeigt – Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg junger Menschen, sondern ebenso zahlreiche Rahmenbedingungen des Studiums (z. B. Unterstützungspotential des Elternhauses, An-

spruch auf staatliche Förderung, Notwendigkeit zur Selbstfinanzierung). Die Sozialerhebung erfasst die soziale Herkunft der Studierenden anhand von bildungsbezogenen und beruflichen Merkmalen ihrer Eltern.

Mit der Einführung gestufter Studiengänge war die Erwartung verbunden, dass es – z. B. aufgrund kürzerer Studienzeiten und einer größeren Transparenz der Studienorganisation durch Modularisierung und studienbegleitende Prüfungen – zunehmend besser gelingt, Studieninteressierte aus hochschulfernen Schichten für ein Studium zu gewinnen. Mit der vorliegenden Sozialerhebung kann erstmals geprüft werden, inwiefern sich diese Erwartung bisher erfüllt hat.

Ein fester Bestandteil der Argumentation gegen die Erhebung allgemeiner Studiengebühren ist die Befürchtung, dass die zusätzliche finanzielle Belastung abschreckend wirken könnte. Vor allem Studienberechtigte aus hochschulfernen, einkommensschwächeren Schichten wären nicht in der Lage, diese Last zu tragen und ließen sich dadurch in erhöhtem Maße von einer Studienaufnahme abschrecken.

Eine Befragung unter Studienberechtigten ergab, dass der Anteil derer, die sich durch die Einführung allgemeiner Studiengebühren von der Aufnahme eines Studiums abschrecken lassen, zwischen mindestens 1,4 % und maximal

4,4 % beträgt (vgl. Heine et al. 2008, S. 15 ff.). Die Abschreckungswirkung korreliert mit der sozialen Herkunft der Studienberechtigten: Je hochschulferner die Bildung der Eltern ist, desto mehr lassen sich in ihrem Vorhaben verunsichern, ein Studium aufzunehmen. Von den Studienberechtigten, deren Eltern ein Universitätsstudium abgeschlossen haben, verzichten aufgrund von Studiengebühren maximal 3 % auf ein Studium. Im Vergleich dazu entscheiden sich maximal 6 % der Studienberechtigten, deren Eltern als höchsten Abschluss eine Lehre absolviert haben, aus gleichem Grund gegen ein Studium.

Mit den Befunden der Sozialerhebung kann die These von der abschreckenden Wirkung von Studiengebühren nicht direkt geprüft werden, weil in die Befragung nur diejenigen einbezogen sind, die tatsächlich ein Studium aufgenommen haben. Eine indirekte Überprüfung ist jedoch möglich zum einen anhand eines Vergleichs des Sozialprofils der Studierenden in den neuen Studiengängen mit denen in traditionellen Studiengängen ein und desselben Befragungszeitraums, und zum anderen anhand möglicher Veränderung der sozialen Zusammensetzung im Zeitverlauf. Weiter hinten wird die soziale Zusammensetzung der Studierenden im Vergleich nach Region bzw. (Gebühren)Land dargestellt (Bild 4.21 und Bild 4.22).

Die Bildungsherkunft der Studierenden lässt sich bestimmen auf der Grundlage von Informationen zu den höchsten schulischen und beruflichen Abschlüssen ihrer Eltern. Der überwiegende Teil der Befragten hat dazu Angaben gemacht. Darüber hinaus liegen von etwa 95 % der Studierenden Informationen zur beruflichen Stellung ihrer Eltern vor. Durch die Kombination von Merkmalen zu den Bildungsabschlüssen und zur beruflichen Stellung beider Elternteile für die Bildung des statistischen Konstrukts „soziale Herkunftsgruppen“ (vgl. Methodische Anmerkungen im Anhang) werden unvollständige Angaben ausgeglichen, so

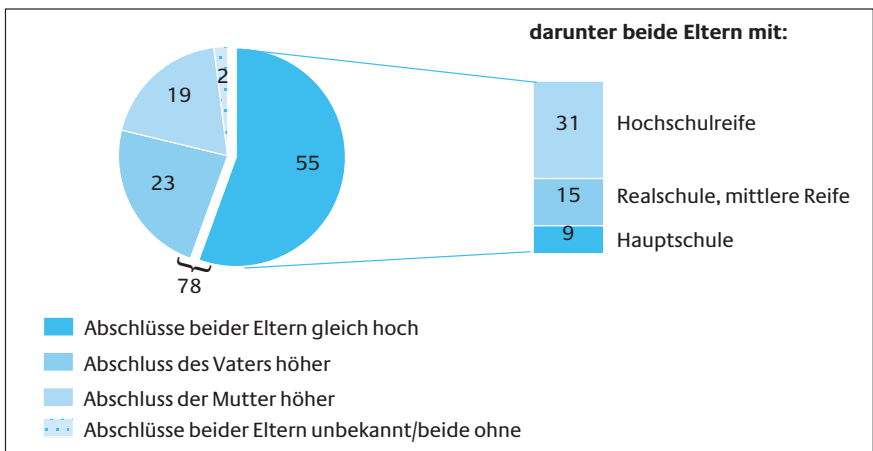
dass für mehr als 99 % der befragten Studierenden Informationen zur sozialen Herkunft vorliegen.

4.2.1 Schulabschluss der Eltern

Gemessen am höchsten allgemein bildenden Schulabschluss kommt mehr als jeder zweite Studierende aus einem Elternhaus, in dem Vater und Mutter das gleiche Bildungsniveau haben (55 %, Bild 4.7). In nahezu einem Drittel der Herkunftsfamilien verfügen beide Eltern über eine Hochschulreife (31 %). Im Vergleich der schulischen Abschlüsse von Vater und Mutter zeigt sich, dass 23 % der Väter einen höheren Schulabschluss haben als

Bild 4.7 Vergleich des Niveaus der schulischen Abschlüsse der Eltern von Studierenden

in %

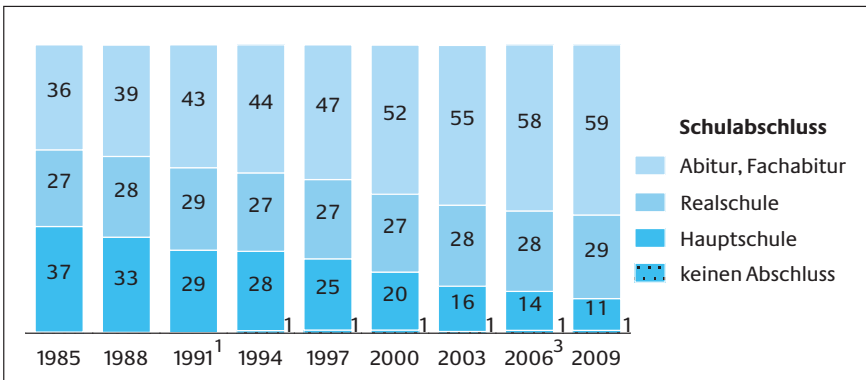


ihre Partnerin. Dagegen sind 19 % der Mütter schulisch höher gebildet als ihr Partner.

Würde die schulische Bildungsherkunft ausschließlich auf der Grundlage des Abschlusses vom Vater zu bestimmen sein – wie das im Rahmen der Schätzung der sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligung aus methodischen Gründen (noch) erfolgt (vgl. Kapitel 3), dann würde die Zuordnung nach höchstem Schulabschluss der Eltern für 78 % der Studierenden richtig vorgenommen, weil der Vater über den höheren Abschluss verfügt.

Wird die schulische Bildung der Eltern zusammengefasst indem der jeweils höchste Abschluss als Zuordnungsmerkmal dient, dann zeigt sich, dass nahezu sechs von zehn Studierenden (59 %, Bild 4.8) aus einem Elternhaus stammen, in dem das Abitur der höchste allgemein bildende Schulabschluss ist. Fast drei von zehn Studierenden (29 %) haben Eltern, die einen mittleren schulischen Abschluss haben. Etwas mehr als ein Zehntel kommt aus einer Familie, in der die Eltern maximal über einen Volks- oder Hauptschulabschluss verfügen.

Bild 4.8 Höchster Schulabschluss der Eltern von Studierenden 1985-2009¹
in %²



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 1991 einschließlich neue Länder

² Rundungsdifferenzen möglich

³ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

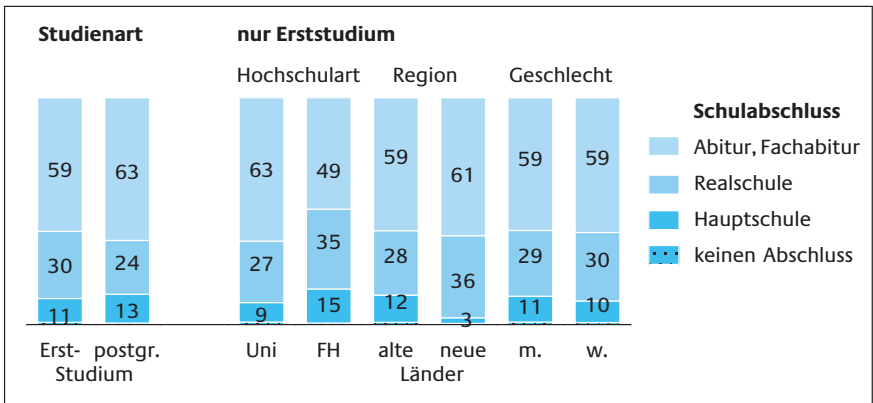
Im Vergleich zu 2006 hat sich nochmals der Anteil derer erhöht, deren Eltern eine hohe und mittlere schulische Bildung absolviert haben zu Ungunsten des Anteils an Studierenden, deren Eltern die Hauptschule besuchten.

Mindestens zwei Prozesse tragen zur Erklärung dieses Trends bei: Er ist zum einen maßgeblich das Ergebnis des seit den 1950er Jahren stetig steigenden Bildungsniveaus der Gesamtbevölkerung. Zum anderen wirken sich soziale Selektionsprozesse im Bildungsverlauf unvermindert aus (vgl. Kapitel 3) und tragen somit dazu bei, dass die Bildungschancen für Kinder aus verschiedenen sozialen Gruppen ungleich sind.

Traditionell unterschiedlich ist die soziale Zusammensetzung der Studierenden im Erststudium im Vergleich zu denjenigen in postgradualen Studiengängen (Bild 4.9): Im Vergleich zum Erststudium sind in einem Zweit-, Weiterbildungs-, Ergänzungs- oder Promotionsstudium anteilig mehr Studierende immatrikuliert, die aus einem hochschulnahen Elternhaus kommen.

Auch beschränkt auf das Erststudium zeigt sich, dass das Sozialprofil an den Universitäten deutlich stärker als an Fachhochschulen von Studierenden geprägt wird, die aus einer hoch gebildeten Herkunftsfamilie stammen. Der Befund, dass die Eltern fast jedes zweiten Studie-

Bild 4.9 Höchster Schulabschluss der Eltern von Studierenden nach Geschlecht, Nationalität, Hochschulart und Region
in %



renden an Fachhochschulen keine Hochschulreife erworben hat (Bild 4.9), bestätigt erneut ihre Rolle als Hochschule für Bildungsaufsteiger/innen.

Nach wie vor bestehen Unterschiede im Hochschulzugang zwischen den Regionen: Von den Studierenden in den neuen Ländern haben mehr als ein Drittel (36 %, Bild 4.9) Eltern, von denen mindestens einer einen mittleren Schulabschluss erworben hat. Eltern mit Hauptschulabschluss sind hier eher die Ausnahme (3 %).

In den alten Ländern hingegen haben 12 % der Eltern maximal eine Hauptschule besucht. Ein mittlerer Schulabschluss ist hier seltener als in den neuen Ländern (28 %). Diese Unterschiede hängen vor allem damit zusammen, dass in der DDR der Abschluss der zehnklassigen allgemein bildenden Polytechnischen Oberschule (POS) der Regelabschluss war und es keine Entsprechung zur Hauptschule gab. Darüber hinaus ist die Bildungsteilhabe in den neuen Ländern seit Jahren stärker sozial selektiv als in den alten Ländern (vgl. Kapitel 3).

Hinzu kommt, dass Studierende aus höheren Schichten räumlich häufiger mobil sind als solche aus einem hochschulfernen Elternhaus (vgl. Bild 4.26). Statistisch wirkt sich das bei einer West-Ost-Wanderung aufgrund der deutlich geringeren Anzahl an Studierenden in den neuen Ländern stärker aus als bei Wanderungen in die umgekehrte Richtung.

Innerhalb des Erststudium haben – wie in den Jahren zuvor – auch im Sommersemester 2009 Männer und Frauen eine übereinstimmende Bildungsherkunft (Bild 4.9).

Die Befunde zum elterlichen Schulabschluss sprechen insgesamt eher nicht dafür, dass es bislang gelungen ist, mit den neuen Studiengängen Studieninteressierten aus hochschulfernen Schichten stärker als bisher den Weg an die Hochschule zu ebnet.

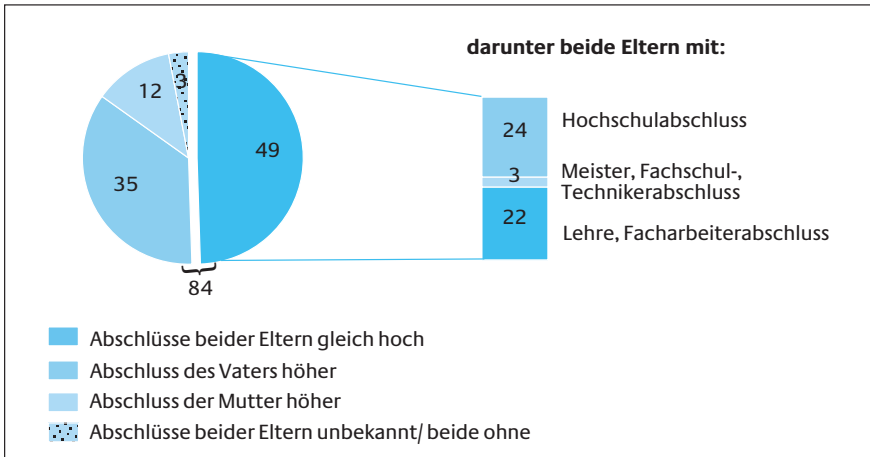
4.2.2 Berufliche Bildung der Eltern

Die Bildungshomogenität der Herkunftsfamilie Studierender ist in Bezug auf den höchsten beruflichen Abschluss etwas geringer ausgeprägt. Dennoch hat fast jeder zweite Studierende (49 %, Bild 4.10) Eltern mit gleichem beruflichen Bildungsniveau. Unter ihnen sind 24 % Herkunftsfamilien, in denen beide Eltern einen Hochschulabschluss erworben haben, 22 % können als Arbeiterfamilie charakterisiert werden.

Der Niveauvergleich der elterlichen Abschlüsse zeigt, dass in Bezug auf die berufliche Bildung der Bildungsvorsprung des Vaters gegenüber der Mutter größer ist als in Bezug auf den schulischen Abschluss: Väter verfügen häufiger über einen höheren berufsqualifizierenden Abschluss als ihre Partnerin (35 %, Bild 4.10).

Bild 4.10 Vergleich des Niveaus der beruflichen Abschlüsse der Eltern von Studierenden

in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

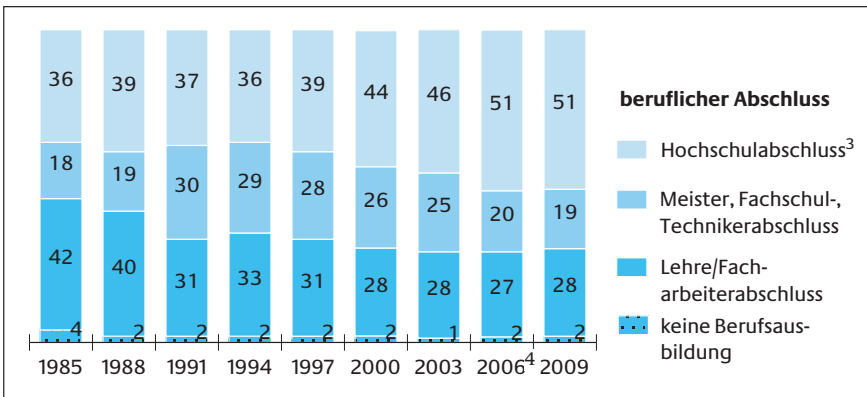
Wenn nur Informationen zum beruflichen Bildungsabschluss des Vaters vorlägen, würde die Bildungsherkunft der Studierenden nach höchstem berufsqualifizierenden Abschluss im Elternhaus in 84 % der Fälle richtig bestimmt werden, weil der Vater gleich hoch oder höher qualifiziert im Vergleich zur Mutter.

Gemessen an der beruflichen Bildung ihrer Eltern blieb das soziale Profil der Studierenden im Sommersemester 2009 im Vergleich zu dem drei Jahre zuvor weitgehend unverändert (Bild 4.11): Mehr als jeder zweite Studierende (51 %) kommt aus einer Familie, in der mindestens ein Elternteil ein Studium abgeschlossen hat.

In 28 % der Herkunftsfamilien ist der Abschluss einer Lehre die höchste berufliche Qualifikation. In fast jedem fünften Elternhaus (19 %) haben Vater und / oder Mutter eine Meisterprüfung absolviert oder einen Fachschul- bzw. Technikerabschluss erworben.

Der Eindruck von Stabilität über die Zeit wiederholt sich, wenn die soziale Zusammensetzung nach verschiedenen Merkmalen differenziert wird: Auch in Bezug auf die berufliche Bildung sind die Eltern der Studierenden in postgradualen Studiengängen etwas höher qualifiziert als die der Studierenden im Erststudium (Bild 4.11).

Bild 4.11 Höchster beruflicher Abschluss der Eltern von Studierenden 1985 - 2009¹
in %²



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 1991 einschließlich neue Länder

² Rundungsdifferenzen möglich

³ 1985 und 1988 einschließlich Ingenieurschule und Handelsakademie (Vorläufer der Fachhochschulen)

⁴ ab 2006 einschließlich studierende Bildungsinländer/innen

Das berufsbezogene Bildungsprofil der Eltern von Studierenden blieb sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen ohne gravierende Veränderung im Vergleich zum Jahr 2006, ebenso wie die diesbezüglichen Unterschiede zwischen den beiden Hochschularten. Erwartungsgemäß sind die Eltern der Studierenden an Universitäten auch beruflich höher qualifiziert als die der Studierenden an Fachhochschulen.

Die stärkere soziale Selektivität beim Hochschulzugang in den neuen Ländern im Vergleich zu den alten Ländern bestätigt sich anhand der beruflichen Bildung

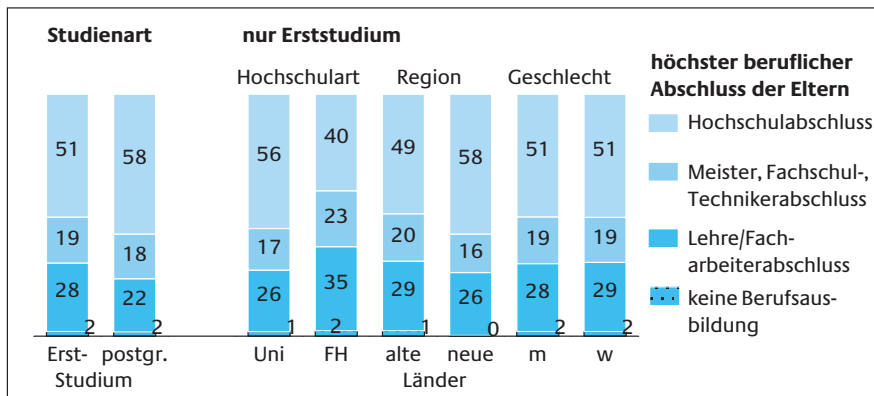
der Eltern. Daran hat sich offenbar auch im Zeitraum seit der letzten Erhebung 2006 nichts geändert.

Männer und Frauen kommen unverändert zu nahezu übereinstimmenden Anteilen aus den jeweiligen Bildungsmilieus (Bild 4.12).

Die Entwicklung des Sozialprofils der Studierenden anhand der Merkmale schulische und berufliche Bildung der Eltern ist ein Indiz dafür, dass der seit Jahren zu beobachtende Trend eines wachsenden Anteils an Studierenden aus hoch gebildetem Elternhaus seit 2006 gestoppt zu sein scheint.

Bild 4.12 Höchster beruflicher Abschluss der Eltern von Studierenden nach Geschlecht, Studienart, Hochschulart und Region

in %



DSW/HIS19. Sozialerhebung

4.2.3 Berufliche Stellung der Eltern

Die berufliche Stellung der Eltern wird – in Anlehnung an die demographischen Standards – anhand der vier (ehemals) sozialversicherungsrechtlichen Kategorien Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige/Freiberufler ermittelt. Unterhalb dieser Kategorien wird weiter differenziert nach unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen bzw. Einkommen.¹

¹ Trotz der Unterstützung mit Beispielen ist die Unsicherheit der Studierenden darüber, welcher Status genau auf ihre Eltern zutrifft, vergleichsweise hoch. Studierende wissen beispielsweise, dass ihr Vater oder ihre Mutter Lehrer/in ist, aber sie wissen häufig nicht sicher, ob die Eltern diesen Beruf im Angestelltenverhältnis oder als Beamte ausüben.

Da die erfassten Kategorien der berufliche Stellung nicht hierarchisch zu ordnen sind, können die Informationen zu den Eltern der Studierenden nicht zusammengefasst werden. Deshalb werden die Befunde für Vater und Mutter getrennt ausgewiesen.

Die Mütter der Studierenden insgesamt sind am häufigsten als Angestellte tätig (62 %, Bild 4.13) – und das zumeist in mittlerer Position (34 %). Die übrigen drei Kategorien beruflicher Stellung sind nahezu gleich häufig vertreten (jeweils 11 % bzw. 12 %). Im Vergleich nach Hochschulart fällt auf, dass die Mütter der Studierenden an Fachhochschulen häufiger als Arbeiterinnen tätig sind (17 % vs. 10 %), während die Mütter der Immatrikulier-

ten an Universitäten häufiger verbeamtet sind (13 % vs. 7 %). Diese Unterschiede bestehen auch mit Blick auf die Väter: Insgesamt hat ein Fünftel einen Arbeiter zum Vater (20 %), Studierende an Fachhoch-

schulen häufiger als ihre Kommilitonen an den Universitäten (27 % vs. 18 %). Die Väter der letztgenannten sind häufiger verbeamtet als die der Studierenden an Fachhochschulen (18 % vs. 12 %).

Bild 4.13 Berufliche Stellung der Eltern von Studierenden

in %

Berufliche Stellung	Mutter			Vater		
	Uni	FH	ges.	Uni	FH	ges.
Meister/in, Polier/in	0	0	0	3	4	3
Facharbeiter/in	3	6	4	10	16	11
un-, angelernt	7	11	8	5	7	6
Arbeiter/innen gesamt	10	17	12	18	27	20
leitende Angestellte	2	1	2	7	6	7
Angestellte, gehobene Position	11	8	10	19	16	18
Angestellte, mittlere Position	35	34	34	13	14	13
Angestellte, ausführende Tätigk.	15	19	16	4	5	5
Angestellte gesamt	62	62	62	43	40	43
Beamte, höherer Dienst	8	3	6	10	4	8
Beamte, gehobener Dienst	4	2	3	6	5	6
Beamte, mittlerer Dienst	2	2	2	2	3	3
Beamte gesamt	13	7	12	18	12	16
Selbst./Freiber. m. hohem Einkomm.	1	0	1	3	2	3
Selbst./Freiber. m. mittl. Einkomm.	4	3	3	7	6	7
Selbst./Freiber. m. geringem Eink.	7	7	7	10	12	11
Selbständ./freiberufl. Tätige ges.	12	11	11	21	20	20
nie berufstätig gewesen	2	3	3	0	0	0
gesamt	100	100	100	100	100	100

Wenngleich nicht ganz so häufig wie unter den Müttern, ist auch bei den Vätern die häufigste Stellung im Beruf die eines Angestellten (43 %). Darüber hinaus sind Väter im Vergleich zu den Müttern fast doppelt so häufig selbständig oder freiberuflich tätig (20 %). Die Unterschiede nach Hochschulart sind hierbei nur geringfügig.

Auch im Erststudium ist die Zusammensetzung der Studierenden nach beruflicher Stellung ihrer Eltern ganz ähnlich dem in Bild 4.13 für alle Studierenden gezeigten Profil. Die Prüfung der These, ob sich anhand des Merkmals Stellung im Beruf zeigen lässt, dass Studierende, die einen Bachelor anstreben, einen anderen sozialen Hintergrund haben als solche in traditionellen Diplom-Studiengängen, ergibt keine signifikanten Unterschiede.

Insgesamt erweist sich die soziale Zusammensetzung der Studierenden anhand der elterlichen Stellung im Beruf als im Zeitverlauf sehr stabil: Im Vergleich zu 2006 hat sich hierbei nahezu nichts geändert.

4.2.4 Gruppen sozialer Herkunft

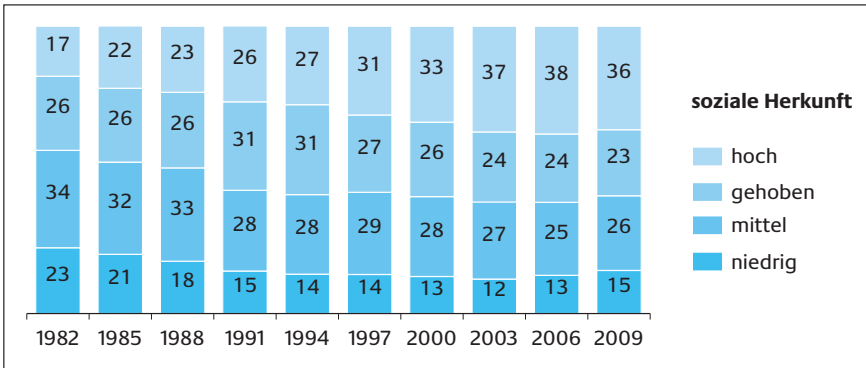
Im Rahmen der Sozialerhebung werden traditionell mittels der drei oben dargestellten Merkmale der Eltern (höchster schulischer Abschluss, höchster beruflicher Abschluss und Stellung im Beruf) die so genannten „sozialen Herkunftsgruppen“ gebildet. Dieses statistische Kon-

strukt hat die vier Ausprägungen „niedrig“, „mittel“, „gehoben“ und „hoch“. Eine Übersicht im Anhang B „Methodische Anmerkungen“ veranschaulicht, welche Merkmalskombination zu den vier Gruppen gehört, mit denen vertikale Ungleichheiten zwischen den Studierenden abgebildet werden. Die Zusammenfassung der eng assoziierten Merkmale ermöglicht eine konzentrierte Überprüfung der Bedeutung der sozialen Herkunft für zahlreichen Themen und Fragestellungen der vorliegenden Studie. Mehr als ein Drittel der Studierenden des Sommersemesters 2009 kommt aus der Herkunftsgruppe „hoch“ (36 %, Bild 4.14). Jeweils etwa ein Viertel hat ein Elternhaus, das der Herkunftsgruppe „gehoben“ (23 %) bzw. „mittel“ (26 %) zugeordnet wurde und 15 % der Studierenden gehören der Herkunftsgruppe „niedrig“ an. Gegenüber dem Sommersemester 2006 hat sich diese Zusammensetzung nur geringfügig verändert – und wenn, dann am deutlichsten bei den Extremgruppen: Der Anteil Studierender aus der Herkunftsgruppe „hoch“ liegt im Jahr 2009 um zwei Prozentpunkte unter dem von 2006, während der Anteil an Studierenden aus der Gruppe „niedrig“ um genau diesen Betrag gestiegen ist.

Die Verschiebung um einen Prozentpunkt in den beiden mittleren Gruppen erfolgte ebenfalls zu Gunsten der Herkunftsgruppe „mittel“.

Bild 4.14 Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden nach Herkunftsgruppen 1982 - 2009¹

in %^{2,3}



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 1991 einschließlich neuer Länder

² Rundungsdifferenzen möglich

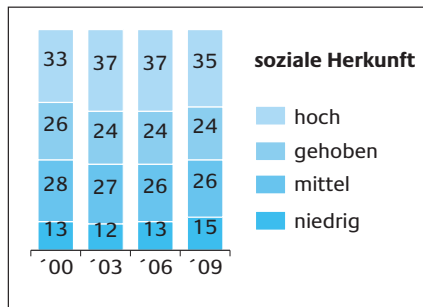
³ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Die für alle Studierenden dargestellte Entwicklung zeigt sich in übereinstimmender Weise auch dann, wenn nur Studierende im Erststudium betrachtet werden (Bild 4.15). Die Veränderungen im Sozialprofil betreffen die beiden Extremgruppen „hoch“ und „niedrig“: Zwischen 2006 und 2009 verringerte sich der Anteil an Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ um zwei Prozentpunkte zugunsten eines entsprechend größeren Anteil an solchen der Herkunftsgruppe „niedrig“.

Damit hat sich der seit 1982 im Rahmen der Sozialerhebung beobachtete

Bild 4.15 Soziale Herkunftsgruppen 2000 - 2009

Studierende im Erststudium, in %^{1,2}



DWS/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Trend einer immer stärkeren Präsenz von Studierenden aus höheren sozialen Schichten nicht weiter fortgesetzt. Diese Veränderungen sind jedoch zu geringfügig, als dass hieraus bereits eine Bestätigung für die These abzulesen wäre, dass in der Folge der Studienstrukturreform anteilig mehr Studieninteressierte hochschulferner Herkunft an die Hochschulen gelangen.

Bild 4.16 veranschaulicht mit den in Bild 4.14. gezeigten Daten anhand einer index-bezogenen Darstellung, dass im Vergleich zu 1982 (=100) im Sommersemester 2009 anteilig doppelt so viele Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ eingeschrieben sind. Im Gegensatz dazu

gehören nach wie vor anteilig weniger Studierende den Herkunftsgruppen „gehoben“, „mittel“ und „niedrig“ an, als das zu Beginn der 1980er Jahre der Fall war.

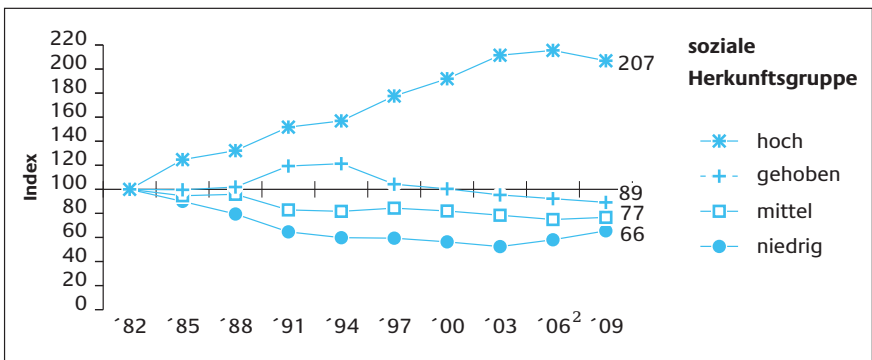
Soziale Herkunft und Hochschulart

Das soziale Profil der Studierenden an den Universitäten unterscheidet sich traditionell von dem an Fachhochschulen. An Universitäten kommen anteilig die meisten Studierenden aus der Herkunftsgruppe „hoch“ (41 % vs. 25 %, Bild 4.17).

Die Fachhochschulen bestätigen ihren Ruf als Bildungsinstitutionen, die vor allem für Studieninteressierte aus hochschulfernen Schichten attraktiv sind: Hier

Bild 4.16 Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden nach Herkunftsgruppen 1982 - 2009¹

Index (1982 = 100)

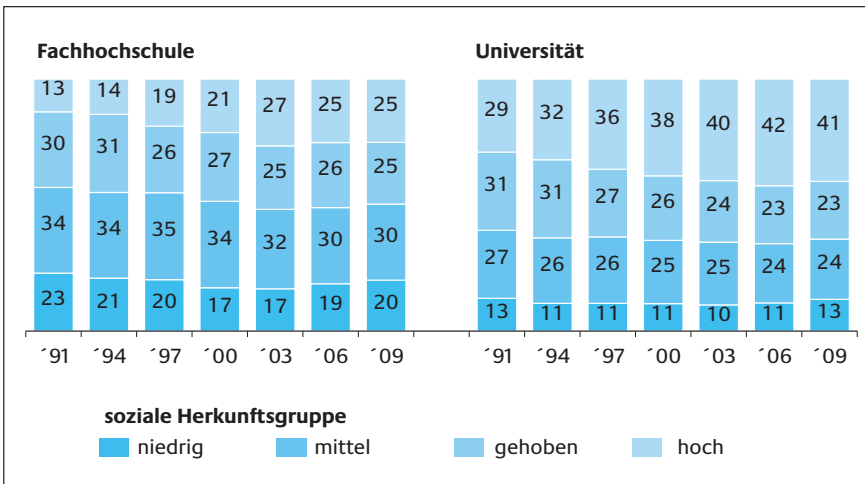


DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 1991 einschließlich neuer Länder

² ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Bild 4.17 Studierende je Hochschulart nach sozialer Herkunft 1991 - 2009
in %¹



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

ist eine vergleichsweise ausgewogene soziale Zusammensetzung anzutreffen: Drei von zehn Studierenden kommen aus der Herkunftsgruppe „mittel“ (30 %) und zwei von zehn haben eine Herkunftsfamilie, die der Gruppe „niedrig“ (20 %) zugeordnet wurde.

Im Vergleich zu drei Jahren zuvor hat sich das Sozialprofil an den Fachhochschulen kaum verändert. Die oben beschriebene Verschiebung der Anteile der beiden Extremgruppen fand offenbar vorrangig an den Universitäten statt: Hier gibt es im Vergleich zum Jahr 2006 im

Sommersemester 2009 anteilig etwas mehr Studierende aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ (+2 Prozentpunkte) und prozentual etwas weniger Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ (-1 Prozentpunkt).

Soziale Herkunft und Art des Studiums

Eine nach Art des Studiums differenzierte Betrachtung der sozialen Zusammensetzung verdeutlicht, dass beim Zugang zu postgradualen Studiengängen weitere, sozial selektiv wirkende Prozesse stattfinden

den. In postgradualen Studiengängen befinden sich im Vergleich zum Erststudium anteilig mehr Studierende, die der Herkunftsgruppe „hoch“ angehören (39 % vs. 35 %, Bild 4.18) und etwas weniger, die zur Herkunftsgruppe „niedrig“ zugeordnet wurden (12 % vs. 15 %).

Besonders deutlich wird dieser Trend angesichts des Sozialprofils der Studierenden im Promotionsstudium: Von ihnen kommt mehr als jeder Zweite (54 %) aus der Herkunftsgruppe „hoch“ und weniger als ein Zehntel (9 %) gehört der Herkunftsgruppe „niedrig“ an.

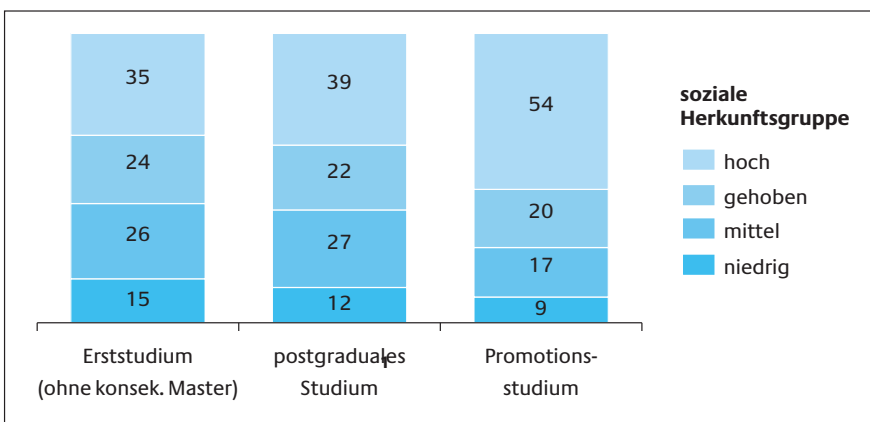
Soziale Herkunft und Studiengang

Innerhalb von Erst- und postgradualen Studium bestehen zum Teil große Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung der Studierenden je nach angestrebtem Abschluss.

Traditionell vergleichsweise große Anteile an Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ weisen Studiengänge auf, die mit einem Staatsexamen (nicht Lehramt) abschließen (52 %, Bild 4.19). Unter ihnen sind es insbesondere angehende Mediziner/innen, die überdurchschnittlich häufig aus dieser Herkunftsgruppe kommen (60 %, siehe auch Bild 4.21) und

Bild 4.18 Soziale Herkunft der Studierenden nach Studienart

in %



¹ inkl. konsekutive Masterstudiengänge, ohne Promotionsstudium

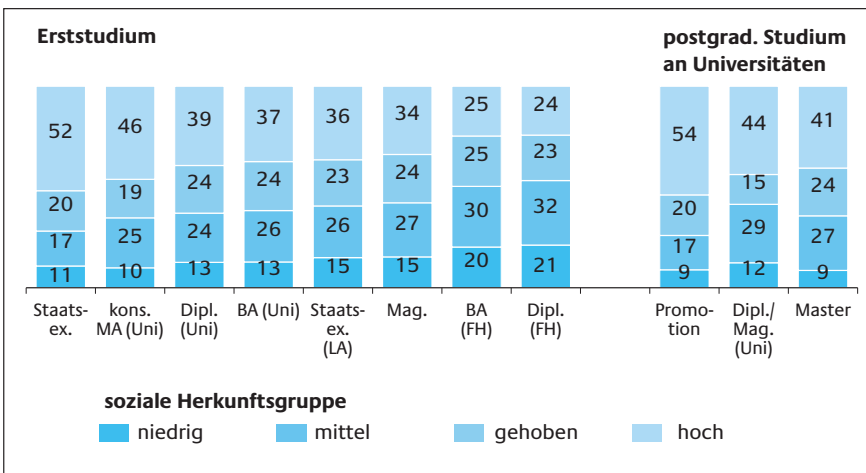
vergleichsweise selten Studierende der Rechtswissenschaften (43 %).

Die Befunde zu den gestuften Studiengängen gehen in verschiedene Richtungen: Das Sozialprofil der Studierenden in Bachelor-Studiengängen an den Universitäten (Bild 4.19) weicht nicht wesentlich von der durchschnittlichen Zusammensetzung im Erststudium ab (vgl. Bild 4.17). Studierende, die in einem konsekutiven Masterstudiengang immatrikuliert sind, kommen zu einem vergleichsweise großen Anteil aus der Herkunftsgruppe „hoch“ (46 %) und relativ selten aus der

Herkunftsgruppe „niedrig“ (10 %, Bild 4.19). Der Vergleich von Studierenden im Bachelor-Studium zwischen den Hochschularten verdeutlicht hochschularttypische Unterschiede.

Dass es so etwas wie ein „hochschulartspezifisches“ Sozialprofil gibt, wird auch deutlich anhand einer Gegenüberstellung der Studierenden, die an einer Fachhochschule einen Bachelor-Abschluss anstreben mit denjenigen, die ein Fachhochschul-Diplom erwerben wollen. Zwischen beiden gibt es keine nennenswerten Unterschiede im Sozialprofil.

Bild 4.19 Soziale Zusammensetzung der Studierenden nach Art des Studiums und Abschlussart¹
in % je Abschlussart



¹ ausgewählte Abschlussarten

In Diplomstudiengängen an Fachhochschulen findet sich im Vergleich aller Abschlussarten der höchste Anteil an Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ (21 %) und gleichzeitig der geringste Prozentsatz an solchen der Herkunftsgruppe „hoch“ (24 %).

Für das postgraduale Studium zeigt sich auch anhand der Gruppen sozialer Herkunft, dass Studierende im Promotionsstudium überdurchschnittlich häufig aus der Herkunftsgruppe „hoch“ stammen (54 %, Bild 4.19). Studierende im Zweitstudium, die ein Diplom oder einen Magister erwerben wollen, gehören häufiger als andere Postgraduierte den Herkunftsgruppen „niedrig“ und „mittel“ an.

Fächergruppen

Auch innerhalb von Universität und Fachhochschule zeigt sich eine sozialgruppenspezifische Fächerpräferenz: Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ wählen tendenziell häufiger Fächer der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften bzw. der Fächergruppe Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Pädagogik, Psychologie (Bild 4.20). Sie entscheiden sich deutlich seltener für ein Studium in der Fächergruppe Medizin, Gesundheitswissenschaften.

Mit einer Analyse auf der Ebene von Fächergruppen wird die Sozialgruppenspezifität der Fächerwahl jedoch nicht vollständig sichtbar, denn die amtliche

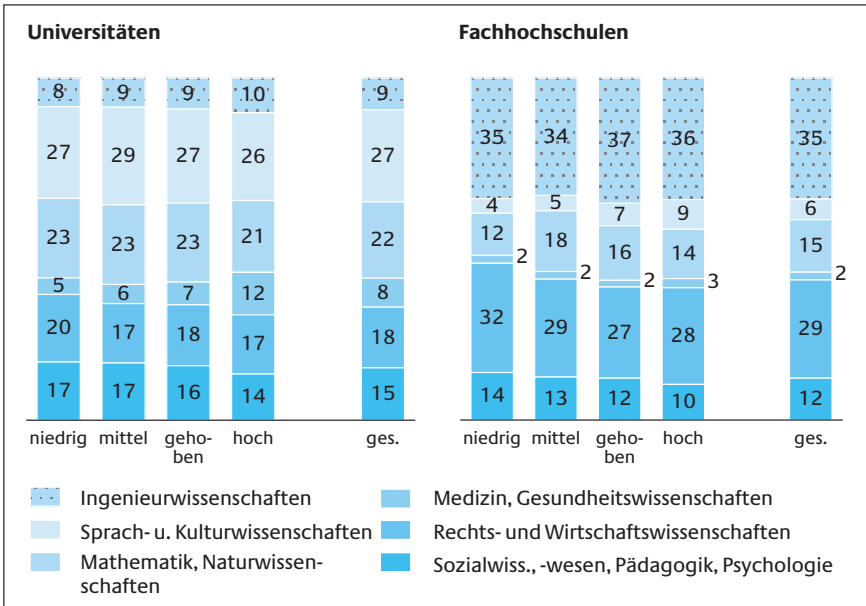
Statistik fasst zum Teil Fächer zusammen, die von Studieninteressierten der einzelnen Sozialgruppen unterschiedlich stark bevorzugt werden. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Fächergruppe Medizin, Gesundheitswissenschaften.

Innerhalb dieser Fächergruppe kommen Immatrikulierte, die im Erststudium Zahnmedizin studieren, zu 62 % aus der Herkunftsgruppe „hoch“, während gleiches lediglich auf 30 % derjenigen zutrifft, die ein gesundheitswissenschaftliches Studium absolvieren.

Ein ähnliches Beispiel stellt die Fächergruppe Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Pädagogik, Psychologie dar. Während von den Studierenden, die Sozialwesen oder Sozialpädagogik studieren, 23 % zur Herkunftsgruppe „niedrig“ gehören, trifft gleiches nur auf 11 % derjenigen zu, die Psychologie studieren.

Bild 4.21 zeigt für Studienfächer, die mit einer ausreichend großen Fallzahl in der Stichprobe der 19. Sozialerhebung vertreten sind, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Studienfachwahl anhand eines Vergleichs der beiden Extremgruppen auf. Indexwerte, die kleiner als 100 sind, stehen dabei für eine Unterrepräsentation der jeweiligen Herkunftsgruppe und Werte größer als 100 für eine überproportionale Beteiligung der betrachteten Gruppe in diesem Fach.

Bild 4.20 Fächerstruktur an Universitäten und Fachhochschulen nach sozialer Herkunft der Studierenden
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

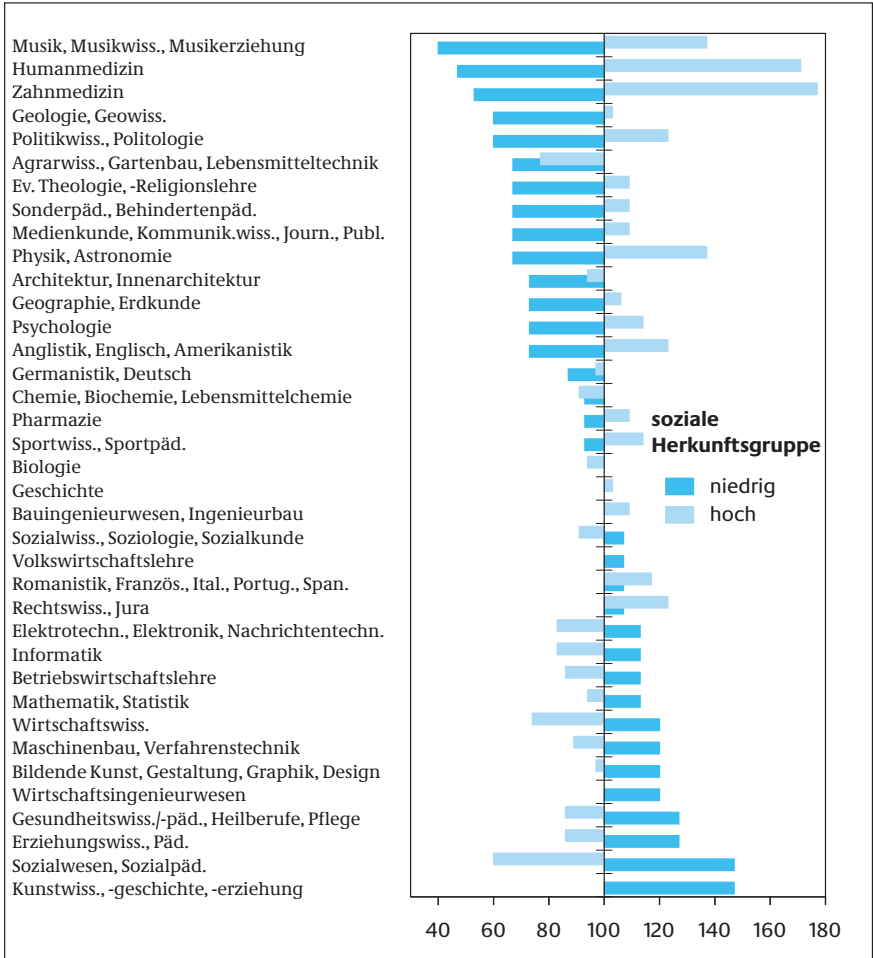
Soziale Herkunft und Region

Anhand der elterlichen Bildung (vgl. Bild 4.9 und Bild 4.12) wurde bereits gezeigt, dass Studierende in den neuen Ländern zu einem höheren Prozentsatz als in den alten aus hochschulnahen Schichten kommen. Dieser Befund bestätigt sich, wenn das Sozialprofil der Studierenden in den beiden Regionen anhand des Konstrukts „soziale Herkunftsgruppe“ verglichen wird.

Studierende in den alten Ländern gehören im Vergleich zu jenen in den neuen beispielsweise weniger häufig zur Herkunftsgruppe „hoch“ (35 % vs. 39 %, Bild 4.22) und häufiger zur Herkunftsgruppe „mittel“ (27 % vs. 23 %). Dieser Unterschied ist kein neues Phänomen, zumal er sich seit 1991 eher verringert hat. In dem Jahr der erstmaligen Einbeziehung von Studierenden in den neuen Ländern waren die Disparitäten im Sozialprofil bei den

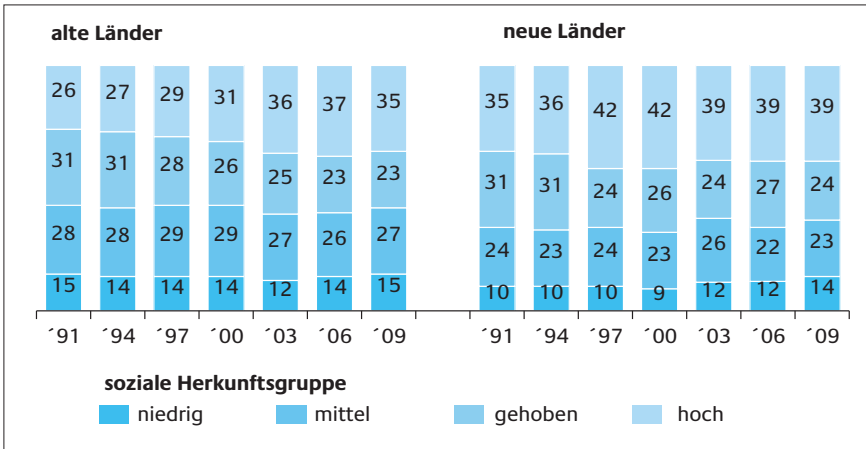
Bild 4.21 Soziale Herkunft der Studierenden nach Studienfach¹

Index bezogen auf Anteile der beiden Herkunftsgruppen im Erststudium
(Erststudium insges. = 100)



¹ nur Studienfächer ab 100 Fälle in der Stichprobe

Bild 4.22 Studierende in den alten und neuen Ländern jeweils nach sozialer Herkunft 1991 - 2009¹
in %²



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 2000 wird Berlin als Ganzes zu den alten Ländern gerechnet; Daten bis 2003 nur für deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

² Rundungsdifferenzen möglich

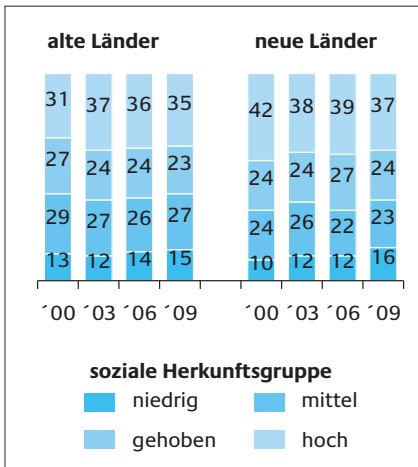
Extremgruppen „hoch“ und „niedrig“ so deutlich ausgeprägt wie nie mehr danach.

Ein Zeitvergleich innerhalb der beiden Regionen weist jeweils nur geringfügige Verschiebungen im Sozialprofil der Studierenden seit 2000 auf. Auch beschränkt auf das Erststudium – können aus den Befunden (noch) keine sicheren Hinweise darauf abgeleitet werden, dass sich die soziale Zusammensetzung in Folge der Studienstrukturereform anhaltend verändert hat.

Für die alten Länder sind die Ergebnisse widersprüchlich: Auf der einen Seite stieg seit dem Jahr 2000 der Anteil an Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ geringfügig an (2000: 13 %, 2009: 15 %; Bild 4.23). Auf der anderen Seite erhöhte sich der Prozentsatz an Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ (2000: 31 %, 2009: 35 %) – insbesondere zu Lasten des Anteils Studierenden der Herkunftsgruppe „gehoben“ (2000: 27 %, 2009: 23 %).

Bild 4.23 Studierende in den alten bzw. neuen Ländern nach sozialer Herkunft 2000 - 2006¹

Studierende im Erststudium in %²



DWS/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 2000 Berlin zu den alten Ländern; bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

² Rundungsdifferenzen möglich

Für die neuen Länder scheint die Entwicklung etwas eindeutiger in eine Richtung zu verlaufen: Seit 2000 verringerte sich hier unter den Studierenden im Erststudium der Prozentsatz an Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ um 5 Prozentpunkte (2000: 42 %, 2009: 37 %) bei gleichzeitigem Anstieg des Anteils Studierender aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ (2000: 10 %, 2009: 16 %) um 6 Prozentpunkte.

Soziale Herkunft und Länder

Im Vergleich der 16 Länder gibt es zum Teil deutliche Unterschiede im Sozialprofil der Studierenden.

Eine große „soziale Spreizung“ zeigt sich für Länder wie Berlin und Sachsen. Beide Länder weisen überdurchschnittlich hohe Anteile an Studierenden aus der Herkunftsgruppe „hoch“ auf (42 % bzw. 41 %, Bild 4.24). In Berlin gibt es zudem anteilig die wenigsten Studierenden aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ (10 %).

Ein Gegenbeispiel ist Sachsen-Anhalt: Hier gehören 18 % der Immatrikulierten zur Herkunftsgruppe „niedrig“ und auch die Anteile der übrigen Herkunftsgruppen sprechen für eine relativ ausgewogene Sozialstruktur.

Im Saarland kommen die meisten Studierenden aus der Herkunftsgruppe „mittel“ (37 %). Gleichzeitig ist hier der Anteil Studierender aus der Gruppe „hoch“ mit 27 % im Ländervergleich am geringsten.

Welche Veränderungen im Sozialprofil der Länder können seit der letzten Erhebung im Jahr 2006 beobachtet werden? Gibt es sozialstrukturelle Verschiebungen, die in einen Zusammenhang mit der Einführung allgemeiner Studiengebühren zu stellen sind?

Im Vergleich zum Sommersemester 2006 ist die soziale Zusammensetzung in vielen Ländern weitgehend unverändert geblieben. Dies gilt auch für drei Länder,

Bild 4.24 Soziale Herkunft der Studierenden in den Ländern¹
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹unterstrichen: Länder mit allgemeinen Studiengebühren

in denen allgemeine Studiengebühren erhoben werden: Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Dieser Befund, der für alle Studierenden in diesen Ländern gilt, bleibt erhalten, wenn der Zeitvergleich auf diejenigen beschränkt wird, die sich in den ersten vier Semestern eines Bachelor-Studiums befinden.

In den übrigen drei Gebührenländern (Bayern, Hamburg, Saarland) hat sich die soziale Zusammensetzung etwas auffälliger verändert. Die Richtung der Veränderung belegt jedoch nicht die These einer abschreckenden Wirkung allgemeiner Studiengebühren auf Studieninteressierte aus sozial schwächeren Schichten, sondern widerspricht eher den Erwartungen: Der Anteil an Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ blieb in Bayern, Hamburg und im Saarland weitgehend unverändert. Jedoch gibt es in diesen drei Ländern 2009 anteilig mehr Studierende aus der Herkunftsgruppe „mittel“ (Bayern: +2 %-Punkte, Hamburg: +7 %-Punkte, Saarland: +10 %-Punkte) zu Ungunsten der Gruppe „hoch“ (Bayern: -4 %-Punkte, Hamburg: -10 %-Punkte, Saarland: -9 %-Punkte). Aufgrund zu geringer Fallzahlen in der 18. Sozialerhebung ist die Beschränkung des Zeitvergleichs auf Studierende in den ersten zwei Studienjahren eines Bachelor-Studienganges für diese Länder nicht möglich.

Eine Zusammenfassung der Länder in solche, die allgemeine Studiengebühren erheben und solche, die gebührenfrei sind, unterstreicht das, was oben bereits für die einzelnen Länder festgestellt wurde: Aus der Analyse der sozialen Zusammensetzung lassen sich Befürchtungen, allgemeine Studiengebühren führten zu einer geringeren Beteiligung von Studieninteressierten aus bildungsfernen bzw. sozial schwächeren Milieus, nicht bestätigen. Das Sozialprofil ist in beiden Ländergruppen nahezu identisch (Bild 4.24).

Ein Vergleich innerhalb der beiden Hochschularten – Universitäten bzw. Fachhochschulen – bestätigt die Übereinstimmung des Sozialprofils der Studierenden an gebührenpflichtigen Institutionen mit dem an gebührenfreien Einrichtungen.

Zahlungsverpflichtung

Interessant ist die Gegenüberstellung der Sozialstruktur von Studierenden, die allgemeine Studiengebühren bezahlen müssen, mit dem Sozialprofil derjenigen, die an gebührenpflichtigen Hochschulen von der Zahlung befreit sind: Es zeigt sich sowohl insgesamt als auch differenziert nach Hochschulart, dass die Befreiung von Studiengebühren keine Maßnahme ist, die von sozial ausgleichender Wirkung ist.

Studierende in den alten Ländern, die von der Zahlung allgemeiner Studienge-

bühren befreit sind, kommen anteilig häufiger aus der Herkunftsgruppe „hoch“ als gebührendzahlende Studierende (39 % vs. 35 %, Bild 4.25).

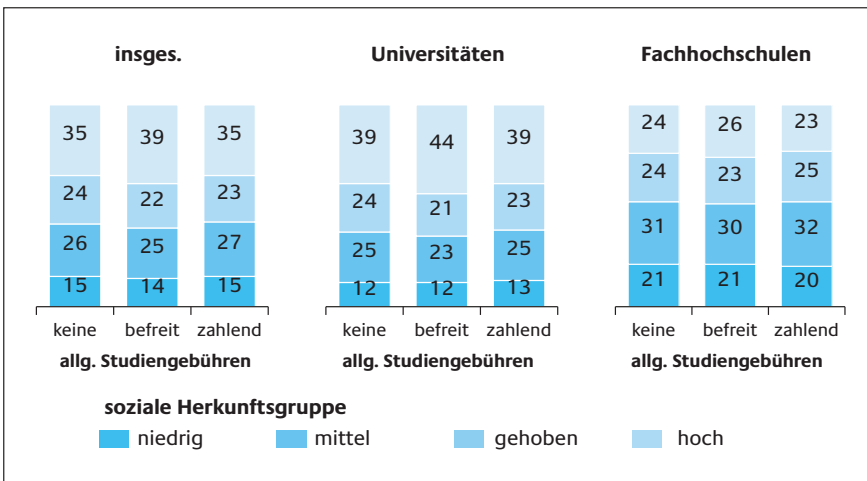
Der Vergleich dieser beiden Gruppen belegt insbesondere für im Erststudium Immatrikulierte an Universitäten, dass die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Gebührenzahlung, wie z. B. Regelungen für Studierende mit Kind, für solche mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung, für Studierende mit zwei oder mehr Geschwistern oder für Hochbegabte oder Leistungsbeste in Bezug auf die soziale Herkunft indifferent sind.

Im Gegenteil: Von den Regelungen zur Gebührenbefreiung profitieren offenbar Studierende aus sozial höheren Herkunftsgruppen tendenziell häufiger als solche aus hochschulfernen Milieus.

Regionale Mobilität

Im Rahmen der Sozialerhebungen wurde wiederholt der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und regionaler Mobilität aufgezeigt: Je höher die soziale Herkunft der Studierenden ist, desto größer ist der Anteil derer, die zur Studienaufnahme das Land verlassen, in welchem sie die Hochschulreife erworben haben.

Bild 4.25 Soziale Herkunft und allgemeine Studiengebühren – Vergleich nach Zahlungsverpflichtung in den alten Ländern
Studierende im Erststudium, in %

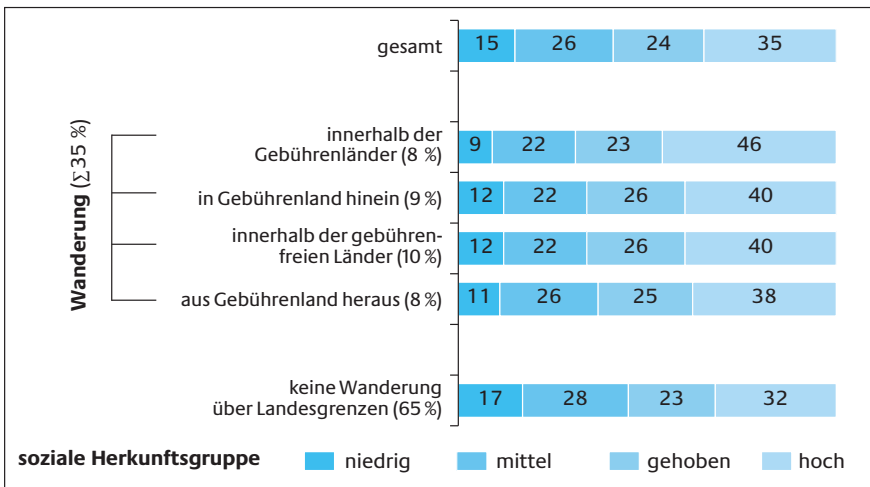


Im Durchschnitt aller Studierenden im Erststudium haben 35 % in einem anderen Land als dem ihrer Hochschulreife ein Studium aufgenommen. Von den Studierenden, die der Herkunftsgruppe „hoch“ zugeordnet werden, waren mit 40 % überdurchschnittlich viele regional mobil. Im Gegensatz dazu verließ nur ein Viertel der Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ zu Studienzwecken das Herkunftsland. Die Mobilitätsquoten der beiden übrigen Gruppen liegen zwischen diesen Extremwerten („mittel“: 31 %, „gehoben“: 37 %).

Etwa zwei Drittel der Studierenden im Erststudium studieren in demselben Land, indem sie ihre Hochschulreife erworben haben. Sie kommen häufiger als regional mobile Studierende aus den Herkunftsgruppen „niedrig“ und „mittel“ (17 % bzw. 28 %, Bild 4.26).

Selbst Studierende, die aufgrund ihres Wanderungsverhaltens als „Gebührenflüchtlinge“ charakterisiert werden könnten, gehören immer noch seltener – als es im Durchschnitt aller im Erststudium der Fall ist – zur Herkunftsgruppe „niedrig“ (11 % vs. 15 % insgesamt) und

Bild 4.26 Soziale Herkunft der Studierenden nach Wahl der Studienregion – Vergleich nach Ländern mit und ohne Gebührenpflicht
Studierende im Erststudium¹ in %, in Klammern: Anteil gesamt



¹ ohne Studierende in einem konsekutiven Masterstudiengang

häufiger zu den Gruppen „gehoben“ (25 % vs. 24 % insgesamt) und „hoch“ (38 % vs. 35 % insgesamt).

Von denjenigen, die aus einem gebührenfreien Land kommend das Studium in einem Land aufgenommen haben, in dem allgemeine Studiengebühren erhoben werden, gehören mit 40 % überdurchschnittlich viele zur Herkunftsgruppe „hoch“. Ihr Sozialprofil unterscheidet sich allerdings nicht von dem der Studierenden, die zur Studienaufnahme innerhalb der gebührenfreien Länder gewandert sind.

Der höchste Anteil an Studierenden aus der Gruppe „hoch“ findet sich jedoch unter denjenigen, die zum Studium innerhalb der Gebührenländer gewandert sind (46 %). Gleichzeitig ist unter ihnen der Anteil Studierender der Herkunftsgruppe „niedrig“ am geringsten (9 %, Bild 4.26).

In der Zusammenfassung heißt das auch, dass die Tatsache, ob in einem Zielland allgemeine Studiengebühren erhoben werden oder nicht, offenbar für regional mobile Studieninteressierte aus sozial höher gestellten Gruppen keine oder eine deutlich geringere Rolle im Vergleich zu den übrigen spielt.

5. Merkmale des Studiums

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick¹			
Fächerstruktur – Studierende im Erststudium (in %)	insg.	Uni	FH
Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	22	18	30
Mathematik/Naturwissenschaften	20	22	15
Sprach- und Kulturwissenschaften	19	26	6
Ingenieurwissenschaften	18	10	35
Sozialwiss., -wesen/Psychologie/Pädagogik	14	15	12
Medizin, Gesundheitswissenschaften	7	8	3
Studienverlauf (Studierende in %)	insg.	Uni	FH
Studiengangwechsel (nur Erststudium)	19	20	16
Studienunterbrechung (nur Erststudium)	11	12	9
Hochschulwechsel (nur Erststudium)	14	13	14
weiterführendes Studium	7	9	4
studienbezogener Auslandsaufenthalt: alte Studiengänge (nur Erststudium) (Studierende höherer Semester: Uni 9.-14. Semester, FH 7. bis 11. Semester)	32	34	24
studienbezogener Auslandsaufenthalt: Bachelor-Studiengänge (nur Erststudium) (Studierende höherer Semester: 5.-10. Semester)	16	17	15
Angestrebter Abschluss (Studierende in %)	2003	2006	2009
FH-Diplom	25	23	7
Uni-Diplom	32	30	18
Magister	11	9	5
Bachelor	4	11	42
Master	1	2	5
Staatsexamen ohne Lehramt	11	10	10
Staatsexamen für ein Lehramt	12	11	9
Promotion	4	4	3
kein oder anderer Abschluss	1	1	1

¹ Rundungsdifferenzen möglich

Technische Hinweise

Definitionen

Fächergruppen

Folgende Fächergruppen werden abweichend von der Systematik der amtlichen Statistik gebildet:

- Sprach- und Kulturwissenschaften (ohne die Studienbereiche Psychologie, Erziehungswissenschaften und Sonderpädagogik; einschl. der Fächergruppen Sport und Kunst, Kunstwissenschaften)
- Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (ohne Sozialwissenschaften und Sozialwesen)
- Mathematik, Naturwissenschaften (einschl. Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften)
- Medizin/Gesundheitswissenschaften (umfasst die Fächergruppen Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften und Veterinärmedizin)
- Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Psychologie, Pädagogik.

Studiengangwechsel

Der Studiengangwechsel umfasst den Wechsel des Hauptstudienfaches, den Wechsel der Abschlussart oder den Wechsel von Hauptstudienfach und Abschlussart.

Studienunterbrechung

Offizielle oder nichtoffizielle Unterbrechung des Studiums von mindestens einem Semester.

Studierende höherer Semester

Studentinnen und Studenten, die zum Befragungszeitpunkt in alten Studiengängen an Fachhochschulen im 7. bis 11. und an Universitäten im 9. bis 14. Semester studieren sowie Bachelor-Studierende, die sich im 5. bis 10. Semester befinden.

Postgraduale Studiengänge

Dazu zählen ein Zweitstudium, ein weiterbildender Studiengang oder ein Promotionsstudium nach Abschluss eines Erststudiums.

Bezugsgruppe

Deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen.

Datenquellen

19. Sozialerhebung, Fragen 2-11, 45/46
Statistisches Bundesamt, Fachserien 11
Reihe 4

5.1 Fächerstruktur und angestrebte Abschlüsse

5.1.1 Veränderungen in der Fächerstruktur

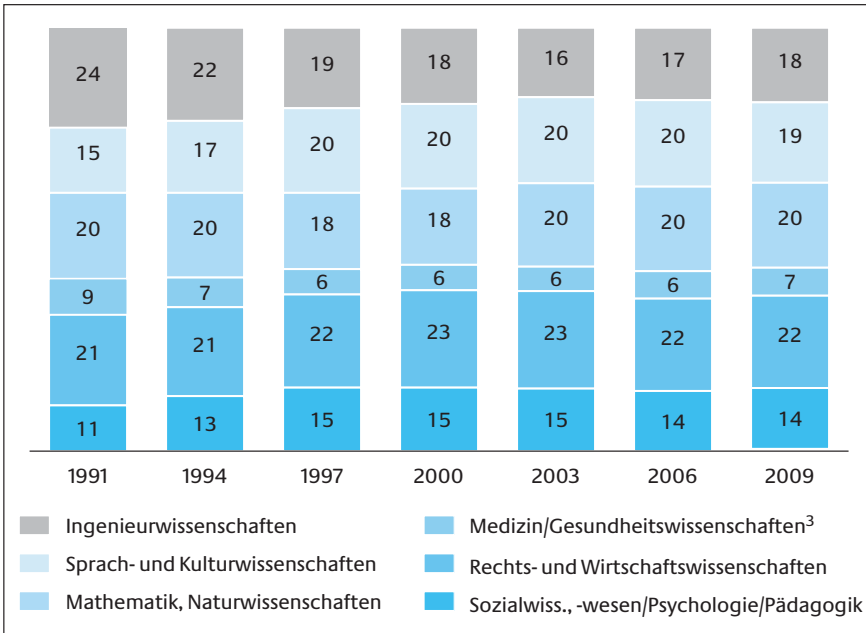
Die Zusammensetzung der Studierenden nach Fächergruppen hat sich 2009 im Vergleich zu 2006 nur unwesentlich verändert (Bild 5.1). Dabei ist zu beachten, dass sich die Sozialerhebung in diesem Kontext auf deutsche Studierende (einschl. der Bildungsinländer) im Erststudium konzentriert. Leicht angestiegen ist der Anteil derjenigen, die Ingenieurwissenschaften studieren, sowie der Anteil derjenigen, der sich in einen Studiengang der Fächergruppe Medizin und Gesundheitswissenschaften eingeschrieben hat. Ein leichter Rückgang ist hingegen beim Anteil der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften zu verzeichnen. Bei den übrigen Fächergruppen sind die Anteilswerte im Vergleich mit 2006 unverändert geblieben.

Veränderungen der Fächerstruktur sind vor allem die Folge einer sich verändernden Studienfachwahl der Studienanfänger/innen. Die Entwicklung der Zahl der Studienanfänger/innen kann für den Zeitraum von 1999 bis 2008 (Studienjahre) anhand der Daten der amtlichen Statistik nachgezeichnet werden. Dies ist in Bild 5.2 (in absoluten Zahlen) und in Bild 5.3 (in Prozentwerten) dargestellt. Es

zeigt sich, dass die Studienanfängerzahlen deutlich zwischen den verschiedenen Fächergruppen variieren (Bild 5.2). So befinden sich von 1999 bis 2008 die wenigsten Studienanfänger/innen in der Fächergruppe Medizin und Gesundheitswissenschaften, die meisten hingegen in der Fächergruppe Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. In Bezug auf die Entwicklung der Studienanfängerzahlen zeigt sich außerdem, dass in den Jahren 2000 bis 2003 in nahezu allen Fächergruppen die Studienanfängerzahlen angestiegen und ab 2004 wieder leicht zurückgegangen sind. Dies gilt für alle Fächergruppen mit Ausnahme der Fächergruppe Medizin und Gesundheitswissenschaften. In letztgenannter Gruppe ist die Anzahl der Studienanfänger/innen im Zeitraum von 1999 bis 2003 nahezu konstant geblieben, steigt dann aber ab 2004 deutlich an. Dieser erwartbare Anstieg ist vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, dass seit dem Wintersemester 2004/05 dieser Fächergruppe neben den medizinischen Studienfächern (Human- und Veterinärmedizin) auch die Gesundheitswissenschaften zugeordnet werden.

Insgesamt liegen die aktuellen Studienanfängerzahlen (Studienjahr 2008) deutlich über jenen von 1999 (ca. 329.000 vs. 241.000). Allerdings haben nicht alle Fächergruppen von dieser steigenden Anzahl an Studienanfängern in gleicher Weise profitiert. So sind beispielsweise

Bild 5.1 Studierende nach Fächergruppen – Fächerstruktur¹
Studierende im Erststudium, in %²



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur Deutsche, ab 2006 inkl. Bildungsinländer/innen

² Rundungsdifferenzen möglich

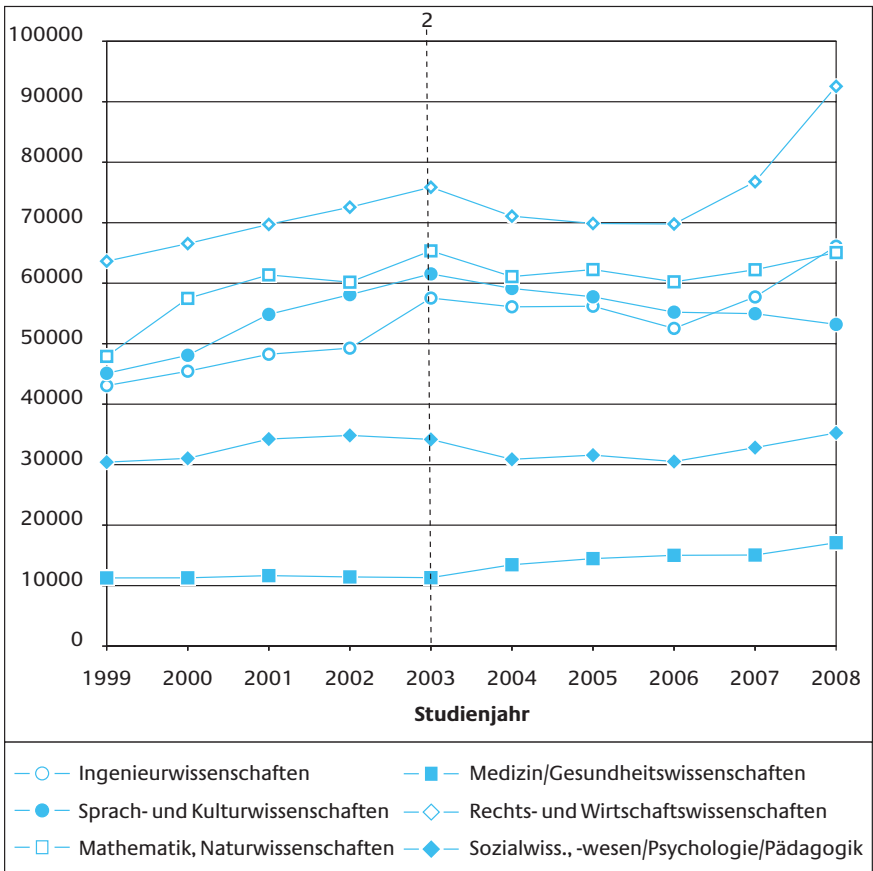
³ bis 2003 Human- und Veterinärmedizin, ab 2006 einschl. Gesundheitswissenschaften

die Anteile der Fächergruppe Sozialwissenschaften/Sozialwesen/Psychologie/Pädagogik, der Fächergruppe Medizin und Gesundheitswissenschaften sowie der Fächergruppe Rechts- und Wirtschaftswissenschaften von 1999 bis 2003 gesunken, während die Anteile der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften sowie

der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften leicht angestiegen sind (Bild 5.3). Der Anteil der Ingenieurwissenschaften ist zwischen 2002 und 2003 sprunghaft angestiegen.

Ab 2004 bleiben die Anteile der meisten Fächergruppen relativ konstant. Eine Ausnahme bilden die Rechts- und Wirt-

Bild 5.2 Studienanfänger/innen 1999-2008 an Universitäten und Fachhochschulen nach Fächergruppen¹
in absoluten Zahlen



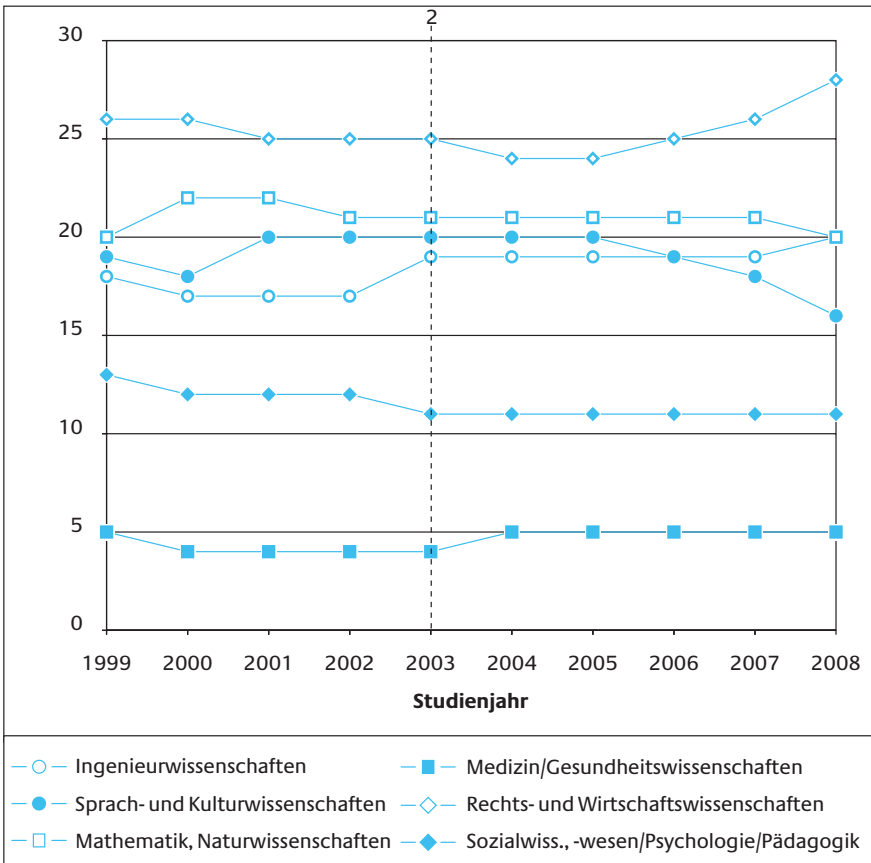
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Deutsche und Bildungsinländer/innen an Universitäten (einschl. PH, GH, THS u. KHS) und allg. Fachhochschulen

² bis 2003 Human- und Veterinärmedizin, ab 2004 inklusive Gesundheitswissenschaften

Bild 5.3 Studienanfänger/innen 1999-2008 an Universitäten und Fachhochschulen nach Fächergruppen¹

in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Deutsche und Bildungsinländer/innen an Universitäten (einschl. PH, GH, THS u. KHS) und allg. Fachhochschulen

² bis 2003 Human- und Veterinärmedizin, ab 2004 inklusive Gesundheitswissenschaften

Quelle: StBA, Fachserie 11 Reihe 4

schaftswissenschaften, deren Anteile ab 2003 zunächst gesunken und ab 2005 dann deutlich angestiegen sind. Eine weitere Ausnahme bilden die Sprach- und Kulturwissenschaften, deren Anteil von 2003 bis 2005 nahezu konstant bleibt und ab 2005 rückläufig ist.

5.1.2 Geschlechtsspezifische Unterschiede

Studentinnen und Studenten unterscheiden sich traditionell deutlich in ihren Fachpräferenzen (Bild 5.4). Während Studenten sich häufiger als Studentinnen für ein Studium in den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften (27 %), Mathematik/Naturwissenschaften (23 %) sowie den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (23 %) entscheiden, überwiegen bei den Studentinnen die Immatrikulierten in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (26 %), Sozialwissenschaften/Sozialwesen/Psychologie/Pädagogik (20 %) sowie den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (20 %).

In Bild 5.5 sind die Anteile der Geschlechter in den einzelnen Fächergruppen ausgewiesen. Dadurch kommen die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Studienfachwahl noch besser zum Ausdruck: So sind Studentinnen 2009 mit einem Anteil von 68 % in der Fächergruppe Sozialwissenschaften/Sozialwesen/Psychologie/Pädagogik besonders hoch ver-

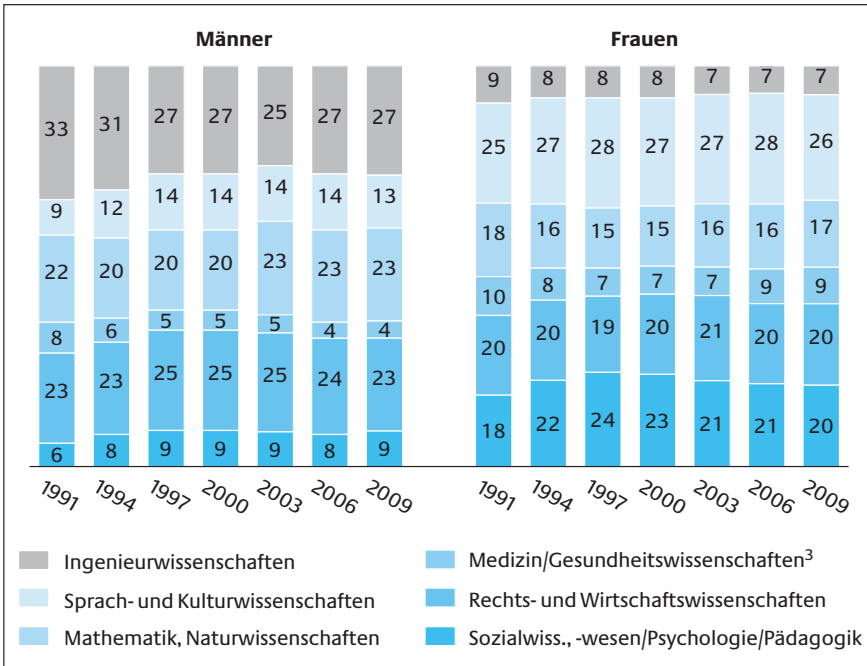
treten. Doch auch in der Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften (66 %), in den Sprach- und Kulturwissenschaften (65 %) sowie in den Rechtswissenschaften (58 %) überwiegt der Frauenanteil.

Im Gegensatz dazu fallen die Anteile der Studenten insbesondere in den Ingenieurwissenschaften (80 %), in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften (60 %) sowie in den Wirtschaftswissenschaften (58 %) besonders hoch aus.

Im Vergleich zu 2006 sind die geschlechtsspezifischen Fachpräferenzen 2009 nahezu unverändert geblieben. Einige geringfügige Veränderungen sind der Anstieg des Frauenanteils in den Rechtswissenschaften und der Anstieg des Männeranteils in der Fächergruppe Sozialwissenschaften/Sozialwesen/Psychologie/Pädagogik um drei bzw. zwei Prozentpunkte. Innerhalb der anderen Fächergruppen sind die Anteile der Geschlechter entweder konstant geblieben oder haben sich lediglich im Umfang von maximal einem Prozentpunkt verändert.

Werden die Anteile der Geschlechter in den alten und neuen Ländern verglichen, dann zeigt sich, dass in den alten Ländern etwas weniger Frauen als Männer studieren. Der Frauenanteil der Studierenden liegt hier bei 48 %. Dagegen haben sich die Anteile der Studentinnen und Studenten in den neuen Ländern angeglichen (Frauenanteil: 50 %).

Bild 5.4 Studierende nach Fächergruppen – Fächerstruktur¹
Studierende im Erststudium, in %²



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur Deutsche, ab 2006 inkl. Bildungsinländer/innen

² Rundungsdifferenzen möglich

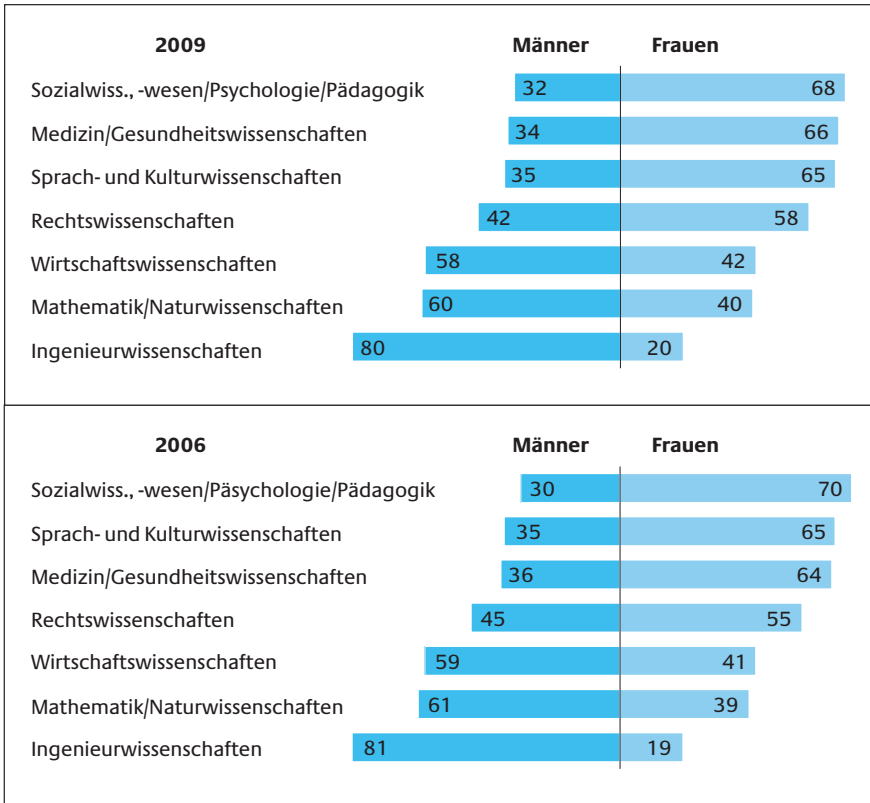
³ bis 2003 Human- und Veterinärmedizin, ab 2006 einschl. Gesundheitswissenschaften

Die Fächerstruktur ist in beiden Regionen sehr ähnlich. Lediglich der Anteil der Studierenden in den Ingenieurwissenschaften fällt in den neuen Ländern etwas höher aus als in den alten Ländern (20 % vs. 17 %). In den anderen Fächergruppen variieren die jeweiligen Anteils-

werte nur geringfügig. Allerdings unterscheiden sich die Geschlechter in ihrer Fächerwahl in den beiden Regionen: Besonders auffällig ist der Frauenanteil in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, der in den neuen Ländern (50 %) höher liegt als in den alten Ländern (44 %), wo-

Bild 5.5 Studenten und Studentinnen je Fächergruppe

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS19.Sozialerhebung

bei dies vor allem auf den unterschiedlichen Frauenanteil in den Wirtschaftswissenschaften zurückgeführt werden kann (alte Länder: 40 %; neue Länder: 49 %), da sich der Frauenanteil in den Rechtswissenschaften zwischen den alten und neu-

en Ländern nur geringfügig unterscheidet (59% vs. 57%). Weitere Unterschiede finden sich für den Frauenanteil in der Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften (alte Länder: 66 %; neue Länder: 70 %) sowie in den Sprach- und Kulturwis-

senschaften (alte Länder: 64 %; neue Länder: 68 %).

5.1.3 Angestrebte Abschlüsse

Ein zentrales Ziel des Bologna-Prozesses ist die Schaffung des europäischen Hochschulraumes. Dies soll vor allem durch die Einführung eines gestuften Studiensystems aus Bachelor- und Master-Abschlüssen erreicht werden, um so die Hochschulabschlüsse europaweit vergleichbar zu machen.

Der Bologna-Prozess hat dazu geführt, dass in den meisten Studienfächern der Bachelor der Regelabschluss geworden ist. Im Wintersemester 2007/08 haben sich bereits 65 % der Studienanfänger in einen Bachelor-Studiengang eingeschrieben (HRK 2009: 5 ff.). Die HRK meldet für das Sommersemester 2009 5.309 Bachelor-Studiengänge und 4.201 Master-Studiengänge, das sind zusammen 76 % aller Studiengänge, 72 % an Universitäten und 95 % an Fachhochschulen. Diese Angebotsstruktur hat Auswirkungen auf die von den Studierenden angestrebten Abschlussarten in der Sozialerhebung. Dies verdeutlichen die folgenden Befunde: War in der Vergangenheit noch das Universitätsdiplom der am häufigsten angestrebte Studienabschluss, so ist dies im Sommersemester 2009 erstmalig mit einem Anteil von 42 % der Bachelor-Abschluss (Bild 5.6).

Berücksichtigt werden muss, dass die Differenzierung der Bachelor-Abschlüsse zwischen Abschlüssen für ein Lehramt und solchen ohne ein Lehramt Unschärfen birgt, da sich Bachelor-Studierende häufig erst beim Übergang in ein Master-Studium für ein Lehramtsstudium entscheiden.

Die Einführung gestufter Studiengänge erfolgte an den Fachhochschulen eher und offenbar auch konsequenter als an den Universitäten. Das ist daran zu erkennen, dass an den Fachhochschulen bereits mehr als zwei Drittel der Studierenden einen Bachelor-Abschluss (68%) anstreben, während die Studierenden an den Universitäten ungleich häufiger noch in traditionellen Studiengängen eingeschrieben sind. Etwas weniger als ein Drittel studiert hier mit dem Ziel einen Bachelor-Abschluss (31 %) zu erlangen, ein Viertel ist in einem Diplomstudium eingeschrieben, 13% streben ein Staatsexamen für ein Lehramt und 14% ein Staatsexamen ohne Lehramt an.

Gegenüber 2006 haben damit insbesondere die Diplomstudiengänge an den Universitäten und Fachhochschulen an Bedeutung verloren: So ging der diesbezügliche Anteil von Studierenden an Universitäten im Jahr 2009 um 17 Prozentpunkte (42 % vs. 25 %) zurück, an Fachhochschulen sogar um 55 Prozentpunkte (78 % vs. 23 %).

Bild 5.6 Studierende nach Art des angestrebten Abschlusses
in %¹

angestrebter Abschluss ²	insgesamt	davon Frauen	Hochschulart		Studienart	
			Uni	FH	Erststudium	post-graduales Studium
Bachelor (ohne LA)	39	44	27	67	42	5
Bachelor (für ein LA)	3	64	4	1	3	1
Master (ohne ein LA) ³	4	46	3	5	2	22
Master (für ein LA) ³	1	69	1	<1	<1	2
FH-Diplom	7	38	<1	23	8	2
Uni-Diplom	18	40	25	3	19	7
Magister	5	61	7	-	5	2
Staatsexamen (ohne LA)	10	64	14	-	10	4
Staatsexamen (für ein LA)	9	65	13	-	10	5
kirchliche Prüfung	<1	42	<1	-	<1	<1
Promotion	3	39	5	-	-	47
anderer/kein Abschluss	<1	62	<1	<1	<1	3

DSW/HIS19.Sozialerhebung

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² LA = Lehramt

³ Konsekutive Master-Studiengänge zählen zum Erststudium

Wie Bild 5.6 auch zu entnehmen ist, unterscheiden sich Frauen und Männer in ihren Präferenzen für bestimmte Studienabschlüsse. Frauen sind häufiger als Männer in lehramtsbezogenen Studiengängen immatrikuliert. Dies gilt sowohl für das Staatsexamen für ein Lehramt (65 %)

sowie für die Bachelor- und Masterabschlüsse für ein Lehramt (64 % und 69 %), aber ebenso für den Magister-Abschluss (Frauenanteil: 61 %) und das Staatsexamen ohne Lehramt (64 %). Im Gegensatz dazu sind Studentinnen bei den Bachelor- und Master-Abschlüssen, die nicht ein-

deutig auf ein Lehramt ausgerichtet sind (44 % und 46 %) und den Universitätsdiplomen (40 %) unterrepräsentiert. Die niedrigsten Frauenanteile können für die angestrebten Fachhochschuldiplome und die Promotionen festgestellt werden (38 % und 39 %).

Unter den Studierenden, die sich in einem postgradualen Studium (z. B. Zweitstudium, Masterstudium, Ergänzungsstudium, Promotion) befinden, stellen diejenigen, die eine Promotion anstreben, die größte Gruppe dar (2009: 47 %; 2006: 45 %). Die zweitgrößte Gruppe bilden mit einem Anteil von fast einem Viertel die Studierenden in Master-Studiengängen. Ihr Anteil ist gegenüber 2006 erkennbar gestiegen (24 % vs. 18 %). Da die Zahl der Bachelor-Absolventen erst sukzessive zunimmt, können die Master-Programme im gegenwärtigen Stadium der Studienstrukturreform noch nicht ihre endgültige quantitative Bedeutung erreicht haben. Der Anteil der Studierenden in Masterstudiengängen wird daher auch zukünftig ansteigen, wie stark, werden die künftigen Sozialerhebungen untersuchen.

5.2 Studienverlauf

5.2.1 Studiengangwechsel

Als Studiengangwechsel wird sowohl der Wechsel des angestrebten Abschlusses, des Studienfachs als auch der Wechsel von beiden definiert. Nicht als Studien-

gangwechsel gilt die Aufnahme eines weiteren Studiums nach dem erfolgreichen Abschluss eines ersten Studiums. Auch die Aufnahme eines konsekutiven Masterstudiums stellt keinen Studiengangwechsel dar.

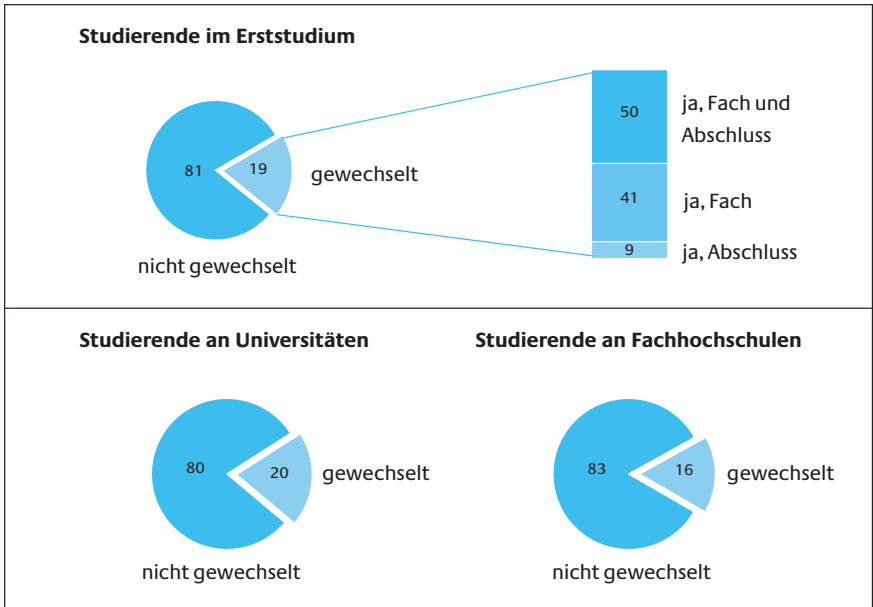
Im Erststudium liegt der Anteil der Studiengangwechsler/innen im Sommersemester 2009 bei 19 % und unterscheidet sich damit nur geringfügig vom Jahr 2006 (20 %). Dabei entfällt die Hälfte aller Studiengangwechsel auf den Wechsel von Abschluss und Studienfach (Bild 5.7). Ein ebenfalls großer Anteil von Studierenden hat lediglich das Studienfach (41 %) und nahezu ein Zehntel nur den Abschluss gewechselt (9 %).

Den Studiengangwechslern kommt an den Universitäten und Fachhochschulen eine unterschiedliche Bedeutung zu. So hat von den Studierenden an den Universitäten jeder Fünfte (20 %) einen Studiengangwechsel vollzogen, von den Studierenden an den Fachhochschulen 16 %. Damit sind, im Vergleich zu 2006, die Anteile der Studiengangwechsler/innen an den Universitäten leicht gesunken (2006: 22 %) und an den Fachhochschulen unverändert geblieben (2006: 16 %).

Wechselquoten nach Fächergruppen

Die Anteile der Studiengangwechsler/innen unterscheiden sich deutlich im Vergleich zwischen den einzelnen Fächer-

Bild 5.7 Studiengangwechsler/innen 2009
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

gruppen. Der größte Anteil von Studierenden, der einen Studiengangwechsel vollzogen hat, befindet sich mit 27 % in der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften. Doch auch in der Fächergruppe Sozialwissenschaften/Sozialwesen/Psychologie/Pädagogik fällt der Anteil der Studiengangwechsler/innen mit 21 % noch relativ hoch aus. Der geringste Anteil von Studiengangwechseln lässt sich für die Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften feststellen (12 %).

Fächergruppe	Anteil der Studiengangwechsler/innen
Ingenieurwissenschaften	16
Sprach- und Kulturwiss.	27
Mathematik/Naturwiss.	17
Medizin/Gesundheitsw.	12
Rechts- u. Wirtschaftswiss.	17
Sozialwiss./-wesen/Psy./Päd.	21
Insgesamt	19

In Bezug auf die Studieneffizienz können nicht alle Studiengangwechsel als qualitativ gleichwertig betrachtet werden. So wirken sich Wechsel innerhalb einer Fächergruppe weniger stark aus als Wechsel über Fächergruppen hinaus. Dies liegt vor allem daran, dass bei Studiengangwechseln über Fächergrenzen hinweg die Anerkennung bisheriger Studienleistungen kaum möglich ist und es oftmals weitaus weniger Möglichkeiten gibt, um an bisher erworbenes Studienwissen anzuknüpfen. In Bild 5.8 werden die Fächergruppen vor einem Studiengangwechsel den Fächergruppen nach einem Wechsel gegenübergestellt.

Insgesamt vollziehen von allen Studiengangwechslern im Erststudium 43 % einen Wechsel innerhalb der Fächergruppe. Allerdings variiert dieser Anteil deutlich zwischen den verschiedenen Fächergruppen. Fällt er mit 14 % in der Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften auf Grund der geringen Anzahl von Alternativen erwartungsgemäß am geringsten aus, so erreicht er den höchsten Anteilswert in den Sprach- und Kulturwissenschaften (57 %), für die es eine große Vielfalt an Studiengängen gibt. Die anderen Studierenden, die nicht innerhalb der gleichen Fächergruppe wechseln, entscheiden sich für einen Studien-

Bild 5.8 Studiengangwechsel und Fächermobilität

Studierende im Erststudium, in %¹

Fächergruppe vor dem Wechsel	Fächergruppe nach dem Wechsel							Insgesamt
	Ingenieurwiss.	Sprach-/Kulturwiss.	Mathematik, Naturwiss.	Medizin/ Gesundheitsw.	Rechts- u. Wirtschaftswiss.	Soz./-wesen/ Psy./Päd.		
Ingenieurwissenschaften	47	8	19	3	18	6	100	
Sprach- und Kulturwiss.	3	57	8	3	9	20	100	
Mathematik, Naturwiss.	12	20	35	6	18	10	100	
Medizin/Gesundheitswiss.	4	29	19	14	11	24	100	
Rechts- u. Wirtschaftswiss.	6	20	10	3	43	18	100	
Sozialw., -wesen/Psy./Päd.	6	29	10	5	13	37	100	

DSW/HIS 19.Sozialerhebung

¹Rundungsdifferenzen möglich

■ Wechsel innerhalb gleicher Fächergruppe

gang in einer der anderen Fächergruppen, wobei jedoch die Studiengänge der Sprach- und Kulturwissenschaften besonders nachgefragt sind. Relativ selten hingegen wird in die Studiengänge der Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften sowie in die Studiengänge der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften hinein gewechselt, zum einen wegen der Zulassungsbeschränkungen (Medizin), zum anderen, weil die entsprechenden Studienfächer oftmals als schwer studierbar gelten (Ingenieurwissenschaften).

Werden nicht nur die Studiengangwechsler/innen, sondern alle Studierenden danach betrachtet, in welcher Fä-

chergruppe sie zu Beginn des Studiums eingeschrieben waren und in welcher Fächergruppe sie gegenwärtig studieren, dann kann dargestellt werden, in welchem Umfang es insgesamt zu wechselbedingten Verschiebungen zwischen den Fächergruppen kommt. Dadurch wird deutlich, welche Fächergruppen von den Studiengangwechsler/innen profitieren und welche Fächergruppen Studierende verlieren (Bild 5.9). Es zeigt sich, dass vor allem die Fächergruppe Sozialwissenschaften/Sozialwesen/Psychologie/Pädagogik den größten Zugewinn an Studierenden aufweist (9 %). Dabei haben am häufigsten Studierende aus den Sprach-

Bild 5.9 Studiengangwechsel und Fächermobilität (insgesamt)

Studierende im Erststudium in %

Fächergruppe zu Beginn des Studiums	Fächergruppe nach dem Wechsel							Insgesamt
	Ingenieurwiss.	Sprach-/Kulturwiss.	Mathematik, Naturwiss.	Medizin/Gesundheitsw.	Rechts- u. Wirtschaftswiss.	Soz./-wesen/Psy./Päd.	Insgesamt	
Ingenieurwiss.	90,8	1,4	3,2	0,4	3,1	1,1	100	
Sprach- und Kulturwiss.	0,8	89,9	1,8	0,8	2,1	4,6	100	
Mathematik, Naturwiss.	2,6	4,4	85,4	1,3	4,0	2,3	100	
Medizin/Gesundheitswiss.	0,2	1,7	1,2	94,8	0,6	1,4	100	
Rechts- u. Wirtschaftswiss.	1,1	3,3	1,7	0,5	90,5	3,0	100	
Sozialw., -wesen/Psy./Päd.	0,9	4,0	1,4	0,7	1,8	91,2	100	
Insgesamt	96,8	103,5	92,4	106,5	100,2	108,5		

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

■ Wechsel innerhalb gleicher Fächergruppe

und Kulturwissenschaften sowie den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften einen Wechsel in diese Fächergruppe vollzogen. Ein Zugewinn kann auch für die Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften (7 %) konstatiert werden. Ein Teil der Studierenden, der in diese Gruppe gewechselt ist, könnte sich möglicherweise – auf Grund der Zulassungsbeschränkungen in den medizinischen Studiengängen – zunächst für einen Studiengang in einer anderen Fächergruppe entschieden haben, um sich dann, nach einer Studienplatzusage, in einen medizinischen Studiengang einzuschreiben. Die meisten der Studiengangwechsler/innen, die in einen medizinischen Studiengang gewechselt sind, kommen ursprünglich aus der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften, häufig aus den Studiengängen Biologie und Chemie.

Für die Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften lässt sich der größte Rückgang von Studierendenzahlen feststellen (-8 %). Außerdem fällt auf, dass der Anteil derjenigen Studierenden, der von Beginn des Studiums an in dieser Fächergruppe eingeschrieben war bzw. der nur innerhalb dieser Fächergruppe gewechselt hat, insgesamt am niedrigsten ist (85 %). Somit weisen die Studierenden, die bei Beginn ihres Studiums in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften eingeschrieben waren die höchste fächerübergreifende Mobilität auf.

Zeitpunkt des Studiengangwechsels

Ein Studiengangwechsel erfolgt im Durchschnitt nach etwa 3 Hochschulsemestern. Dieser Wert wird jedoch von einigen Studierenden, die wesentlich später gewechselt haben, nach „oben verzerrt“. Aus diesem Grund ist mit dem Median, der bei 2 Hochschulsemestern liegt, eine adäquatere Maßzahl gegeben.¹

Drei Fünftel der Studierenden wechseln bereits in den ersten beiden Hochschulsemestern (59 %, Bild 5.10). Bis zum 4. Semester haben sich 83 % aller Studiengangwechsler/innen für einen Wechsel des Studienfaches, des Abschlusses oder für einen Wechsel von Fach und Abschluss entschieden. Dies bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass noch immer 17 % der Studiengangwechsler/innen die Entscheidung über eine Neuausrichtung ihres Studienziels erst nach dem vierten Semester fällen.

Wie der nachstehenden Übersicht zu entnehmen ist, hängt der Zeitpunkt eines Studiengangwechsels auch mit der Art des Wechsels zusammen. Haben von den Studierenden, die nur ihr Studienfach gewechselt haben, 67 % ihren Wechsel innerhalb des ersten Studienjahres vollzogen, so trifft dies auf nur 40 % der Studie-

¹ Der Median gibt an, bis zu welchem Zeitpunkt die Hälfte der Studierenden mit Studiengangwechsel diesen vollzogen hat.

Bild 5.10 Studiengangwechsler nach Abschlussart und Semesterzahl

Studierende im Erststudium in %

Zeitpunkt des Studiengangwechsels	Abschlussart bei Erstimmatrikulation						
	Insgesamt	Bachelor	FH-Diplom	Uni-Diplom	Magister	Staatsexamen (ohne LA)	Staatsexamen (für ein LA)
1. und 2. Hochschulsemester	59	76	43	50	59	52	66
3. und 4. Hochschulsemester	24	20	26	27	22	25	21
5. und höheres Hochschulsem.	17	4	31	23	19	23	13

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

renden zu, die nur ihren Abschluss gewechselt haben.

Zeitpunkt des Studiengangwechsels	Art des Studiengangwechsels		
	Fach und Abschluss	nur Fach	nur Abschluss
1. u. 2. HS	56	67	40
3. u. 4. HS	25	21	29
5. u. höheres HS	19	12	31

Wird zwischen den verschiedenen Studienabschlussarten bei der Erstimmatrikulation differenziert, dann zeigen sich deutliche Unterschiede in Bezug auf die Zeitpunkte des Studiengangwechsels (Bild 5.10): Studierende, die bei der Erstimmatrikulation einen Bachelor-Abschluss angestrebt haben, vollziehen einen Studiengangwechsel relativ frühzei-

tig. Bereits innerhalb der ersten beiden Hochschulsemester haben von diesen Studierenden 76 % den Studiengangwechsel vollzogen, bis zum vierten Semester liegt dieser Anteil sogar bei 96 %. Relativ spät wechseln dagegen Studierende, die bei Erstimmatrikulation ein Fachhochschuldiplom angestrebt haben. Bis zum zweiten Semester, liegt der Anteil der Studiengangwechsler/innen hier bei 43 %.

5.2.2 Studienunterbrechung

Etwas mehr als jeder zehnte Studierende unterbricht sein Studium offiziell oder inoffiziell. Der Anteil der Studienunterbrecher/innen im Erststudium liegt 2009 bei 11 %. Im Vergleich zu 2006 hat sich damit der Anteil an Studienunterbrechern etwas verringert (2006: 13 %).

Studienunterbrechungen hängen sehr oft mit Studiengangwechseln zusammen. So haben Studierende, die einen Studiengangwechsel vollzogen haben, dreimal häufiger das Studium unterbrochen als diejenigen ohne Studiengangwechsel (22 % vs. 8 %). Von den Studierenden, die den Abschluss gewechselt haben, hat fast ein Viertel auch das Studium unterbrochen (23 %, Bild 5.11). Genauso häufig haben diejenigen Studierende ihr Studium unterbrochen, die Fach und Abschluss gewechselt haben.

Insgesamt unterbrechen Studierende an Fachhochschulen ihr Studium seltener (9 %) als Studierende an den Universitäten (12 %). Die Anteile der Studienunterbrecher/innen sind bei beiden Hochschularten tendenziell gesunken: 2006 betrug sie 11 % (Fachhochschulen) und 13 % (Uni-

versitäten); 2003 lagen sie bei 13 % (Fachhochschulen) und 16 % (Universitäten).

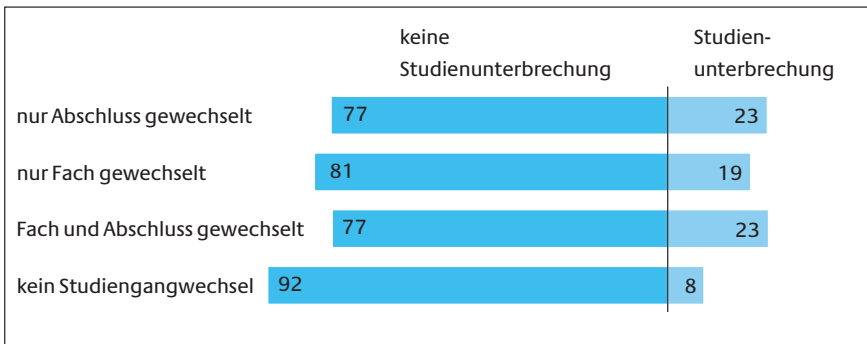
Wie der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen ist, zeigen sich im Vergleich nach Fächergruppen einige Unterschiede:

Fächergruppe	Anteil der Studienunterbrecher/innen
Ingenieurwissenschaften	8
Sprach- und Kulturwiss.	14
Mathematik/Naturwiss.	11
Medizin/Gesundheitsw.	11
Rechts- u. Wirtschaftswiss.	8
Sozialwiss./-wesen/Psy./Päd.	13
Insgesamt	11

Danach sind Studienunterbrecher/innen unter den Studierenden der Sprach- und Kulturwissenschaften (14 %) sowie den

Bild 5.11 Studienunterbrechung nach Art des Studiengangwechsels

Studierende im Erststudium, in %



Studierenden der Fächergruppe Sozialwissenschaften/Sozialwesen/Psychologie/Pädagogik (13 %) am häufigsten zu finden. Am niedrigsten hingegen ist dieser Anteil in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (8 %) sowie in den Ingenieurwissenschaften (8 %).

Regionale Unterschiede im Anteil an Studienunterbrechern gibt es nicht. Sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern liegt der Anteil der Studienunterbrecher/innen bei 11 %. Gleiches gilt für die Studentinnen und Studenten: Bei beiden Geschlechtern haben sich die Anteile der Studienunterbrecher/innen angeglichen (jeweils 11 %).

Studienunterbrechung: Dauer und Gründe

Die Dauer einer Studienunterbrechung beträgt im Durchschnitt 3 Semester. Da es allerdings Studierende mit erheblich längeren Unterbrechungszeiten gibt, ist mit dem Median (2 Semester) eine weitaus bessere Maßzahl gegeben.²

Bei 41 % der Studierenden mit einer Studienunterbrechung hat diese nicht länger als ein Semester gedauert. Weitere 26 % pausierten zwei Semester und bei etwa 10 % der Studienunterbrecher/innen dauerte die Unterbrechung drei Semes-

ter. Daneben zeigt sich bei einer kumulierten Betrachtung, dass 92 % aller Studienunterbrechungen nicht länger als sechs Semester angedauert haben.

Häufigste Gründe für eine Studienunterbrechung sind der Zweifel am Sinn des Studiums und der Wunsch, andere Erfahrungen zu sammeln (Bild 5.12). Dies wurde jeweils von nahezu einem Viertel der Studierenden mit Studienunterbrechung angegeben, besonders häufig jedoch von Studierenden der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften. Dabei fällt auf, dass die Zweifel am Sinn des Studiums in den ersten Hochschulsemastern besonders ausgeprägt sind: Studienunterbrecher/innen im ersten und zweiten Semester nennen Zweifel am Sinn des Studiums besonders häufig (59 %). Im dritten und vierten Semester ist der Anteil bereits deutlich geringer (40 %).

Weitere recht häufig genannte Gründe ein Studium zu unterbrechen, sind finanzielle Probleme (19 %) und die Erwerbstätigkeit während des Studiums (18 %). Dabei werden finanzielle Probleme von Studenten (23 %) häufiger genannt als von Studentinnen (14 %) – ähnliches gilt für die Erwerbstätigkeit als Unterbrechungsgrund (24 % vs. 13 %).

Für mehr als jeden Fünften spielen außerdem gesundheitliche Gründe eine Rolle bei der Studienunterbrechung (22 %). Wie in der 18. Sozialerhebung verdeutlicht wurde, kommt dabei den psy-

² Der Median gibt an, bis zu welchem Zeitpunkt die Hälfte der Studierenden mit Studienunterbrechung ihr Studium unterbrochen hat.

Bild 5.12 Gründe einer Studienunterbrechung nach Fächergruppe
 Studienunterbrecher/innen im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)

Unterbrechungsgründe	Fächergruppe						
	insgesamt	Ingenieurwiss.	Sprach- und Kulturwiss.	Mathematik, Naturwiss.	Medizin/ Gesundheitsw.	Rechts- u. Wirtschaftswiss.	Soz./-wesen/ Psy./Päd.
Zweifel am Sinn des Studiums	24	25	28	24	16	17	26
um andere Erfahrungen zu sammeln	23	21	29	24	16	22	22
sonstige Gründe	22	22	21	23	40	17	20
gesundheitliche Probleme	22	13	27	21	24	20	23
finanzielle Probleme	19	21	17	22	17	22	15
Erwerbstätigkeit	18	17	15	19	6	23	23
andere familiäre Gründe	14	17	10	20	8	17	11
Schwangerschaft/Kindererziehung	13	9	13	11	19	10	19
Wehr- oder Zivildienst	3	5	1	3	1	6	1

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

chischen Erkrankungen eine besondere Bedeutung zu (2007: 402): So konnte gezeigt werden, dass psychische Erkrankungen bei Studienunterbrecher/innen doppelt so häufig vorliegen, wie bei den übrigen Studierenden mit gesundheitlicher Beeinträchtigung.

Fast ein Sechstel (13 %) der Studierenden nennt als Grund für eine Studienunterbrechung Schwangerschaft oder Kindererziehung. Dieser Unterbrechungsgrund spielt erwartungsgemäß für Stu-

dentinnen eine weitaus größere Rolle als für Studenten (23 % vs. 3 %).

Familiäre Gründe für eine Studienunterbrechung geben 14 % der Studierenden an. Am seltensten werden der Wehr- bzw. der Zivildienst genannt (3 %).

Die Gründe, die im Rahmen einer Studienunterbrechung eine wichtige Rolle spielen, hängen auch von der sozialen Herkunft der Studierenden ab (Bild 5.13). Obwohl sich die Unterbrecherquoten der Studierenden der verschiedenen sozialen

Bild 5.13 Gründe einer Studienunterbrechung nach sozialer Herkunft

Studienunterbrecher/innen im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)

Unterbrechungsgründe	Gruppe sozialer Herkunft			
	niedrig	mittel	gehoben	hoch
finanzielle Probleme	31	22	18	10
um andere Erfahrungen zu sammeln	23	22	26	23
andere familiäre Gründe	21	15	11	12
Erwerbstätigkeit	21	22	15	16
gesundheitliche Probleme	20	20	24	23
sonstige Gründe	16	22	20	25
Zweifel am Sinn des Studiums	15	27	27	24
Schwangerschaft/Kindererziehung	13	12	12	13
Wehr- oder Zivildienst	4	3	3	2

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Herkunftsgruppen nur geringfügig unterscheiden („niedrig“: 13 %; „mittel“: 11 %; „gehoben“: 10 %; „hoch“: 11 %), sind – je nach sozialer Herkunft – verschiedene Unterbrechungsgründe relevant.

Hierbei fällt auf, dass Studienunterbrecher/innen der Herkunftsgruppe „niedrig“ ihr Studium weitaus häufiger aus finanziellen Gründen unterbrechen (31 %) als Studienunterbrecher/innen der Herkunftsgruppe „hoch“ (10 %). Daneben werden von Studierenden mit Unterbrechungszeiten aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ auch häufiger als in den anderen sozialen Herkunftsgruppen familiäre

Ursachen als Unterbrechungsgrund genannt, während Zweifel am Sinn des Studiums bei der Herkunftsgruppe „niedrig“ besonders selten genannt werden.

5.2.3 Hochschulwechsel

Unter den Studierenden im Erststudium haben 14 % die Hochschule gewechselt, wobei von den Hochschulwechslern nur ein kleiner Anteil von 8 % die Hochschule zweimal oder öfter gewechselt hat. Mehrfache Hochschulwechsel sind also relativ selten. Im Vergleich zu 2006 ist der Anteil der Hochschulwechsler/innen um einen Prozentpunkte gesunken (14 % vs. 15 %).

Die Daten der 19. Sozialerhebung zeigen, dass Hochschulwechsel häufig mit Studienunterbrechungen und Studiengangwechseln zusammenhängen: Von allen Studierenden, die sich für einen Hochschulwechsel entschieden haben, unterbrachen 23 % das Studium. Bei denjenigen, die keinen Hochschulwechsel vollzogen haben, liegt der entsprechende Anteil der Studienunterbrecher/innen bei 9 %.

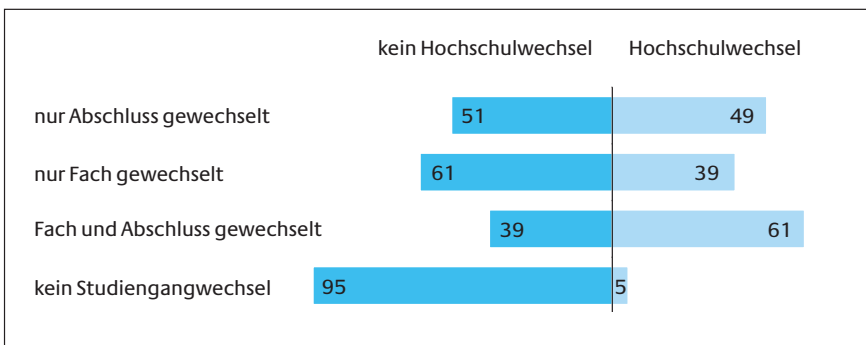
Darüber hinaus gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen Studiengang- und Hochschulwechseln. Hierbei zeigt sich, dass von den Studierenden, die Fach und Abschluss gewechselt haben, ein Anteil von 61 % auch die Hochschule gewechselt hat (Bild 5.14). Bei Studierenden, die ausschließlich den Studienabschluss gewechselt haben, beträgt der

Anteil der Hochschulwechsler/innen 49 %, bei denjenigen, die einen Fachwechsel vorgenommen haben, 39 %. Im Gegensatz dazu stellt der Hochschulwechsel bei Studentinnen und Studenten, die keinen Studiengangwechsel unternehmen haben, eine Ausnahmeerscheinung dar. Nur 5 % der Studierenden aus dieser Gruppe haben die Hochschule gewechselt. Daraus folgt, dass Hochschulwechsel in besonderer Weise mit Studiengangwechseln gekoppelt sind.

Auch nach Fächergruppen differenziert, variieren die Anteile der Hochschulwechsler/innen. Seltener als der Durchschnitt entscheiden sich angehende Ingenieure/innen, Mathematiker/innen und Naturwissenschaftler/innen für einen Hochschulwechsel (Bild 5.15). Demgegenüber wechseln Studierende der Sprach-

Bild 5.14 Hochschulwechsel nach Art des Studiengangwechsels

Studierende im Erststudium, in %



und Kulturwissenschaften sowie der Fächergruppe Sozialwissenschaften/Sozialwesen/Psychologie/Pädagogik überdurchschnittlich häufig.

An Universitäten und Fachhochschulen unterscheiden sich die Anteile der Hochschulwechsler/innen nur geringfügig (13 % vs. 14 %). Verglichen mit 2006 zeigt sich, dass an beiden Hochschularten die Anteile der Studierenden mit Hochschulwechseln leicht gesunken sind (2006: je 15 %). Recht ähnlich fallen – im Vergleich zu 2006 – die Unterschiede zwischen den Studierenden, die in den alten bzw. in den neuen Ländern ihre Hoch-

schulzugangsberechtigung erworben haben aus. Beträgt der Anteil der Studierenden aus den alten Ländern mit Hochschulwechsel 14 %, so liegt der Vergleichswert für die Studierenden aus den neuen Ländern bei 11 % (2006: 15 % vs. 12 %). Allerdings wechseln Studierende aus den alten Ländern an Universitäten häufiger die Hochschule als Studierende aus den neuen Ländern (14 % vs. 10 %). An den Fachhochschulen fallen die Unterschiede nach regionaler Herkunft geringer aus als an den Universitäten (alte Länder: 14 %; neue Länder: 15 %).

Bild 5.15 Hochschulwechsler/innen nach Fächergruppen und Region

Studierende im Erststudium, in %

Merkmal	Anteil der Hochschulwechsler/innen		
	Universität	Fachhochschule	insgesamt
Fächergruppen			
Ingenieurwissenschaften	6	15	11
Sprach- u. Kulturwissenschaften	16	16	16
Mathematik, Naturwissenschaften	11	13	12
Medizin/Gesundheitswissenschaften	14	9	13
Rechts- und Wirtschaftswiss.	13	14	14
Sozialwiss., -wesen/Psy./Päd.	17	13	15
Regionale Herkunft			
alte Länder	14	14	14
neue Länder	10	15	11
insgesamt	13	14	14

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Geschlechtsspezifische Unterschiede im Wechselverhalten liegen nicht vor. Es zeigt sich aber, dass Studierende der sozialen Herkunftsgruppe „hoch“ (16 %) häufiger einen Hochschulwechsel vornehmen als Studierende der sozialen Herkunftsgruppe „niedrig“ (13 %). Dabei haben sich die Anteile – verglichen mit 2006 – weiter angeglichen (2006: 19 % vs. 13 %). Zu den Gründen, die zu dieser unterschiedlich hohen Mobilität der Studierenden dieser beiden sozialen Herkunftsgruppen beitragen, gehören u. a. die finanziellen Möglichkeiten. Letztere kommen beispielsweise dann zum Tragen, wenn mit der Hochschule auch der Hochschulort gewechselt wird und Umzugskosten oder Kosten für eine Unterkunft am neuen Studienort anfallen.

Gründe für einen Hochschulwechsel

Es gibt verschiedene Gründe, warum Studierende im Laufe ihres Studiums die Hochschule wechseln. Einige der in diesem Rahmen relevanten Motive, die dabei eine große bzw. sehr große Rolle spielen, sind in Bild 5.16 dargestellt: Besonders häufig genannt werden persönliche Gründe (63 %), der Wechsel des Studiengangs (63 %) sowie das Studienangebot, das eher den eigenen Erwartungen entspricht (60 %). Daneben spielen aber auch Gründe wie bessere Studienbedingungen

(39 %), eine attraktivere Stadt (33 %) oder der Ruf der Hochschule (28 %) eine (sehr) große Rolle beim Hochschulwechsel. Studiengebühren bzw. Studienbeiträge und Lebenshaltungskosten waren für 16 % der Hochschulwechsler/innen ein Wechselmotiv.

Damit kann erstmalig mit der 19. Sozialerhebung die Frage beantwortet werden, ob die Einführung von Studiengebühren zu einer „Gebührenflucht“ während des Studiums führt. Wird davon ausgegangen, dass 16 % der Hochschulwechsler/innen durch Studiengebühren motiviert waren, ihre Hochschule zu wechseln, so sind dies etwa 2 % von allen Studierenden im Erststudium. Insofern kann angenommen werden, dass eine „Gebührenflucht“ während des Studiums kaum stattfindet.

Darüber hinaus muss in Bezug auf die Wechselgründe beachtet werden, dass im Allgemeinen ein Hochschulwechsel meist nicht nur auf Grund eines einzigen Motivs erfolgt. So liegt der Anteil der Studierenden, bei denen tatsächlich nur ein Motiv eine (sehr) große Rolle bei ihrem Hochschulwechsel spielte, bei 14 %. Weitere 24 % der Hochschulwechsler/innen gaben zwei Gründe an, 24 % nannten drei Gründe und 21 % vier Gründe.

Die Wechselgründe unterscheiden sich deutlich zwischen den Fächergruppen (Bild 5.16): Während beispielsweise für die Hochschulwechsler/innen der Fä-

Bild 5.16 Gründe für einen Hochschulwechsel nach Fächergruppen

Hochschulwechsler/innen im Erststudium, Angaben auf einer Skala von 1 = „spielt überhaupt keine Rolle“ bis 5 = „spielt eine sehr große Rolle“, 4 + 5 in %

Hochschulwechselgründe	insgesamt	Ingenieurw. wiss.	Sprach- und Kulturwiss.	Mathematik, Naturwiss.	Medizin/ Gesundheitsw.	Rechts- u. Wirt- schaftswiss.	Soz./-wesen/ Psy./päd.
persönliche Gründe	63	60	66	64	62	62	64
Wechsel des Studiengangs	63	57	68	62	54	59	69
Studienangebot entspricht eher meinen Erwartungen	60	65	61	58	34	64	61
bessere Studienbedingungen	39	46	39	38	30	43	34
attraktivere Stadt	33	22	38	32	37	35	35
Ruf der Hochschule	28	25	24	26	29	36	24
keine/geringere Studiengebühren/-beiträge	16	18	18	12	13	18	16
geringere Lebenshaltungskosten	16	16	17	13	13	19	14

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

chergroupe Sozialwissenschaften/Sozialwesen/Psychologie/Pädagogik (69 %) sowie der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften (68 %) besonders der Wechsel des Studiengangs von Bedeutung war, trifft dies nur in geringerem Maße für die Hochschulwechsler/innen der Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaft (54 %) zu. Anders sieht es in den Ingenieurwissenschaften aus: Gründe, die in dieser Fächergruppe eine (sehr) große Rolle bei einem Hochschulwechsel

spielen, sind sowohl das erwartungskonforme Studienangebot (65 %) sowie bessere Studienbedingungen (46 %). Der Wechselgrund „attraktivere Stadt“ ist in erster Linie bei den Studierenden der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften (38 %) sowie der Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften (37 %) von Bedeutung. Der Ruf der Hochschule wird hingegen häufig von den Hochschulwechslern der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften genannt (36 %).

Im Vergleich der Geschlechter zeigt sich, dass es nur geringfügige Unterschiede in Bezug auf die Gründe gibt, die zu einem Hochschulwechsel geführt haben (Bild 5.17). Eine Ausnahme bilden die persönlichen Gründe, die von Studenten weniger häufig genannt werden als von Studentinnen (59 % vs. 67 %). Weitaus deutlicher unterscheiden sich die Hochschulwechselgründe der Studierenden zwischen den Regionen. Hierbei fällt besonders auf, dass die Motive „Studiengebühren“ und „Lebenshaltungskosten“ zwischen den alten und neuen Ländern variieren: Während 14 % der Hochschulwechsler/innen in den alten Ländern die Studiengebühren als ein wichtiges Motiv angaben, gilt entsprechendes für 34 % der Studierenden in den neuen Ländern. In ähnlicher Weise verhält es sich mit dem Motiv der „Lebenshaltungskosten“. Nur für 14 % der Hochschulwechsler/innen in den alten Ländern, aber für 30 % der Hochschulwechsler/innen in den neuen Ländern spielten diese eine entscheidende Rolle bei ihrem Hochschulwechsel.

Eine umfangreiche Abwanderung von Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in den alten Ländern erworben haben und die nach einem Hochschulwechsel in einem der gebührenfreien neuen Länder eingeschrieben sind hält sich jedoch in Grenzen. Ihr Anteil an allen Hochschulwechslern beträgt etwa 5 %.

Nach der Einführung der allgemeinen Studiengebühren stellt sich auch die Frage, ob die Bedeutung der verschiedenen Hochschulwechselgründe unterschiedlich ausfällt, wenn nach Studierenden an gebührenpflichtigen und gebührenfreien Hochschulen unterschieden wird. Dabei zeigen sich einige auffallende Ergebnisse, die allerdings auf die Studierenden in den alten Ländern beschränkt bleiben: So liegt die größte Differenz bei dem Grund „Studiengebühren/-beiträge“ vor. Für Hochschulwechsler/innen, die gegenwärtig an einer gebührenfreien Hochschule studieren, hatte das Motiv „Studiengebühren/-beiträge“ einen weitaus höheren Stellenwert (30 %) als für Hochschulwechsler/innen, die gegenwärtig an einer gebührenpflichtigen Hochschule studieren (5 %). Studiengebühren können damit bei einem Teil der Studierenden zu einem Wechsel an eine gebührenfreie Hochschule beitragen.

Bei den Wechselgründen „Ruf der Hochschule“ (30 %), „persönliche Gründe“ (65 %) und den „Studienbedingungen“ (41 %) handelt es sich um solche Gründe, die für Studierende an gebührenpflichtigen Hochschulen besonders relevant sind. D.h., dass Studierende, die diese Gründe nannten, trotz der Studiengebühren bereit waren, einen Hochschulwechsel zu vollziehen.

Differenziert nach sozialer Herkunft wird deutlich, dass Studierende aus der

Bild 5.17 Gründe für einen Hochschulwechsel nach Geschlecht, Region und Gebührenpflicht

Hochschulwechsler/innen im Erststudium, Angaben auf einer Skala von 1 = „spielt überhaupt keine Rolle“ bis 5 = „spielt eine sehr große Rolle“, 4 + 5 in %

Hochschulwechselgründe	Geschlecht		Region		Gebührenpflicht (nur alte Länder)	
	Männer	Frauen	alte Länder	neue Länder	ja	nein
bessere Studienbedingungen	40	39	39	43	41	34
Studienangebot entspricht eher meinen Erwartungen	60	60	60	61	61	57
Ruf der Hochschule	28	27	27	30	30	22
Wechsel des Studiengangs	63	62	62	66	63	61
keine/geringere Studiengebühren/-beiträge	16	17	14	34	5	30
geringere Lebenshaltungskosten	16	15	14	30	12	16
attraktivere Stadt	31	35	33	31	33	35
persönliche Gründe	59	67	64	60	65	61

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

sozialen Herkunftsgruppe „niedrig“ weit- aus häufiger finanzielle Motive für einen Hochschulwechsel angeben als Studierende höherer sozialer Herkunftsgruppen. Die größte Differenz liegt dabei zwischen den Studierenden aus der sozialen Herkunftsgruppe „niedrig“ und der sozialer Herkunftsgruppe „hoch“ (Studiengebühren/-beiträge: 26 % vs. 13 %; Lebenshaltungskosten: 23 % vs. 13 %).

5.2.4 Postgraduale Studiengänge

Ein Anteil von 7 % der Studierenden befindet sich 2009 in einem postgradualen Studium. Dazu zählen z. B. das Zweitstudium, weiterführende Studiengänge – also ein Ergänzungs-, Zusatz- oder Aufbaustudium –, nicht-konsequente Masterstudiengänge oder das Promotionsstudium. Im Vergleich zu 2006 ist der Anteil der postgradualen Studierenden leicht gesunken (2009: 7 %; 2006: 8 %).

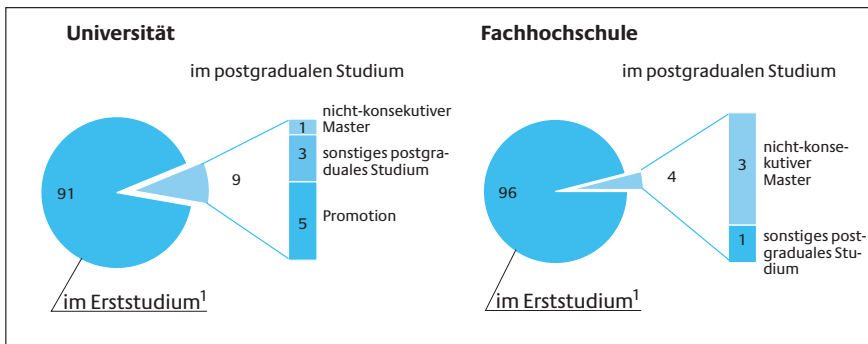
Da es an Universitäten zumeist ein weitaus reichhaltigeres Angebot an Möglichkeiten gibt, einen weiterführenden Abschluss zu erlangen (Bild 5.18), ist der Anteil an Studierenden in postgradualen Studiengängen hier erwartungsgemäß höher (9 %) als an Fachhochschulen (4 %). Dabei entfällt der größte Anteil der Postgraduierten an Universitäten auf die Doktorandinnen und Doktoranden (5 %). Für ein sonstiges postgraduales Studium haben sich 3 % der Studierenden eingeschrieben und lediglich 1 % befindet sich in einem nicht-konsekutiven Master-Studiengang. Anders sieht die Situation an den Fachhochschulen aus. Unter den Postgraduierten bilden hier diejenigen die Mehrheit, die in einem nicht-konsekutiven Master-Studiengang (3 %) immatri-

kuliert sind. In der Zukunft könnte es möglicherweise zu einer konvergierenden Entwicklung zwischen Universitäten und Fachhochschulen durch die nicht-konsekutiven Master-Studiengänge kommen. Promotionsmöglichkeiten gibt es bislang nur an Universitäten.

Von allen Studierenden im postgradualen Studium befindet sich etwa ein Viertel (24 %) in einem nicht-konsekutiven Master-Studiengang, 47 % streben eine Promotion an und 29 % befinden sich in einem sonstigen postgradualen Studium, wie z. B. einem Zweit- oder Aufbau-studium (Bild 5.19).

Die Studienabschlüsse, die im postgradualen Studium angestrebt werden, hängen allerdings auch von den bereits erworbenen Qualifikationen im Erststu-

Bild 5.18 Studierende in postgradualen Studiengängen nach Hochschulart
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ einschl. Studierender mit Bachelor-Abschluss, die einen konsekutiven Master anstreben

dium ab. So streben Studierende, die bereits einen Bachelor-Abschluss erlangt haben, zumeist einen (nicht-konsekutiven) Master-Titel an (63 %). Ähnliches gilt für die Studierenden, die bereits über ein Fachhochschuldiplom verfügen. Von ihnen wählen 61 % ebenfalls als Studienziel den Master-Abschluss.

Demgegenüber streben Studierende, die einen Master-Abschluss, ein Universitätsdiplom, einen Magister-Abschluss

oder ein Staatsexamen (ohne Lehramt) erlangt haben, im postgradualen Studium vor allem eine Promotion an. Hierbei sollte allerdings beachtet werden, dass viele Promovierende nicht an den Universitäten immatrikuliert sind und somit nicht zur Grundgesamtheit der Sozialerhebung gehören.

Im Vergleich zu 2003 und 2006 fällt auf, dass der Anteil an Studierenden in Master-Studiengängen in Folge der Um-

Bild 5.19 Studierende im postgradualen Studium nach Abschluss im Erststudium und angestrebtem Abschluss

Zeilenprozente

erworbener Abschluss	angestrebter Abschluss								
	Bachelor	Master	FH-Diplom	Uni-Diplom	Magister	Staatsexamen (ohne LA)	Staatsexamen (inkl. LA)	Promotion	anderer/keinen Abschluss
Bachelor	8	63	7	11	5	4	2	-	0
Master	5	4	-	11	-	-	3	73	4
FH-Diplom	5	61	5	10	3	5	4	5	1
Uni-Diplom	4	8	<1	5	2	5	4	70	2
Magister	4	3	-	4	1	-	8	78	2
Staatsexamen (ohne LA)	3	3	-	1	3	3	-	83	4
Staatsexamen (inkl. LA)	5	8	-	5	3	1	20	43	16
anderer Abschluss	19	22	3	24	2	9	8	9	4
insgesamt	6	24	2	7	2	4	5	47	3

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

setzung der Bologna-Beschlüsse erwartungsgemäß gestiegen ist. Strebten 2003 lediglich 5 % aller postgradualen Studierenden den Master-Titel an, so stieg der Vergleichswert im Jahr 2006 auf 18 % an und liegt nunmehr im Jahr 2009 bei 24 %.

5.2.5 Studienbezogener Auslandsaufenthalt

Im Folgenden wird ein Überblick über die Art und das Ausmaß der studienbezogenen Auslandsaufenthalte gegeben, der sich auf einige der wichtigsten Eckdaten beschränkt. Weitere und detaillierte Informationen zur Auslandsmobilität können dem Sonderbericht „Internationalisierung des Studiums“ entnommen werden, der bis Ende 2010 erscheinen wird.

Bei den studienbezogenen Auslandsaufenthalten werden verschiedene Formen unterschieden: Ein vorübergehendes Studium an einer ausländischen Hochschule, ein im Ausland durchgeführtes Praktikum oder durchgeführter Sprachkurs sowie sonstige studienbezogene Auslandsaufenthalte (z. B. Exkursionen, Forschungsaufenthalte oder Studienprojekte).

Um den Umfang der studentischen Auslandsmobilität zu beschreiben, wird die Quote der heimischen Studierenden (Deutsche und Bildungsinländer) im Erststudium ausgewiesen, die zum Zeitpunkt der 19. Sozialerhebung (Sommersemester

2009) bereits studienbezogen im Ausland war. Berücksichtigt werden hierbei ausschließlich Studierende in höheren Hochschulesemestern. Dies ermöglicht eine annähernde Prognose, wie viele Studierende zum Abschluss ihres Studiums studienbezogene Auslandserfahrungen gesammelt haben. Darüber hinaus kann die Quote der Auslandsmobilität noch um den Anteil jener Studierenden im höheren Semester ergänzt werden, der die feste Absicht hat, noch während des Studiums einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt durchzuführen. Dadurch ergibt sich eine gute Schätzung des Anteils der Absolventen eines Erststudiums, der über Auslandserfahrungen verfügt.

Bei der Berechnung der Auslandsmobilitätsquote sind aber – im Vergleich zur 18. Sozialerhebung – einige Änderungen notwendig geworden: Wurden bisher alle Studierenden berücksichtigt, werden nunmehr ausschließlich Studierende im Erststudium in das Berechnungsverfahren eingeschlossen. Als Folge des Bologna-Prozesses und der damit veränderten Studienstruktur können auch nicht mehr alle Studierenden undifferenziert in ihrer Gesamtheit betrachtet werden. Denn die neuen Bachelor-Studiengänge weisen u. a. – im Vergleich zu den alten Studiengängen – eine deutlich kürzere Regelstudienzeit auf. Da bereits ein Anteil von 42 % der Studierenden einen Bachelor-Abschluss anstrebt, werden getrennte Aus-

landsmobilitätsquoten für die alten und die neuen Studiengänge (hier: nur Bachelor-Studierende, ohne konsekutive Master-Studierende) berechnet.

Des Weiteren sind auf Grund der unterschiedlichen Regelstudienzeiten in den alten und neuen Studiengängen unterschiedliche Definitionen notwendig, ab wann von „Studierenden in höheren Semestern“ gesprochen werden kann. Diesbezüglich wurde für die Studierenden in den alten Studiengängen eine Anpassung analog zum letzten Sonderbericht zur 18. Sozialerhebung „Internationalisierung des Studiums“ (Isserstedt/Link 2008: 49) vorgenommen. Als Studierende in höheren Semestern gelten somit Studierende an Universitäten im 9. bis 14. Hochschulsemester und Studierende an Fachhochschulen im 7. bis 11. Hochschulsemester.

Im Gegensatz dazu werden die Studierenden in den Bachelor-Studiengängen dann als „Studierende in höheren Semestern“ definiert, wenn sie sich im 5. bis 10. Semester befinden.

Studierende in den alten Studiengängen

Der Anteil der Studierenden in den alten Studiengängen, der sich in höheren Semestern befindet und einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt durchgeführt hat, beträgt 32 % (Bild 5.20). Wird nach

den einzelnen Arten von Auslandsaufenthalten differenziert, dann zeigen sich die folgenden Ergebnisse: Die überwiegende Mehrheit der Studierenden war an einer ausländischen Hochschule immatrikuliert (18 %) und/oder hat im Ausland ein studienbezogenes Praktikum durchgeführt (16 %). Sprachkurse (5 %) bzw. sonstige studienbezogene Auslandsaufenthalte (4 %) werden deutlich seltener genannt und spielen daher bei den Auslandsaufenthalten nur eine nachgeordnete Rolle.

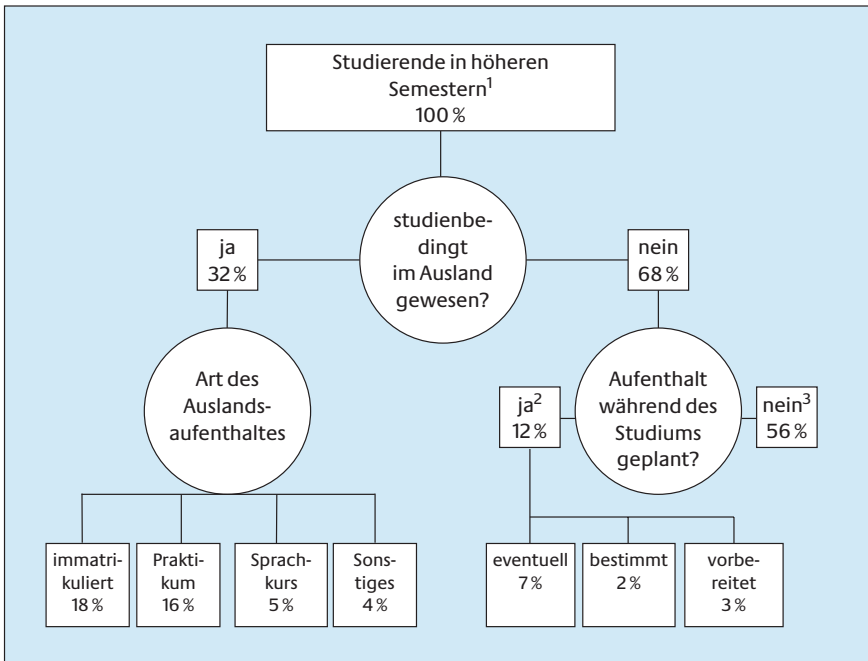
Weitere 12 % der Studierenden erwägen noch für die Zukunft, einige Zeit studienbezogen im Ausland zu verbringen. Bei einem Teil der Studierenden sind diese Überlegungen aber noch recht vage. Die feste Absicht, einen solchen Plan umzusetzen, äußern 5 % der Studierenden. Es kann insofern davon ausgegangen werden, dass schätzungsweise 37 % der Absolventen eines Erststudiums in den traditionellen Studiengängen über studienbezogene Auslandserfahrungen verfügen.

Studierende in den Bachelor-Studiengängen

Von den Studierenden in den Bachelor-Studiengängen, die sich im 5. bis 10. Semester befinden, haben 16 % einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt durchgeführt (Bild 5.21). Bei diesen Aufenthalten handelt es sich am häufigsten um ein Studium an einer Hochschule (9 %) und/

Bild 5.20 Studienbezogene Auslandsaufenthalte und Auslandspläne der Studierenden in traditionellen Studiengängen

Studierende im Erststudium in höheren Semestern, in %, Mehrfachnennungen der Art des Aufenthalts möglich



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Universität o.ä. 9. bis 14. Semester, FH 7. bis 11. Semester

² Summe der positiven Antwortkategorien „eventuell“, „ganz bestimmt“ und „vorbereitet“

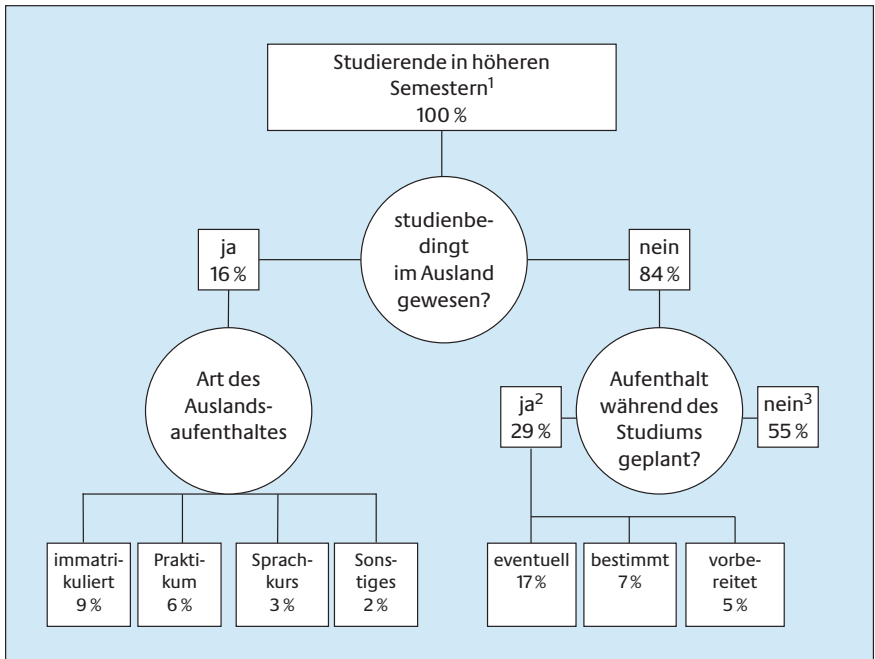
³ Summe der Antwortkategorien „kein Interesse“, „keine Chance“ und „weiß nicht“

oder um ein Praktikum (6 %). Weitaus seltener zog es die Bachelor-Studierenden auf Grund eines Sprachkurses (3 %) oder sonstigen studienbezogenen Aufenthalts (2 %) ins Ausland.

Auffallend hoch ist bei den Studierenden der Bachelor-Studiengänge der Anteil derjenigen, der zwar noch keinerlei Auslandserfahrungen gesammelt hat, der aber einen Auslandsaufenthalt plant.

Bild 5.21 Studienbezogene Auslandsaufenthalte und Auslandspläne der Studierenden in Bachelor-Studiengängen

Studierende im Erststudium in höheren Semestern, in %, Mehrfachnennungen der Art des Aufenthalts möglich



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Bachelor-Studierende, 5. bis 10. Semester

² Summe der positiven Antwortkategorien „eventuell“, „ganz bestimmt“ und „vorbereitet“

³ Summe der Antwortkategorien „kein Interesse“, „keine Chance“ und „weiß nicht“

Dieser Anteil ist mit 29 % im Vergleich zu den Studierenden der alten Studiengänge (12 %) mehr als doppelt so hoch. Allerdings ist einzuschränken, dass ein recht hoher Anteil (17 %) diesen geplanten Aufenthalt nur eventuell durchführen wird.

Eine feste Absicht zur Durchführung eines studienbedingten Auslandsaufenthalts haben 12 % der Bachelor-Studierenden. Wird der Anteil dieser Studierenden zum Anteil derer hinzugezählt, die bereits studienbezogen im Ausland waren,

so ist eine Auslandsmobilitätsquote von 28 % für die Bachelor-Studierenden zu prognostizieren. Damit sind die Bachelor-Studierenden im Vergleich zu den Studierenden der alten Studiengänge, deutlich weniger auslandsmobil.

6. Studienfinanzierung – Einnahmen der Studierenden

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick							
für die Bezugsgruppe „Normalstudent“							
Monatliche Einnahmen		2006		2009			
- Arithmetischer Mittelwert		€	770	812			
- Median der Einnahmenverteilung (50 % der Studierenden haben geringere, 50 % höhere Einnahmen)		€	725	770			
Monatliche Einnahmen		alte Länder		neue Länder			
		2006	2009	2006	2009		
- Arithmetischer Mittelwert		€	788	832	685	722	
- Median		€	750	800	650	694	
- Zusammensetzung nach Finanzierungsquellen:							
		Beitrag der Eltern		52	48	50	46
(Anteil der Quellen in % des Durchschnittsbudgets)		BAföG		13	14	22	24
		eigener Verdienst		25	27	17	18
		sonstige Quellen		10	11	11	12
Finanzierungsquellen 2009 vs. 2006			Stud. in %		€		
- von den Eltern			2009	87	445		
			2006	90	448		
(es erhalten ... % der Studierenden im Durchschnitt ... €)			- nach dem BAföG	2009	29	430	
				2006	29	376	
- eigener Verdienst			2009	65	323		
			2006	60	308		
Monatliche Einnahmen 2009 nach der sozialen Herkunft der Studierenden		in €	davon durch ... (in %)				
			Eltern	BAföG	Verdienst		
Herkunftsgruppe		niedrig	783	26	32	30	
		mittel	809	35	22	30	
		gehoben	797	47	14	27	
		hoch	833	63	6	21	

Technische Hinweise

Definitionen

Bezugsgruppe „Normalstudent“

Ledige Studierende, die außerhalb des Elternhauses wohnen und sich im Erststudium befinden.

Monatliche Einnahmen

Summe der regelmäßigen Einnahmen aus den verschiedenen in Anspruch genommenen Finanzierungsquellen.

Finanzierungsstruktur

Die Finanzierungsstruktur beschreibt, zu welchen Anteilen die verschiedenen Finanzierungsquellen durchschnittlich an den monatlichen Einnahmen beteiligt sind.

Einnahmenbeträge in €

Einnahmenbeträge werden in der Regel als arithmetische Mittelwerte ausgewiesen. Zur Beschreibung der Einnahmenverteilung wird häufiger auch der Median, als der Mittelwert, der von Extremwerten weniger beeinflussbar ist, aufgeführt. Der Median ist der Betrag, den die eine Hälfte der Studierenden unter- und die andere Hälfte überschreitet.

DM-Beträge aus vorangehenden Sozialerhebungen wurden nach der Formel:
 $\text{€} = \text{DM} / 1,95583$ umgerechnet.

Sockelfinanzierung

Damit ist die Summe der Einnahmen aus allen Finanzierungsquellen, ausgenommen die Einnahmen durch eigenen Verdienst, gemeint.

Bezugsgruppe

Bezugsgruppe „Normalstudent“
 (Definition s.o.)

Datenquellen

Daten der Sozialerhebung (vor allem Fragen 19 und 20)

Statistisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex für Deutschland (früher: Preisindex für die Lebenshaltung):
<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistik...> 24.09.09

6.1 Grundlagen der Analyse

6.1.1 Rechtslage

Grundsätzlich hat in Deutschland ein Kind gegenüber den Eltern Anspruch auf Gewährung von Ausbildungsunterhalt für **eine** berufsqualifizierende Ausbildung. In der Regel sind folglich auch die Eltern eines studierenden Kindes dazu verpflichtet, mit einer angemessenen Unterhaltszahlung die Lebenshaltungskosten und die Kosten des Studiums zu tragen. Die Rechtsprechung geht derzeit von einem Unterhaltsbedarf des studierenden Kindes, welches nicht mehr im Elternhaus wohnt, von 640 € pro Monat aus (Düsseldorfer Tabelle, 2009). Soweit unterhaltsberechtigter Studierende eine eigene Kranken- und Pflegeversicherung abzuschließen haben, sind diese Kosten zusätzlich von den Eltern zu tragen. Dies gilt ebenso für die allgemeinen Studiengebühren, die mittlerweile in einigen Ländern erhoben werden.

Die Unterhaltspflicht der Eltern besteht für eine berufsqualifizierende Ausbildung. Sie besteht i. d. R. nicht mehr, wenn ein zweites Studium, ein Ergänzungs-, Zusatz-, Aufbau- oder Promotionsstudium absolviert wird. Bei den durch die Studienstrukturreform eingeführten konsekutiven Bachelor/Master-Studiengängen hat der Gesetzgeber entschieden, dass nach dem Erwerb des Bachelor-Abschlusses auch für den an-

schließenden Master-Studiengang ein Anspruch auf Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) besteht. Es liegt nahe anzunehmen, dass in diesen Fällen auch die Unterhaltspflicht der Eltern nicht nach dem Erwerb des Bachelor-Abschlusses endet.

Ausgehend vom Bedarfssatz, den die Rechtsprechung für angemessen hält, müssen Eltern eines studierenden Kindes, welches eine eigene Kranken- und Pflegeversicherung benötigt, mit einem Unterhaltsanspruch in Höhe von gut 700 € pro Monat rechnen. Studiert das Kind an einer Hochschule, welche nach dem für sie geltenden Landesrecht allgemeine Studiengebühren erhebt, erhöht sich der Unterhaltsanspruch bei Umrechnung der semesterweise erhobenen Gebühren (i. d. R. 500 €) auf fast 790 € pro Monat. Allerdings orientiert sich die Rechtsprechung bei der Höhe des Betrags, mit dem unterhaltspflichtige Eltern das studierende Kind tatsächlich zu alimentieren haben, in der Regel an den wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern. Folglich können Unterhaltsansprüche in der beschriebenen Größenordnung im Konfliktfalle nur bei solchen Eltern durchgesetzt werden, deren finanzielle Leistungsfähigkeit dies ermöglicht.

Ist die wirtschaftliche Situation der Eltern so, dass sie gar nicht oder nur beschränkt leistungsfähig sind, bietet der Staat mit dem Bundesausbildungsförde-

rungsgesetz (BAföG) Studienwilligen die Möglichkeit, den Lebensunterhalt während des Studiums zu finanzieren (s. Kapitel 8). Außerdem offerieren die Länder, die Studiengebühren erheben, den Studierenden in ihrem Zuständigkeitsbereich die Möglichkeit, diese Gebühren durch Aufnahme eines Kredits zu finanzieren.

Eltern, die ihrer Unterhaltspflicht nachkommen, werden staatlicherseits durch verschiedene, vom Gesetzgeber unter dem Oberbegriff Familienleistungsausgleich zusammengefasste Regelungen entlastet. Hier ist zunächst das staatliche Kindergeld zu nennen. Bis Ende 2006 hatten in der Regel die Eltern Anspruch auf Kindergeld, bis das studierende Kind das 27. Lebensjahr vollendet hatte. Diese Altersgrenze wurde vom Gesetzgeber neu festgelegt, so dass ab dem 01.01.2007 Kindergeld in der Regel nur noch bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gezahlt wird.

Im Jahre 2009 konnten Eltern mit einem monatlichen Kindergeldbetrag von 164 € für das erste und zweite Kind, mit 170 € für das dritte und 195 € für jedes weitere Kind rechnen. Dieser Anspruch kann aber nur dann realisiert werden, wenn das eigene Einkommen des studierenden Kindes eine bestimmte Grenze pro Jahr nicht überschreitet (2009: 7.680 €).

Darüber hinaus wird unterhaltspflichtigen Eltern die Möglichkeit einge-

räumt – sofern ein Anspruch auf Kindergeld besteht –, durch den so genannten Kinderfreibetrag (3.864 € pro Jahr) und den Freibetrag für Betreuungs-, Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf (2.160 € pro Jahr) ihr steuerpflichtiges Einkommen zu reduzieren. Eine Entlastung durch diese Freibeträge ergibt sich nach dem derzeit gültigen Steuerrecht allerdings nur dann, wenn die aufgrund dieser Freibeträge zu gewährende Steuerminderung betragsmäßig höher ausfällt als das erhaltene Kindergeld.

Als weitere Entlastungsmöglichkeit für Eltern mit steuerpflichtigem Einkommen ist der Freibetrag zur Abgeltung eines Sonderbedarfs bei Berufsausbildung eines volljährigen Kindes zu nennen. Dieser Freibetrag wird auf Antrag gewährt, solange ein Anspruch auf Kindergeld für das studierende Kind besteht und das Kind nicht im Elternhaus wohnt. Antragsberechtigte Eltern können mit diesem Freibetrag ihr steuerpflichtiges Einkommen derzeit um maximal 924 € reduzieren. Allerdings verringert sich dieser Betrag entsprechend, sobald das Kind über eigenes Einkommen verfügt (dazu zählt u. a. der Zuschussbetrag der BAföG-Förderung), welches 1.848 € pro Jahr übersteigt.

Im Jahre 2009 werden Eltern von studierenden Kindern, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, folglich durch staatliche Transferleistungen in monatlicher Höhe von mindestens 164 €

bis höchstens rd. 243 € je Kind entlastet (2006: bis rd. 236 €). Mit dem Höchstbetrag von rd. 243 € können allerdings nur Eltern rechnen, deren Einkommen so hoch ist, dass für die geltend gemachten Freibeträge die maximale steuerliche Entlastung greift (Spitzensteuersatz 42 %).

Aber auch für Eltern, die aufgrund des fortgeschrittenen Alters ihres studierenden Kindes kein Kindergeld erhalten, besteht die Möglichkeit, bei fortdauernder Unterhaltspflicht, ihre Unterhaltsleistungen steuerlich geltend zu machen. In diesen Fällen kann ein Unterhaltsfreibetrag in Anspruch genommen werden, durch den sich die Steuerschuld um bis zu rd. 280 € (2006: bis 269 €) pro Monat reduzieren lässt.

Die Rahmenbedingungen der Studienfinanzierung sind mit der Unterhaltspflicht der Eltern, den steuerlichen Entlastungen der unterhaltspflichtigen Eltern und der staatlichen Ausbildungsförderung nach dem BAföG im wesentlichen beschrieben. Faktisch kommt als weitere Säule der Studienfinanzierung die Selbstfinanzierung der Studierenden durch eigenen Verdienst aus Erwerbstätigkeit neben dem Studium hinzu. Der eigene Verdienst der Studierenden wird vom Gesetzgeber bis zu bestimmten Grenzbeträgen als unschädlich sowohl bei der steuerlichen Entlastung der Eltern als auch der Förderung nach dem BAföG toleriert.

Seit 2006 sind Entwicklungen zu be-

obachten (18. Sozialerhebung, 2007, S. 173), die in der Konsequenz darauf hinauslaufen, die Selbstbeteiligung der Studierenden an ihren Ausbildungskosten zu erhöhen. So wird den Studierenden unabhängig davon, ob deren Eltern die Ausbildungskosten tragen könnten, von der KfW-Bankengruppe mit Unterstützung des BMBF der so genannte Bildungskredit angeboten. Damit soll im Sinne der Initiatoren ein zeitlich befristeter, zinsgünstiger Kredit zur Unterstützung in fortgeschrittenen Ausbildungsphasen angeboten werden.

Darüber hinaus bietet seit dem Frühjahr 2006 die KfW-Bankengruppe den Studierenden an, ebenfalls im Auftrag der Bundesregierung, ihren Lebensunterhalt während des Studiums über einen Studienkredit zu finanzieren.

Mit den Ergebnissen der aktuellen Sozialerhebung wird es möglich sein darüber Aufschluss zu geben, in welchem Umfang Kreditangebote zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten, die mittlerweile auch von Geschäftsbanken offeriert werden, aber auch die von einigen Ländern initiierten Kreditangebote zur Bestreitung der Studienbeiträge von den Studierenden angenommen werden.

6.1.2 Haushaltstyp „Normalstudent“

Die Beschreibung und Analyse der finanziellen Situation konzentriert sich auf die

Studierenden, die nicht mehr im Elternhaus wohnen, ledig sind und sich im Erststudium befinden. Studierende, die sich in einem konsekutiven Bachelor-/Masterstudiengang befinden, werden auch nach erfolgreichem Bachelorabschluss zu den Studierenden im Erststudium gezählt. Die so definierte Bezugsgruppe „Normalstudent“, umfasst derzeit, wie bereits 2006, gut 65 % der studierenden Deutschen und Bildungsinländer.

Die ähnlichen Randbedingungen, unter denen diese Studierenden „haushalten“, erlauben es, diese Gruppe als relativ homogenen Haushaltstyp zu betrachten. Bei den übrigen Studierenden wird die wirtschaftliche Situation erheblich davon bestimmt, ob sie noch im Elternhaus wohnen, verheiratet sind oder bereits ein Studium erfolgreich abgeschlossen haben. Bei früheren Sozialerhebungen (vgl. 10. bis 13. Sozialerhebung) war die finanzielle Situation dieser Studierendengruppen ebenfalls Gegenstand der Berichterstattung. Allerdings mussten die Teilergebnisse für die Studierenden, die noch im Elternhaus wohnten oder bereits verheiratet waren, stets mit einem methodischen Vorbehalt versehen werden. Bei den so genannten Elternwohnern stellte es sich als unzumutbar heraus, den Wert der von den Eltern erbrachten Naturalleistungen einigermaßen sicher abzuschätzen. Bei den verheirateten Studierenden wurde dagegen immer wieder festgestellt, dass

häufig der vorhandene Familienetat angegeben wird, weil sie die verlangte personenbezogene Differenzierung der Einnahmedaten nicht vornehmen konnten oder wollten.

Im Rahmen der 14. Sozialerhebung wurde entschieden, die Beschreibung und Analyse der finanziellen Situation auf die so genannte Bezugsgruppe „Normalstudent“ zu beschränken. Mit ausschlaggebend für diese Entscheidung war, dass der „Normalstudent“ derjenige Studententyp ist, der bei förderungspolitischen Überlegungen sowie unterhaltsrechtlichen Fragestellungen als Regelfall im Vordergrund steht.

6.1.3 Methodische Anmerkung

Zur Ermittlung der monatlichen Einnahmen wird zunächst danach gefragt, welche Finanzierungsquelle mit welchem Betrag im Sommersemester 2009 zur Bestreitung des Lebensunterhalts beiträgt. Soweit die Studierenden durch eine Finanzierungsquelle Einnahmen in unterschiedlicher Höhe oder unregelmäßiger Folge beziehen, sind sie gehalten, den durchschnittlichen Betrag pro Monat im Sommersemester anzugeben. Explizit werden die Befragten bei den Einnahmequellen „eigener Verdienst“ und „eigene Mittel, die bereits vor dem Studium erworben bzw. angespart worden sind“, nochmals darauf hingewiesen, hier lediglich den Betrag anzugeben, den sie davon

im Monat durchschnittlich einsetzen. Die im Folgenden ausgewiesenen Beträge des eigenen Verdienstes sind somit nicht in jedem Fall mit dem gesamten Verdienst der Studierenden gleichzusetzen. Ebenso ist der Anteil der Studierenden, der eigenen Verdienst zur Finanzierung des Lebensunterhalts einsetzt, nicht gleichzusetzen mit dem Anteil, der überhaupt während des Studiums erwerbstätig ist (vgl. Kapitel 10). Ermittelt und dargestellt werden lediglich der Betrag, den Studierende vom eigenen Verdienst monatlich zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts verwenden, und der Anteil der Studierenden, den dies betrifft.

Die Summe der aus den verschiedenen Finanzierungsquellen zur Verfügung stehenden Beträge ergibt die monatlichen Bareinnahmen der Studierenden, also den Betrag, bei dem sie mehr oder weniger frei entscheiden können, wie sie diesen für die verschiedenen Positionen ihrer Lebenshaltungskosten einsetzen.

Die Bareinnahmen sind der hauptsächliche Bestandteil der monatlichen Einnahmen der Studierenden. Der zweite Bestandteil sind Leistungen vor allem der Eltern, seltener des Lebenspartners/der Lebenspartnerin, die diese, über den Geldtransfer hinaus (Bareinnahmen) oder auch an seiner Stelle, für bestimmte Positionen der Lebenshaltung der begünstigten Studierenden erbringen. Damit gemeint ist z. B. die Überweisung der

Miete durch die Eltern, direkt an den Vermieter des Studierenden. Aber auch von den Eltern unmittelbar getätigte Ausgaben für Ernährung, Kleidung, Lernmittel, verschiedene Versicherungen (beispielsweise die ggf. notwendige Krankenversicherung oder, bei Besitz eines Autos, die dann fällige Haftpflichtversicherung) u. a. m. zählen dazu (vgl. Fragebogen, Anhang). Diese Leistungen werden im Rahmen der Sozialerhebung vereinfachend auch als unbare Leistungen bzw. Einnahmen bezeichnet.

Seit Einführung des beschriebenen Fragemodells zur Ermittlung der monatlichen Einnahmen im Jahre 1982 lässt sich beobachten, dass der Anteil der so genannten unbaren Leistungen an den monatlichen Einnahmen, von Erhebung zu Erhebung variierend, zwischen 10 % bis 16 % liegt.

Der größte Teil des als unbare Leistung ermittelten Einnahmenbetrags entfällt regelmäßig auf Mietzahlungen (2009: 58 %, 2006: 57 %). Dies ist damit zu erklären, dass rd. ein Fünftel der Studierenden von den verfügbaren Bareinnahmen überhaupt keine Ausgaben für Miete einschließlich Nebenkosten bestreitet und stattdessen die Mietzahlung direkt von den Eltern an den Vermieter erfolgt.

Auch wenn die Mietzahlung unmittelbar von den Eltern getätigt wird, dürfte die Höhe der Miete als regelmäßige, vertraglich fixierte Leistung jedem Studie-

renden hinlänglich bekannt sein. Folglich kann angenommen werden, dass dieser Teil der unbaren Leistungen zuverlässig ermittelt wird. Hingegen dürfte es sich bei den übrigen unbaren Leistungen häufig um Werte handeln, die als grobe Schätzungen einzustufen sind. So ist z. B. nicht davon auszugehen, dass sehr viele Studierende exakt angeben können, wie viel Geld die Eltern durchschnittlich pro Monat für Kleidungsgegenstände zu ihren Gunsten aufwenden.

Die ausgewiesenen Monatsbeträge der studentischen Einnahmen stehen folglich generell unter dem Vorbehalt, dass es sich dabei teilweise um Schätzungen handelt. Die ausgewiesenen Beträge sind unter diesem Vorbehalt zu interpretieren. Veränderungen der monatlichen Einnahmen in Abhängigkeit von verschiedenen Merkmalen, aber auch im Zeitverlauf, können hingegen vorbehaltlos interpretiert werden.

Die geldwerte Summe der so genannten unbaren Leistungen wird stets zum Betrag des direkten Geldtransfers der Eltern hinzuaddiert und bei den nachfolgenden Ergebnisdarstellungen als Leistung der Eltern ausgewiesen. Hierbei wird in Kauf genommen, dass in einigen Fällen, entsprechend der Fragestellung, diese Leistungen auch vom Partner bzw. der Partnerin erbracht worden sein könnten. Dies Verfahren wird für vertretbar gehalten, da die Wahrscheinlichkeit, dass

ledige Studierende regelmäßig und umfangreich vom Partner bzw. der Partnerin finanziell unterstützt werden, als äußerst gering einzuschätzen ist. Selbst unter der Annahme, dass die unbaren Leistungen für Studierende, die mit einem erwerbstätigen Partner bzw. einer erwerbstätigen Partnerin zusammenleben, in vollem Umfang vom Partner bzw. der Partnerin erbracht werden, würde sich das ausgewiesene Ergebnis für die finanzielle Unterstützung durch die Eltern (vgl. Bild 6.3) nur marginal verändern. In dem Falle würde der Anteil der von den Eltern finanziell unterstützten Studierenden, ähnlich wie bereits 2006 festgestellt, um etwa einen Prozentpunkt und der von ihnen durchschnittlich bereitgestellte Geldbetrag um knapp 2% niedriger ausfallen.

Ergänzend ist unter methodischen Aspekten auf Veränderungen bei der Fragestellung zur Ermittlung der monatlichen Einnahmen hinzuweisen. So wurde die 2006 vorgegebene Finanzierungsquelle „Kredit zur Studienfinanzierung von einer Bank/Sparkasse“ weitergehend differenziert, indem 2009 nach einem „Studienkredit bei der KfW-Bankengruppe“ und einem „Kredit zur Studienfinanzierung bei einer anderen Bank/Sparkasse“ gefragt wurde. Auf die Antwortvorgabe „Kredit von einer Privatperson“ wurde 2009 hingegen verzichtet. Bei den Antwortvorgaben für mögliche Kreditauf-

nahmen wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein Kredit zur Finanzierung der Studiengebühren hier nicht gemeint ist und Angaben dazu im Zusammenhang mit einer weiteren Fragestellung gemacht werden können.

Ziel der nachfolgenden Betrachtungen ist es, detailliert zu beschreiben, wie Studierende im Sommersemester 2009 ihr Studium finanzieren und welche Entwicklungen diesbezüglich, verglichen mit der Situation im Jahre 2006, insbesondere unter Beachtung der unmittelbar nach der 18. Sozialerhebung realisierten Einführung von Studiengebühren in sechs Ländern und der in allen Ländern weit fortgeschrittenen Studienstrukturreform, zu beobachten sind. Selbstverständlich ist auch für diese Sozialerhebung ein wesentlicher Untersuchungsansatz, das Augenmerk darauf zu richten, in welchem Umfang die nach wie vor geltende ordnungspolitische Grundvorstellung der Alimentation der Studierenden durch Eltern oder ersatzweise nach dem BAföG umgesetzt wird und inwieweit damit die Elterngeneration ihrer Verpflichtung gegenüber der in Ausbildung befindlichen Generation gerecht wird.

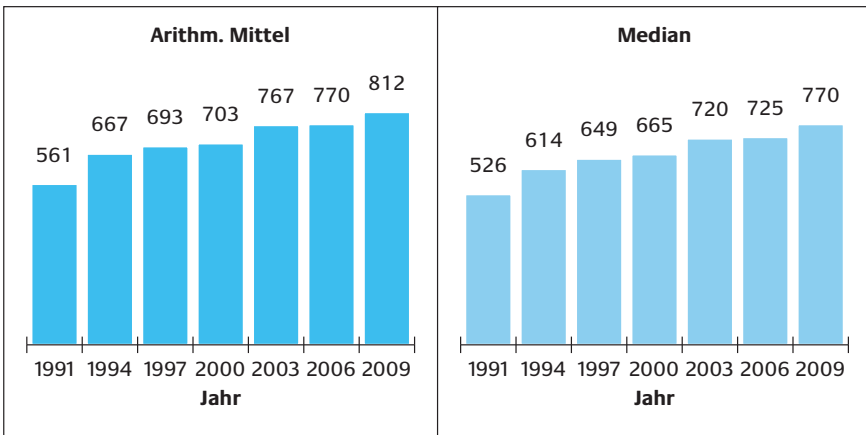
Generell ist noch darauf hinzuweisen, dass es sich bei den im Folgenden erörterten Einnahmebeträgen stets um auf den Monat bezogene Beträge handelt.

6.2 Studienfinanzierung im Überblick

6.2.1 Höhe der monatlichen Einnahmen

Der für 2009 ermittelte Durchschnittsbetrag der monatlichen Einnahmen liegt mit 812 € um 42 € höher als 2006 (Bild 6.1). Nominal ist damit eine Steigerung der monatlichen Einnahmen um gut 5 % zu konstatieren. Real, also unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Entwicklung des Verbraucherpreisindexes, sind die monatlichen Einnahmen der Studierenden aber lediglich um 0,2 % gestiegen. Die Kaufkraft der Studierenden im Jahre 2009 liegt folglich auf dem gleichen Niveau wie die der Studierenden im Jahre 2006. Bei der Beurteilung der jüngsten Entwicklung ist zu beachten, dass die Studierenden des Jahres 2006 über nominal etwa gleich hohe Einnahmen verfügten wie die Studierenden des Jahres 2003, ihre Kaufkraft damit aber um gut 4 % geringer war als 2003.

Mit 812 € verfügt die aktuelle Studierendengeneration über monatliche Einnahmen, die nominal um rd. 45 % höher liegen als die Einnahmen der Studierenden im Jahre 1991 (561 €), dem Jahr der ersten gesamtdeutschen Sozialerhebung. Auch real, d. h. unter Berücksichtigung der Entwicklung der Lebenshaltungskosten, liegen die monatlichen Einnahmen

Bild 6.1 Höhe der monatlichen Einnahmen – MittelwerteBezugsgruppe „Normalstudent“¹, in €

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

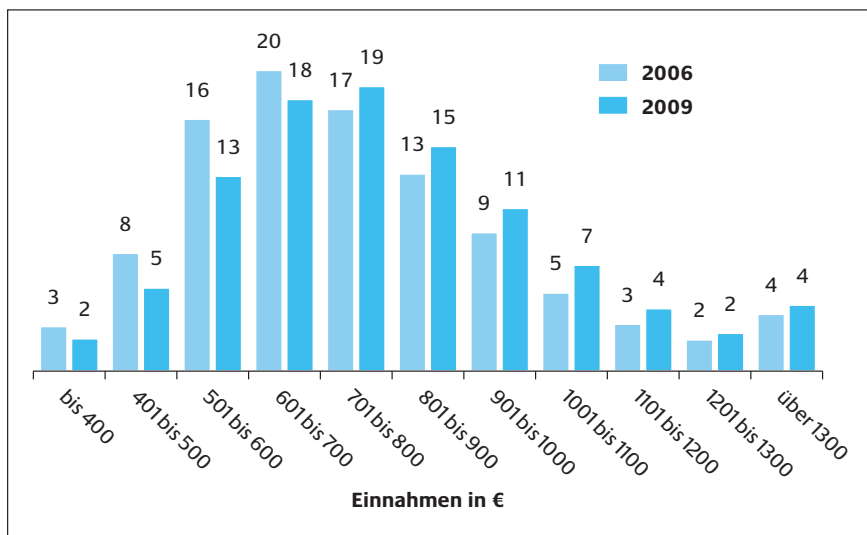
der Studierenden im Jahre 2009 höher als 1991 und zwar um knapp 3%. Wird als Ausgangspunkt der längerfristigen Betrachtung das Jahr 1994 gewählt, liegen die monatlichen Einnahmen 2009 nominal um rd. 22% höher als 1994 (812 € vs. 667 €). Die reale Kaufkraft der aktuellen Studierendengeneration fällt damit aber um 2,5% geringer aus als die der Studierenden von 1994. Zusammenfassend liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die längerfristige Entwicklung der monatlichen Einnahmen der Studierenden in etwa der Entwicklung der Lebenshaltungskosten folgt.

Aus der Verteilung der Studierenden nach der Höhe der monatliche Einnah-

men (Bild 6.2) ist abzulesen, dass sich auch im Jahre 2009 hinter dem Durchschnittsbetrag der Einnahmen eine erhebliche Bandbreite individueller Einnahmehöhen verbirgt. So wird deutlich, dass es einerseits nach wie vor Studierende gibt (2%), denen zur Bestreitung des Lebensunterhalts sehr wenig Geld (bis 400 €) zur Verfügung steht, andererseits aber auch solche zu finden sind (4%), die mit vergleichsweise hohen Einnahmen (über 1.300 €) haushalten können. Nach dem Median der Verteilungskurve verfügt eine Hälfte der Studierenden über monatliche Einnahmen unter 770 € und die andere Hälfte über höhere Einnah-

Bild 6.2 Einnahmenverteilung – Studierende nach der Höhe der monatlichen Einnahmen

Bezugsgruppe „Normalstudent“, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

men. Auch dieser Kennwert fällt verglichen mit 2006, als er bei 725 € lag, deutlich höher aus.

Wird als Maßstab für eine angemessene finanzielle Ausstattung der BAföG-Höchstsatz herangezogen (648 €), indem Zuschläge für eine ggf. notwendige eigene Kranken- und Pflegeversicherung bereits enthalten sind, ist festzustellen: 26 % der Studierenden verfügen 2009 über geringere monatliche Einnahmen. 2006 lag der Anteil der Studierenden, die weniger Geld zur Verfügung hatten als nach dem

BAföG-Höchstsatz angemessen gewesen wäre, bei 22%. Allerdings lag damals der Höchstbetrag nach dem BAföG noch bei 585 €.

Die Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland orientiert sich bei Unterhaltsprozessen, die zur Klärung des Bedarfs unterhaltsberechtigter Kinder zu führen sind, an den von ihr selbst in der sogenannten Düsseldorfer Tabelle festgelegten Bedarfssätzen. Danach ist seit 2006 der Bedarf von Studierenden, die nicht mehr im Elternhaus wohnen, mit 640 €

festgelegt. Allerdings erhöht sich dieser Bedarf durch ggf. notwendige Ausgaben für eine Kranken- und Pflegeversicherung sowie Studiengebühren. Nach Maßgabe dieses Bedarfssatzes liegt der Anteil der Studierenden mit zu geringen Einnahmen 2009 bei 25 % und lag 2006 bei 33 %.

Im Jahre 2009 verfügt das Viertel der Studierenden mit den geringsten Einnahmen über monatliche Beträge bis 640 €, das Viertel mit den höchsten Einnahmen über mehr als 949 €. Es liegt nahe, dass die Studierenden des unteren und oberen Einnahmenquartils sich nicht nur nach der Höhe der monatlichen Einnahmen unterscheiden. Im unteren Einnahmenquartil sind weit überdurchschnittlich vertreten (d. h. der Erwartungswert wird um mindestens fünf Prozentpunkte überschritten; vgl. auch Kap. 6.3):

- jüngere Studierende (bis 23 Jahre),
- folglich auch Studierende in den ersten beiden Semestern,
- Studierende, die ihren Lebensunterhalt ohne eigenen Verdienst bestreiten,
- Wohnheimbewohner,
- Studierende in den neuen Ländern und
- Studierende der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften.

Zu den Studierenden des oberen Einnahmenquartils hingegen gehören überdurchschnittlich oft:

- ältere Studierende (26 Jahre und älter),
- damit auch solche, die bereits elf und

- mehr Semester im Studium sind,
- Studierende, die hinzuverdienen,
- die in einer Wohnung allein leben oder sich diese mit dem Partner/der Partnerin teilen,
- Studierende, die elternunabhängig nach dem BAföG gefördert werden und
- Studierende der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie der Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften.

6.2.2 Herkunft und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen

Nach wie vor sind es die Eltern, mit deren finanzieller Unterstützung der weitaus größte Teil der Studierenden rechnen kann. 2009 erhalten 87 % der Studierenden von ihren Eltern durchschnittlich 445 € pro Monat. Der Anteil der alimentierten Studierenden hat sich gegenüber 2006 um drei Prozentpunkte verringert, während der Durchschnittsbetrag, der von den Eltern an die unterstützten Kinder transferiert wird, konstant geblieben ist (Bild 6.3).

Nach der finanziellen Unterstützung durch die Eltern ist der durch Erwerbstätigkeit neben dem Studium erzielte eigene Verdienst der Studierenden die Finanzierungsquelle, die am zweithäufigsten in Anspruch genommen wird. 65 % der Studierenden setzen zur Bestreitung der

Lebenshaltungskosten eigenen Verdienst gestiegen und in der Tendenz auch der in durchschnittlicher Höhe von 323 € ein. Durchschnittsbetrag des eingesetzten Gegenüber 2006 ist dieser Anteil deutlich Verdienstes (Bild 6.3).

Bild 6.3 Finanzierungsquellen – Inanspruchnahme und geleistete Beträge
Bezugsgruppe „Normalstudent“

Finanzierungsquelle	2006			2009		
	Stud.	Beträge in €		Stud.	Beträge in €	
	%	arithm. Mittel	Median	%	arithm. Mittel	Median
Elternleistung	90	448	450	87	445	440
- als Barzuwendung	83	338	300	79	338	300
- als unbare Zuwendung	55	221	200	52	228	200
eigener Verdienst aus Tätigkeiten während des Studiums	60	308	240	65	323	265
BAföG	29	376	404	29	430	472
Rückgriff auf Mittel, die vor dem Studium angesammelt wurden	17	126	90	20	122	80
Verwandte, Bekannte	20	81	50	21	82	50
Waisengeld oder Waisenrente	4	221	185	4	223	180
Partner/Partnerin	3	161	100	2	155	100
Stipendium	2	328	300	3	305	200
Bildungskredit von der KfW	2	315	300	1	257	300
Studienkredit von der KfW	┌	┌	┌	3	411	450
Kredit zur Studienfinanzierung von einer anderen Bank/Sparkasse	└	└	└	1	407	400
sonstige Finanzierungsquellen	3	353	223	3	442	250

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Die staatliche Förderung nach dem BAföG wird ebenso wie bereits 2006 auch 2009 von 29 % der Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“ in Anspruch genommen (zur BAföG-Quote unter allen Studierenden vgl. Kap. 8). Der durchschnittliche Betrag, mit dem diese Geförderten unterstützt werden, fällt 2009 mit 430 € allerdings deutlich höher aus als 2006 mit 376 €. Dies erklärt sich vor allem durch die zwischenzeitliche Erhöhung der BAföG-Bedarfssätze (vgl. Kap. 8).

Neben den Eltern, dem eigenen Verdienst der Studierenden und dem BAföG, die als Hauptsäulen der Studienfinanzierung zu bezeichnen sind, gibt es eine Reihe weiterer Finanzierungsquellen (s. Bild 6.3), deren Bedeutung im Einzelfall nicht zu unterschätzen ist, die in der Gesamtsicht aber eher eine untergeordnete Rolle spielen. Darauf hinzuweisen ist, dass der Anteil der Studierenden, der Eigenmittel, die vor dem Studium erworben/angesparrt wurden, zur Bestreitung des Lebensunterhalts einsetzt, sich gegenüber 2006 merklich erhöht hat – von 17 % auf 20 %. Der Betrag der eingesetzten Eigenmittel ist hingegen konstant geblieben (Bild 6.3).

Auffällig ist auch, dass sich der Anteil der Stipendiaten/Stipendiatinnen unter den Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“ von 2 % (2006) auf 3 % (2009) erhöht hat. Ebenfalls ist ein An-

stieg des Anteils der Studierenden zu beobachten, die zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten einen Kredit aufnehmen. Gaben 2006 weniger als 1 % der Studierenden an, bei einer Bank/Sparkasse (einschl. den Studienkredit der KfW-Bankengruppe, aber ohne den von der KfW angebotenen Bildungskredit) einen Kredit aufgenommen zu haben, so liegt der entsprechende Anteilswert 2009 bei 4 %. Danach haben von den aktuellen Studierenden 3 % einen Studienkredit bei der KfW-Bankengruppe und 1 % einen Kredit zur Studienfinanzierung bei einer anderen Bank/Sparkasse aufgenommen. Der Anteil, der den schon länger von der KfW-Bankengruppe angebotenen Bildungskredit in Anspruch nimmt, ist hingegen von knapp 2 % auf knapp 1 % zurückgegangen. Die speziellen Kreditangebote, die zwischenzeitlich zur Finanzierung der Studiengebühren eingeführt wurden (vgl. dazu Kap. 7.4), blieben bei dieser Betrachtung unberücksichtigt.

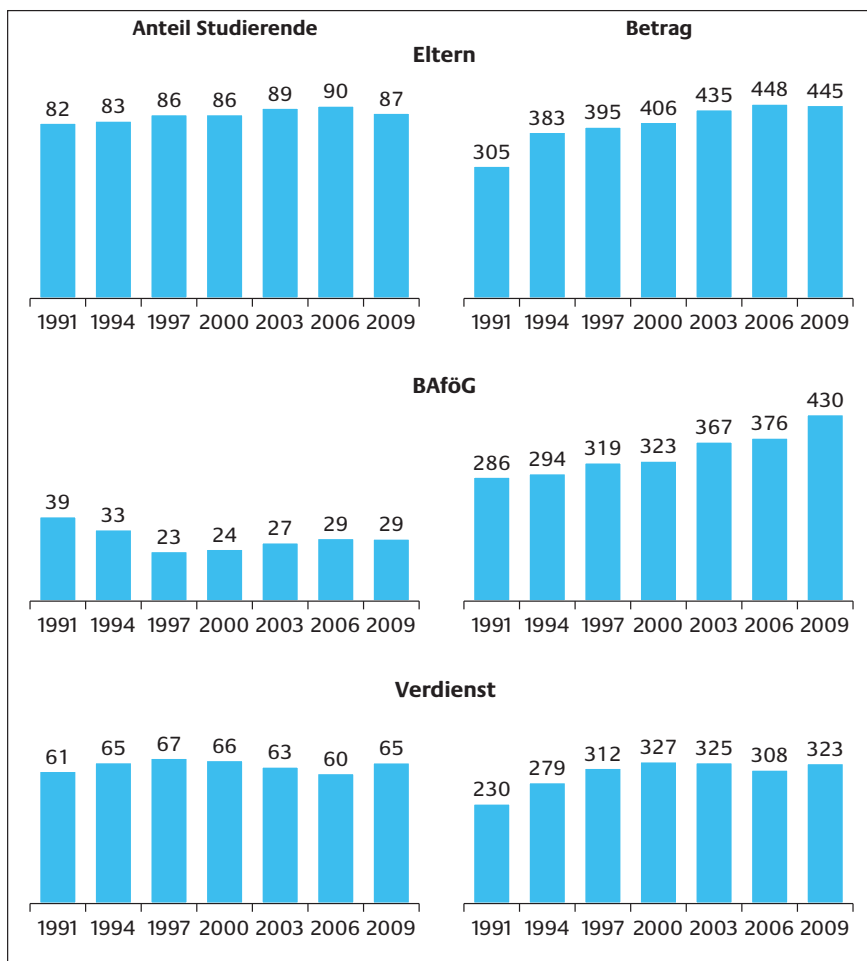
Inanspruchnahme der hauptsächlichlichen Finanzierungsquellen

Im nachfolgenden Bild 6.4 ist dargestellt, wie sich die Inanspruchnahme der drei Hauptquellen der Studienfinanzierung seit 1991 entwickelt hat.

Danach ist festzustellen, dass der Anteil der Studierenden, die von den Eltern finanziell unterstützt werden, von 1991 bis 2006 steigende Tendenz hatte. 2009

Bild 6.4 Ausgewählte Finanzierungsquellen 1991-2009 – Anteil der Studierenden mit Einnahmen aus der jeweiligen Quelle und Höhe des Betrags¹

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Studierende in %, Beträge in € (arithmetischer Mittelwert)



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

zeigt sich hier erstmals ein deutlicher Rückgang. Auch die von den Eltern bereitgestellten Beträge erhöhten sich von 1991 bis 2006 stetig. Der 2009 ermittelte Betrag ist hingegen nominal konstant geblieben. Die aktuelle Entwicklung der finanziellen Unterstützung der Studierenden durch ihre Eltern legt die Frage nahe: Sind dies Auswirkungen der derzeitigen Wirtschaftskrise, die u. a. nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts in den ersten beiden Quartalen 2009 zu sinkenden Nominal- und Reallöhnen führte (Statistisches Bundesamt, 2009) oder sind generell die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern erreicht worden?

Wird berücksichtigt, dass der Anteil der Studierenden, die eigenen Verdienst zur Bestreitung des Lebensunterhalts einsetzen, entgegen der nach 1997 zu beobachtenden rückläufigen Tendenz dieses Anteils, 2009 sprunghaft angestiegen ist, bietet sich an, dies als verständnisvolle Reaktion der Studierendengeneration auf eine angespanntere finanzielle Situation im Elternhaus zu interpretieren.

Der Anteil Studierender, die eine Förderung nach dem BAföG erhalten, hat sich nach dem von 1991 bis 1997 zu beobachtenden deutlichen Rückgang (Bild 6.4), vor allem durch die in der Folgezeit ergriffenen gesetzgeberischen Maßnahmen, wieder erhöht, ohne allerdings das Niveau der frühen 1990er Jahre wieder zu

erreichen. Wie bereits beschrieben wurde, hat sich 2009 der Anteil der Geförderten im Vergleich zu 2006 auf einem konstanten Niveau eingependelt, allerdings ist der durchschnittliche Förderungsbeitrag erheblich gestiegen (um rd. 14 % bzw. 53 €).

Leistungsumfang der Finanzierungsquellen

Relativ wenige Studierende bestreiten ihre Lebenshaltungskosten mit Einnahmen, die lediglich durch eine Finanzierungsquelle bereitgestellt werden. Dieser Anteil liegt derzeit bei 15 %. Der größte Teil finanziert das Studium mit Einnahmen aus zwei Quellen (44 %). Allerdings ist der Anteil, der drei und mehr Finanzierungsquellen in Anspruch nimmt, nicht wesentlich geringer (41 %).

Wie viele Studierende sich ausschließlich mit Mitteln von den Eltern, durch das BAföG oder eigenen Verdienst finanzieren, ist in Bild 6.5 dargestellt. Ebenso ist dort belegt, welcher Anteil der Studierenden mindestens die Hälfte seiner monatlichen Einnahmen aus einer der drei genannten Finanzierungsquellen bezieht.

Danach liegt der Anteil der Studierenden, die ihren Lebensunterhalt ausschließlich mit Transferleistungen der Eltern bestreiten, 2009 bei 10 % (2006: 13 %). Diese Studierenden werden von den Eltern mit durchschnittlich 698 € unterstützt (2006: 659 €). Der Anteil der Studie-

Bild 6.5 Studierende, deren Finanzierung ausschließlich bzw. mindestens zur Hälfte durch die Eltern, das BAföG oder eigenen Verdienst erfolgt
Bezugsgruppe „Normalstudent“

Finanzierungsquelle	2009		2006	
	Stud. in %	Betrag in €	Stud. in %	Betrag in €
<i>alleinige Finanzierung durch:</i>				
Eltern	10	698	13	659
BAföG	1	571	1	524
Verdienst	3	964	3	989
<i>mindestens hälftige Finanzierung durch:</i>				
Eltern	51	606	56	588
BAföG	18	526	17	480
Verdienst	16	656	15	662

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

renden, die mindestens die Hälfte ihrer monatlichen Einnahmen von den Eltern erhalten, beläuft sich 2009 auf 51% (2006: 56%). Der durchschnittliche Betrag, den die Eltern für diese Studierenden aufwenden, liegt bei 606 € (2006: 588 €).

Der Anteil der Studierenden, der seinen Lebensunterhalt ausschließlich mit BAföG-Mitteln finanziert, liegt 2009 unverändert bei einem Prozent. Der Förderungsbetrag, mit dem dies möglich ist, hat sich gegenüber 2006 deutlich erhöht (571 € vs. 524 €). Zumindest die Hälfte der monatlichen Einnahmen werden bei 18% der Studierenden durch die Förderung nach dem BAföG bereitgestellt. Der Förderungsbetrag, den diese Studierenden erhalten, liegt bei durchschnittlich 526 €.

Gegenüber 2006 hat sich der entsprechende Anteil der Studierenden leicht erhöht, der ausgezahlte Förderungsbetrag hingegen deutlich (Bild 6.5).

Ausschließlich mit eigenem Verdienst bestreiten 3% der Studierenden ihren Lebensunterhalt, ein gegenüber 2006 unveränderter Anteil. Der von diesen Studierenden durch Erwerbstätigkeit neben dem Studium erzielte Verdienst liegt bei durchschnittlich 964 € (2006: 989 €). Der Anteil der Studierenden, deren monatliche Einnahmen zumindest zur Hälfte aus eigenem Verdienst bestehen, hat sich von 2006 nach 2009 leicht erhöht – von knapp 15% auf 16%. Der Durchschnittsbetrag des Verdienstes, mit dem diese Studierenden selbst zu ihrem Lebensunterhalt beitra-

gen, fällt 2009 mit 656 € nicht wesentlich anders aus als 2006 mit 662 €.

Aus den Angaben der Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“ lässt sich berechnen, dass von allen Finanzierungsquellen zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten dieser Studierenden im Jahre 2009 rd. 10,9 Mrd. € zur Verfügung gestellt wurden. Der entsprechende Betrag lag 2006 bei 10,3 Mrd. €. An dem beschriebenen Finanzvolumen sind die einzelnen Finanzierungsquellen mit folgenden Beträgen beteiligt (in Mrd. €):

Quelle	2009	2006
• Eltern	5,19	5,36
• BAföG	1,66	1,45
• Verdienst	2,82	2,48
• Übrige	1,25	0,99

Zur Finanzierung des Lebensunterhalts steht den Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“ 2009 folglich ein um rd. 6 % höheres Finanzvolumen zur Verfügung als 2006. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass 2009 die Zahl der Studierenden, die mit dem für dieses Jahr berechneten Finanzvolumen ihren Lebensunterhalt finanzieren, um knapp 1 % höher liegt als 2006.

Um beurteilen zu können, wie sich die Leistung der einzelnen Finanzierungsquellen von 2006 nach 2009 entwickelt hat, wird im Folgenden das dafür probate Verfahren am Beispiel der finanziellen Unterstützung durch die Eltern erläutert.

2006 lag das von den Eltern für Studierende der Bezugsgruppe „Normalstudent“ transferierte Finanzvolumen bei monatlich rd. 446 Mio. €. Die zugrunde liegende Berechnungsformel lautet: Finanzvolumen 2006 = $[(\text{arithm. Mittelwert der elterlichen Unterstützung 2006} \times \text{Anteil unterstützter Studierender 2006})/100] \times \text{Zahl der Studierenden 2006}$. Bei angenommener konstanter Leistung der Eltern ist für 2009 unter Beachtung der veränderten Studierendenzahl ein Finanzvolumen in Höhe von rd. 449 Mio. € pro Monat zu erwarten. Die Berechnung erfolgt nach folgender Formel: Erwartetes Finanzvolumen 2009 = $[(\text{arithm. Mittelwert der elterlichen Unterstützung 2006} \times \text{Anteil unterstützter Studierender 2006})/100] \times \text{Zahl der Studierenden 2009}$. Das 2009 tatsächlich transferierte Finanzvolumen liegt aber bei rd. 432 Mio. € pro Monat – berechnet nach der Formel: Finanzvolumen 2009 = $[(\text{arithm. Mittelwert der elterlichen Unterstützung 2009} \times \text{Anteil unterstützter Studierender 2009})/100] \times \text{Zahl der Studierenden 2009}$. Der Unterschied zwischen dem erwarteten Finanzvolumen und dem tatsächlich transferierten Finanzvolumen zeigt die nominale Veränderung der Elternleistung an. Im Ergebnis haben die Eltern ihr finanzielles Engagement 2009 gegenüber 2006 um nominal knapp 4 % verringert.

Die Ergebnisse dieser Berechnung, auch für die weiteren Finanzierungsquel-

len, sind in Bild 6.6 zusammengestellt. Danach ist verglichen mit 2006 allein die finanzielle Unterstützung der Eltern rückläufig. Das Förderungsvolumen nach dem BAföG und auch das Finanzvolumen, mit dem sich die Studierenden durch den Verdienst aus eigener Erwerbstätigkeit finanzieren, ist hingegen gegenüber dem bei höheren Studierendenzahlen erwarteten Finanzvolumen nominal jeweils um rd. 13 % gestiegen.

Bezogen auf den eigenen Verdienst der Studierenden ist anzumerken, dass nach dem Erreichen des bisherigen Höhepunkts der Selbstfinanzierung im Jahre 2000 (Selbstfinanzierungsquote: 31 %, vgl. Bild 6.7), die Inanspruchnahme dieser Finanzierungsquelle in den Jahren 2003 und 2006 rückläufig war. Nominal fiel das Volumen des eingesetzten Verdienstes

der Studierenden im Jahre 2003 um 4 % geringer aus als im Jahre 2000 und war im Jahre 2006 sogar um 10 % geringer als im Jahre 2003. Die Entwicklung von 2006 nach 2009 zeigt, dass sich dieser Trend nicht fortgesetzt hat, sondern bei einer Steigerung des eingesetzten Verdienstes um nominal 12,8 % eine deutliche Trendwende zu konstatieren ist.

Auch das Finanzvolumen, welches die übrigen Quellen insgesamt zur Verfügung stellen, liegt deutlich über dem Erwartungswert (25 %). Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass das Finanzvolumen, welches aus der Aufnahme von Krediten für den Lebensunterhalt resultiert, sich mehr als verdoppelt hat. Bei einer Fortschreibung des Ergebnisses von 2006 unter Berücksichtigung der erhöhten Studierendenzahlen war für 2009 ein Kreditvolumen von rd. 10 Mio. € pro Monat zu erwarten, ermittelt wurde aber ein Volumen von rd. 22 Mio. € pro Monat.

Bleiben die Kredite zur Finanzierung des Lebensunterhalts bei der Berechnung der Leistungen der zusammengefassten übrigen Finanzierungsquellen unberücksichtigt, liegt die nominale Erhöhung des von den verbleibenden Finanzierungsquellen zur Verfügung gestellten Finanzvolumens bei lediglich 14 %.

Bild 6.6 Leistungsentwicklung der Finanzierungsquellen

Bezugsgruppe „Normalstudent“

Finanzierungsquelle	nominale Veränderung ¹	
	2009 vs. 2006	2006 vs. 2003
Eltern	-3,9 %	3,3 %
BAföG	13,8 %	7,7 %
Verdienst	12,8 %	-9,7 %
Übrige	25,2 %	3,7 %

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Veränderung des Finanzvolumens gegenüber dem erwarteten Volumen bei konstanter Leistung und Beachtung der veränderten Studierendenzahl

Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen

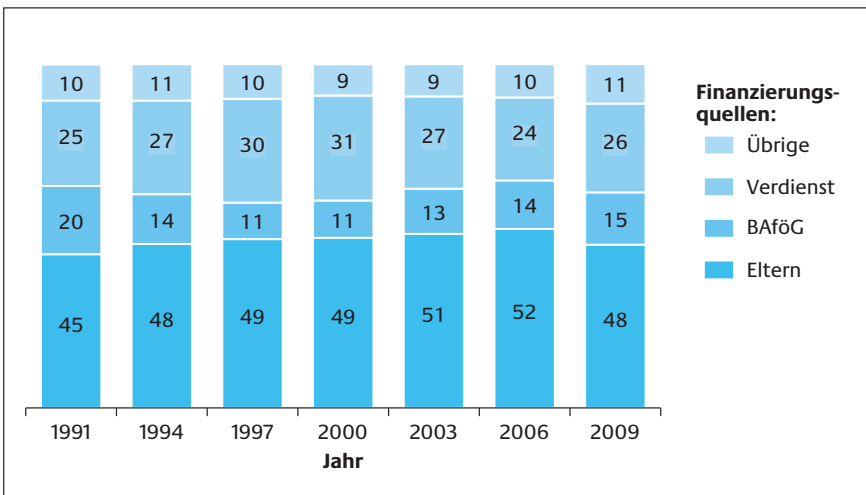
Wie bereits dargelegt, ergeben sich die monatlichen Einnahmen des weitaus größten Teils der Studierenden durch die Inanspruchnahme von zwei und mehr Finanzierungsquellen. Ein probates Mittel, um Veränderungen bei der Studienfinanzierung aufzuzeigen, ist folglich, die Entwicklung der Finanzierungsstruktur zu beobachten. Damit gemeint ist die durchschnittliche Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen, ausgewiesen als

Anteil der verschiedenen Finanzierungsquellen am Gesamtbetrag der monatlichen Einnahmen (Bild 6.7).

Die aktuelle Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen zeigt ein deutlich verändertes Bild gegenüber der Situation im Jahre 2006. Während der Beitrag der Eltern zu den monatlichen Einnahmen um vier Prozentpunkte geringer ausfällt, hat sich der Beitrag des BAföG um einen und der Selbstfinanzierungsanteil durch eigenen Verdienst um zwei Prozentpunkte erhöht. Ebenfalls gestiegen

Bild 6.7 Finanzierungsstruktur – Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach der Herkunft der Mittel¹

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Anteil je Finanzierungsquelle in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

ist der Anteil, mit dem die übrigen Finanzierungsquellen zu den Einnahmen der Studierenden beitragen.

Insbesondere fällt auf, dass der seit 1991 festzustellende Trend eines stetig wachsenden finanziellen Engagements der Eltern im Jahre 2006 seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Ob mit der rückläufigen Entwicklung von 2006 auf 2009 eine Trendumkehr eingeleitet wurde, wird die Zukunft zeigen. Als Reaktion auf die jüngste Entwicklung der Elternfinanzierung ist der merkliche Anstieg der Selbstfinanzierungsquote zu sehen, die im Jahre 2000 den bisher höchsten Stand erreicht hatte und bis 2006 deutlich zurückgegangen war.

6.3 Einnahmensituation nach ausgewählten Merkmalen

6.3.1 Einnahmen und Geschlecht

Die monatlichen Einnahmen der Studentinnen und Studenten liegen, wie bereits 2006, auf gleichem Niveau, allerdings 2009 auf einem insgesamt höheren (Bild 6.8, linke Grafik). Unterschiedlich ist hingegen die Herkunft der Einnahmen (Bild 6.8, rechte Grafik). Studentinnen bestreiten im Vergleich zu den Studenten einen höheren Anteil ihrer Einnahmen durch finanzielle Zuwendungen der Eltern (49 % vs. 46 %) und durch die Förderung nach dem BAföG (16 % vs. 14 %). Bei den Studenten hingegen ist der Anteil, der durch ei-

genen Verdienst beigebracht wird, wesentlich höher (28 % vs. 23 %).

Bei Männern und Frauen ist der Anteil, mit dem die Eltern zu den monatlichen Einnahmen beitragen, von 2006 auf 2009 merklich zurückgegangen. Die entsprechenden Anteile der BAföG-Förderung, des eigenen Verdienstes sowie der übrigen Quellen insgesamt haben sich hingegen erhöht.

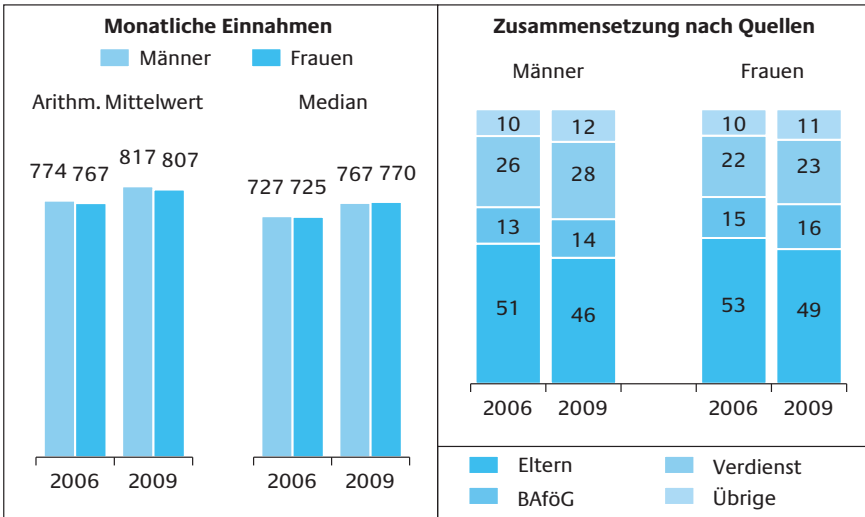
Es fällt auf, dass gegenüber 2006 vor allem der Anteil der Studenten geringer geworden ist, der von den Eltern finanziell unterstützt wird (85 % vs. 89 %). Der Anteil der Eltern, die ihre studierenden Töchter finanziell unterstützen, ist dagegen weniger deutlich zurückgegangen (88 % vs. 90 %). Die Beträge, die 2009 von den Eltern für die unterstützten Söhne und Töchter bereitgestellt werden, sind hingegen, verglichen mit denen im Jahre 2006, konstant geblieben (Bild 6.9).

Der leichte Anstieg des BAföG-Anteils an den monatlichen Einnahmen ist, bei konstantem Gefördertenanteil unter den Frauen und Männern, damit zu erklären, dass der durchschnittliche Förderungsbeitrag für die geförderten Männer und Frauen 2009 jeweils deutlich höher ausfällt als 2006 (Bild 6.9).

Bei den Männern ist der Anteil, der eigenen Verdienst zur Bestreitung des Lebensunterhalts einsetzt, von 61 % (2006) auf 65 % (2009) spürbar gestiegen. Auch der durchschnittliche Verdienst der Män-

Bild 6.8 Höhe und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach dem Geschlecht der Studierenden

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Einnahmen in €, Quellenanteil in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

ner hat sich erhöht – von 330 € auf 354 €. Noch deutlicher gestiegen ist allerdings der Anteil der Frauen mit eigenem Verdienst, von 60% auf 65%. Der durchschnittliche Verdienst der Frauen, der zudem geringer ausfällt als bei den Männern, hat sich hingegen kaum verändert (Bild 6.9). Der 2009 um 62 € pro Monat höhere Verdienst der Männer ist auch die Erklärung dafür, dass diese einen deutlich größeren Anteil ihrer Einnahmen mit eigenem Verdienst bestreiten.

Die steigende Inanspruchnahme der unter der Kategorie „Übrige“ zusammen-

gefassten Finanzierungsquellen (Bild 6.9) ist u. a. auch darauf zurückzuführen, dass die seit wenigen Jahren offerierten Möglichkeiten, zur Bestreitung des Lebensunterhalts während des Studiums einen Kredit aufzunehmen, von der aktuellen Studierendengeneration im messbaren Umfang in Anspruch genommen wird. Dies gilt im Jahre 2009 für 5% der Männer und 4% der Frauen (einschl. dem von der KfW-Bankengruppe angebotenen Bildungskredit). Diesen Männern und Frauen stehen durch Kredite monatlich im Durchschnitt 388 € bzw. 397 € zur Verfügung.

Bild 6.9 Inanspruchnahme der Finanzierungsquellen differenziert nach dem Geschlecht der Studierenden

Bezugsgruppe „Normalstudent“

Geschlecht	Finanzierungs- quelle	Studierende, die die jeweilige Quelle in Anspruch nehmen ¹			Betrag, der diesen Studierenden zur Verfügung steht		
		in %			arithm. Mittelwert in €		
		2003	2006	2009	2003	2006	2009
männlich							
	Eltern	88	89	85	437	444	442
	BAföG	26	27	27	364	380	429
	Verdienst	63	61	65	359	330	354
	Übrige	40	42	47	183	180	207
weiblich							
	Eltern	91	90	88	432	451	448
	BAföG	29	31	31	369	374	430
	Verdienst	63	60	65	292	286	292
	Übrige	37	41	45	188	181	199

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ 2003 deutsche Studierenden, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

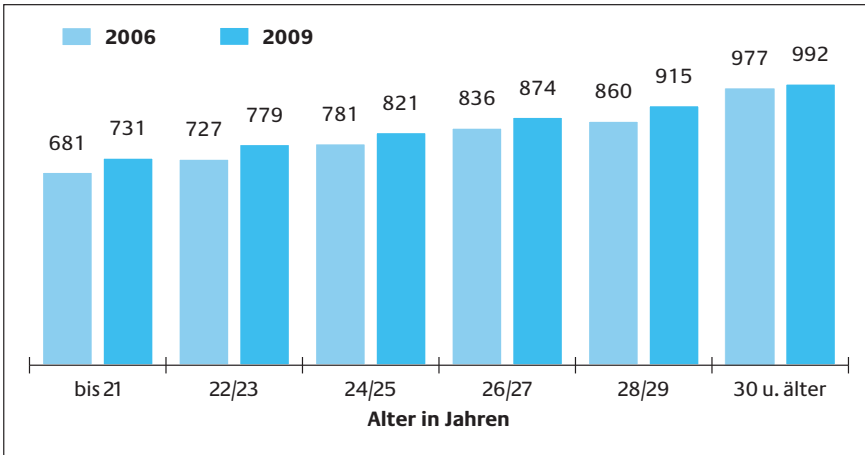
6.3.2 Einnahmen und Alter

Erstmals 1982 und durch jede folgende Sozialerhebung erneut bestätigt, wurde festgestellt, dass die Höhe der monatlichen Einnahmen vor allem vom Alter der Studierenden abhängt. Mit steigendem Lebensalter verfügen Studierende über höhere Einnahmen. Wie Bild 6.10 zu entnehmen ist, gilt diese Feststellung auch im Jahre 2009.

Die Spannweite der durchschnittlichen monatlichen Einnahmen liegt 2009 zwischen 731 € bei den jüngsten Studierenden und 992 € bei den ältesten Studie-

renden. Im Durchschnitt verfügen die jüngsten Studierenden damit über monatliche Einnahmen, die um 26 % bzw. 261 € geringer ausfallen als die der ältesten Studierenden. Der Einnahmenunterschied zwischen den jüngsten und ältesten Studierenden, der 2006 noch bei 30 % bzw. 296 € lag, hat sich folglich verringert. Dies erklärt sich dadurch, dass die jüngsten Studierenden 2009 über rd. 7 % höhere Einnahmen verfügen als 2006, während die Einnahmen der ältesten Studierenden 2009 lediglich um gut 1 % höher ausfallen.

Bild 6.10 Höhe der monatlichen Einnahmen nach dem Alter der Studierenden
 Bezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittelwert in €



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Finanzierungsstruktur

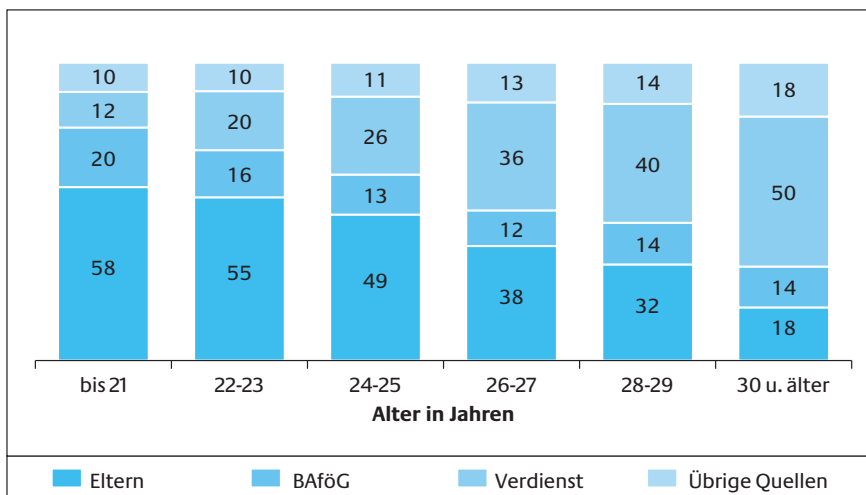
Mit zunehmendem Alter der Studierenden steigen nicht nur die monatlichen Einnahmen; auch die Finanzierungsstruktur verändert sich erheblich. So sinkt der Elternbeitrag von 58 % bei den jüngsten bis auf 18 % bei den ältesten Studierenden (Bild 6.11). Umgekehrt entwickelt sich die Rolle des eigenen Verdienstes: Während bei den jüngsten Studierenden die Selbstfinanzierungsquote durch eigenen Verdienst bei 12 % der monatlichen Einnahmen liegt, erhöht sich diese Quote mit dem Alter bis auf 50 % bei den ältesten.

Der Anteil der BAföG-Förderung an den monatlichen Einnahmen variiert bei

den Altersgruppen zwischen 12 % und 20 %. Es ist nachzuvollziehen, dass dieser Anteil bei den jüngeren Studierenden, bei denen in der Regel noch keine BAföG-Ausschlussgründe (Fachwechsel, Fehlen eines Leistungsnachweises, Überschreiten der Förderungshöchstdauer) vorliegen, am höchsten ausfällt. Aber auch bei den älteren Studierenden (28 Jahre und älter) ist an der durchschnittlichen Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen das BAföG mit einem nicht unerheblichen Anteil beteiligt. Dies ist vor allem auf die elternunabhängige Förderung eines Teils der älteren Studierenden zurückzuführen (vgl. Kap. 8.4).

Bild 6.11 Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach dem Alter der Studierenden

Bezugsgruppe „Normalstudent“, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Der gegenüber 2006 zu beobachtende deutliche Rückgang des Beitrags der Eltern zu den monatlichen Einnahmen betrifft alle Altersgruppen. Bei den jüngeren Studierenden ist dieser Rückgang stärker ausgeprägt als bei den älteren.

Der insgesamt leicht erhöhte Anteil des BAföG an den monatlichen Einnahmen macht sich in Abhängigkeit vom Alter der Studierenden praktisch nur bei den jüngsten und ältesten Studierenden bemerkbar.

Noch 2006 wurde berichtet: Verglichen mit der Situation im Jahre 2003 ist in allen Altersgruppen der Anteil des Ver-

dienstes an den monatlichen Einnahmen (wie bereits von 2000 nach 2003) zurückgegangen – bei den älteren Studierenden etwas deutlicher als bei den jüngeren. Diese Entwicklung hat sich 2009 umgekehrt in einen Anstieg der Selbstfinanzierungsquote bei den Studierenden fast jeder Altersgruppe, ausgenommen den ältesten Studierenden.

Finanzierungsquellen

Wie bereits in den Vorjahren ist auch für 2009 festzustellen, dass von den jüngeren Studierenden fast alle eine finanzielle Unterstützung durch die Eltern erfahren.

Die entsprechende Unterstützungsquote liegt 2009 unter den jüngsten Studierenden bei 95 %. Mit steigendem Alter verringert sich diese Quote, zunächst nur mäßig, um dann, beginnend bei den 26-Jährigen, deutlich geringer zu werden und bis auf 52 % bei den ältesten Studierenden zu fallen. Die Beträge, die den unterstützten Studierenden von den Eltern zufließen, liegen bei den drei jüngeren Altersgruppen im Durchschnitt auf gleichem Niveau (450 €, 456 € bzw. 458 €). Erst bei den Altersgruppen der 26/27- und 28/29-Jährigen fallen sie etwas geringer aus (424 € bzw. 421 €), deutlich geringer hingegen bei den ältesten Studierenden (341 €, vgl. Bild 6.12).

Eine gegenläufige Entwicklung, die ebenfalls bereits in den Vorjahren zu beobachten war und als Kompensation der mit dem Alter der Studierenden zurückgehenden Unterstützung durch die Eltern zu sehen ist, liefert die altersabhängige Betrachtung der Finanzierung durch eigenen Verdienst. Die Bedeutung dieser Finanzierungsquelle ist um so größer, je älter die Studierenden sind. Bei den jüngsten Studierenden (bis 21 Jahre) sind es beachtliche 46 %, die eigenen Verdienst in durchschnittlicher Höhe von 190 € zur Bestreitung der monatlichen Lebenshaltungskosten einsetzen. Bereits in der Altersgruppe der 22/23-Jährigen liegen die entsprechenden Werte bei 62 % und 246 €. Mit steigendem Alter setzt sich die-

ser Trend fort und erreicht in der – wenn auch relativ kleinen – Gruppe der 30-Jährigen und älteren Studierenden einen Anteil von 81 % mit einem Monatsverdienst von 617 €.

Aus nahe liegenden Gründen (vgl. die Ausführungen zur Finanzierungsstruktur) ist die Quote der BAföG-Empfänger/-Empfängerinnen unter den jüngeren Studierenden höher als unter den älteren. Die dafür angeführten Erklärungen gelten allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Quote der nach dem BAföG bedürftigen Studierenden in den jeweiligen Altersjahrgängen konstant bleibt. Wenn bei steigendem Alter der Studierenden die BAföG-Quote geringer wird, kann dies letztlich vier Ursachen haben. Mit dem Alter steigt der Anteil der bedürftigen Studierenden:

- die den BAföG-Anspruch verwirkt,
- die ihr Studium bereits abgeschlossen,
- die ihr Studium vorzeitig aufgegeben haben oder
- der Anteil der bedürftigen Studierenden ist in den jüngeren Altersjahrgängen von vornherein höher. D. h. in den nachrückenden Altersjahrgängen ist eine Zunahme des Anteils der bedürftigen Studierenden zu unterstellen.

Bei den bis 21-Jährigen beläuft sich die BAföG-Quote auf 37 % und verringert sich bis auf 21 % bei den 26/27-Jährigen. Bei den älteren Studierenden liegt die BAföG-Quote bei 22 %. Die Förderungsbeträge,

Bild 6.12 Inanspruchnahme der Finanzierungsquellen differenziert nach dem Alter der Studierenden

Bezugsgruppe „Normalstudent“

Alter	Finanzierungs- quelle	Studierende, die die jeweilige Quelle in Anspruch nehmen ¹ in %			Betrag, der diesen Studierenden zur Verfügung steht arithm. Mittelwert in €		
		2003	2006	2009	2003	2006	2009
bis 21 Jahre							
	Eltern	96	96	95	440	450	450
	BAföG	38	36	37	334	346	396
	Verdienst	45	42	46	180	171	191
	Übrige	42	42	48	126	123	150
22-23 Jahre							
	Eltern	95	94	94	445	453	455
	BAföG	32	33	32	347	343	390
	Verdienst	60	57	62	233	220	248
	Übrige	37	42	45	147	146	164
24-25 Jahre							
	Eltern	93	93	88	440	455	458
	BAföG	25	25	25	355	367	432
	Verdienst	66	65	70	296	296	305
	Übrige	38	40	46	177	179	203
26-27 Jahre							
	Eltern	89	88	79	437	453	423
	BAföG	19	23	21	419	441	491
	Verdienst	74	70	79	365	360	403
	Übrige	40	42	46	217	202	253
28-29 Jahre							
	Eltern	76	72	70	414	390	421
	BAföG	19	28	22	507	502	575
	Verdienst	75	76	78	472	428	472
	Übrige	35	40	44	258	287	287
30 Jahre und älter							
	Eltern	52	53	52	322	392	342
	BAföG	15	19	22	532	527	610
	Verdienst	84	79	81	670	651	618
	Übrige	38	37	43	401	404	416

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ 2003 deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

die 2009 an die Geförderten ausbezahlt werden, liegen in den beiden jüngsten Altersgruppen (bis 21 Jahre und 22-23 Jahre) mit 396 € bzw. 390 € auf dem gleichen Niveau. Bei den übrigen Geförderten fällt der durchschnittliche BAföG-Betrag umso höher aus, je älter die Geförderten sind (Bild 6.12). Nach den Regelungen des BAföG kann dafür nur die Erklärung gelten, dass die festgestellte Bedürftigkeit der älteren Studierenden, die zudem auch häufiger eine elternunabhängige Förderung erhalten, jeweils höher ist als die der jüngeren Studierenden.

Der 2009 festgestellte Rückgang des Anteils, der von den Eltern finanziell unterstützt wird, ist vor allem auf die Entwicklung bei den Altersgruppen der 24/25-Jährigen und 26/27-Jährigen zurückzuführen. Die Unterstützungsquote dieser Altersgruppen liegt 2009 um fünf bzw. neun Prozentpunkte niedriger als 2006 (Bild 6.12). Da anders als 2006 den unterhaltspflichtigen Eltern für studierende Kinder nach Vollendung des 25. Lebensjahres i. d. R. kein Kindergeld mehr gewährt wird, liegt es nahe, dies als eine Erklärung für den weit überdurchschnittlichen Rückgang des Anteils der 26/27-Jährigen zu vermuten, der von den Eltern finanziell unterstützt wird. Hinzu kommt, dass bei dieser Altersgruppe 2009 auch der durchschnittlich von den Eltern transferierte Betrag geringer ausfällt (423 € vs. 453 €).

Während insgesamt der Anteil der BAföG-Empfänger/innen unter den Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“ 2009 im Vergleich zu 2006 konstant blieb, ist die Entwicklung in Abhängigkeit vom Alter unterschiedlich: Eine konstante BAföG-Quote ist für die bis zu 25 Jahre alten Studierenden festzustellen, für die 26- bis 29-Jährigen ist hingegen ein Rückgang zu konstatieren (26/27-Jährige: um zwei Prozentpunkte, 28/29-Jährige: um sechs Prozentpunkte), während bei den ältesten Studierenden eine Erhöhung dieser Quote von 19 % auf 22 % zu beobachten ist. Die nach dem BAföG ausbezahlten Förderungsbeträge liegen bei den Geförderten jeder Altersgruppe 2009 deutlich höher als 2006 – variierend zwischen 11 % und 18 % bzw. 47 € und 83 € (vgl. Bild 6.12).

Bezogen auf den eigenen Verdienst sind in Abhängigkeit vom Alter der Studierenden folgende Entwicklungen im Vergleich mit 2006 zu beobachten (Bild 6.12): In jeder Altersgruppe ist 2009 der Anteil der Studierenden, die eigenen Verdienst zur Bestreitung des Lebensunterhalts einsetzen, höher als 2006. Während bei den jüngeren Studierenden (bis 27 Jahre) durchgängig in jeder Altersgruppe ein deutlicher Anstieg dieser Quote zu verzeichnen ist (zwischen vier bis neun Prozentpunkten), ist sie bei den älteren Studierenden nur moderat gestiegen (um zwei Prozentpunkte). Auch der durch-

schnittliche Betrag des von den erwerbstätigen Studierenden eingesetzten Verdienstes liegt, abgesehen von zwei Ausnahmen, in jeder Altersgruppe um mindestens 10 % höher als 2006. Ausgenommen sind hier die 24/25-Jährigen, bei denen der Betrag konstant geblieben ist, und die 30-Jährigen und älteren, die im Durchschnitt einen geringeren Verdienst einsetzen als 2006.

Abschließend ist anzumerken, dass die Notwendigkeit, mit einem Kredit den Lebensunterhalt während des Studiums zu finanzieren, offensichtlich mit zunehmendem Alter der Studierenden steigt. Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, verfünffacht sich der Anteil der Kreditnehmer von den jüngsten bis zu den 28/29-Jährigen. Bei den ältesten Studierenden hingegen geht diese Quote wieder etwas zurück:

Alter	Anteil	Ø Betrag
• bis 21 Jahre	2,0 %	329 €
• 22-23 Jahre	3,5 %	333 €
• 24-25 Jahre	4,8 %	412 €
• 26-27 Jahre	8,0 %	444 €
• 28-29 Jahre	10,0 %	394 €
• 30 Jahre u. älter	7,3 %	405 €

6.3.3 Einnahmen und soziale Herkunft

Den Erwartungen entsprechend lässt sich auch für 2009 feststellen: Die Studierenden der sozialen Herkunftsgruppe „hoch“ verfügen mit durchschnittlich 833 € über

die höchsten monatlichen Einnahmen (Bild 6.13). Die Studierenden der drei übrigen Herkunftsgruppen verfügen über durchschnittliche monatliche Einnahmen auf gleichem Niveau, die aber statistisch signifikant geringer ausfallen als die Einnahmen der Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“.

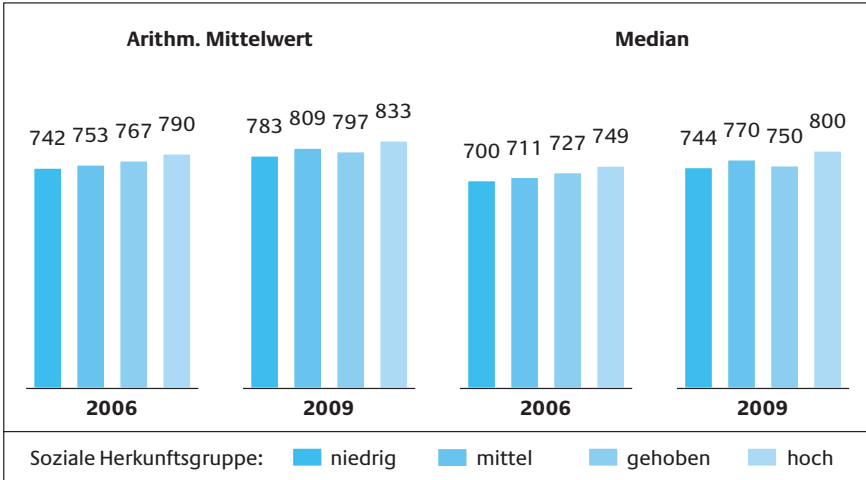
Die Differenz zwischen den Einnahmen der Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ und denen der Herkunftsgruppe „niedrig“ liegt 2009 bei 50 € und hat sich damit gegenüber 2006, als sie 48 € betrug, nur geringfügig erhöht.

Verglichen mit 2006 verfügen die Studierenden jeder Herkunftsgruppe 2009 über höhere monatliche Einnahmen. Die jeweilige Erhöhung der Einnahmen ergibt sich rechnerisch durch folgende Veränderungen der Leistungen der verschiedenen Finanzierungsquellen:

- Herkunftsgruppe „niedrig“:
13 € weniger von den Eltern, 15 € mehr BAföG, 17 € mehr Verdienst und 22 € mehr aus den übrigen Quellen.
Fazit: um 41 € höhere Einnahmen.
- Herkunftsgruppe „mittel“:
12 € weniger von den Eltern, 11 € mehr BAföG, 36 € mehr Verdienst und 21 € mehr aus den übrigen Quellen.
Fazit: um 56 € höhere Einnahmen.
- Herkunftsgruppe „gehoben“:
22 € weniger von den Eltern, 13 € mehr BAföG, 23 € mehr Verdienst und 16 € mehr aus den übrigen Quellen.

Bild 6.13 Höhe der monatlichen Einnahmen nach der sozialen Herkunftsguppe der Studierenden

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Mittelwerte in €



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Fazit: um 30 € höhere Einnahmen.

- Herkunftsguppe „hoch“:
3 € mehr von den Eltern, 7 € mehr BAföG, 16 € mehr Verdienst und 17 € mehr aus den übrigen Quellen.
Fazit: um 43 € höhere Einnahmen.

Finanzierungsstruktur

Während die Unterschiede bei der Höhe der monatlichen Einnahmen zwischen den Studierenden der verschiedenen sozialen Herkunftsguppen eher als moderat zu bezeichnen sind, zeigen sich bei der Herkunft der Mittel gravierende Unterschiede. Auch im Jahre 2009 sind Stu-

dierende der Herkunftsguppe „niedrig“ bei der Bestreitung der Lebenshaltungskosten während des Studiums jeweils in ähnlicher Größenordnung sowohl auf die finanzielle Unterstützung durch die Eltern als auch auf das BAföG und den eigenen Verdienst angewiesen. Mit höherer sozialer Herkunft und damit auch höherer finanzieller Leistungsfähigkeit der Elternhäuser verringert sich die Abhängigkeit vom BAföG und eigenem Verdienst erheblich (Bild 6.14).

Die durchschnittliche Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen hat sich gegenüber 2006 bei den Studieren-

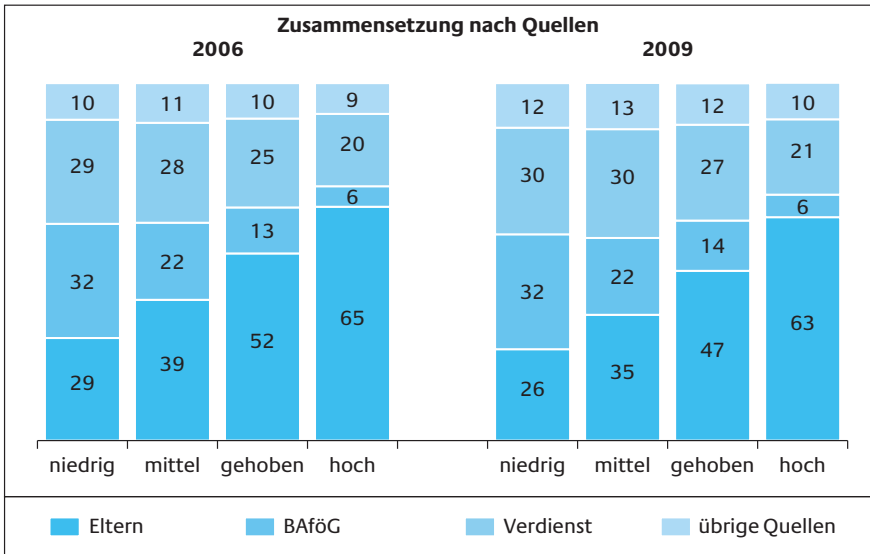
den der einzelnen Herkunftsgruppen ähnlich verändert. Der Anteil, mit dem die Eltern zu den monatlichen Einnahmen beitragen, hat sich jeweils verringert – zwischen zwei und fünf Prozentpunkten. Der Anteil des BAföG an den monatlichen Einnahmen hat sich bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „gehoben“ leicht erhöht (um einen Prozentpunkt), bei den Studierenden der anderen Herkunftsgruppen ist er konstant geblieben.

Während 2006 noch berichtet werden konnte, dass sich in allen Herkunftsgruppen der Anteil des eigenen Verdien-

tes an den monatlichen Einnahmen im Vergleich zu 2003 deutlich verringert hatte, ist 2009 eine Erhöhung der Selbstfinanzierungsquote durch eigenen Verdienst bei den Studierenden aller Herkunftsgruppen zu beobachten. Bei den Studierenden der beiden mittleren Herkunftsgruppen ist dieser Anstieg ausgeprägter (zwei Prozentpunkte) als bei denen der unteren und oberen Herkunftsgruppe (ein Prozentpunkt).

Auffällig ist auch, dass der Anteil, mit dem die übrigen Finanzierungsquellen insgesamt zu den monatlichen Einnah-

Bild 6.14 Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach sozialer Herkunft
 Bezugsgruppe „Normalstudent“, Anteile in %



men beitragen, bei den Studierenden jeder einzelnen Herkunftsgruppe höher ausfällt (Bild 6.14).

Finanzierungsquellen

Der Anteil der Eltern, die 2009 ihre studierenden Kinder finanziell unterstützen, fällt erwartungsgemäß bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ mit 74 % am geringsten aus. Mit der sozialen Herkunft steigt dieser Anteil bis auf 93 % bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ (Bild 6.15). Ebenso steigen die Beträge, die von den Eltern den unterstützten Studierenden monatlich zur Verfügung gestellt werden, mit der sozialen Herkunft von 271 € (Herkunftsgruppe „niedrig“) bis auf 557 € (Herkunftsgruppe „hoch“).

Mit der subsidiären Förderung nach dem BAföG soll es Kindern aus finanziell schwächeren Elternhäusern ermöglicht werden, ein Studium zu finanzieren. Folgerichtig wird die höchste Gefördertenquote mit 53 % auch 2009 unter den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ gemessen. Mit steigender sozialer Herkunft verringert sich diese Quote über 40 % bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „mittel“ und 27 % bei denen der Herkunftsgruppe „gehoben“ bis auf 14 % unter den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“. Auch die durchschnittlichen Beträge, die nach dem BAföG zur Verfügung gestellt werden, fallen für Ge-

förderte der Herkunftsgruppe „niedrig“ mit 472 € am höchsten aus und verringern sich mit steigender sozialer Herkunft bis auf 384 € bei den Geförderten der Herkunftsgruppe „hoch“ (Bild 6.15).

Bei der Finanzierung durch die Eltern und der Förderung nach dem BAföG wird die unterschiedliche Inanspruchnahme dieser Finanzierungsquellen offensichtlich durch die soziale Herkunft der Studierenden bestimmt. Bei der Finanzierung durch eigenen Verdienst ist dies weniger ausgeprägt. Der Anteil der Studierenden, die eigenen Verdienst zur Bestreitung des Lebensunterhalts einsetzen, liegt in allen Herkunftsgruppen auf ähnlich hohem Niveau und variiert zwischen 63 % und 68 % (Bild 6.15).

Aus den Beträgen, die von den erwerbstätigen Studierenden durchschnittlich verdient werden, lässt sich allerdings ableiten, dass die Studierenden der beiden unteren Herkunftsgruppen mit einem höheren Verdienst zum Lebensunterhalt beitragen (358 € bzw. 361 €) als die Studierenden der beiden oberen Herkunftsgruppen (329 € bzw. 280 €).

Auffällig ist, dass sowohl der Anteil der Studierenden, der sich mit eigenem Verdienst finanziert, als auch der dabei eingesetzte Betrag mit 68 % und 361 € im Jahre 2009 in der Herkunftsgruppe „mittel“ am höchsten liegen.

Verglichen mit der Situation im Jahre 2006 sind die Beträge, die von den Eltern

Bild 6.15 Inanspruchnahme der Finanzierungsquellen differenziert nach der sozialen Herkunft der Studierenden

Bezugsgruppe „Normalstudent“

Soziale Herkunft	Finanzierungsquelle	Studierende, die die jeweilige Quelle in Anspruch nehmen ¹ in %			Betrag, der diesen Studierenden zur Verfügung steht arithm. Mittelwert in €		
		2003	2006	2009	2003	2006	2009
niedrig							
	Eltern	78	77	74	263	276	271
	BAföG	54	58	53	409	411	472
	Verdienst	65	62	65	371	351	358
	Übrige	38	38	41	214	197	240
mittel							
	Eltern	85	85	82	341	347	348
	BAföG	41	42	40	376	387	435
	Verdienst	67	64	68	346	328	361
	Übrige	39	44	48	200	191	216
gehoben							
	Eltern	90	90	88	427	445	430
	BAföG	25	27	27	355	365	409
	Verdienst	65	61	65	338	314	329
	Übrige	39	42	47	177	182	197
hoch							
	Eltern	95	95	93	530	543	557
	BAföG	13	14	14	316	329	384
	Verdienst	60	57	63	288	279	280
	Übrige	39	40	45	173	168	187

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ 2003 deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

transferiert werden, bei den unterstützten Studierenden der beiden unteren Herkunftsgruppen konstant geblieben (Bild 6.15). Bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „gehoben“ sind sie leicht

zurückgegangen, bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ hingegen leicht gestiegen.

Die Anteile der von den Eltern finanziell unterstützten Studierenden sind al-

lerdings durchgängig zurückgegangen – bei den Studierenden der beiden unteren sozialen Herkunftsgruppen um drei, bei denen der beiden oberen Herkunftsgruppen um zwei Prozentpunkte.

Auch die Quote der BAföG-Empfänger/innen ist gegenüber 2006 bei den Studierenden aus den sozial schwächeren Herkunftsgruppen zurückgegangen – um fünf Prozentpunkte bezogen auf die Herkunftsgruppe „niedrig“ und zwei Prozentpunkte bei der Herkunftsgruppe „mittel“. In den beiden höheren Herkunftsgruppen ist sie hingegen konstant geblieben.

Während folglich bei den BAföG-Quoten eine unterschiedliche Entwicklung in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft zu konstatieren ist, fallen die nach dem BAföG zur Verfügung gestellten Beträge für die Geförderten jeder Herkunftsgruppe deutlich höher aus als 2006 (Bild 6.15).

Die beschriebene Entwicklung des finanziellen Engagements der Eltern dürfte die hauptsächliche Erklärung dafür sein, dass sich der Anteil der Studierenden, die mit eigenem Verdienst zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts beitragen, in jeder Herkunftsgruppe deutlich erhöht hat. Wie Bild 6.15 zu entnehmen ist, liegt der Anteil, der mit eigenem Verdienst zur Finanzierung des Studiums beiträgt, bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ um drei Prozentpunkte höher als 2006, bei den Studieren-

den der Herkunftsgruppen „mittel“ und „gehoben“ um jeweils vier Prozentpunkte und bei denen der Herkunftsgruppe „hoch“ um sechs Prozentpunkte.

Die Beträge, die von den erwerbstätigen Studierenden der vier Herkunftsgruppen verdient werden, haben sich hingegen gegenüber 2006 kaum verändert. Lediglich bei den erwerbstätigen Studierenden der Herkunftsgruppe „mittel“ liegt der durchschnittliche Verdienst 2009 deutlich höher als 2006. Dies ist auch die hauptsächliche Erklärung dafür, dass sich die monatlichen Einnahmen der Studierenden der Herkunftsgruppe „mittel“ insgesamt etwas stärker erhöht haben als die der Studierenden der übrigen Herkunftsgruppen.

Abschließend wird auch in diesem Teilkapitel dargelegt, in welchem Umfang, differenziert nach der sozialen Herkunft, Studierende das Angebot angenommen haben, den Lebensunterhalt während des Studiums mit einem Kredit zu finanzieren. Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, ist der Anteil der Kreditnehmer in der sozial schwächsten Herkunftsgruppe am höchsten und nimmt mit steigender sozialer Herkunft ab:

Herkunftsgruppe	Anteil	Ø Betrag
• niedrig	6,7 %	412 €
• mittel	5,5 %	402 €
• gehoben	4,8 %	368 €
• hoch	3,5 %	388 €

Auch in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft ist nicht zu übersehen, dass das Alter der Studierenden bei der Entscheidung einen Kredit aufzunehmen, eine wesentliche Rolle spielt. Die Kreditnehmer sind in jeder Herkunftsgruppe deutlich älter als die übrigen Studierenden mit entsprechendem sozialen Hintergrund. Der Altersunterschied variiert zwischen einem Jahr (Herkunftsgruppe „gehoben“) und zwei Jahren (Herkunftsgruppe „niedrig“).

6.3.4 Einnahmen und BAföG-Status

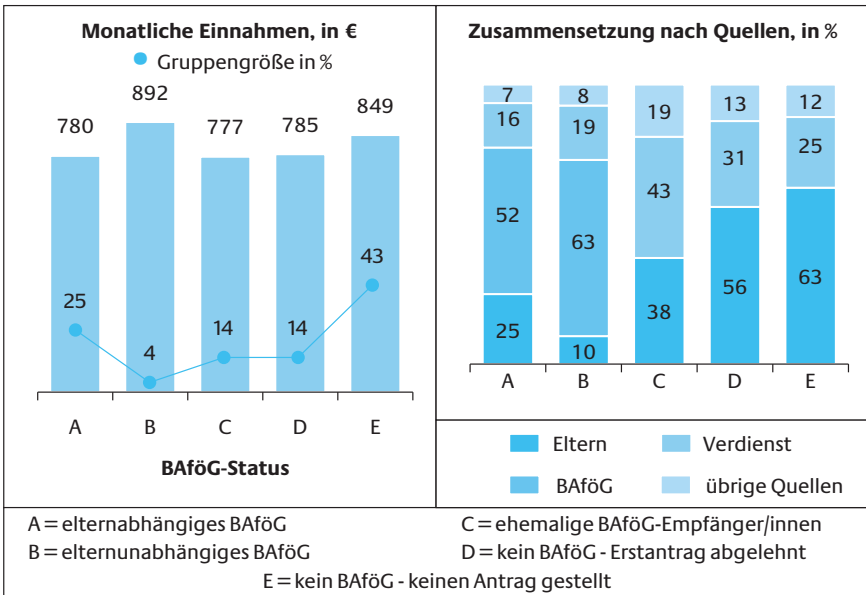
Werden die Studierenden danach differenziert, ob sie aktuelle oder ehemalige BAföG-Empfänger/innen sind, ihr Erstantrag auf BAföG abgelehnt wurde oder sie bisher keinen Antrag gestellt haben, resultieren vier Gruppen, deren familiäre Herkunft nach ökonomischen Aspekten relativ klar abzugrenzen ist. Bei aktuellen BAföG-Empfängern/innen ist für den weitaus größten Teil, nämlich denen, die in Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern gefördert werden, quasi amtlich geprüft, dass sie aus Familien stammen, deren finanzielle Leistungsfähigkeit nach den Regeln des BAföG nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt des studierenden Kindes zu finanzieren. Entsprechendes gilt für ehemalige BAföG-Empfänger/innen, bei denen der größere Teil nicht deshalb aus der Förderung fällt, weil sich die

Einkommenssituation der Eltern entsprechend verbessert hat, sondern weil diese Studierenden die Förderungshöchstdauer überschritten haben, das Studienfach ohne nach den Regeln des BAföG anerkannten Grund gewechselt haben oder einen Leistungsnachweis nicht erbringen konnten. Die Studierenden der dritten Gruppe, nämlich diejenigen, deren Erstantrag auf Förderung abgelehnt wurde, dürften sich ökonomisch so einordnen lassen, dass der größte Teil von ihnen aus Familien stammt, für die nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit die Finanzierung eines Studiums grenzwertig ist. Bei der vierten Gruppe hingegen, also denen, die sich bisher nicht veranlasst sahen, einen BAföG-Antrag zu stellen, liegt die Vermutung nahe, dass diese Studierenden vor allem aus Elternhäusern stammen, bei denen die Finanzierung des studierenden Kindes keine Frage der finanziellen Leistungsfähigkeit ist.

Werden die Studierenden wie beschrieben differenziert, ergeben sich bemerkenswerte Unterschiede im Hinblick auf die Finanzierungssituation (Bild 6.16).

Die Summe der monatlichen Einnahmen aus den jeweils zur Verfügung stehenden Finanzierungsquellen (vgl. Bild 6.17) liegt 2009 bei den elternabhängig Geförderten mit 780 € (2006: 720 €), den ehemaligen BAföG-Empfängern/Empfängerinnen mit 777 € (2006: 745 €) sowie denen, deren Erstantrag abgelehnt wurde,

Bild 6.16 Höhe und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach dem BAföG-Status
 Bezugsgruppe „Normalstudent“



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

mit 785 € (2006: 747 €) auf dem gleichen Niveau. Damit ist das Einnahmenniveau von 53 % der Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“ beschrieben. Mit 849 € verfügen die Studierenden, bei denen davon auszugehen ist, dass ihre adäquate finanzielle Unterstützung durch die Eltern, zumindest nach den Maßstäben des BAföG, keine Frage der finanziellen Leistungsfähigkeit ist, im Durchschnitt über deutlich höhere Ein-

nahmen (2006: 815 €). Zu dieser Gruppe gehören 43 % der Studierenden. Die verbleibenden 4 % der Studierenden, nämlich derjenigen, die staatlicherseits durch eine von der Einkommenssituation der Eltern unabhängige BAföG-Förderung unterstützt werden, verfügen mit 892 € über die höchsten monatlichen Einnahmen (2006: 826 €).

Ausgenommen die wenigen Studierenden, die elternunabhängig nach dem

BAföG gefördert werden, ist zu konstatieren: Die finanzielle Situation der Mehrheit der Studierenden (53 %), nämlich derjenigen, die aus Elternhäusern mit einer unzureichenden bzw. gerade ausreichenden finanziellen Leistungsfähigkeit stammen, wird erwartungsgemäß durch deutlich geringere monatliche Einnahmen bestimmt als die finanzielle Situation der Studierenden, deren Eltern nach ihrer Einkommenssituation keine Probleme mit der Alimentation der studierenden Kinder haben sollten.

Bei den aktuellen BAföG-Empfängern/innen wird der bei weitem größte Teil der monatlichen Einnahmen durch die staatliche Förderung ermöglicht. Beim weitaus größten Teil der nach dem BAföG geförderten Studierenden, den elternabhängig Geförderten, liegt der Beitrag der Eltern zu den monatlichen Einnahmen bei 25 %. Aber auch bei den elternunabhängig geförderten Studierenden tragen die Eltern noch mit 10 % zu den monatlichen Einnahmen bei. Ein deutlich kleinerer Anteil der Einnahmen als bei den übrigen Studierenden, wird von den BAföG-Empfängern/innen mit eigenem Verdienst bestritten (Bild 6.16, rechte Grafik).

Die höchste Selbstfinanzierungsquote durch eigenen Verdienst haben ehemalige BAföG-Empfänger/innen. 43 % ihrer Einnahmen werden von ihnen selbst durch Erwerbstätigkeit neben dem Studi-

um erwirtschaftet (2006: 41 %). Hier liegt der Schluss nahe, dass der größte Teil dieser Gruppe, nämlich die 81 %, die monatlich im Durchschnitt 415 € verdienen (Bild 6.17), ohne eigenen Verdienst das Studium wahrscheinlich nicht fortsetzen könnte. Mit 19 % ist der Anteil an den monatlichen Einnahmen, der durch die übrigen Finanzierungsquellen gedeckt wird, bei den ehemaligen BAföG-Empfänger/innen ebenfalls vergleichsweise hoch.

Die zweithöchste Selbstfinanzierungsquote durch eigenen Verdienst ist mit 31 % bei den Studierenden zu konstatieren, die aus Familien stammen, deren Einkommenssituation zu einem BAföG-Antrag veranlasste, die aber letztlich doch nicht so ist, dass eine Förderung geboten war (2006: 27 %). Der Beitrag der Eltern zu den monatlichen Einnahmen dieser Studierenden ist mit 56 % die deutlich wichtigste Finanzierungsquelle (2006: 62 %).

Aber auch bei den Studierenden, bei denen die Einkommenssituation des Elternhauses so ist, dass ein BAföG-Antrag bisher nicht infrage kam, liegt die Selbstfinanzierungsquote durch eigenen Verdienst mit 25 % auf einem beachtlichen Niveau (2006: 24 %). Der Beitrag der Eltern fällt bei diesen Studierenden erwartungsgemäß mit 63 % am höchsten aus (2006: 66 %).

Finanzierungsquellen

Von den Studierenden, für die bisher kein BAföG-Antrag infrage kam, werden 94 % von den Eltern mit durchschnittlich 570 € unterstützt. 2006 wurde diese Gruppe der Studierenden in entsprechendem Umfang durch die Eltern finanziert (Bild 6.17). Immerhin 63 % dieser Studierenden, damit vier Prozentpunkte mehr als 2006, setzen zur Finanzierung des Lebensunterhalts eigenen Verdienst ein. Der Betrag des Verdienstes liegt durchschnittlich bei 339 € und hat sich damit gegenüber 2006 kaum verändert. Erhöht hat sich bei diesen Studierenden der Anteil, der sich mit Einnahmen aus den übrigen Quellen finanziert (47 % vs. 43 %). Auch der Betrag, der aus den übrigen Quellen im Durchschnitt zur Verfügung steht, fällt 2009 höher aus als 2006 (212 € vs. 185 €). Die 2009 um 34 € höheren gesamten Einnahmen dieser Studierenden ergeben sich rechnerisch durch folgende Veränderung bei den Leistungen der verschiedenen Finanzierungsquellen: 3 € weniger von den Eltern, 17 € mehr durch Verdienst und 20 € mehr durch die übrigen Quellen.

Von den Studierenden, deren BAföG-Antrag abgelehnt wurde, werden 93 % von den Eltern mit durchschnittlich 476 € unterstützt. Gegenüber 2006 sind dieser Anteil und auch der von den Eltern bereitgestellte Betrag etwas zurückgegangen (Bild 6.17). Deutlich erhöht hat sich bei diesen Studierenden hingegen der Anteil,

der sich u. a. mit eigenem Verdienst finanziert (74 % vs. 67 %). Auch der Betrag des Verdienstes liegt 2009 etwas höher (327 € vs. 306 €). Bei diesen Studierenden hat sich der Anteil, der sich mit Einnahmen von den übrigen Quellen finanziert, überdurchschnittlich erhöht (52 % vs. 42 %). Der Betrag, der von diesen Quellen durchschnittlich bereitgestellt wird, ist hingegen nur leicht gestiegen (von 187 € auf 196 €). Die 2009 um 39 € höheren gesamten monatlichen Einnahmen dieser Studierenden ergeben sich rechnerisch durch folgende Veränderung bei den verschiedenen Finanzierungsquellen: 23 € weniger von den Eltern, 38 € mehr durch Verdienst und 24 € mehr durch die übrigen Quellen.

Bei den ehemaligen BAföG-Empfänger/innen hat sich der Anteil, der von den Eltern alimentiert wird, von 86 % im Jahre 2006 auf 81 % im Jahre 2009 reduziert. Ebenfalls verringert haben sich die Beträge, die den unterstützten Studierenden von den Eltern durchschnittlich zur Verfügung gestellt werden – von 384 € auf 365 €. Erhöht hingegen hat sich der Anteil, der eigenen Verdienst einsetzt (von 76 % auf 81 %), und ebenso der Anteil, der sich durch die übrigen Quellen finanziert (von 48 % auf 52 %). Die erwerbstätigen Studierenden unter den ehemaligen BAföG-Empfänger/innen haben 2009 gegenüber 2006 ihren durchschnittlichen Verdienst leicht erhöht (415 € vs. 399 €).

Bild 6.17 Inanspruchnahme der Finanzierungsquellen differenziert nach dem BAföG-Status der Studierenden

Bezugsgruppe „Normalstudent“

BAföG-Status Finanzierungs- quelle	Studierende, die die jeweilige Quelle in Anspruch nehmen ¹			Betrag, der diesen Studierenden zur Verfügung steht		
	in %			arithm. Mittelwert in €		
	2003	2006	2009	2003	2006	2009
elternabhängige Förderung						
Eltern	89	87	79	255	258	246
BAföG	100	100	100	345	355	409
Verdienst	53	50	56	345	200	223
Übrige	33	35	39	119	119	133
elternunabhängige Förderung						
Eltern	58	63	48	175	185	185
BAföG	100	100	100	512	504	562
Verdienst	57	61	63	243	237	277
Übrige	33	33	33	185	179	202
ehemalige BAföG-Empfänger						
Eltern	80	86	81	361	384	365
Verdienst	77	76	81	448	399	415
Übrige	44	48	52	243	234	279
nie BAföG erhalten – Erstantrag abgelehnt						
Eltern	94	94	93	469	493	476
Verdienst	72	67	74	320	306	327
Übrige	41	42	52	170	187	196
nie BAföG erhalten – keinen Antrag gestellt						
Eltern	94	94	94	555	575	570
Verdienst	63	59	63	345	333	339
Übrige	39	43	47	198	185	212

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ 2003 deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Diejenigen hingegen, denen Einnahmen aus den übrigen Quellen zufließen, erhalten 2009 einen deutlich höheren Betrag

(279 € vs. 234 €). Die 2009 um 32 € höheren gesamten monatlichen Einnahmen der ehemaligen BAföG-Empfänger/innen

ergeben sich rechnerisch durch folgende Veränderung bei den verschiedenen Finanzierungsquellen: 34 € weniger von den Eltern, 32 € mehr durch Verdienst und 34 € mehr durch die übrigen Quellen.

Bei den Studierenden, die elternunabhängig nach dem BAföG gefördert werden, fällt auf, dass der Anteil, der finanziell auch von den Eltern unterstützt wird, 2009 erheblich geringer ist als 2006 (48 % vs. 63 %). Der Anteil, der über eigenen Verdienst verfügt, ist hingegen leicht gestiegen (Bild 6.17). Die 2009 um 66 € höheren gesamten monatlichen Einnahmen der elternunabhängig geförderten BAföG-Empfänger/innen ergeben sich rechnerisch durch folgende Veränderung bei den verschiedenen Finanzierungsquellen: 27 € weniger von den Eltern, 58 € mehr durch BAföG, 29 € mehr durch Verdienst und 6 € mehr durch die übrigen Quellen.

Auch bei den Studierenden, deren Förderung nach dem BAföG in Abhängigkeit vom Elterneinkommen nach dem Subsidiaritätsprinzip erfolgt, hat sich der Anteil, der außerdem noch von den Eltern finanziell unterstützt wird, gegenüber 2006 erheblich verringert – von 87 % auf 79 %. Höher fällt 2009 hingegen der Anteil derjenigen aus, die sich auch mit eigenem Verdienst finanziert (56 % vs. 50 %). Ebenfalls höher liegt unter den elternab-

hängig Geförderten der Anteil, der 2009 Einnahmen aus den übrigen Quellen erzielt (39 % vs. 35 %). Auch die Beträge, die durch Erwerbstätigkeit neben dem Studium und durch die übrigen Quellen erzielt werden, liegen 2009 im Durchschnitt etwas höher als 2006 (Bild 6.17). Die 2009 um 60 € höheren gesamten monatlichen Einnahmen der elternabhängig geförderten BAföG-Empfänger/innen ergeben sich rechnerisch durch folgende Veränderung bei den verschiedenen Finanzierungsquellen: 29 € weniger von den Eltern, 54 € mehr durch BAföG, 24 € mehr durch Verdienst und 10 € mehr durch die übrigen Quellen.

Wird untersucht, in welchem Umfang, differenziert nach dem BAföG-Status, Studierende das Angebot angenommen haben, den Lebensunterhalt während des Studiums mit einem Kredit zu finanzieren, ergeben sich bemerkenswerte Unterschiede. Der weitaus höchste Anteil von Kreditnehmer/innen ist mit 11 % unter den ehemaligen BAföG-Empfänger/innen zu finden. Vergleichsweise häufig haben auch die Studierenden einen Kredit aufgenommen, deren BAföG-Antrag abgelehnt wurde. Etwas über dem Durchschnitt liegt der Anteil der Kreditnehmer auch unter den elternunabhängig nach dem BAföG geförderten Studierenden. Elternabhängig Geförderte und noch deutlicher Studierende, für die ein BAföG-

Antrag bisher nicht infrage kam, sind anteilig unterdurchschnittlich häufig Kreditnehmer/innen:

BAföG-Status	Anteil	Ø Betrag
• elternabhängig	3,8 %	316 €
• elternunabhängig	6,1 %	276 €
• Ehemalige	11,0 %	426 €
• Antrag abgelehnt	6,8 %	415 €
• nie Antrag gestellt	2,4 %	418 €

Angewiesen auf die Eltern

Für die Studierenden, die bisher keinen BAföG-Antrag gestellt haben bzw. deren BAföG-Erstantrag abgelehnt wurde, wird zunächst unterstellt, dass sie bei der Finanzierung des Studiums vor allem auf die finanzielle Unterstützung der Eltern angewiesen sind. Dabei handelt es sich um 57% der Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“; in absoluten Zahlen geht es dabei um rd. 675.000 Studierende. Im Folgenden wird dargestellt, in welchem Umfang diese Studierenden bei der Finanzierung des Lebensunterhalts auf eigenen Verdienst zurückgreifen.

Zu diesem Zweck wird zunächst ermittelt, welcher Anteil der Studierenden mit welchen Beträgen durch die Eltern unterstützt wird. Um zu berücksichtigen, dass die Leistung der Eltern auch davon beeinflusst wird, ob das studierende Kind z. B. ein Stipendium erhält, werden der Einfachheit halber die Leistungen der weiteren in Anspruch genommenen Fi-

nanzierungsquellen, ausgenommen der eigene Verdienst der Studierenden, als Elternersatzleistungen verstanden und zu den Elternleistungen addiert. Das Ergebnis dieser Addition wird im Folgenden als Sockelfinanzierung bezeichnet.

In Bild 6.18 ist dargestellt, in welchem Umfang diese Studierenden in Abhängigkeit von der Höhe der finanziellen Unterstützung durch die Eltern (linke Grafik) bzw. in Abhängigkeit von der Höhe der Sockelfinanzierung (rechte Grafik) eigenen Verdienst einsetzen. Nach dieser Darstellung ist der Zusammenhang zwischen der Höhe des eigenen Verdienstes und der Höhe der Elternleistung bzw. der Sockelfinanzierung offensichtlich. Umso geringer die Alimentation durch die Eltern bzw. die Sockelfinanzierung ausfällt, desto höher und notwendiger wird der eigene Verdienst.

Wird die Betrachtung auf die Sockelfinanzierung fokussiert, ergibt sich die folgende Verteilung dieser Studierenden in Abhängigkeit von der Höhe des durch die Sockelfinanzierung zur Verfügung gestellten Betrags:

Betrag der Sockelfinanzierung	Anteil der Betroffenen
• 0 €	3 %
• bis 300 €	9 %
• 301-500 €	20 %
• 501-700 €	37 %
• 701-900 €	20 %
• über 900 €	11 %

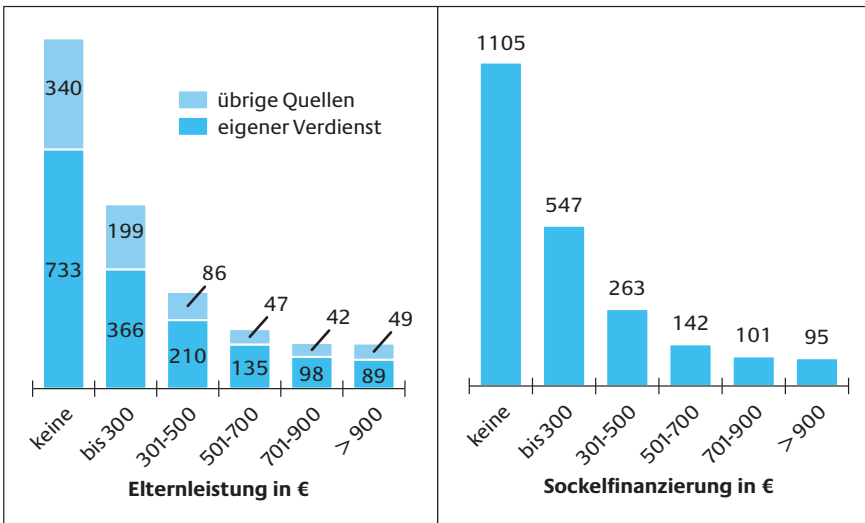
Es liegt nahe davon auszugehen, dass die gut 32% dieser Studierenden, die keine bzw. nur eine geringe Sockelfinanzierung (bis 500 €) erhalten, darauf angewiesen sind, das Studium ganz oder teilweise durch eigenen Verdienst zu finanzieren. Hochgerechnet handelt es sich dabei um rd. 219.000 Studierende.

Unter den Studierenden, die keine oder nur eine geringe Sockelfinanzierung erhalten, werden sich auch solche befinden, die gegenüber ihren Eltern keinen

Unterhaltsanspruch mehr geltend machen können. Es ist zu unterstellen, dass Studierende, die bei der Studienaufnahme das 25. Lebensjahr bereits vollendet hatten, und/oder Studierende, die sich erst fünf Jahre und später nach dem Erwerb der Hochschulreife immatrikuliert haben, wahrscheinlich nicht mehr unterhaltsberechtig sind. Wird dies berücksichtigt, ist von rd. 200.000 Studierenden mit einem Unterhaltsanspruch gegenüber den Eltern auszugehen, die keine

Bild 6.18 Eigener Verdienst in Abhängigkeit von der Höhe der finanziellen Unterstützung durch die Eltern bzw. der Sockelfinanzierung¹

Bezugsgruppe „Normalstudent“ – Teilgruppe „kein BAföG“², Mittelwerte in €



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Summe aus Elternleistung und übrigen Quellen

² Studierende, deren Erstantrag abgelehnt wurde und solche, die keinen Antrag gestellt haben

bzw. nur eine unzureichende Sockelfinanzierung erhalten. Rechnerisch verfügen diese Studierenden über eine durchschnittliche Sockelfinanzierung von 324 €, die mit 448 € eigenem Verdienst zu monatlichen Einnahmen von 772 € aufgestockt werden. 2006 wurde ermittelt, dass rd. 190.000 Studierende trotz Unterhaltsanspruch gegenüber den Eltern mit einer Sockelfinanzierung in durchschnittlicher Höhe von lediglich 355 € unterstützt wurden, zu denen 319 € eigener Verdienst hinzukam, so dass diese Studierenden im Monat über durchschnittliche Einnahmen von 674 € verfügten. Die Anzahl der Studierenden in der beschriebenen Situation liegt folglich 2009 um rd. 5 %, der Betrag, der von diesen Studierenden durchschnittlich hinzuverdient wird, um rd. 40 % höher als 2006.

Wird der Frage nachgegangen, warum diese Studierenden davon ausgehen, dass eine BAföG-Förderung für sie nicht infrage kommt, ergibt sich die folgende Verteilung auf die angegebenen Gründe (Mehrfachnennungen waren möglich):

- Einkommen der Eltern ist zu hoch 74 %
- eigenes Einkommen/Vermögen ist zu hoch 31 %
- will keine Schulden machen 28 %
- der zu erwartende Förderungsbeitrag ist so gering, dass es sich nicht lohnt 16 %

Auch diese Antworten sind als Indiz dafür zu werten, dass ein nicht unerheblicher Teil der Studierenden von den Eltern keine angemessene finanzielle Unterstützung erfährt. Die bereits 2006 in diesem Zusammenhang aufgeworfene Frage, ob die Eltern zu einer adäquaten Alimentation nicht fähig sind oder diese nicht leisten wollen, lässt sich auch 2009 mit den Daten der Sozialerhebung nicht beantworten.

Angewiesen auf das BAföG

Der sich nach dem BAföG ergebende Bedarf elternabhängig geförderter Studierender wird nur dann vollständig vom Staat übernommen, wenn festgestellt wird, dass nach den Regelungen des BAföG die Einkommenssituation der Eltern keine Unterhaltsleistungen an das studierende Kind zulässt. Wird für die Eltern eine teilweise Leistungsfähigkeit attestiert, verringert sich die staatlicherseits gewährte Förderung auf den Betrag, der sich ergibt, wenn vom berechneten Bedarfssatz die von den Eltern erwartete Leistung subtrahiert wird. In diesen Fällen sind die Geförderten folglich darauf angewiesen, dass die Eltern sie auch im entsprechenden Umfang unterstützen.

Zur Untersuchung der Fragestellung, ob elternabhängig geförderte BAföG-Empfänger/innen von den Eltern in dem zu erwartenden Umfang unterstützt werden, wird für jeden Fall der individuelle

Förderungshöchstsatz berechnet. In diese Berechnung fließt zunächst der Grundbedarf von 366 € und der Wohnbedarf von 146 € ein. Darüber hinaus wird berücksichtigt, ob Studierende angeben, einen höheren Wohnbedarf geltend zu machen. Falls ja, wird in Abhängigkeit von den tatsächlichen Ausgaben für Miete und Nebenkosten der höhere Wohnbedarf, der maximal 72 € betragen kann, berechnet. Ebenfalls wird berücksichtigt, ob die Studierenden angeben, einen Zuschlag für die Kranken- und Pflegeversicherung zu erhalten (zusammen 64 €).

Von dem sich ergebenden individuellen Förderungshöchstsatz wird der tatsächlich gewährte Förderungsbetrag subtrahiert. Nach der Logik des BAföG wird unterstellt, dass die Eltern so leistungsfähig sind, dass sie den Differenzbetrag tragen können. Soweit Studierende über Elternersatzleistungen wie Waisengeld oder finanzielle Zuwendungen anderer Verwandter verfügen, werden diese zu Gunsten der Eltern berücksichtigt.

Das unter den beschriebenen Voraussetzungen ermittelte Ergebnis lautet: Die Mehrheit der Eltern verhält sich so, wie es der Gesetzgeber erwartet, und unterstützt die studierenden Kinder mindestens im erwarteten Umfang (2009: 65 %, 2006: 70 %). Ein gegenüber 2006 größerer Teil der Eltern genügt dieser Erwartung allerdings nicht (35 % vs. 30%). Absolut gesehen hat sich damit die Anzahl der

BAföG-Empfänger/innen, die nicht im erwartenden Umfang von den Eltern finanziell unterstützt werden, von rd. 70.000 im Jahre 2006 auf nunmehr rd. 107.000 erhöht.

Schon 2006 wurde festgestellt, dass bei den Geförderten, die mit BAföG-Beträgen über 400 € gefördert werden, der Anteil, der von den Eltern finanziell nicht angemessen unterstützt wird, deutlich geringer ausfällt als unter den Geförderten mit niedrigeren Förderungsbeträgen und damit leistungsfähigeren Eltern. Dieser Befund gilt auch für 2009 (Bild 6.19). Der berechnete Fehlbetrag, mit dem die Leistung der Eltern im Durchschnitt hinter den Erwartungen zurückbleibt, verringert sich mit steigender BAföG-Förderung deutlich.

Abschließend ist anzumerken, dass die soziale Herkunft der Studierenden, deren Eltern die erwartete finanzielle Unterstützung nicht gewähren, sich kaum von der sozialen Herkunft der Gesamtgruppe der hier untersuchten elternabhängig Geförderten unterscheidet. Die zu geringe Unterstützung durch die Eltern ist folglich nicht von der sozialen Herkunft der Studierenden, so wie diese in der Sozialerhebung definiert wird, abhängig. Offensichtlich ist aber, dass es einen Zusammenhang mit der nach den Regelungen des BAföG festgestellten Einkommenssituation im Elternhaus gibt.

Bild 6.19 Finanzielle Unterstützung durch die Eltern nach Höhe der BAföG-Förderung bei elternabhängiger Förderung

Bezugsgruppe „Normalstudent“, geförderte Studierende in %

BAföG-Förderung in €	finanzielle Unterstützung durch die Eltern „erwartungsgemäß“				falls nein: durchschnittlicher Fehlbetrag (in €)	
	ja		nein		2006	2009
	2006	2009	2006	2009		
bis 100	51	48	49	52	138	220
101-200	51	52	49	48	113	140
201-300	57	48	43	52	93	123
301-400	63	53	37	47	79	92
über 400	86	76	14	24	42	54
insgesamt	70	65	30	35	90	101

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

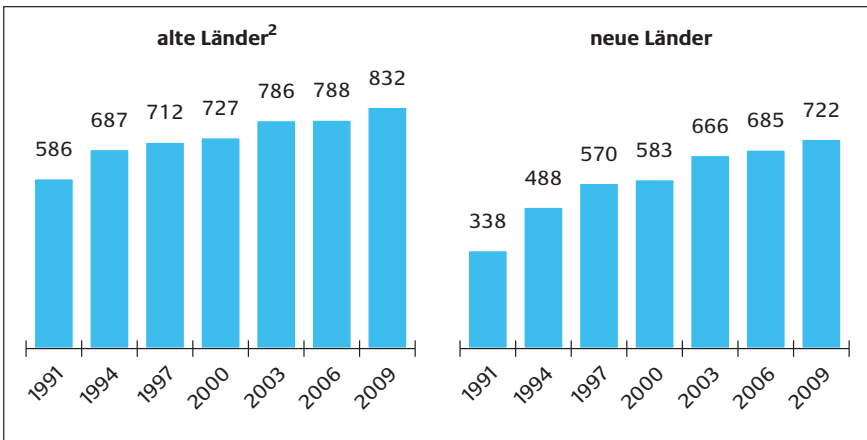
6.3.5 Regionale Unterschiede

Alte Länder – neue Länder

Studierende in den alten Ländern verfügen auch im Jahre 2009 mit durchschnittlich 832 € über monatliche Einnahmen, die weit höher liegen als bei den Studierenden in den neuen Ländern mit monatlich 722 €. Die monatlichen Einnahmen fallen 2009 in beiden Regionen um gut 5 % höher aus als 2006. Der Abstand zwischen den monatlichen Einnahmen der Studierenden in den alten und neuen Ländern hat sich, anders als in den vorhergehenden Beobachtungszeiträumen, von 2006 auf 2009 nicht mehr verringert (Bild 6.20).

Auch die durchschnittliche Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen der Studierenden in den alten und neuen Ländern unterscheidet sich erheblich. Während der Beitrag der Eltern zu den monatlichen Einnahmen nur wenig differiert (Bild 6.21), gibt es erhebliche Unterschiede bei der Inanspruchnahme des BAföG und des eigenen Verdienstes. Für Studierende in den alten Ländern spielt der eigene Verdienst als Finanzierungsquelle des Lebensunterhalts eine weit größere Rolle als das BAföG: 27 % der monatlichen Einnahmen sind eigener Verdienst und 14 % stammen aus der BAföG-Förderung. Bei den Studierenden in den neuen Ländern hingegen ist das BAföG

Bild 6.20 Entwicklung der monatlichen Einnahmen in den alten und neuen Ländern
 Bezugsgruppe „Normalstudent“¹, arithm. Mittelwert in €



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ bis 2003 deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

² ab 2000 Berlin insgesamt zugeordnet, vorher nur Berlin (West)

mit Abstand die zweitwichtigste Finanzierungsquelle: 24 % der monatlichen Einnahmen werden durch die BAföG-Förderung bereitgestellt und 18 % durch eigenen Verdienst.

Während sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern der Beitrag der Eltern zu den monatlichen Einnahmen im Jahre 2009 deutlich geringer ausfällt als 2006 (um jeweils vier Prozentpunkte), hat sich bei den Studierenden beider Regionen die Selbstfinanzierungsquote durch eigenen Verdienst und der Beitrag des BAföG erhöht (Bild 6.21).

Der Rückgang des finanziellen Engagements der Eltern ist auch daran abzule-

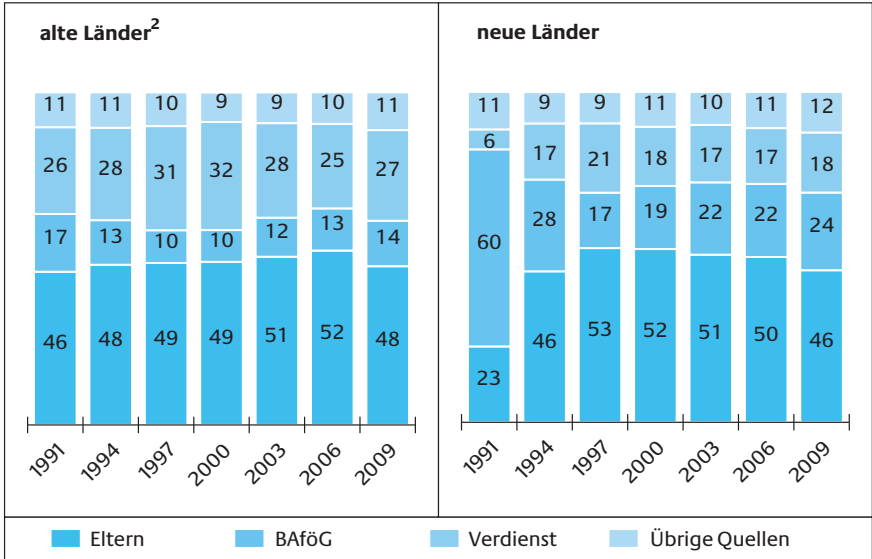
sen, dass 2009 in beiden Regionen der Anteil der von den Eltern finanziell unterstützten Studierenden um jeweils 3 Prozentpunkte geringer ausfällt als 2006 (Bild 6.22).

Trotz konstant gebliebener BAföG-Quote in den alten Ländern und eines in den neuen Ländern zu beobachtenden Rückgangs, fällt der Beitrag des BAföG zu den monatlichen Einnahmen der Studierenden 2009 höher aus als 2006, weil der durchschnittliche Förderungsbetrag in den alten Ländern um 50 € und den neuen Ländern um 65 € gestiegen ist.

Der Anteil der Studierenden, der eigenen Verdienst zur Bestreitung des Lebens-

Bild 6.21 Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen der Studierenden in den alten und neuen Ländern

Bezugsgruppe „Normalstudent“¹, Quellenanteil in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ bis 2003 deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

² ab 2000 Berlin insgesamt zugeordnet, vorher nur Berlin (West)

unterhalts einsetzt, hat sich hingegen bei den Studierenden in den alten Ländern von 63 % auf 67 % erhöht und der Durchschnittsbetrag des Verdienstes liegt nunmehr bei 337 € anstatt 319 €. In den neuen Ländern wird 2009 ebenfalls eine höhere Quote von Studierenden mit eigenem Verdienst gemessen, die mit 54 % um sechs Prozentpunkte höher liegt als 2006 und damit ein bisher in dieser Region nicht gekanntes Niveau erreicht. Aller-

dings ist der Durchschnittsbetrag des Verdienstes konstant geblieben (Bild 6.22).

Einen Kredit zur Bestreitung des Lebensunterhalts haben 2009 in den alten Ländern knapp 5 % der Studierenden aufgenommen, denen dadurch durchschnittlich im Monat 394 € zur Verfügung stehen. In den neuen Ländern liegt der entsprechende Anteil bei knapp 4 % und der Durchschnittsbetrag bei 381 €.

Bild 6.22 Inanspruchnahme der Finanzierungsquellen differenziert nach alten und neuen Ländern

Bezugsgruppe „Normalstudent“

Region Finanzierungs- quelle	Studierende, die die jeweilige Quelle in Anspruch nehmen ¹ in %			Betrag, der diesen Studierenden zur Verfügung steht arithm. Mittelwert in €		
	2003	2006	2009	2003	2006	2009
alte Länder						
Eltern	89	90	87	448	461	459
BAföG	25	26	27	372	378	428
Verdienst	66	63	67	338	319	337
Übrige	38	40	45	192	184	207
neue Länder						
Eltern	92	90	87	368	381	381
BAföG	41	41	39	352	370	435
Verdienst	50	48	54	234	240	242
Übrige	43	46	48	154	163	184

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ 2003 deutsche Studierenden, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

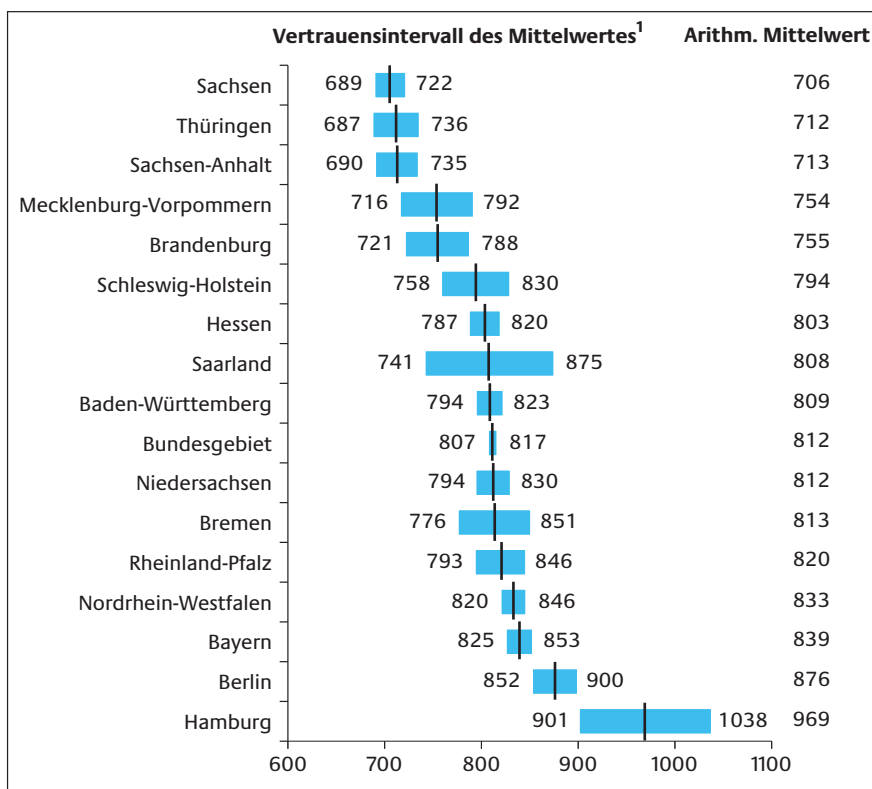
Länder

Die durchschnittliche Einnahmenhöhe differiert nicht nur zwischen den alten und neuen Ländern, auch bei einem Vergleich der sechzehn Einzelländer sind zum Teil erhebliche Unterschiede festzustellen (Bild 6.23). Das Spektrum reicht von den Studierenden in Sachsen mit monatlichen Einnahmen in durchschnittlicher Höhe von 706 € bis zu den Studierenden in Hamburg, denen zur Bestreitung des Lebensunterhalts monatlich 969 € zur Verfügung stehen.

Ergänzend ist anzumerken, dass Studierende in Hochschulstädten mit einer Wohnbevölkerung über 700.000 Einwohnern generell über höhere monatliche Einnahmen verfügen als Studierende in den kleineren Städten (897 € vs. 792 €). Ausschlaggebend dafür dürften Unterschiede bei den Lebenshaltungskosten, insbesondere der Miete sein (vgl. Kap. 7.2.1).

Bild 6.23 Höhe der monatlichen Einnahmen nach Ländern

Bezugsgruppe „Normalstudent“, in €



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Bei 5%iger Irrtumswahrscheinlichkeit. Von statistisch signifikanten Unterschieden ist dann auszugehen, wenn keine Überschneidung der Vertrauensintervalle festzustellen ist.

6.3.6 Studienspezifische Einnahmenunterschiede

Hochschulart

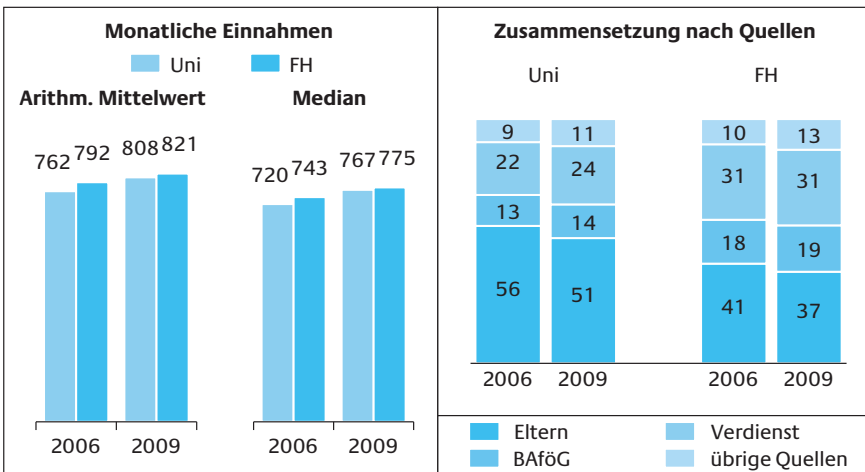
Studierende an Universitäten und Studierende an Fachhochschulen verfügen 2009 über etwa gleich hohe monatliche Einnahmen (808 € bzw. 821 €). Gegenüber 2006, als die Einnahmen der Studierenden an Fachhochschulen statistisch signifikant höher lagen (Bild 6.24), hat sich der Durchschnittsbetrag der monatlichen Einnahmen der Studierenden beider Hochschularten tendenziell wieder angeglichen.

Ein deutlicher Unterschied besteht zwischen den Studierenden der Universitäten und Fachhochschulen aber nach wie vor hinsichtlich der Struktur der Einnahmen. Während 2009 bei den Studierenden der Universitäten der Beitrag der Eltern zu den monatlichen Einnahmen wesentlich höher ausfällt (51% vs. 37%), haben bei den Studierenden der Fachhochschulen der Anteil des BAföG (19% vs. 14%) und die Selbstfinanzierung durch eigenen Verdienst (31% vs. 24%) einen deutlich höheren Stellenwert.

Die Veränderungen gegenüber 2006 sind für die Studierenden beider Hoch-

Bild 6.24 Höhe und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach Hochschulart

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Einnahmen in €, Quellenanteil in %



schularten durch einen spürbaren Rückgang des Elternbeitrags, einen leichten Anstieg des BAföG-Beitrags und einen Anstieg des Beitrags, den die übrigen Quellen (ohne eigenen Verdienst) zusammen beisteuern, beschrieben. Die Selbstfinanzierungsquote durch eigenen Verdienst ist hingegen lediglich bei den Studierenden der Universitäten gestiegen, während sie bei den Studierenden der Fachhochschulen konstant geblieben ist (Bild 6.24).

Die gestiegene Selbstfinanzierungsquote im Universitätsbereich ist vor allem

darauf zurückzuführen, dass 2009 deutlich mehr Studierende als 2006 eigenen Verdienst zur Bestreitung des Lebensunterhalts einsetzen (65 % vs. 59 %) und auch der Betrag des Verdienstes leicht gestiegen ist (299 € vs. 281 €). Im Fachhochschulbereich hat sich hingegen der Anteil der Studierenden mit eigenem Verdienst und ebenso der eingesetzte Betrag nur marginal erhöht (Bild 6.25).

Der Anteil der BAföG-Empfänger/innen ist im Vergleich der Hochschularten auf dem 2006 erreichten Niveau stehen geblieben. Allerdings ist auch hier zu

Bild 6.25 Inanspruchnahme der Finanzierungsquellen differenziert nach Hochschulart

Bezugsgruppe „Normalstudent“

Hochschulart Finanzierungs- quelle	Studierende, die die jeweilige Quelle in Anspruch nehmen ¹ in %			Betrag, der diesen Studierenden zur Verfügung steht arithm. Mittelwert in €		
	2003	2006	2009	2003	2006	2009
Universität						
Eltern	91	92	89	449	468	463
BAföG	25	27	27	362	363	420
Verdienst	63	59	65	304	281	299
Übrige	39	42	46	182	171	193
Fachhochschule						
Eltern	84	84	79	387	387	389
BAföG	35	35	35	379	404	450
Verdienst	65	65	66	387	377	385
Übrige	38	39	45	195	207	231

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ 2003 deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

konstatieren, dass 2009 der durchschnittliche Förderungsbetrag für die Geförderten beider Hochschularten erheblich höher ausfällt als 2006 (um monatlich 57 € bzw. 46 €).

Die Quote der von den Eltern finanziell unterstützten Studierenden ist an beiden Hochschularten zurückgegangen, unter den Studierenden der Fachhochschulen etwas stärker als an den Universitäten (Bild 6.25). Die von den Eltern bereitgestellten Beträge haben sich gegenüber 2006 kaum verändert.

Ein Kredit zur Finanzierung des Lebensunterhalts wird 2009 von den Studierenden im Fachhochschulbereich etwas häufiger aufgenommen als von denen im Universitätsbereich (6 % vs. 4 %). Der dadurch monatlich im Durchschnitt zur Verfügung stehende Betrag liegt bei 407 € bzw. 384 €. Damit hat sich der Anteil der durch Kredite realisierten Einnahmen an den gesamten monatlichen Einnahmen für den Lebensunterhalt bei den Studierenden der Universitäten von 2006 nach 2009 von 1 % auf 2 %, bei den Studierenden der Fachhochschulen von 1 % auf knapp 3 % erhöht.

Neue vs. alte Studiengänge

Bereits 2006 wurde untersucht, ob die Einführung der neuen Studiengänge auch zu Veränderungen bei der Studienfinanzierung geführt hat. Die Hypothese war, dass die zeitlich straffer organisier-

ten Bachelor-Studiengänge weniger häufig eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium zulassen, sich dies folglich auf die Selbstfinanzierung durch eigenen Verdienst auswirken müsste. Um den erheblichen Einfluss des Alters auf die Finanzierungssituation konstant zu halten (vgl. Kap. 6.2.3), wurde 2006 diese Hypothese auf der Basis gleichaltriger Studierender (bis 23 Jahre) untersucht. Es zeigte sich, dass Studierende in den neuen Bachelor-Studiengängen signifikant weniger häufig eigenen Verdienst zur Bestreitung des Lebensunterhalts einsetzen als diejenigen in den traditionellen Diplom/Magister-Studiengängen (43 % vs. 54 %).

Auch 2009 wird dieser Fragestellung nachgegangen, indem wiederum die finanzielle Situation gleichaltriger Studierender in neuen und alten Studiengängen untersucht wird. Dabei wird unterschieden zwischen Studiengängen, die mit dem Diplom/Magister, mit dem Staatsexamen oder mit dem Bachelor abschließen.

Zunächst wird die Höhe der monatlichen Einnahmen dieser Studierendengruppen betrachtet. Dabei ist zu konstatieren, dass Studierende in Bachelor-Studiengängen über statistisch signifikant geringere monatliche Einnahmen verfügen als die gleichaltrigen Studierenden in den traditionellen Studiengängen (Bild 6.26, linke Grafik). Als relativ gering lässt sich der Einnahmenunterschied zwischen

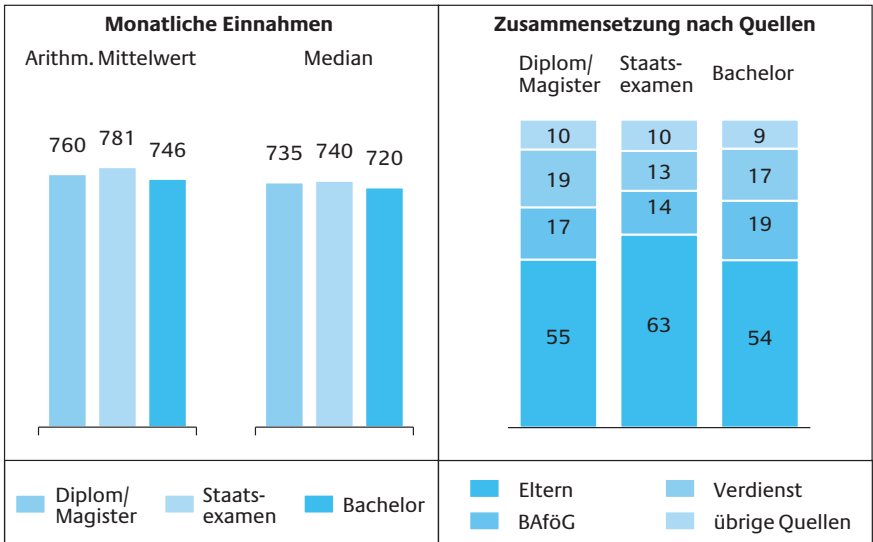
den Studierenden in Bachelor-Studiengängen und denen der Diplom/Magister-Studiengänge beschreiben (746 € vs. 760 €). Deutlicher hingegen ist der Unterschied zu den Einnahmen der Studierenden in Studiengängen, die mit dem Staatsexamen abschließen (746 € vs. 781 €).

Die Analyse der durchschnittlichen Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen erbringt folgende Befunde (Bild 6.26, rechte Grafik): Studierende in Bachelor- und in Diplom/Magister-Studiengängen

finanzieren sich ähnlich. Den Hauptbeitrag leisten die Eltern mit 55 % bzw. 54 %. Der Beitrag des BAföG liegt bei den Studierenden der Bachelor-Studiengänge etwas höher (19 % vs. 17 %), während die Selbstfinanzierungsquote durch eigenen Verdienst bei den Studierenden der Diplom/Magister-Studiengänge etwas höher ausfällt (19 % vs. 17 %). Wird hier nach der Hochschulart differenziert, ergeben sich im Universitätsbereich wesentlich deutlichere Unterschiede zwischen den alten und neuen Studiengängen (Bild 6.27).

Bild 6.26 Höhe und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen 2009 gleichaltriger Studierender in neuen und alten Studiengängen

Bezugsgruppe „Normalstudent“ – bis 23 Jahre, Einnahmen in €, Quellenanteil in %



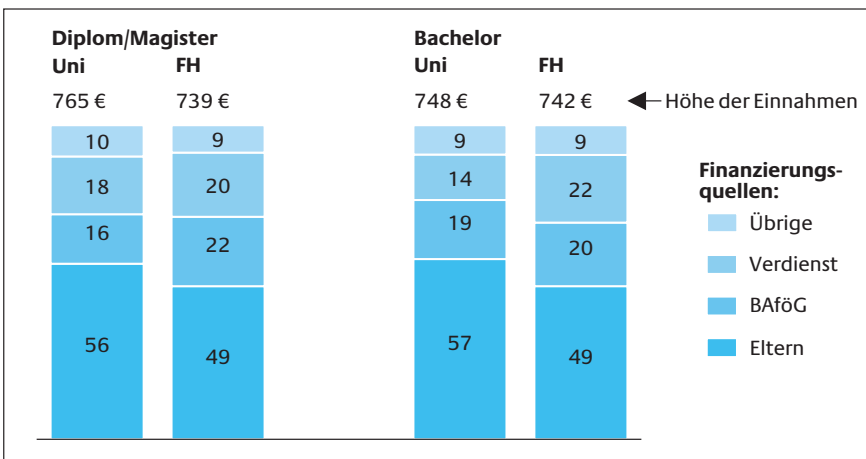
Studierende in den neuen Bachelor-Studiengängen finanzieren mit 19 % einen höheren Anteil ihrer monatlichen Einnahmen durch die Förderung nach dem BAföG als Studierende in den Diplom/Magister-Studiengängen mit 16 %. Demgegenüber steht eine in den Diplom/Magister-Studiengängen höhere Selbstfinanzierungsquote durch eigenen Verdienst als in den Bachelor-Studiengängen (18 % vs. 14 %).

Im Fachhochschulbereich wird hingegen von den Studierenden der Bachelor-Studiengänge im Vergleich zu denen in den alten Diplom-Studiengängen ein etwas geringerer Anteil der monatlichen

Einnahmen durch die BAföG-Förderung gedeckt (20 % vs. 22 %) und ein entsprechend höherer durch eigenen Verdienst (22 % vs. 20 %).

Die finanzielle Situation der Studierenden in den allein im Universitätsbereich angebotenen Studiengängen, die mit einem Staatsexamen abschließen, stellt sich demgegenüber deutlich anders dar (Bild 6.26): 63 % der monatlichen Einnahmen werden durch die Eltern bereitgestellt und folglich deutlich weniger durch BAföG (14 %) und eigenen Verdienst (13 %). Die erheblich abweichende Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen der Studierenden in den Studien-

Bild 6.27 Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen 2009 gleichaltriger Studierender differenziert nach Abschlussart und Hochschulart
 Bezugsgruppe „Normalstudent“ – bis 23 Jahre, Quellenanteil in %



gängen, die mit einem Staatsexamen abschließen, ist vor allem damit zu erklären, dass sie von den Eltern mit deutlich höheren Beträgen alimentiert werden als die Studierenden in den anderen Studiengängen (Bild 6.28).

Bei den Studierenden der Universitäten, die kein Staatsexamen anstreben, ist

festzustellen, dass sich die finanzielle Unterstützung durch die Eltern für Studierende in Diplom/Magister-Studiengängen nicht von der für diejenigen in den neuen Bachelor-Studiengängen unterscheidet. Ein gleich hoher Anteil (jeweils 95 %) wird mit im Durchschnitt gleichen Beträgen von den Eltern unterstützt (jeweils 451 €).

Bild 6.28 Inanspruchnahme der Finanzierungsquellen durch gleichaltrige Studierende in neuen und alten Studiengängen
Bezugsgruppe „Normalstudent“ – bis 23 Jahre

Abschlussart	Finanzierungsquelle	Studierende, die die jeweilige Quelle in Anspruch nehmen ¹ in %				Betrag, der diesen Studierenden zur Verfügung steht arithm. Mittelwert in €			
		2006		2009		2006		2009	
		insg.	insg.	Uni	FH	insg.	insg.	Uni	FH
Diplom, Magister									
	Eltern	95	94	95	91	431	441	451	395
	BAföG	35	34	32	41	345	380	377	394
	Verdienst	54	62	62	59	219	232	227	254
	Übrige	43	45	46	41	138	165	166	157
Staatsexamen									
	Eltern	96	95	95	-	500	513	513	-
	BAföG	29	29	29	-	331	385	385	-
	Verdienst	48	56	56	-	174	180	180	-
	Übrige	43	50	50	-	132	159	159	-
Bachelor									
	Eltern	94	94	95	91	447	433	451	400
	BAföG	37	36	35	38	361	398	399	397
	Verdienst	43	52	50	55	189	242	215	290
	Übrige	40	46	46	45	141	153	150	157

Der Anteil der bis 23 Jahre alten Studierenden, der nach dem BAföG gefördert wird, fällt im Universitätsbereich in Bachelor-Studiengängen höher aus als in den Diplom/Magister-Studiengängen (35 % vs. 32 %), ebenso der Förderungsbeitrag, mit dem diese Studierenden unterstützt werden (399 € vs. 377 €).

Am deutlichsten unterscheiden sich die gleichaltrigen Studierenden in den neuen und alten Studiengängen im Universitätsbereich durch den Anteil, der eigenen Verdienst zur Finanzierung des Lebensunterhalts einsetzt. Dies gilt mit 50 % für deutlich weniger Studierende in den Bachelor-Studiengängen verglichen mit 62 % in den Diplom/Magister-Studiengängen. Auch der durchschnittliche Verdienst der erwerbstätigen Bachelor-Studierenden fällt etwas geringer aus (215 € vs. 227 €).

Im Fachhochschulbereich ist hingegen der Unterschied beim Anteil der erwerbstätigen Studierenden in den Bachelor- und den Diplom-Studiengängen wesentlich geringer (55 % vs. 59 %). Hier fällt auf, dass die Erwerbstätigen der neuen Studiengänge im Durchschnitt höhere Beträge verdienen (290 € vs. 254 €).

Anders als im Universitätsbereich ist im Fachhochschulbereich die Quote der nach dem BAföG geförderten Studierenden in den neuen Studiengängen geringer als in den alten Studiengängen (38 % vs. 41 %). Der durchschnittliche Förde-

rungsbetrag hingegen unterscheidet sich nicht (397 € vs. 394 €).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass im Universitätsbereich der eigene Verdienst für Studierende in den Bachelor-Studiengängen eine geringere Rolle spielt als für die in den Diplom/Magister-Studiengängen. Dies dürfte auch mit dem höheren Anteil des BAföG an den monatlichen Einnahmen der Bachelor-Studierenden zu erklären sein (vgl. Bild 6.27). Im Fachhochschulbereich hingegen spielt der eigene Verdienst bei den Studierenden in den neuen Studiengängen eine etwas größere Rolle als bei denen in den alten Studiengängen.

6.3.7 Einnahmen und allgemeine Studiengebühren

Im Sommersemester 2006, dem Zeitpunkt der 18. Sozialerhebung, wurden an den staatlichen Hochschulen in Deutschland keine allgemeinen Studiengebühren verlangt. Zum Zeitpunkt der 19. Sozialerhebung, dem Sommersemester 2009, wurden hingegen in sechs Ländern allgemeine Studiengebühren erhoben.

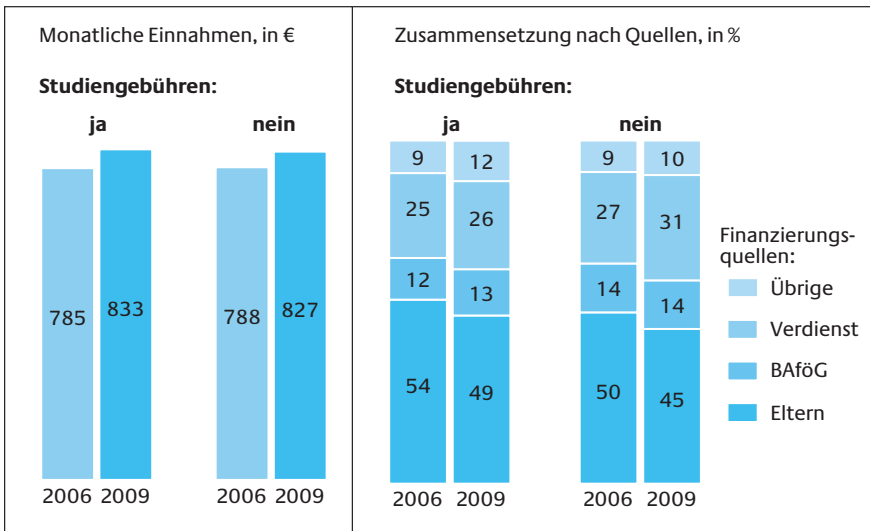
Im Folgenden wird untersucht, ob sich die Gebührenpflicht auf die finanzielle Situation der Studierenden auswirkt. Dabei bleiben die Studierenden in den neuen Ländern unberücksichtigt, weil die Unterschiede bei der Studienfinanzierung in den alten und neuen Ländern den hier interessierenden Effekt überlagern könnten.

Grundlegendes Differenzierungskriterium für die Gebührenpflicht sind die Antworten der Studierenden auf die Frage: „Werden an Ihrer Hochschule neben dem obligatorischen Semesterbeitrag auch allgemeine Studiengebühren erhoben?“. Sowohl 2009 als auch bei der Vergleichsrechnung für 2006 blieben Studierende an privaten Hochschulen unberücksichtigt.

Höhe der Einnahmen und Finanzierungsstruktur

Wie Bild 6.29 zu entnehmen ist, stehen 2009 den Studierenden, die allgemeine Studiengebühren zu entrichten haben, im Durchschnitt gleich hohe monatliche Einnahmen zur Verfügung wie den Studierenden, die an einer Hochschule ohne Beitragspflicht eingeschrieben sind (832 € vs. 828 €). Bereits im Jahre 2006 lag das Einnahmenniveau der Studierenden

Bild 6.29 Höhe und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen in Abhängigkeit von allgemeinen Studiengebühren an der besuchten Hochschule¹
 Bezugsgruppe „Normalstudent“ – alte Länder, Einnahmen in €, Quellenanteil in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Bei der Vergleichsrechnung 2006 wurden die Studierenden nach der Gebührenpflicht im jeweiligen Land nach dem Stand von 2009 zugeordnet

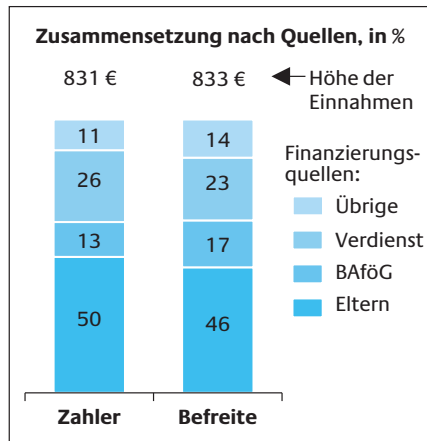
in den Ländern, die heute Studiengebühren erheben, gleich hoch wie in den alten Ländern, die auch 2009 keine Gebühren erheben (788 € vs. 785 €).

Unterschiede zwischen den Studierenden mit und ohne Gebührenpflicht sind allerdings bei der durchschnittlichen Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen festzustellen. Bei den Studierenden mit Gebührenpflicht wird ein höherer Anteil der monatlichen Einnahmen von den Eltern bereitgestellt (49 % vs. 45 %). Bei den Studierenden ohne Gebührenpflicht ist hingegen die Selbstfinanzierungsquote durch eigenen Verdienst wesentlich höher (31 % vs. 26 %). Allerdings ist festzuhalten, dass diese Unterschiede zwischen den Studierenden in den entsprechenden Ländern in ähnlicher Deutlichkeit bereits vor Einführung der Gebührenpflicht zu beobachten waren (Bild 6.29, rechte Grafik).

Wird bei denjenigen, die an einer Hochschule mit Gebührenpflicht studieren, danach differenziert, ob sie von der Gebührenpflicht befreit wurden oder die Studiengebühren bezahlen mussten, ist festzustellen, dass sich die Höhe der monatlichen Einnahmen dieser beiden Gruppen nicht unterscheidet (Bild 6.30).

Bei den Gebührenzahlern liegt allerdings der Beitrag der Eltern zu den monatlichen Einnahmen höher als bei denjenigen, die von der Gebührenpflicht befreit sind (50 % vs. 46 %). Gebührenzahler

Bild 6.30 Finanzierungsstruktur – Gebührenzahler und von der Zahlung Befreite
Bezugsgruppe „Normalstudent“



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

tragen mit eigenen Verdienst in höherem Umfang zu ihrer Finanzierung bei als die von den Gebühren befreiten (26 % vs. 23 %). Letztere erhalten dagegen einen höheren Anteil ihrer Einnahmen durch die BAföG-Förderung.

Finanzierungsquellen

Welche Anteile der Studierenden die einzelnen Finanzierungsquellen in Anspruch nehmen und welche Beträge diesen Studierenden durchschnittlich zur Verfügung stehen, ist in Bild 6.31 dargestellt. Danach werden gebührenpflichtige Studierende deutlich häufiger und mit

Bild 6.31 Inanspruchnahme der Finanzierungsquellen 2006 und 2009 differenziert nach allgemeinen Studiengebühren¹

Bezugsgruppe „Normalstudent“ - alte Länder

Finanzierungsquelle	Studierende, die die jeweilige Quelle in Anspruch nehmen in %				Betrag, der diesen Studierenden zur Verfügung steht arithm. Mittelwert in €			
	Studiengebühren				Studiengebühren			
	ja		nein		ja		nein	
	2006	2009	2006	2009	2006	2009	2006	2009
Eltern	90	88	88	84	467	466	445	443
BAföG	26	27	29	26	371	422	393	443
Verdienst	63	66	63	69	309	322	335	367
Übrige	40	47	40	43	184	210	180	195

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Bei der Vergleichsrechnung 2006 wurden die Studierenden nach der Gebührenpflicht im jeweiligen Land nach dem Stand von 2009 zugeordnet

im Durchschnitt höheren Beträgen von den Eltern unterstützt als die Studierenden, die an einer gebührenfreien Hochschule immatrikuliert sind. Unter den Gebührenpflichtigen liegt die BAföG-Quote marginal höher (um 0,3 Prozentpunkte), der durchschnittliche Förderungsbetrag fällt bei diesen allerdings geringer aus (422 € vs. 443 €). Vor allem wohl aufgrund des höheren finanziellen Engagements der Eltern ist von den gebührenpflichtigen Studierenden ein geringerer Anteil erwerbstätig (66% vs. 69%). Auch wird von ihnen ein durchschnittlich deutlich niedriger Verdienst zur Bestreitung des Lebensunterhalts eingesetzt (322 € vs. 367 €).

Ergänzend ist darauf aufmerksam zu machen, dass gebührenpflichtige Studierende tendenziell etwas häufiger einen Kredit zur Finanzierung des Lebensunterhalts aufgenommen haben als Studierende an einer gebührenfreien Hochschule (5% vs. 4%). Mit knapp 4% ist unter den gebührenpflichtigen Studierenden auch der Anteil der Stipendiaten/innen etwas höher als unter denen, für die keine Gebührenpflicht besteht (knapp 3%).

Zum Vergleich sind die Ergebnisse von 2006 differenziert nach dem Stand der Gebührenpflicht im Jahre 2009 ebenfalls in Bild 6.31 dargestellt. Auch aus diesem Vergleich ist keine Entwicklung er-

kennbar, die sich auf die Einführung der Studiengebühren zurückführen lässt.

Die dargestellten Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass die Einnahmensituation der Studierenden in den alten Ländern ein vergleichbares Lebenshaltungsniveau für Studierende mit und ohne Gebührenpflicht erlaubt. Dies ist allerdings nur dann richtig, wenn auch für die Gebührenzahler der ermittelte Einnahmenbetrag ausschließlich für den Lebensunterhalt zur Verfügung steht.

Unterschiede bei den Gebührenzahlern

Bei der Mehrheit der Gebührenzahler kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Betrag, mit dem die Studiengebühren bezahlt werden, bei der Beantwortung der Frage nach dem durchschnittlich pro Monat zur Verfügung stehendem Geld eingerechnet wurde.

Auszuschließen ist dies aufgrund der Fragestellung lediglich bei den 11 % der Gebührenzahler, die einen speziell zur Finanzierung der Studiengebühren angebotenen Kredit aufgenommen haben. Bei diesen ist davon auszugehen, dass die ermittelten monatlichen Einnahmen in Höhe von 821 € allein zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten zur Verfügung stehen.

Bei den übrigen Gebührenzahlern sind hingegen Konstellationen denkbar, die dazu führten, dass bei der Angabe der

monatlichen Einnahmen auch der Betrag eingerechnet wurde, der zur Begleichung der Studiengebühren vorgesehen ist. Beispielsweise in den Fällen, wo die Eltern die monatliche Überweisung an das studierende Kind angepasst haben, damit davon auch die semesterweise anfallende Zahlung der Studiengebühren beglichen werden kann (bei 500 € pro Semester rd. 83 € pro Monat). Aber auch der Hinweis bei der Frage nach den Einnahmen: „Sollten Sie Ihren Lebensunterhalt auch mit unregelmäßigen Einnahmen (z. B. Verdienst aus Ferienarbeit) ... bestreiten, geben Sie bitte nur den Betrag an, den Sie davon monatlich im Durchschnitt einsetzen“, könnte einige Befragte dazu veranlassen haben, bei der Finanzierungsquelle, die zur Begleichung der Studiengebühren in Anspruch genommen wird, diesen Betrag einzurechnen. Immer dann, wenn der Befragte den Begriff Lebensunterhalt nicht so eng versteht wie es mit der gegebenen Erläuterung intendiert war, könnte dies der Fall sein.

Unterschieden nach den Finanzierungsquellen, durch die die Studiengebühren beglichen werden, lassen sich folgende Feststellungen treffen: Die Gebührenzahler (41 %), die erklärten, dass die Studiengebühren allein von den Eltern beglichen werden, verfügen über monatliche Einnahmen in durchschnittlicher Höhe von 816 €. Gebührenzahler, die erklärten, die Studiengebühren allein mit

eigenem Verdienst (9%) oder ausschließlich mit Ersparnissen (8%) zu begleichen, verfügen über monatliche Einnahmen von 934 € bzw. 772 €. Außerdem finanzieren 3% der Gebührenzahler die Studiengebühren durch eine andere Quelle, diesen stehen im Durchschnitt monatliche Einnahmen von 928 € zur Verfügung. Die verbleibenden 28% der Gebührenzahler nutzen zur Begleichung der Studiengebühren Einnahmen aus mehreren Quellen, vor allem folgende Kombinationen: Eltern und eigener Verdienst: 9% mit Ø 876 €, Eltern und Ersparnisse: 7% mit Ø 745 € sowie eigener Verdienst und Ersparnisse: 8% mit Ø 816 €.

Falls bei diesen Einnahmenbeträgen der durchschnittliche Monatsbetrag für Studiengebühren (bei 500 € pro Semester rd. 83 € pro Monat) von den befragten Studierenden eingerechnet wurde, dürften zumindest die Gebührenzahler, die die Studiengebühren allein mit eigenen Ersparnissen oder in Kombination mit finanziellen Zuwendungen der Eltern bzw. eigenem Verdienst begleichen (23% der Gebührenzahler), in einer relativ angespannten finanziellen Situation leben.

6.4 Einschätzung der finanziellen Situation

Mit der Frage zur Einschätzung der finanziellen Situation wurde den Befragten die Möglichkeit gegeben, auch ihre subjektive Sicht zu vermitteln. Zu diesem Zweck

wurden im Fragebogen einige Aussagen vorgegeben, die anhand einer Fünfer-Skala von „trifft gar nicht zu“ bis „trifft völlig zu“ zu bewerten waren. Im Vordergrund der Betrachtung steht zunächst die Einschätzung der Aussage: „Die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt“.

Nahezu zwei Fünftel der Studierenden (38%) stimmt dieser Aussage uneingeschränkt zu (Bild 6.32). Ein weiteres Viertel hält diese Aussage immerhin für zutreffend. Insgesamt gehen somit rd. 63% der Studierenden im Sommer 2009 von einer gesicherten Finanzierung des Studiums aus. Verglichen mit dem entsprechenden Ergebnis von 2006 ist eine Erhöhung dieses Anteil um drei Prozent-

Bild 6.32 Einschätzung der Finanzierungssicherheit
Bezugsgruppe „Normalstudent“,
in %,

Finanzierung sichergestellt ¹	2000	2003	2006	2009
trifft gar nicht zu	7	5	7	5
trifft nicht zu	11	10	11	11
unentschieden	19	20	22	21
trifft zu	22	26	26	25
trifft völlig zu	41	39	34	38
insgesamt	100	100	100	100

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt.

punkte zu konstatieren. Der Anteil, für den folglich die Finanzierung des Studiums unsicher ist, liegt 2009 bei 16 % und ist damit gegenüber 2006 um zwei Prozentpunkte zurückgegangen. Immerhin gut ein Fünftel der Studierenden (21 %) äußert sich zur Sicherheit der Studienfinanzierung unentschieden.

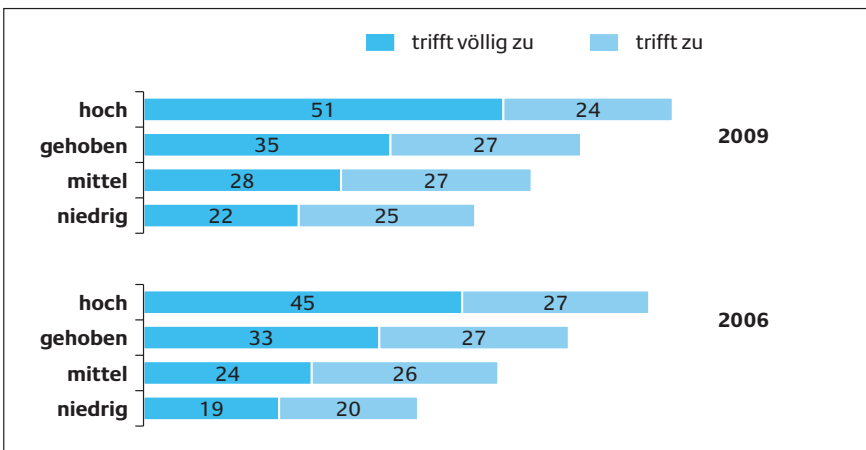
Der Anteil der Studierenden, die ihre Studienfinanzierung als sicher einschätzen, differiert erheblich, wenn die Studierenden nach ihrer sozialen Herkunft unterschieden werden (Bild 6.33). Knapp die Hälfte der Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ geht von einer gesicher-

ten Finanzierung aus, während von den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ drei Viertel diese Einschätzung teilen.

Verglichen mit den entsprechenden Ergebnissen des Jahres 2006 hat sich der Anteil der Studierenden, die von einer gesicherten Finanzierung des Studiums ausgehen, in jeder sozialen Herkunftsgruppe erhöht. Bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ ist dieser Anteil am deutlichsten gestiegen – von 39 % auf 47 %. Der 2006 gegenüber 2003 festgestellte Rückgang dieser Anteilswerte hat sich folglich umgekehrt, so dass die An-

Bild 6.33 Finanzierungssicherheit nach der sozialen Herkunft der Studierenden – Zustimmung zur Aussage: Die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt.

Bezugsgruppe „Normalstudent“, in % je Herkunftsgruppe



teile bezogen auf die Herkunftsgruppen „niedrig“ und „hoch“ heute wieder auf dem Niveau von 2003 liegen. Bei den Studierenden der Herkunftsgruppen „mittel“ und „gehoben“ lag der Anteil derjenigen, die von einer gesicherten Finanzierung ausgingen, 2003 aber noch um zwei bzw. vier Prozentpunkte höher als heute.

Einschätzung der finanziellen Situation und Studiengebühren

Wird untersucht, inwieweit die Pflicht allgemeine Studiengebühren zu zahlen, die Einschätzung der finanziellen Situation beeinflusst, ist es zweckmäßig, sich auf die Studierenden in den alten Ländern zu beschränken.

Studierende in den alten Ländern, die an einer Hochschule eingeschrieben sind, die allgemeine Studiengebühren erhebt, gehen etwas häufiger von einer gesicherten Studienfinanzierung aus als die Studierenden an Hochschulen ohne Studiengebühren (64% vs. 61%). Verglichen mit dem Ergebnis von 2006 hat sich der Anteil der Studierenden, der die Studienfinanzierung als gesichert einschätzt, sowohl in den Ländern die zwischenzeitlich Studiengebühren eingeführt haben als auch in den alten Ländern ohne Studiengebühren jeweils um drei Prozentpunkte erhöht (Bild 6.34).

Studierende an den Hochschulen, die Studiengebühren erheben, sehen ihre Studienfinanzierung noch häufiger als

gesichert an, wenn sie von der Gebührenpflicht ausgenommen bzw. befreit sind, verglichen mit denen, die die Studiengebühren zu bezahlen haben (66% vs. 63%).

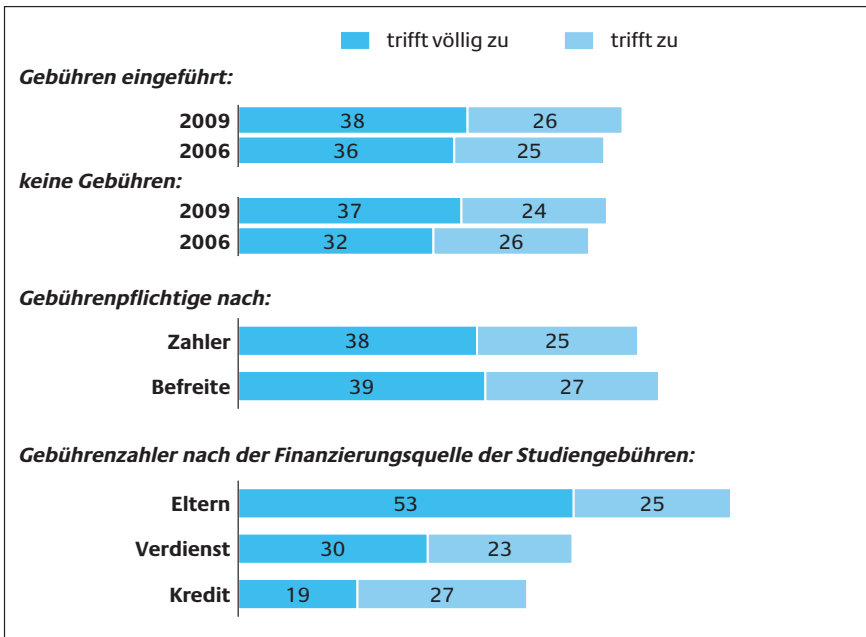
Erheblichere Unterschiede sind festzustellen, werden die Gebührenzahler nach der Finanzierungsquelle differenziert, welche die Studiengebühren begleicht (Bild 6.34). Bei den Studierenden, die angaben, dass allein die Eltern die Finanzierung der Gebühren übernommen haben, findet sich auch der weitaus größte Anteil, der generell die Finanzierung des Studiums als gesichert ansieht (78%, Anteil Unentschiedene: 15%). Studierende hingegen, die die Studiengebühren allein mit eigenem Verdienst finanzieren, gehen deutlich seltener von einer gesicherten Finanzierung des Studiums aus (53%, Anteil Unentschiedene: 20%). Noch seltener wird diese Einschätzung der finanziellen Situation von den Studierenden geteilt, die zur Finanzierung der Studiengebühren einen dafür angebotenen Kredit aufgenommen haben (46%, Anteil Unentschiedene: 28%).

Finanzierungssicherheit nach weiteren Merkmalen

Die Sicherheit der Studienfinanzierung wird von Studentinnen nicht wesentlich anders eingeschätzt als von Studenten (Bild 6.35). In Abhängigkeit vom Alter der Studierenden gibt es hingegen deutliche Unterschiede. Mit dem Alter verringert

Bild 6.34 Finanzierungssicherheit differenziert nach allgemeinen Studiengebühren – Zustimmung zur Aussage: Die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt.

Bezugsgruppe „Normalstudent“ – alte Länder, ohne private Hochschulen, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

sich der Anteil derjenigen, die von einer gesicherten Studienfinanzierung ausgehen.

Differenziert nach Fächergruppen sind es die Studierenden der Fächergruppe Medizin, Gesundheitswissenschaften, die am häufigsten von einer sicheren Studienfinanzierung ausgehen (72%). Ein unterdurchschnittlicher Anteil solcher Stu-

dierenden ist hingegen in der Fächergruppe Sozialwissenschaften, Psychologie und Pädagogik zu finden (60%). Bei den Studierenden der übrigen Fächergruppen entspricht der Anteil derjenigen, die die Finanzierung als gesichert sehen, dem Durchschnitt (63%).

Studierende an Universitäten gehen deutlich häufiger von einer gesicherten

Studienfinanzierung aus als die Studierenden an Fachhochschulen (65 % vs. 57 %).

Werden die Einschätzungen der Studierenden getrennt nach dem so genannten BAföG-Status betrachtet, zeigt sich, dass bei den ehemaligen BAföG-Empfängern/innen der weitaus geringste Anteil zu finden ist, der die Finanzierung des Studiums als gesichert betrachtet. Aber auch bei den aktuellen BAföG-Empfängern/innen und denen, deren Erstantrag abgelehnt wurde, liegt der Anteil, der von einer sicheren Finanzierung ausgeht, deutlich unter dem Durchschnitt (Bild 6.35). Weit höher als bei den übrigen Studierendengruppen liegt dieser Anteil mit 80 % bei denen, für die aufgrund der finanziellen Situation im Elternhaus bisher kein BAföG-Antrag infrage kam.

Zwischen den Studierenden der alten und neuen Länder gibt es keinen bemerkenswerten Unterschied bei der Beurteilung der Finanzierungssicherheit.

Einschätzung weiterer Finanzierungsaspekte

Neben der generellen Frage zur Sicherheit der Studienfinanzierung wurden den Befragten auch einige Aussagen vorgelegt, um ihre Sicht zu weiteren Aspekten der Studienfinanzierung zu erfahren. Da nicht jede dieser Aussagen für die Situation aller Studierenden zutreffend ist (vgl. Auflistung in Bild 6.36), wurde nur von

den Studierenden eine Antwort erwartet, die mit der jeweiligen Aussage einen Bezug zur eigenen Situation herstellen konnten. In Bild 6.36 wird deshalb zunächst der Anteil der Studierenden ausgewiesen, der die jeweilige Aussage bewertet, und dann die Bewertung selbst.

Nach dem Urteil der antwortenden Studierenden (89 %) sind vier Fünftel davon überzeugt, dass ihre Eltern sie finanziell unterstützen, so gut sie können. Umgekehrt geht ein Zehntel davon aus, dass die finanzielle Unterstützung nicht der aus ihrer Sicht vorhandenen finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern entspricht, und ein weiteres Zehntel nimmt hier eine unentschiedene Position ein. Mehr als ein Viertel der antwortenden Studierenden (86 %) hat den Eindruck, die Eltern finanziell zu überfordern. Wenn dann auch noch zwei Drittel sich in dem Sinne äußern (von 93 %), dass sie finanziell nicht auf ihre Eltern angewiesen sein wollen, zeigt dies deutlich die ambivalente Situation der Studierenden. Auf der einen Seite sind sie auf die finanzielle Unterstützung der Eltern angewiesen und kritisieren zum Teil die aus ihrer Sicht nicht angemessene Alimentation. Auf der anderen Seite steht der Wunsch, als volljähriger Mensch unabhängig von den Eltern zu sein.

Knapp der Hälfte der antwortenden Studierenden (86 %) macht es nichts aus, neben dem Studium Geld verdienen zu

Bild 6.35 Einschätzung der Finanzierungssicherheit nach ausgewählten Merkmalen
 Bezugsgruppe „Normalstudent“, in % je Merkmalsausprägung

Merkmal	Die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt.		
	trifft nicht zu	unentschieden	trifft zu
1. Geschlecht			
- männlich	15	20	64
- weiblich	17	22	62
2. Alter in Jahren			
- bis 21	10	19	71
- 22/23	12	20	69
- 24/25	16	20	63
- 26/27	23	23	54
- 28/29	26	30	45
- 30 und älter	33	25	42
3. Fächergruppe			
- Ingenieurwissenschaften	16	21	63
- Sprach- und Kulturwiss.	16	21	62
- Mathematik/Naturwiss.	16	23	62
- Medizin, Gesundheitswiss.	14	14	72
- Rechts- u. Wirtschaftsw.	15	22	63
- Sozialwiss./Psy./Päd.	19	21	60
4. Hochschulart			
- Universität o. ä.	15	20	65
- Fachhochschule	19	24	57
5. BAföG-Status			
- elternabhängige Förderung	20	26	54
- elternunabhängige Förderung	20	30	50
- ehemalige BAföG-Empfänger	30	28	42
- kein BAföG -Antrag abgelehnt	21	26	53
- kein BAföG - nicht beantragt	7	13	79
6. Region			
- alte Länder	17	21	63
- neue Länder	14	23	63
insgesamt	16	21	63

müssen. 43 % der sich dazu äussernden Studierenden (75 %) macht aber darauf aufmerksam, dass sich durch das Jobben die Studienzeit verlängern wird.

Es ist nahe liegend, dass Aussagen zum BAföG nur von einem Teil der Studierenden bewertet wurde (Bild 6.36). Beschränkt auf die Studierenden, die im

Bild 6.36 Einschätzung verschiedener Aussagen zur Studienfinanzierung aus der Sicht der Studierenden

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Stud. in % je Aussage

Aussage	Aussage bewertet ¹	Bewertungsskala				
		1 (= trifft gar nicht zu)	2	3	4	5 (= trifft völlig zu)
Meine Eltern unterstützen mich finanziell so gut sie können.	89	5	5	9	19	62
Ich habe den Eindruck, meine Eltern finanziell zu überfordern.	86	26	25	24	17	10
Ich will finanziell nicht auf meine Eltern angewiesen sein.	93	4	8	21	25	42
Es macht mir nichts aus, neben dem Studium Geld verdienen zu müssen.	86	13	19	24	23	22
Durch das Jobben wird sich die Studienzeit verlängern.	77	28	15	14	17	26
Ohne BAföG-Förderung könnte ich nicht studieren.	50	33	8	7	9	44
Die BAföG-Förderung ist angemessen.	41	24	14	17	21	24
Die BAföG-Förderung gibt eine sichere Planungsperspektive.	38	24	13	18	21	24
nur BAföG-Geförderte zur Aussage: Ohne BAföG-Förderung könnte ich nicht studieren.						
- elternabhängige Förderung	98	5	7	8	14	66
- elternunabhängige Förderung	99	2	3	3	8	84
- insgesamt	98	5	7	7	13	68

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studierenden, der die Aussage bewertete

Sommersemester 2009 tatsächlich gefördert wurden, liegt der Anteil derer, die davon ausgehen ohne BAföG nicht studieren zu können bei 81% (2006: 80%). Elternunabhängig Geförderte teilen diese Ansicht häufiger als elternabhängig Geförderte (92% vs. 80%, 2006: 93% vs. 78%).

7. Lebenshaltungs- und Studienkosten – ausgewählte Ausgabenpositionen

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick		
Monatliche Ausgaben für ... (arithm. Mittelwerte, in €) Bezugsgruppe „Normalstudent“	2006	2009
Miete einschließlich Nebenkosten	266	281
Ernährung	147	159
Kleidung	50	51
Lernmittel	35	33
Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel	82	81
Krankenversicherung, Arztkosten, Medikamente	54	59
Telefon, Internet, Rundfunk- und Fernsehgebühren	43	35
Freizeit, Kultur und Sport	62	63
Ausgaben für Miete nach der Wohnform, in € Bezugsgruppe „Normalstudent“	2006	2009
Wohnheim	201	222
Untermiete	234	237
Wohngemeinschaft	246	264
Wohnung mit Partner/in	292	302
Wohnung allein	316	341
Allgemeine Studiengebühren Studierende im Erststudium, in %		2009
Anteil, der an gebührenpflichtigen Hochschulen studiert		59
darunter: von der Gebührenpflicht ausgenommen oder befreit		18
Finanzierung der Studiengebühren (ganz oder teilweise, Mehrfachnennung)		
- durch die Eltern		59
- durch eigenen Verdienst		30
- durch einen Kredit		11
- durch Ersparnisse/Vermögen		24

Technische Hinweise

Definitionen:

Bezugsgruppe „Normalstudent“

Ledige Studierende, die außerhalb des Elternhauses wohnen und sich im Erststudium befinden.

Ausgabenbeträge in €

Ausgabenbeträge werden in der Regel als arithmetische Mittelwerte ausgewiesen.

Ergänzend wird der Median der Ausgabenverteilung angegeben. Der Median ist zu verstehen als der Betrag, den die eine Hälfte der Studierenden unter- und die andere Hälfte überschreitet.

DM-Beträge aus vorangehenden Sozialerhebungen wurden nach der Formel: $\text{€} = \text{DM} / 1,95583$ umgerechnet.

Einnahmen/Ausgaben-Bilanzierung

Bei der Bilanzierung werden nur Studierende berücksichtigt, die neben ihren Einnahmen zumindest die Ausgaben für Miete und Ernährung sowie die Ausgaben für weitere vier Positionen angegeben haben.

Entsprechend dem Bilanzergebnis werden folgende fünf Gruppen gebildet:

- keine Mittel verfügbar (d. h. die verfügbaren Einnahmen, sind geringer als die Summe der Ausgaben

für die abgefragten Positionen der Lebenshaltung),

- 1-50 € monatlich verfügbar (für Ausgabenpositionen, die nicht abgefragt wurden),
- 51-100 € monatlich verfügbar,
- 101-200 € monatlich verfügbar und
- über 200 € monatlich verfügbar.

Bezugsgruppen

Bezugsgruppe „Normalstudent“

Diese Teilgruppe (Definition s.o.) umfasst 65 % aller Studierenden.

Studierende im Erststudium

Studierende, die noch keinen Studienabschluss erworben haben. Einschließlich Studierende in konsekutiven Masterstudiengängen, die bereits den Bachelor erworben haben.

Datenquellen

Daten der Sozialerhebung (vor allem die Fragen 20 und 21)

Statistisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex für Deutschland (früher: Preisindex für die Lebenshaltung): <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistik...> 24.09.09

7.1 Vorbemerkung

Im Folgenden werden zunächst die Ausgaben – in Ergänzung zum Einnahmenkapitel – der ledigen Studierenden im Erststudium, die nicht im Elternhaus wohnen (Bezugsgruppe „Normalstudent“), für verschiedene Positionen der Lebenshaltung beschrieben. Im Weiteren wird auf die allgemeinen Studiengebühren eingegangen, deren Begleichung 2009 als regelmäßige Ausgabe zum Ausgabenbudget der Mehrheit der Studierenden gehört. Bei der Beschreibung der Ergebnisse zur Frage nach den Studiengebühren werden, anders als bei den Ausgaben für die Lebenshaltung, die Antworten aller Studierenden im Erststudium zugrunde gelegt.

Bei der Erfassung der regelmäßigen Ausgaben der Studierenden beschränkt sich die Sozialerhebung auf monatliche Aufwendungen für die nachfolgenden Positionen der studentischen Lebensführung:

- Miete einschließlich Nebenkosten
- Ernährung
- Kleidung
- Lernmittel
- laufende Ausgaben für ein Auto
- öffentliche Verkehrsmittel
- eigene Krankenversicherung sowie Arztkosten und Medikamente

- Telefon, Internet, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Porto
- Freizeit, Kultur und Sport.

Die Ergebnisse werden in Kap. 7.2 abgehandelt. Entsprechend der Fragestellung ergeben sich die Ausgaben für jede einzelne Position durch Addition des Betrags, den die Studierenden selbst aufwenden, und ggf. den Aufwendungen, die die Eltern bzw. der Partner/die Partnerin unmittelbar zu Gunsten der Studierenden tätigen (vgl. Frage 20, Fragebogen im Anhang).

Es ist offensichtlich, dass es sich bei den aufgeführten Ausgabenpositionen lediglich um eine Auswahl handelt. Eine vollständige Erfassung aller Positionen, zu denen dann neben weiteren regelmäßig wiederkehrenden auch die unregelmäßigen Ausgaben gehören müssten, wird damit nicht beabsichtigt. Ein solcher Anspruch kann methodisch nicht eingelöst werden.

Im Kapitel 7.3 wird durch eine Bilanzierung der monatlichen Einnahmen und der Summe der erfragten Einzelausgaben ermittelt, wie viel Geld den Studierenden für die sonstigen Positionen der Lebensführung verbleibt. Das abschließende Kapitel 7.4 befasst sich ausführlicher mit dem Umfang und der Finanzierung der Studiengebühren.

7.2 Ausgewählte Ausgabenpositionen

7.2.1 Ausgaben für Miete einschließlich Nebenkosten

Mit 281 € pro Monat liegt der Durchschnittsbetrag der Mietausgaben im Jahre 2009 nominal um rd. 6 % höher als 2006 (Bild 7.1). Die Steigerung der Mietausgaben entspricht annähernd der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Wohnungsmiete, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe im Zeitraum 2006 bis 2009. Die generell für den Wohnungsmarkt zu beobachtende Entwicklung der Mietpreise gilt folglich auch für den studentische Wohnungsmarkt.

Die Ausgaben für Miete und Nebenkosten belasten das studentische Budget weitaus am stärksten. Im Durchschnitt geben Studierende rd. 35 % ihrer monatlichen Einnahmen für das Wohnen aus.

Die ganze Spannweite der studentischen Mietausgaben wird deutlich, wenn die Verteilung der Studierenden entsprechend der Höhe ihrer Mietausgaben dargestellt wird (Bild 7.2). Danach haben rd. 4 % der Studierenden Mietausgaben, die nicht über 150 € hinausgehen. Demgegenüber stehen knapp 4 %, deren Mietausgaben über 450 € liegen. Gut die Hälfte der Studierenden gibt für Miete mehr als 200 € bis 300 € aus. Verglichen mit 2006 ist insbesondere der Anteil mit relativ geringen Ausgaben für Miete und Ne-

Bild 7.1 Entwicklung der monatlichen Ausgaben für Miete und Nebenkosten – Mittelwerte

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Mittelwerte in €

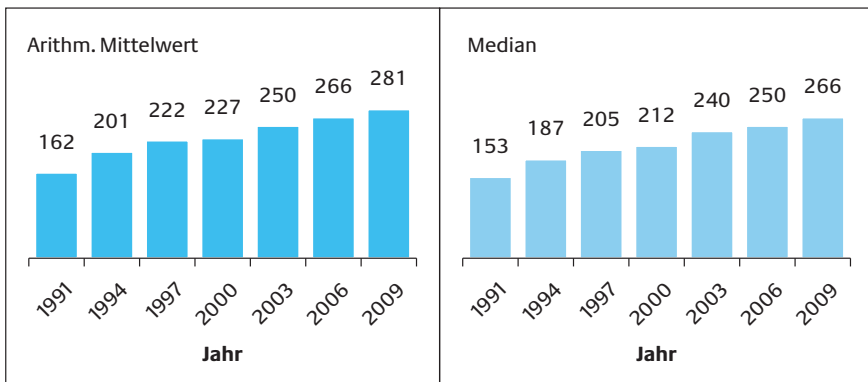
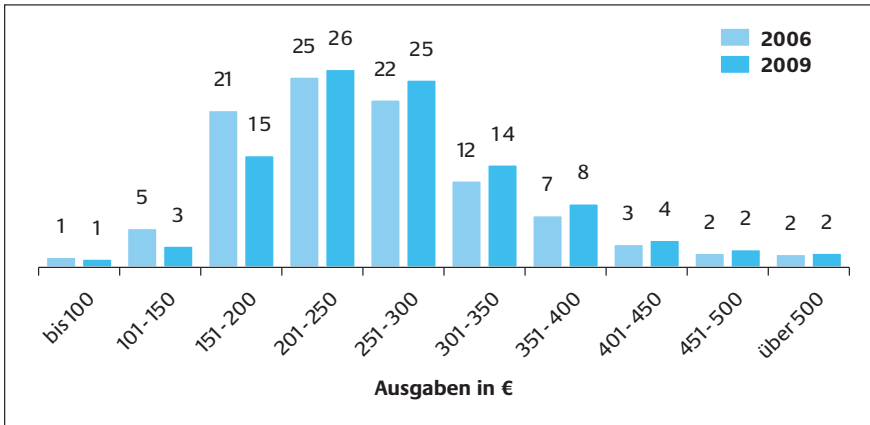


Bild 7.2 Studierende nach der Höhe der monatlichen Ausgaben für Miete und Nebenkosten

Bezugsgruppe „Normalstudent“, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

benkosten (bis 200 €) zurückgegangen. Erhöht hat sich hingegen vor allem der Anteil Studierender, deren Mietausgaben zwischen 251 € und 350 € liegen.

Einflussfaktoren

Die Höhe der Mietausgaben hängt u. a. davon ab, welche der studentischen Wohnformen genutzt wird (vgl. Kap. 11). Für Studierende, die nicht mehr im Elternhaus wohnen, ist unter Kostenaspekten auch im Jahre 2009 das Wohnen im Wohnheim die günstigste Wohnform. Für den Wohnheimplatz werden im Durchschnitt 222 € ausgegeben – nomi-

nal 10 % mehr als 2006 (Bild 7.3).¹ Relativ kostengünstig sind auch das Wohnen zur Untermiete oder in einer Wohngemeinschaft. Die Ausgaben für die Untermiete belaufen sich auf 237 € und sind damit verglichen mit 2006 relativ stabil geblieben. Für das Wohnen in einer Wohngemeinschaft werden im Durchschnitt 264 € ausgegeben, damit rd. 8 % mehr als 2006. Deutlich teurer ist es, wenn Studierende eine eigene Wohnung angemietet haben: Wer eine Wohnung mit dem Part-

¹ Dies gilt für Wohnheime aller Träger. Nach Angaben des Deutschen Studentenwerks liegt 2009 die Warmmiete für einen Wohnheimplatz in Trägerschaft der Studentenwerke bei durchschnittlich 196 € (2006: 182 €).

Bild 7.3 Monatliche Ausgaben für Miete einschl. Nebenkosten in Abhängigkeit von der Wohnform

Bezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittelwert in €

Wohnform	Ausgaben		Veränderung 2009 vs. 2006 in %	2009 werden für Miete ... % der Einnahmen ausgegeben
	2006	2009		
Wohnheim	201	222	10,3	31
Untermiete	234	237	1,0	31
Wohngemeinschaft	246	264	7,7	34
Wohnung mit Partner/-in	292	302	3,2	34
Wohnung allein	316	341	8,0	38

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

ner/der Partnerin teilt, hat Mietausgaben in durchschnittlicher Höhe von 302 €, 3 % mehr als 2006. Wird die Wohnung hingegen allein bewohnt, fallen mit 341 € die höchsten monatlichen Aufwendungen für Miete einschließlich Nebenkosten an, 8 % mehr als 2006.

Offensichtlich besteht ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Mietausgaben und der Höhe der monatlich zur Verfügung stehenden Einnahmen (Bild 7.4). Das Viertel der Studierenden mit den geringsten Einnahmen hat Mietausgaben in durchschnittlicher Höhe von

Bild 7.4 Studierende je Wohnform nach der Höhe der Einnahmen in Quartilen

Bezugsgruppe „Normalstudent“, in % je Wohnform

Wohnform	Einkommenquartile, in €				insgesamt
	bis 640	über 640 bis 770	über 770 bis 944	über 944	
Wohnheim	42	25	19	14	100
Untermiete	28	23	29	20	100
Wohngemeinschaft	28	29	25	18	100
Wohnung mit Partner/-in	17	22	26	35	100
Wohnung allein	16	21	26	37	100
Ausgaben für Miete, in €	228	260	288	349	281
Anteil an den Einnahmen, in %	42	37	34	30	35

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

228 € und benötigt zur Begleichung der Mietkosten rd. 42 % seiner Einnahmen. Studierende hingegen, die zum Viertel mit den höchsten Einnahmen gehören, geben davon lediglich 30 % für Miete aus. Die durchschnittlichen Mietausgaben dieser Studierenden liegen mit 349 € allerdings erheblich höher.

Es ist naheliegend, dass die kostengünstigeren Wohnformen vor allem von Studierenden mit geringeren Einnahmen genutzt werden (Bild 7.4). So leben im Wohnheim oder in einer Wohngemeinschaft vor allem Studierende, die mit geringeren Einnahmen ausgestattet sind. Unter denen hingegen, die eine eigene Wohnung angemietet haben, überwiegt deutlich der Anteil der Studierenden mit höheren Einnahmen.

Die durchschnittlichen Mietausgaben der Studentinnen liegen 2009 mit 283 € nur unwesentlich höher als die der Studenten mit 279 €. Auch 2006 gab es bezogen auf die Ausgaben für das Wohnen keinen auffälligen Unterschied zwischen Studentinnen und Studenten (2006: 269 € vs. 263 €).

Regionale Unterschiede

Wer in den neuen Ländern studiert, gibt für Miete und Nebenkosten mit 238 € im Durchschnitt 53 € weniger aus als die Studierenden in den alten Ländern. Während in den neuen Ländern die durch-

schnittlichen Mietausgaben gegenüber 2006 nominal um knapp 8 % gestiegen sind, lag die Steigerungsrate in den alten Ländern bei knapp 6 %. Der Unterschied zwischen den Aufwendungen für Miete in den alten und neuen Ländern hat sich dadurch von 2006 nach 2009 nicht verändert (Bild 7.5).

Höhere Mietausgaben in den alten Ländern lassen sich für jede Wohnform nachweisen (Bild 7.6). Darüber hinaus trägt zu den insgesamt höheren Mietausgaben in den alten Ländern bei, dass die kostengünstigeren Wohnformen Wohnheim und Wohngemeinschaft, bei den Wohnheimen auch als Folge eines geringeren Angebots, weniger häufig genutzt werden als in den neuen Ländern (vgl. Kap. 11).

Gegenüber 2006 sind in den alten Ländern die Mietausgaben der Wohnheimbewohner/innen mit 11 % überdurchschnittlich gestiegen, in den neuen Ländern hingegen die Mietausgaben für das Wohnen in einer Wohngemeinschaft (9 %) und für die Wohnung, die allein bewohnt wird (10 %).

Differenziert nach den einzelnen Ländern liegen die Ausgaben für Miete außer in den fünf neuen Ländern auch in Niedersachsen unter dem bundesweiten Durchschnittsbetrag. Die Mietausgaben der Studierenden in Schleswig-Holstein und im Saarland entsprechen in etwa dem Bundesdurchschnitt, während die

Bild 7.5 Entwicklung der monatlichen Ausgaben für Miete einschließlich Nebenkosten in den alten und neuen Ländern

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Mittelwerte in €

Jahr	alte Länder ¹		neue Länder	
	arithm. Mittelwert	Median	arithm. Mittelwert	Median
1991	176	164	33	26
1994	212	199	110	87
1997	231	215	164	153
2000	237	230	174	163
2003	260	250	200	189
2006	275	260	221	200
2009	291	280	238	220

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 2000 Berlin insgesamt den alten Ländern zugeordnet**Bild 7.6 Monatliche Ausgaben für Miete einschließlich Nebenkosten nach Wohnformen in den alten und neuen Ländern**

Bezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittel in €

Wohnform	Jahr						
	1991	1994	1997	2000	2003	2006	2009
alte Länder¹							
Wohnheim	117	142	156	165	187	205	228
Untermiete	152	174	183	204	215	237	241
Wohngemeinschaft	192	201	220	222	243	256	276
Wohnung mit Partner/-in	205	243	261	262	276	300	310
Wohnung allein	216	258	283	288	306	323	350
neue Länder							
Wohnheim	29	76	111	129	161	185	196
Untermiete	48	138	164	155	186	218	195
Wohngemeinschaft	36	124	170	173	186	200	218
Wohnung mit Partner/-in	46	154	204	213	218	252	265
Wohnung allein	48	182	241	242	254	268	294

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 2000 Berlin insgesamt den alten Ländern zugeordnet

Bild 7.7 Monatliche Ausgaben für Miete einschl. Nebenkosten nach Ländern
 Bezugsgruppe „Normalstudent“, Mittelwerte in €

Land	2006		2009	
	Arithm. Mittelwert	Median	Arithm. Mittelwert	Median
Sachsen	217	200	228	213
Thüringen	217	200	229	213
Sachsen-Anhalt	213	200	234	220
Mecklenburg-Vorpommern	224	215	255	240
Brandenburg	246	230	265	250
Niedersachsen	258	250	267	250
Schleswig-Holstein	269	250	278	270
Bundesgebiet	266	250	281	265
Saarland	263	255	282	250
Baden-Württemberg	266	250	288	280
Hessen	280	266	291	280
Nordrhein-Westfalen	279	260	292	280
Bayern	277	254	293	280
Rheinland-Pfalz	268	250	294	280
Bremen	286	270	297	290
Berlin	282	269	298	290
Hamburg	319	300	345	325

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Studierenden in den übrigen alten Ländern höhere Aufwendungen für Miete haben (Bild 7.7). Allerdings sind die Unterschiede bei den Ausgaben für Miete zwischen diesen Ländern, ausgenommen Hamburg, statistisch nicht signifikant. Im Stadtstaat Hamburg zahlen die Studierenden, wie bereits 2006, die mit Abstand höchsten Mieten.

Ausgewählte Hochschulstädte

Bereits 2006 wurde festgestellt, dass in den größeren Hochschulstädten (Wohnbevölkerung über 500.000 Einwohner) die Studierenden deutlich mehr für Miete ausgeben als in den kleineren Hochschulstädten (305 € vs. 252 €). Dieser Befund wird durch die aktuellen Ergebnisse bestätigt (301 € vs. 272 €). Allerdings hat sich der Ausgabenunterschied erheblich ver-

Bild 7.8 Rangfolge der Hochschulstädte nach der Höhe der monatlichen Ausgaben für Miete und Nebenkosten

Bezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittelwert in €

Rang	Standort ¹	Ausgaben für Miete einschl. Nebenkosten	Rang	Standort ¹	Ausgaben für Miete einschl. Nebenkosten
1	München	348	28	Rostock	279
2	Hamburg	345	29	Trier	278
3	Köln	333	30	Karlsruhe	276
4	Düsseldorf	330	31	Regensburg	275
5	Frankfurt a. M.	328	32	Potsdam	274
6	Darmstadt	321	33	Dortmund	274
7	Mainz	308	34	Braunschweig	273
8	Stuttgart	306	35	Erlangen-Nürnberg	272
9	Konstanz	305	36	Würzburg	268
10	Heidelberg	301	37	Bielefeld	267
11	Bremen	300	38	Gießen	266
12	Berlin	298	39	Göttingen	261
13	Ulm	298	40	Kassel	260
14	Bonn	298	41	Paderborn	259
15	Wuppertal	297	42	Osnabrück	259
16	Freiburg	294	43	Bochum	258
17	Aachen	293	44	Passau	254
18	Duisburg	289	45	Greifswald	252
19	Lüneburg	288	46	Bamberg	250
20	Tübingen	288	47	Erfurt	249
21	Hannover	285	48	Halle (Saale)	243
22	Saarbrücken	282	49	Oldenburg	242
23	Münster	281	50	Leipzig	236
24	Mannheim	281	51	Magdeburg	236
25	Kiel	280	52	Jena	233
26	Augsburg	280	53	Dresden	223
27	Marburg	279	54	Chemnitz	210

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ nur Standorte, für die Angaben von mindestens 50 Studierenden vorliegen

ringert. In den großen Städten ist das Mietniveau für Studierende offensichtlich konstant geblieben, während in den kleineren Städten ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen ist.

Auch unterschieden nach den einzelnen Wohnformen sind es jeweils die Studierenden in den größeren Städten, die höhere Ausgaben für Miete und Nebenkosten haben.

Mietausgaben nach der Größe des Hochschulortes, in € pro Monat

Wohnform	bis 500.000	über 500.000
	Einwohner	Einwohner
Wohnheim	220	229
Untermiete	235	244
WG	257	281
Wohnung mit Part.	295	313
Wohnung allein	329	365

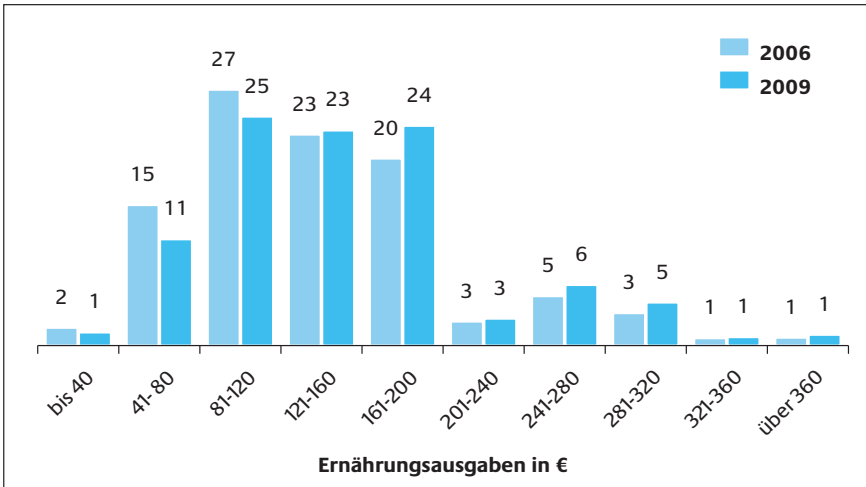
Folglich ist es nicht überraschend, wenn in Städten wie München, Hamburg, Köln, Düsseldorf und Frankfurt am Main auch Studierende die höchsten Ausgaben für Miete haben (Bild 7.8). In Hochschulstädten wie Tübingen, Hannover, Saarbrücken, Münster, Mannheim, Kiel und Augsburg liegen die Mietausgaben auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts (281 €), während die niedrigsten Mieten in den Hochschulstädten der neuen Länder, ausgenommen Potsdam, bezahlt werden.

7.2.2 Ausgaben für Ernährung

Wie bereits in den Vorjahren ist darauf hinzuweisen, dass die Angaben zu den monatlichen Ernährungsausgaben zurückhaltend zu interpretieren sind. Die Spannweite der Einzelangaben reicht diesmal von 5 € bis 850 €. Es ist offensichtlich und ein wiederkehrender Befund, dass gerade bei den Ernährungsausgaben häufig eine Unterschätzung der Ausgabenhöhe vorkommt, seltener hingegen eine Überschätzung. Aus der Verteilung der Studierenden nach der Höhe der monatlichen Ausgaben für Ernährung (Bild 7.9) wird deutlich, dass diejenigen, die die Ernährungsausgaben eher unterschätzen (Anteil mit Ausgaben bis 80 € pro Monat) gegenüber 2006 weniger geworden sind, während der Anteil, bei dem eine Überschätzung vermutet werden kann (Anteil mit Ausgaben über 320 € pro Monat), unverändert geblieben ist. Nahezu drei Viertel der Studierenden gaben 2009 an, für die Ernährung monatlich Beträge von mehr als 80 € bis 200 € aufzuwenden. Dies lässt darauf schließen, dass mehrheitlich eine eher realistische Einschätzung dieser Ausgaben vorgenommen wird.

Der sich aus dieser Verteilung ergebende arithmetische Mittelwert der monatlichen Ausgaben für Ernährung liegt mit 159 € um rd. 8 % bzw. 12 € höher als 2006. Wird die Entwicklung des Verbrau-

Bild 7.9 Studierende nach der Höhe der monatlichen Ausgaben für Ernährung
 Bezugsgruppe „Normalstudent“, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Bild 7.10 Entwicklung der monatlichen Ausgaben für Ernährung - Mittelwerte
 Bezugsgruppe „Normalstudent“, Mittelwerte in €

Jahr	alte Länder ¹		neue Länder		insgesamt	
	arithm. Mittelwert	Median	arithm. Mittelwert	Median	arithm. Mittelwert	Median
1991	126	123	94	92	123	112
1994	140	128	110	102	137	128
1997	137	128	112	102	133	128
2000	134	128	108	102	129	128
2003	164	150	136	120	159	150
2006	151	150	130	120	147	150
2009	163	150	140	130	159	150

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 2000 Berlin insgesamt den alten Ländern zugeordnet

cherpreisindex für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke von 2006 nach 2009 berücksichtigt, müssten die Studierenden 2009 durchschnittlich 161 € pro Monat ausgeben, um gemessen an der Kaufkraft genauso viel für Ernährung auszugeben wie die Studierenden im Jahre 2006. Praktisch dürfte der berechnete Unterschied keinen Einfluss auf das Ernährungsniveau der Studierenden haben.

Die Ernährungsausgaben der Studentinnen sind mit durchschnittlich 152 € geringer als die der Studenten, die dafür 166 € pro Monat investieren. Damit geben Studentinnen monatlich 12 € und Studenten 11 € mehr für die Ernährung aus als im Jahre 2006.

Studierende in den neuen Ländern geben, wie in den Vorjahren, auch im Jahre 2009 für die Ernährung im Durchschnitt weniger aus als die Studierenden in den alten Ländern (140 € vs. 163 €). In beiden Regionen sind die Ernährungsausgaben der Studierenden um jeweils rd. 8 % gestiegen

7.2.3 Ausgaben für Kleidung

Die monatlichen Ausgaben für Kleidung liegen 2009 bei durchschnittlich 51 €. Studentinnen geben dafür 54 € und Studenten 47 € aus. Verglichen mit 2006 liegen die ausgewiesenen Durchschnittsbeträge jeweils um 1 € höher. Auch bei dieser Aus-

gabenposition geben die Studierenden in den alten Ländern im Durchschnitt mehr aus als die in den neuen Ländern (53 € vs. 43 €).

7.2.4 Ausgaben für Lernmittel

Bei der Frage nach den Ausgaben für Lernmittel wird beispielhaft aufgeführt: Fachliteratur, Schreibwaren, Kopien, Chemikalien, Druckerpatronen usw. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, hier nicht Anschaffungskosten für einen Computer, ein Instrument o. ä. einzubeziehen.

Der mit dieser Fragestellung ermittelte Durchschnittsbetrag der monatlichen Ausgaben beläuft sich auf 33 € (2006: 35 €). Gut ein Fünftel der Studierenden gibt monatlich bis zu 10 € für Lernmittel aus, knapp 6 % Beträge über 100 €.

Ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Ausgaben für Lernmittel und der Studienrichtung ist offensichtlich. So haben 2009 Studierende der Zahnmedizin und des Studienbereichs „Architektur, Innenarchitektur“ mit durchschnittlich 86 € bzw. 54 € die höchsten Ausgaben für Lernmittel. Ebenfalls überdurchschnittlich sind mit 52 € die Ausgaben der Studierenden des Bereichs Bildende Kunst. Aber auch angehende Theologen, Veterinärmediziner und Rechtswissenschaftler haben mit 50 € bzw. 45 € noch relativ hohe Lernmittelausgaben. Deutlich weniger geben für diese Position Studierende

der Wirtschaftswissenschaften (32 €), der Ingenieurwissenschaften (ohne Architektur) und der Naturwissenschaften aus (jeweils 28 €).

Die Lernmittelausgaben der Studentinnen liegen mit durchschnittlich 34 € etwas höher als die der Studenten mit 31 €. Ähnlich ist der Unterschied, wenn nach der Hochschulart differenziert wird (Uni: 34 €, FH: 30 €). In Abhängigkeit von der Zahl der studierten Semester sind keine statistisch signifikanten Unterschiede bei den Ausgaben für Lernmittel festzustellen.

7.2.5 Ausgaben für Fahrtkosten

Im Rahmen der Sozialerhebung wird nach den Ausgaben für ein Auto und den Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel gefragt. Zusammengefasst werden die Ausgaben für beide Positionen als Ausgaben für Fahrtkosten beschrieben.

Im Sommersemester 2009 haben 81% der Studierenden Ausgaben in durchschnittlicher Höhe von monatlich 81 € für ein Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel. 2006 lagen die entsprechenden Werte bei 82% und 82 €.

Der Anteil der Studierenden, die Ausgaben für ein Auto haben, ist seit 1991 rückläufig (Bild 7.11). Auch 2009 hat sich dieser Anteil weiter verringert, verglichen mit 2006 um fünf Prozentpunkte.

Nach wie vor haben Studenten häufiger als Studentinnen Ausgaben für ein Auto (37% vs. 31%). Gegenüber 2006 hat sich der entsprechende Anteil der Männer um sechs Prozentpunkte und der der Frauen um fünf Prozentpunkte verringert.

Ob Ausgaben für ein Auto zum Ausgabenbudget gehören, hängt auch mit dem Alter der Studierenden zusammen. Während 2009 von den jüngsten Studierenden lediglich 27% solche Ausgaben haben, sind es bei den 28/29-jährigen 40%. Allerdings ist anzumerken, dass 2009 bei den Studierenden, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, kein altersabhängiger Unterschied des Anteils mit Ausgaben für ein Auto mehr festzustellen ist (vgl. nachfolgende Übersicht).

Anteil der Studierenden mit Ausgaben für ein Auto, in % je Altersgruppe

Altersgruppe	2006	2009
bis 21 Jahre	33	27
22/23 Jahre	35	32
24/25 Jahre	40	37
26/27 Jahre	46	39
28/29 Jahre	43	40
30 Jahre und älter	49	39

Der vorangehenden Übersicht ist auch zu entnehmen, dass Studierende mit Ausgaben für ein Auto 2009 in jeder Altersgruppe weniger häufig zu finden sind als 2006.

Bild 7.11 Ausgaben für ein Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Studierende in %, arithm. Mittelwert in €

Merkmal	Ausgaben für ein Auto		Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel		insgesamt	
	%	€	%	€	%	€
1. Geschlecht						
- männlich	37	116	60	36	80	81
- weiblich	31	104	68	40	82	72
2. Region						
- alte Länder	33	111	64	38	80	76
- neue Länder	35	107	64	38	83	75
insgesamt	34	111	64	38	81	76
Vorjahre						
2006	39	116	62	35	82	82
2003	44	119	66	32	87	86
2000	45	105	.1	.1	.1	.1
1997	48	97	69	20	90	67
1994	52	94	65	19	90	67
1991	53	85	54	23	90	64

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ nicht ermittelt

In den alten Ländern ist der Anteil der Studierenden, die Ausgaben für ein Auto haben, von 2006 nach 2009 um sechs Prozentpunkte zurückgegangen (von 39 % auf 33 %), in den neuen Ländern sogar um neun Prozentpunkte (von 44 % auf 35%). Wird berücksichtigt, dass 2003 noch 50 % der Studierenden in den neuen Ländern und 43 % der Studierenden in den alten Ländern Ausgaben für ein Auto hatten, hat sich der Anteil der Autofahrer/innen unter den Studierenden in den neuen

und alten Ländern weiter angeglichen.

Bei Studierenden wird der Besitz eines Autos häufig als nicht notwendiger Luxus eingestuft. Konsequenterweise sollte dieser Anteil dann auch als Maßstab für die finanzielle Situation der Studierenden herangezogen werden können. Der zu beobachtende Rückgang des Anteils der Autofahrer/innen unter den Studierenden legt den Schluss nahe, dass sich vor allem nach 2003 immer weniger Studierende diesen Luxus leisten können.

Die Aufwendungen, mit denen autofahrende Studierende die für den Betrieb des Autos notwendigen Ausgaben finanzieren, liegen 2009 bei durchschnittlich 111 € pro Monat (2006: 119 €). Autofahrende Studenten geben dafür etwas mehr aus als autofahrende Studentinnen (116 € vs. 104 €).

Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel (einschließlich Ausgaben für ein Semesterticket) haben 64% der Studierenden. Im Durchschnitt liegen diese Ausgaben bei monatlich 38 €. Gegenüber 2006 ist dieser Anteil leicht gestiegen, ebenso die durchschnittliche Höhe der dafür notwendigen Ausgaben (Bild 7.11).

Studentinnen haben deutlich häufiger als Studenten Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel (68 % vs. 60 %). Der Anteil zahlender Nutzer/innen öffentlicher Verkehrsmittel ist gegenüber 2006 unter den Studentinnen um einen Prozentpunkt unter den Studenten um drei Prozentpunkte gestiegen. Die Studentinnen und Studenten, die öffentliche Verkehrsmittel nutzen, geben dafür monatlich im Durchschnitt 40 € bzw. 36 € aus.

7.2.6 Ausgaben für Krankenversicherung, Arztkosten, Medikamente

Ausgaben für eine eigene Krankenversicherung sind für Studierende nicht obligatorisch. In der gesetzlichen Kranken-

versicherung besteht die Möglichkeit, dass Studierende bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres über die Eltern versichert sind. Folglich ist es auch nicht verwunderlich, wenn die Frage nach den Ausgaben für eine eigene Krankenversicherung sowie Arztkosten und Medikamente lediglich von 62% der Studierenden mit der Angabe eines Betrags beantwortet wurde. Diese Studierenden nannten Ausgaben in durchschnittlicher Höhe von 59 € pro Monat.

Sowohl der Anteil der Studierenden, der Ausgaben für die Position Krankenversicherung/Arztkosten/Medikamente hat, als auch der Betrag, der für diese Position ausgegeben wird, erhöht sich mit dem Alter der Studierenden (Bild 7.12). Wie schon erläutert, ist davon auszugehen, dass der größere Teil der jüngeren Studierenden noch keine Ausgaben für eine eigene Krankenversicherung hat. Die von diesen Studierenden verausgabten Beträge liegen überwiegend unterhalb des Beitragssatzes der studentischen Krankenversicherung (Gesetzliche Krankenversicherung einschl. Pflegeversicherung: 63,38 €/Monat [2006: 56,62 €]). Es ist zu vermuten, dass es sich bei den hier angegebenen Beträgen seltener um Beiträge für eine eigene Krankenversicherung handelt, häufiger hingegen um Ausgaben, die aus der Sicht der Befragten zur Erhaltung der Gesundheit getätigt wurden. Von den älteren Studierenden haben

Bild 7.12 Monatliche Ausgaben für Krankenversicherung, Arztkosten und Medikamente nach dem Alter der Studierenden

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Studierende je Altersgruppe in %, arithm. Mittelwert in €

Alter in Jahren	Studierende mit Ausgaben		Höhe der Ausgaben	
	2006	2009	2006	2009
bis 21	49	46	32	36
22/23	49	49	35	38
24/25	60	63	48	55
26/27	82	87	63	71
28/29	90	92	70	83
30 und älter	86	87	120	119
insgesamt	61	62	54	59

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

um die 90 % Ausgaben für eine eigene Krankenversicherung, Arztkosten oder Medikamente, und die gezahlten Beträge liegen wesentlich höher. Hier fällt auf, dass auch von den Studierenden der Altersgruppen 28/29-Jahre und 30 Jahre und älter 8 % bzw. 13 % keine Ausgaben für eine eigene Krankenversicherung angegeben haben (2006: 10 % bzw. 14 %). Es bleibt unklar, ob diese Studierenden nicht krankenversichert sind oder sie lediglich die Antwort verweigerten.

Nach den vorliegenden Angaben haben 56 % der Studenten (2006: 55 %) und 67 % der Studentinnen (2006: 67 %) Ausgaben für Krankenversicherung, Arztkosten oder Medikamente. Im Durchschnitt liegen die monatlichen Ausgaben dieser Männer bei 64 € (2006: 58 €) und dieser

Frauen bei 55 € (2006: 49 €). Der Unterschied bei den Beträgen ist hauptsächlich damit zu erklären, dass unter den im Durchschnitt älteren Studenten der Anteil derjenigen, für die eine eigene Krankenversicherung obligatorisch ist, höher ausfällt als unter den Studentinnen.

7.2.7 Ausgaben für Telefon, Internet, Rundfunk- und Fernsehgebühren

Die durchschnittlichen Ausgaben für Telefon, Internet, Rundfunk- und Fernsehgebühren sowie Porto belaufen sich 2009 auf monatlich 35 €. Gegenüber 2006 werden für diese Position im Durchschnitt 8 € weniger ausgegeben. Der Rückgang dieser Ausgaben dürfte hauptsächlich damit

zu erklären sein, dass die Nutzungsentgelte für Telefon und Internet generell gesunken sind.

Ausgaben für Telefon, Internet usw. wurden von 92% der Studentinnen und 90% der Studenten genannt. Bei der Höhe der Ausgaben gibt es keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern.

7.2.8 Ausgaben für Freizeit, Kultur und Sport

Gut ein Zehntel der befragten Studierenden machten keine Angabe zu ihren Ausgaben für Freizeit, Kultur und Sport. Für die knapp 90 %, die hier einen Betrag nannten, ergeben sich monatliche Ausgaben, die bei durchschnittlich 63 € liegen (2006: 62 €). Damit investieren diese Studierenden knapp 8 % ihrer monatlichen Einnahmen für Freizeit, Kultur und Sport.

Studentinnen gaben etwas häufiger als Studenten Ausgaben für Freizeitaktivitäten an (91% vs. 89%). Der aus diesen Angaben ermittelte Durchschnittsbetrag der monatlichen Ausgaben für Freizeit, Kultur und Sport fällt bei den Studentinnen mit 57 € geringer aus als bei den Studenten, die dafür 69 € ausgeben (2006: 57 € bzw. 67 €).

Wie erwartet, geben die Studierenden in den neuen Ländern auch 2009 weniger für Freizeitaktivitäten aus als die Studierenden in den alten Ländern (51 € vs. 66 €, 2006: 49 € vs. 65 €).

Bereits in Kapitel 6.3.5 wurde dargestellt, dass die monatlichen Einnahmen der Studierenden in den neuen Ländern um durchschnittlich 110 € geringer ausfallen als die Einnahmen der Studierenden in den alten Ländern. Diese Einnahmendifferenz dürfte neben unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den alten und neuen Ländern erklären, warum bei allen ermittelten Ausgabenpositionen die Aufwendungen der Studierenden in den neuen Ländern niedriger ausfallen.

7.2.9 Einnahmenabhängigkeit der Ausgaben

Bei der Darstellung der Ausgaben für ausgewählte Positionen der Lebensführung wurde bereits erörtert, welche Faktoren die Höhe der Ausgaben maßgeblich beeinflussen. Dabei wurde weitgehend darauf verzichtet, auf den naheliegenden Zusammenhang zwischen verfügbaren Einnahmen und den dadurch gesetzten Rahmen für die Ausgaben einzugehen. Dies soll hier nachgeholt werden, indem die Ausgaben der Studierenden für die Lebensführung in Abhängigkeit von der Höhe der zur Verfügung stehenden Einnahmen zusammenfassend präsentiert werden.

Nach den in Bild 7.13 präsentierten Ergebnissen gibt es keine Ausgabenpositionen, für die der verausgabte Betrag nicht in Abhängigkeit von der Höhe der zur

Bild 7.13 Ausgaben in Abhängigkeit von der Höhe der EinnahmenBezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittelwert in €¹

Ausgewählte Ausgabenpositionen	Einnahmenquartile				insgesamt
	1. Quartil (bis 640 €)	2. Quartil (über 640 € bis 770 €)	3. Quartil (über 770 € bis 945 €)	4. Quartil (über 945 €)	
Miete einschl. Nebenkosten	228	260	288	349	281
Ernährung	119	146	168	202	159
Kleidung	36	44	52	70	51
Lernmittel	25	29	34	43	33
Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel	53	62	73	111	76
eigene Krankenversicherung, Arztkosten, Medikamente	44	50	56	79	59
Kommunikation (Telefon, Internet u. a. m.)	26	31	36	47	35
Freizeit, Kultur und Sport	41	54	68	87	63

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Ausgewiesen wird der Durchschnittsbetrag bezogen auf die Studierenden, die Angaben zu der jeweiligen Position machten. Der Anteil der Studierenden mit entsprechenden Ausgaben variiert je Position zwischen 62% und 99%.

Verfügung stehenden Einnahmen steigt. Dies ist bei einem knappen Einnahmehaushalt auch das naheliegende Verhalten und stützt die These, dass bei Studierenden die Höhe der monatlichen Ausgaben mit der Höhe der monatlichen Einnahmen gleichzusetzen ist.

Das Viertel der Studierenden mit den geringsten Einnahmen hat bei jeder Ausgabenposition auch die im Durchschnitt niedrigsten Ausgaben. Mit der Höhe der Einnahmen steigen die Ausgaben für jede Position und liegen bei dem Viertel mit den höchsten Einnahmen zwischen 50 %

und 115 % höher als bei dem Viertel mit den geringsten Einnahmen.

Absolut fällt bei den Mietausgaben der Unterschied zwischen dem unteren und oberen Einnahmenquartil mit 121 € am höchsten aus (vgl. Erläuterungen im Kap. 7.2.1 und Bild 7.4). Relativ ist der Unterschied bei den Ausgaben für Freizeit, Kultur und Sport sowie den Ausgaben für ein Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel am größten. Studierende des oberen Einnahmenquartils geben im Vergleich zu denen des unteren Einnahmenquartils mehr als doppelt so viel für die

Freizeitgestaltung und für Fahrtkosten, also ein Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel, aus.

Wer für Freizeit, Kultur und Sport durchschnittlich 87 € im Monat ausgibt, hat offensichtlich andere Gestaltungsmöglichkeiten als derjenige, der dafür lediglich 41 € ausgeben kann.

Der Unterschied bei den Fahrtkosten ist hauptsächlich damit zu erklären, dass sich mit der Höhe der Einnahmen der Anteil der Studierenden, die Ausgaben für ein Auto angaben, mehr als verdoppelt. Der Anteil der Studierenden mit Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel ist hingegen weitgehend unabhängig von der Höhe der Einnahmen (vgl. nachfolgende Übersicht).

Anteil der Studierenden, die Ausgaben für ein Auto und/oder Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel haben, in Abhängigkeit von der Höhe der monatlichen Einnahmen

Einnahmen	Auto	öff. Verkehrsm.
1. Quartil	24%	60%
2. Quartil	27%	66%
3. Quartil	34%	66%
4. Quartil	50%	63%

7.3 Bilanzierung der Einnahmen und Ausgaben

Die Bilanzierung der monatlichen Einnahmen mit der Summe der Ausgaben für die beschriebene Auswahl der Einzelpositionen der Lebensführung erlaubt es

festzustellen, wie viel Geld den Studierenden für die Positionen verbleibt, die im Rahmen der Sozialerhebung nicht abgefragt werden.

Eine Bilanzierung setzt voraus, dass die Ausgaben zu den vorgegebenen Positionen relativ vollständig ermittelt wurden. Wenn z. B. bei den Ausgaben allein die Miete angegeben wurde, dann ist eine Bilanzierung offensichtlich wenig sinnvoll. Deshalb wurden für das Bilanzierungsverfahren nur die Angaben der Studierenden berücksichtigt, die folgende Zusatzbedingungen erfüllten:

- Es müssen zumindest die Ausgaben für Miete und Ernährung angegeben worden sein.
- Darüber hinaus müssen von den acht abgefragten Ausgabenpositionen (dabei zählen Ausgaben für ein Auto und Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel als eine Position) mehr als fünf beantwortet worden sein.

Durch die beschriebenen Zusatzbedingungen reduziert sich der Kreis der Studierenden, die für die Berechnung der Einnahmen in Kap. 6 die Basis bildeten, um rd. 10 %. Für die Einnahmen/Ausgaben-Bilanzierung stehen schließlich die Angaben von 9.620 Studierenden zur Verfügung.

Nach dem Ergebnis der Bilanzierung geben 23 % der Studierenden für die abgefragten Positionen der Lebenshaltung bereits mehr Geld aus (im Durchschnitt 55 €

pro Monat) als ihnen einnahmenseitig zur Verfügung steht. Erwartungsgemäß verbleibt der Mehrheit der Studierenden nach der Bilanzierung der Einnahmen

und der abgefragten Ausgaben noch ein Überschuss, der für weitere Positionen der Lebensführung (wie Körperpflege, Reinigen und Waschen der Kleidung, Zei-

Bild 7.14 Einnahmen/Ausgaben-Bilanz nach ausgewählten Merkmalen

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Studierende je Merkmal in %

Merkmal	Bilanzergebnis				
	keine Mittel verfügbar	1 - 50 € verfügbar	51 - 100 € verfügbar	101 - 200 € verfügbar	über 200 € verfügbar
1. Geschlecht					
- männlich	25	17	15	21	22
- weiblich	21	18	15	23	23
2. Soziale Herkunft					
- niedrig	23	18	11	24	23
- mittel	24	18	15	21	22
- gehoben	23	18	16	21	21
- hoch	22	18	16	22	22
3. Alter					
- bis 21 Jahre	21	19	16	24	21
- 22/23 Jahre	21	17	16	23	23
- 24/25 Jahre	24	18	14	20	23
- 26/27 Jahre	26	18	14	21	21
- 28/29 Jahre	24	19	15	22	20
- 30 Jahre und älter	32	18	11	18	21
4. Region					
- alte Länder	24	18	15	22	23
- neue Länder	21	19	17	24	20
5. Allgemeine Studiengebühren					
- ja	24	17	14	21	24
- nein	22	19	16	23	20
insgesamt	23	18	15	22	22

tungen und Zeitschriften usw.) eingesetzt werden kann. Allerdings sind bei der Höhe des Überschusses erhebliche Unterschiede festzustellen. In Bild 7.14 ist dargestellt, wie vielen Studierenden, unterschieden nach ausgewählten Merkmalen, entsprechend dem Bilanzergebnis kein Geld mehr zur Verfügung steht und wie hoch die Anteile sind, denen noch Mittel, nach Größenklassen differenziert, für weitere Ausgaben verbleiben.

Danach liegt der Anteil, dem keine Mittel für weitere Ausgaben zur Verfügung stehen, unter den Studenten etwas höher als unter den Studentinnen (25 % vs. 21 %). Differenziert nach der sozialen Herkunft sind die Unterschiede bezüglich dieses Anteils der Studierenden minimal (Herkunftsgruppe „niedrig“: 23 %, Herkunftsgruppe „hoch“: 22 %). In Abhängigkeit vom Alter ist hingegen festzustellen, dass tendenziell der Anteil, der mehr Geld ausgibt als ihm einnahmenseitig zur Verfügung steht, sich mit steigendem Alter erhöht (Bild 7.14).

Von den Studierenden in den alten Ländern benötigen 24 % ihre gesamten monatlichen Einnahmen, um die abgefragten Ausgaben zu finanzieren. In den neuen Ländern sind es mit 21 % etwas weniger. Andererseits stehen in den alten Ländern 24 % der Studierenden nach dem Ergebnis der Einnahmen/Ausgaben-Bilanzierung für weitere Ausgaben noch mehr als 200 € pro Monat zur Verfügung.

In den neuen Ländern fällt dieser Anteil mit 20 % geringer aus.

Auch durch das Ergebnis der Einnahmen/Ausgaben-Bilanzierung wird bestätigt, dass sich die finanzielle Situation der Studierenden in Ländern mit und ohne Studiengebühren nicht wesentlich unterscheidet (Bild 7.14).

Wie zu erwarten, gibt es die deutlichsten Unterschiede, wenn bei der Bilanzierung nach der Höhe der monatlichen Einnahmen unterschieden wird. Bei dem Viertel der Studierenden, die über die geringsten monatlichen Einnahmen verfügen (bis 640 €), liegt der Anteil, der mehr Geld für die abgefragten Ausgabenpositionen benötigt als er einnimmt, bei 39 %. Unter den Studierenden des ersten Einnahmenquartils fällt der Anteil, dem nach der Einnahmen/Ausgaben-Bilanzierung mehr als 100 € pro Monat für weitere Ausgaben verbleiben, mit 16 % vergleichsweise gering aus (Bild 7.15). Auch unter dem Viertel der Studierenden mit den höchsten Einnahmen (über 945 €) gibt es mit 13 % einen nicht unerheblichen Anteil mit einer negativen Einnahmen/Ausgaben-Bilanz. Andererseits steigt hier der Anteil, dem für weitere Ausgaben mehr als 100 € pro Monat zur Verfügung stehen auf 69 %. Fast der Hälfte dieser Studierenden verbleiben sogar mehr als 200 € pro Monat.

Bild 7.15 Bilanzierung nach der Höhe der Einnahmen

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Studierende je Einnahmenquartil in %

Einnahmen	Bilanzergebnis				
	keine Mittel verfügbar	1 - 50 € verfügbar	51 - 100 € verfügbar	101 - 200 € verfügbar	über 200 € verfügbar
1. Einnahmenquartil	39	26	18	14	2
2. Einnahmenquartil	25	21	18	24	12
3. Einnahmenquartil	17	16	15	27	25
4. Einnahmenquartil	13	9	9	21	48

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

7.4 Allgemeine Studiengebühren

Die Mehrheit der Studierenden hat mittlerweile allgemeine Studiengebühren als regelmäßige Ausgabe einzuplanen. Für das Sommersemester 2009 hatten die Studierenden in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland solche Gebühren zu entrichten. Im Rahmen der aktuellen Sozialerhebung wurde auch nach diesem Sachverhalt gefragt (vgl. Frage 21, Anhang Fragebogen). Die Ergebnisse dieser Fragestellung sind Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen.

7.4.1 Umfang der Gebührenpflicht

Im Sommersemester 2009 sind 59 % der Studierenden im Erststudium an einer

Hochschule eingeschrieben, die allgemeine Studiengebühren erhebt (private Hochschulen sind dabei nicht einbezogen). Wird die Verteilung der Studierenden im Erststudium auf die Hochschulen mit und ohne allgemeine Studiengebühren in Abhängigkeit von den Merkmalen Hochschulart, Geschlecht und sozialer Herkunft betrachtet (Bild 7.16), ist kein bemerkenswerter Unterschied festzustellen. Folglich ist nicht davon auszugehen, dass eines der genannten Merkmale die Entscheidung für eine Hochschule mit oder ohne Studiengebühren beeinflusst.

Basis für die nachfolgenden Ausführungen sind die 59 % der Studierenden im Erststudium, die im Sommersemester 2009 an einer Hochschule eingeschrieben sind, die allgemeine Studiengebühren erhebt.

Auch an diesen Hochschulen ist nicht jeder Studierende verpflichtet, Studien-

Bild 7.16 Studierende an Hochschulen mit und ohne allgemeine Studiengebühren nach ausgewählten Merkmalen

Erststudium, in % je Merkmal

Merkmal	Studiengebühren	
	ja	nein
Hochschulart		
Universität o. ä.	60	40
Fachhochschule	57	43
Geschlecht		
männlich	59	41
weiblich	58	42
soziale Herkunft		
niedrig	58	42
mittel	60	40
gehoben	58	42
hoch	59	41
insgesamt	59	41

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

gebühren zu bezahlen. Die Länder, die Studiengebühren einführen, haben gleichzeitig Regelungen erlassen, die es ermöglichen, Studierende von der Gebührenpflicht auszunehmen oder zu befreien (vgl. Auflistung in Bild 7.19). Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass für Studierende an den Hamburger Hochschulen die Möglichkeit besteht, die Studiengebühren nachgelagert, also nach Beendigung des Studiums zu begleit-

chen. Studierende, die diese Regelung in Anspruch nehmen, werden im Folgenden den Gebührenzählern zugerechnet.

Bezogen auf alle Hochschulen mit Gebührenpflicht ist festzustellen, dass 18 % der dort im Erststudium eingeschriebenen Studierenden von der Gebührenpflicht ausgenommen oder befreit sind.

Bild 7.17 Studierende an Hochschulen mit allgemeinen Studiengebühren nach Gebührenzählern¹ und Nicht-Zählern

Erststudium, in % je Merkmal

Merkmal	Studiengebühren	
	bezahlt	befreit
Hochschulart		
Universität o. ä.	83	17
Fachhochschule	80	20
Geschlecht		
männlich	83	17
weiblich	81	19
soziale Herkunft		
niedrig	82	18
mittel	84	16
gehoben	83	17
hoch	81	19
insgesamt	82	18

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Einschließlich derjenigen in Hamburg, die die dort geltende Regelung in Anspruch nehmen, die Studiengebühren erst nach dem Studium zu bezahlen (insgesamt gut 2 % der Studierenden)

Über dem Durchschnitt liegt dieser Anteil mit 20 % an Fachhochschulen. Differenziert nach dem Geschlecht ist unter den Studentinnen der Anteil, der keine Gebühren entrichtet, mit 19 % etwas höher als der unter den Studenten mit 17 %.

Auffällig ist, dass Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ etwas häufiger von der Gebührenpflicht befreit sind als Studierende der übrigen Herkunftsgruppen (Bild 7.17). Hier ist zu berücksichtigen, dass zum einen nicht nur soziale Tatbestände zur Befreiung führen und zum anderen die in den Landesgesetzen enthaltenen sozialen Befreiungsgründe weitgehend einkommensneutral sind (z. B. Geschwisterregelung).

Da die Regelungen der Ausnahme- und Befreiungstatbestände in den Ländern mit Gebührenpflicht unterschied-

lich ausgestaltet sind, war zu erwarten, dass in den einzelnen Ländern der Anteil der Studierenden, die keine Studiengebühren zahlen, auch unterschiedlich ausfällt.

Wie Bild 7.18 zu entnehmen ist, liegt in Baden-Württemberg der Anteil der von den Studiengebühren ausgenommenen oder befreiten Studierenden mit 39 % erheblich höher als in den übrigen Ländern. Auch in Bayern fällt dieser Anteil mit 23 % deutlich höher aus als im Saarland (12 %), in Nordrhein-Westfalen (8 %), Niedersachsen (7 %) und Hamburg (6 %).

Differenziert nach der sozialen Herkunft der Studierenden fällt auf, dass die Anteile der Studierenden, die je Herkunftsgruppe von der Gebührenpflicht ausgenommen oder befreit sind, in den meisten Ländern durchaus unterschied-

Bild 7.18 Anteil der Studierenden, die von der Gebührenpflicht ausgenommen bzw. befreit sind, je Land in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft
Erststudium, in % je Herkunftsgruppe

soziale Herkunft	Länder mit allgemeinen Studiengebühren					
	Baden-Württemberg	Bayern	Hamburg	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Saarland
niedrig	44	19	6	9	9	Fallzahlen zu gering
mittel	35	19	7	10	7	
gehoben	35	23	7	5	7	
hoch	41	28	6	6	9	
insgesamt	39	23	6	7	8	

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

lich ausfallen. In Bayern z. B. ist ein Anstieg dieses Anteils von der Herkunftsgruppe „niedrig“ bis zur Herkunftsgruppe „hoch“ festzustellen – von 19 % bis auf 28 %.

Anzumerken ist, dass in Hamburg nicht nur die in Bild 7.18 ausgewiesenen 6 % der Studierenden für das Sommersemester 2009 keine Studiengebühren entrichteten. Dazu kommen weitere 47 % der in Hamburg eingeschriebenen Studierenden, die von der Möglichkeit Gebrauch machten, die Studiengebühren erst nach dem Studium zu begleichen.

Welche Gründe die von der Gebührenzahlung ausgenommenen oder befreiten Studierenden dafür anführten, ist in Bild 7.19 dargestellt. Weitaus am häufigsten wurden soziale Gründe genannt. Auch hier sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern beträchtlich. Vor allem in Baden-Württemberg und Bayern sind es soziale Gründe, die dazu führen, dass keine Studiengebühren bezahlt werden (35 % bzw. 19 % der Studierenden). Die übrigen Gründe, von der Gebührenpflicht ausgenommen oder befreit zu werden, spielen dagegen in fast allen

Bild 7.19 Anteil, der von der Gebührenpflicht ausgenommenen bzw. befreiten Studierende je Land nach dem Grund

Studierende im Erststudium an, in %

Ausnahme- und Befreiungsgründe	Länder mit allgemeinen Studiengebühren					insgesamt (einschl. Saarland ⁴)
	Baden-Württemberg	Bayern	Hamburg	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	
Urlaubs-, Praxis-, Auslandssemester, teils Erstsemester	2	3	1	2	2	2
soziale Gründe ¹	35	19	3	4	4	14
Begabung ²	2	1	0,4	0	0	1
Engagement ³	-	0,2	-	0	2	1
sonstiger Grund	0,2	0,2	1	0	1	0

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Eigenes Kind, mehrere Geschwister, Behinderung, Pflege von Angehörigen, schwere Krankheit o. ä.

² Stipendium eines Begabtenförderungswerks, sehr gute Abiturnote, sehr gute Leistungen im Studium, herausragende Leistungen als Sportler, Musiker oder Künstler o. ä.

³ Mitarbeit in Hochschulgremien, ehrenamtliche Tätigkeit außerhalb der Hochschule o. ä.

⁴ Die Zahl der keine Gebühren zahlenden Studierenden ist nicht ausreichend für einen Einzelnachweis

Ländern nur eine geringe Rolle. In Nordrhein-Westfalen fällt auf, dass relativ häufig die Befreiung mit einem hochschulpolitischen oder ehrenamtlichen Engagement begründet wird (Bild 7.19).

7.4.2 Höhe der Studiengebühren und ihre Finanzierung

Die Höhe der Studiengebühren ist in den Ländern unterschiedlich festgelegt. Landeseinheitlich werden in Baden-Württemberg und Niedersachsen 500 € pro Semester erhoben und in Hamburg 375 €. Im Saarland gelten auch 500 € als Regelbeitrag, allerdings werden von Studierenden in den ersten beiden Semestern nur 300 € verlangt. In Bayern und Nordrhein-Westfalen hingegen entscheiden die einzelnen Hochschulen über die Höhe der Studiengebühren. Für die Hochschulen in Bayern gelten dabei folgende Vorgaben: mindestens 100 € an Fachhochschulen und 300 € an Universitäten, an beiden Hochschularten maximal 500 €. Nordrhein-Westfalen hingegen überlässt den Hochschulen die Entscheidung, ob sie überhaupt Gebühren erheben wollen und ggf. welchen Betrag sie bis maximal 500 € für angemessen halten. Faktisch haben in Nordrhein-Westfalen fast alle Hochschulen Studiengebühren erhoben. Fast ausnahmslos orientieren sich die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen und Bayern an dem höchstmöglichen Beträgen.

Mit der 19. Sozialerhebung sollte vor allem ermittelt werden, wie Studierende diese zusätzliche Ausgabenposition finanzieren. Die Mehrheit der Studierenden, die Studiengebühren zu entrichten haben (insgesamt 48 %), begleicht diese ganz oder teilweise mit Mitteln, die von den Eltern zur Verfügung gestellt werden. Deutlich häufiger als im Durchschnitt werden die Eltern dafür von den Studierenden in Baden-Württemberg und Bayern in Anspruch genommen (Bild 7.20).

Am zweithäufigsten wird von den Gebührenzahlern der eigene Verdienst genannt, mit dem die Studiengebühren ganz oder teilweise beglichen werden. Dies gilt für 30 % der Gebührenzahler. In Hamburg und im Saarland wird der eigene Verdienst häufiger als Finanzierungsquelle der Studiengebühren eingesetzt als in den übrigen Ländern.

Ein etwas geringerer Anteil finanziert die Studiengebühren mit Ersparnissen (24 %). Überdurchschnittlich oft wird diese Finanzierungsquelle von Studierenden im Saarland, in Hamburg und in Niedersachsen angeben.

11 % der Gebührenzahler haben dafür eines der speziell zur Finanzierung der Studiengebühren von den Ländern veranlassten Kreditangebote in Anspruch genommen. Es fällt auf, dass in Nordrhein-Westfalen fast ein Fünftel der Gebührenzahler (19 %) auf einen Kredit zu-

Bild 7.20 Finanzierung der Studiengebühren für das Sommersemester 2009

Gebührenpflichtige Studierende im Erststudium, in %, Mehrfachnennungen

Finanzierungsquelle	Länder mit allgemeinen Studiengebühren						insgesamt
	Baden-Württemberg	Bayern	Hamburg ¹	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Saarland	
Eltern	66	65	48	58	55	62	59
eigener Verdienst	31	30	36	29	28	34	30
Kredit	5	4	-	9	19	3	11
eigene Ersparnisse	26	25	29	28	20	30	24
andere Quelle	5	5	10	9	6	7	6

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Ohne die Studierenden, die angaben, für das Sommersemester 2009 keine Gebühren/Beiträge gezahlt zu haben, da sie von der Möglichkeit der nachgelagerten Begleichung Gebrauch machen.

rückgreift, während in den übrigen Ländern der Anteil der Kreditnehmer erheblich geringer ausfällt (Bild 7.20). Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass in Hamburg keine Kreditnehmer festzustellen sind, da hier den Studierenden die Möglichkeit eingeräumt wird, die Studiengebühren nach dem Studium zu begleichen. Davon haben im Sommersemester 2009 von den Studierenden in Hamburg 47% Gebrauch gemacht.

70% der Gebührenzahler begleichen diese nur durch eine einzige Finanzierungsquelle. Die übrigen Studierenden nehmen dafür mindestens zwei Finanzierungsquellen in Anspruch:

- alleinige Finanzierung
 - durch Eltern 41%
 - durch einen Kredit 9%
 - durch eigenen Verdienst 9%
 - durch Ersparnisse 8%
 - eine andere Quelle 3%
- Mischfinanzierung
 - Eltern und Verdienst 10%
 - Eltern und Ersparnisse 6%
 - Verdienst und Ersparnisse 8%
 - andere Kombination 6%

Studierende, deren Eltern allein für die Studiengebühren aufkommen, gehören überdurchschnittlich häufig zur sozialen Herkunftsgruppe „hoch“ (49% vs. 35% im Durchschnitt). Werden die Studienge-

bühren durch einen Kredit finanziert, betrifft dies überdurchschnittlich häufig Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ (28 % vs. 15 % im Durchschnitt). Eine ausschließliche Finanzierung der Studiengebühren durch eigenen Verdienst wird hingegen überdurchschnittlich häufig von den Studierenden der Herkunftsgruppe „mittel“ realisiert (36 % vs. 27 % im Durchschnitt), aber auch von denen der Herkunftsgruppe „niedrig“ (20 % vs. 15 % im Durchschnitt).

8. Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick					
BAföG-Quoten, in %	1. - 6. Semester		Standard-Methode		
	2006	2009	2006	2009	
• im Bundesgebiet	32,7	32,9	23,2	23,0	
• bei Studentinnen	30,6	32,8	21,6	21,4	
• bei Studenten	35,0	33,1	25,1	24,6	
• nach sozialen Herkunftsgruppen					
<div style="border: 1px solid black; padding: 2px;"> 1.-6. Semester: Anteil der Geförderten in den ersten sechs Hochschulsemestern Standard-Methode: Geförderte bezogen auf alle Studierenden </div>	hoch	16,3	16,6	11,5	10,8
	gehoben	28,8	29,4	21,2	21,7
	mittel	43,4	41,9	32,0	30,3
	niedrig	58,6	57,4	43,2	41,2
• in den alten Ländern	30	30	21	21	
• in den neuen Ländern	49	48	35	34	
• an Universitäten	31	32	21	21	
• an Fachhochschulen	36	35	28	27	
Durchschnittliche Förderungsbeträge, in €			2006	2009	
• Geförderte insgesamt			363	413	
• Geförderte, die bei den Eltern wohnen			283	307	
• Geförderte, die außerhalb des Elternhauses wohnen			378	435	
Geförderte nach Art der Förderung 2009			Anteil, in %	Betrag, in €	
• elternabhängige Förderung			86	392	
• elternunabhängige Förderung			14	544	
Zusammensetzung der Geförderten nach sozialer Herkunft, in %			2006	2009	
• hoch			18	17	
• gehoben			22	22	
• mittel			35	34	
• niedrig			25	27	

Technische Hinweise

Definitionen

BAföG-Quote nach der Standard-Methode¹

Anteil der geförderten Studierenden unter den Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland (Ausgenommen: Beurlaubte, Fernstudenten, Studierende der Verwaltungsfachhochschulen und der Universitäten der Bundeswehr) im Sommersemester des Befragungsjahres.

BAföG-Quote in den ersten sechs Hochschulsemestern¹

Anteil der Geförderten unter den Studierenden (s. o.) in den ersten sechs Hochschulsemestern.

Es ist davon auszugehen, dass von den Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern erst wenige ihren möglichen Anspruch auf BAföG bereits verwirklicht haben. Die so berechnete Quote vermittelt folglich am ehesten, welcher Anteil der potentiell Anspruchsberechtigten gefördert wird.

Förderungsbeträge in €

Ausgewiesen werden in der Regel Durchschnittsbeträge pro Monat (arithm. Mittelwerte). DM-Beträge aus früheren Sozialerhebungen wurden nach der Formel:

$$€ = DM/1,95583$$
 umgerechnet.

Bezugsgruppen

- Studierende insgesamt (Deutsche und Bildungsinländer)
- BAföG-Empfänger/innen (Deutsche und Bildungsinländer)

Datenquellen

Daten der Sozialerhebung (Fragen 19, 23 bis 25)

¹ Bis 2003 bezog sich die jeweilige BAföG-Quote ausschließlich auf deutsche Studierende. Ab 2006 sind auch die so genannten Bildungsinländer einbezogen.

8.1 Rahmenbedingungen

Mit dem Bundesgesetz über die individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAFöG) wird intendiert, auch denjenigen eine Ausbildung, die ihrer Neigung, Eignung und Leistung entspricht, zu ermöglichen, deren Familien wirtschaftlich nicht in der Lage sind, diese allein zu finanzieren. In solchen Fällen stellt der Staat den Studierenden die für den Lebensunterhalt notwendigen Mittel nach den im BAFöG festgelegten Bedarfssätzen ganz oder teilweise zur Verfügung. In welchem Umfang eine Förderung gewährt wird, richtet sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der unterhaltspflichtigen Eltern (Subsidiaritätsprinzip). Diese wird nach den im BAFöG festgelegten Konditionen für jeden Einzelfall ermittelt.

Kann gegenüber den Eltern kein Anspruch auf Ausbildungsunterhalt mehr geltend gemacht werden (z. B. bei fünfjähriger Erwerbstätigkeit nach Vollenendung des 18. Lebensjahres), offeriert das BAFöG die Möglichkeit der elternunabhängigen Förderung. In solchen Fällen bleibt die Einkommenssituation im Elternhaus bei der Feststellung der Bedürftigkeit der Studierenden unberücksichtigt.

Der den Studierenden zur Verfügung gestellte Förderungsbetrag wird im Normalfall, d. h. für den durch das Gesetz festgelegten Förderungszeitraum, jeweils

zur Hälfte als Zuschuss und zinsloses Darlehen gewährt. Der Darlehensbetrag wird allerdings gekappt, sollte die Obergrenze von 10.000 € überschritten werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, über die Förderungshöchstdauer hinaus gefördert zu werden, soweit im Gesetz festgelegte Sachverhalte zutreffen.

Zum Zeitpunkt der Befragung im Sommersemester 2009 war das BAFöG, welches 1971 eingeführt wurde, in der Fassung gültig, die sich nach dem 22. BAFöG-Änderungsgesetz vom 23. Dezember 2007 ergibt. Die für die Einschätzung der Förderung wesentlichen Kennziffern (Freibetrag vom Elterneinkommen und Bedarfssatz der Studierenden) wurden mit der 22. Novelle deutlich erhöht. Die nachfolgende Übersicht zeigt, welcher absolute Freibetrag vom Elterneinkommen und welcher Bedarfssatz für Studierende, die nicht im Elternhaus wohnen, zum Zeitpunkt der jeweiligen Sozialerhebung gültig waren (Beträge in €):

Jahr	Freibetrag vom Elterneinkommen	Bedarfssatz Studierende
1991	920	383
1994	971	406
1997	1.033	424
2000	1.161	440
2003	1.440	466
2006	1.440	466
2009	1.555	512

Quelle: BMBF, 17. BAFöG-Bericht, 2007; 22. BAFöGÄndG, 2007

Inklusive der generell möglichen Zuschläge (erhöhter Mietzuschuss, Kranken- und Pflegeversicherungszuschlag) beläuft sich der monatliche Förderungshöchstsatz im Jahre 2009 auf 478 € für Studierende, die im Elternhaus wohnen (2006: 432 €), und 648 € für diejenigen, die nicht im Elternhaus wohnen (2006: 585 €). Darüber hinaus können bedürftige Studierende mit Kindern seit 2009 einen Kinderbetreuungszuschlag in Höhe von 113 € für das erste und 85 € für jedes weitere Kind geltend machen.

8.2 Umfang der Förderung

Um den Umfang der Förderung zu beschreiben, wird als geeigneter Maßstab die so genannte BAFÖG-Quote herangezogen. Diese Quote wurde im Rahmen der bisherigen Sozialerhebungen zum einen nach der Standard-Methode und zum anderen nach der so genannten normativen Methode berechnet. Während die nach der Standard-Methode berechnete Quote angibt, welcher Anteil von allen Studierenden (bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer) eine Förderung erhält, wurde mit der normativen Methode versucht zu ermitteln, welcher Anteil der potentiell anspruchsberechtigten Studierenden gefördert wird.

Von der 11. bis zur 15. Sozialerhebung wurde die Bezugsgruppe der potentiell

Anspruchsberechtigten abgegrenzt, indem alle Studierenden an Universitäten mit einer Studiendauer bis zu elf Semestern und an Fachhochschulen bis zu acht Semestern dazu gezählt wurden. Bei der 16. bis 18. Sozialerhebung wurde die Abgrenzung der potentiell Anspruchsberechtigten verfeinert, indem versucht wurde, die Ausschlussgrenzen an die durch das BAFÖG geregelte aktuelle Förderungshöchstdauer genauer anzupassen. Zusätzlich wurden die Studierenden ausgeschlossen, die nach eigenen Angaben kein BAFÖG erhalten, weil sie das Studienfach gewechselt haben, eine Leistungsbescheinigung nicht erbringen konnten oder bei Studienaufnahme die Altersgrenze des BAFÖG bereits überschritten hatten. Außerdem blieben Studierende unberücksichtigt, die nach einem ersten Abschluss in einem in der Regel nicht förderungsfähigen Zweitstudium eingeschrieben waren.

Die Nachteile dieses Verfahrens bestehen darin, dass der Kreis der potentiell Anspruchsberechtigten nur näherungsweise bestimmt werden kann, und immer dann, wenn sich die Bedingungen zur Abgrenzung dieser Population ändern, die Vergleichbarkeit der Ergebnisse im Zeitverlauf beeinträchtigt wird.

Im Rahmen der 19. Sozialerhebung wird stattdessen eine Gefördertenquote bezogen auf die Studierenden in den ersten sechs Hochschulse mestern berech-

net. Dabei wird unterstellt, dass diese Studierenden als potentiell anspruchsberechtigt angesehen werden können. Außerdem wird mit diesem Verfahren der Studienstrukturreform Rechnung getragen und die Vergleichbarkeit zwischen den Erhebungen wieder verbessert.

Die Entwicklung sowohl der Standard-Quote als auch der BAFöG-Quote unter den Studierenden in den ersten sechs Semestern wird im Folgenden als Maßstab angelegt, um Veränderungen bei der BAFöG-Förderung zu beschreiben.

Generell ist anzumerken, dass die BAFöG-Quoten der Sozialerhebung als Momentaufnahmen, jeweils bezogen auf die Situation im Sommer des Befragungs-

jahres, zu interpretieren sind. Folglich ist eine Vergleichbarkeit mit Quoten, die auf der BAFöG-Statistik basieren, nicht gegeben.

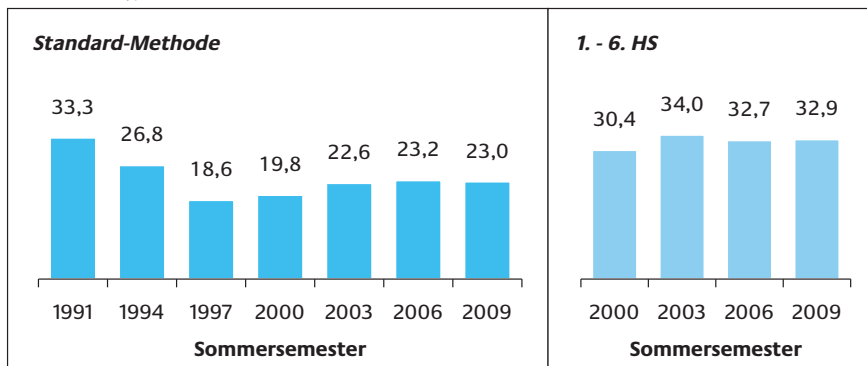
8.2.1 Stand und Entwicklung der BAFöG-Quote

Standard-Quote

Im Sommersemester 2009 werden 23% der Studierenden nach dem BAFöG gefördert. Der Gefördertenanteil entspricht damit dem Niveau des Jahres 2006 (Bild 8.1, linke Grafik). Der ab 2000 zu beobachtende Anstieg der BAFöG-Quote hat sich folglich nach 2006 nicht fortgesetzt.

Bild 8.1 BAFöG-Quote – Anteil der Geförderten unter allen Studierenden (Standard-Methode) und unter denen in den ersten sechs Hochschulsemestern (1. - 6. HS)¹

in %



DSW/HIS19. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

BAföG-Quote in den ersten sechs Hochschulsesemestern

Die BAföG-Quote unter den Studierenden in den ersten sechs Hochschulsesemestern liegt 2009 bei knapp 33%. Diese Quote macht deutlich, dass zunächst jeder dritte Studierende zur Finanzierung des Lebensunterhalts teils oder ganz auf die Förderung nach dem BAföG angewiesen ist. Die entsprechende BAföG-Quote lag im Jahre 2006 mit 32,7% auf gleichem Niveau (Bild 8.1, rechte Grafik).

Bezogen auf die Studierenden in den beiden ersten Hochschulsesemestern ist 2009 von einem „Einsteigeranteil“ der Geförderten von 36 % auszugehen gegenüber 34% im Jahre 2006. Die mit der 22.

BAföG-Novelle in Kraft getretenen Änderungen zeigen folglich ihre Wirkung.

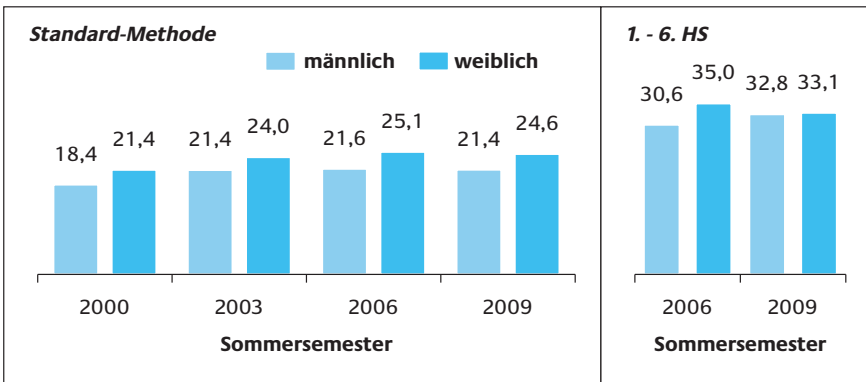
8.2.2 BAföG-Quote nach ausgewählten Merkmalen

Geschlecht

Im Sommersemester 2009 werden von allen Studentinnen knapp 25% nach dem BAföG gefördert, von den Studenten hingegen gut 21%. Die Anteile der geförderten Studentinnen und Studenten sind damit auf dem 2006 erreichten Niveau verblieben (Bild 8.2).

Eine höhere BAföG-Quote der Frauen wird seit 1994 beobachtet. Die absolute Zahl der geförderten Frauen war zu dem Zeitpunkt aufgrund des geringeren Frau-

Bild 8.2 BAföG-Quoten nach Geschlecht¹
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

enanteils unter den Studierenden allerdings noch deutlich niedriger als die der Männer. Erstmals 2000 wurden etwa gleich viele Frauen und Männer gefördert und seit 2003 überwiegt die Zahl der geförderten Frauen die der geförderten Männer (Bild 8.3).

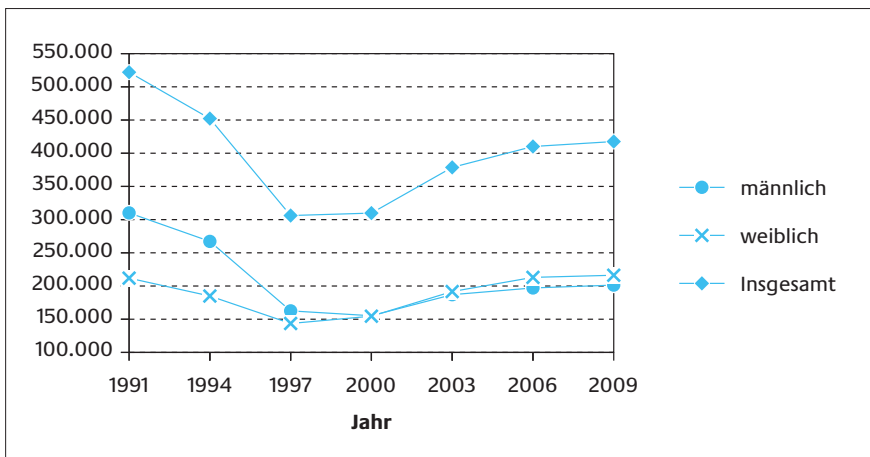
In den ersten sechs Hochschulsesemestern liegt 2009 die BAFÖG-Quote der Studentinnen bei 33,1% und die der Studenten bei 32,8%. Gegenüber 2006 ist die Gefördertenquote der Frauen somit um knapp zwei Prozentpunkte gefallen, während die der Männer um gut zwei Prozentpunkte gestiegen ist (Bild 8.2, rechte Grafik). Diese Entwicklung ist damit zu er-

klären, dass unter den Studierenden, die in den letzten drei Jahren ein Studium aufgenommen haben, die Anteile der Männer und Frauen aus einkommensschwächeren Familien etwa gleich hoch waren, während 2006 unter den Studierenden in den ersten sechs Hochschulsesemestern der Anteil der Frauen aus einkommensschwächeren Familien überwog.

Soziale Herkunft

Erwartungsgemäß differiert die BAFÖG-Quote in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft der Studierenden erheblich. Von allen Studierenden der Herkunfts-

Bild 8.3 Zahl der Geförderten nach Geschlecht¹



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Berechnungsbasis: BAFÖG-Quote nach der Standard-Methode und Studierendenzahlen im jeweiligen Wintersemester; bis 2003 nur Deutsche, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer

gruppe „niedrig“ werden 2009 rd. 41% nach dem Bafög gefördert. Mit steigender sozialer Herkunft verringert sich diese Quote bis auf knapp 11% bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ (Bild 8.4). Verglichen mit den entsprechenden Quoten im Jahre 2006, ist, ausgenommen die Herkunftsgruppe „gehoben“, ein Rückgang der nach der Standard-Methode berechneten Gefördertenquoten festzustellen.

In Bild 8.4 ist auch dargestellt, welcher Anteil der Studierenden je Herkunftsgruppe in vorangegangenen Semestern eine Förderung erhielt (früher Geförderte), aber zum Zeitpunkt der Befragung nicht mehr nach dem Bafög gefördert wird. Dadurch wird deutlich, dass der Anteil der derzeitigen Studierenden, die im Laufe ihres Studiums auf die Förde-

rung nach dem Bafög angewiesen waren bzw. sind, weit höher liegt als durch die nach der Standard-Methode berechnete Bafög-Quote vermittelt wird.

Als Grund für den Verlust ihrer Bafög-Förderung gaben die früher Geförderten (2009: insgesamt 15%) bei weitem am häufigsten das Überschreiten der Förderungshöchstdauer an (40%). An zweiter Stelle folgt als Begründung eine Veränderung der Einkommenssituation im Elternhaus (23%). Jeweils rd. 13% von den ehemals Geförderten verlor den Anspruch auf Förderung dadurch, dass ein notwendiger Leistungsnachweis nicht erbracht oder das Studienfach ohne zwingenden Grund gewechselt wurde. Die Gründe, warum die früher Geförderten nicht mehr unterstützt werden, fallen differenziert nach der sozialen Herkunft der Stu-

Bild 8.4 Bafög-Quote nach der sozialen Herkunft der Studierenden

in % je Herkunftsgruppe nach der Standard-Methode

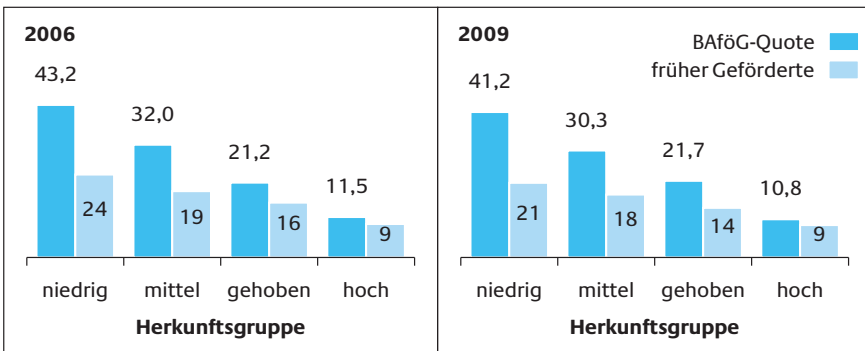


Bild 8.5 Gründe der Nicht-Förderung durch das BAföG im Sommersemester 2009 bei denen, die in vorangegangenen Semestern gefördert wurden

Bezugsgruppe „früher Geförderte“, Mehrfachnennungen, Studierende in %

Gründe	insg.	soziale Herkunft			
		niedrig	mittel	gehoben	hoch
- Förderungshöchstdauer wurde überschritten	40	47	39	39	35
- Einkommen der Eltern bzw. des Ehepartners ist zu hoch	23	12	21	28	31
- Studienfach wurde gewechselt	13	13	14	12	11
- Leistungsbescheinigung konnte nicht erbracht werden	13	15	15	11	9
- eigenes Einkommen/Vermögen ist zu hoch	13	7	15	16	12

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

dierenden zum Teil sehr unterschiedlich aus (Bild 8.5).

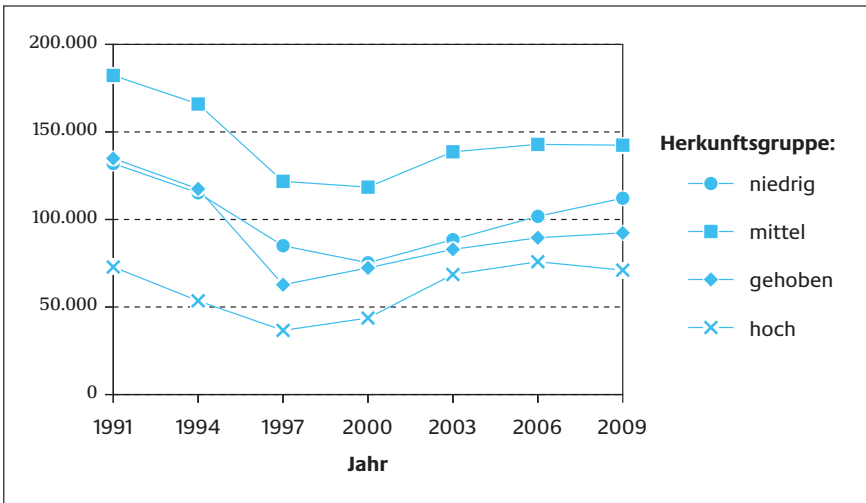
In Bild 8.6 ist dargestellt, wie sich die Zahl der nach dem BAföG geförderten Studierenden in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft seit 1991 entwickelt hat. Zunächst ist anzumerken, dass die Studierenden der Herkunftsgruppe „mittel“ seit jeher das größte Kontingent der Geförderten stellen. Das zweitgrößte Kontingent der Geförderten stammt aus der Herkunftsgruppe „niedrig“, deren BAföG-Quote stets am höchsten ausfällt, die aber unter allen Studierenden die kleinste Gruppe bilden (vgl. Kap. 4.2.4).

Ausgehend von der Situation im Jahre 2006 ist 2009 die Zahl der Geförderten, die den Herkunftsgruppen „niedrig“ und

„gehoben“ zuzuordnen sind, deutlich gestiegen. Der nach 2000 zu beobachtende Trend steigender Gefördertenzahlen dieser beiden Herkunftsgruppen hat sich folglich fortgesetzt. Hingegen ist die Zahl der Geförderten, die aus der Herkunftsgruppe „mittel“ stammen, auf dem Niveau von 2006 verblieben, während 2009 die Zahl der Geförderten aus der Herkunftsgruppe „hoch“ offensichtlich kleiner geworden ist.

Die sozial ausgleichende Wirkung des BAföG wird noch deutlicher, wenn die BAföG-Quote der Studierenden in den ersten sechs Hochschulsesemestern herangezogen wird (Bild 8.7). Danach werden gut 58 % der Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ nach dem BAföG geför-

Bild 8.6 Zahl der BAFÖG-Empfänger/innen nach der sozialen Herkunft ¹



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Berechnungsbasis: Bafög-Quote nach der Standard-Methode und Studierendenzahlen im jeweiligen Wintersemester; bis 2003 nur Deutsche, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

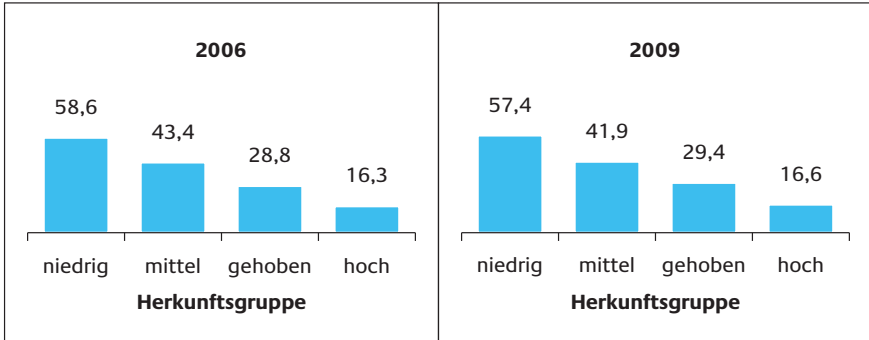
dert. Mit steigender sozialer Herkunft verringert sich der Anteil der Geförderten über 42% (Gruppe „mittel“) und 29% (Gruppe „gehoben“) bis auf knapp 17% bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“. Verglichen mit den entsprechenden Quoten im Jahre 2006 wird deutlich, dass der Anteil der Geförderten der beiden unteren Herkunftsgruppen sich um jeweils einen Prozentpunkt verringert hat. Hingegen liegt der Gefördertenanteil der Herkunftsgruppe „gehoben“ um knapp einen Prozentpunkt höher, während die Quote der Geförderten bei den

Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ in etwa stabil geblieben ist.

Die vergleichsweise geringe, aber angesichts der subsidiär angelegten Förderung noch erstaunlich hohe Bafög-Quote unter den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ in den ersten sechs Hochschulsemestern ist wie folgt zu erklären: Die Zuordnung zu den im Rahmen der Sozialerhebung definierten sozialen Herkunftsgruppen erfolgt über die berufliche Stellung der Eltern (bei Eltern im Ruhestand über die zuletzt innegehabte berufliche Stellung) und den höchsten Aus-

Bild 8.7 BAFÖG-Quote nach der sozialen Herkunft der Studierenden in den ersten sechs Hochschulsesemestern

Studierende im 1. bis 6. Hochschulsemester, in % je Herkunftsgruppe



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

bildungsabschluss im Elternhaus. Folglich geben die Herkunftsgruppen kein trennscharfes Bild der unterschiedlichen Einkommenssituationen in den Herkunftsfamilien. Bei der Einführung des Modells der sozialen Herkunftsgruppen im Rahmen der 10. Sozialerhebung (1982) wurde explizit darauf hingewiesen, dass diese Einteilung ein speziell auf die Sozialstruktur der Studierenden bezogenes Kontinuum der beruflichen Positionen der Eltern widerspiegeln soll. Insofern ist es nachvollziehbar, dass auch Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ aus Familien stammen können, deren Einkommenssituation eine Förderung nach dem BAFÖG rechtfertigt. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Väter der geförderten Studierenden überdurchschnittlich oft

bereits Rentner oder verstorben sind, die Geförderten häufiger aus Familien mit mehreren Kindern stammen, vor allem solchen, bei denen sich zwei und mehr Kinder in der Ausbildung befinden, und die Geförderten dieser Herkunftsgruppe überdurchschnittlich oft bereits vor dem Studium eine Berufsausbildung absolviert haben.

Weitere familiäre Merkmale

Von den Studierenden mit **Geschwistern** wird 2009 mit 24% ein größerer Anteil gefördert als von denen, die keine Geschwister haben und deren BAFÖG-Quote bei 17% liegt (2006: 24% vs. 18%). Auch differenziert nach der sozialen Herkunft der Studierenden fällt die BAFÖG-Quote unter denen mit Geschwistern jeweils höher aus

(BAföG-Quote nach der Standard-Methode, in %):

Herkunftsgruppe	Geschwister	
	ja	nein
niedrig	43	29
mittel	32	19
gehoben	22	17
hoch	11	7

Unter Studierenden mit Geschwistern, die ebenfalls eine Ausbildung absolvieren, ist eine mit der Geschwisterzahl steigende BAföG-Quote festzustellen (Standard-Methode):

- ein Bruder/eine Schwester 23 %
- zwei Geschwister 31 %
- drei und mehr Geschwister 40 %

Auch unterschieden nach der **beruflichen Ausbildung der Eltern** sind erhebliche Unterschiede zu konstatieren. Falls zumindest ein Elternteil über einen Hochschulabschluss verfügt, liegt die BAföG-Quote nach der Standard-Methode bei 16 %. Kommen die Studierenden aus Elternhäusern, in denen der höchste berufliche Abschluss eine Meisterprüfung oder ein Fachschul- bzw. Technikerabschluss ist, liegt die BAföG-Quote bei 25 %. Ist der höchste berufliche Abschluss der Eltern eine Lehre bzw. ein Facharbeiterabschluss, steigt die BAföG-Quote auf 34 %.

Von den Studierenden mit einem voll erwerbstätigen Vater werden 20 % gefördert. Deutlich höher fällt die BAföG-Quo-

te unter den übrigen Studierenden aus (Vater: teilzeitbeschäftigt, arbeitslos, Rentner/Pensionär, verstorben/unbekannt), von denen 29 % nach dem BAföG gefördert werden.

Differenziert nach der beruflichen Ausbildung und dem Erwerbsstatus des Vaters ergibt sich 2009 folgender Geförderten-Anteil (Standard-Methode):

Ausbildung	voll erwerbstätig	
	ja	nein
• Lehre, Facharbeiter	31 %	37 %
• Meister, Techniker	22 %	26 %
• Hochschulabschluss	12 %	19 %
insgesamt	20 %	29 %

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, dass die BAföG-Quote bei den **Studierenden mit Kind** etwas höher ausfällt als bei den Studierenden ohne Kind (24 % vs. 23 %). 2006 wurden von den Studierenden mit Kind noch deutlich weniger gefördert (19 % vs. 23 %). Während 2009 von den studierenden Müttern 24% (2006: 21%) eine Förderung erhalten, liegt die Quote bei den studierenden Vätern bei 25% (2006: 16%). Bei **verheirateten Studierenden** fällt die BAföG-Quote mit 18 % (2006: 15 %) nach wie vor unterdurchschnittlich aus. Geförderte, die bereits verheiratet sind, haben fast doppelt so häufig wie nicht geförderte verheiratete Studierende einen Partner/eine Partnerin, der/die sich ebenfalls in einer Ausbildung befindet (35 % vs. 18 %).

Alte Länder – neue Länder

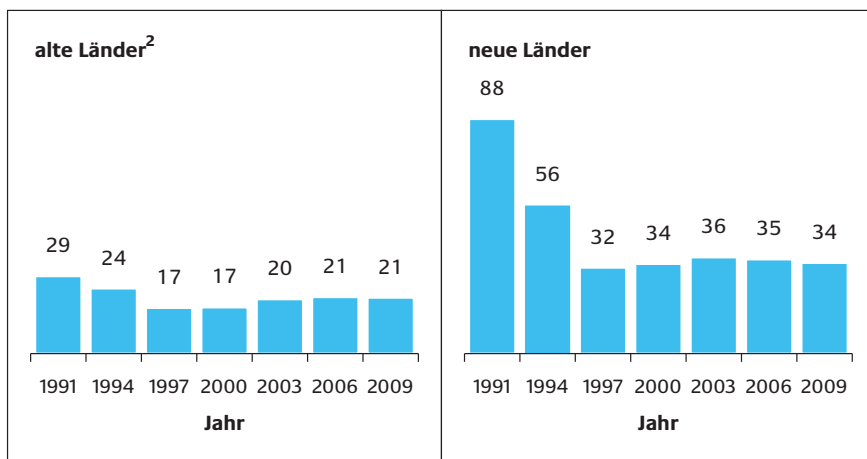
Auch 2009 ist in den neuen Ländern ein deutlich höherer Anteil der Studierenden auf die Förderung nach dem BAföG angewiesen als in den alten Ländern. Wird in den neuen Ländern ein gutes Drittel der Studierenden gefördert, sind es in den alten Ländern gut ein Fünftel (Bild 8.8).

Auch differenziert nach dem Geschlecht oder der sozialen Herkunft der Studierenden fällt die BAföG-Quote in den neuen Ländern jeweils deutlich höher aus als in den alten Ländern (Bild 8.9).

Wird der Frage nachgegangen, in

welchem Umfang Geförderte aus den alten Ländern in den neuen Ländern studieren und umgekehrt, ergibt sich 2009 folgendes Bild: 16 % der Geförderten in den neuen Ländern haben die Hochschulreife in den alten Ländern erworben (2006: 15%), während von den Geförderten in den alten Ländern 10 % die Hochschulreife in den neuen Ländern erworben haben (2006: 11%). Die Zahl der Geförderten, die von den neuen in die alten Länder gewandert sind, liegt allerdings mehr als doppelt so hoch als die Zahl der Geförderten, die den umgekehrten Weg

Bild 8.8 BAföG-Quote in den alten und neuen Ländern¹ – Standard-Methode
Anteil der geförderten Studierenden, in %



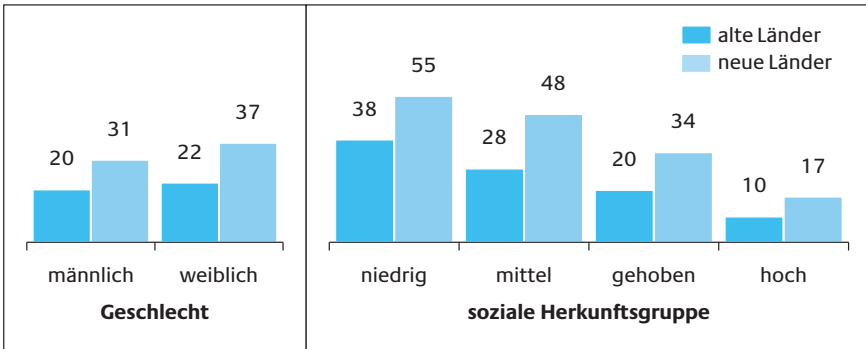
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

² einschließlich Berlin

Bild 8.9 BAFÖG-Quote nach Geschlecht und sozialer Herkunft der Studierenden in den alten und neuen Ländern – Standard-Methode

Anteil der geförderten Studierenden, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

gegangen sind. Bilanziert erzielen die alten Länder hierdurch 2009 einen Wandlungsgewinn von rd. 14.000 Geförderten (2006: 20.000).

Der unterschiedliche Umfang der BAFÖG-Förderung in den alten und neuen Ländern wird prägnant durch die BAFÖG-Quote unter den Studierenden in den ersten sechs Hochschulsesemestern veranschaulicht. Während in den alten Ländern 2009 der Anteil der Geförderten unter diesen Studierenden bei 30 % liegt, werden in den neuen Ländern 48 % nach dem BAFÖG gefördert. Verglichen mit den entsprechenden Ergebnissen im Jahre 2006 ist in den alten Ländern die Quote der geförderten Studierenden in den ersten sechs Hochschulsesemestern konstant geblieben, in den neuen Ländern ist hin-

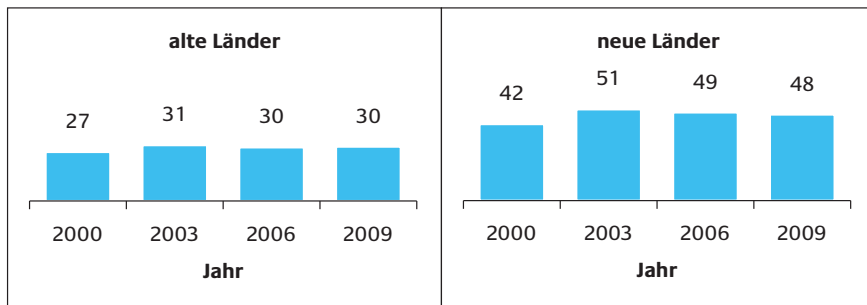
gegen ein leichter Rückgang zu beobachten (Bild 8.10).

Studienspezifische Merkmale

Unterschieden nach den **Hochschularten** wird auch 2009 an den Fachhochschulen mit 27 % ein größerer Anteil der Studierenden nach dem BAFÖG gefördert als an den Universitäten mit 21 %. Dieser Unterschied ist vor allem damit zu erklären, dass sich die Klientel der Fachhochschulen nach der sozialen Herkunft anders zusammensetzt als die der Universitäten (vgl. Kap. 4). Der Abstand zwischen den BAFÖG-Quoten hat sich allerdings seit 2000 kontinuierlich verringert. Diese Entwicklung ist sowohl auf der Basis der BAFÖG-Quote nach der Standard-Methode als auch der Quote unter den Studieren-

Bild 8.10 BAFÖG-Quote der Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern differenziert nach alten und neuen Ländern

Studierende im 1. - 6. Hochschulsemester, in % je Region



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

den in den ersten sechs Hochschulsemestern festzustellen (Bild 8.11).

Im Unterschied zur BAFÖG-Quote nach der Standard-Methode verdeutlicht die Gefördertenquote unter den Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern, dass unter den „jüngeren“ Studierenden der Abstand zwischen den BAFÖG-Quoten der beiden Hochschularten deutlich geringer ist. Außerdem ist festzustellen, dass sich in den ersten sechs Hochschulsemestern der Gefördertenanteil an den Universitäten gegenüber 2006 leicht erhöht hat, an den Fachhochschulen hingegen ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist.

Unterschieden nach **Fächergruppen** variiert die BAFÖG-Quote, berechnet nach der Standard-Methode, zwischen 20 %

und 26 % (Bild 8.11). Auch hier vermittelt die Geförderten-Quote unter den Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern deutlicher, dass die Studienfachwahl der Studierenden aus einkommensschwächeren Familien sich von denen unterscheidet, die nicht auf BAFÖG angewiesenen sind (Bild 8.11). Ausgehend von einer durchschnittlichen Geförderten-Quote von 33 % unter den Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern, wird von den Studierenden der Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und denen der Sozialwissenschaften/Psychologie/Pädagogik ein überdurchschnittlicher Anteil gefördert (36 % bzw. 39 %). Unterdurchschnittlich werden hingegen Studierende der Fächergruppen Medizin/Gesundheitswissenschaften und

Bild 8.11 BAFÖG-Quoten je Hochschulart und Fächergruppe berechnet nach der Standard-Methode und für die Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern¹

Anteil der geförderten Studierenden, in %

Merkmal	Sommersemester			
	2000	2003	2006	2009
Hochschulart				
<i>Standard-Methode</i>				
- Universität	17	20	21	21
- Fachhochschule	28	29	28	27
<i>1. - 6. Hochschulsemester</i>				
- Universität	28	32	31	32
- Fachhochschule	36	38	36	35
Fächergruppe				
<i>Standard-Methode</i>				
- Ingenieurwissenschaften	23	26	25	24
- Sprach- u. Kulturwissenschaften	17	20	22	21
- Mathematik/ Naturwissenschaften	20	23	23	24
- Medizin, Gesundheitswissenschaften ²	19	19	22	20
- Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	20	21	22	21
- Sozialwiss./Psychologie/Pädagogik	20	24	25	26
<i>1. - 6. Hochschulsemester</i>				
- Ingenieurwissenschaften	34	36	34	32
- Sprach- u. Kulturwissenschaften	29	33	32	33
- Mathematik/ Naturwissenschaften	31	35	32	36
- Medizin, Gesundheitswissenschaften ²	24	26	26	24
- Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	29	30	31	29
- Sozialwiss./Psychologie/Pädagogik	32	38	38	39

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

² einschl. Gesundheitswissenschaften ab 2006

Rechts- und Wirtschaftswissenschaften nach dem BAFöG gefördert (24 % bzw. 29 %).

Auffällig ist, dass sich von 2006 nach 2009 der geförderte Anteil der Studierenden in den ersten sechs Semestern insbesondere bei der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften um vier Prozentpunkte erhöht hat, während dieser unter den Studierenden der Ingenieurwissenschaften, der Medizin/Gesundheitswissenschaften sowie der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften jeweils um zwei Prozentpunkte zurückgegangen ist (Bild 8.11).

Soll untersucht werden, in welchem Umfang Studierende in den alten und den durch die **Studienstrukturreform** eingeführten neuen Studiengängen nach dem BAFöG gefördert werden, bietet sich ein Vergleich der Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern im Jahre 2006 und 2009 an. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass sich aufgrund der fortschreitenden Umsetzung der Studienstrukturreform der Anteil der Studierenden in den ersten sechs Semestern, die einen Bachelor-Studiengang absolvieren, von 19 % im Jahre 2006 auf 68 % im Jahre 2009 erhöht hat. Entsprechend deutlich hat sich der Anteil der Studierenden, die als Abschluss ein Diplom oder einen Magister anstreben, reduziert – von 60 % auf 15 %. Der Anteil derjenigen, die ihr Studium mit einem Staatsexamen abschließen

wollen, ist demgegenüber nur moderat zurückgegangen – von 21 % auf 17 %.

Studierende, die nach dem BAFöG gefördert werden, sind 2009 sowohl in den traditionellen Studiengängen als auch in den neuen Bachelor-Studiengängen häufiger anzutreffen als 2006 (Bild 8.12).

Sowohl in den Bachelor-Studiengängen der Universitäten als auch denen der Fachhochschulen liegt die BAFöG-Quote 2009 höher als 2006 (Uni: 33 % vs. 31 %, FH: 35 % vs. 31 %). Aber auch in den übrigen von den beiden Hochschularten angebotenen Studiengängen hat sich der Anteil der nach dem BAFöG geförderten Studierenden erhöht (Bild 8.12).

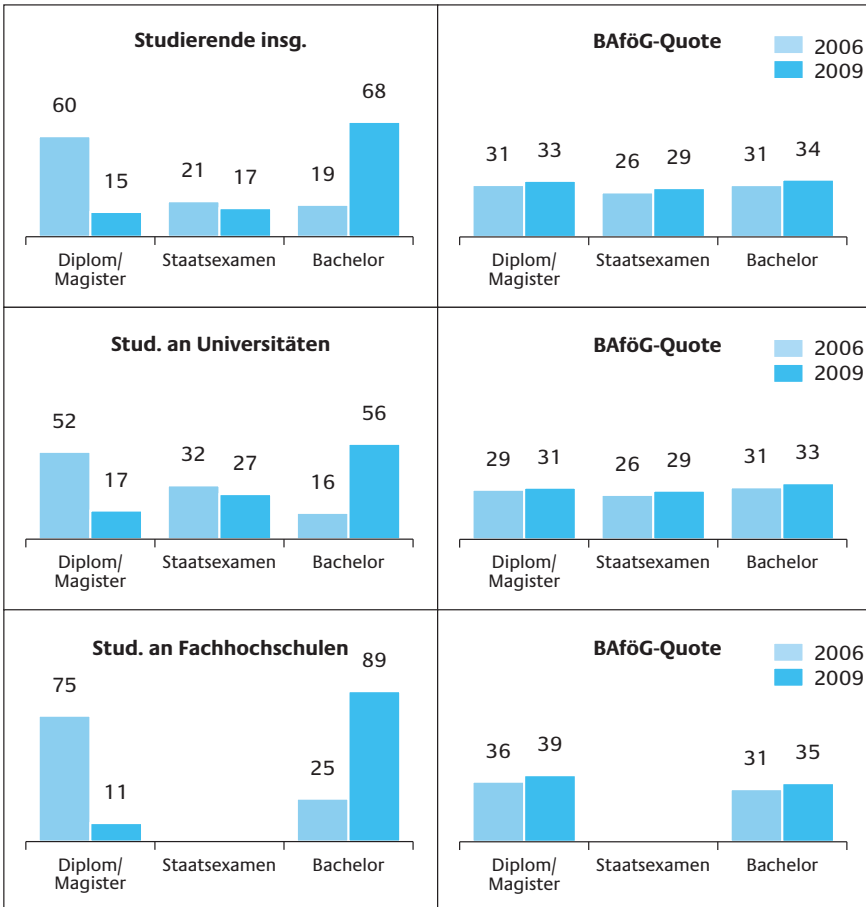
Die verschiedentlich im Zusammenhang mit der Studienstrukturreform geäußerte Erwartung, dass diese auch zu einer stärkeren Mobilisierung von Studienberechtigten aus einkommensschwächeren Familien führen kann, lässt sich durch die dargestellten Ergebnisse derzeit nicht bestätigen.

8.2.3 BAFöG und allgemeine Studiengebühren

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, ob es einen Zusammenhang zwischen der Quote der nach dem BAFöG geförderten Studierenden und allgemeinen Studiengebühren gibt. Der gewählte Untersuchungsansatz berücksichtigt die Studierenden im Erststudium ohne sol-

Bild 8.12 Studierende nach dem angestrebtem Abschluss – Verteilung und BAFÖG-Quote je Abschlussart

Studierende in den ersten sechs Hochschulsesemestern, in %



che, die an einer privaten Hochschule eingeschrieben sind.

Nach den Ergebnissen der Sozialerhebung sind im Jahre 2009 rd. 59 % der Studierenden im Erststudium an einer Hochschule eingeschrieben, die allgemeine Studiengebühren erhebt. 2006 studierten in den Ländern, die heute allgemeine Studiengebühren erheben, rd. 60 % der Studierenden im Erststudium. Danach hat sich die Verteilung der Studierenden auf die Länder mit und ohne Studiengebühren von 2006 auf 2009 nicht verändert.

In den sechs Ländern, in denen 2009 Studiengebühren erhoben werden, lag der Anteil der nach dem BAFÖG geförderten Studierenden im Erststudium im Jah-

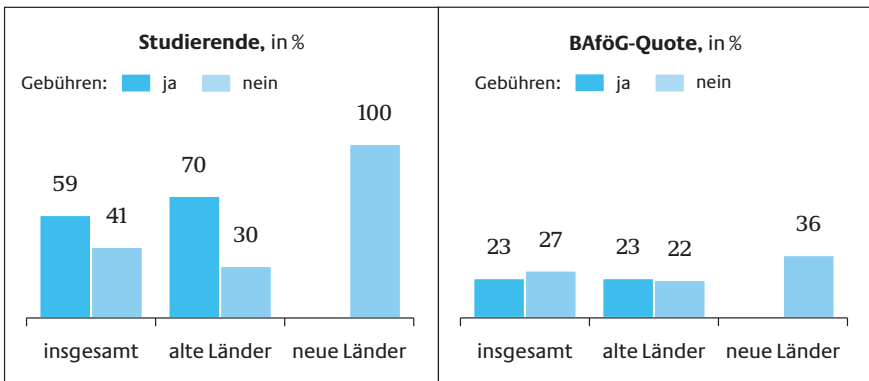
re 2006 bei 22,4 % und liegt im Jahre 2009 bei 22,8 %. Folglich ist der Anteil der Studierenden aus einkommensschwächeren Familien stabil geblieben.

Bei den Studierenden im Erststudium in den Ländern, die keine Studiengebühren erheben, liegt 2009 der Anteil, der eine BAFÖG-Förderung erhält, mit 27 % deutlich höher. Allerdings ist dies allein auf die höhere BAFÖG-Quote unter den Studierenden im Erststudium in den gebührenfreien neuen Ländern zurückzuführen (Bild 8.13).

Werden lediglich die Studierenden in den alten Ländern betrachtet, sind 70 % der Studierenden im Erststudium an einer Hochschule mit Gebührenpflicht eingeschrieben. Von diesen Studierenden

Bild 8.13 Allgemeine Studiengebühren – Anteil der betroffenen Studierenden und jeweilige BAFÖG-Quote

Studierende im Erststudium (ohne private Hochschulen)



werden 2009 rd. 23% nach dem BAföG gefördert, während von den 30%, die in den alten Ländern an einer Hochschule ohne Gebührenpflicht immatrikuliert sind, 22% gefördert werden.

Die Vergleichsrechnung für 2006 ergibt, dass in den alten Ländern, die 2009 keine allgemeinen Studiengebühren erheben, die BAföG-Quote im Jahre 2006 bei 24% lag und damit in diesen Ländern 2009 ein Rückgang des Gefördertenanteils von zwei Prozentpunkten zu beobachten ist.

Mobilität der Geförderten

In welchem Umfang geförderte Studierende aus dem Land, in dem sie die Hochschulreife erworben haben, zum Studium in ein anderes Land wechselten, wird untersucht, in dem die Wechsel, die zwischen den neuen Ländern sowie den alten Ländern mit und ohne Studiengebühren stattgefunden haben, berücksichtigt werden. Insgesamt gesehen sind von den geförderten Studierenden 2009 rd. 21% in dem definierten Sinne mobil gewesen. Wird für 2006 die Differenzierung der alten Länder nach dem 2009 gegebenen Stand der Einführung von Studiengebühren vorgenommen, dann lag die entsprechend berechnete Mobilitätsquote der geförderten Studierenden im Jahre 2006 noch bei 23%.

Die Wanderungsbewegungen zwischen den einzelnen Regionen sind im

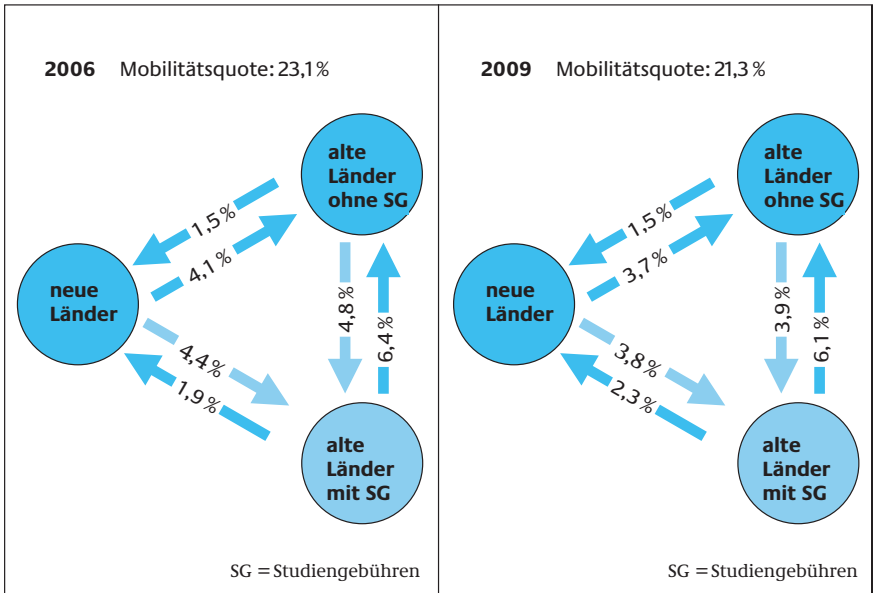
Detail in Bild 8.14 dargestellt. Danach hat sich von 2006 nach 2009 insbesondere die Wanderung von BAföG-Empfängern/innen in die alten Länder mit Studiengebühren verringert. Wechselten 2006 noch 4,8% der Geförderten von einem der alten Länder, die auch 2009 keine Studiengebühren erheben, in ein altes Land, welches heute Studiengebühren erhebt, so sind es 2009 noch 3,9% (absolut: 18.800 Geförderte 2006 vs. 14.900 Geförderte 2009). Auch der Anteil der Geförderten, die aus den neuen Ländern in eines der alten Länder wechselten, die heute Studiengebühren erheben, ist von 2006 auf 2009 leicht zurückgegangen – von 4,4% auf 3,8% (absolut: 17.400 Geförderte 2006 vs. 15.300 Geförderte 2009).

Der Anteil der Geförderten, die in einem der alten Länder, die heute Studiengebühren erheben, ihre Hochschulreife erworben haben und zum Studium in eines der neuen Länder oder eines der alten Länder ohne Studiengebühren gegangen sind, ist hingegen zwischen 2006 und 2009 stabil geblieben (8,3% bzw. 8,4%).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Einführung von Studiengebühren bei den BAföG-Empfängern/innen aus den entsprechenden Ländern die Entscheidung für das Studienland ihrer Wahl nicht messbar beeinflusst. Geförderte aus Ländern ohne Studiengebühren scheinen sich hingegen etwas häufiger gegen ein Studium in einem Land mit Studiengebühren zu entscheiden.

Bild 8.14 Regionale Mobilität der Bafög-Empfänger/innen – Wanderung zwischen neuen Ländern sowie alten Ländern mit und ohne Studiengebühren¹

Nach dem Bafög geförderte Studierende im Erststudium, in % von allen Geförderten



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Mobilität ist hier definiert als Wechsel von der Region in der die Hochschulreife erworben wurde zum Studium in eine andere Region

8.3 Höhe der Förderungsbeiträge

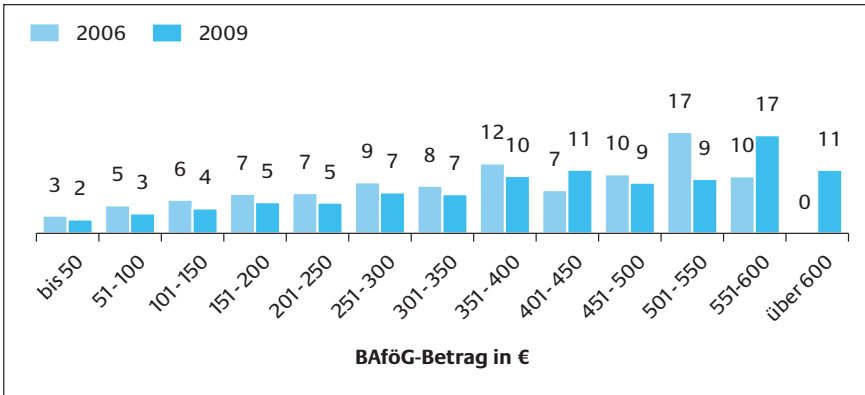
Die Spannweite der monatlichen Beträge, mit denen Studierende nach dem Bafög gefördert werden, reicht von weniger als 50 € bis mehr als 600 € (Bild 8.15).

Deutlich zurückgegangen ist gegenüber 2006 der Anteil der Geförderten, die mit monatlichen Beträgen bis 400 € un-

terstützt werden (43% vs. 57%). Entsprechend gestiegen ist der Anteil derjenigen, die mehr als 400 € erhalten. Insbesondere der Anteil der Geförderten, der mit Beträgen über 550 € gefördert wird, hat sich nahezu verdreifacht (von 10% auf 28%). Durch die Erhöhung der Bedarfssätze und des absoluten Freibetrags vom Elterneinkommen ist der Anteil der Geför-

Bild 8.15 Geförderte nach der Höhe des monatlichen BAFÖG-Betrags

in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

dernten, die mit hohen Förderungsbeträgen unterstützt werden, deutlich gestiegen. Dies erklärt allerdings nicht, warum in dem Förderungsbereich, der nach dem Subsidiaritätsprinzip von den Eltern einen erheblicheren Beitrag erwarten lässt, der Anteil der Geförderten deutlich zurückgegangen ist. Hier liegt die Vermutung nahe, dass unter den Studierenden 2009 entweder weniger häufig solche zu finden sind, die aus Elternhäusern stammen, deren Einkommenssituation zu Förderungsbeträgen unter 400 € führt, oder, dass von diesen Studierenden weniger häufig der BAFÖG-Anspruch geltend gemacht wird.

Durch die deutliche Erhöhung des Anteils der Geförderten mit höheren För-

derungsbeträgen liegt der durchschnittliche Förderungsbetrag nach dem BAFÖG 2009 bei 413 € pro Monat und fällt damit um 50 € höher aus als 2006.

Geförderte, die im Elternhaus wohnen, erhalten aufgrund des geringeren Wohnbedarfs einen durchschnittlichen Förderungsbetrag in Höhe von 307 €. Geförderte hingegen, die nicht im Elternhaus wohnen, werden mit durchschnittlich 435 € unterstützt. Die bei den Eltern wohnenden BAFÖG-Empfänger/innen erhalten damit durchschnittlich 24 € mehr als 2006, während diejenigen, die nicht im Elternhaus wohnen, über eine um 57 € höhere Förderung verfügen.

Nach dem BAFÖG geförderte Studentinnen werden 2009 mit einem geringfü-

gig höheren durchschnittlichen Förderungsbetrag unterstützt als geförderte Studenten (414 € vs. 407 €). Ebenso gering ist der Unterschied beim durchschnittlichen Förderungsbetrag zwischen Geförderten in den alten und neuen Ländern (411 € bzw. 421 €). Differenziert nach der Hochschulart sind es die Geförderten an Fachhochschulen, die den im Durch-

schnitt höheren BAFÖG-Betrag erhalten (423 € vs. 408 €). Wird nach der sozialen Herkunft der Geförderten differenziert, unterscheiden sich die durchschnittlichen Förderungsbeträge deutlicher (Bild 8.16). Die Förderungsbeträge liegen 2009, unterschieden nach Geschlecht, sozialer Herkunft, Hochschulart und Region jeweils erheblich höher als 2006 (Bild 8.16).

Bild 8.16 Höhe der Förderungsbeträge nach ausgewählten Merkmalen¹

Bezugsgruppe „BAföG-Empfänger/innen“, arithm. Mittelwert in €

Merkmal	Förderungsbeträge			
	2000	2003	2006	2009
1. Wohnung				
- bei den Eltern	218	271	283	307
- nicht im Elternhaus	325	369	378	435
2. Geschlecht				
- männlich	303	348	361	407
- weiblich	309	356	361	414
3. soziale Herkunft				
- niedrig	338	383	390	442
- mittel	307	361	369	419
- gehoben	294	342	354	393
- hoch	265	307	326	380
4. Hochschulart				
- Universität u.ä.	306	347	353	408
- Fachhochschule	307	362	382	423
5. Region				
- alte Länder	315	355	363	411
- neue Länder	285	343	361	421
insgesamt	306	352	363	413

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Wie bereits erläutert wurde, unterscheidet das BAföG beim Wohnbedarf danach, ob die Studierenden im Elternhaus wohnen oder nicht. Wird die gewährte Förderung nach diesem Kriterium differenziert, ergeben sich die in Bild 8.17 ausgewiesenen Förderungsbeträge. Danach unterscheiden sich die durchschnittlichen Beträge für bei den Eltern wohnende Studierende kaum in Abhängigkeit von der Hochschulart und der Region. Etwas deutlicher ist der Unterschied nach Geschlecht und der sozialen Herkunft der

Geförderten. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass der Anteil der Geförderten, der im Elternhaus wohnt, von 22% bei der Herkunftsgruppe „niedrig“ bis auf 10% bei der Herkunftsgruppe „hoch“ zurückgeht.

Bei den Geförderten, die nicht im Elternhaus wohnen, ist die Höhe des Förderungsbetrags offensichtlich stärker von der sozialen Herkunft abhängig. Während solche Geförderten aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ mit durchschnittlich 477 € unterstützt werden (2006:

Bild 8.17 Höhe der Förderungsbeträge 2009 in Abhängigkeit vom Wohnbedarf
Bezugsgruppe „BAföG-Empfänger/innen“, arithm. Mittelwert in €

Merkmal	Förderungsbeträge nach Wohnbedarf		Anteil, der im Elternhaus wohnt
	Elternwohner	eigene Wohnung	
1. Geschlecht			
- männlich	298	435	19
- weiblich	318	435	15
2. soziale Herkunft			
- niedrig	321	477	22
- mittel	301	441	16
- gehoben	303	413	18
- hoch	289	390	10
3. Hochschulart			
- Universität u.ä.	313	424	15
- Fachhochschule	299	456	21
4. Region			
- alte Länder	307	433	18
- neue Länder	307	437	12
insgesamt	307	435	17

413 €), verringert sich dieser Betrag bis auf 390 € bei den Geförderten der Herkunftsgruppe „hoch“ (2006: 334 €).

Die Frage, ob bei der Berechnung ihres Förderungsbetrags auch der Zuschlag für erhöhte Mietkosten berücksichtigt wurde, bejahten 58 % der Geförderten. Von 36 % wurde dies verneint und 6 % gaben keine Antwort. Deutlich höher liegt mit 22 % der Anteil der Geförderten, die auf die Frage, ob sie einen Zuschuss wegen einer eigenen Kranken-/Pflegeversicherung erhalten, keine Auskunft geben konnten oder wollten. Bejaht wurde diese Frage von 22 %, verneint von 56 %. Unbeantwortet blieb diese Frage vor allem von jüngeren Geförderten (bis 23 Jahre), die in der Regel noch über die Eltern krankenversichert sein können. Bejaht wurde diese Frage hingegen vor allem von Geförderten, die das 25. Lebensjahr bereits vollendet hatten.

Gut 5 % der geförderten Studierenden des Jahres 2009 haben ein Kind (Frauen: 5,8 %, Männer: 4,8 %). Von den Geförderten mit Kind erhalten 78 % den BAFÖG-Zuschlag zur Betreuung eines Kindes (Frauen: 79 %, Männer: 76 %), 16 % verneinten dies und 6 % verweigerten die entsprechende Auskunft.

8.4 Förderungsarten

Im Normalfall wird die BAFÖG-Förderung zur Hälfte als Zuschuss und zur Hälfte als unverzinsliches Darlehen gewährt. Darü-

ber hinaus gibt es eine reine Zuschussförderung, die dann geleistet wird, wenn infolge einer Behinderung, Schwangerschaft oder der Pflege und Erziehung eines bis zehnjährigen Kindes die Förderungshöchstdauer überschritten wird. Außerdem besteht die Möglichkeit, in bestimmten Fällen auch nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer, beispielsweise als Hilfe zum Studienabschluss, BAFÖG zu beziehen. Allerdings wird die Förderung dann als verzinsliches Darlehen der KfW Bankengruppe gewährt. Wie der nachfolgenden Verteilung der Geförderten auf die drei Förderungsarten zu entnehmen ist, sind die reine Zuschussförderung und die Unterstützung durch ein verzinsliches Darlehen die Ausnahme.

Geförderte nach Förderungsart (in %)			
Förderungsart	2003	2006	2009
• Zuschuss u. Darlehen	97,8	96,6	94,6
• Zuschuss	0,5	0,9	0,9
• verzinsliches Darlehen	1,7	2,5	4,4

Auffällig ist, dass BAFÖG als verzinsliches Darlehen 2009 deutlich häufiger in Anspruch genommen wird als noch 2006.

Elternabhängige und elternunabhängige Förderung

Während bedürftigen Studierenden, die noch einen Unterhaltsanspruch gegenüber den Eltern geltend machen können, das BAFÖG in Abhängigkeit von der nach-

zuweisenden Einkommenssituation im Elternhaus nach dem Subsidiaritätsprinzip gewährt wird (elternabhängige Förderung), können bedürftige Studierende ohne Unterhaltsanspruch gegenüber den Eltern eine Förderung ohne Prüfung der Einkommenssituation im Elternhaus erhalten (elternunabhängige Förderung).

2009 werden 86 % der Geförderten elternabhängig und 14 % elternunabhängig nach dem BAFöG unterstützt. Der Anteil der elternunabhängig Geförderten ist seit 2003 unverändert.

Eine elternunabhängige Förderung erhalten vor allem ältere Studierende und Studierende, die vor Studienaufnahme bereits eine Berufsausbildung absolviert hatten (Bild 8.18). Der höhere Anteil von Studierenden mit Berufsausbildung ist auch eine Erklärung dafür, dass Geförderte an Fachhochschulen häufiger als Geförderte an Universitäten elternunabhängig unterstützt werden (19 % vs. 11 %).

16 % der geförderten Männern und 12 % geförderten Frauen erhalten BAFöG unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Der monatliche Förderungsbetrag, den elternunabhängig geförderte Studierende im Durchschnitt erhalten, liegt 2009 bei 544 € (2006: 490 €). Elternabhängig Geförderte werden hingegen mit durchschnittlich 392 € unterstützt (2006: 342 €).

Auslandsförderung

Auch für ein Studium oder Praktikum im Ausland ist eine Förderung nach dem BAFöG möglich. Von den im Sommersemester 2009 eingeschriebenen Studierenden im Erststudium hatten gut zwei Prozent im bisherigen Verlauf ihres Studiums mit Unterstützung durch das BAFöG zeitweise im Ausland studiert und weniger als ein Prozent ein Praktikum im Ausland absolviert. Hochgerechnet handelt es sich dabei um rd. 38.000 bzw. rd. 11.000 Studierende.¹

8.5 Einschätzung der BAFöG-Förderung aus der Sicht der Betroffenen

Vier Fünftel der geförderten Studierenden gehen davon aus, dass sie ohne die Förderung nach dem BAFöG nicht studieren könnten. Anhand einer Bewertungsskala von „trifft gar nicht zu“ bis „trifft völlig zu“ wurde die Aussage: „Ohne BAFöG-Förderung könnte ich nicht studieren“, von 67 % der Geförderten mit „trifft völlig zu“ und von weiteren 14 % mit „trifft zu“ beantwortet (2006: 65 % und 14 %). Demgegenüber fällt die Zustimmung zu den beiden Aussagen „Meine BAFöG-Förderung ist angemessen“ und

¹ Weitere Ergebnisse der 19. Sozialerhebung zur Auslandsförderung werden im Herbst 2010 in einem Sonderbericht „Internationalisierung des Studiums“ publiziert.

Bild 8.18 Elternabhängig und elternunabhängig Geförderte nach ausgewählten Merkmalen¹

Bezugsgruppe „BAföG-Empfänger/Empfängerinnen“, in %

Merkmal	abhängig Geförderte ²			unabhängig Geförderte ²			Anteil unabhängig Geförderte		
	2003	2006	2009	2003	2006	2009	2003	2006	2009
1. Geschlecht									
- männlich	49	47	47	53	55	55	15	16	16
- weiblich	51	53	53	47	45	45	13	13	12
2. Alter in Jahren									
- bis 23	67	64	66	19	17	23	4	4	5
- 24 oder 25	23	23	22	11	14	13	7	9	9
- 26 oder 27	8	9	8	24	21	17	33	29	25
- 28 oder 29	2	2	3	18	24	20	60	65	53
- 30 und älter	1	1	1	27	23	26	87	76	80
3. Berufsausbildung vor dem Studium									
- ja	26	24	23	76	78	68	31	36	32
- nein	74	76	77	24	22	32	5	5	6
4. Hochschulart									
- Uni	70	69	67	49	46	51	10	10	11
- FH	30	31	33	51	54	49	21	23	19
5. Hochschulsesemester									
- 1 oder 2	30	24	30	28	23	23	13	14	11
- 3 oder 4	29	27	24	29	27	24	14	14	14
- 5 oder 6	19	22	21	19	26	25	13	17	16
- 7 oder 8	14	17	15	16	15	18	15	13	16
- 9 oder 10	5	7	7	5	6	7	13	14	13
- 11 oder mehr	2	3	3	2	3	3	17	16	15
insgesamt	100	100	100	100	100	100	14	14	14

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

² Rundungsdifferenzen möglich

„Meine BAFÖG-Förderung gibt mir eine sichere Planungsperspektive“ mit 56 % bzw. 54 % deutlich geringer aus (2003: 53 % bzw. 51 %). Die Einschätzung der geförderten Männer und Frauen ist dabei ähnlich.

Bezogen auf die Aussage „Ohne BAFÖG-Förderung könnte ich nicht studieren“ ist erwartungsgemäß eine deutliche Abhängigkeit von der Höhe des empfangenen Förderungsbetrags zu erkennen. Die Zustimmung zu dieser Aussage steigt von 26 % bei den Geförderten mit Beträgen bis 100 € bis auf 94 % bei den Studierenden, die mit mehr als 550 € monatlich gefördert werden. Differenziert nach der sozialen Herkunft der Geförderten, wird diese Aussage ebenfalls unterschiedlich bewertet (Bild 8.19).

Die Antworten auf die Frage, ob die Finanzierung des Lebensunterhalts während des Studiums sichergestellt sei, fallen für die Geförderten der verschiedenen sozialen Herkunftsgruppen hingegen weit weniger unterschiedlich aus (Bild 8.20). Von den Geförderten der Herkunftsgruppe „niedrig“ sehen 49 % ihre Studienfinanzierung als gesichert an, von den Geförderten der Herkunftsgruppe „hoch“ hingegen 59 %. Insgesamt gehen 53 % der BAFÖG-Empfänger/innen davon aus, dass ihre Studienfinanzierung gesichert ist (2006: 48 %, 2003: 52 %). Bei den nicht geförderten Studierenden sind es immerhin 67 %, die angaben, dass ihre Studienfinanzierung sichergestellt ist (2006: 66 %, 2003: 70 %).

Bild 8.19 Zustimmungsrate der Geförderten nach sozialer Herkunft zur Aussage: Ohne BAFÖG-Förderung könnte ich nicht studieren.

Nach dem BAFÖG geförderte Studierende, in % je Herkunftsgruppe

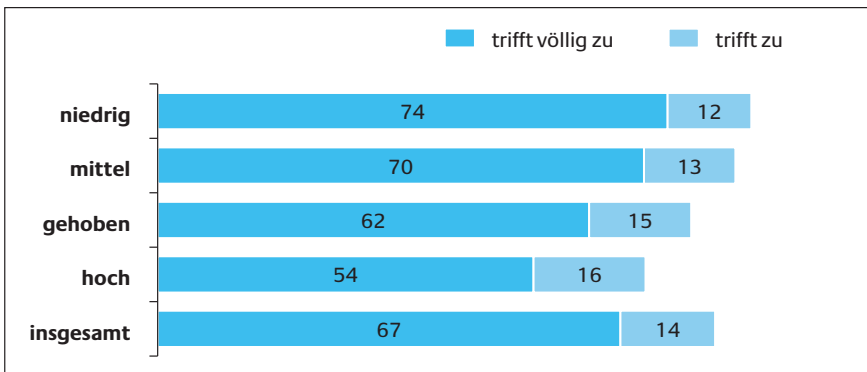
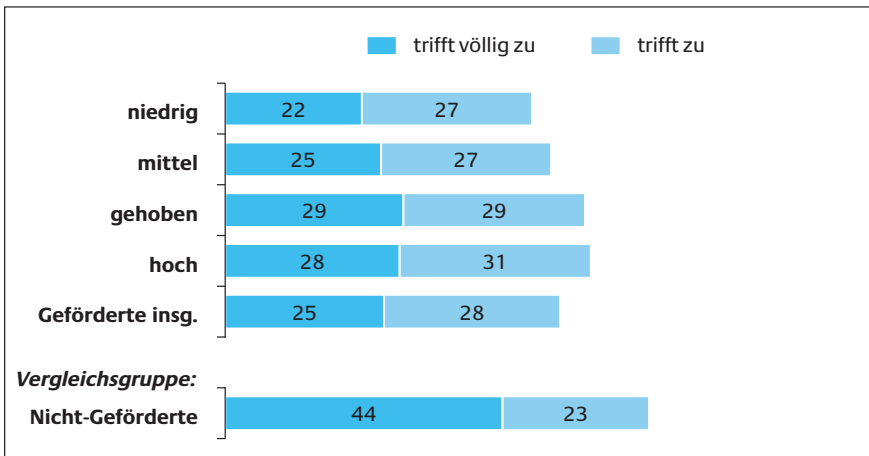


Bild 8.20 Zustimmungsrate der BAFöG-Empfänger/innen nach sozialer Herkunft zur Aussage: Die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt.

Nach dem BAFöG geförderte Studierende, in % je Herkunftgruppe



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

8.6 Warum kein BAFöG?

Abschließend wird dargestellt, welche Gründe die Studierenden, die im Sommersemester 2009 keine Förderung nach dem BAFöG erhielten, dafür angaben. Dabei wird unterschieden zwischen den Studierenden, deren bisher einziger Antrag auf BAFöG abschlägig beschieden wurde, und denen, die im Verlauf ihres Studiums sich bisher nicht veranlasst sahen, einen BAFöG-Antrag zu stellen.

Erwartungsgemäß sind es vor allem Studierende der beiden oberen sozialen Herkunftgruppen, die bisher keinen

BAFöG-Antrag gestellt haben („hoch“: 64 %, „gehoben“: 45 %). Aber auch bei denen der Herkunftgruppe „mittel“ und „niedrig“ liegt dieser Anteil mit 34 % bzw. 21 % noch verhältnismäßig hoch.

Studierende, die deshalb nicht gefördert werden, weil sie nie einen BAFöG-Antrag gestellt haben, und auch die, deren Erstantrag abgelehnt wurde, begründen dies erwartungsgemäß vor allem mit der Einkommenssituation im Elternhaus (Bild 8.21). Differenziert nach der sozialen Herkunft der Studierenden sind diesbezüglich deutliche Unterschiede festzustellen.

Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ erklären die Nicht-Förderung deutlich seltener mit der Einkommenssituation im Elternhaus (67% bzw. 44%). Von den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ wird diese Begründung fast ausschließlich gegeben (87% bzw. 89%).

Mit jeweils gut einem Drittel fällt bei den Studierenden der Herkunftsgruppen

„niedrig“ und „mittel“ der Anteil relativ hoch aus, der die Nicht-Antragstellung mit einem zu hohen eigenen Einkommen begründet. Wird hier berücksichtigt, dass diese Studierenden ihren Lebensunterhalt vor allem mit eigenem Verdienst bestreiten, liegt die Vermutung nahe, dass damit das zu hohe Einkommen gemeint ist. Der hohe eigene Verdienst dieser Stu-

Bild 8.21 Studierende, die im Sommer 2009 keine BAFÖG-Förderung erhalten, nach den Gründen

Bezugsgruppe „Erststudium“, Mehrfachnennungen, in %

Gründe	Erstantrag abgelehnt			keinen Antrag gestellt		
	insg.	darunter nach Herkunft		insg.	darunter nach Herkunft	
		niedrig	mittel		niedrig	mittel
- Einkommen der Eltern bzw. des Ehepartners ist zu hoch	82	67	81	78	44	63
- eigenes Einkommen/Vermögen ist zu hoch	20	24	23	26	34	36
- Förderungshöchstdauer wurde überschritten	4	5	6	2	3	2
- Studienfach wurde gewechselt	5	9	4	3	4	3
- Leistungsbescheinigung konnte nicht erbracht werden	2	5	3	1	2	1
- bei Studienbeginn war das 30. Lebensjahr bereits vollendet	2	5	2	2	8	3
- der Förderungsbetrag ist so gering, dass er sich nicht lohnt	9	9	11	15	19	19
- will keine Schulden machen	12	17	13	29	49	36
- sonstiger Grund	5	6	5	6	11	7

dierenden ist sicherlich auch im Zusammenhang damit zu sehen, dass ein erheblicher Teil von ihnen die Nicht-Beantragung von BAFÖG auch mit der Einstellung begründet, keine Schulden machen zu wollen.

9. Zeitbudget

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick			
Zeitaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit (Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche)	2003	2006¹	2009
Lehrveranstaltungen	18	17	18
Selbststudium	16	17	18
Erwerbstätigkeit	7	7	8
Zeitaufwand insgesamt	41	41	44
Zeitaufwand 2009 im Studienverlauf (Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche)	Insges.	Studium	Erwerbs- tätigkeit
1.-2. Hochschulsemester	43	38	5
3.-4. Hochschulsemester	44	38	6
5.-6. Hochschulsemester	44	36	8
7.-8. Hochschulsemester	44	36	8
Zeitaufwand 2009 nach angestrebtem Abschluss (1. + 2. Hochschulsemester, Mittelwerte in Std./Woche)	insges.	Studium	Erwerbs- tätigkeit
Staatsexamen (ohne LA)	47	44	3
Diplom (FH)	44	2	3
Diplom (Uni)	43	40	3
Bachelor (FH)	43	37	6
Bachelor (Uni)	41	37	4
Staatsexamen (Lehramt)	41	36	5
Studierende nach Studien-Erwerbs-Typ (Erststudium, in %)	2000	2006¹	2009
Vollzeitstudierende insgesamt	80	75	79
Vollzeitstudierende, Erwerbsbelastung ≤15h/Woche	67	66	67
Vollzeitstudierende mit Erwerbsbelastung >15h/Woche	13	9	12
Teilzeitstudierende insgesamt	20	25	21
Teilzeitstudierende, Erwerbsbelastung ≤15h/Woche	12	17	13
Teilzeitstudierende mit Erwerbsbelastung >15h/Woche	8	8	8
¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen			
² Fallzahlen zu gering			

Technische Hinweise

Definitionen:

Lehrveranstaltungen

Vorlesungen, Übungen, Seminare, Praktika und sonstige betreute bzw. unterstützte Studienformen.

Selbststudium

Sonstiger studienbezogener Aufwand, nicht-unterstützte Lernformen, u. a. Vor- und Nachbereitung von Lehrveranstaltungen, Fachlektüre, Haus- und Abschluss-, Bibliotheksarbeiten, Prüfungsvorbereitungen.

Studienaufwand

Zusammenfassung von Lehrveranstaltungen und sonstigem studienbezogenen Aufwand.

Erwerbsaufwand/-tätigkeit/Jobben

Zeitaufwand für alle Arten von Tätigkeiten zum Gelderwerb.

Studien-Erwerbs-Typ

Zuordnung der Studierenden nach Zeitaufwand für Studienaktivitäten und Erwerbstätigkeit. Für ein Vollzeitstudium wird normativ ein Studienaufwand von mindestens 25 Stunden in der Woche festgesetzt. Die Grenze für den Erwerbsaufwand wurde bei der Etablierung dieses statistischen Typs analog zur bis 1999

geltenden gesetzlichen Regelung für geringfügig Beschäftigte gezogen.

Es werden vier Studien-Erwerbs-Typen unterschieden:

- I Vollzeitstudierende ohne bzw. mit geringem Erwerbsaufwand – Studienaufwand ≥ 25 Std./Woche Erwerbsaufwand ≤ 15 Std./Woche
- II Vollzeitstudierende mit hohem Erwerbsaufwand – Studienaufwand ≥ 25 Std./Woche Erwerbsaufwand > 15 Std./Woche
- III Teilzeitstudierende ohne bzw. mit geringem Erwerbsaufwand – Studienaufwand < 25 Std./Woche, Erwerbsaufwand ≤ 15 Std./Woche
- IV Teilzeitstudierende mit hohem Erwerbsaufwand – Studienaufwand < 25 Std./Woche, Erwerbsaufwand > 15 Std./Woche

Bezugsgruppe:

deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen, von denen für mindestens eine Tätigkeit (Lehrveranstaltungen, Selbststudium, Erwerbstätigkeit) plausible Zeitangaben vorliegen

Datenquellen:

19. Sozialerhebung, insbesondere Fragen 13 und 14

Vorbemerkung

Die Analyse des studentischen Zeitbudgets im Rahmen der Sozialerhebung beschränkt sich auf die Zeiten, die Studierende während der Vorlesungszeit für den Besuch von Lehrveranstaltungen (Vorlesungen, Seminare, Übungen, Praktika und sonstige betreute Studienformen), für das Selbststudium (sonstige selbstgeleitete studienbezogene Tätigkeiten) und für eine eventuelle Erwerbstätigkeit neben dem Studium aufwenden.

Die Studierenden werden gebeten zu schätzen, wie viel Zeit sie in einer typischen Semesterwoche für die drei genannten Tätigkeitsarten investieren. Der Zeitaufwand wird anhand einer Tabelle erfasst, in die wochentaggenau die auf volle Stunden gerundeten Aufwendungen für Lehrveranstaltungen, Selbststudium und Erwerbstätigkeit in der Woche einzutragen sind. Obwohl einzelne Studierende immer wieder darauf hinweisen, dass die Beantwortung dieser Frage aufgrund flexibler Wochenabläufe und fehlender Routine schwierig zu beantworten sei, liegen von 97 % der Befragten hierzu plausible Angaben vor.

Die nachfolgend ausgewiesenen Mittelwerte enthalten – sofern nicht anders ausgewiesen – auch die Angaben derer, die für eine bestimmte Aktivität aktuell keinen Zeitaufwand hatten, beispielsweise weil sie nicht erwerbstätig waren oder

in der Studienabschlussphase keine Lehrveranstaltungen mehr besuchten.

9.1 Zeitaufwand für das Studium

Der studienbezogene Zeitaufwand umfasst sowohl den Besuch von Lehrveranstaltungen im weiteren Sinne, das heißt Vorlesungen, Seminare, Übungen, betreute Laborarbeiten, Pflichtpraktika usw., als auch alle übrigen im Zusammenhang mit dem Studium erforderlichen Tätigkeiten wie zum Beispiel das Vor- und Nachbereiten von Lehrveranstaltungen, die Anfertigung schriftlicher Arbeiten, die Ausleihe und Lektüre von Fachliteratur und der Besuch von Sprechstunden. Letztere werden unter dem Begriff Selbststudium subsummiert.

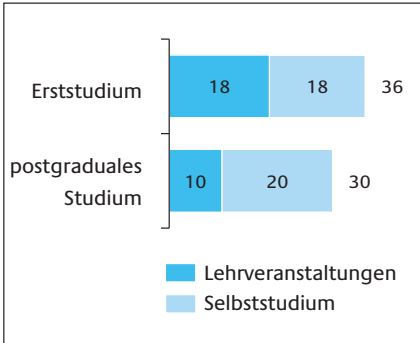
Wie hoch der zeitliche Aufwand für das Studium insgesamt ist, hängt von zahlreichen Faktoren ab. Sie beeinflussen auch die Binnenstruktur des Studienaufwandes, das heißt, seine Zusammensetzung aus Zeiten für den Lehrveranstaltungsbesuch und das Selbststudium.

9.1.1 Studienaufwand nach Art des Studiums

Studierende im Erststudium investieren während einer typischen Woche im Sommersemester 2009 etwa 36 Stunden in ihr Studium: Dabei beanspruchen Lehrveranstaltungen und Selbststudium mit

Bild 9.1 Studienaufwand nach Art des Studiums

Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

jeweils etwa 18 Stunden in der Woche einen gleich hohen Zeitanteil (Bild 9.1).

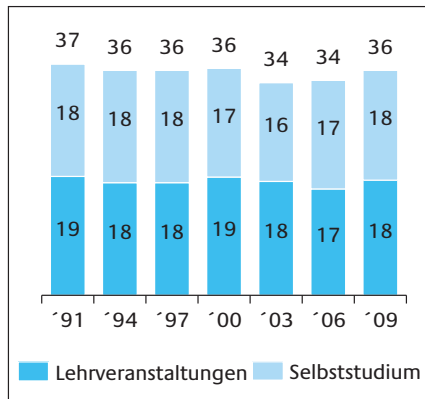
In postgradualen Studiengängen ist das Selbststudium erwartungsgemäß von größerer Bedeutung als der Besuch von Lehrveranstaltungen. Mit 20 Stunden pro Woche ist der Selbststudienaufwand der Graduierten jedoch nur um durchschnittlich zwei Stunden höher als bei den Studierenden im Erststudium. Zuzüglich des Aufwandes für den Besuch von Lehrveranstaltungen (10 Stunden/Woche) haben Studierende in postgradualen Studiengängen einen studienbezogenen Gesamtaufwand, der um etwa sechs Wochenstunden niedriger ist als im Erststudium.

Die Einführung gestufter Studiengänge hat zu einer Verdichtung der Studien-

organisation geführt. Die höhere Strukturiertheit des (Bachelor-)Studiums durch Modularisierung, Präsenzpflcht und studienbegleitende Prüfungen lässt sich auch an einem erhöhten Studienaufwand ablesen. Verglichen mit den Befunden der letzten Sozialerhebung, hat sich der studienbezogene Zeitaufwand im Durchschnitt um zwei Stunden pro Woche erhöht: Im Vergleich zum Sommersemester 2006 investieren Studierende im Erststudium im Jahr 2009 jeweils etwa eine Stunde pro Woche mehr ins Selbststudium und in den Besuch von Lehrveranstaltungen (Bild 9.2).

Bild 9.2 Studienbezogener Zeitaufwand 1991 - 2009¹

Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Der Anstieg des durchschnittlichen Studienaufwands aller Studierenden im Erststudium erreicht damit wieder das Niveau der 1990er Jahre. Im Folgenden (Abschnitt 9.1.3) wird zu zeigen sein, ob diese Entwicklung gleichermaßen für alle Abschlussarten und Studiengänge zu beobachten ist.

Die Daten der Sozialerhebung dokumentieren seit Jahren, dass betreute und unbetreute Studienformen zeitlich weitgehend gleichbedeutend sind. Diese Gleichrangigkeit besteht jedoch nur als durchschnittliche Gesamtrelation. Wird der Studienaufwand im Wochenverlauf oder in verschiedenen Studienphasen betrachtet, ergibt sich ein differenzierteres Bild.

Studienaufwand im Verlauf der Woche

Der Aufwand für Lehrveranstaltungen und Selbststudium verändert sich im Verlauf einer Studienwoche. Außer freitags haben an Werktagen betreute Studienformen gegenüber selbstbestimmten Studienaktivitäten die zeitlich größere Bedeutung (Bild 9.3). Studierende im Erststudium widmen dem Studium von Montag bis Donnerstag jeweils zwischen sechs und sieben Stunden. An diesen Tagen wenden sie etwa anderthalb Stunden mehr für den Besuch von Lehrveranstaltungen auf als für das Selbststudium. Im

Vergleich zu den übrigen Wochentagen ist der Zeitaufwand für Lehrveranstaltungen freitags deutlich niedriger.

Die zeitlichen Investitionen in selbstgeleitete Studienaktivitäten sind über alle Wochentage hinweg – einschließlich des Wochenendes – recht stabil und betragen etwa zweieinhalb Stunden pro Tag.

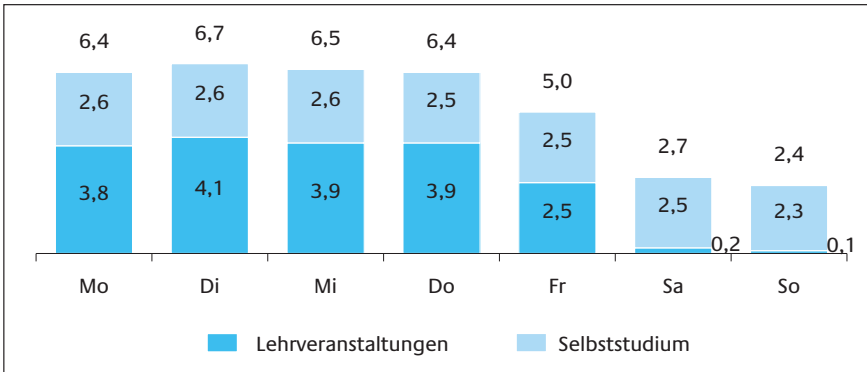
Im Vergleich zum Sommersemester 2006 ist das Muster des Studienaufwandes im Wochenverlauf nahezu unverändert geblieben. Die oben dargestellte Erhöhung der zeitlichen Investitionen ins Studium zeigt sich an Werktagen vor allem am erhöhten Zeitaufwand für Lehrveranstaltungen. Die Zeit für das Selbststudium hingegen bleibt Dienstag bis Donnerstag in der Höhe gleich und steigt an den übrigen Tagen nur geringfügig. Auf das Wochenende bezogen, erhöht sich der Selbststudienaufwand lediglich sonnabends, während er für sonntags gleich hoch bleibt.

Anwesenheit an der Hochschule

Ähnlich wie in den Vorjahren umfasst – gemessen an der Teilnahmequote an Lehrveranstaltungen und dem dafür aufgewendeten Zeitumfang – der zeitliche Schwerpunkt der Studienwoche die Tage Montag bis Donnerstag. Zwischen 77 % und 80 % aller Studierenden im Erststudium besuchen an diesen Tagen Lehrveranstaltungen und wenden dafür etwa fünf

Bild 9.3 Zeitaufwand für das Studium im Wochenverlauf

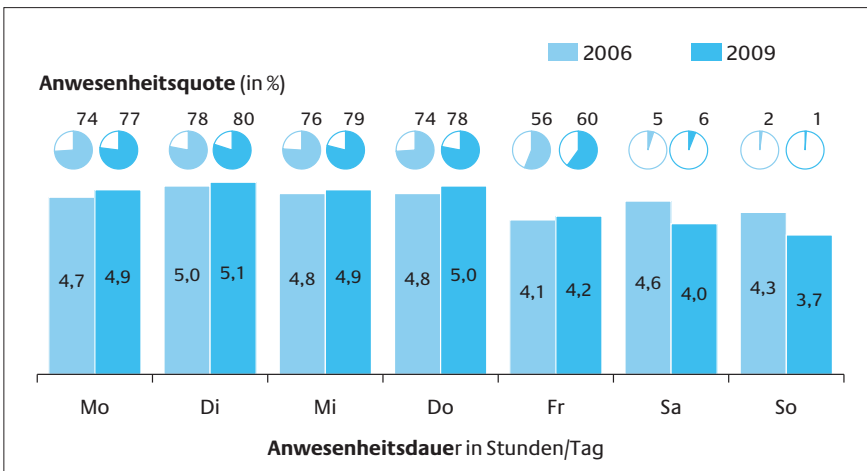
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Tag



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Bild 9.4 Anwesenheit an der Hochschule zu Lehrveranstaltungen und Anwesenheitsdauer an den Präsenztagen – 2006 und 2009 im Vergleich

Studierende im Erststudium, in %, Mittelwerte in Stunden/Tag bezogen auf den jeweils anwesenden Teil der Studierenden



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Stunden auf (Bild 9.4). An Freitagen ist die Anwesenheitsquote zu Lehrveranstaltungen um etwa zwanzig Prozentpunkte niedriger und die Dauer der Anwesenheit ist im Vergleich zu den übrigen Tagen um etwa eine Stunde kürzer. Diese Besonderheit des Freitags war auch in der Vergangenheit beobachtet worden. Sie hängt offenbar nach wie vor mit einem reduzierten Angebot an Lehrveranstaltungen an diesem Wochentag zusammen.

Im Vergleich zu 2006 ist im Jahr 2009 der Anteil der Studierenden, der Lehrveranstaltungen besucht, an allen Wochentagen etwas höher (zwischen zwei und vier Prozentpunkten). Darüber hinaus hat sich auch die Dauer der Anwesenheit leicht erhöht.

9.1.2 Studienaufwand im Studienverlauf

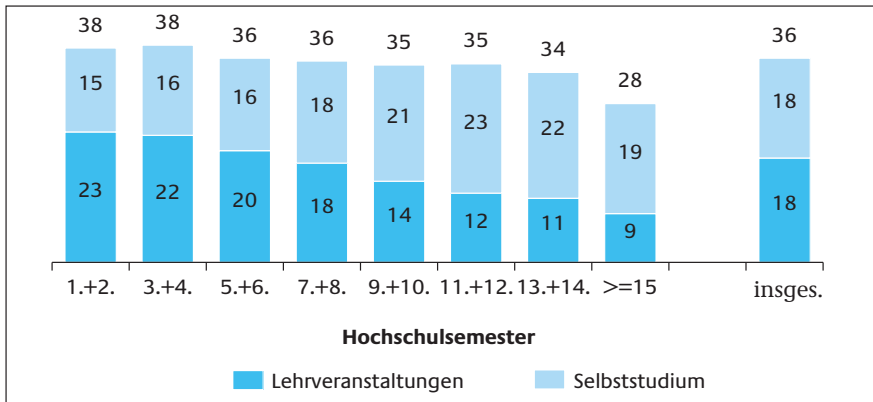
In den ersten zwei Studienjahren ist der studienbezogene Zeitaufwand mit durchschnittlich 38 Stunden pro Woche am höchsten. Der Stellenwert des Besuchs von Lehrveranstaltungen ist mit etwa sechs von zehn Stunden relativ hoch (Bild 9.5).

Im Studienverlauf reduziert sich der zeitliche Gesamtaufwand für das Studium immer mehr – und zwar ausschließlich zu Lasten der Zeit, die für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen aufgewendet wird. Das Selbststudium hingegen gewinnt sukzessive an Bedeutung.

Im vierten Studienjahr haben selbstgeleitete Studienaktivitäten zeitlich den

Bild 9.5 Studienbezogener Zeitaufwand im Studienverlauf

Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



gleichen Umfang erreicht wie der Besuch von Lehrveranstaltungen (je 18 Stunden/Woche). Der Schwerpunkt des Studienaufwandes liegt bei Studierenden, die bereits neun Semester oder länger immatrikuliert sind, eindeutig auf selbstgeleiteten Aktivitäten. Bei ihnen gerät der Besuch von Lehrveranstaltungen immer mehr in den Hintergrund.

9.1.3 Studienaufwand nach angestrebtem Abschluss

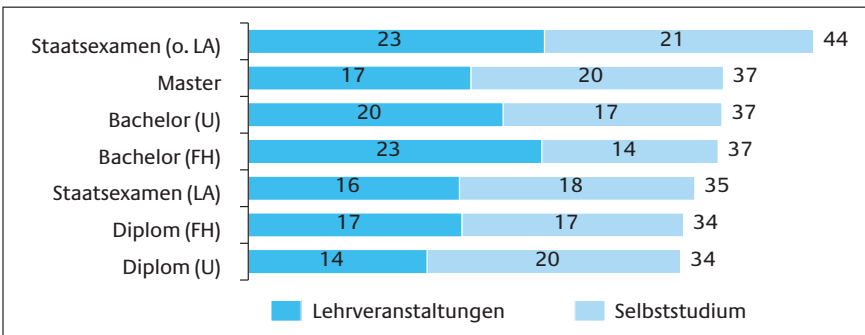
Der zeitliche Aufwand für das Studium variiert im Vergleich der Studiengänge zum Teil erheblich (Bild 9.6). Mit Abstand überdurchschnittlich viel Zeit in das Studium investieren Studierende, die ein Staatsexamen (ohne Lehramt) anstreben. Der traditionell große Unterschied ihres

Studienaufwandes (23 Stunden/Woche) im Vergleich zu allen anderen Studierenden beruht in erster Linie auf den umfangreichen Zeitinvestitionen, die Studierende der Medizin für betreute Lehrformen aufbringen. Ähnlich viele Stunden für den Lehrveranstaltungsbesuch wenden nur noch Studierende auf, die an einer Fachhochschule in einem Bachelorstudiengang eingeschrieben sind.

Der durchschnittliche Studienaufwand der Studierenden in den konsekutiven Studiengängen – Bachelor und Master – ist im Vergleich zu denjenigen, die ein Diplom erwerben wollen, wöchentlich um etwa drei Stunden höher. Für beide Hochschularten gilt: Studierende in Bachelor-Studiengängen verwenden mehr Zeit für Lehrveranstaltungen und haben einen geringeren Aufwand für

Bild 9.6 Studienaufwand nach Art des angestrebten Abschlusses¹

Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



¹ausgewählte Abschlussarten

selbstgeleitete Studienaktivitäten als Studierende, die ein Diplom anstreben. Diese Disparität beruht jedoch auch auf der Tatsache, dass Studierende in Diplomstudiengängen häufiger bereits in höheren Semestern immatrikuliert sind als Studierende, die einen Bachelor anstreben und hier die oben gezeigte Schwerpunktverlagerung von betreuten Studienformen hin zu einem stärker selbstgeleiteten Studium gegen Ende des Studiums sichtbar wird.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Studiengängen sind beim studienbezogenen Zeitaufwand in erster Linie auf Disparitäten im Umfang der Zeiten für Lehrveranstaltungen zurückzuführen. Sie beruhen weniger auf Unterschieden, die sich aus dem Aufwand für das Selbststudium ergeben.

Der Studienaufwand der Studierenden, die einen Bachelor anstreben, liegt in den ersten beiden Studienjahren nicht über dem Studienaufwand, den Studierende leisten, die ein Diplom oder ein Staatsexamen erwerben möchten (Bild 9.7). Eine Ausnahme bildet das 2. Studienjahr bei Studierenden, die an einer Universität den Bachelor erwerben wollen. Sie haben mit 39 Stunden in der Woche einen recht hohen Studienaufwand. Er ist im Vergleich zu dem ihrer Kommilitonen, die im 1. Studienjahr eines Bachelor-Studiums an der Universität sind, um etwa zwei Stunden höher. Er

übersteigt auch den Studienaufwand derjenigen, die in der gleichen Studienphase in einem Bachelor-Studium an einer Fachhochschule sind – und zwar um die gleiche Stundenzahl.

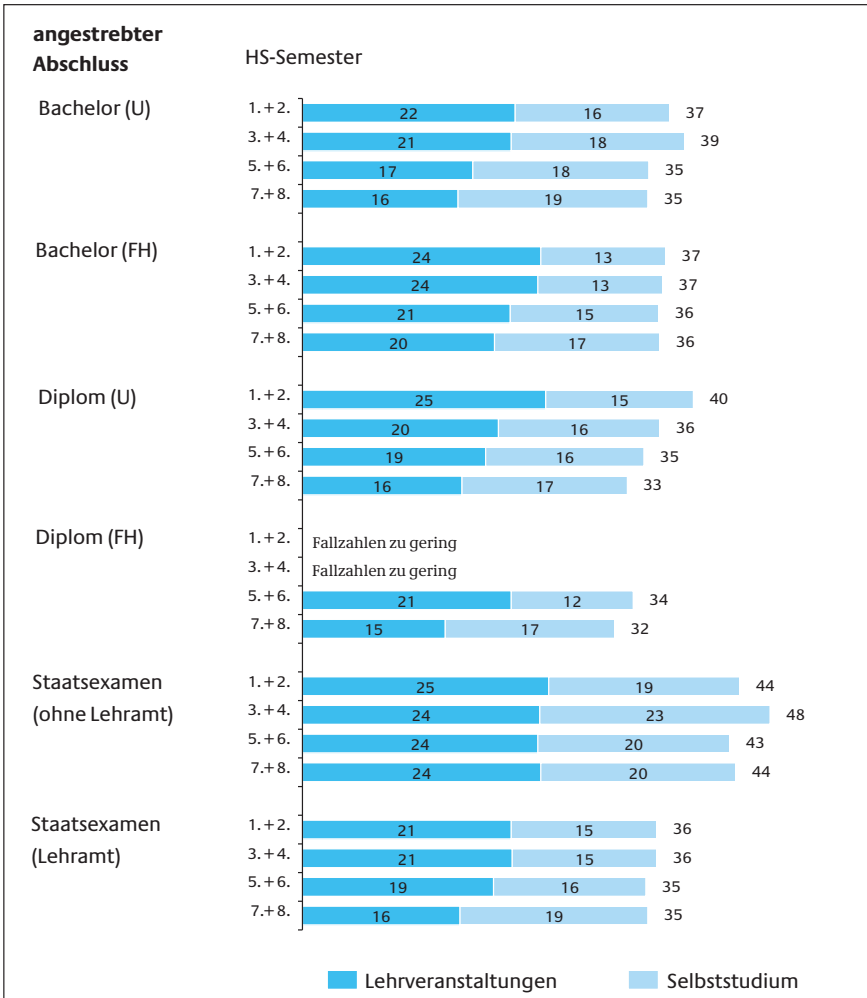
Der Unterschied im Studienaufwand ist vor allem auf höhere zeitliche Investitionen in selbstgeleitete Studienaktivitäten zurückzuführen: Bachelor-Studierende an Universitäten wenden ab dem 2. Studienjahr etwa 18 Stunden pro Woche für das Selbststudium auf. Ihre Mehrbelastung findet offenbar außerhalb betreuter Lehrformen statt. Der Umfang für selbstgeleitete Studienaktivitäten im Bachelorstudium an Universitäten hat im Vergleich zu dem der Bachelor-Studierenden, die im Sommersemester 2006 befragt wurden, leicht zugenommen (1-2 Stunden/Woche).¹

9.1.4 Studienaufwand nach Studienbereichen

Der Studienaufwand steht nicht nur mit dem angestrebten Abschluss, sondern auch mit dem studierten Fach in engem Zusammenhang. Erwartungsgemäß haben Studierende der Fächergruppe Medizin, wozu die Fächer Human-, Zahn-, Veterinärmedizin und Gesundheitswissenschaften gehören, mit wöchentlich 46

¹ Aufgrund der noch geringen Fallzahlen an Studierenden im Bachelorstudium im Sommersemester 2006 ist eine Differenzierung nach Hochschulart nicht möglich.

Bild 9.7 Studienaufwand nach Art des Abschlusses und Hochschulsemester
 Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche¹



¹Rundungsdifferenzen möglich

Stunden das umfangreichste studienbezogene Zeitbudget (Bild 9.8). Es hat sich im Vergleich zu 2006 um weitere drei Stunden erhöht.

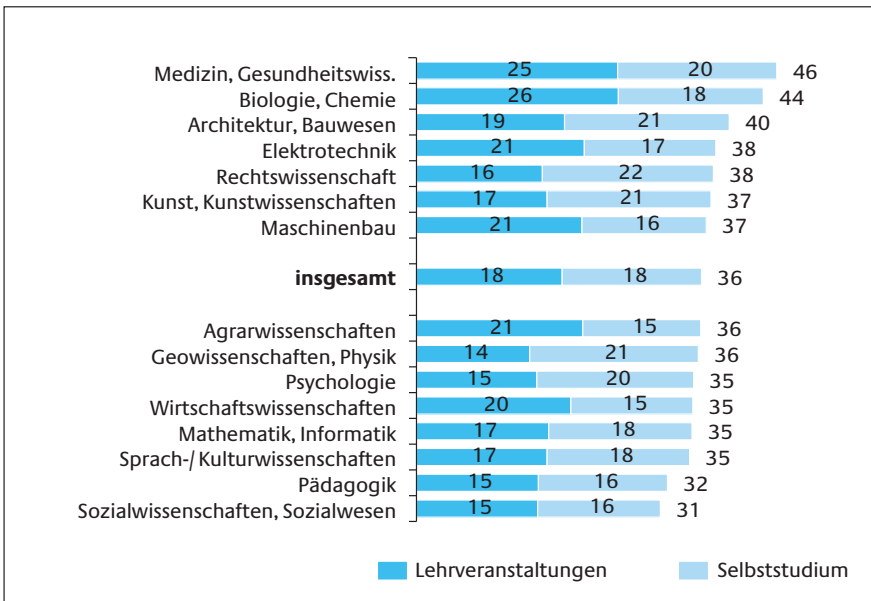
Den zweithöchsten Studienaufwand betreiben mit 44 Stunden in der Woche Studierende des Studienbereichs Biologie, Chemie. Ihr Studienaufwand ist im Vergleich zu 2006 sogar um vier Stunden gestiegen. Studierende, die Architektur oder Bauwesen studieren, investieren ebenfalls traditionell überdurchschnitt-

lich viel Zeit in das Studium (40 Stunden/Woche).

Im Unterschied zu den beiden erstgenannten Studienbereichen, in denen vergleichsweise viel Zeit für den Besuch von Lehrveranstaltungen aufgebracht wird (25 bzw. 26 Stunden/Woche), verwenden Studierende der Architektur bzw. des Bauwesens überdurchschnittlich viele Stunden für selbstgeleitete Studienaktivitäten (21 Stunden/Woche). Ähnlich viel Zeit für das Selbststudium wenden auch

Bild 9.8 Studienaufwand im Vergleich der Studienbereiche

Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



Studierende auf, die Rechtswissenschaften, Kunst, Kunstwissenschaften, Geowissenschaften oder Physik studieren.

Wie in den Jahren zuvor zeigen auch die Befunde der 19. Sozialerhebung, dass in Fächern der Sprach-/Kulturwissenschaften, in Pädagogik und in Sozialwissenschaften/Sozialwesen das Studium mit einem unterdurchschnittlich hohen wöchentlichen Zeitaufwand absolviert wird. Diese Abweichung nach unten wird in erster Linie von einem geringeren Zeitaufwand für den Besuch von Lehrveranstaltungen verursacht.

Die beschriebenen Unterschiede im Studienaufwand insgesamt und in seiner Zusammensetzung aus Lehrveranstaltungen und Selbststudium sind überwiegend fachkultureller Art. Sie bleiben über alle Studienphasen hinweg weitgehend bestehen, wie der Fächergruppenvergleich zeigt (Bild 9.9). Alle Fächergruppen weisen ein weitgehend einheitliches Verlaufsmuster auf: Zu Beginn des Studiums ist die investierte Zeit vergleichsweise hoch und hier vor allem der Aufwand, der für den Besuch von Lehrveranstaltungen anfällt.

Auffällig ist erstmals, dass das 2. Studienjahr die Studierenden offenbar vor besondere Herausforderungen stellt: Mit Ausnahme der Ingenieurwissenschaften haben die Studierenden aller anderen Fächergruppen im 2. Studienjahr einen höheren (Selbst)Studienaufwand als im ers-

ten Studienjahr und in den späteren Studienphasen.

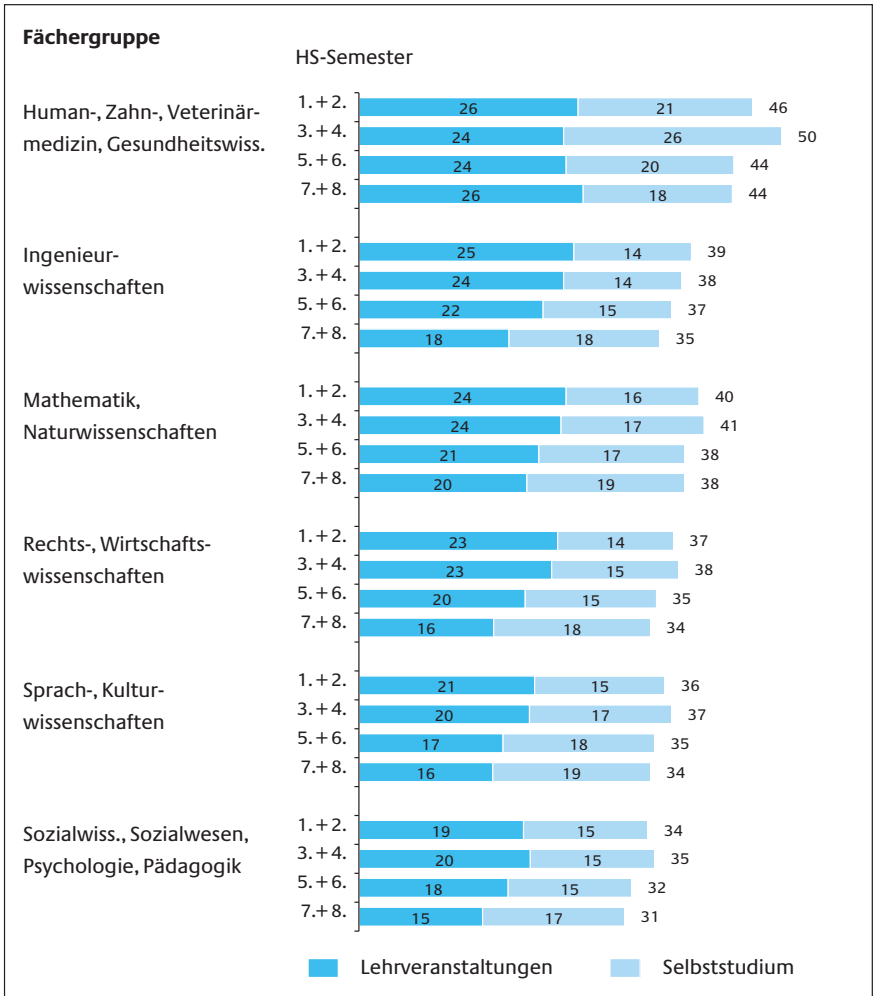
9.2 Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit

Die Mehrheit der Studierenden jobbt neben dem Studium. Wie hoch der Anteil erwerbstätiger Studierender ist, wie sich dieser Prozentsatz in den letzten Jahren entwickelt hat, welche Motive Studierende haben, nebenher zu jobben und welche Tätigkeiten sie ausüben, ist in Kapitel 10 ausgeführt. Im vorliegenden Kapitel geht es ausschließlich um die Relevanz der Erwerbstätigkeit für das studentische Zeitbudget.

Zeiten für einen Job müssen mit den Anforderungen des Studiums in Übereinstimmung gebracht werden. Sie bestimmen den Ablauf der Woche auch während der Vorlesungszeit zum Teil nicht unwesentlich mit. Der Zeitaufwand für eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium ist sehr unterschiedlich und steht mit einer Vielzahl von Merkmalen in Zusammenhang. Zu ihnen gehören Charakteristika des Studiums ebenso wie sozio-demographische Merkmale.

9.2.1 Erwerbsaufwand nach Art des Studiums

Im Sommersemester 2009 jobben Studierende im Erststudium durchschnittlich 7,8 Stunden in der Woche. Der Erwerbs-

Bild 9.9 Studienaufwand nach Fächergruppen und HochschulsesemesternStudierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche¹¹Rundungsdifferenzen möglich

aufwand derjenigen, die angeben, zu jobben und ihren Zeitaufwand dafür auch beziffert haben, beträgt durchschnittlich 14 Stunden in der Woche. Damit liegt der mittlere Erwerbsaufwand jobbender Studierender auf dem gleichen Niveau wie 2006 und den Jahren zuvor (vgl. Bild 10.2). Trotz einer Verdichtung des Studiums – wie oben anhand des gestiegenen Studienaufwandes gezeigt – bleibt der Nebenwerb unverändert hoch.

Der Erwerbsaufwand der Studierenden in postgradualen Studiengängen ist erwartungsgemäß höher und beträgt im Durchschnitt 17 Stunden in der Woche und beschränkt auf die tatsächlich erwerbstätigen Studierende etwa 23 Stunden.

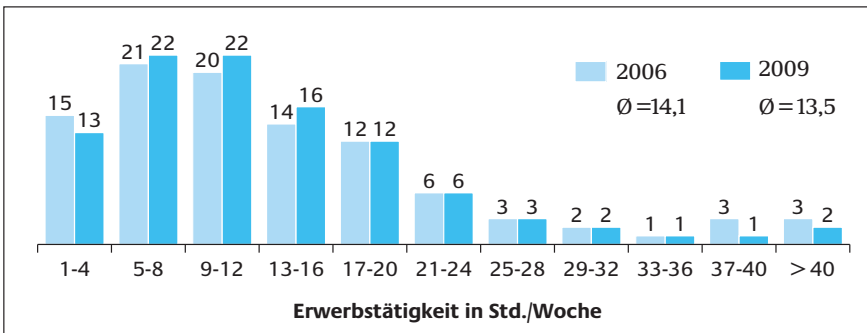
Etwas mehr als ein Drittel der Studierenden im Erststudium, die nebenher job-

ben, tun dies in einem Umfang von bis zu acht Stunden pro Woche. Nicht ganz zwei Drittel haben einen Erwerbsaufwand, der den Umfang eines Arbeitstages zum Teil deutlich übersteigt (Bild 9.10). 27 % der Studierenden jobben mehr als 16 Stunden in der Woche. Im Vergleich zu 2006 hat sich der Anteil der de facto Vollzeitbeschäftigten um drei Prozentpunkte reduziert. Gleichzeitig haben sich die Anteile der Studierenden erhöht, die zwischen 5 bis 16 Stunden in der Woche erwerbstätig sind (Bild 9.10).

Erwerbstätigkeit im Wochenverlauf

Die Erwerbstätigkeit erstreckt sich auf die gesamte Studienwoche. Im Vergleich zum studienbezogenen Zeitaufwand weist der Anteil derer, die einem Job

Bild 9.10 Studierende nach Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit 2006 - 2009
erwerbstätige Studierende im Erststudium, in %, Mittelwerte in Stunden/Woche



nachgehen, weniger starke Schwankungen auf (vgl. Bild 9.4) und beträgt an den Werktagen einschließlich Sonnabend jeweils ca. ein Viertel aller Studierenden im Erststudium (Bild 9.11). Freitag ist der Tag, an dem die meisten Studierenden jobben (29 %). Das korrespondiert mit dem oben beschriebenen verringerten Studienaufwand an diesem Tag. Sonntags arbeitet ein vergleichsweise geringer Anteil der Studierenden (13 %). Der Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit ist freitags und am Wochenende am höchsten. Verglichen mit dem Erwerbsaufwand im Wochenverlauf

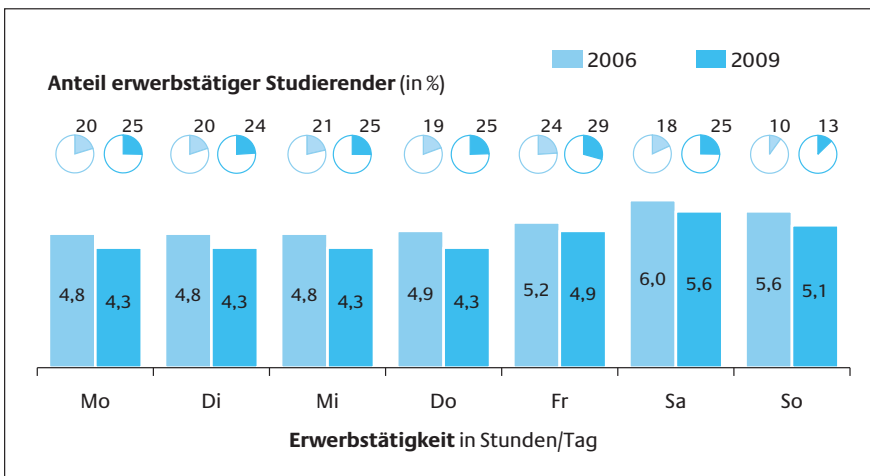
vor drei Jahren fällt auf, dass sich zwar die Anteile jobbender Studierender pro Wochentag erhöht haben. Die von ihnen in Jobs investierte Zeit allerdings ist an fast allen Tagen um durchschnittlich eine halbe Stunde gesunken.

9.2.2 Erwerbsaufwand nach Hochschulart

Studierende an Fachhochschulen sind mit durchschnittlich 8,3 Stunden in der Woche etwas umfangreicher neben dem Studium erwerbstätig als Studierende im Erststudium insgesamt. Sie haben einen

Bild 9.11 Erwerbstätigkeit und Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit im Wochenverlauf – 2006 und 2009 im Vergleich

Studierende im Erststudium, in % bzw. Mittelwerte in Stunden/Tag bezogen auf die jeweils erwerbstätigen Studierenden



um wöchentlich 0,8 Stunden höheren Erwerbsaufwand als Studierende an Universitäten. Letztere investieren im Mittel 7,5 Stunden pro Woche in den Gelderwerb (Bild 9.12).

Die Unterschiede zwischen den Hochschularten sind realiter größer als es anhand der Mittelwerte des wöchentlichen Erwerbsaufwandes abzulesen ist. Im Vergleich zu den Fachhochschulen gibt es an den Universitäten anteilig mehr Studierende in höheren Semestern. Sie sind zu einem größeren Anteil vergleichsweise umfangreich erwerbstätig und beeinflussen damit den Mittelwert des Erwerbsaufwandes entsprechend.

Die Differenz im Erwerbsaufwand zwischen den Studierenden der beiden Hochschularten hat sich im Vergleich zu 2006 allerdings halbiert: Vor drei Jahren jobbten Studierende an Fachhochschulen mit 8,0 Stunden pro Woche durchschnittlich 1,7 Stunden mehr als Studierende an Universitäten, die lediglich 6,3 Stunden arbeiteten.

Der Vergleich mit 2006 zeigt darüber hinaus, dass die Ausdehnung des Zeitaufwandes für Erwerbstätigkeit unter den Studierenden an den Universitäten deutlich stärker zu beobachten ist als unter jenen an Fachhochschulen (+1,2 Stunden/Woche vs. +0,3 Stunden/Woche).

Der traditionell höhere Erwerbsaufwand von Studierenden an Fachhochschulen erklärt sich aus zahlreichen Be-

sonderheiten: Sie sind häufiger bereits vor dem Studium erwerbstätig gewesen, haben vergleichsweise oft bereits eine Berufsausbildung, ein studienvorbereitendes Praktikum o. ä. absolviert (vgl. Kap. 2). Damit im Zusammenhang steht, dass sie durchschnittlich älter sind als Studierende an Universitäten und zudem finanziell unabhängiger vom Elternhaus leben (müssen). Darüber hinaus haben bereits relativ viele von ihnen einen eigenen Haushalt bzw. eine eigene Familie gegründet (vgl. Kap. 4).

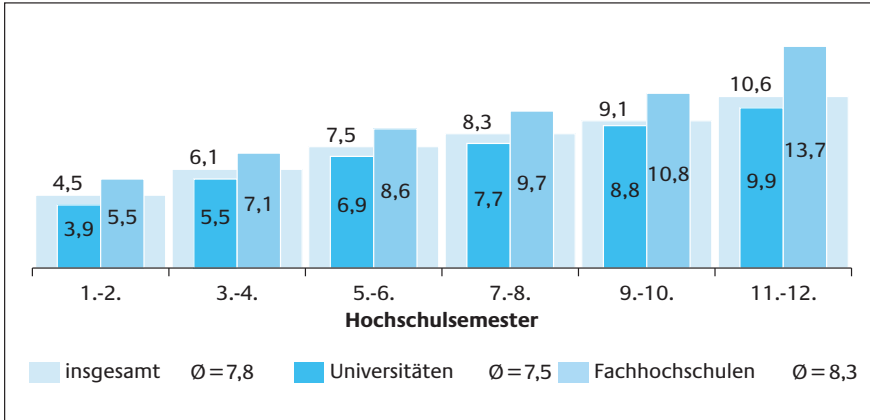
9.2.3 Erwerbsaufwand im Studienverlauf

Während des Studiums steigt nicht nur der Anteil derer, die nebenher jobben; es erhöht sich gleichzeitig auch der in die Erwerbstätigkeit investierte Zeitumfang. Während Studierende im ersten Studienjahr pro Woche durchschnittlich etwa 4,5 Stunden für Geld arbeiten, beträgt der entsprechende Zeitaufwand im 7. bis 8. Hochschulsesemester bereits 8,3 Stunden und ist damit bereits doppelt so hoch (Bild 9.12).

Langzeitstudierende, insbesondere jedoch diejenigen, die die Fördervoraussetzungen des BAföG verloren haben, dehnen die Erwerbstätigkeit jenseits der Regelstudienzeit noch weiter aus. Gerade ehemalige BAföG-Empfänger/innen müssen jetzt mehr jobben, um den Wegfall

Bild 9.12 Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit im Studienverlauf insgesamt und nach Hochschulart

Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

der finanziellen Förderung zu kompensieren (siehe Kap. 6).

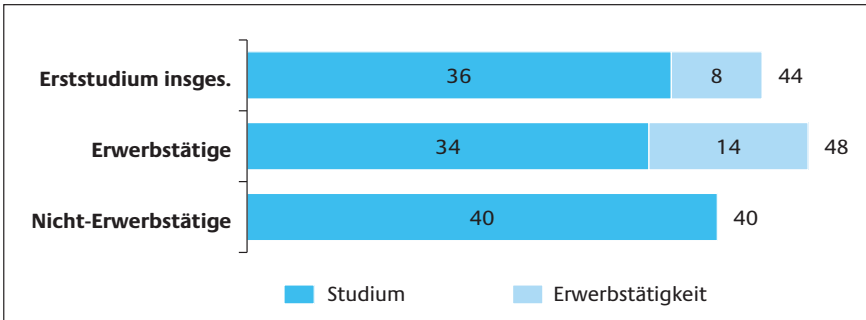
An den Universitäten ist der zeitliche Aufwand für eine Erwerbstätigkeit von Beginn an um mehr als anderthalb Stunden geringer als an Fachhochschulen (Bild 9.12). Studierende an Fachhochschulen jobben bereits zu Studienbeginn mit ca. 5,5 Stunden in der Woche relativ viel. Ihr Beitrag zur Selbstfinanzierung über Erwerbstätigkeit nimmt im weiteren Studienverlauf rascher und stärker zu, als das für Studierende an Universitäten zu beobachten ist (vgl. Kap. 6 Einnahmen).

9.3 Zeitbudget aus Studium und Erwerbstätigkeit

Die Zeitaufwendungen für Studium und Erwerbstätigkeit führen in der Summe für Studierende im Erststudium zu einer Belastung von durchschnittlich etwas mehr als 44 Stunden in der Woche (Bild 9.13). In postgradualen Studiengängen liegt die Gesamtbelastung mit 47 Stunden um drei Stunden in der Woche höher. Innerhalb des Erststudiums haben Studierende, die nebenher erwerbstätig sind, eine um acht Stunden höhere Gesamtbelastung als jene, die nicht jobben (48 h/Woche vs. 40 h/Woche, Bild 9.13).

Bild 9.13 Gesamtaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit

Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Hinter diesem Gesamteindruck verbirgt sich jedoch eine relativ große Spannweite im Zeitbudget Studierender: 10 % bringen wöchentlich maximal 25 Stunden für Studium und Job auf (Bild 9.14). Die zeitliche Belastung von 19 % liegt zwischen 26 und 35 Wochenstunden; 15 % haben einen Zeitaufwand von 36-40 Stunden in der Woche. Das Erststudium ist jedoch für die Mehrheit (58 %) mit einem wöchentlichen Zeitbudget aus Studium und Jobben verbunden, das mehr als 40 Stunden beträgt. Unter ihnen haben 31 % einen Zeitaufwand, der zum Teil deutlich mehr als 50 Stunden umfasst.

Der Vergleich mit dem Zeitbudget, das Studierende vor drei Jahren hatten, verdeutlicht nochmals, dass die Studierenden im Sommersemester 2009 größte

ren zeitlichen Belastungen ausgesetzt waren. Im Durchschnitt umfasst ihre Woche drei Stunden Mehraufwand für Studium und Erwerbstätigkeit gegenüber 2006 (44 h/Woche vs. 41 h/Woche, Bild 9.14).

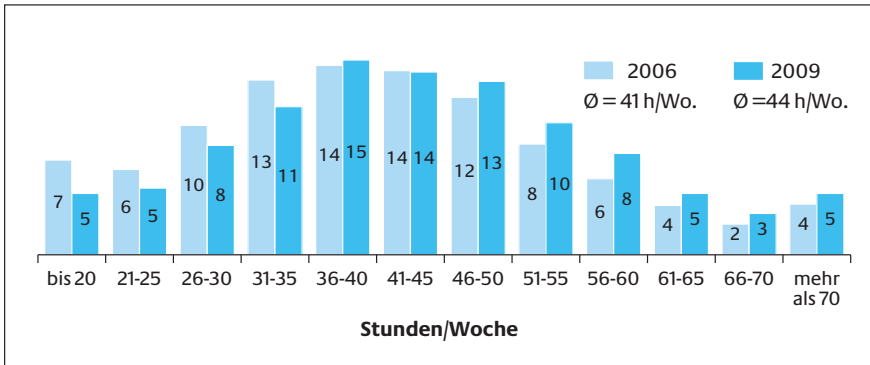
Differenziert nach Aufwandsgruppen zeigt sich, dass der Anteil der Studierenden, die mit weniger als 36 Stunden in der Woche einen vergleichsweise geringen Zeitaufwand haben, geringer geworden ist. Korrespondierend dazu stieg der Anteil derer, die mehr als 46 Stunden in der Woche für Studium und Erwerbstätigkeit investieren.

Zeitbudget und Abschlussart

Im Vergleich der Studiengänge bewältigen Studierende, die ein Staatsexamen (ohne Lehramt) anstreben, mit durch-

Bild 9.14 Studierende nach zeitlicher Gesamtbelastung durch Studium und Erwerbstätigkeit 2006 - 2009

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

schnittlich 49 Stunden das größte Wochenpensum (Bild 9.15). Es setzt sich zusammen aus einem überdurchschnittlich hohen Zeitaufwand für das Studium und vergleichsweise geringen zeitlichen Investitionen in eine Erwerbstätigkeit.

Studierende im Bachelorstudium wenden durchschnittlich 44 bzw. 43 Stunden in der Woche für Studium und Job auf und unterscheiden sich nach Hochschulart in ihrem durchschnittlichen Zeitbudget nur deshalb, weil jene an den Fachhochschulen mehr Zeit für eine Erwerbstätigkeit aufbringen als ihre Kommiliton/innen an den Universitäten.

Den geringsten Arbeitsaufwand je Woche haben Studierende, die über das Staatsexamen ein Lehramt anstreben

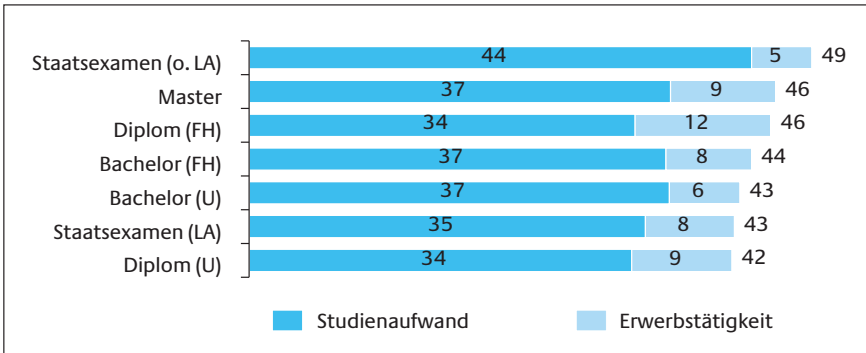
bzw. in einem Diplomstudiengang an einer Universität immatrikuliert sind.

9.3.1 Zeitbudget und regionale Merkmale

Neben den bereits beschriebenen Zusammenhängen korreliert das studentische Zeitbudget in Umfang und Zusammensetzung auch mit zahlreichen Standortfaktoren. Es wird beispielsweise von Merkmalen des regionalen Arbeitsmarktes (Arbeitslosigkeit, Stellenangebote, Anzahl jobsuchender Studierender), von den ortsspezifischen Lebensverhältnissen (Wohn-, Unterhaltskosten), von der Größe des Hochschulstandortes bzw. der Hochschule und von der Fachkultur (Rege-

Bild 9.15 Gesamtaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit nach Art des angestrebten Abschlusses¹

Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ausgewählte Abschlussarten

lungsdichte des Studiums, Akzeptanz von Jobs) mitbestimmt.

Studierende in den neuen Ländern investieren nach wie vor etwas mehr Zeit in das Studium als Studierende in den alten Ländern (Bild 9.16). Im Vergleich zum Studienaufwand 2006 haben die Studierenden in beiden Regionen ihren Studienaufwand um etwa zwei Stunden erhöht. Unterschiedlich hingegen verlief die Entwicklung beim Aufwand für eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium. In den neuen Ländern ist dieser Zeitumfang konstant geblieben und beträgt nach wie vor etwa sechs Stunden pro Woche. In den alten Ländern hingegen ist die in einen Job investierte Zeit seit 2006 um eine Wochenstunde auf acht Stunden gestiegen.

Zeitbudget und Gebührenpflicht

Studierende in Ländern, die allgemeine Studiengebühren erheben, haben einen Studienaufwand von 36 Stunden in der Woche – und zwar unabhängig davon, ob sie von der Gebührenpflicht befreit sind oder nicht (Bild 9.16). Sie studieren damit in gleichem Umfang wie die Studierenden in den alten Ländern, in denen keine allgemeine Gebührenpflicht besteht.

Innerhalb der Gebührenländer jedoch unterscheiden sich Studierende, die Gebühren zahlen, von denen, die von der Gebührenpflicht ausgenommen bzw. befreit sind, darin, dass ihr Erwerbsaufwand um eine Stunde höher ist (8 h/Woche vs.

9 h/Woche). Verglichen mit 2006 ist der Erwerbsaufwand der Studierenden in den Gebührenländern nur bei denjenigen gestiegen, die die allgemeinen Studiengebühren auch tatsächlich bezahlen müssen. Sie jobben 2009 wöchentlich etwa eine Stunde länger und haben deshalb ein um diesen Betrag höheres Gesamtpensum aus Studium und Erwerbstätigkeit zu bewältigen (44 h/Woche vs. 43 h/Woche).

Auffällig ist, dass der Zeitaufwand für einen Job neben dem Studium bei den Gebührenzahler/innen geringer ist als der Erwerbsaufwand von Studierenden, die in den alten Ländern immatrikuliert sind, die keine Studiengebühren erheben (8 h/Woche vs. 9 h/Woche). Bei letztgenannten erhöhte sich die in Jobs investierte Zeit im Vergleich zu 2006 mit zwei Stunden Zuwachs überdurchschnittlich stark.

Bild 9.16 Zeitbudget und regionale Merkmale

Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche

Merkmal	Zeitaufwand für				insgesamt		
	Studium		Erwerbstät.		2006	2009	
	2006	2009	2006	2009			
Region der Hochschule	neue Länder	35	37	6	6	41	43
	alte Länder	34	36	7	8	41	44
Gebührenpflicht (nur alte Länder) ¹	keine Gebühren	34	35	7	9	41	44
	von Zahlung befreit	} 33	36	} 7	7	} 40	43
	Gebühren zahlend		36		8		44
Wohnbevölkerung am Hochschulort	bis 50.000	36	36	6	7	42	43
	50.001 - 100.000	35	37	6	7	41	44
	100.001 - 200.000	35	37	6	7	41	44
	200.001 - 300.000	34	37	6	7	40	44
	300.001 - 500.000	33	35	7	9	40	44
	500.001 - 700.000	34	36	8	8	42	44
	über 700.000	34	35	8	10	42	45
insgesamt		34	36	7	8	41	44

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Werte für 2006 gemäß des Gebührenstatus der Länder im Sommersemester 2009

Größe des Hochschulstandortes

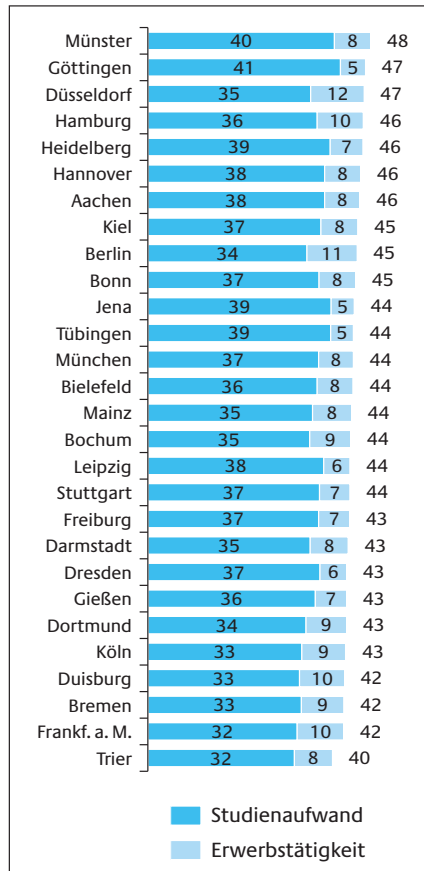
Gemessen an der Wohnbevölkerung werden mit zunehmender Größe des Hochschulstandortes die Zeitinvestitionen in eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium erhöht (Bild 9.16). Das hängt sowohl mit Merkmalen des Arbeitsmarktes (z. B. Jobmöglichkeiten) zusammen als auch – aufgrund von Disparitäten in den Lebenshaltungskosten – mit einem unterschiedlich hohen Bedarf, zur Selbstfinanzierung beizutragen.

Die zeitliche Gesamtbelastung streut relativ breit zwischen 40 und 48 Stunden. Sie ist das Ergebnis einer Bandbreite der zeitlichen Investitionen in das Studium, die zwischen 40 und 32 Stunden liegt, und des mittleren Erwerbsaufwands, der zwischen fünf und zwölf Stunden streut (Bild 9.17).

Beispielsweise haben Studierende in Göttingen mit 41 Stunden in der Woche einen überdurchschnittlich hohen Studienaufwand. Sie jobben relativ wenig (5 h/ Woche). Ihre zeitliche Gesamtbelastung ist mit 47 Stunden pro Woche jedoch genauso hoch wie die der Studierenden in Düsseldorf. Letztere investieren durchschnittlich sechs Stunden weniger in das Studium, haben aber einen fast zweieinhalb mal so hohen Erwerbsaufwand wie die Studierenden in Göttingen.

Bild 9.17 Zeitbudget nach Hochschulstandort¹

Studierende im Erststudium,
Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ nur Standorte mit mehr als 200 Fällen in der Stichprobe

9.3.2 Zeitbudget und sozio-demographische Merkmale

Die Zusammensetzung des studentischen Zeitbudgets verändert sich in Abhängigkeit vom Alter der Studierenden: Je älter sie sind, desto mehr reduziert sich der Umfang der in das Studium investierten Zeit zu Gunsten eines größeren Zeitananteils der Erwerbstätigkeit. Die jüngsten Studierenden (bis 21 Jahre) wenden mit 38 Stunden in der Woche die meiste Zeit für das Studium auf (Bild 9.18). Jobs nehmen wöchentlich nur etwa vier Stunden Zeit in Anspruch. In der Altersgruppe der 24- bis 25-jährigen hat sich der Studienaufwand bereits um zweieinhalb Stunden verringert und die in Jobs investierte Zeit verdoppelt.

Je älter die Studierenden sind, desto höher ist ihre zeitliche Gesamtbelastung,

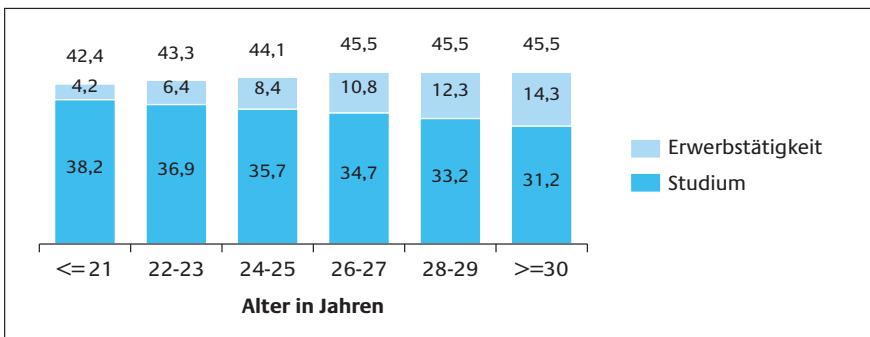
weil – wie noch zu zeigen sein wird – die Ausdehnung der Erwerbstätigkeit nicht gleichbedeutend ist mit einer Reduzierung des Studienaufwandes im selben Umfang.

Im Vergleich zu 2006 zeichnen sich für alle Altersgruppen ähnliche Veränderungen ab: Ein höherer Studienaufwand bei gleichzeitig höheren Zeitinvestitionen in Jobs nebenher. Beides führt zu einer Erhöhung der zeitlichen Gesamtbelastung in einer Spanne zwischen zwei Stunden für die Jüngsten und vier Stunden für Studierende im Alter zwischen 26 und 27 Jahren.

Eine Betrachtung des Zeitaufwandes für Studium und Erwerbstätigkeit von Studierenden aus verschiedenen Herkunftsgruppen zeigt, dass die soziale Herkunft im Studienverlauf an Bedeutung

Bild 9.18 Zeitaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit nach Altersgruppen

Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



für das Zeitbudget gewinnt. Ein Extremgruppenvergleich zwischen Studierenden der Herkunftsgruppen „niedrig“ und „hoch“² veranschaulicht diese Entwicklung: Zu Beginn des Studiums unterscheidet sich der Zeitaufwand der Studierenden beider Gruppen kaum. Im ersten Studienjahr wenden sie jeweils etwa 38 Stunden pro Woche für das Studium auf und jobben etwa vier bzw. fünf Stunden (Bild 9.19).

In den späteren Studienjahren reduziert sich bei beiden Gruppen der Studienaufwand, bei Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ deutlich mehr als bei denen der Herkunftsgruppe „hoch“.

Von konstant hoher Bedeutung im Studienverlauf ist der soziale Hintergrund für den Erwerbsaufwand, den Studierende leisten bzw. leisten müssen. Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ haben vom ersten Semester an einen höheren Zeitaufwand für Jobs neben dem Studium. Im Studienverlauf öffnet sich die Schere zwischen beiden Extremgruppen in Richtung einer zunehmend stärkeren Zeitbelastung durch Erwerbstätigkeit für Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“. Dieser Befund wird im folgenden Kapitel zur studentischen Erwerbstätigkeit (Kapitel 10) auch anhand der Erwerbstätigenquoten bestätigt, die eben-

falls eng mit der sozialen Herkunft der Studierenden korrelieren. Nahe liegende Ursachen hierfür sind unter anderem Unterschiede in der Finanzierungsstruktur (vgl. Kapitel 6 Einnahmen). Wenn z. B. nach Erreichen der Förderungshöchstdauer das BAföG (vgl. Kapitel 8) wegfällt oder finanziell weniger gut gestellte Eltern nach der Regelstudienzeit ihre Unterstützung reduzieren, dann muss das von den Studierenden kompensiert werden (vgl. Kap. 6). Ein Weg, den Studierende in dieser Situationen üblicherweise gehen, ist die Ausweitung der Erwerbstätigkeit (vgl. Kap. 10).

9.3.3 Zusammenhang zwischen Studien- und Erwerbszeit

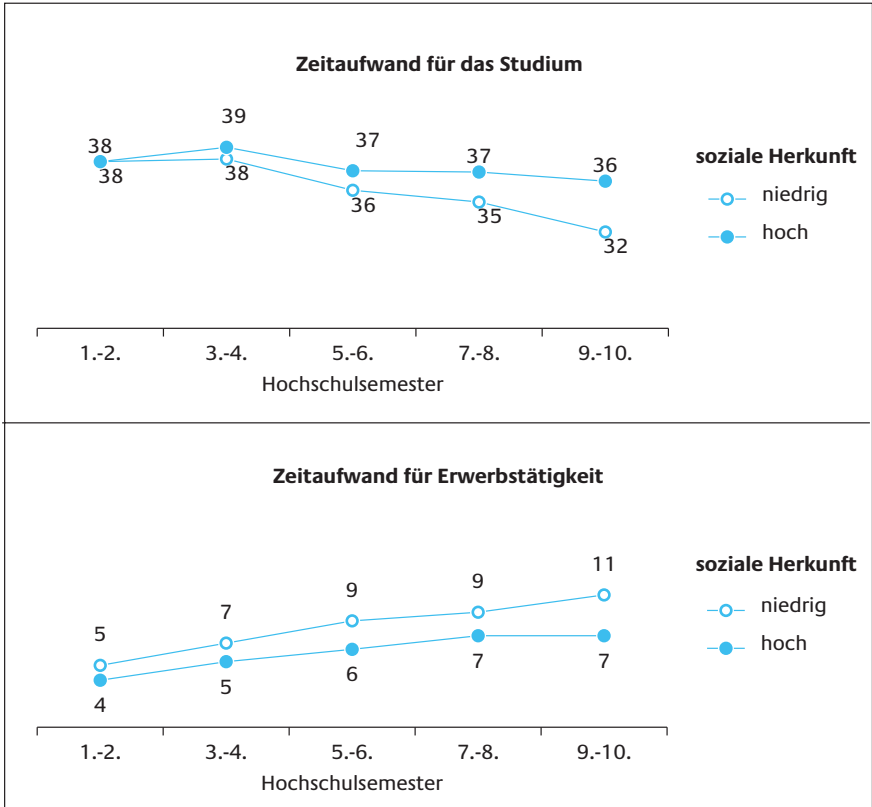
Zwischen der Zeit, die Studierende für das Studium aufwenden, und den Zeiten, in denen sie jobben, besteht ein enger Zusammenhang, wie oben bereits mehrfach gezeigt wurde. Die beiden Zeitaufwendungen „kommunizieren“ jedoch nicht vollständig, das heißt, eine Ausdehnung der Erwerbstätigkeit wirkt sich nicht in vollem Umfang auf den geleisteten Studienaufwand aus.

Einen linearen Zusammenhang unterstellend, zeigen Regressionsmodelle seit Jahren, dass Zeiten für Jobs zur Hälfte zu Lasten von Lehrveranstaltungen und Selbststudium gehen. Zur anderen Hälfte beeinträchtigen Erwerbszeiten das übrige

² Zur Bildung der Herkunftsgruppen siehe die Übersicht in den methodischen Anmerkungen im Anhang unter B2.

Bild 9.19 Zeitaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit im Studienverlauf nach sozialer Herkunft – Extremgruppenvergleich

Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

ge Zeitbudget (Freizeit, Familienzeit) der Studierenden.

In Zahlen ausgedrückt: Jede Stunde, die Studierende erwerbstätig sind, vermindert sowohl ihren Studienaufwand als

auch ihre Freizeit um jeweils etwa 30 Minuten. Als Referenz dient hierbei der Studienaufwand derjenigen, die nicht erwerbstätig sind (40 Stunden/Woche). Die Reduzierung der Zeiten für das Studium

erfolgt in nahezu gleichem Umfang zu Lasten des Besuchs von Lehrveranstaltungen und des Selbststudiums (Bild 9.20). Hohe Gesamtbelastungen von 45 Stunden und mehr in der Woche sind zumeist mit einem überdurchschnittlich hohen Erwerbsaufwand im Umfang von mindestens zehn Stunden in der Woche verbunden.

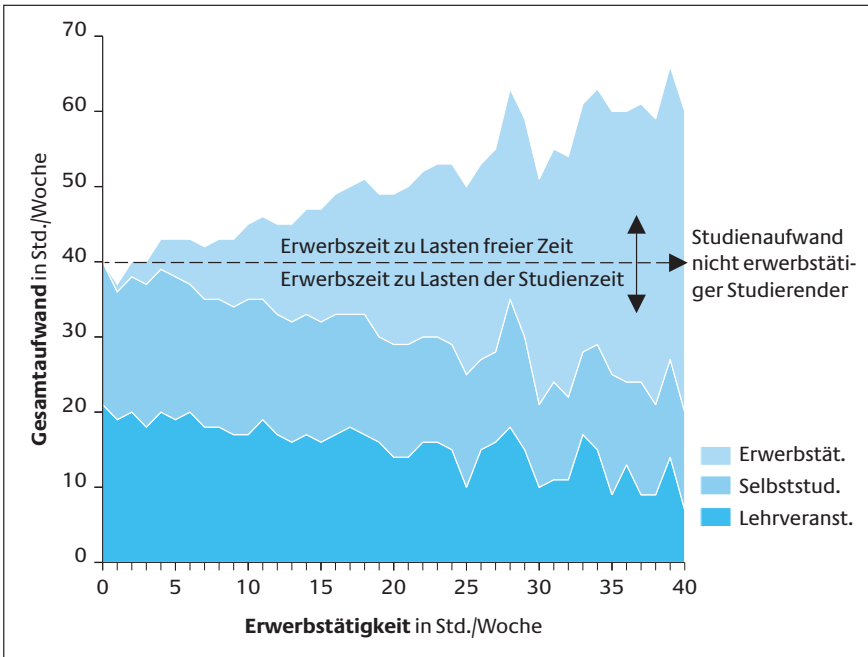
Fächergruppen

Wie oben gezeigt sind die zeitlichen Investitionen in das Studium in den einzelnen Fächergruppen unterschiedlich hoch. Für den Zusammenhang zwischen Studien- und Erwerbsaufwand zeigen Fächergruppenvergleiche zudem unterschiedliche Muster.

Bei den Studierenden in der Fächergruppe Medizin, Gesundheitswissen-

Bild 9.20 Erwerbstätigkeit und Studienaufwand

Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



schaften wirkt sich in den ersten beiden Studienjahren die Zeit für Erwerbstätigkeit nahezu vollständig zu Lasten des Studienaufwandes aus (Bild 9.21). Gegen Ende des Studiums hingegen, wahrscheinlich in Zusammenhang mit den Prüfungen zum Staatsexamen, einer Phase, in der eine Reduktion des Studienaufwandes nicht möglich ist, vermindert das Jobben nebenher fast ausschließlich den Umfang an freier Zeit.

In umgekehrter Richtung entwickelt sich der Zusammenhang zwischen Studien- und Erwerbsaufwand bei den Studierenden der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. In den ersten Studienjahren findet Erwerbstätigkeit vor allem auf Kosten der Freizeit statt. Das ändert sich nach dem dritten Studienjahr sichtbar: Gemessen am Studienaufwand nicht erwerbstätiger Kommiliton/innen, machen jobbende Studierende dieser Fächergruppe dann zunehmend Abstriche am Studienaufwand.

Bei Studierenden ingenieurwissenschaftlicher Fächer bzw. der Fächergruppe Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Psychologie, Pädagogik gehen die Zeiten, die in eine Erwerbstätigkeit investiert werden, das gesamte Studium über stärker zu Lasten der Freizeit als zu Lasten des Studienaufwandes.

9.3.4 Vollzeit- versus Teilzeitstudium

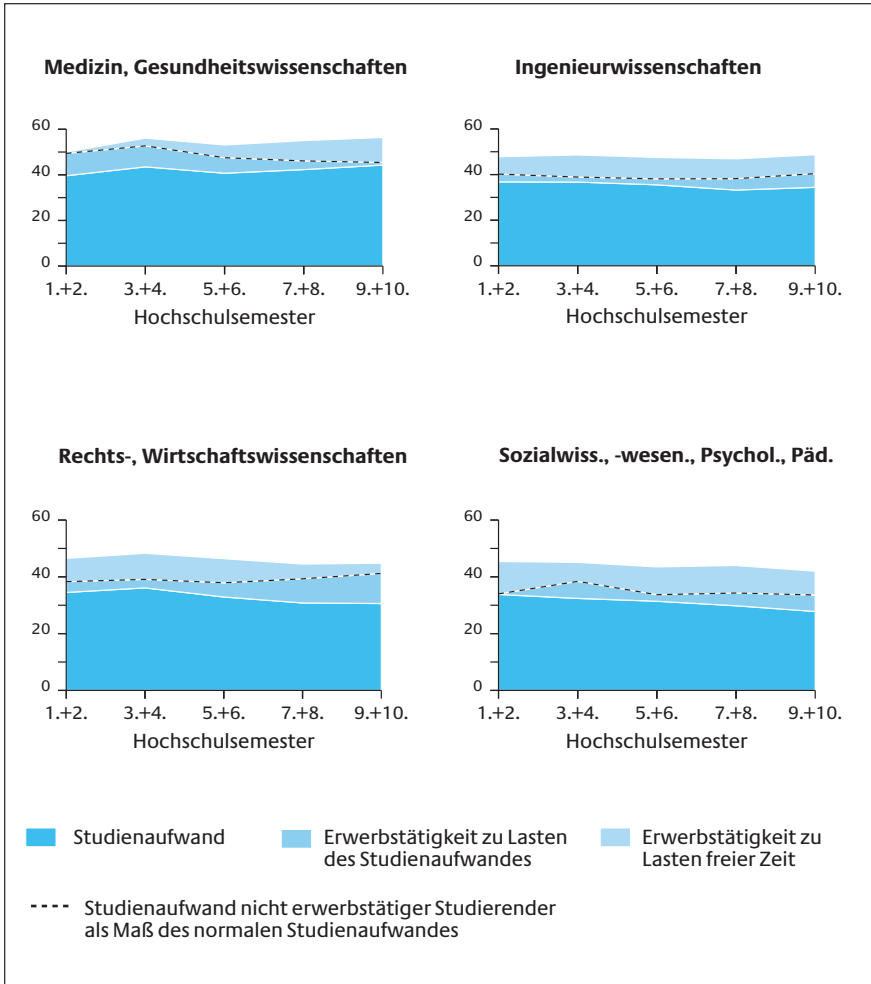
An den Hochschulen in Deutschland ist ein Vollzeitstudium nach wie vor die typische Studienform. Das „offizielle“ Teilzeitstudium ist kaum verbreitet. Der Ausbau der Angebote an Teilzeitstudienmöglichkeiten hat in den letzten Jahren stagniert. Seit Februar 2007, als im Rahmen der 18. Sozialerhebung der Stand des Teilzeitstudiums recherchiert wurde, hat sich die Anzahl an Teilzeitstudiengängen nur unwesentlich erhöht. Ihr Anteil an allen grundständigen Studiengängen beträgt nach wie vor lediglich 2,5 % (224 von 8.929 Studienmöglichkeiten, Stand: 17. November 2009). 55 % aller Teilzeitangebote werden von Fachhochschulen unterbreitet (Daten der HRK, siehe www.hochschul-kompass.de). Viele Teilzeitstudiengänge sind nicht für alle Interessierten gleichermaßen offen, sondern erfordern das Vorliegen bestimmter Voraussetzungen.³

Unabhängig von den offiziellen Möglichkeiten, Teilzeit zu studieren, belegen die Angaben der Studierenden zum Zeitbudget seit Jahren, dass viele de facto ein Teilzeitstudium realisieren. Auch ohne formale oder organisatorische Vorausset-

³ z. B. Berufstätigkeit von mehr als 15 Stunden/ Woche, besondere familiäre Verpflichtungen wie Sorgerecht für mindestens ein Kind im eigenen Haushalt, Pflegefall im engsten Familienkreis

Bild 9.21 Aufwand für Studium und Erwerbstätigkeit ausgewählter Fächergruppen im Studienverlauf

Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



zungen an den Hochschulen (z. B. in Form entsprechender Studienordnungen) betreibt ein Teil der Studierenden einen Studienaufwand, der unterhalb bestimmter Normwerte liegt.

Die Sozialerhebung versucht seit 1991, diese Realität mittels eines idealtypischen Modells zu beschreiben. Unter Berücksichtigung des Studien- und Erwerbsaufwandes werden vier Studien-Erwerbs-Typen unterschieden:⁴

- I Vollzeitstudierende ohne/mit geringer Erwerbsbelastung
- II Vollzeitstudierende mit hoher Erwerbsbelastung
- III Teilzeitstudierende ohne/mit geringer Erwerbsbelastung
- IV Teilzeitstudierende mit hoher Erwerbsbelastung.

Im Sommersemester 2009 absolvieren demnach 79 % aller Studierenden im Erststudium ein Vollzeitstudium (Bild 9.22). Darunter realisiert die Mehrheit (67 % aller im Erststudium) das Vollzeitstudium ohne bzw. mit einem Zeitaufwand für eine Erwerbstätigkeit, der die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschrei-

tet. Etwa jeder achte Studierende (12 %) hat neben dem Vollzeitstudium noch einen erheblichen Erwerbsaufwand zu bewältigen.

Zu den Studierenden, die de facto ein Teilzeitstudium absolvieren, gehört mehr als jeder fünfte (21 %). Die meisten von ihnen haben – wenn überhaupt – eine vergleichsweise geringe Zeitbelastung durch Nebenjobs (13 %). Bei 8 % aller Studierenden im Erststudium ist das de facto Teilzeitstudium gekoppelt mit überdurchschnittlich hohen Investitionen in Zeiten für Erwerbsarbeit (Bild 9.22).

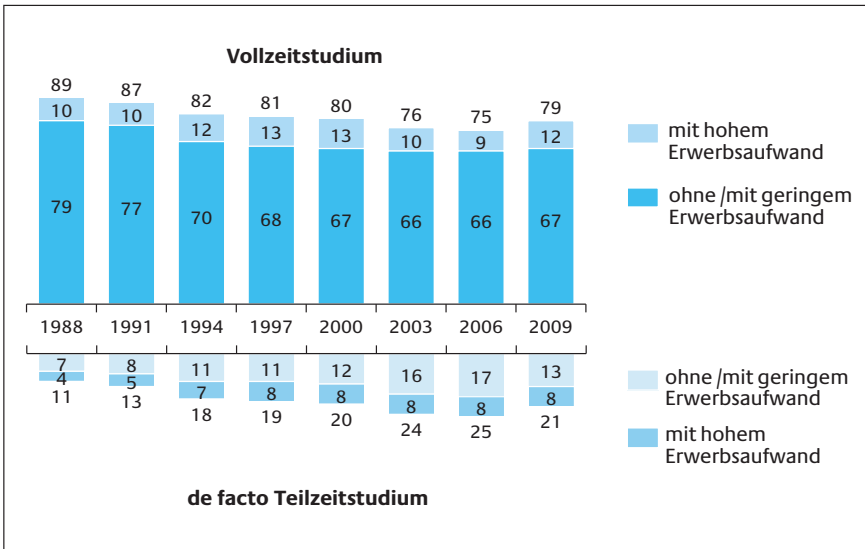
2009 hat sich erstmals der seit zwei Jahrzehnten beobachtete Trend eines deutlich steigenden Anteils an de facto Teilzeitstudierenden nicht weiter fortgesetzt. Der Anteil an Studierenden im de facto Teilzeitstudium ist erstmals gesunken und im Vergleich zu 2006 vier Prozentpunkte geringer. Korrespondierend dazu hat sich der Anteil an Studierenden erhöht, die Vollzeit studieren. Auffälligerweise vergrößerte sich der Anteil derjenigen, die eine hohe Erwerbsbelastung tragen, stärker als der Anteil an Studierenden im Vollzeitstudium, die nicht oder „geringfügig“ nebenher jobben (drei Prozentpunkte vs. ein Prozentpunkt).

Nach wie vor wird in den alten Ländern etwas häufiger als in den neuen Ländern de facto Teilzeit studiert (21 % vs. 19 %). Dieser Unterschied hat sich jedoch im Vergleich zu 2006 um einen weiteren

⁴ Für ein Vollzeitstudium wird ein Studienaufwand von mindestens 25 Stunden/Woche vorausgesetzt. Die Geringfügigkeitsgrenze für Erwerbstätigkeit wurde – analog zur Gesetzgebung – auf 15 Stunden/Woche festgelegt, wenn gleich dieser Maximalumfang für Studierenden bereits als ein erheblicher Aufwand gewertet werden muss. Die Definition im Detail kann den technischen Hinweisen am Anfang des Kapitels zu entnommen werden.

Bild 9.22 Studien-Erwerbs-Typ – Entwicklung 1991 - 2009¹

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Prozentpunkt reduziert, was auch als Ausdruck für die fortschreitende Angleichung des Studierverhaltens in Ost und West gewertet werden kann.

Obwohl die formalen Möglichkeiten für ein Teilzeitstudium an den Fachhochschulen in größerer Breite gegeben sind und – wie bereits mehrfach beschrieben – Studierende an Fachhochschulen eher die Merkmale „typischer“ Teilzeitstudierender aufweisen (z. B. durchschnittlich älter, bildungsferne Herkunft, verheira-

tet, eigene Kinder, Doppelqualifikation, Erwerbstätigkeit vor Studienbeginn), ist an beiden Hochschularten das Teilzeitstudium gleich häufig verbreitet (jeweils 21 %). Die Unterschiede in der sozio-demographischen Zusammensetzung der Studierenden lassen sich lediglich daran ablesen, dass an den Fachhochschulen der Typ „Vollzeitstudium mit hoher Erwerbsbelastung“ etwas häufiger als an Universitäten anzutreffen ist (14 % vs. 11 %).

Studien-Erwerbs-Typ und Zeitbudget

Ein Vollzeitstudium zu absolvieren, bedeutet im Durchschnitt für die zwei Drittel aller Studierenden, die keinen bzw. einen „geringfügigen“ Erwerbsaufwand haben, eine Arbeitswoche in einem Umfang von ca. 46 Stunden zu bewältigen. Darin enthalten sind etwa 42 Stunden für das Studium (Bild 9.23).

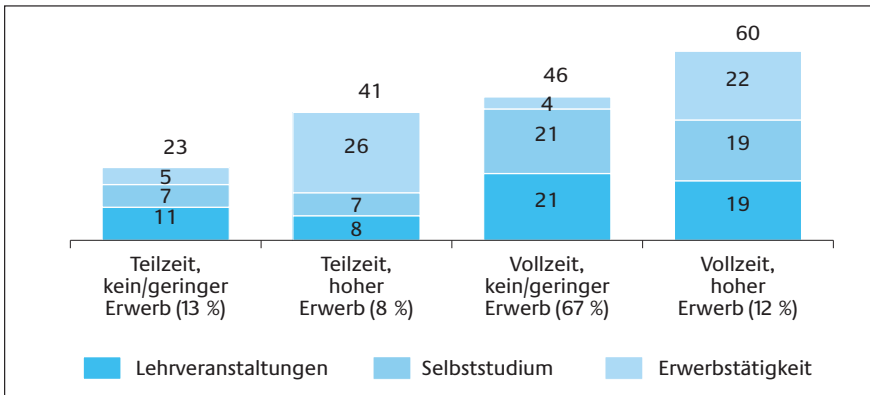
Diejenigen, die neben dem Vollzeitstudium einen relativ hohen Erwerbsaufwand haben, investieren in beides wöchentlich etwa 60 Stunden durchschnittlich. Sie bewältigen damit die mit Abstand höchste Gesamtbelastung. Mit durchschnittlich 22 Stunden Erwerbstätigkeit in der Woche können sie auch als

teilleistungsbeschäftigt beschrieben werden. Trotz dieser hohen Erwerbsbelastung nehmen sie recht geringfügige Abstriche am Studium vor. Im Vergleich zu den Vollzeitstudierenden ohne hohen Erwerbsaufwand ist ihr Studienaufwand nur um vier Stunden pro Woche geringer.

Teilleistungsbeschäftigte mit hoher Erwerbsbelastung sind durchschnittlich lediglich vier Stunden in der Woche länger erwerbstätig als Vollzeitstudierende mit hoher Erwerbsbelastung. Der große Unterschied zwischen beiden besteht beim Studienaufwand. Er ist im Vergleich zu den Studierenden im Vollzeitstudium, die ebenfalls eine umfangreiche Erwerbsbelastung tragen, 23 Stunden geringer. Wie weiter unten gezeigt werden wird,

Bild 9.23 Zeitaufwand nach Studien-Erwerbs-Typ

Studierende im Erststudium, in Stunden/Woche



steht für diese de facto Teilzeitstudierenden das Studium häufig eher im Hintergrund (Bild 9.27).

Mit ca. 23 Stunden in der Woche haben Studierende im Teilzeitstudium, die gleichzeitig gar nicht oder „geringfügig“ erwerbstätig sind, nur eine höchstens halb so hohe Gesamtbelastung im Vergleich zu den übrigen.

Studien-Erwerbs-Typ und Abschlussart

Die Möglichkeit, de facto ein Teilzeitstudium zu absolvieren, ist in den einzelnen Studiengängen offenbar sehr unterschiedlich und hängt auch mit studienorganisatorischen Voraussetzungen zusammen. Den geringsten Anteil an Teilzeitstudierenden haben Studiengänge, die mit einem Staatsexamen abschließen – hier vor allem Studierende der Medizin. Unter ihnen sind 90 %, die ein Vollzeitstudium absolvieren (Bild 9.24), darunter vergleichsweise wenige, die eine hohe Erwerbsbelastung haben (8 %).

Von Studierenden, die an einer Universität einen Bachelor anstreben, studieren 84 % Vollzeit. Ähnlich ist die Studienrealität bei den Studierenden in Bachelor-Studiengängen an Fachhochschulen.

Der relativ geringe Anteil an Bachelor-Studierenden im de facto Teilzeitstudium ist zum einen der strafferen Organisation dieser Studiengänge geschuldet.

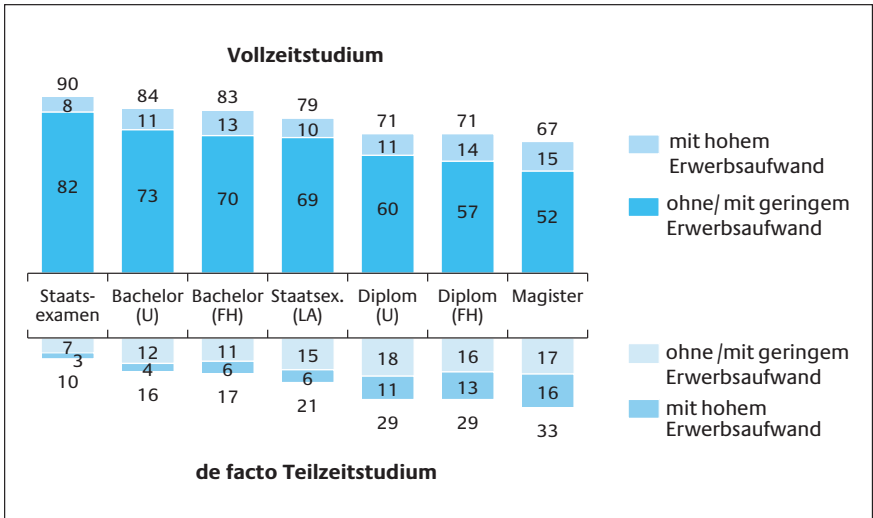
Zum anderen hängt diese Quote damit zusammen, dass diese Studierenden im Durchschnitt vergleichsweise jung sind (vgl. Kap. 4) und jüngere Studierende anteilig seltener erwerbstätig sind (vgl. Kap. 10).

Von den Studierenden in einem Bachelor-Studiengang realisieren 16 % bzw. 17 % ein Teilzeitstudium. Unter ihnen werden auch solche sein, die ein offizielles Teilzeitangebot nutzen, denn das Bachelorstudium ist gegenwärtig die Studienform für ein Teilzeitstudium: Von den gegenwärtig bestehenden 246 grundständigen Teilzeitstudienmöglichkeiten sind 225 (92 %) Bachelor-Studiengänge, davon 56 % an Fachhochschulen (126 Studiengänge, vgl. www.hochschulkompass.de, Stand: 28.01.2010).

Unter den Studierenden in traditionellen Diplom- und Magister-Studiengängen ist das de facto Teilzeitstudium ungleich häufiger verbreitet als unter den Bachelor-Studierenden (29 % bis 33 %, Bild 9.24), obwohl es hierfür selten „offizielle“ Angebote gibt. Hier finden sich gleichzeitig relativ große Anteile an Studierenden mit einer hohen Erwerbsbelastung. Dieser Unterschied zu den konsekutiven Studiengängen beruht allerdings auch auf einem Alterseffekt: Studierende, die in den „auslaufenden“ Studiengängen immatrikuliert sind, sind aufgrund ihrer längeren Studiendauer zum Befragungszeitpunkt durchschnittlich älter als jene

Bild 9.24 Studien-Erwerbs-Typ nach Art des angestrebten Abschlusses

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

im Bachelorstudium (vgl. Kap. 4). Ältere Studierende sind häufiger erwerbstätig als jüngere (vgl. Kap. 10), unter anderem auch, weil sie einen höheren Beitrag zur Selbstfinanzierung leisten müssen (vgl. Kap. 6).

Studien-Erwerbs-Typ und Studienverlauf

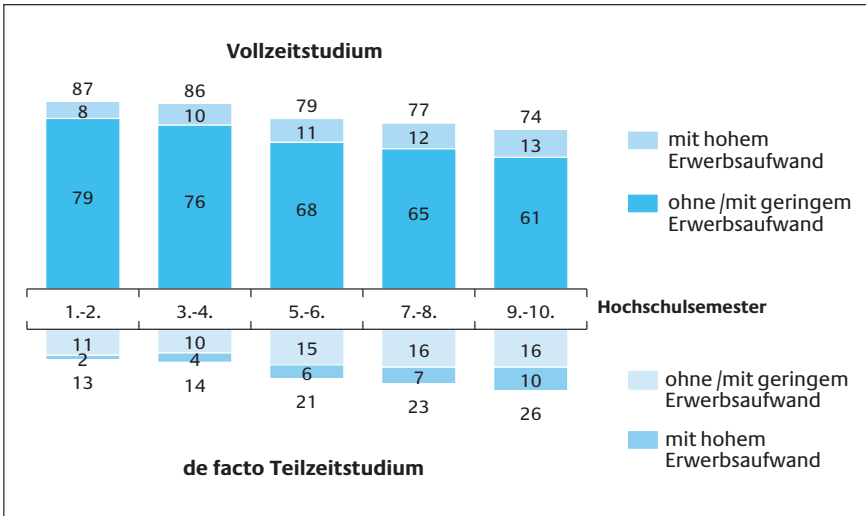
Angesichts der bisher vorgestellten Zusammenhänge zwischen Studienverlauf und Zeitbudget entspricht die Zugehörigkeit zu den Studien-Erwerbs-Typen, differenziert nach Anzahl absolvierter Hoch-

schulsemester, den Erwartungen: Im Verlauf des Studiums nimmt der Anteil Studierender im Vollzeitstudium ab, gleichzeitig steigt die Erwerbsbelastung und demzufolge auch der Anteil derer, die de facto Teilzeit studieren (Bild 9.25) – ein Trend, der seit Jahren unverändert beobachtet wird.

Im ersten Studienjahr gehören 87 % zu den Vollzeitstudierenden. Zwischen dem fünften und achten Hochschulse-mester hat sich dieser Anteil bereits um acht Prozentpunkte reduziert (Bild 9.25). Nach Ende der Regelstudienzeit studie-

Bild 9.25 Studien-Erwerbs-Typen nach Studienphase

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

ren nur noch drei Viertel in einem Umfang, der dem eines Vollzeitstudiums entspricht.

Wie in den letzten Jahren bereits beobachtet, gibt es im Erststudium von Beginn an einen Anteil an Studierenden, die ein Teilzeitstudium praktizieren – und das augenscheinlich nicht, weil sie selbst extensiv für ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit nebenher sorgen müssen. Im Sommersemester 2009 betrug er im ersten Studienjahr 11 %. Diese Studierenden können als „nicht erwerbsbedingt“ Teilzeitstudierende charakterisiert werden.

Studien-Erwerbs-Typ und Fächergruppe

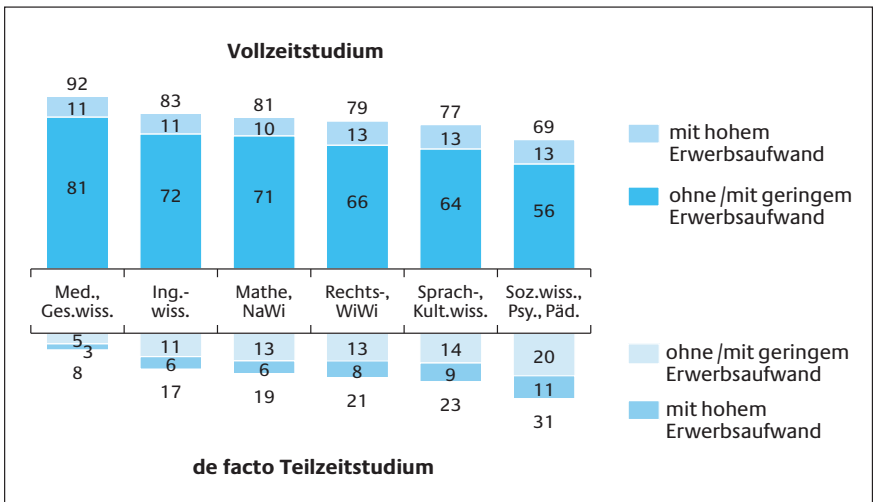
Der Zusammenhang zwischen dem Grad der Reglementierung eines Studiengangs und der Verbreitung des de facto Teilzeitstudiums war bereits bei der Betrachtung des Studien-Erwerbs-Typs in Abhängigkeit vom angestrebten Abschluss ersichtlich. Auch ein Vergleich nach Fächergruppen unterstreicht, dass in stark reglementierten Studienfächern der Anteil derer, die ein Vollzeitstudium absolvieren, größer ist als in Fächern, die weniger streng strukturiert sind.

Die neue Studienstruktur hat vor allem für Fächer der Wirtschafts-, Sprach- und Kulturwissenschaften zu einem im Vergleich zu 2006 überdurchschnittlich hohen Anstieg des Anteils an Vollzeitstudierenden geführt (fünf Prozentpunkte vs. beispielsweise drei Prozentpunkte in der Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften bzw. vier Prozentpunkte im Erststudium insgesamt). Zu diesem Anstieg trugen vor allem Studierende bei, die trotz hoher Erwerbsbelastung Vollzeit studieren (Rechts-, Wirtschaftswissenschaften: vier Prozentpunkte, Sprach-, Kulturwissenschaften: drei Prozentpunkte).

Zwei extreme Beispiele hierfür sind Studierende in den medizinischen und sozialwissenschaftlichen Fächern: Während 92 % der Studierenden der Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften im Vollzeitstudium sind, gehören lediglich 69 % der Studierenden in der Fächergruppe Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Psychologie, Pädagogik zu dieser Gruppe (Bild 9.26). In der letztgenannten Fächergruppe realisiert fast jeder dritte de facto ein Teilzeitstudium (31 %), wobei der hohe Anteil derer auffällt, die dabei keinen nennenswerten Erwerbsaufwand haben (20 %). Eine mögli-

Bild 9.26 Studien-Erwerbs-Typ nach Fächergruppen

Studierende im Erststudium, in %



che Ursache hierfür ist der in dieser Fächergruppe vergleichsweise hohe Anteil an Studierenden mit Kind (vgl. Kap 14).

Zentralität des Studiums

Die vorliegende Untersuchungsreihe enthält vergleichsweise wenig Fragen, mit denen Wertungen und Einstellungen gemessen werden, weil sie sich als eine Form der Sozialberichterstattung versteht und deshalb auf die Erfassung von „objektiven“ Daten zur studentischen Lebenslage konzentriert. Dennoch ist die Frage nach der Bedeutung, die Studium und Hochschule im Vergleich zu den Interessen und Aktivitäten außerhalb des Studiums haben, traditionell Bestandteil des Fragenkatalogs.

Von den Studierenden im Erststudium bekundet fast jeder zweite (49 %), dass Studium und Hochschule den Mittelpunkt bilden, auf den fast alle ihre Interessen und Aktivitäten ausgerichtet sind. 46 % machen diesbezüglich Einschränkungen, indem sie der Aussage zustimmen, dass Studium und Hochschule gleich wichtig sind wie andere Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule. Nur Wenige (5 %) beschreiben ihre Studien- und Lebenssituation in der Weise, dass sie Studium und Hochschule als eher im Hintergrund stehend charakterisieren. Ihnen sind die Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule wichtiger.

Im Vergleich zum Sommersemester 2006 hat sich am Stellenwert des Studiums nicht viel geändert: Vor drei Jahren war das Studium für 51 % der Mittelpunkt aller Aktivitäten und ebenfalls lediglich 5 % betrachteten es als nebensächlich.

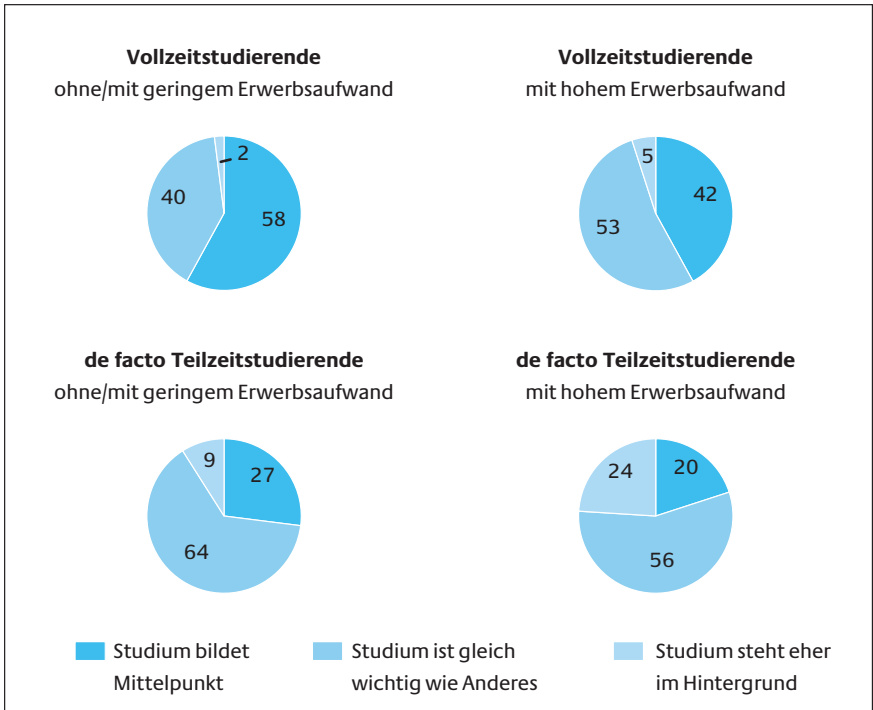
Die Einschätzung der gegenwärtigen Bedeutung des Studiums variiert zum Teil recht stark und steht in engem Zusammenhang mit Umfang und Struktur des studentischen Zeitbudgets. Von den Studierenden, die sich in einem Vollzeitstudium befinden und gar nicht oder nur „geringfügig“ nebenher jobben, sagen die meisten (58 %), dass für sie Studium und Hochschule den Mittelpunkt bilden, auf den fast alle ihre Interessen und Aktivitäten gerichtet sind (Bild 9.27).

Gleiches trifft nur auf 42 % der Studierenden zu, bei denen das Vollzeitstudium mit einer recht hohen Erwerbsbelastung einhergeht, obwohl sie, wie oben gezeigt, ebenfalls einen recht hohen Studienaufwand bewältigen (vgl. Bild 9.23). Mehr als die Hälfte der Studierenden (53 %) äußert, dass ihre Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule für sie eine gleichrangige Bedeutung haben.

Bei einem Teilzeitstudium geht die Zentralität von Studium und Hochschule tendenziell verloren, zumal dann, wenn es mit erhöhter Erwerbsbelastung einhergeht. 20 % bzw. 27 % der Teilzeitstudierenden betonen, dass das Studium dennoch bei ihnen im Mittelpunkt steht. Für deut-

Bild 9.27 Studien-Erwerbs-Typ und Zentralität des Studiums

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

lich mehr als die Hälfte von ihnen ist es jedoch gleichrangig mit Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule.

Von den Studierenden im Teilzeitstudium, die einen hohen Erwerbsaufwand haben, bekundet fast ein Viertel, dass das Studium eher im Hintergrund steht.

9.4 Einschätzung der zeitlichen Studienbelastung

Die zeitlichen Investitionen der Studierenden in ihr Studium sagen noch nichts darüber aus, wie stark ihre Ressourcen dadurch ausgeschöpft sind und in welchem Maße sie sich durch das Studium ausgelastet oder sogar belastet fühlen. In

Folge der Einführung gestufter Studiengänge mehrten sich Stimmen, die den hohen Grad der Verdichtung des Studiums kritisierten, die neuen Studiengänge als schwer studierbar und die zeitliche Belastung durch das Studium als zu hoch beschreiben.

Da kaum belastbare und repräsentative Informationen darüber vorliegen, wie stark sich die Studierenden tatsächlich durch das Studium belastet fühlen und mit welchen Zeitaufwendungen Über- und Unterforderungen einhergehen, wurde erstmals eine entsprechende Fragestellung in die 19. Sozialerhebung aufgenommen. Getrennt nach Vorlesungszeit und vorlesungsfreier Zeit wurden die Studierenden danach gefragt, wie sie die zeitliche Belastung durch das Studium beurteilen. Sie konnten ihre Antwort anhand einer 5-stufigen Skala zwischen „zu gering“ und „zu hoch“ differenzieren.

9.4.1 Zeitliche Belastung während der Vorlesungszeit

Bezogen auf die Vorlesungszeit betrachteten 56 % der Studierenden die zeitliche Inanspruchnahme durch das Studium als (zu) hoch (Bild 9.28). 38 % fühlen sich offenbar genau richtig gefordert und wählten die mittlere Antwortposition. Lediglich 6 % schätzen die Studienbelastung als (zu) gering ein.

Im Vergleich zu ihren männlichen Kommilitonen schätzen Studentinnen ihre zeitliche Belastung häufiger als (zu) hoch (60 % vs. 53 %) ein und fühlen sich seltener optimal gefordert (35 % vs. 40 %).

Studierende im Erststudium fühlen sich anteilig häufiger (zu) stark in Anspruch genommen im Vergleich zu Studierenden in postgradualen Studiengängen (56 % vs. 46 %). Letztere beschreiben ihren Studienaufwand deutlich häufiger als angemessen (47 % vs. 37 %).

Bild 9.28 Zeitliche Belastung durch das Studium während der Vorlesungszeit nach Geschlecht, Art des Studiums und Hochschulart

Studierende im Erststudium, in %

zeitliche Belastung	ingesamt	Geschlecht		Hochschulart	
		männlich	weiblich	Universität	FH
zu gering	1	1	1	1	1
gering	5	6	4	5	5
optimal	38	40	35	38	37
hoch	41	40	43	41	42
zu hoch	15	13	17	15	15

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

In Bezug auf die empfundene zeitliche Inanspruchnahme durch das Studium während der Vorlesungszeit gibt es keinen Unterschied zwischen den Studierenden an Universitäten und jenen an Fachhochschulen.

Zeitliche Belastung und Zeitbudget

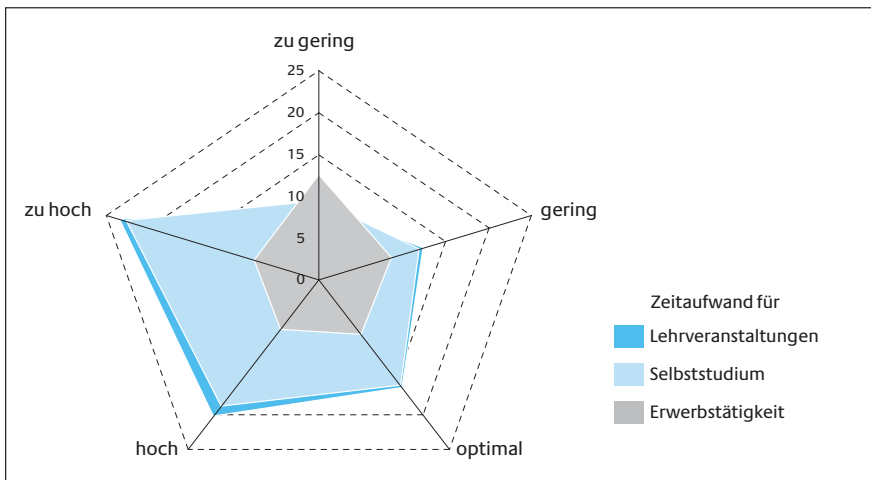
Auf welchem Zeitaufwand für das Studium (und ggf. auch für Erwerbstätigkeit) beruht die Bewertung der zeitlichen Belastung? Studierende, die sich durch das Studium zeitlich als zu hoch belastet ein-

stufen, bewältigen im Durchschnitt einen wöchentlichen Studienaufwand von 47 Stunden. Die Wenigen, die sich als zu gering belastet sehen, investieren dagegen lediglich 18 Stunden in der Woche für studienbezogene Aktivitäten. Studierende, die sich als „optimal“ (Antwortposition 3) belastet bezeichnen, haben einen Studienaufwand von 31 Stunden in der Woche.

Dass die Studierenden bei der Beantwortung der Frage nach der Belastung durch das Studium tatsächlich in erster Linie den Studienaufwand zu Grunde gelegt haben, ist in Bild 9.29 veranschau-

Bild 9.29 Zeitbudget nach Bewertung der zeitlichen Belastung durch das Studium während der Vorlesungszeit

Studierende im Erststudium, in Stunden/Woche je Antwortposition auf 5-stufiger Antwortskala von 1 = zu gering bis 5 = zu hoch



licht. Mit Ausnahme der Studierenden, die ihre Studienbelastung als zu gering ansehen, liegt der Aufwand für Erwerbstätigkeit bei den Studierenden aller „Belastungsstufen“ zwischen sieben und acht Stunden und damit auf etwa gleicher Höhe.

Was sich jedoch unterscheidet, sind die zeitlichen Investitionen in das Studium. Studierende, die sich als (sehr) hoch belastet sehen, bewältigen erwartungsgemäß einen entsprechend größeren Studienumfang. Dabei ist es vergleichsweise unerheblich, ob es sich dabei um Zeitaufwendungen für den Besuch von Lehrveranstaltungen oder für das Selbststudium handelt.

Zeitliche Belastung und Abschlussart

Wie bereits oben gezeigt, erfordert das Studium unterschiedlich umfangreiche

Zeitinvestitionen (Kap. 9.1.3). Die Differenzierung nach Art des angestrebten Abschlusses zeigt ebenfalls, wie eng der Zusammenhang zwischen objektivem Zeitaufwand und subjektiver Einschätzung der Belastung ist. Studierende in Studiengängen mit überdurchschnittlich hohem Studienaufwand schildern auch überdurchschnittlich häufig, dass die Studienbelastung zu hoch ist. Mehr als jeder fünfte Studierende mit dem Abschlussziel Staatsexamen (ohne Lehramt) charakterisiert die Belastung durch das Studium als zu hoch (21 %, Bild 9.30).

Auch die Studierenden in den konsekutiven Studiengängen beschreiben sich überdurchschnittlich häufig als zeitlich zu hoch belastet. Das trifft auf Studierende in Bachelor-Studiengängen an Universitäten etwas stärker zu als auf solche an Fachhochschulen.

Bild 9.30 Zeitliche Belastung durch das Studium in der Vorlesungszeit nach angestrebtem Abschluss
Studierende im Erststudium, in %

zeitliche Belastung	Bachelor (Uni)	Bachelor (FH)	Master	Diplom (Uni)	Diplom (FH)	Staats-examen (ohne LA)	Staats-examen (Lehramt)
zu gering	1	1	<1	2	1	0	1
gering	5	5	3	8	7	3	5
optimal	32	35	36	45	42	29	37
hoch	43	43	42	36	40	47	43
zu hoch	19	16	18	9	10	21	14

Der Vergleich des Studienaufwands zwischen den Studierenden verschiedener Studiengänge, die sich ähnlich stark belastet fühlen, zeigt, dass die Gesamtbelastung durch das Studium das Entscheidende für die Bewertung ist und weniger die Zusammensetzung des Studienaufwands aus Zeiten für fremd- und selbstgeleitete Studienaktivitäten.

Ein Beispiel hierfür sind Studierende in Bachelor-Studiengängen an Universitäten und Fachhochschulen (Bild 9.31 und Bild 9.32). Bei ähnlichem Gesamtstudienaufwand je „Belastungsstufe“ unterscheidet sich die Binnenstruktur der Studienaktivitäten zum Teil erheblich. Studierende an Fachhochschulen wenden einen deutlich höheren Teil ihrer Studienzeit für den Besuch von Lehrveranstaltungen auf als ihre Kommiliton/innen an den Universitäten, die einen umfangreicheren Aufwand für das Selbststudium haben. Ähnlich hochschulartabhängig zusammengesetzt ist das studienbezogene Zeitbudget bei Studierenden, die ein Diplom erwerben wollen.

Der Studienaufwand ist bei den Diplom-Studierenden aller „Belastungsstufen“ geringer als bei den Bachelor-Studierenden der gleichen „Belastungsstufe“. Die durchschnittlich älteren Studierenden in den Diplomstudiengängen investieren – „alterstypisch“ – mehr Zeit in eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium.

Das prägt offenbar auch die Einschätzung ihrer Belastung durch das Studium.

9.4.2 Zeitliche Belastung während der vorlesungsfreien Zeit

Vorlesungsfreie Zeit

Im Zusammenhang mit der Einführung der konsekutiven Studiengänge wird die so genannte vorlesungsfreie Zeit⁵ stärker als bisher für teilweise recht lange Prüfungsphasen, für Praktika und andere studienbezogenen Tätigkeiten genutzt. Sie ist somit mehr als zuvor eine Studienphase, in der ebenso wie in der Vorlesungszeit Leistungen für den ECTS-Erwerb zu erbringen sind. Dennoch hebt sich die vorlesungsfreie Zeit in der Wahrnehmung der Studierenden deutlich ab von der Zeit, in der traditioneller Weise die meisten Lehrveranstaltungen stattfinden.

Studierenden im Erststudium sehen sich während der vorlesungsfreien Zeit seltener durch eine zu hohe Studienbelastung überfordert als während der Vorlesungszeit („zu hoch“ und „hoch“: 25 %, Bild 9.33). Die Mehrheit bewertet die Stu-

⁵ Zeitraum, der zumeist am Ende eines Semesters mehrere Wochen umfasst, die – weitgehend frei von Lehrveranstaltungen – selbstbestimmten Studienformen vorbehalten sind. Nicht gemeint sind Weihnachtsferien oder andere Ferienzeiten.

Bild 9.31 Zeitbudget nach Bewertung der Studienbelastung während der Vorlesungszeit an Universitäten – Vergleich Bachelor und Diplom

Studierende im Erststudium, in Stunden/Woche je Antwortposition auf 5-stufiger Antwortskala von 1 = zu gering bis 5 = zu hoch

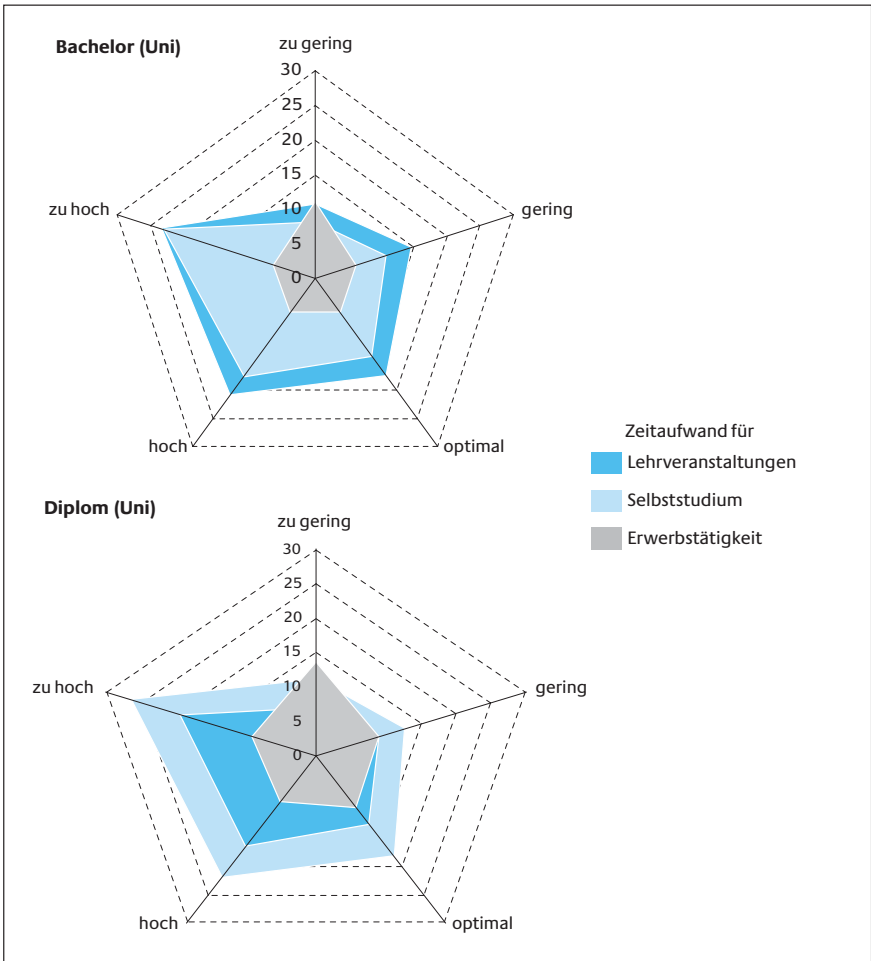


Bild 9.32 Zeitbudget nach Bewertung der Studienbelastung während der Vorlesungszeit an Fachhochschulen – Vergleich Bachelor und Diplom

Studierende im Erststudium, in Stunden/Woche je Antwortposition auf 5-stufiger Antwortskala von 1 = zu gering bis 5 = zu hoch

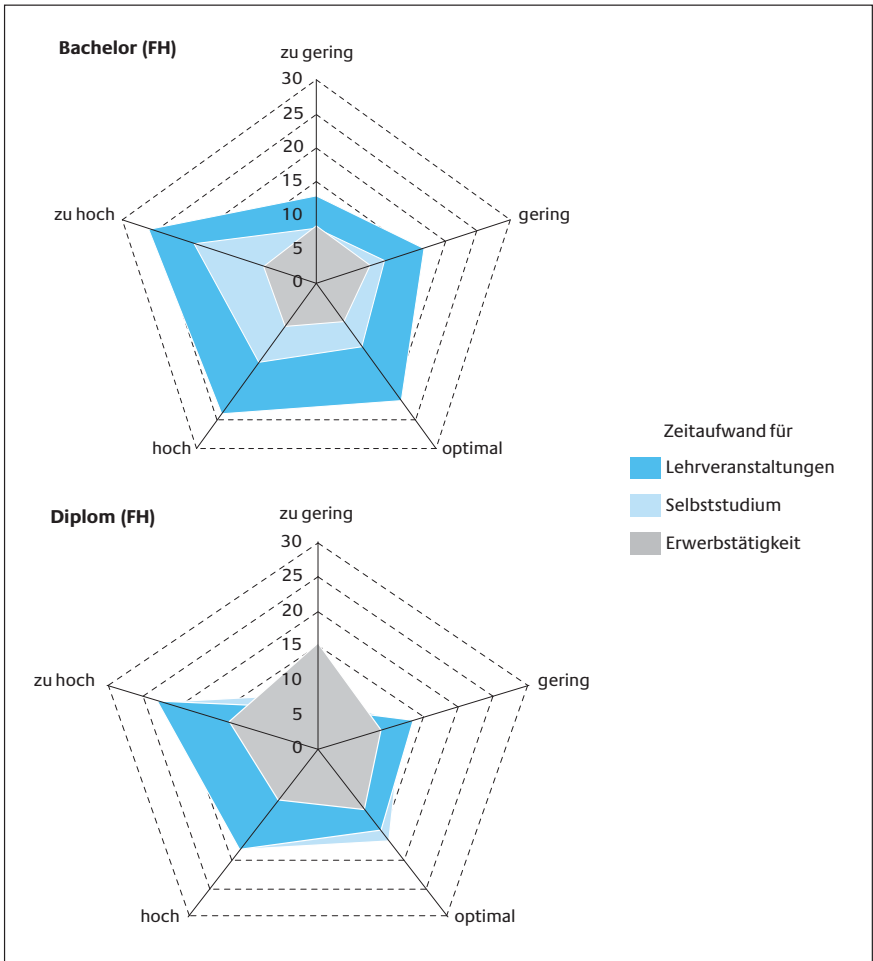


Bild 9.33 Zeitliche Belastung durch das Studium während der vorlesungsfreien Zeit nach Geschlecht, Art des Studiums und Hochschulart
Studierende im Erststudium, in %

zeitliche Belastung	insgesamt	Geschlecht		Hochschulart	
		männlich	weiblich	Universität	Fachhochschule
zu gering	7	8	6	5	10
gering	25	26	23	21	33
optimal	43	42	45	44	43
hoch	18	17	19	22	11
zu hoch	7	7	7	8	3

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

dienbelastung in diesen Phasen des Studienjahres weder als zu hoch noch als zu gering („optimal“: 43 %). Nur ein Drittel (32 %) bekundet, dass die zeitlich Belastung durch das Studium in der vorlesungsfreien Zeit (zu) gering ist.

Im Unterschied zur Bewertung der Studienbelastung während der Vorlesungszeit nehmen Frauen und Männer sehr ähnliche Einschätzungen in Bezug auf die Studienbelastung in der vorlesungsfreien Zeit vor.

Studierende an den Universitäten fühlen sich in der vorlesungsfreien Zeit durch das Studium stärker in Anspruch genommen als Studierende an Fachhochschulen. Da für die vorlesungsfreie Zeit das Zeitbudget der Studierenden nicht erhoben wurde, kann nicht beurteilt werden, welche objektiven Zeitaufwendungen hinter diesen Urteilen stehen.

Zeitliche Belastung und Abschlussart

Differenziert nach dem Abschluss, den die Studierenden anstreben, wiederholt sich der Eindruck, dass die studienbezogene Nutzung der vorlesungsfreien Zeit hochschulartspezifisch erfolgt. Relativ unabhängig vom Studiengang charakterisieren sich Studierende an den Universitäten im Vergleich zu jenen an Fachhochschulen häufiger als während der vorlesungsfreien Zeit durch das Studium (zu) hoch belastet (Bachelor: 29 % vs. 14 %, Diplom: 30 % vs. 11 %, Bild 9.34). Die Umkehrung gilt ebenso: Studierende an Fachhochschulen beschreiben die zeitliche Belastung durch das Studium während der vorlesungsfreien Zeit vergleichsweise oft als (zu) gering (Bachelor: 43 % vs. 30 %, Diplom: 46 % vs. 27 %).

Bild 9.34 Zeitliche Belastung durch das Studium in der vorlesungsfreien Zeit nach angestrebtem Abschluss

Studierende im Erststudium, in %

zeitliche Belastung	Bachelor (Uni)	Bachelor (FH)	Master	Diplom (Uni)	Diplom (FH)	Staats-examen (ohne LA)	Staats-examen (LA)
zu gering	6	10	6	6	12	4	5
gering	24	33	21	21	34	18	22
optimal	41	43	43	43	43	43	47
hoch	19	11	22	22	9	26	20
zu hoch	10	3	8	8	2	9	6

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

In Analogie zur Vorlesungszeit bewerten sich Studierende, die ein Staatsexamen (ohne Lehramt) anstreben, auch während der vorlesungsfreien Zeit am häufigsten als durch ihren Studienaufwand zeitlich (zu) hoch belastet (35 %) und fühlen sich vergleichsweise selten (zu) gering gefordert (22 %).

10. Studentische Erwerbstätigkeit

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick				
Erwerbstätigkeit im Sommersemester 2009 (in %)	insges.	Erst- studium	postgr. Studium	
Erwerbstätigenquote	67	66	80	
darunter: „laufend erwerbstätig“	40	38	67	
Erwerbstätigenquoten (Erststudium, in %)	2000	2006¹	2009	
Sommersemester	65	63	66	
vorlesungsfreie Zeit/ Frühjahr vor SoSe	65	62	64	
zu keiner Zeit erwerbstätig	26	31	30	
Erwerbstätigenquoten (in %) und Erwerbsaufwand (Median in Std./Woche) nach ausgewählten Abschlussarten 2009 (Erststudium)	Erwerbstätigen- quote		Erwerbs- aufwand	
Bachelor (U)	58		10	
Bachelor (FH)	63		10	
Diplom (U)	73		10	
Diplom (FH)	70		12	
Staatsexamen (o. LA)	51		8	
konsekutiver Master (U)	74		11	
Motive der Erwerbstätigkeit (Erststudium, Antwortposition „trifft völlig zu“)	2000	2006¹	2009	
notwendig für Lebensunterhalt	46	42	45	
sich etwas mehr leisten können	41	39	40	
Unabhängigkeit von den Eltern	29	28	30	
Sammlung praktischer Erfahrungen	28	26	26	
Kontakte für spätere Beschäftigung	17	16	16	
¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen				

Technische Hinweise

Definitionen

Erwerbstätigenquote

Anteil der Studierenden, die während der Vorlesungszeit des Sommersemesters 2009 gegen Entgelt gelegentlich, häufig oder laufend erwerbstätig waren. Aus der Berechnung ausgeschlossen werden ca. 7 % der Studierenden, die keine Angaben zu ihrer Erwerbstätigkeit machten.

Erwerbsaufwand

Durchschnittliche Anzahl an Stunden in der Woche, die jobbende Studierende für Erwerbstätigkeit aufbringen. Ausgewiesen wird jeweils der arithmetische Mittelwert der erwerbstätigen Studierenden, die Angaben zu ihrem Erwerbsaufwand machten.

Datenquellen

Daten der 19. Sozialerhebung, insbesondere Frage 26

Bezugsgruppe

Deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen

Vorbemerkung

Bis etwa Ende der 1980er Jahre lag der Anteil an Studierenden, die nebenher jobben, während der vorlesungsfreien Zeit mehr oder weniger deutlich über dem Anteil erwerbstätiger Studierender während der Vorlesungszeit. Spätestens seit Anfang der 1990er Jahre jedoch unterscheiden sich die Erwerbstätigenquoten in beiden Semesterphasen kaum noch voneinander.

Seit der Studienstrukturreform ist die vorlesungsfreie Zeit in zunehmend mehr Studiengängen zu einer Phase des Studienjahres geworden, die nicht mehr vorrangig Gelegenheit für frei organisierte Studienaktivitäten bietet, sondern in der regulierte und strukturierte studienbezogene Aktivitäten abverlangt werden (Prüfungen, Praktikum, Hausarbeiten, Übungen).

Obwohl sich die Bedingungen für die Erwerbstätigkeit in der vorlesungsfreien Zeit geändert haben und eine entsprechende Analyse durchaus von Interesse wäre, werden im vorliegenden Kapitel ausschließlich Befunde zur Erwerbstätigkeit während der Vorlesungszeit des Sommersemesters 2009 dargestellt. Die Befragung fand während dieser Studienphase statt, so dass aufgrund der zeitlichen Nähe nur die auf diese Phase bezogenen Angaben der Studierenden als zuverlässig gelten können.

Die Frage, ob sie während der Vorlesungszeit „gelegentlich“, „häufig“ oder „laufend“ erwerbstätig sind oder dafür keinen Bedarf oder keine Zeit haben, lässt ein – im Vergleich mit den meisten anderen Fragen der Untersuchung – relativ großer Teil der Befragten unbeantwortet. Bei der vorliegenden Studie fehlt von 7% der befragten Studierenden dazu eine Information.

Unter Hinzuziehung von Angaben zum Zeitbudget bzw. zu den Einnahmen aus eigenem Verdienst ist die Annahme gerechtfertigt, dass die Antwort überdurchschnittlich häufig von Studierenden fehlt, die keinen oder nur einen geringen Zeitaufwand für eine Erwerbstätigkeit haben bzw. keinen oder nur einen geringen Selbstfinanzierungsbeitrag leisten. Demzufolge ist davon auszugehen, dass mit der im Rahmen der Sozialerhebungen seit Jahren üblichen Berechnung der Erwerbstätigenquoten der Anteil an jobbenden Studierenden um zwei bis drei Prozentpunkte überschätzt wird. Kontrollen haben ergeben, dass dies für alle Untergruppen der Studierenden zutrifft, das heißt, dass der Nonresponse nicht systematisch mit sozio-demographischen oder studienbezogenen Merkmale der Studierenden in Zusammenhang steht.

10.1 Erwerbstätigenquote

Im Sommersemester 2009 waren mit 67 % mehr als zwei Drittel aller Studierenden nebenher erwerbstätig (Bild 10.1). Sie ist an den Universitäten nur geringfügig stärker verbreitet als an Fachhochschulen (67 % vs. 66 %). Drei Jahre zuvor betrug die Erwerbstätigenquote 64 %. Die Steigerung um drei Prozentpunkte seit dem Sommersemester 2006 zeigt, dass trotz der Verdichtung des Studiums (vgl. Kap. 9) die Studierenden Zeit und Gelegenheit finden, neben dem Studium zu jobben (vgl. Abschnitt 10.3.3 zu den Erwerbsmotiven).

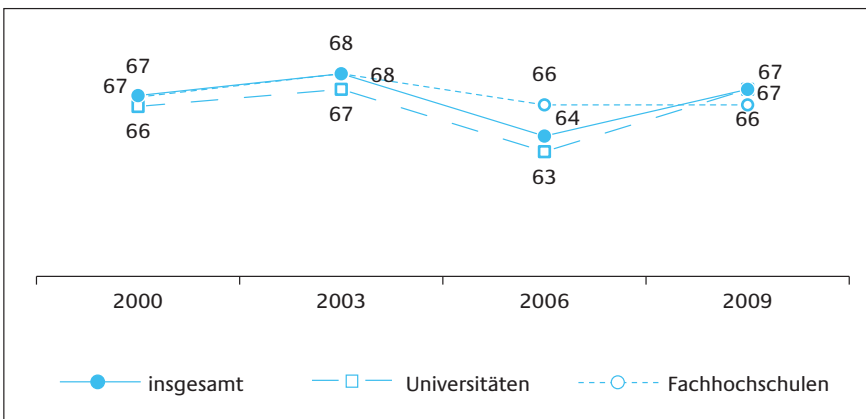
Die Erwerbstätigenquote des Sommersemesters 2009 liegt nur um einen Prozentpunkt unter der des Jahres 2003 und hat damit wieder das Niveau von 2000 erreicht (Bild 10.1).

An Universitäten und Fachhochschulen verlief die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung seit 2000 in etwa gleich. Neu jedoch ist, dass 2009 Studierende an Fachhochschulen anteilig seltener nebenher jobben als die an Universitäten (66 % vs. 67 %).

Die längere, ein knappes Jahrzehnt umfassende Rückschau weist das Jahr 2003 mit dem höchsten Anteil und das

Bild 10.1 Entwicklung der Erwerbstätigenquote während der Vorlesungszeit nach Hochschulart 2000 - 2009

in %¹



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Jahr 2006 mit dem niedrigsten Anteil an jobbenden Studierenden aus. Der für 2009 gemessene erneute Bedeutungszuwachs studentischer Erwerbstätigkeit bestätigt sich auch anhand der Höhe des eigenen Verdienstes und seinem Anteil an den Einnahmen sowie dem Anteil der Studierenden, die eigenen Verdienst zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten einsetzen (vgl. Kap. 6).

Erststudium

Von den Studierenden im Erststudium waren im Sommersemester 2009 zwei Drittel neben dem Studium erwerbstätig (66 %, Bild 10.2). Auch hier ist ein Anstieg um drei Prozentpunkte im Vergleich zu 2006 zurück auf das Niveau von 2003 zu beobachten. Im Vergleich zu 2006 ist vor allem der Anteil an Studierenden, die „laufend“ erwerbstätig waren, gestiegen (2006: 33 % vs. 2009: 38 %).

Gegenläufig zu den diesbezüglichen Erwartungen in Zusammenhang mit der Verdichtung des Studiums äußerten 3 % weniger Studierende, dass sie aufgrund ihrer Studienbelastung nicht nebenher Geld verdienen können (2009: 21 % vs. 2006: 24 %). Diese Einschätzung fällt jedoch in Abhängigkeit vom Studiengang unterschiedlich aus: Studierende, die einen Bachelor anstreben, sagen zu 24 %, dass sie wegen der Studienbelastung nicht jobben könnten. Bachelor-Studierende an Universitäten äußern sich anteil-

lig deutlich mehr in dieser Weise als Fachhochschulen (27 % vs. 22 %).¹

Studierende, die neben dem Studium jobben, tun das im Durchschnitt 14 Stunden pro Woche. Wer nur „gelegentlich“ arbeitet, wendet dafür acht Stunden wöchentlich auf. Den höchsten Erwerbsaufwand leisten mit 16 Wochenstunden Studierende, die sich als „laufend“ erwerbstätig bezeichnet haben. Für die Gruppe der „gelegentlich“ Erwerbstätigen hat sich der Umfang der Erwerbstätigkeit im Vergleich zu 2006 um etwa eine Stunde reduziert. Für die beiden übrigen Gruppen hingegen („häufig“, und „laufend“ gearbeitet) entspricht der Erwerbsaufwand dem Umfang, der drei Jahre zuvor ermittelt wurde.

Postgraduales Studium

Im postgradualen Studium ist die Erwerbstätigenquote erwartungsgemäß deutlich höher als im Erststudium. In der Vorlesungszeit des Sommersemesters 2009 waren 80 % der graduierten Studierenden erwerbstätig. Für sie zeichnen sich ähnliche Entwicklungen wie im Erststudium ab: Anstieg des Anteils an Studierenden, die nebenher jobben um zwei Prozentpunkte, Erhöhung des Anteils jener, die „laufend“ erwerbstätig sind (um acht Prozentpunkte) sowie relative Stabilität beim durchschnittlichen Erwerbsaufwand.

¹ Der im Rahmen der 19. Sozialerhebung geplante Sonderbericht zum Bachelor-Studium wird sich dieser Thematik ausführlicher widmen.

Bild 10.2 Erwerbstätigenquote, Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit und Erwerbsaufwand 2000 - 2009¹

in %, arithm. Mittel in Stunden/Woche

Vorlesungszeit Sommersemester	Erststudium				postgraduales Studium			
	2000	2003	2006	2009	2000	2003	2006	2009
Erwerbstätigenquote	65	66	63	66	81	82	78	80
Erwerbstätigkeit (in %)								
nicht erforderlich wg. Studienbelastung	13	11	10	10	10	11	12	11
nicht möglich	21	20	24	21	8	6	9	8
ohne Erfolg Job gesucht	2	3	4	3	1	1	2	1
gelegentlich gearbeitet	23	19	19	18	12	10	11	9
häufig gearbeitet	16	11	10	10	11	6	7	4
laufend gearbeitet	25	36	33	38	58	66	59	67
Erwerbsaufwand (arithm. Mittel in Std./Woche)								
gelegentlich gearbeitet	9	8	9	8	10	10	10	10
häufig gearbeitet	15	13	13	13	18	17	16	15
laufend gearbeitet	18	15	16	16	29	26	26	25
insgesamt	14	13	14	14	25	23	24	23

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

10.2 Einflussfaktoren der Erwerbstätigkeit

10.2.1 Alte versus neue Länder

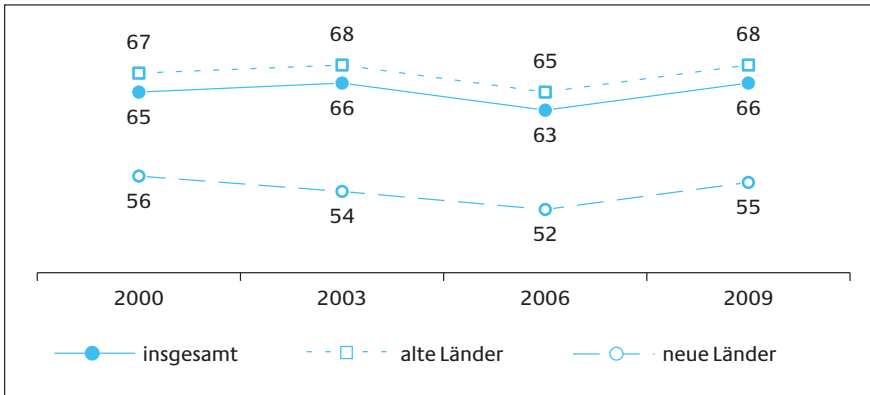
Von den Studierenden, die im Sommersemester 2009 in den alten Ländern ein Erststudium absolvieren, sind 68 % nebenher erwerbstätig. Gleiches trifft nur auf 55 % der Studierenden in den neuen Ländern zu (Bild 10.3).

Der für die Studierenden insgesamt registrierte Anstieg des Anteils erwerbstätiger Studierender betrifft für beide Regionen gleichermaßen zu. Im Vergleich zu 2006 stieg die Erwerbstätigenquote um jeweils drei Prozentpunkte.

Differenziert nach der Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit fällt insbesondere für die alten Länder auf, dass der Anteil der „laufend“ erwerbstätigen Studierenden um fünf Prozentpunkte gestiegen ist

Bild 10.3 Entwicklung der Erwerbstätigenquote während der Vorlesungszeit nach Region 2000 - 2009

Studierende im Erststudium, in %¹



¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

(2006: 35 %, 2009: 40 %, Bild 10.4). In den neuen Ländern erhöhte sich dieser Anteil um drei Prozentpunkte und ist damit nach wie vor deutlich niedriger als in den alten Ländern.

In beiden Regionen äußern 2009 zwischen zwei und drei Prozent weniger Studierende als im Jahr 2006, dass sie aufgrund ihrer Studienbelastung nicht nebenher erwerbstätig sein können. Auch innerhalb der Regionen lassen sich die bereits erwähnten Unterschiede je nach Abschluss- und Hochschulart beobachten: So antworten von den Bachelor-Studierende in den alten Ländern 23 %, dass sie wegen der Studienbelastung nicht jobben können. Gleich lautend äußern

sich sogar 31 % der Bachelor-Studierenden in den neuen Ländern.

Im Gegensatz zum Anteil an erwerbstätigen Studierenden sind die Unterschiede in der Anzahl der wöchentlich geleisteten Stunden zwischen den neuen und den alten Ländern vergleichsweise gering. Wer „laufend“ jobbt, tut das wöchentlich im Durchschnitt in einem Umfang von etwa 16 Stunden. Wer „häufig“ arbeitet, hat einen Erwerbsaufwand von 14 bzw. 12 Stunden. Neun bzw. acht Stunden in der Woche jobben diejenigen, die sich als „gelegentlich“ erwerbstätig bezeichnet haben. Im Vergleich zu 2006 zeichnen sich nur wenig Veränderungen ab: Es hat sich der Erwerbsaufwand der

„gelegentlich“ Jobbenden in beiden Regionen um etwa eine Stunde pro Woche verringert. Gleiches trifft auf die „laufend“ erwerbstätigen Studierenden in den neuen Ländern zu (Bild 10.4).

10.2.2 Allgemeine Studiengebühren

Die Tatsache, ob allgemeine Studiengebühren erhoben werden oder nicht, liefert keine eindeutige Erklärung des Anstieges der Erwerbstätigenquoten gegenüber der „Nullmessung“, das heißt der Befragung im Sommersemester 2006.

Innerhalb der alten Länder stieg die Erwerbstätigenquote sowohl in den Ländern, die allgemeine Studiengebühren erheben, als auch in jenen, die keine Gebührenpflicht eingeführt haben, um jeweils zwei Prozentpunkte. Darüber hinaus erhöhte sich in beiden Ländergruppen der Anteil an Studierenden, die „laufend“ erwerbstätig sind. Es fällt jedoch auf, dass dieser Anstieg in Gebührenländern mit fünf Prozentpunkten höher ausfiel als in gebührenfreien (alten) Ländern (zwei Prozentpunkte, Bild. 10.4).

Wie viele Stunden die Studierenden in eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium investieren, kann mit den vorhandenen Daten in keinen direkten Zusammenhang mit der Gebührenpflicht gestellt werden: „Gelegentlich“ und „häufig“ erwerbstätige Studierende in den al-

ten Ländern ohne Gebührenpflicht investieren durchschnittlich genauso viel Zeit in einen Job wie Studierende, die in einem Land studieren, das allgemeine Studiengebühren erhebt (Bild 10.4). Von den Studierenden, die „laufend“ jobben, haben diejenigen, die in einem Land mit Gebührenpflicht immatrikuliert sind, einen Erwerbsaufwand, der zwei Stunden geringer ist als bei ihren Kommiliton/innen in einem gebührenfreien Land. Wie in Kapitel 6 dargelegt, erhalten Studierende in Ländern, die keine allgemeinen Studiengebühren erheben, in der Regel eine geringere finanzielle Unterstützung von ihren Eltern und sind deshalb stärker darauf angewiesen, ihren Lebensunterhalt mit eigenen Einnahmen zu bestreiten.

Innerhalb der gebührenerhebenden Länder spielt es für die Erwerbstätigkeit eine Rolle, ob die Gebühren gezahlt werden müssen oder die Studierenden von der Zahlung ausgenommen oder befreit sind. Von den Studierenden, die der Zahlspflicht unterliegen, verdienen 68 % neben dem Studium Geld (Bild 10.5). Im Vergleich dazu jobben von den Studierenden, die von der Zahlung ausgenommen bzw. befreit sind, mit 65 % anteilig etwas weniger.

Auch gemessen an der Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit sind Gebührenzahler/innen etwas stärker erwerbsorientiert. Sie sagen häufiger als die von der Gebührenzahlung Befreiten, dass sie

Bild 10.4 Erwerbstätigkeit und Erwerbsaufwand – Vergleich neue und alte Länder 2006- 2009

Studierende im Erststudium, in %, arithm. Mittel in Stunden/Woche

	neue Länder		alte Länder						
			insg.		Studiengebühren				
	2006	2009			2006	2009	ohne	mit	2006
Erwerbstätigenquote	52	55	65	68	66	68	65	67	
Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit (in %)									
nicht erforderlich	13	13	9	9	9	10	9	10	
wegen Studienbelastung nicht möglich	30	28	23	20	22	18	23	20	
ohne Erfolg Job gesucht	5	5	3	3	3	3	3	3	
gelegentlich gearbeitet	18	19	19	17	19	18	19	17	
häufig gearbeitet	11	9	11	11	11	12	11	10	
laufend gearbeitet	23	26	35	40	36	38	35	40	
Erwerbsaufwand (arithm. Mittel in Std./Woche)									
gelegentlich gearbeitet	10	9	9	8	9	8	8	8	
häufig gearbeitet	14	14	13	13	14	13	13	13	
laufend gearbeitet	17	16	16	16	17	17	16	15	
insgesamt	15	14	14	14	15	15	14	13	

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

„häufig“ bzw. „laufend“ erwerbstätig sind. Die „laufend“ Erwerbstätigen unter ihnen investieren zudem im Durchschnitt einen um eine Stunde höheren Zeitaufwand in den Job.

Die Erwerbstätigkeit der Gebührenzahler/innen steht in engem Zusammenhang mit der Quelle, aus der sie die allgemeinen Studiengebühren finanzieren.

Mehr als die Hälfte der Studierenden bestreitet die Studiengebühren ganz oder teilweise mit Mitteln der Eltern (59 %, vgl. Bild 7.20). Von diesen Studierenden sind mit 64 % anteilig deutlich weniger erwerbstätig als von den Studierenden, deren Eltern nicht zur Finanzierung der Studiengebühren beitragen (73 %, Bild 10.6). Letztere gehören vergleichsweise häufig

Bild 10.5 Erwerbstätigkeit und Erwerbsaufwand in Gebührenländern
Studierende im Erststudium, in %, arithm. Mittel in Stunden/Woche

	Studiengebühren	
	befreit	zahlend
Erwerbstätigenquote	65	68
Regelmäßigk. d. Erwerbstätigkeit (in %)		
nicht erforderlich	11	9
wg. Studienbelastung nicht möglich	21	20
ohne Erfolg Job gesucht	3	3
gelegentlich gearbeitet	18	17
häufig gearbeitet	9	11
laufend gearbeitet	38	40
Erwerbsaufwand (arithm. Mittel in Std./Wo.)		
gelegentlich gearbeitet	7	8
häufig gearbeitet	13	13
laufend gearbeitet	14	15
insgesamt	12	13

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

zu denjenigen, die „laufend“ jobben (48 %). Studierende, die ohne Mittel von den Eltern die Studiengebühren finanzieren, investieren zudem einen signifikant höheren Zeitaufwand in die Erwerbstätigkeit neben dem Studium (14 Stunden/Woche vs. 11 Stunden/Woche).

Die zweitwichtigste Quelle zur Finanzierung der Studiengebühren ist der

eigene Verdienst, den 30 % aller Gebührenzahler/innen einsetzen. Dementsprechend jobben 91 % dieser Studierenden neben dem Studium, 63 % sogar „laufend“. Sie wenden dafür durchschnittlich 15 Stunden in der Woche auf. Das sind im Mittel vier Stunden mehr als Studierende in einen Job investieren, die den eigenen Verdienst nicht zur Finanzierung der Studiengebühren einsetzen (müssen). Von ihnen sind darüber hinaus mit 58 % deutlich weniger neben dem Studium erwerbstätig.

10.2.3 Länder und Hochschulstandorte

Wie viele Studierende neben dem Studium jobben, hat auch mit den regionalen Rahmenbedingungen zu tun, vor allem mit dem Arbeitsmarkt und den Beschäftigungschancen für Studierende. In strukturschwachen Regionen mit hoher Erwerbslosigkeit bestehen auch für Studierende vergleichsweise schlechte Voraussetzungen, einen Job zu finden. In Ballungszentren sind die Beschäftigungschancen dagegen vergleichsweise gut.

Unter den Studierenden im Erststudium arbeiten die in Berlin immatrikulierten anteilig am häufigsten (73 %, Bild 10.7). Die zweithöchste Erwerbstätigenquote findet sich unter Studierenden in Hamburg (72 %), gefolgt von Nordrhein-Westfalen (71 %), Bremen und Rheinland-Pfalz (je (70 %).

Bild 10.6 Erwerbstätigkeit und Erwerbsaufwand gebührendzahlender Studierender nach Finanzierungsquellen¹ für die Studiengebühren

Studierende im Erststudium, in %, arithm. Mittel in Stunden/Woche

	Finanzierungsquelle für Studiengebühren			
	Eltern		eigener Verdienst	
	ja	nein	ja	nein
Erwerbstätigenquote	64	73	91	58
Regelmäßigk. d. Erwerbstätigkeit (in %)				
nicht erforderlich	10	7	2	12
wg. Studienbelastung nicht möglich	23	17	6	26
ohne Erfolg Job gesucht	3	3	1	4
gelegentlich gearbeitet	19	14	14	18
häufig gearbeitet	10	11	14	9
laufend gearbeitet	35	48	63	31
Erwerbsaufwand (arithm. Mittel in Std./Wo.)				
gelegentlich gearbeitet	8	8	9	8
häufig gearbeitet	12	14	14	12
laufend gearbeitet	13	16	17	13
insgesamt	11	14	15	11

¹ ausgewählte Finanzierungsquellen

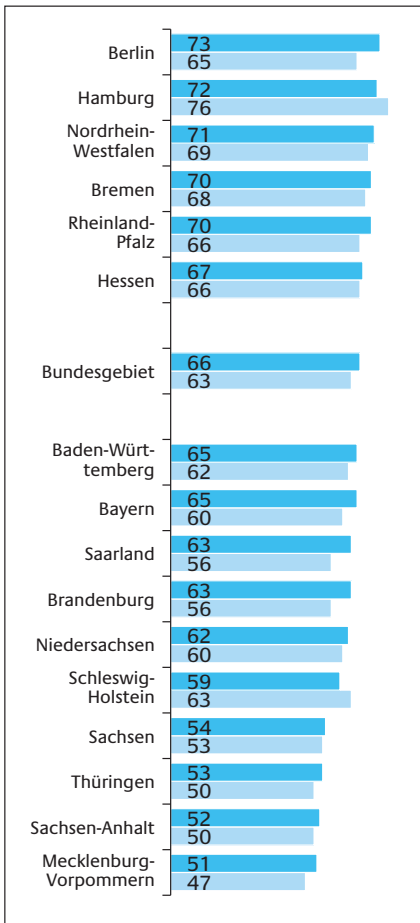
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Strukturschwache Länder, in denen die Arbeitslosenquoten überdurchschnittlich hoch sind, weisen gleichzeitig die niedrigsten Quoten erwerbstätiger Studierender auf: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. In diesen Ländern äußern relativ viele, dass sie keinen Job gefunden haben (zwischen 4 % und 6 %).

Mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Hamburg hat sich innerhalb der letzten drei Jahre der Anteil erwerbstätiger Studierender in allen Ländern erhöht. Am deutlichsten war der Anstieg in Berlin (acht Prozentpunkte), in Brandenburg und im Saarland (jeweils sieben Prozentpunkte), in Bayern (fünf Prozentpunkte), in Mecklenburg-Vorpommern und in Rheinland-Pfalz (jeweils vier Prozentpunkte).

Bild 10.7 Erwerbstätigenquoten nach Land der Hochschule 2006 - 2009

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Die Wirtschaftskraft einer Region kann jedoch nicht die alleinige Erklärung für Disparitäten in der studentischen Erwerbstätigkeit sein. Es sind weitere Faktoren von Bedeutung, wie zum Beispiel die Größe des Standortes, der Anteil Studierender am Hochschulort oder die Rolle der Erwerbstätigkeit für die Finanzierung der Studierenden.

Das komplexe Bedingungsgefüge für studentische Erwerbstätigkeit veranschaulichen die stark variierenden Erwerbstätigenquoten Studierender im Vergleich einzelner Hochschulstandorte (Bild 10.8). Im Erststudium reicht die Spanne von 84 % erwerbstätigen Studierende in Wuppertal bis zu 50 % in Jena.

10.2.4 Sozio-demographische Merkmale

Alter

Mit dem Alter der Studierenden steigt der Anteil derjenigen, die neben dem Studium arbeiten. Von den Studierenden im Alter bis zu 20 Jahren verdient nicht einmal jeder zweite nebenher Geld (Bild 10.9). Im Alter ab 23 Jahren arbeiten bereits zwei Drittel der Studierenden, und ab Mitte Zwanzig sind etwa drei Viertel erwerbstätig. Mit der Erwerbstätigenquote nimmt auch der Anteil derer kontinuierlich zu, die nach eigener Einschätzung „laufend“ erwerbstätig sind. Unter den jüngsten Studierenden im Erststudium

Bild 10.8 Erwerbstätigenquoten nach Hochschulstandort¹

Studierende im Erststudium, in %

Standort	Erw.- quote	Standort	Erw.- quote	Standort	Erw.- quote
Wuppertal	84	Kassel	70	Regensburg	63
Köln	79	Stuttgart	70	Aachen	62
Frankfurt am Main	76	Münster	69	Karlsruhe	60
Dortmund	76	Potsdam	69	Tübingen	60
Mainz	73	Hannover	69	Gießen	59
Berlin	73	Heidelberg	69	Würzburg	59
Düsseldorf	73	Bochum	68	Braunschweig	59
Hamburg	72	Paderborn	68	Magdeburg	58
Darmstadt	71	Bonn	68	Dresden	58
München	71	Freiburg	67	Konstanz	57
Erlangen	71	Augsburg	66	Göttingen	56
Trier	71	Saarbrücken	66	Halle	54
Duisburg	70	Rostock	66	Leipzig	54
Bremen	70	Kiel	64	Marburg	54
Bielefeld	70	Ulm	63	Jena	50

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ nur Hochschulstandorte mit mindestens 100 Fällen in der Stichprobe

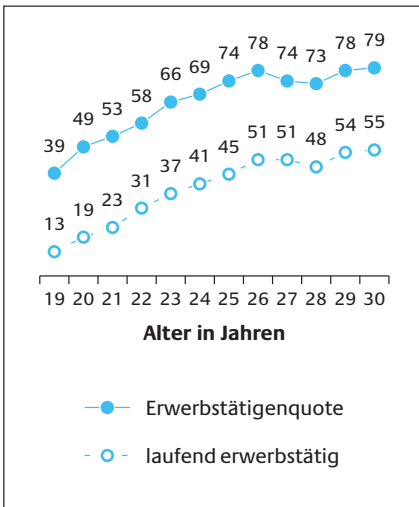
sind 13 % „laufend“ erwerbstätig. Bis zu einem Alter von Mitte Zwanzig erhöht sich dieser Anteil stetig und übersteigt bei den 26-Jährigen bereits die 50 %-Marke.

Die altersabhängige Betrachtung der Erwerbstätigenquoten bestätigt die zuvor dargestellte Entwicklung, dass die studentische Erwerbsbeteiligung seit 2006 wieder gestiegen ist. Für alle Altersstufen ist ein Anstieg des Anteils derer zu verzeichnen, die neben dem Studium jobben. Die Steigerung fiel jedoch für Studie-

rende im Alter zwischen 23 und 26 Jahren besonders hoch aus (zwischen vier und sechs Prozentpunkten). Anhand der Analyse nach Anzahl absolvierter Hochschulsemester wird zu überprüfen sein, ob sich hinter dieser Altersabhängigkeit ein Zusammenhang zwischen Studienphase und Erwerbstätigenquote verbirgt (vgl. Abschnitt 10.2.5).

Bild 10.9 Erwerbstätigenquote und Anteil laufend erwerbstätiger Studierender nach Alter

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Geschlecht

Im Erststudium unterscheiden sich die Anteile Erwerbstätiger zwischen Studentinnen und Studenten insgesamt nur um einen Prozentpunkt (66 % vs. 65 %).

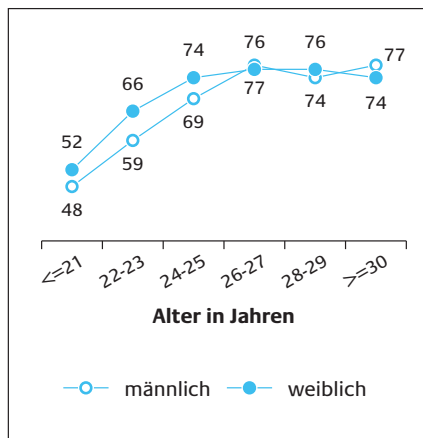
Bis zu einem Alter von Mitte Zwanzig jobben anteilig mehr Frauen als Männer neben dem Studium (Bild 10.10). Das hängt auch damit zusammen, dass Frauen aufgrund ihres – bezogen auf den Lebensverlauf – durchschnittlich früheren Studienbeginns bei gleichem Alter be-

reits eine höhere Studienphase erreicht haben als Männer.

Der Unterschied in den Erwerbstätigkeitsquoten kehrt sich erst in einem Alter ab 30 Jahren um. Darüber hinaus gehören Frauen etwas häufiger als Männer zu den „laufend“ Erwerbstätigen (39 % vs. 37 %). Die unterschiedlichen Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen stehen in engem Zusammenhang mit abweichenden Fachkulturen. Wie weiter unten gezeigt werden wird, ist das Jobben nebenher in den einzelnen Fächern unterschiedlich stark verbreitet. Aufgrund der geschlechtsspezifischen Studienfachwahl (vgl. Kap. 5) schlagen sich diese Dis-

Bild 10.10 Erwerbstätigenquote nach Geschlecht und Alter

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

paritäten in entsprechend abweichenden Erwerbstätigenquoten nieder.

Soziale Herkunft

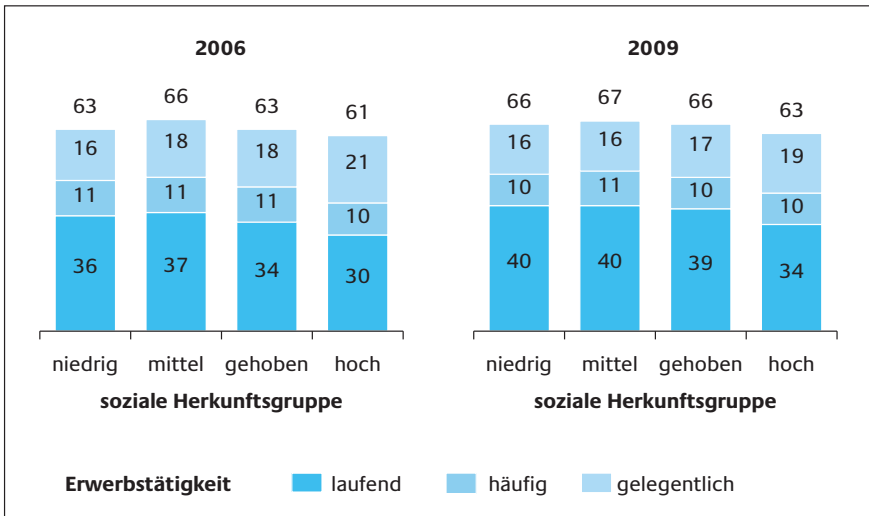
Die Erwerbstätigenquoten der Studierenden unterschiedlicher sozialer Herkunft weichen seit Jahren vergleichsweise wenig voneinander ab. Erwartungsgemäß weisen Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ den geringsten Anteil an Erwerbstätigen auf (63 %, Bild 10.11, linke Grafik). Studierende der Herkunftsgruppe „mittel“ jobben am häufigsten neben

dem Studium (67 %). Auf etwa gleichem Niveau ist die Erwerbstätigenquote der übrigen beiden Herkunftsgruppen („niedrig“ und „gehoben“: je 66 %).

Angesichts der Binnendifferenzierung nach Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit wird deutlich, dass zwischen den Herkunftsgruppen durchaus Unterschiede bestehen in Bezug auf die Notwendigkeit, nebenher Geld zu verdienen. Ablesen lässt sich das insbesondere an dem Anteil derer, die „laufend“ erwerbstätig sind. Er beträgt unter den Studierenden

Bild 10.11 Erwerbstätigenquote und Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit nach sozialer Herkunft 2006 - 2009

Studierende im Erststudium, in %



der Herkunftsgruppe „hoch“ 34 % und liegt damit zwischen fünf bzw. sechs Prozentpunkten unter den entsprechenden Anteilen in den übrigen drei Herkunftsgruppen (39 % bzw. 40 %, Bild 10.11).

Für alle vier Herkunftsgruppen ist ein Anstieg der Erwerbstätigenquoten im Vergleich zum Sommersemester 2006 zu verzeichnen. Er fiel mit drei Prozentpunkten für Studierende der Herkunftsgruppen „gehoben“ und „niedrig“ am höchsten aus und war für diejenigen der Herkunftsgruppe „mittel“ am geringsten (ein Prozentpunkt (Bild 10.11, rechte Grafik). Gemessen am Anteil derer, die „laufend“ jobben, war 2006 die Grenze noch weniger eindeutig. Studierende der Herkunftsgruppe „gehoben“ wiesen diesbezüglich noch einen Wert auf, der klar zwischen jenem der Herkunftsgruppe „hoch“ auf der einen Seite und dem der Studierenden der Herkunftsgruppen „mittel“ und „niedrig“ auf der anderen Seite lag.

10.2.5 Hochschulzugang und Studienverlauf

Wie viele Studierende neben dem Studium erwerbstätig sind, steht unter anderem in Zusammenhang mit Merkmalen des Hochschulzugangs, des Studiums selbst und seines bisherigen Verlaufs.

Je direkter der Weg zur Hochschule genommen wurde, desto geringer ist der

Anteil erwerbstätiger Studierender. Studierende, die eine allgemeine Hochschulreife erworben haben, jobben seltener als beispielsweise solche, die über eine fachgebundene Hochschulreife verfügen (65 % vs. 67 %, Bild 10.12). Studierende, die vor dem Studium bereits einen Beruf erlernt haben, sind im Vergleich zu solchen ohne beruflichen Abschluss häufiger auch während des Studiums erwerbstätig (70 % vs. 64 %).

Unstetigkeit im Studienverlauf, beispielsweise durch den Wechsel des Studiengangs, oder eine Unterbrechung des Studiums, steht in Zusammenhang mit vergleichsweise hohen Erwerbstätigenquoten bzw. hohem zeitlichen Erwerbseinsatz. Bei nicht wenigen Studierenden ist die Studienunterbrechung durch die Notwendigkeit zur Selbstfinanzierung (mit) verursacht (vgl. Kap 5).

Mit der Studiendauer steigt der Anteil derer, die neben dem Studium Geld verdienen, ebenso kontinuierlich wie die wöchentliche Stundenzahl, die dafür aufgewendet wird. Das begründet sich nicht zuletzt mit dem oben bereits aufgezeigten engen Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Alter der Studierenden.

Die Überprüfung des Zusammenhangs der Erwerbstätigkeitsquoten mit dem Alter der Studierenden und der Anzahl der bereits absolvierten Hochschulsemester in einem gemeinsamen Modell

Bild 10.12 Erwerbstätigenquote nach Merkmalen des Hochschulzugangs und Studienphase
Studierende im Erststudium, in %, arithm. Mittel in Stunden/Woche

Merkmal	Erwerbstätigenquote	Erwerbsaufwand
	in %	arithm. Mittel
Hochschulzugangsberechtigung		
allgemeine HS-Reife	65	13
Fachhochschulreife	67	16
fachgeb. HS-Reife	66	17
Berufsausbildung vor dem Studium		
nein	64	13
ja	70	16
Studiengangwechsel		
nein	64	13
ja	72	15
Studienunterbrechung		
nein	64	13
ja	75	18
Hochschulsemester		
1. + 2.	50	12
3. + 4.	58	12
5. + 6.	67	13
7. + 8.	70	13
9. + 10.	75	14
11. + 12	75	16

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

(logistische Regression) zeigt, dass diese Quote mit der Studienphase etwas höher korreliert als mit dem Lebensalter.

In Kapitel 6 ist detailliert dargestellt, dass die Zusammensetzung der Mittel für die Lebensführung aus verschiedenen Finanzierungsquellen stark altersabhängig ist und dass proportional zum Alter die Bedeutung der Selbstfinanzierung zunimmt.

10.2.6 Studiengang

Zahlreiche Merkmale des Studiums wie Regelungsdichte und Fachkultur beeinflussen die Möglichkeiten, neben dem Studium zu jobben. Insofern sind Unterschiede bei den Erwerbstätigenquoten in Abhängigkeit vom gewählten Studiengang zu erwarten.

Im Folgenden wird überprüft, ob sich bei einer Differenzierung nach Abschlussarten und Fächergruppen entsprechende Unterschiede auch empirisch nachweisen lassen.

Abschlussart

Zu denjenigen, die relativ selten erwerbstätig sind, gehören seit langem Studierende in lernintensiven Studiengängen mit hoher Regelungsdichte, die mit dem Staatsexamen abschließen (v. a. Medizin und Pharmazie). Nur etwas mehr als die Hälfte der Studierenden in diesen Studiengängen (51 %, Bild 10.13) arbeitet neben dem Studium. Im Vergleich zu 2006 ist allerdings auch für Studierende dieser Studiengänge der Anteil derer gestiegen, die nebenher jobben (2006: 48 %). Erwerbstä-

Bild 10.13 Erwerbstätigenquote nach Art des Abschlusses

Studierende im Erststudium, in %, arithm. Mittel in Stunden/Woche

Abschlussart	Erwerbstätigenquote	Erwerbsaufwand
	in %	arithm. Mittel
Staatsexam. (o. LA)	51	12
Bachelor (U)	58	12
Staatsexam. (LA)	74	12
konsekutiver Master	74	13
Diplom (Uni)	73	14
Bachelor (FH)	63	15
Diplom (FH)	70	17

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

tige Studierende, die ein Staatsexamen (ohne Lehramt) erwerben wollen, haben zudem mit zwölf Stunden in der Woche einen geringeren zeitlichen Aufwand als im Durchschnitt aller.

Die Erwerbstätigenquote der Studierenden, die einen Bachelor an einer Universität anstreben, liegt mit 58 % unterhalb des Anteils an erwerbstätigen Studierenden im Erststudium insgesamt. Ihre in Jobs investierte Zeit liegt mit zwölf Stunden in der Woche (Bild 10.13) unter dem Durchschnitt aller Studierenden im Erststudium (vgl. Bild 10.2).

Von den Bachelor-Studierenden an Fachhochschulen sind 63 % erwerbstätig

mit einem überdurchschnittlich hohen Zeitaufwand (15 Stunden/Woche).

Deutlich höher sind dagegen die Anteile erwerbstätiger Studierender in Diplom-Studiengängen. An Fachhochschulen jobben 70 % von ihnen etwa 17 Stunden in der Woche. An Universitäten beträgt in diesen Studiengängen der Anteil Erwerbstätiger 73 %. Sie leisten etwa 14 Stunden bezahlte Arbeit pro Woche.

Noch höhere Erwerbstätigenquoten weisen Studierende auf, die ein Staatsexamen für ein Lehramt anstreben oder in einem konsekutiven Master-Studiengang immatrikuliert sind (jeweils 74 %).

Neben dem unterschiedlichen Grad an Strukturiertheit des Studiums besteht eine wesentliche Erklärung für die dargestellten erwerbsbezogenen Unterschiede darin, dass die Bachelor-Studierenden jünger sind als ihre Kommiliton/innen, die häufig in auslaufenden Studiengängen ein Diplom oder einen Magistergrad anstreben. Auf den engen Zusammenhang zwischen dem Alter der Studierenden und ihrer Erwerbsbeteiligung wurde bereits verwiesen (vgl. Bild 10.9).

Der Vergleich der Anteile erwerbstätiger Studierenden für altershomogene Gruppen unterstreicht jedoch auch, dass zwischen den Studiengängen vergleichsweise große Unterschiede bestehen in den Möglichkeiten und Gepflogenheiten, neben dem Studium zu jobben. Auch innerhalb der Gruppe der Studierenden in

einem Alter von bis zu 23 Jahren gehören Studierende, die ein Staatsexamen (ohne Lehramt) anstreben, anteilig selten zu den Erwerbstätigen. Bachelor-Studierende an beiden Hochschularten weisen ebenfalls vergleichsweise geringe Erwerbstätigenquoten auf.

Abschlussart	Erwerbstätigenquote Studierender im Erststudium im Alter bis zu 23 Jahren
Staatsexam. (o. LA)	47
Bachelor (U)	54
Bachelor (FH)	56
Diplom (FH)	59
Diplom (Uni)	63
Staatsexam. (LA)	70

Studienbereiche

Auch im Vergleich der Fächergruppen zeigt sich eine breite Spanne der Anteile an erwerbstätigen Studierenden. An den Universitäten gehören Studierende in Fächern wie Pharmazie, Chemie und Humanmedizin zu denen mit den niedrigsten Erwerbstätigenquoten (Bild 10.14).

Überdurchschnittlich hohe Anteile an erwerbstätigen Studierenden weisen hingegen Studierende auf, die Sonderpädagogik, Erziehungs-, Bibliothekswissenschaften oder Musik bzw. Musikwissenschaften studieren.

Etwas weniger breit streut die Erwerbsbeteiligung der Studierenden an

Fachhochschulen, wengleich sich auch hier deutliche Unterschiede zwischen den Fächern zeigen. Die geringsten Erwerbstätigenquoten weisen Studierende auf, die Elektrotechnik, Ingenieurwissenschaften (allg.) oder Wirtschaftsingenieurwesen studieren (Bild 10.14). Vergleichsweise hohe Anteile erwerbstätiger Studierender sind hier in Fächern der Bildenden Kunst, des Sozialwesens und des Maschinenbaus/der Verfahrenstechnik zu finden.

Sind insgesamt keine Unterschiede in den Erwerbstätigenquoten an Universitäten und Fachhochschulen festzustellen, so zeigen sich doch einige bemerkenswerte fachspezifische Differenzen. So liegt der Anteil erwerbstätiger Studierender in Maschinenbau/Verfahrenstechnik an Fachhochschulen mit 92 % erheblich höher als der in Maschinenbau/Verfahrenstechnik an Universitäten (61 %). In Informatik beispielsweise ist der Unterschied umgekehrt und insgesamt etwas geringer.

10.3 Motive studentischer Erwerbstätigkeit

Die Gründe für eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium sind vielfältig. Neben ökonomischen Motiven (notwendiger Beitrag zum Lebensunterhalt, sich etwas mehr leisten können) spielen lebenslaufspezifische Motivlagen (Unabhängigkeit

Bild 10.14 Erwerbstätigenquote nach Hochschulart und Studienbereichen¹

Studierende im Erststudium, in %

Studienbereich	Erw. quote	Studienbereich	Erw. quote
Universitäten ges.	66	Informatik	72
Pharmazie	37	Geographie	73
Chemie	48	Anglistik, Amerikanistik	74
Humanmedizin	49	Germanistik (Deutsch)	75
Wirtschaftsingenieurwesen	58	Sport, Sportwissenschaften	76
Rechtswissenschaften	59	Sonderpädagogik	77
Physik, Astronomie	59	Erziehungswissenschaften	77
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	61	Bibliothekswissenschaften	78
Kunst, Kunstwissenschaften	62	Musik, Musikwissenschaften	86
Elektrotechnik	63		
Sprach-, Kulturwissenschaften	63	Fachhochschulen ges.	65
Biologie	63	Elektrotechnik	56
Politikwissenschaften	64	Ingenieurwesen	62
Romanistik	64	Wirtschaftsingenieurwesen	63
Wirtschaftswissenschaften	66	Informatik	65
Ingenieurwesen	67	Wirtschaftsingenieurwesen	67
Geowissenschaften (ohne Geogr.)	68	Bauingenieurwesen	68
Psychologie	68	Bildende Kunst	70
Mathematik	68	Sozialwesen	72
Sozialwissenschaften	69	Maschinenbau/Verfahrenstechnik	92

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ nur Studienbereiche mit mindestens 100 Fällen in der Stichprobe

von den Eltern, Mitfinanzierung von Angehörigen) ebenso eine Rolle wie Ziele, die auf den anstehenden Übergang in eine berufliche Tätigkeit gerichtet sind (Praxiserfahrung, Kontakte ins Berufsfeld).

Im Rahmen der Sozialerhebungen wird den Befragten regelmäßig ein Kata-

log möglicher Gründe für ihre Erwerbstätigkeit vorgelegt. Sie haben die Möglichkeit, jeden aufgeführten Grund abgestuft nach Relevanz zu bewerten. Damit wird der Mehrdimensionalität der Motive für Erwerbstätigkeit neben dem Studium entsprochen.

10.3.1 Einzelmotive

Sich etwas mehr leisten zu können, ist der am häufigsten genannte Beweggrund der Studierenden, erwerbstätig zu sein. 73 % stimmen der Aussage „ich verdiene während des Studiums Geld, damit ich mir etwas mehr leisten kann“ (völlig) zu („trifft völlig zu“/„trifft zu“, Bild 10.15).

An zweiter Stelle folgt das Motiv, neben dem Studium zu jobben, „weil es zur Bestreitung des Lebensunterhalts notwendig ist (61 % „trifft völlig zu“/„trifft zu“). Fast genauso viele sind erwerbstätig, „um finanziell unabhängig von den Eltern zu sein“ (60 % „trifft völlig zu“/„trifft zu“).

Im Vergleich zum Sommersemester 2006 ist die Bedeutung dieser drei finanziellen Beweggründe (Lebensunterhalt, sich etwas mehr leisten, Elternunabhängigkeit) für den Nebenjob um zwei bis vier Prozentpunkte gestiegen.

Die Zustimmung zu den praxis- bzw. beschäftigungsorientierten Erwerbsmotiven hingegen bleibt weitgehend konstant: fast jeder Zweite arbeitet, um praktische Erfahrungen zu sammeln, die im späteren Beruf von Nutzen sind (49 % „trifft zu“/„trifft völlig zu“). Etwas mehr als jeder Dritte (36 %) strebt an, über den Job Kontakte für eine mögliche spätere Beschäftigung zu knüpfen. 15 % aller erwerbstätigen Studierenden im Erststudium sehen in der Erwerbstätigkeit eine Vorbereitung auf eine alternative, gege-

benenfalls vom Studienabschluss unabhängige Beschäftigung.

Nach wie vor ist die Notwendigkeit, Partner/in und/oder Kind(er) durch die Erwerbstätigkeit mitzufinanzieren, nur für relativ wenige Studierende im Erststudium ein Grund zu jobben (6 % „trifft zu“/„trifft völlig zu“), was angesichts des relativ geringen Anteils an Studierenden mit Kind bzw. an verheirateten Studierenden den Erwartungen entspricht (vgl. Kap. 4 und Kap. 14).

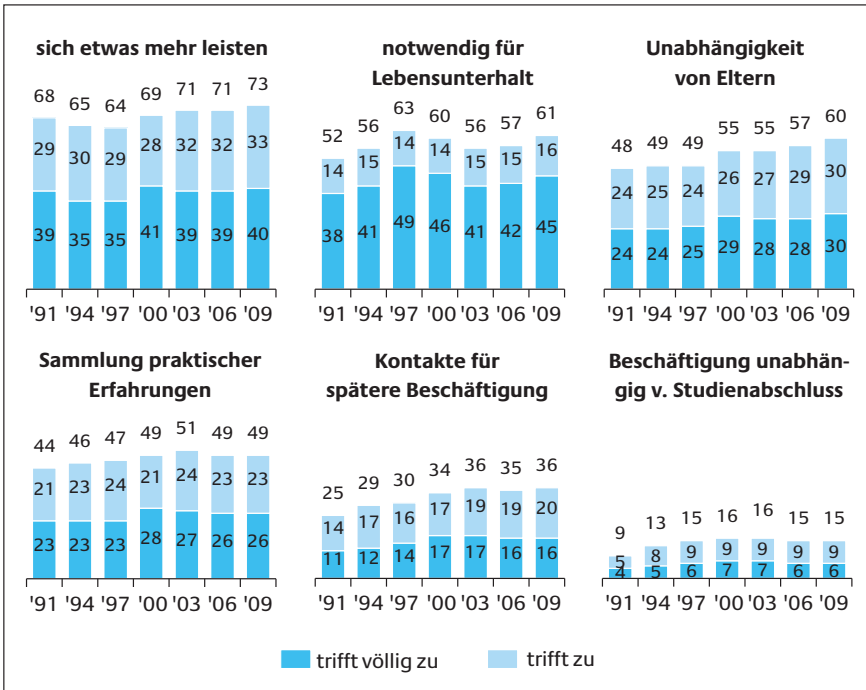
In den zurückliegenden zwei Jahrzehnten hat sich weder an der Rangfolge noch an der Ausprägung der genannten Erwerbsmotive Wesentliches verändert. Wie zuvor haben Studierende mehrere Gründe, neben dem Studium Geld zu verdienen: Sie stufen durchschnittlich etwa drei der vorgegebenen Erwerbsmotive als relevant ein („trifft völlig zu“/„trifft zu“).

In Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen des Studiums durch die Einführung allgemeiner Studiengebühren wurden die Studierenden im Rahmen der 19. Sozialerhebung erstmals danach gefragt, ob sie erwerbstätig sind, „um die Studiengebühren bezahlen zu können“.

Die Auswertung der entsprechenden Antworten für die Gebührenländer zeigt, dass sowohl Rangfolge als auch Ausprägung der Motive, neben dem Studium Geld zu verdienen, weitgehend überein-

Bild 10.15 Entwicklung der Motive für Erwerbstätigkeit 1991 - 2009¹

erwerbstätige Studierende im Erststudium, in %, Positionen „trifft völlig zu“ und „trifft zu“ auf einer Bewertungsskala von „trifft gar nicht zu“ bis „trifft völlig zu“



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

stimmen mit der Erwerbsmotivation aller Studierenden im Erststudium (Bild 10.16).

Innerhalb der Gebührenländer unterscheiden sich Studierende, die die Gebühren bezahlen, von jenen, die von der Gebührenpflicht befreit sind, fast ausschließlich in der Begründung der Er-

werbstätigkeit mit der Notwendigkeit, die Studiengebühren zu finanzieren. Von den Gebührenzahler/innen stimmen 44 % (völlig) zu, dass sie jobben, um die Gebühren bezahlen zu können. Allerdings bekunden genauso viele von ihnen, dass dies kein Motiv für ihre Erwerbstätigkeit

ist. Dieses Ergebnis korrespondiert mit dem in Kapitel 6 beschriebenen Befund, dass bei 41 % der Gebührenzahler/innen die Eltern die Gebühren begleichen (vgl. Kap. 6.3.7).

Von den im Sommersemester 2009 von der Gebührenzahlung befreiten erwerbstätigen Studierenden geben 22 % an, dass die Finanzierung der Studiengebühren für sie ein Motiv ist, neben dem Studium Geld zu verdienen. Was auf den ersten Blick nicht plausibel zu sein scheint, erklärt sich zum einen aus der zeitlichen Befristung von Befreiungs- und Ausnahmetatbeständen. Gegenwärtig von der Zahlung befreite Studierende können durchaus in der Vergangenheit gebührenpflichtig gewesen sein oder eine künftige Zahlungsverpflichtung antizipieren. Zum anderen beziehen sich ihre Antworten unter Umständen auch auf die Verwaltungsgebühren und Sozialbeiträge, die sie an die Hochschule zu zahlen haben. Ungeachtet dieser Einschränkungen sagen jedoch erwartungskonform die meisten der von der Gebührenzahlung befreiten Studierenden, dass die Zahlung von Studiengebühren für sie (überhaupt) kein Grund ist, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen (65 %, Bild 10.16).

10.3.2 Hauptdimensionen der Erwerbsmotivation

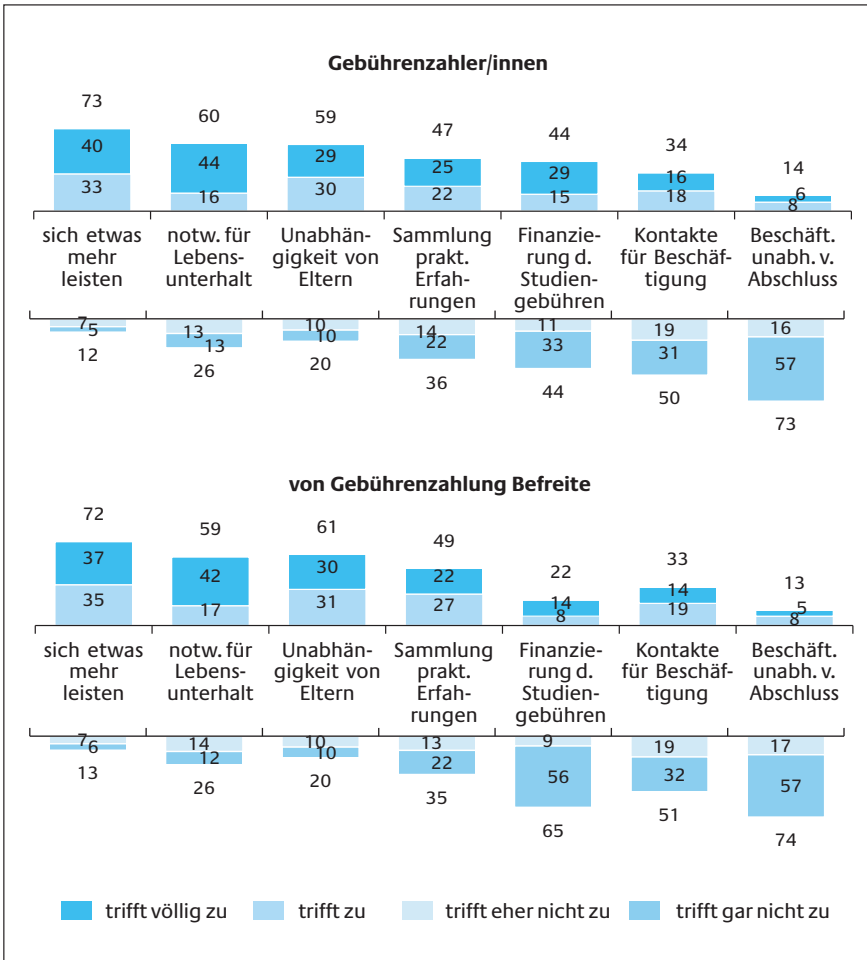
Die eingangs vorgestellten acht Einzelmotive für Erwerbstätigkeit können mittels einer Faktorenanalyse zu so genannten Faktoren verdichtet werden. Dadurch wird eine übersichtlichere und höher aggregierte Darstellung der Hauptdimensionen der individuellen Erwerbsmotive möglich. Wie auch in den vorherigen Sozialerhebungen kristallisieren sich im Ergebnis der Faktorenanalyse drei Hauptdimensionen studentischer Erwerbsmotivation heraus: „sich etwas mehr leisten können“, „notwendig für den Lebensunterhalt“ und „Praxis“.

Studierende, die auf dem Faktor „sich etwas mehr leisten können“ hohe Werte haben, arbeiten vor allem, um ihren Lebensstandard etwas zu erhöhen.

Studierende, die auf dem Faktor „Lebensunterhalt“ hohe Werte haben, arbeiten hauptsächlich, um ihren notwendigen Lebensunterhalt zu sichern. Sie nennen als Erwerbsmotive „Ich verdiene während des Studiums Geld, weil es zur Bestreitung meines Lebensunterhaltes unbedingt notwendig ist“, „um finanziell unabhängig von den Eltern zu sein“ und „um die Studiengebühren bezahlen zu können“. Wie bereits erwähnt, wurde das Erwerbsmotiv „um die Studiengebühren bezahlen zu können“ 2009 zum ersten Mal erhoben. Es korreliert erwartungsge-

Bild 10.16 Motive für Erwerbstätigkeit in Gebührenländern

erwerbstätige Studierende im Erststudium, in %, Positionen „trifft völlig zu“ und „trifft zu“ auf einer Bewertungsskala von „trifft gar nicht zu“ bis „trifft völlig zu“



mäß hauptsächlich mit dem Faktor „Lebensunterhalt“.

Studierende, die auf dem Faktor „Praxis“ hohe Werte haben, arbeiten vor allem, um praktische Erfahrungen zu sammeln und berufliche Kontakte aufzubauen. Sie stimmen den Aussagen: „Ich verdiene während des Studiums Geld, um Kontakte für eine mögliche spätere Beschäftigung zu knüpfen“, „um praktische Erfahrungen zu sammeln, die mir im späteren Beruf von Nutzen sind“ und „damit ich später ggf. unabhängig vom Studienabschluss eine Beschäftigung habe“ überdurchschnittlich häufig zu.

Dimension	Variablen ¹
Sich etwas mehr leisten	Job, um sich etwas mehr leisten zu können (.77)
	Job, weil ich andere mitfinanzieren muss (-.65)
Lebensunterhalt	Job unbedingt notwendig für Lebensunterhalt (.76)
	Job, um unabhängig von den Eltern zu sein (.71)
	Job, um Studiengebühren bezahlen zu können (.69)
Praxis	Job für spätere Arbeitskontakte (.90)
	Job, um praktische Erfahrungen zu sammeln (.87)
	Job, um ggf. unabhängig vom Studienabschluss eine Beschäftigung zu haben (.59)

¹ in Klammern: Faktorladung (Korrelationskoeffizient zwischen Faktor und Variable)

10.3.3 Erwerbsmotive und Zeitaufwand bzw. Verdienst

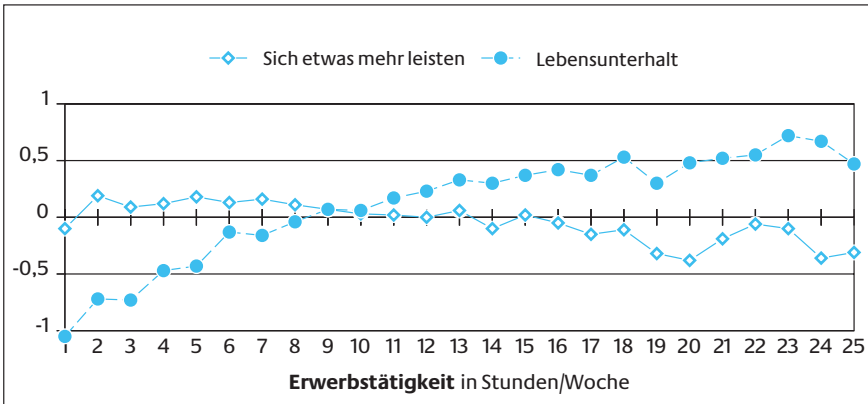
Die Erwerbsmotive der Studierenden hängen auch damit zusammen, wie viele Stunden sie arbeiten und wie hoch ihr Verdienst ist. Bild 10.17 zeigt deutlich, dass Studierende, die hauptsächlich arbeiten, um sich etwas mehr leisten zu können, weniger als neun Stunden pro Woche erwerbstätig sind. Die Sicherung des Lebensunterhalts dagegen spielt als Erwerbsmotiv bei diesen Studierenden keine Rolle. Die Erwerbstätigkeit dient damit hauptsächlich dem Zweck, sich ein Taschengeld hinzuzuverdienen, um zusätzliche Wünsche zu erfüllen.

Bei Studierenden dagegen, die neun Stunden oder mehr pro Woche erwerbstätig sind, tritt die Sicherung des Lebensunterhaltes als Erwerbsmotiv immer stärker in den Vordergrund und der Beweggrund „sich etwas mehr leisten können“ verliert im Verhältnis dazu an Bedeutung (Bild 10.17).

Beide Motivdimensionen korrespondieren in ähnlicher Weise, wenn sie in Abhängigkeit von dem Erwerbseinkommen betrachtet werden (Bild 10.18). Studierende, die im Monat maximal 150 € verdienen, arbeiten hauptsächlich, um sich etwas mehr leisten zu können. Für Studierende, die über 350 € monatlich verdienen, ist dieses Einkommen primär ein Beitrag zum eigenen Lebensunterhalt.

Bild 10.17 Zusammenhang zwischen Ausprägungsgrad von Erwerbsmotiven und Erwerbsaufwand

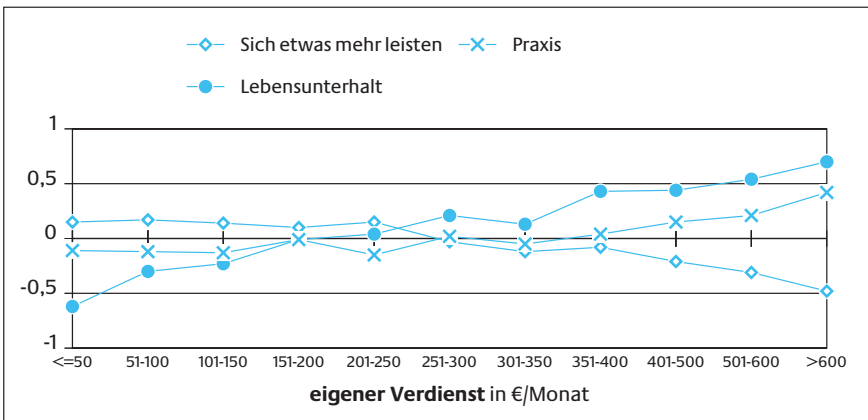
erwerbstätige Studierende im Erststudium, Mittelwerte der Faktorwerte



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Bild 10.18 Zusammenhang zwischen Ausprägungsgrad von Erwerbsmotiven und der Höhe des eigenen Verdienstes

erwerbstätige Studierende im Erststudium, Mittelwerte der Faktorwerte



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Die Erwerbsmotive „sich etwas mehr leisten können“ und „Lebensunterhalt“ entwickeln sich in Abhängigkeit vom Erwerbsaufwand bzw. erzielten Verdienst gegenläufig (Bild 10.16, Bild 10.18):

Je stärker Studierende jobben, weil es zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes unbedingt notwendig ist, desto mehr Zeit investieren sie und – damit zusammenhängend – desto höher ist ihr monatlicher Verdienst. Gleichzeitig gerät das Ziel „sich etwas mehr leisten [zu] können“ in den Hintergrund.

Das Erwerbsmotiv „Praxis“ steht in keinem Zusammenhang zum geleisteten Stundenumfang. Es verändert sich allerdings mit der Höhe des eigenen Verdienstes (Bild 10.18). Für Studierende, die über 350 € im Monat verdienen, ist dies neben dem „Lebensunterhalt“ das zweitwichtigste Erwerbsmotiv.

Hier wird deutlich, dass Studierende, die relativ viel Geld (hinzu)verdienen, dies zwar primär tun, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Dabei scheinen sie aber zielgerichtet Tätigkeiten auszuüben, die für sie hinsichtlich des Erwerbs von praktischen Erfahrungen und Arbeitskontakten bedeutsam sind. Sie tragen auf diese Weise zu ihrem Lebensunterhalt bei und sammeln gleichzeitig Berufserfahrung.

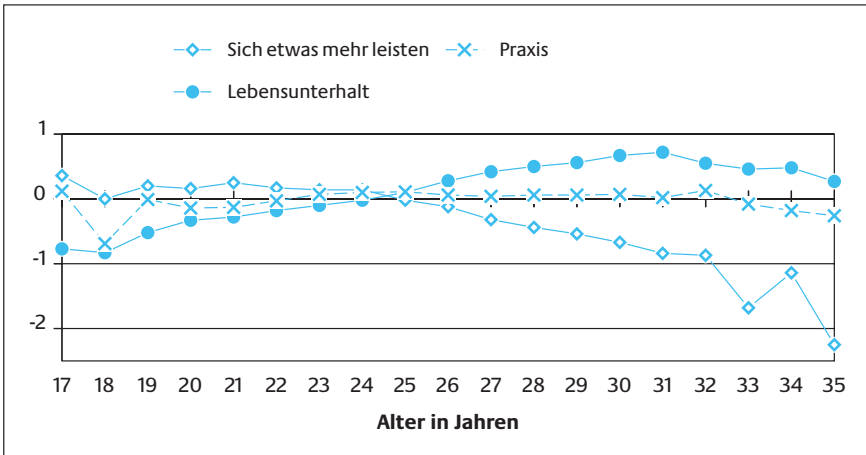
10.3.4 Erwerbsmotive und Alter

Das Alter der Studierenden spielt für die Erwerbsmotive „sich etwas mehr leisten können“ und „Lebensunterhalt“ eine wichtige Rolle (Bild 10.19). Studierende bis zu einem Alter von 24 Jahren arbeiten hauptsächlich, um sich etwas mehr leisten zu können.

Ab 26 Jahren tritt die Erwerbsmotivation „Lebensunterhalt“ in den Vordergrund. Das hängt möglicherweise damit zusammen, dass ab einem Alter von ca. 25 Jahren Umstellungen in der Studienfinanzierung erforderlich sind. Dies kann darin begründet sein, dass der Anspruch auf Kindergeld wegfällt, die beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung der Eltern nicht mehr möglich ist und unter Umständen die Förderung nach dem BAföG endet, weil das Ende der Regelstudienzeit erreicht wurde.

Das Erwerbsmotiv „Praxis“ steht mit dem Alter der Studierenden in keinem Zusammenhang (Bild 10.19). Allerdings ist es für Studierende, die sich in höheren Semestern befinden, das wichtigste Erwerbsmotiv. Für Studierende, die sich am Ende ihres Studiums befinden, stehen offensichtlich berufsorientierende Erwerbsmotive im Vordergrund. Sie arbeiten, um berufliche Erfahrungen zu sammeln und Kontakte zu knüpfen, die ihnen beim Berufseinstieg von Nutzen sein können. Die Sicherung des Lebensunterhalts ist zwar

Bild 10.19 Zusammenhang zwischen Ausprägungsgrad von Erwerbsmotiven und Alter der Studierenden
erwerbstätige Studierende im Erststudium, Mittelwerte der Faktorwerte



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

auch für diese Studierenden ein wichtiges Erwerbsmotiv. Es wird allerdings von dem Motiv „Praxis“ auf den zweiten Platz verdrängt.

10.3.5 Erwerbsmotive und soziale Herkunft

Die soziale Herkunft der Studierenden beeinflusst sowohl den Anteil erwerbstätiger Studierender, ihren zeitlichen Erwerbsaufwand als auch die Höhe des erzielten Verdienstes (vgl. Kap. 6 und Kap. 9). Erwartungsgemäß sind die Studierenden der vier sozialen Herkunftsgruppen (Bild 10.20) aus unterschiedli-

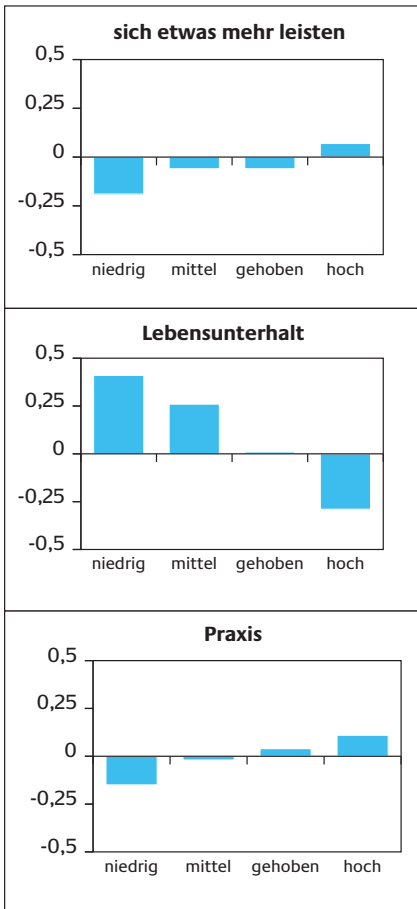
chen Gründen neben dem Studium erwerbstätig: Je „höher“ die Herkunftsgruppe, desto mehr arbeiten Studierende, um sich etwas mehr zu leisten zu können und um berufliche Erfahrungen zu sammeln. Je „niedriger“ die Herkunftsgruppe, desto eher arbeiten die Studierenden, weil sie ihren Lebensunterhalt sichern müssen.

10.3.6 Erwerbsmotive und Einstellung zum Studium

Bei der Analyse des studentischen Zeitbudgets (Kap. 9) wurde bereits gezeigt, dass es einen deutlichen Zusammenhang gibt zwischen dem Studien- und Erwerbs-

Bild 10.20 Erwerbsmotive Studierender nach sozialer Herkunft

erwerbstätige Studierende im Erststudium, Mittelwerte der Faktorwerte



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

aufwand und der Einstellung, die Studierende ihrem Studium gegenüber haben (vgl. Bild 9.27).

Ein ähnlicher Zusammenhang besteht zwischen den Motiven, neben dem Studium Geld zu verdienen, und den drei unterschiedlichen Einstellungen zum Studium: Arbeiten Studierende primär, um sich etwas mehr leisten zu können, so steht für sie zumeist das Studium im Mittelpunkt oder ist gleich wichtig wie andere Interessen und Aktivitäten (Bild 10.21). Für sie ist die Erwerbstätigkeit lediglich eine Nebentätigkeit, die sie nur im geringfügigen Umfang bindet, ohne die Zentralität des Studiums merklich zu beeinträchtigen.

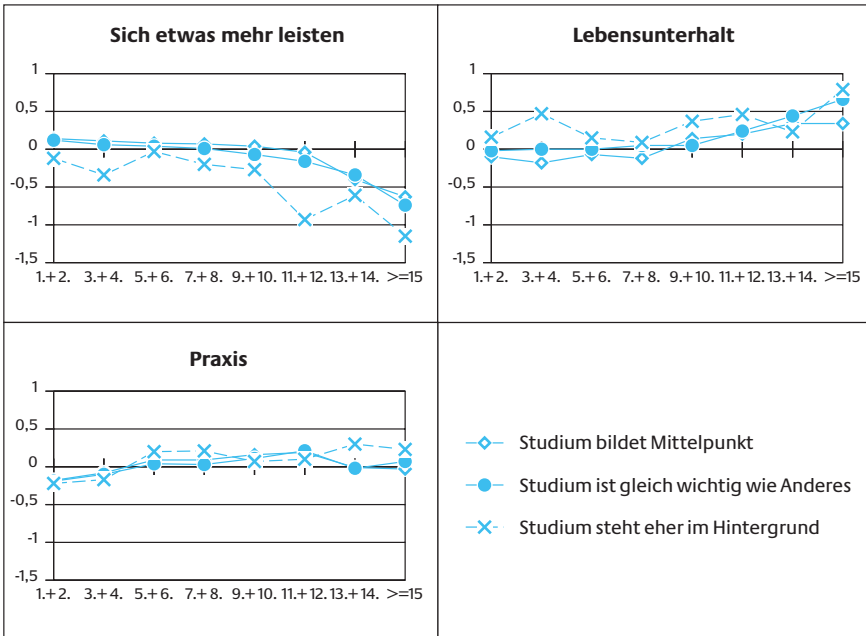
Arbeiten Studieren hauptsächlich, weil es zur Bestreitung des Lebensunterhaltes unbedingt notwendig ist, und nicht, weil sie sich etwas mehr leisten wollen, so gerät für sie das Studium tendenziell eher in den Hintergrund. Für sie sind andere Interessen und Aktivitäten (vermutlich unter anderem die Erwerbstätigkeit) vorrangig (Bild 10.21).

10.4 Tätigkeitsarten

Die Vielfalt studentischer Jobs ist groß. Sie reicht von einfachen Hilfstätigkeiten, für die keine besonderen Vorkenntnisse erforderlich sind, über die Erwerbstätigkeit im vorherigen Berufsfeld bis hin zu hochspezialisierten Arbeiten, für die Kenntnisse aus dem Studium einzusetzen sind.

Bild 10.21 Erwerbsmotive Studierender nach Zentralität des Studiums und Hochschulsemester

erwerbstätige Studierende im Erststudium, Mittelwerte der Faktorwerte



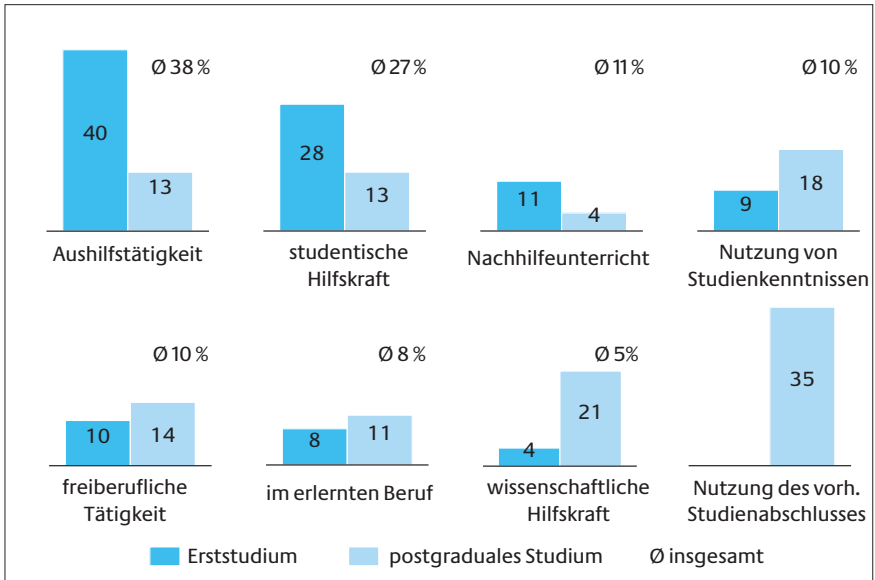
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Am weitesten verbreitet sind jedoch nach wie vor Aushilfstätigkeiten wie Kellnern, Taxi-Fahren, Verkaufen, Aushilfen im Büro. Das trifft vor allem auf Studierende im Erststudium zu: 40 % jobben als Aushilfskraft (Bild 10.22). An zweiter Stelle steht die Beschäftigung als studentische Hilfskraft (28 %). Mit großem Abstand folgen Nachhilfeunterricht (11 %), freiberufliche Tätigkeiten (10 %), Jobs unter Nutzung

von Studienkenntnissen (9 %) und Beschäftigungen im erlernten Beruf (8 %).

Im Vergleich zu den Befunden des Sommersemesters 2006 fällt auf, dass der Anteil an Studierenden, die Aushilfstätigkeiten ausüben, zurückgegangen ist (vier Prozentpunkte). Gleichzeitig sind 2009 anteilig deutlich mehr Studierende als studentische Hilfskraft beschäftigt (sechs Prozentpunkte).

Bild 10.22 Art der Erwerbstätigkeit nach Art des Studiums
erwerbstätige Studierende, in % (Mehrfachnennungen möglich)



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Der Fragebogen enthielt weitere Tätigkeitsarten (vgl. Bild 10.26). Sie wurden jedoch nur selten genannt und sind deshalb hier nicht aufgeführt.

Wie viele Studierende eine studiennahe Tätigkeit ausüben, kann nur grob geschätzt werden. Selbst die Beschäftigung als studentische Hilfskraft kann nicht in jedem Fall als „studiennah“ charakterisiert werden. Studierende würden eine solche Einstufung beispielsweise nicht vornehmen, wenn sie als studentische

Hilfskraft vor allem Büroaushilfstätigkeiten erledigen. Wenn ungeachtet dieser Einschränkung Jobs als studentische/wissenschaftliche Hilfskraft und Tätigkeiten, bei denen Studienwissen angewendet wird, als „studiennah“ zusammengefasst werden würden, dann wären 38 % der Studierenden „studiennah“ beschäftigt.

Anhand der studentischen Erwerbsmotive kann davon ausgegangen werden, dass auch freiberufliche Tätigkeiten und solche im erlernten Beruf mehr oder

weniger „studiennah“ sind (Motivdimension „Praxis, vgl. Bild 10.25). Würden diese Tätigkeitsarten hinzugezählt, dann haben 56 % der erwerbstätigen Studierenden einen im weiteren Sinne „studiennahen“ Job.

Studierende in postgradualen Studiengängen sind im Vergleich zu jenen im Erststudium relativ häufig studien(abschluss)nah beschäftigt. Mehr als ein Drittel von ihnen hat eine Beschäftigung, bei welcher der akademische Abschluss vorausgesetzt wird (35 %, Bild 10.22). 21 % arbeiten als wissenschaftliche Hilfskraft und 18 % nutzen Wissen aus dem Studium für den Job.

Gemäß der oben vorgenommenen Einstufung können 87 % der Studierenden in postgradualen Studiengängen als mehr oder weniger „studiennah“ erwerbstätig charakterisiert werden.

Fächergruppe und Hochschulart

Anhand der Art studentischer Jobs werden die bereits beschriebenen Besonderheiten der Fachhochschulen im Vergleich zu den Universitäten, z. B. in Bezug auf die angebotene Fächerstruktur und den Hochschulzugang ihrer Studierenden (vgl. Kap. 2 und Kap. 4), nochmals deutlich.

So arbeiten Studierende an Fachhochschulen zum Beispiel häufiger als diejenigen an Universitäten im erlernten Beruf

(15 % vs. 5 %, Bild 10.23). Studierende an Universitäten hingegen sind häufiger als ihre Kommiliton/innen an den Fachhochschulen als studentische Hilfskraft beschäftigt (30 % vs. 24 %).

Entsprechend der an Universitäten angebotenen Studiengänge geben hier Immatrikulierte häufiger als Studierende an Fachhochschulen Nachhilfeunterricht (14 % vs. 5 %). Die Möglichkeit, Nachhilfeunterricht zu erteilen, haben offensichtlich vor allem Studierende der Fächergruppen Sprach-/ Kulturwissenschaften und Mathematik, Naturwissenschaften.

Als studentische/wissenschaftliche Hilfskraft arbeiten überdurchschnittlich viele Studierende der Ingenieurwissenschaften bzw. der Mathematik, Naturwissenschaften.

Studierende der Medizin/ Gesundheitswissenschaften arbeiten häufiger als alle anderen im zuvor erlernten (meist medizinischen bzw. pflegerischen) Beruf (20 %). Überdurchschnittlich viele können ihre Studienkenntnisse verwenden (13 %), wenn sie neben dem Studium arbeiten.

Ein bezahltes Praktikum führen Studierende im Erststudium anteilig selten durch.

Unabhängig von der Art der Hochschule sind Aushilfstätigkeiten am weitesten verbreitet, insbesondere jedoch unter Studierenden in den Fächergruppen Sprach-, Kulturwissenschaften (45 %), Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Pädä-

Bild 10.23 Art der Erwerbstätigkeit nach Fächergruppen und Hochschulart

erwerbstätige Studierende im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)

Hochschulart/ Fächergruppe	Tätigkeit						
	Aushilfs- tätigkeit	student./ wiss. Hilfskraft	Nach- hilfeun- terricht	freie- berufl. Tätigkeit	Nutzg. v. Studien- kenntn.	erlernter Beruf	bez. Prakti- kum
Erststudium insges.	40	28	11	10	9	8	3
Universität	41	30	14	11	9	5	2
Fachhochschule	39	24	5	9	10	15	6
Ingenieurwissenschaften	35	33	7	8	8	8	6
Sprach- und Kulturwiss.	45	26	18	16	11	5	2
Math., Naturwissenschaften	36	34	14	8	8	6	2
Medizin, Gesundheitswiss.	30	29	6	7	13	20	3
Rechts- u. Wirtschaftswiss.	43	27	7	8	6	9	4
Sozialwiss., Päd., Psychologie	44	22	10	11	12	10	3

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

gogik, Psychologie (44 %) und Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (43 %).

Tätigkeitsart und Herkunft

Mit welchen Tätigkeiten die Studierenden neben dem Studium Geld verdienen, hängt auch mit Merkmalen ihrer sozialen Herkunft zusammen. Wie in den Jahren zuvor bereits festgestellt, üben auch 2009 Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ überdurchschnittlich häufig Aushilfstätigkeiten aus („niedrig“: 46 % vs. „hoch“: 37 %, Bild 10.24). Im Vergleich dazu sind Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ vergleichsweise häufig als studentische Hilfskraft tätig („hoch“: 32 % vs. „niedrig“: 25 %).

Die festgestellten Unterschiede in der Häufigkeit einzelner Tätigkeitsarten nach sozialer Herkunft erklären sich in erster Linie aus den unterschiedlichen Motivkonstellationen für die Erwerbstätigkeit neben dem Studium: Wer Geld verdienen muss, kann weniger wählerisch sein. Wem es vor allem auf praktische Erfahrungen und Kontakte ins künftige Berufsfeld ankommt, der kann den Job stärker nach entsprechenden Kriterien auswählen.

Studierende, die im erlernten Beruf arbeiten, verfolgen im Wesentlichen zwei Motive: Beitrag zum Lebensunterhalt und (berufs)praktische Erfahrungen (Bild 10.25). Wer eine Aushilfstätigkeit ausübt,

Bild 10.24 Art der Erwerbstätigkeit nach sozialer Herkunft

erwerbstätige Studierende im Erststudium, in %

Tätigkeit	Herkunftsgruppe			
	niedrig	mittel	gehoben	hoch
Aushilfstätigkeit	46	42	40	37
studentische Hilfskraft	25	25	29	32
erlernter Beruf	11	11	7	5
Nachhilfeunterricht	11	11	12	11
Nutzung v. Studienkenntnissen	8	8	10	10
freiberufliche Tätigkeit	8	9	11	11
wissenschaftliche Hilfskraft	3	3	4	5

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

verneint tendenziell, dass es ihm dabei um (berufs)praktische Erfahrungen geht.

Ganz anders stellt sich die Motivlage von Studierenden dar, die in ihrem Job Kenntnisse aus dem Studium anwenden bzw. von denen, die als wissenschaftliche oder studentische Hilfskraft arbeiten: Ihnen kommt es in erster Linie darauf an, praktische Erfahrungen zu sammeln und Arbeitskontakte für später zu knüpfen.

Studierende, die im vor dem Studium erlernten Beruf tätig sind bzw. freiberuflich arbeiten, verknüpfen offenbar zwei Dimensionen der Erwerbsmotivationen miteinander: Lebensunterhalt und Praxis, wenngleich mit unterschiedlicher Priorität (Bild 10.25).

10.5 Finanzieller Ertrag der Tätigkeiten

Studierende erhalten für ihre Jobs im Durchschnitt 10 € netto pro Stunde. Sie verdienen damit 2009 etwa 1 € mehr als drei Jahre zuvor. Die Steigerung des Stundenlohns beschränkt sich jedoch auf die Studierenden im postgradualen Studium. Sie erhalten mit 13 € einen deutlich höheren Stundenlohn als diejenigen im Erststudium mit 9 € (Bild 10.26).

Zwischen den neuen und den alten Ländern bestehen nach wie vor Unterschiede im erzielbaren Einkommen: Studierende in den neuen Ländern verdienen am häufigsten lediglich zwischen fünf und acht Euro in der Stunde, zum Teil jedoch auch wesentlich mehr (Bild 10.7). Mit durchschnittlich 8 € pro Stunde erhalten sie einen um 2 € geringeren Stun-

Bild 10.25 Art der Erwerbstätigkeit und Erwerbsmotivation

erwerbstätige Studierende im Erststudium, Mittelwerte der Faktorwerte

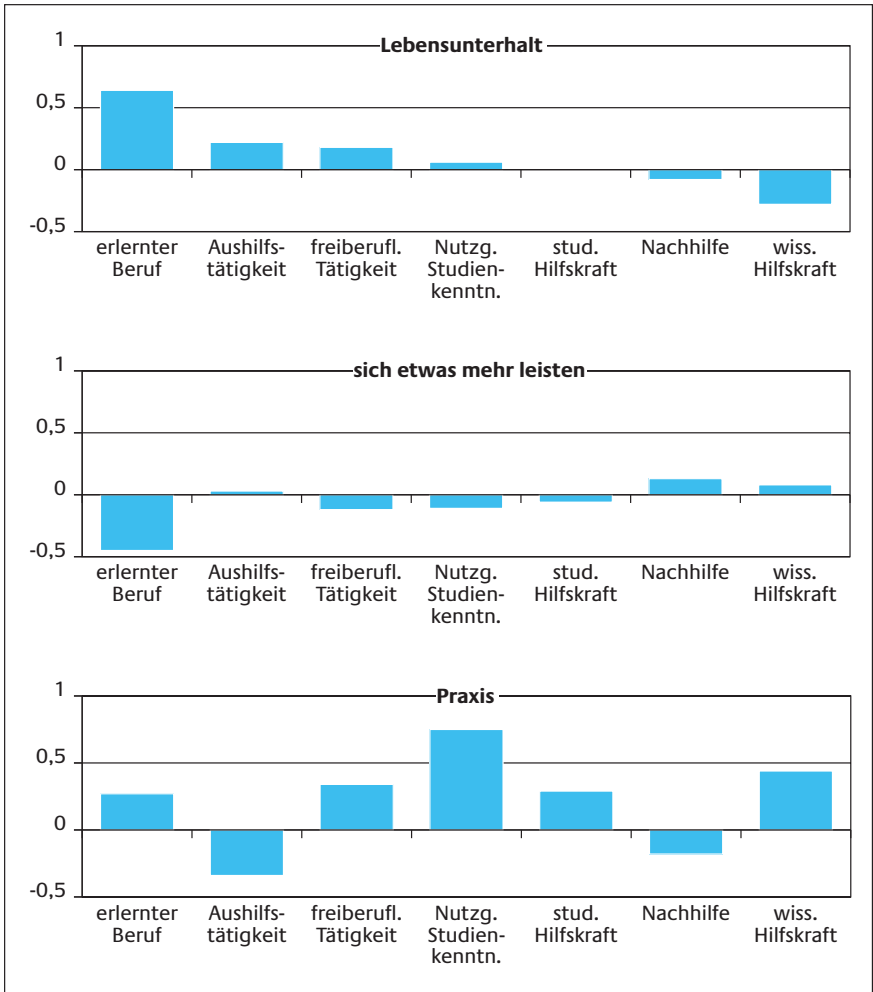


Bild 10.26 Höhe des Verdienstes nach Art der Tätigkeit, Region und Studienart
erwerbstätige Studierende mit einer Tätigkeitsangabe, Mittelwert in €

Art der Tätigkeit	Netto-Stundenlohn (in €)				
	insgesamt	Art des Studiums		Region	
		Erst-Studium	postgrad. Studium	neue Länder	alte Länder
selbständige Tätigkeit im eigenen Unternehmen	18	17	26	10	20
Tätigkeit, die Studienabschluss voraussetzt	15	12	15	12	15
freiberufliche Tätigkeit	13	13	16	12	14
Tätigkeit im erlernten Beruf	13	12	19	10	13
Tätigkeit, die Studienkenntnisse voraussetzt	12	11	13	10	12
Nachhilfeunterricht	11	12	11	11	12
Berufstätig. Im Rahmen eines berufsbegl. Studiums	11	10	14	10	11
wissenschaftliche Hilfskraft	10	9	12	9	10
studentische Hilfskraft	9	9	10	7	9
Aushilfstätigkeit	8	8	8	7	8
bezahltes Praktikum	6	5	15	6	6
betriebliche Ausbildung (integriert ins Studium)	5	5	-	5	5
insgesamt	10	9	13	8	10

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

denlohn als Studierende in den alten Ländern, die mehrheitlich einen Stundenlohn zwischen acht und zehn Euro erzielen.

Mit selbständigen Tätigkeit im eigenen Unternehmen lässt sich offenbar am meisten verdienen. Selbstständig erwerbstätige Studierende in postgradua-

len Studiengängen gehören mit 26 € zu den Spitzenverdienern unter den Studierenden.

Generell gilt: Je stärker die Tätigkeit an eine bestimmte Qualifikation gebunden ist – z. B. an einen erworbenen Berufs- oder Studienabschluss –, desto höher fällt die erzielte Vergütung aus. Praktika hin-

gegen werden vergleichsweise gering bezahlt ebenso wie bezahlte Tätigkeiten im Rahmen einer in das Studium integrierten betrieblichen Ausbildung.

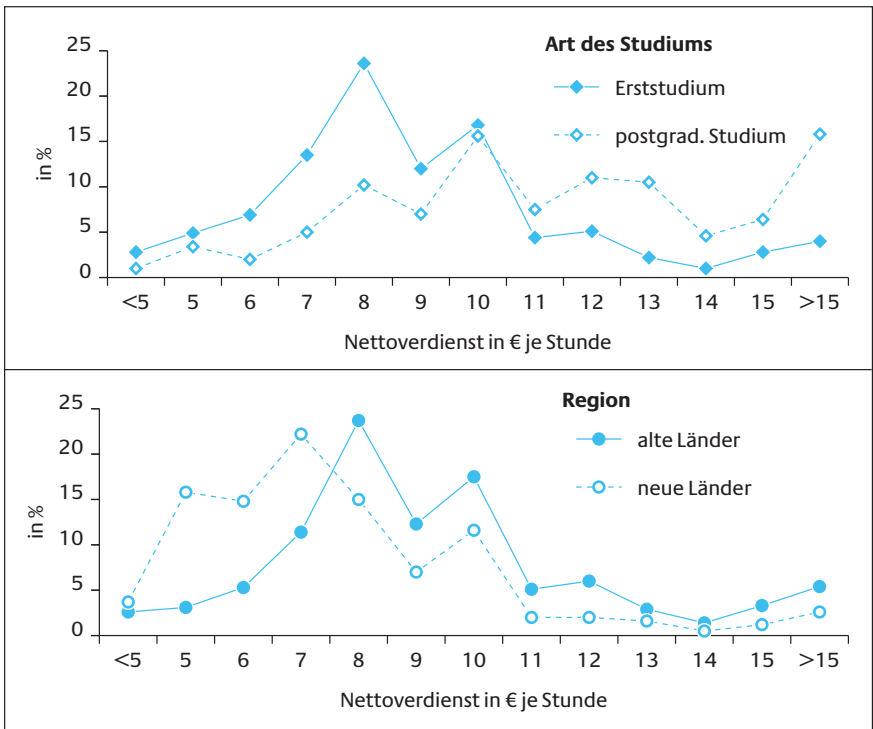
Die meisten Studierenden im Erststudium haben eine Stundenvergütung, die zwischen sieben und zehn Euro liegt. Studierende in postgradualen Studiengän-

gen können häufig einen höheren Verdienst erzielen.

Wie stark sich das regionale Lohngefälle nach wie vor auch auf studentische Jobs erstreckt, veranschaulicht nochmals die in Bild 10.27 dargestellte prozentuale Verteilung auf die verschiedenen Stundenlöhne.

Bild 10.27 Höhe des Verdienstes nach Studienart und Region

erwerbstätige Studierende mit einer Tätigkeitsangabe, Mittelwert in €



11. Wohnsituation

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick¹

Studierende nach Wohnformen (in %)	2006	2009
Eltern	23	23
Studentenwohnheim	11	12
Untermiete	2	2
Wohngemeinschaft	25	26
Wohnung allein	20	17
Wohnung mit Partner bzw. Partnerin	20	20
Wohnformen 2009 nach Geschlecht (Stud. in %)	weiblich	männlich
Eltern	21	26
Studentenwohnheim	11	13
Untermiete	2	1
Wohngemeinschaft	27	25
Wohnung allein	17	17
Wohnung mit Partner bzw. Partnerin	22	18
Studierende nach gewünschter Wohnform (in %)	2006	2009
Eltern	8	8
Studentenwohnheim	9	9
Untermiete	1	1
Wohngemeinschaft	25	25
Wohnung allein	26	23
Wohnung mit Partner bzw. Partnerin	30	35

¹Rundungsdifferenzen möglich

Technische Hinweise

Definitionen:

Eigene Wohnung

Hierbei handelt es sich um eine in der Regel abgeschlossene Miet- oder Eigentumswohnung, die allein oder mit Partner/Partnerin und/oder Kind bewohnt wird.

Elternwohner

Studierende, die bei den Eltern wohnen, selten auch bei Schwiegereltern oder anderen Verwandten.

Wohnheime

Wohngebäude, die nach ihrer baulichen Anlage und Ausstattung zur Unterbringung von Studierenden bestimmt sind. Der Bau wird häufig mit öffentlichen Mitteln gefördert. Die meisten Wohnheime werden von den Studentenwerken getragen und bewirtschaftet. Daneben gibt es auch Wohnheime in der Trägerschaft von Kirchen, freien Verbänden, Stiftungen und Privatpersonen.

Bezugsgruppe:

Deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen

Datenquellen:

Daten der Sozialerhebung
(Frage 40 und 41)

11.1 Genutzte Wohnform

Die Sozialerhebung unterscheidet folgende Wohnformen:

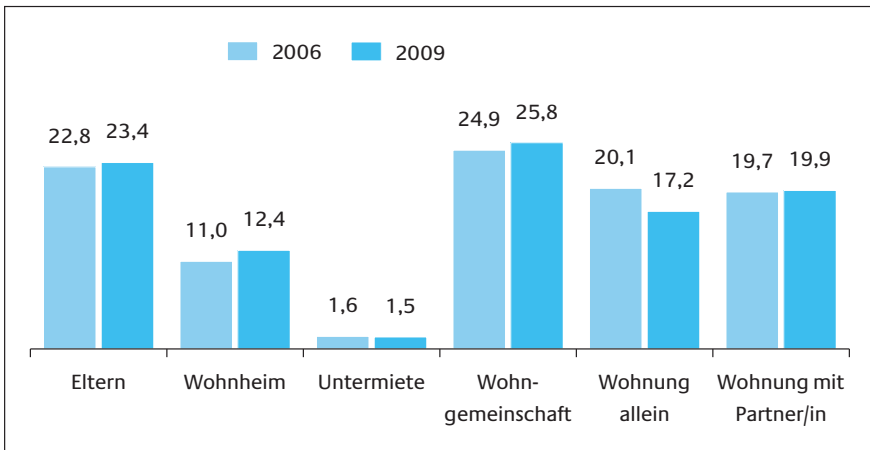
- Wohnen bei den Eltern,
- im Studentenwohnheim,
- zur Untermiete,
- in einer Wohngemeinschaft,
- allein in einer Wohnung,
- mit Partner/in in einer Wohnung.

Die Verteilung der Studierenden auf die genannten Wohnformen ist in Bild 11.1 dargestellt. Gegenüber 2006 ist nur eine deutliche Veränderung festzustellen. Der Anteil derjenigen, der allein in einer angemieteten Wohnung lebt, ist um drei Prozentpunkte auf nunmehr 17 % zurück-

gegangen. Etwas häufiger als 2006 wohnen Studierende hingegen in einem Wohnheim (12 % vs. 11 %) oder einer Wohngemeinschaft (26 % vs. 25 %).

Erwartungsgemäß unterscheiden sich die Wohnformen der Studierenden im Erststudium und im postgradualen Studium erheblich (Bild 11.2). Während von den Studierenden im Erststudium nahezu ein Viertel bei den Eltern wohnt (24 %), liegt dieser Anteil bei den älteren Studierenden, die bereits ein Studium abgeschlossen haben, bei etwa 9 %. Graduierte wohnen darüber hinaus seltener in einem Wohnheim (5 % vs. 13 %) und einer Wohngemeinschaft (18 % vs. 26 %), dafür

Bild 11.1 Wohnformen der Studierenden
in %¹



¹ Rundungsdifferenzen möglich

Bild 11.2 Wohnformen der Studierenden nach Studienart
in %¹

Wohnform	Erststudium		Postgraduales Studium	
	2006	2009	2006	2009
Eltern	24	24	9	9
Wohnheim	11	13	5	5
Untermiete	2	2	1	1
Wohngemeinschaft	26	26	16	18
Wohnung allein	20	16	26	29
Wohnung mit Partner/-in	18	18	42	39

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹Rundungsdifferenzen möglich

aber häufiger in einer Mietwohnung, in der sie allein (29 % vs. 16 %) oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner leben (39 % vs. 18 %).

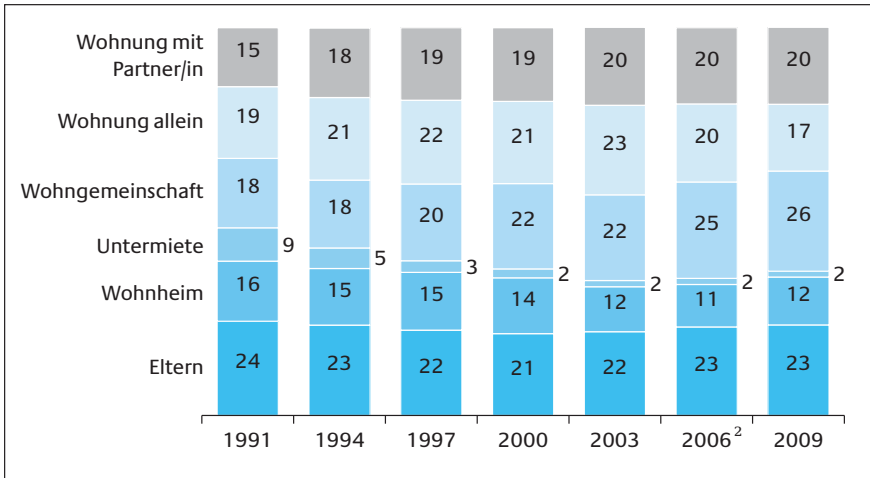
Entwicklung der studentischen Wohnformen seit 1991

Die Entwicklung der studentischen Wohnformen seit 1991 – dem Jahr der ersten gesamtdeutschen Sozialerhebung – ist Bild 11.3 zu entnehmen. Dabei zeigen sich verschiedene Tendenzen: So ist zunächst der Anteil der Studierenden, der in einer Wohngemeinschaft lebt, kontinuierlich über die Jahre angestiegen (1991: 18 %; 2009: 26 %). Auch der Anteil derjenigen, der eine eigene Wohnung bezieht ist zwischen 1991 und 2003 größer geworden. Nach 2003 ist allerdings eine rück-

läufige Entwicklung dieses Anteils zu beobachten.

Darüber hinaus ist der Anteil der Wohnheimbewohner/innen, der 1991 noch vergleichsweise hoch war (16 %) kontinuierlich bis 2006 (11 %) zurückgegangen. Dieser Rückgang ist vor allem auf Veränderungen in den neuen Ländern zurückzuführen (vgl. Kapitel 11.2.1). 2009 leben jedoch – verglichen mit 2006 – wieder anteilig etwas mehr Studierende in einem Wohnheim (12 % vs. 11 %).

In Bezug auf die Elternwohner/innen lässt sich kein eindeutiger Trend feststellen. Ist ihr Anteil von 1991 bis 2000 gesunken (von 24 % auf 21 %), so kann ab 2003 (22 %) wieder ein Anstieg konstatiert werden. 2009 wohnen 23 % der Studierenden bei ihren Eltern.

Bild 11.3 Wohnformen der Studierenden 1991-2009in %¹

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Rundungsdifferenzen möglich² ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

11.2 Einflussfaktoren bei der Wahl der Wohnform

11.2.1 Regionale Aspekte

Alte Länder – neue Länder

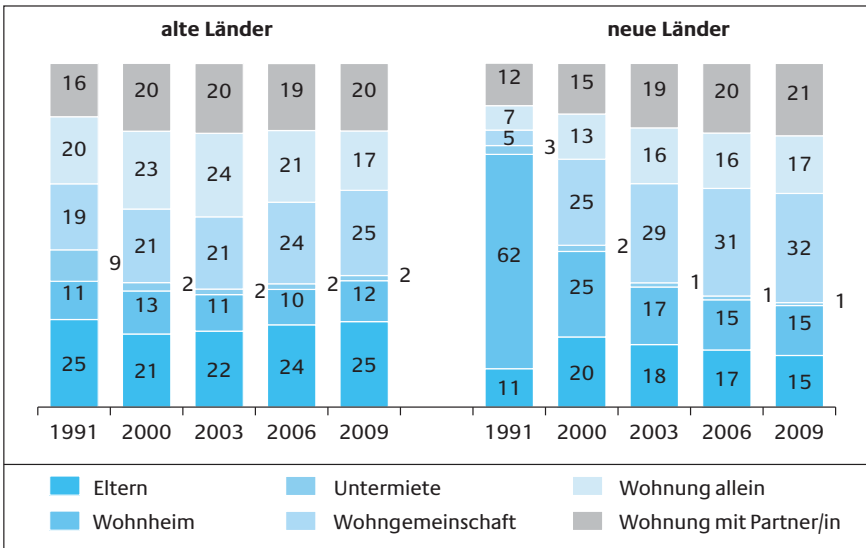
Auch 2009 gibt es zwischen den Studierenden in den alten und neuen Ländern noch erhebliche Unterschiede bezüglich der von ihnen genutzten Wohnformen (Bild 11.4). Während in den neuen Ländern deutlich weniger Studierende bei den Eltern wohnen (15 % vs. 25 %), ist es in

den alten Ländern die Wohngemeinschaft, die seltener realisiert wird als in den neuen Ländern (25 % vs. 32 %).

In den alten Ländern ist von 2006 auf 2009 vor allem der Anteil derjenigen, der allein in einer Wohnung lebt zurückgegangen (von 21 % auf 17 %). Leicht erhöht haben sich hingegen die Anteile derjenigen Studierenden, die eine der anderen Wohnformen nutzen – mit Ausnahme der Studierenden, die zur Untermiete wohnen.

In den neuen Ländern wohnen die Studierenden häufiger als 2006 in einer

Bild 11.4 Wohnformen der Studierenden nach alten und neuen Ländern¹
in %²



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 2000 Berlin den alten Ländern zugeordnet; ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

² Rundungsdifferenzen möglich

eigenen Wohnung oder Wohngemeinschaft, seltener hingegen bei den Eltern (Bild 11.4). Der Anteil der Wohnheimbewohner/innen ist hingegen unverändert geblieben. Die Angleichung in Bezug auf die genutzten Wohnformen ist jedoch zwischen den alten und neuen Ländern bereits weit fortgeschritten.

Diese Befunde zur unterschiedlichen Nutzung der Wohnformen in den alten und neuen Ländern sind zum Teil, soweit es um den Anteil der Elternwohner/innen

geht, auch mit der unterschiedlichen Hochschuldichte in den alten und neuen Ländern zu erklären.

Der seit 1991 in den neuen Ländern, erheblich zurückgegangene Anteil an Wohnheimbewohnern lässt sich vor allem auf den Rückgang des Angebots an Wohnheimplätzen zurückführen: Lebten 1991 in den neuen Ländern noch die meisten der Studierenden in den Wohnheimen in nicht-sanierten Mehrbettzimmern, so wurden durch Sanierungsarbei-

ten, die seitdem durchgeführt wurden, die Unterbringungsstandards erheblich verbessert. Nahezu alle Mehrbett- und Zweibettzimmer wurden in Einzelzimmer umgewandelt, wodurch die Anzahl der Wohnheimplätze zurückging und zwar von 96.294 (1991) auf 40.085 (2009) (DSW 2009: 22f.).

Ländervergleich

Die von den Studierenden genutzten Wohnformen hängen auch von regionalen Bedingungen (z. B. Hochschuldichte, ländlich/städtische Region, Infrastruktur) ab. Dies zeigt sich bei der Differenzierung nach den 16 Ländern. Dabei wird ersichtlich, dass die genutzten Wohnformen, je nach Land, erheblich variieren.

Im Saarland wohnen 40 % der Studierenden bei ihren Eltern, in Mecklenburg-Vorpommern hingegen nur 6 %. Weitere hohe Anteile an Elternwohnern gibt es in Hessen (30 %), Nordrhein-Westfalen (28 %) und Baden-Württemberg (27 %), also Ländern, die durch eine hohe Hochschuldichte gekennzeichnet sind.

Auch beim Anteil der Wohnheimbewohner/innen gibt es deutliche regionale Unterschiede, die allerdings durch das unterschiedliche Angebot an Wohnheimplätzen mitbestimmt werden. So leben in Thüringen 18 % der Studierenden in einem Wohnheim, in Berlin hingegen 6 %. Bei dieser Differenzierung nach Ländern

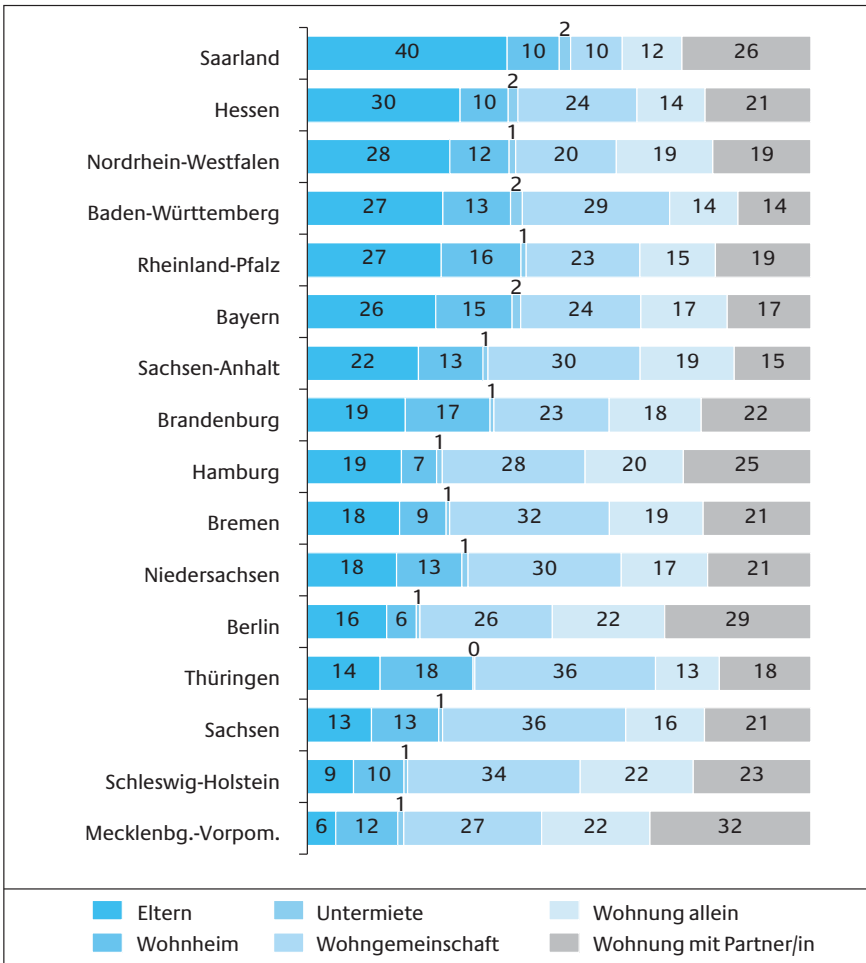
wird zugleich deutlich, dass der Anteil der Studierenden, der in Wohnheimen lebt, nicht in allen neuen Ländern höher liegt als in den alten: Zwar fallen in Thüringen (18 %) und Brandenburg (17 %) die Anteile an Wohnheimbewohnern am höchsten aus, mit Rheinland-Pfalz (16 %) und Bayern (15 %) folgen jedoch bereits zwei der alten Länder.

Der Anteil an Studierenden in Wohngemeinschaften reicht von 10 % (Saarland) bis 36 % (Thüringen und Sachsen). Dabei finden sich in den neuen Ländern – mit Ausnahme von Brandenburg (23 %) – überdurchschnittliche Anteile an Studierenden, die in dieser Wohnform leben.

In den alten Ländern ist die Wohngemeinschaft vor allem in Schleswig-Holstein eine überdurchschnittlich oft genutzte Wohnform (34 % vs. 26 % im Bundesdurchschnitt). Aber auch in Bremen, Niedersachsen, Hamburg und Baden-Württemberg leben mehr Studierende in einer Wohngemeinschaft als im Bundesdurchschnitt.

Die eigene Wohnung, die entweder allein oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner bewohnt wird, ist die anteilig häufigste Wohnform in Mecklenburg-Vorpommern (54 %). Sie ist aber auch eine häufig genutzte Wohnform in den Stadtstaaten (Berlin: 51%; Hamburg: 45%; Bremen: 40 %). Überdurchschnittlich häufig wohnen ebenfalls Studierende in Schleswig-Holstein (45 %), Brandenburg (40 %),

Bild 11.5 Wohnformen der Studierenden im Ländervergleich
in %¹



¹ Rundungsdifferenzen möglich

Niedersachsen (38 %), Nordrhein-Westfalen (38 %) und im Saarland (38 %) in einer eigenen Wohnung. Am niedrigsten ist dieser Anteil mit 28 % in Baden-Württemberg.

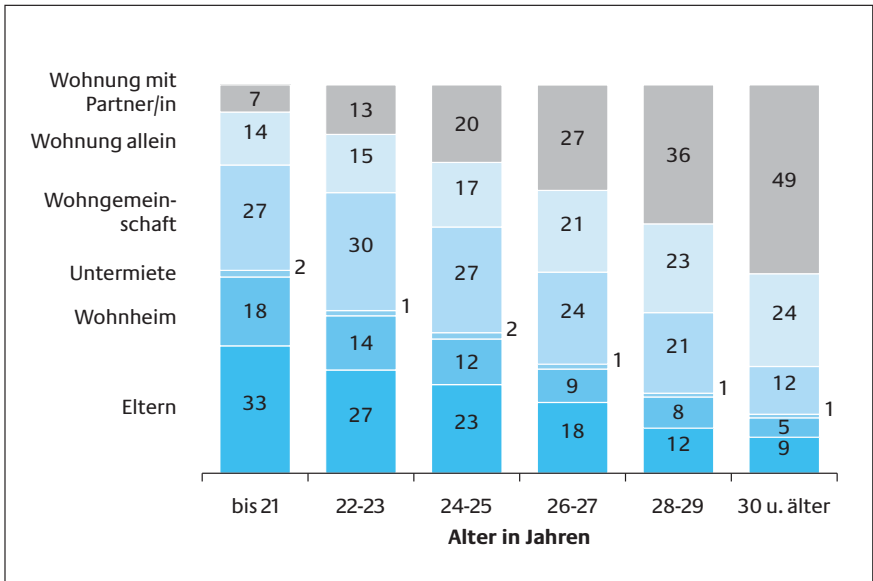
11.2.2 Alter

Mit steigendem Alter der Studierenden ändert sich deren Verteilung auf die verschiedenen Wohnformen erheblich. Während zum Studienbeginn und damit von den jüngsten Studierenden noch

mehr als die Hälfte im Elternhaus oder einem Studentenwohnheim wohnt, verringert sich dieser Anteil bis auf 14 % bei den 30-Jährigen und Älteren (Bild 11.6). Mit zunehmendem Alter wird somit ein Trend zur eigenen Wohnung deutlich, der auch als Ausdruck der Verselbständigung zu verstehen ist.

Im Vergleich zu den Befunden von 2006 fällt auf, dass der Anteil der Studierenden, der allein in einer Wohnung lebt, in fast allen Altersgruppen gesunken ist

Bild 11.6 Wohnformen in Abhängigkeit vom Alter der Studierenden
Studierende je Altersgruppe, in %¹



¹Rundungsdifferenzen möglich

(zwischen zwei und drei Prozentpunkten). Ausgenommen davon ist die Gruppe der 30-Jährigen und Älteren, bei denen sich diesbezüglich keine Veränderungen ergeben haben.

11.2.3 Geschlecht und Familienstand

Studentinnen und Studenten unterscheiden sich in den genutzten Wohnformen. So leben 22 % der Frauen mit einem Partner/einer Partnerin in einer gemeinsamen Wohnung, von den Männern wohnen hingegen 18 % in dieser Wohnform (Bild 11.7).

In umgekehrter Weise fällt der Anteil an Elternwohnerinnen niedriger aus als der Anteil an Elternwohnern (21 % vs. 26 %). Bei den anderen genutzten Wohnformen unterscheiden sich die Geschlechter nur noch in geringerem Maße.

Im Vergleich zu 2006 sind bei den Männern folgende Veränderungen festzustellen: So ist z. B. der Anteil an Wohnheimbewohnern leicht angestiegen (von 12 % auf 13 %) und der Anteil von Studierenden, der allein in einer Wohnung lebt, gesunken (von 20 % auf 17 %). Bei den Frauen zeigt sich, dass 2009 anteilig etwas mehr von ihnen bei den Eltern (21 % vs. 19 %) und in einem Wohnheim (11 % vs.

Bild 11.7 Wohnformen der Studierenden nach Geschlecht und Familienstand
in %

Wohnform	Männer		Frauen		Familienstand 2009		
	2006	2009	2006	2009	ledig ohne Partner	ledig mit Partner	verheiratet
	Eltern	26	26	19	21	29	20
Wohnheim	12	13	10	11	16	10	3
Untermiete	2	1	2	2	2	1	1
Wohngemeinschaft	24	25	26	27	30	25	3
Wohnung allein	20	17	20	17	22	14	2
Wohnung mit Partner/in	17	18	23	22	-	29	88
Insgesamt ¹	100	100	100	100	100	100	100

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Rundungsdifferenzen möglich

10 %) leben als 2006. Weitere Veränderungen fallen nur geringfügig aus.

Werden die Wohnformen der Studierenden in Abhängigkeit von ihrem Familienstand betrachtet, dann wird deutlich, dass ledige Studierende, die sich gegenwärtig nicht in einer Partnerschaft befinden häufiger bei den Eltern wohnen (29 %) als Ledige, die in einer festen Partnerschaft leben (20 %). Ledige ohne Partnerin/Partner wohnen ebenfalls häufiger in einem Wohnheim, einer Wohngemeinschaft oder allein in einer Wohnung als Ledige mit Partnerin/Partner (16 % vs. 10 %; 30 % vs. 25 %; 22 % vs. 14 %). Letztgenannte leben hingegen zumeist mit ihrer Partnerin/ihrem Partner zusammen in einer Wohnung (29 %). Hierbei sei daran erinnert, dass Frauen bereits in jüngeren Jahren weitaus häufiger in festen Partnerschaften leben als Männer (vgl. Bild 4.5).

Ebenso wohnt die überwiegende Mehrheit der verheirateten Studierenden mit ihrer Ehepartnerin/ihrem Ehepartner in der gemeinsamen Wohnung (88 %). Hierbei fällt auf, dass von den Verheirateten über ein Zehntel – zumindest in der Studienwoche – getrennt von der Ehepartnerin oder dem Ehepartner wohnt.

11.2.4 Soziale Herkunft

Die Studierenden der verschiedenen sozialen Herkunftsgruppen unterscheiden sich in Bezug auf ihre genutzten Wohnformen. So wohnen Studierende umso

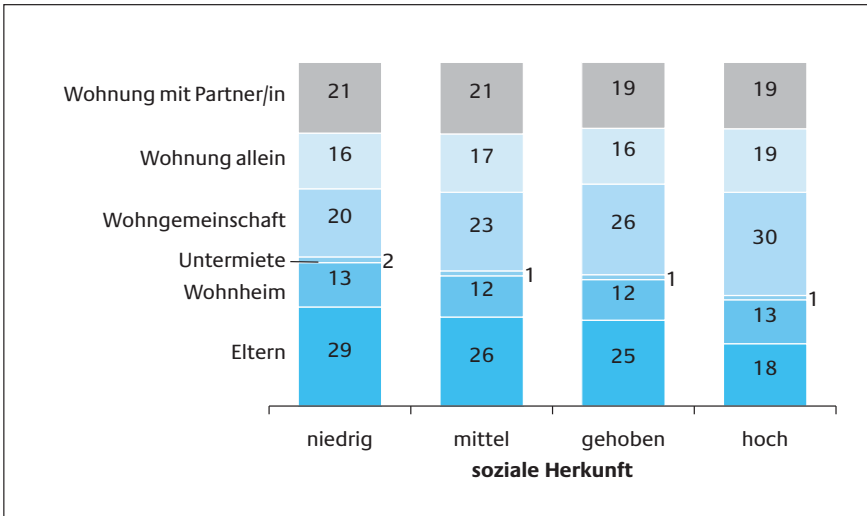
eher bei den Eltern, je niedriger ihre soziale Herkunftsgruppe ist (Bild 11.8). Während von den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ 29 % in der elterlichen Wohnung leben, liegt der entsprechende Anteil unter den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ bei 18 %.

Umgekehrt verhält es sich hingegen bei den Studierenden, die in einer Wohngemeinschaft wohnen: So leben Studierende umso eher in dieser Wohnform, je höher die soziale Herkunftsgruppe ist („niedrig“: 20 %; „hoch“: 30 %).

Bei den anderen genutzten Wohnformen unterscheiden sich die Studierenden der verschiedenen sozialen Herkunftsgruppen nur geringfügig.

Die beschriebenen Unterschiede im Wohnverhalten der Studierenden der vier sozialen Herkunftsgruppen sind die Folge einer Vielzahl von Einflussfaktoren. So sind beispielsweise Studierende der „niedrigen“ und „mittleren“ Herkunftsgruppe häufiger an Fachhochschulen immatrikuliert und zugleich etwas älter als die Studierenden der „gehobenen“ und „hohen“ Herkunftsgruppe, was zu unterschiedlichen Anteilen an Elternwohnern führen könnte (vgl. Kapitel 11.2.5). Allerdings bleiben auch unter Kontrolle der Alterseffekte die beobachteten Unterschiede in den genutzten Wohnformen zwischen den Studierenden der sozialen Herkunftsgruppen erhalten. Dies kann exemplarisch für die Gruppe der bis 23-

Bild 11.8 Wohnformen der Studierenden nach sozialer Herkunft
Studierende in % je Herkunftsgruppe¹



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹Rundungsdifferenzen möglich

jährigen Studierenden veranschaulicht werden: Für diese Altersgruppe kommt deutlich zum Ausdruck, dass Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ eher bei ihren Eltern wohnen als Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ (38% vs. 23%). Letztere wohnen hingegen häufiger in einer Wohngemeinschaft (33% vs. 24%) oder allein in einer Wohnung (16% vs. 12%).

Diese Unterschiede bleiben auch bestehen, wenn die altershomogenen Gruppen getrennt nach Fachhochschulen und Universitäten betrachtet werden. Mögli-

cherweise sind deshalb auch finanzielle Restriktionen für ein Verbleiben im Elternhaus ausschlaggebend.

11.2.5 Studienspezifische Merkmale

Hochschulart

Studierende an Fachhochschulen wohnen häufiger bei den Eltern als Studierende an Universitäten (31% vs. 20%, Bild 11.9). Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte vor allem darin zu finden sein, dass Fachhochschulen eine weitaus größere

regionale Verbreitung aufweisen als Universitäten. Folglich besteht für Studierende an Fachhochschulen somit sehr viel eher die Möglichkeit, ein Studium in der Nähe der elterlichen Wohnung aufzunehmen.¹

Im Gegensatz zu Studierenden an Fachhochschulen wohnen die Studierenden an Universitäten deutlich häufiger in einer Wohngemeinschaft (28 % vs. 21 %). Bei den übrigen Wohnformen sind die Unterschiede relativ gering.

Fächergruppen

Werden die Wohnformen der Studierenden in Abhängigkeit von den Fächergruppen betrachtet, dann fällt vor allem der stark variierende Anteil an Elternwohnern auf. Am häufigsten wohnen Studierende der Ingenieurwissenschaften bei den Eltern (30 %, Bild 11.9), deutlich seltener hingegen die Studierenden der Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften (12 %).

Für diese markanten Unterschiede im Elternwohneranteil gibt es verschiedene Gründe: So hängt die Möglichkeit, einen Studienort in der Nähe des Elternhauses zu finden, zunächst einmal von der Angebotsdichte des Studienfaches ab. Wird ein Studienfach nur selten angeboten, dann werden die Studierenden eher gezwun-

gen sein größere Distanzen zwischen dem elterlichen Wohnort und dem Studienort zu akzeptieren.² Dies gilt z. B. besonders für Studierende der medizinischen Studiengänge, wobei hier gravierend hinzukommt, dass die Studienplatzvergabe noch immer zentral geregelt wird und eigene Ortspräferenzen der Studierenden oftmals nicht berücksichtigt werden können.

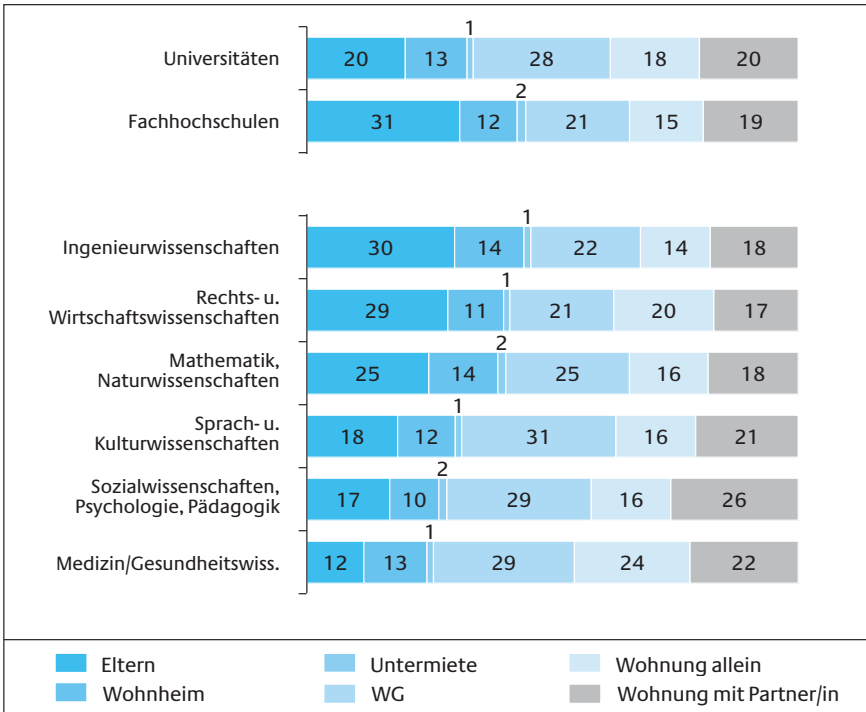
Ein weiterer möglicher Grund für den variierenden Anteil an Elternwohnern ist die spezifische Altersstruktur, die den Studierenden der verschiedenen Fächergruppen zugrunde liegt. So kann z. B. der unterdurchschnittliche Anteil an Elternwohnern unter den Studierenden der Fächergruppe Sozialwissenschaften/Sozialwesen/Psychologie/Pädagogik (17 %) u. a. auf das im Durchschnitt höhere Alter dieser Studierenden zurückgeführt werden.

Wie oben beschrieben, ist der Anteil an Elternwohnern auch vom Anteil der Studierenden abhängig, der an einer Fachhochschule studiert. Hierbei sind es besonders die Studierenden der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften, die häufig an dieser Hochschulart immatrikuliert sind: Während von allen Studierenden etwa 30 % an Fachhochschulen immatrikuliert sind, liegt der Anteil der angehenden Ingenieurinnen und Inge-

¹ Wie Studienanfänger-Befragungen belegen, hängt die Studienortwahl u. a. wesentlich von der Nähe zum Heimatort ab (Heine et al. 2008).

² Zur Entfernung zwischen Heimat- und Studienort vgl. Wank et al. 2009: 10f.

Bild 11.9 Wohnformen der Studierenden nach Hochschulart und Fächergruppe
in %¹



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Rundungsdifferenzen möglich

nieure an den Fachhochschulen bei 61 %. Dies erklärt mit, warum Studierende der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften überdurchschnittlich häufig bei den Eltern wohnen (30 %).

Ähnliches gilt für die Studierenden der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (29 %), bei denen dies vor allem für die

Studierenden der Wirtschaftswissenschaften zutrifft.

Neue vs. alte Studiengänge

In Folge der Studienstrukturreform ist es von Interesse, ob sich die Studierenden der alten und neuen Studiengänge hin-

sichtlich der von ihnen genutzten Wohnformen unterscheiden. Um dieser Frage nachzugehen, werden die Studierenden ausgewählter alter (FH-Dipl., Uni-Dipl./Magister, Staatsexamen) und neuer Studiengänge (Bachelor) einander gegenübergestellt, wobei zusätzlich zwischen Studierenden an Fachhochschulen und Universitäten unterschieden wird. Da die Studierenden in den neuen Bachelor-Studiengängen allerdings deutlich jünger sind als die Studierenden der alten Studiengänge, werden nur Studierende bis zu einem Alter von 23 Jahren betrachtet. Diese Bildung von altershomogenen Gruppen erlaubt es, den Einfluss des Alters zu kontrollieren.

Bild 11.10 ist zu entnehmen, dass Studierende in den Bachelor-Studiengängen etwas häufiger die preiswerteren Wohnformen wählen. Bachelor-Studierende an Fachhochschulen wohnen anteilig deutlich häufiger im Elternhaus als die gleichaltrigen Studierenden in FH-Diplomstudiengängen (41 % vs. 31 %), seltener hingegen zusammen mit der Partnerin/dem Partner in einer Wohnung (8 % vs. 18 %). Bei Bachelor-Studierenden an Universitäten ist der Unterschied zu Studierenden in den alten Studiengängen geringer: So fallen die Anteile der Bachelor-Studierenden mit eigener Wohnung sowohl alleine wie auch mit Partner/in niedriger aus, dafür gibt es hier einen leichten Trend in

Bild 11.10 Wohnformen der altersgleichen Studierenden in neuen und alten Studiengängen je Hochschulart

Studierende im Erststudium – bis 23 Jahre alt, in %

Wohnform	Fachhochschule		Universität		
	Bachelor	FH-Diplom	Bachelor	Diplom/Magister	Staats-examen
Eltern	41	31	26	25	25
Wohnheim	13	16	18	15	16
Untermiete	1	3	2	1	1
Wohngemeinschaft	24	22	32	33	29
Wohnung allein	13	10	13	14	19
Wohnung mit Partner/in	8	18	9	12	10

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Richtung Wohnheim (18 % vs. 15 % bzw. 16 %). Der Anteil an Elternwohner/innen unterscheidet sich bei den bis 23-jährigen an Universitäten praktisch gar nicht mehr zwischen den Studierenden in den alten und neuen Studiengängen.

Allgemeine Studiengebühren

Eine der Folgen der Einführung von Studiengebühren könnte sein, dass davon betroffene Studierende die zusätzliche finanzielle Belastung durch ein Ausweichen auf kostengünstigere Wohnformen kompensieren. Es bietet sich an, dies auf der Basis der Studierenden im Erststudium in den alten Ländern zu untersuchen. Die Studierenden in den neuen Ländern bleiben dabei unberücksichtigt, weil dort zum einen keine Studiengebühren erhoben werden und zum anderen die dortige regionalspezifische Verteilung auf die Wohnformen (vgl. Kap. 11.2.1) bei der Untersuchung zusätzlich kontrolliert werden müsste.

In Bild 11.11 ist dargestellt, welche Wohnformen die Studierenden in den alten Ländern nutzen, und zwar danach differenziert, ob sie Gebühren zahlen, von der Gebührenpflicht ausgenommen bzw. befreit sind oder an einer Hochschule ohne Studiengebühren eingeschrieben sind. Danach ist festzustellen, dass unter den Gebührenden der Anteil, der bei den Eltern wohnt, höher ausfällt als unter

den Studierenden an Hochschulen ohne Studiengebühren (28 % vs. 24 %). Auch die unter Kostenaspekten günstigste Wohnform außerhalb des Elternhauses, das Studentenwohnheim, wird von Gebührenzahlern häufiger gewählt als von Studierenden, die an einer Hochschule ohne Gebührenpflicht eingeschrieben sind (13 % vs. 10 %). Zu ähnlichen Anteilen wohnen Studierende mit und ohne Studiengebühren in einer Wohngemeinschaft (26 % bzw. 25 %) und allein in einer Wohnung (16 % bzw. 17 %). Deutlich seltener hingegen teilen sich Gebührenzahler eine Wohnung mit dem Partner bzw. der Partnerin (Bild 11.11).

Die beschriebenen Unterschiede bestanden allerdings in ähnlichem Umfang bereits vor der Einführung der Studiengebühren. Wie die ebenfalls in Bild 11.11 dargestellten Ergebnisse für 2006 zeigen, wohnten bereits damals in den Ländern, die heute Studiengebühren erheben, anteilig mehr Studierende im Elternhaus oder im Wohnheim als in den Ländern, die auch weiterhin keine Studiengebühren erheben. Insofern können die beschriebenen Unterschiede zwischen Gebührenzahlern und Studierenden in Ländern ohne Gebührenpflicht nicht eindeutig als Auswirkung der Einführung von allgemeinen Studiengebühren interpretiert werden.

Auffällig sind allerdings die Unterschiede der genutzten Wohnformen zwi-

Bild 11.11 Wohnformen der Studierenden in den alten Ländern nach allgemeinen Studiengebühren

Studierende im Erststudium – alte Länder, in %¹

Wohnform	2009			2006	
	Studiengebühren			Gebührenpflicht	
	keine	befreit	zahlend	nein	ja
Eltern	24	21	28	24	26
Wohnheim	10	14	13	8	12
Untermiete	1	2	2	1	2
Wohngemeinschaft	26	26	25	26	24
Wohnung allein	16	12	17	21	20
Wohnung mit Partner/in	22	25	15	19	17

¹ Rundungsdifferenzen möglich

DSW/HIS 19, Sozialerhebung

schen Gebührenzahlern und denen, die von der Zahlung befreit sind. Letztere können sich offenbar etwas eher die teureren Wohnformen leisten.

11.3 Wohnwünsche und Wohnzufriedenheit

11.3.1 Wohnwünsche

Die von den Studierenden realisierten Wohnformen stimmen nicht immer mit denjenigen Wohnformen überein, die sie wählen würden, wenn sie die freie Wahl hätten. Dies liegt vor allem daran, dass die gegenwärtig genutzte Wohnform sowohl vom regionalen Wohnungsmarkt

als auch von den finanziellen Möglichkeiten der Studierenden abhängig ist. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse, bei denen die genutzten und die präferierten Wohnformen gegenübergestellt werden, basieren auf den Angaben der 82 % Befragten, die sowohl zur gegenwärtigen als auch zur präferierten Wohnform Angaben gemacht haben.

Bei der Mehrheit der Studierenden (55 %) stimmt die genutzte und die präferierte Wohnform überein. Allerdings ist diese Übereinstimmung erheblich von der derzeit genutzten Wohnform abhängig. So ist für Studierende, die bei den Eltern oder zur Untermiete wohnen, diese

Bild 11.12 Übereinstimmung zwischen realisierter und bevorzugter Wohnform

Studierende je Wohnform, in %

realisierte Wohnform	bevorzugte Wohnform						insg. ¹
	Eltern	Wohnheim	Untermiete	Wohngemeinschaft	Wohnung allein	W. mit Partner/in	
Eltern	22	10	1	16	25	26	100
Wohnheim	5	40	1	18	18	18	100
Untermiete	10	8	17	14	24	26	100
Wohngemeinschaft	2	3	0	63	17	15	100
Wohnung allein	4	3	0	8	60	25	100
Wohnung mit Partner/in	1	2	0	1	1	95	100
Insgesamt	8	9	1	25	23	35	100

¹ Rundungsdifferenzen möglich

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Wohnform nur relativ selten auch die präferierte Wohnform (22 % bzw. 17 %, Bild 11.12).

Eine größere Übereinstimmung zeigt sich für die Wohnheimbewohner/innen. 40 % von ihnen leben in der gewünschten Wohnform.³

Weitaus größere Übereinstimmungen zwischen der gewünschten und der realisierten Wohnform finden sich für die Studierenden, die momentan allein in einer Wohnung oder in einer Wohngemeinschaft leben. Von ihnen wünschen sich 60 % (Wohnung allein) bzw. 63 % (Wohngemeinschaft) keine andere Wohnform.

³ Zur Beurteilung des Lebens im Wohnheim aus Sicht der Bewohner/innen vgl. Wank et al. 2009: 31ff.

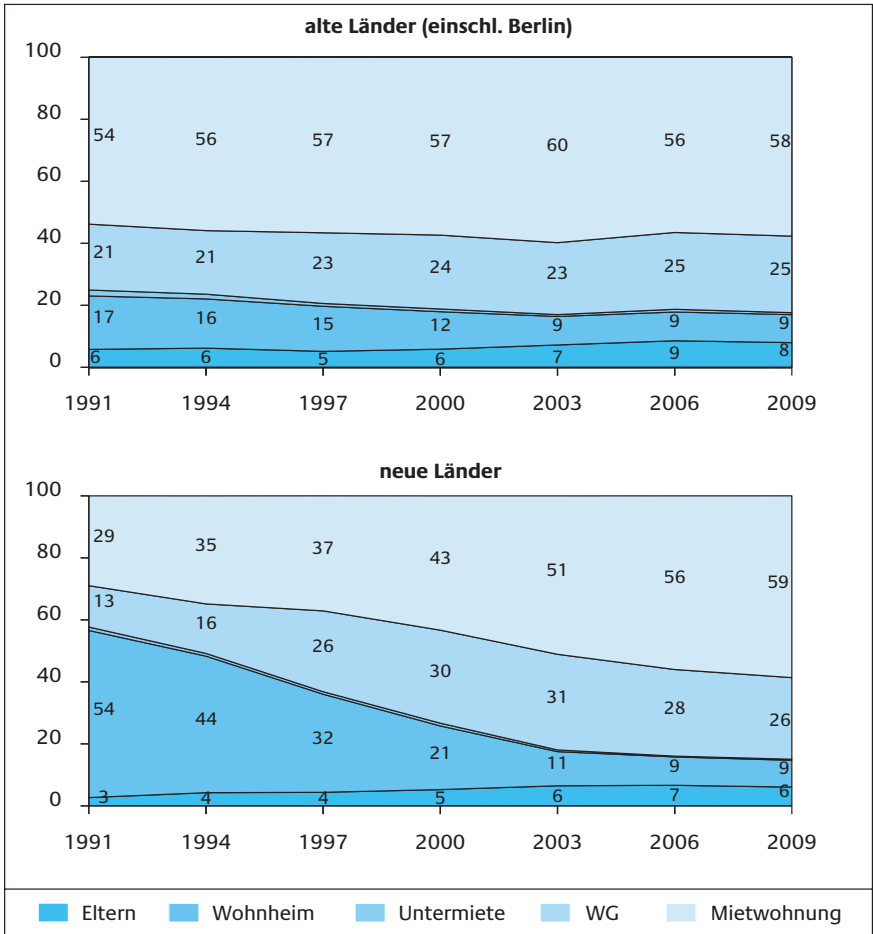
Bei den Studierenden, die hingegen mit einer Partnerin oder einem Partner in einer gemeinsamen Wohnung zusammenleben, zeigt sich mit 95 % die höchste Übereinstimmung von realisierter und präferierter Wohnform.

Ginge es allein nach den Präferenzen der Studierenden, dann würden 35 % mit der Partnerin/dem Partner in einer Wohnung leben (2006: 30 %), 25 % bevorzugten eine Wohngemeinschaft und 23 % eine Wohnung, die sie allein bewohnten (2006: 26 %). Der Anteil der Wohnheimbewohner/innen läge bei 9 % und nur 8 % würden im Elternhaus wohnen.

Unterschiede in den Wohnpräferenzen der Studierenden in den alten und neuen Ländern sind kaum mehr festzu-

Bild 11.13 Entwicklung der Wohnpräferenzen – alte und neue Länder im Vergleich¹

Studierende in %²



¹ ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

² Rundungsdifferenzen möglich

stellen. Bereits in der letzten Sozialerhebung 2006 konnte gezeigt werden, dass sich die wohnformbezogenen Präferenzen der Studierenden in den alten und neuen Ländern weitgehend angeglichen haben. Dieser Trend setzt sich auch 2009 fort (Bild 11.13).

11.3.2 Wohnzufriedenheit

Mit der Fragestellung „Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit ihrer derzeitigen Wohnsituation?“ wurde ermittelt, dass die überwiegende Mehrheit der Studierenden mit ihrer derzeitigen Wohnsituation zufrieden ist (Bild 11.14). So liegt der Anteil der Studierenden, der zufrieden oder sehr zufrieden ist, zusammen bei 60 %. Nur 20 % der Studierenden sind

mit ihrer der gegenwärtigen Wohnsituation (sehr) unzufrieden.

Die Zufriedenheit mit der Wohnsituation variiert allerdings deutlich mit der genutzten Wohnform. Hierbei zeigt sich, dass Studierende, die mit einer Partnerin oder einem Partner gemeinsam in einer Wohnung leben, am häufigsten (sehr) zufrieden sind (72 %). Für diese Gruppe wurde auch die größte Übereinstimmung zwischen gewünschter und realisierter Wohnform festgestellt (vgl. Bild 11.12).

Überdurchschnittlich zufrieden sind auch Studierende, die in einer Wohngemeinschaft oder allein in einer Wohnung leben. Bei den Erstgenannten liegt der Anteil der (sehr) Zufriedenen bei 65 %, bei den Letztgenannten bei 62 %.

Bild 11.14 Zufriedenheit mit der aktuellen Wohnsituation

Studierende je Wohnform, in %¹

Wohnform	Beurteilungsskala				
	sehr zufrieden	zufrieden	unentschieden	unzufrieden	sehr unzufrieden
Eltern	20	28	27	16	8
Wohnheim	18	33	27	14	8
Untermiete	19	33	19	19	9
Wohngemeinschaft	30	35	18	11	7
Wohnung allein	28	34	19	11	7
Wohnung mit Partner/in	41	31	12	8	8
Insgesamt	28	32	20	12	8

DSW/HIS 19, Sozialerhebung

¹Rundungsdifferenzen möglich

Bild 11.15 Anteil mit der Wohnsituation (sehr) zufriedener Studierender nach sozialer Herkunft

Beurteilung auf einer Skala von 1=„sehr unzufrieden“ bis 5=„sehr zufrieden“, 4+5 in %

Wohnform	soziale Herkunft			
	niedrig	mittel	gehoben	hoch
Eltern	40	46	53	54
Wohnheim	51	50	47	56
Untermiete	49	54	52	54
Wohngemeinschaft	57	62	63	68
Wohnung allein	51	61	65	66
Wohnung mit Partner/in	69	71	74	73
Insgesamt	53	58	61	64

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Bemerkenswert ist, dass auch Studierende, die in den weniger präferierten Wohnformen (Eltern, Wohnheim, Untermiete; vgl. Bild 11.12) leben häufig zufrieden sind: Etwa jeweils die Hälfte der Studierenden, die eine der genannten Wohnformen nutzt, ist (sehr) zufrieden.⁴

Eine Gegenüberstellung der Wohnzufriedenheit der Jahre 2006 und 2009 verweist auf einige kleine Veränderungen: Studierende sind 2009 mit ihrer Wohnsituation häufiger sehr zufrieden als 2006

(28 % vs. 25 %), etwas seltener dagegen zufrieden (32 % vs. 34 %). Gesunken – um lediglich einen Prozentpunkt – ist 2009 außerdem der Anteil der Studierenden, der sehr unzufrieden mit der Wohnsituation ist (8 % vs. 9 %).

Des Weiteren gibt es auch nach der sozialen Herkunft der Studierenden Bewertungsunterschiede bezüglich der Zufriedenheit mit Wohnsituation (Bild 11.15). Hier zeigt sich, dass Studierende umso häufiger mit der genutzten Wohnform zufrieden sind, je höher ihre soziale Herkunft ist. Sind beispielsweise von den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ 53 % (sehr) zufrieden, sind es von den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ 64 %. In diesem Kontext sei

⁴ Nach der von HIS durchgeführten Studie „Wohnen im Studium“ kommt die Zufriedenheit der Wohnheimbewohner/innen auch darin zum Ausdruck, dass etwa 9 von 10 Studierenden wieder in ein Wohnheim ziehen würden, wenn sie erneut vor dieser Entscheidung stünden (Wank et al. 2009: 38).

daran erinnert, dass 44 % der Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ in Wohnformen leben, die selten präferiert werden (Eltern, Wohnheim, Untermiete). Dasselbe gilt für 32 % ihrer Kommilitonen/innen der Herkunftsgruppe „hoch“ (vgl. Bild 11.8).

12. Gastronomische Einrichtungen im Hochschulbereich – Mensa und Cafeteria

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick			
Anteil der Studierenden, die 2009 zum Essen (Frühstück, Zwischenmahlzeit, Mittag, Abendessen) in die Mensa/Cafeteria gehen (in %)		85	
- durchschnittliche Häufigkeit pro Woche:		viermal	
Häufigkeit der Mittagsmahlzeit in der Mensa/Cafeteria pro Woche (Studierende in %)	2006	2009	
- nie	26	22	
- einmal	17	19	
- zweimal	17	18	
- dreimal	17	18	
- viermal	11	12	
- fünfmal und häufiger	12	11	
Mesanutzertyp nach der Anzahl der Mittagsmahlzeit in der Mensa/Cafeteria pro Woche (Studierende in %)	2006	2009	
Stammgäste (dreimal und öfter)	insgesamt	40	41
	- männlich	49	49
	- weiblich	30	31
Sporadische Nutzer (ein- bis zweimal)	insgesamt	34	37
	- männlich	30	33
	- weiblich	39	42
Nichtnutzer	insgesamt	26	22
	- männlich	21	18
	- weiblich	31	27
Aspekte, die den Studierenden 2009 an den Mensen und Cafeterien wichtig sind (Anteil der Studierenden mit entsprechendem Urteil, in %)	2006	2009	
- räumliche Nähe zur Hochschule	88	90	
- kostengünstige Angebote	81	83	
- qualitativ hochwertige Angebote	77	78	
- geringer Zeitaufwand	58	57	
- guter Service	44	45	

Technische Hinweise

Definitionen

Mensa

Innerhalb der Hochschule befindliche Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung mit dem Schwerpunkt Mittagverpflegung. Mensen werden fast ausschließlich von den Studentenwerken betrieben.

Cafeteria

Verpflegungseinrichtung für die Zwischenmahlzeiten.

Stammgäste der Mensa/Cafeteria

Studierende, die im Laufe einer Woche mindestens dreimal das Mittagessen in der Mensa/Cafeteria einnehmen.

Sporadische Nutzer der Mensa/Cafeteria

Studierende, die im Laufe einer Woche ein- bis zweimal das Mittagessen in der Mensa/Cafeteria einnehmen.

Bezugsgruppe

Deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen

Datenquellen

Daten der Sozialerhebung (Frage 42 und 43)

Studentenwerke im Zahlenspiegel 2008/2009, Deutsches Studentenwerk 2009

12.1 Mensa und Cafeteria – Leistungsbeschreibung

Die Mensen und Cafeterien im Hochschulbereich sind Einrichtungen der Studentenwerke. Ihre Aufgabe besteht u. a. darin, hochschulnah für Studierende preiswerte Speisen und Getränke unter Berücksichtigung moderner ernährungsphysiologischer Empfehlungen anzubieten.

Darüber hinaus sind die gastronomischen Einrichtungen der Studentenwerke jedoch nicht nur Orte, die einen reinen Versorgungscharakter aufweisen. So haben die Mensen und Cafeterien ebenfalls eine wichtige soziale Bedeutung im Alltag der Studierenden und Angehörigen der Hochschulen, da sie zugleich wichtige Aufenthalts-, Kommunikations-, Kultur- und Regenerationsbereiche darstellen.

Nach Angaben des Deutschen Studentenwerks (DSW 2009: 30f.) werden Dienstleistungen zur Verpflegung der Studierenden bundesweit in mehr als 750 Einrichtungen im Hochschulbereich erbracht. Dabei stehen etwa 210.000 Tischplätze zur Verfügung, wobei im Durchschnitt 11,2 Tischplätze für je 100 Studierende angeboten werden.

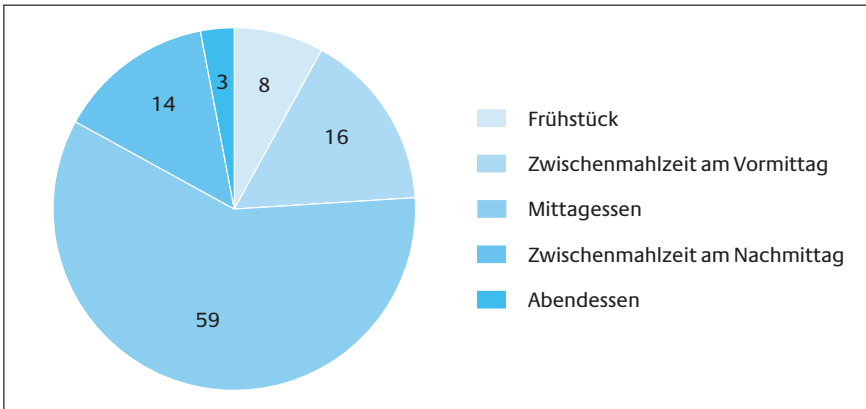
Der Gesamtumsatz, der in der Hochschulgastronomie erzielt wurde, lag im Geschäftsjahr 2008 bei knapp 341 Mio. Euro.

12.2 Nutzung des Angebots

Während der Vorlesungszeit besucht die überwiegende Mehrheit der Studierenden (85 %) im Laufe einer Woche eine Mensa oder Cafeteria, um dort zu frühstücken, zu Mittag oder zu Abend zu essen oder um eine Zwischenmahlzeit einzunehmen (2006: 83 %). Dabei werden die Mensen/Cafeterien von den Studierenden im Durchschnitt etwa viermal wöchentlich aufgesucht, um eine der zuvor genannten Mahlzeiten zu sich zu nehmen. Hierbei kommt dem Mittagessen die größte Bedeutung zu, auf das 59 % aller Mahlzeiten entfallen (2006: 60 %). Relativ häufig gehen Studierende allerdings auch für eine Zwischenmahlzeit in eine Mensa oder Cafeteria (30 %), wobei die Zwischenmahlzeiten am Vormittag 16 % (2006: 15 %) und die Zwischenmahlzeiten am Nachmittag 14 % (2006: 13 %) ausmachen (Bild 12.1).

Von den in den Mensen/Cafeterien ausgegebenen Mahlzeiten entfallen 57 % auf die Studenten und 43 % auf die Studentinnen. Wird berücksichtigt, dass die Männer-Frauen-Relation derzeit bei 52 % : 48 % liegt, ist von einer überdurchschnittlichen Nutzung des Angebots der Mensen/Cafeterien durch die Männer auszugehen. Außerdem unterscheiden sich die Geschlechter erkennbar in der Inanspruchnahme der einzelnen Arten von Mahlzeiten: Während Studentinnen bei

Bild 12.1 Mahlzeiten in der Mensa/Cafeteria – Anteil nach der Art der Mahlzeit
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

den Hauptmahlzeiten (Frühstück: 40 %, Mittagessen: 40 %, Abendessen: 34 %) eher unterrepräsentiert sind, sind sie bei den Zwischenmahlzeiten (vormittags: 50 %, nachmittags: 50 %) leicht überrepräsentiert.

Obwohl das Mittagessen die mit Abstand wichtigste Rolle unter den angegebenen Mahlzeiten spielt – 78 % der Studierenden gehen wöchentlich mindestens einmal zum Mittagessen in eine Mensa/Cafeteria –, unterscheiden sich die Studierenden jedoch deutlich danach, wie häufig sie innerhalb einer Woche eine Mensa oder Cafeteria für diese Mahlzeit aufsuchen. So kommen 19 % einmal und jeweils 18 % zwei- oder dreimal in der Woche zu

einem Mittagessen in eine Mensa/Cafeteria. Weitere 23 % der Studierenden essen dort viermal oder häufiger in der Woche zu Mittag.

Von den Studierenden, die in der Mensa/Cafeteria zu Mittag essen, werden rechnerisch die Mensen/Cafeterien 2,7-mal pro Woche aufgesucht. Allerdings gibt es auch Studierende, die zum Mittagessen überhaupt nicht in eine Mensa oder Cafeteria gehen. Ihr Anteil liegt bei 22 %.

Deutlich geringer ist die Häufigkeit der Mensa-Besucher/innen, um eine der anderen Mahlzeiten einzunehmen (Bild 12.2).

Bild 12.2 Mensa-/Cafeteria-Besuche im Lauf einer Woche nach Art der Mahlzeit
Studierende in %

Häufigkeit	Frühstück	Zwischen- mahlzeit Vormittag	Mittagessen	Zwischen- mahlzeit Nachmittag	Abendessen
nie	82	65	22	66	93
einmal	9	17	19	17	4
zweimal	4	11	18	10	2
dreimal	3	5	18	4	1
viermal	1	1	12	2	0
fünfmal u. häufiger	1	1	11	1	0
insgesamt	100	100	100	100	100
Ø Häufigkeit ¹	1,9	1,8	2,7	1,8	1,6

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ durchschnittliche Häufigkeit bezogen auf diejenigen, die eine entsprechende Mahlzeit einnehmen

12.3 Mittagessen

12.3.1 Inanspruchnahme

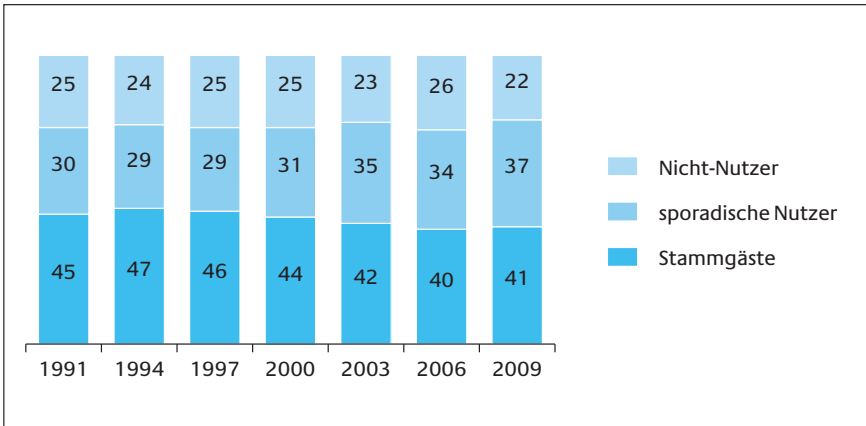
Die überwiegende Mehrheit der Studierenden besucht – wie bereits ausgeführt wurde – eine Mensa/Cafeteria, um dort das Mittagessen zu sich zu nehmen. 2009 liegt dieser Anteil bei 78 % und damit um vier Prozentpunkte höher als 2006. Seit 1991 hat sich der Anteil der Mensa-Nutzer/innen nur in geringem Maße verändert. Er liegt zumeist bei etwa drei Vierteln der Studierenden, mit leichten Schwankungen.

Wird zwischen Stammgästen (drei oder mehr Mittagsmahlzeiten pro Woche

in einer Mensa/Cafeteria) und sporadischen Nutzern (ein oder zwei Mittagsmahlzeiten pro Woche) unterschieden, dann wird deutlich, dass seit 1991 zwei Tendenzen zu beobachten sind (Bild 12.3): Zunächst kann festgestellt werden, dass der Anteil an Stammgästen rückläufig ist. Lag dieser 1994 bei 47 %, so sank er in den folgenden Jahren kontinuierlich bis auf 40 % (2006); 2009 ist er allerdings wieder um einen Prozentpunkt angestiegen. Eine gegenläufige Entwicklung zeigt sich beim Anteil der sporadischen Nutzer/innen, der etwas größer geworden ist. Machten diese Nutzer/innen 1994 anteilig noch 29 % aus, sind es 2009 mit 37 % deutlich mehr.

Bild 12.3 Häufigkeit des Mensabesuchs zum Mittagessen im Zeitvergleich

in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

12.3.2 Beeinflussende Faktoren

Wie in multivariaten statistischen Analysen (logistische Regression) nachgewiesen werden konnte, haben verschiedene Faktoren einen signifikanten Einfluss auf die Nutzung einer Mensa/Cafeteria zum Mittagessen.

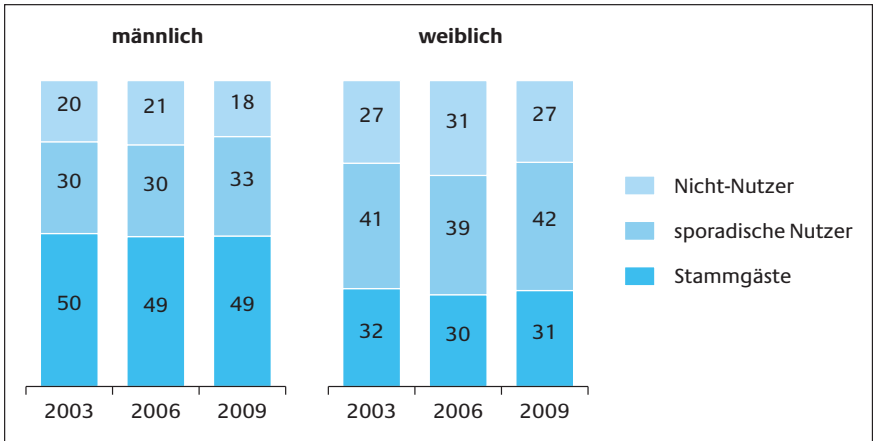
Bei diesen handelt es sich zum einen um soziodemografische Faktoren wie Geschlecht, Alter, Wohnform und die soziale Herkunftsgruppe. Zum anderen beeinflussen aber auch studienspezifische Faktoren die Einnahme eines Mittagessens in den Mensen/Cafeteria signifikant. Hierzu gehören die Fächergruppe, der Studien-Erwerbs-Typ sowie die Anwesenheit an der Hochschule.

Auf diese genannten Einflussfaktoren wird in den folgenden Abschnitten näher eingegangen.

Geschlecht

Studentinnen und Studenten nutzen die Mensen und Cafeterien unterschiedlich häufig zum Mittagessen. Dabei sind die Stammgäste der Mensa/Cafeteria weit häufiger Männer als Frauen: Gehen von den Studentinnen 49 % mindestens dreimal in der Woche zum Mittagessen in eine Mensa/Cafeteria, sind es von den Studentinnen 31 % (Bild 12.4). Ein umgekehrtes Bild zeigt sich bei den sporadischen Nutzern. Letztgenannte machen bei den Studentinnen 42 % aus, bei den Studenten sind es hingegen nur 33 %.

Bild 12.4 Häufigkeit des Mensabesuchs zum Mittagessen nach Geschlecht
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Sowohl bei den Männern als auch den Frauen liegt der Anteil an Mensa-Nutzern 2009 höher als 2006. Erhöht hat sich jeweils der Anteil der sporadischen Nutzer/innen um drei Prozentpunkte.

Alter

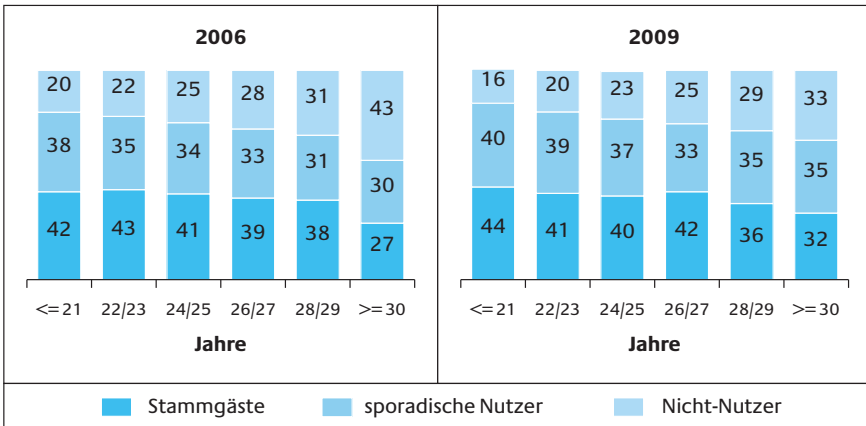
Die Inanspruchnahme einer Mensa oder Cafeteria zum Mittagessen hängt auch mit dem Alter der Studierenden zusammen. So gehen von den bis 21-jährigen 84 % zum Mittagessen in eine Mensa/Cafeteria (Bild 12.5). Mit steigendem Alter verringert sich dieser Anteil bis auf 67 % bei den 30-jährigen und Älteren.

Gründe für diesen Befund könnten unter anderem in den unterschiedlichen

Lebenssituationen zu finden sein, in denen sich die Studierenden der verschiedenen Altersgruppen befinden. Mit zunehmendem Alter wird z. B. der Anteil an erwerbstätigen Studierenden größer (vgl. Kapitel 10.2.2). Auch erhöht sich der Anteil derjenigen Studierenden, der in einer festen Partnerschaft lebt oder verheiratet ist (vgl. Kapitel 4.1.2).

Verglichen mit den Ergebnissen von 2006 fällt auf, dass in allen Altersgruppen der Anteil derjenigen gestiegen ist, der zum Mittagessen in eine Mensa oder Cafeteria geht. Dabei gilt dies vor allem für die Gruppe der sporadischen Nutzer/innen.

Bild 12.5 Häufigkeit des Mensabesuchs zum Mittagessen nach Alter
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Wohnform

Wohnheimbewohner/innen nutzen die Mensen und Cafeterien am häufigsten (84 %, Bild 12.6). Unter ihnen befinden sich auch anteilig die meisten Stammgäste (52 %). Vergleichsweise selten nutzen dagegen die Studierenden, die mit ihrer Partnerin/ihrem Partner in einer Wohnung leben, die Mensen/Cafeterien zum Mittagessen (70 %). Für diese Studierenden lässt sich der kleinste Anteil an Stammgästen feststellen (31 %).

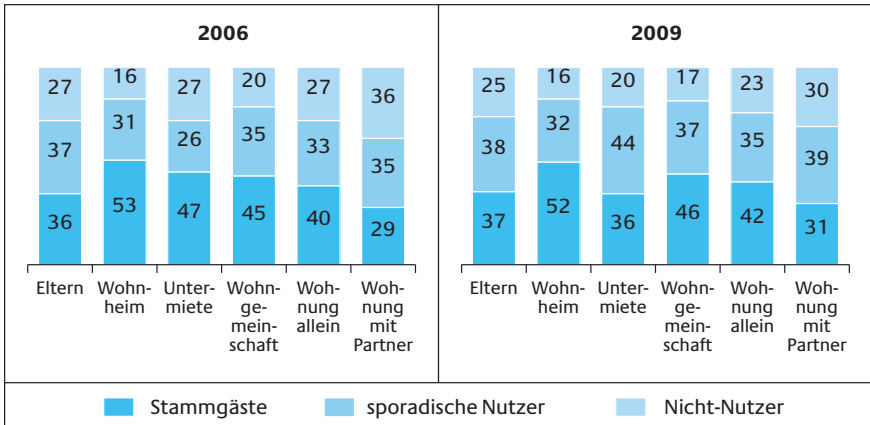
Verglichen mit 2006 haben sich 2009 die folgenden Veränderungen in der Häufigkeit der Nutzung der Mensen/Cafeterien zum Mittagessen für die Studierenden, die in den unterschiedlichen

Wohnformen leben, ergeben: Mit Ausnahme der Wohnheimbewohner/innen, ist für die Studierenden aller anderen Wohnformen ein Zugewinn an Nutzern der Mensen und Cafeterien zu verzeichnen, der zwischen zwei und sieben Prozentpunkten liegt. Besonders deutlich sind hierbei die Anteile an sporadischen Nutzern und Stammgästen bei denjenigen Studierenden angestiegen, die in einer eigenen Wohnung leben.

Finanzielle Aspekte

Studierende, die im Sommersemester 2009 BAföG-Leistungen beziehen, suchen die gastronomischen Einrichtungen zum Mittagessen etwas häufiger auf als Stu-

Bild 12.6 Häufigkeit des Mensabesuchs zum Mittagessen nach Wohnform
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

dierende, die nicht nach dem BAföG gefördert werden (80 % vs. 77 %). Dabei fällt auf, dass unter den Geförderten sowohl der Anteil der Stammgäste als auch der Anteil der sporadischen Nutzer/innen etwas höher ausfällt als bei den Nicht-Geförderten (42 % vs. 40 % bzw. 38 % vs. 37 %).

Um zu ermitteln, ob sich die Höhe der monatlich zur Verfügung stehenden Einnahmen in einer unterschiedlichen Nutzungshäufigkeit der Mensen/Cafeterien zum Mittagessen niederschlägt, wurden die Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“ – also ledige Studierende, die außerhalb des Elternhauses wohnen und sich im Erststudium befinden – in Bezug auf ihre Nutzungshäufigkeit der

Mensen/Cafeterien näher untersucht, da für diese Studierenden zuverlässige Angaben zur Einnahmensituation vorliegen. Hierzu wurden zu Analysezwecken Einnahmenquartile gebildet.

Wie der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen ist, unterscheiden sich die Studierenden des ersten bis dritten Einnahmenquartils nur geringfügig in der Häufigkeit ihrer Mensa-/Cafeteria-besuche. Nur bei den Studierenden des vierten Einnahmenquartils, die über die höchsten monatlichen Einnahmen verfügen, wird ein etwas abweichendes Ergebnis deutlich. Bei ihnen lassen sich – verglichen mit den Studierenden der ersten drei Einnahmenquartile – ein niedrigerer

Anteil an Stammgästen und ein etwas höherer Anteil an sporadischen Nutzern erkennen.

Studierende je Einnahmenquartil nach Mensanutzertyp, in %

Einnahmen (€/Monat)	Stammgäste	Sporadische Nutzer	Nicht-Nutzer
bis 640	43	36	21
über 640 bis 770	45	36	19
über 770 bis 945	44	36	20
über 945	38	39	23

Somit kann festgehalten werden, dass die Höhe der monatlichen Einnahmen relativ wenig Einfluss auf die Häufigkeit des Mittagessens in den Mensen und Cafeterien hat.

Soziale Herkunft

Wird die Nutzung der Mensen/Cafeterien in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft der Studierenden betrachtet, dann zeigt sich, dass Studierende der verschiede-

nen Herkunftsgruppen die Mensen und Cafeterien unterschiedlich häufig zum Mittagessen aufsuchen (Bild 12.7). Dabei fällt der Anteil an Stammgästen umso größer aus, je höher die soziale Herkunftsgruppe der Studierenden ist („niedrig“: 37 %; „hoch“: 45 %). Im Gegensatz dazu verringert sich der Anteil an Nichtnutzern von der sozialen Herkunftsgruppe „niedrig“ bis zur Herkunftsgruppe „hoch“ (25 % vs. 19 %).

Studienspezifische Aspekte

Studierende der verschiedenen Fächergruppen nehmen die Leistungen der Mensen und Cafeterien unterschiedlich häufig in Anspruch (Bild 12.8). So finden sich überdurchschnittlich viele Stammgäste, die ihr Mittagessen in einer Mensa/Cafeteria einnehmen, unter den Studierenden der Ingenieurwissenschaften (52 %), den Studierenden der Fächergruppe Medizin, Gesundheitswissenschaften

Bild 12.7 Häufigkeit des Mensabesuchs zum Mittagessen nach sozialer Herkunft in %

Mensanutzertyp	Soziale Herkunft			
	niedrig	mittel	gehoben	hoch
Stammgäste	37	38	40	45
Sporadische Nutzer	38	37	38	36
Nicht-Nutzer	25	25	22	19

Bild 12.8 Anteil der Mensagäste nach Nutzer/innen-Typ und Fächergruppe
in %

Fächergruppe	Stammgäste	Sporadische Nutzer	Nicht-Nutzer
Ingenieurwissenschaften	52	30	18
Medizin, Gesundheitswiss.	50	32	18
Mathematik/Naturwiss.	48	33	19
Rechts- und Wirtschaftswiss.	41	38	21
Sprach- und Kulturwiss.	30	42	28
Sozialwiss., -wesen/Psy./Päd.	27	45	28

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

(50 %) sowie den Studierenden der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften (48 %). Ein eher durchschnittlich hoher Anteil an Stammgästen kann für die Studierenden der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften konstatiert werden (41 %).

Studierende der Sprach- und Kulturwissenschaften (30 %) sowie der Fächergruppe Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Psychologie, Pädagogik (27 %) weisen hingegen unterdurchschnittliche Anteile an Stammgästen auf. Studierende dieser beiden Fächergruppen gehören weitaus häufiger zu den sporadischen Nutzern und suchen daher die Mensen/Cafeterien lediglich ein- bis zweimal in der Woche auf, um dort ein Mittagessen einzunehmen (42 % und 45 %). Bei den Studierenden der anderen Fächergruppen variiert

der Anteil der sporadischen Nutzer/innen zwischen 30 % (Ingenieurwissenschaften) und 38 % (Rechts- und Wirtschaftswissenschaften).

Wird zwischen den Hochschularten differenziert, kann festgestellt werden, dass Studierende an Universitäten etwas häufiger als Studierende an Fachhochschulen zum Mittagessen in eine Mensa oder Cafeteria gehen (78 % vs. 75 %). Dabei unterscheidet sich der Anteil an Stammgästen an beiden Hochschularten kaum (Uni: 40 %; FH: 41 %). Etwas größer fallen jedoch die Unterschiede bei den sporadischen Nutzern aus. Ihr Anteil liegt an den Universitäten bei 38 %, an den Fachhochschulen bei 34 %.

Ob eine Mensa oder Cafeteria zum Mittagessen besucht wird, hängt auch damit zusammen, ob es sich bei den Studie-

renden um Teilzeit- oder Vollzeitstudierende handelt und in welchem Umfang sie erwerbstätig sind. Dies belegen die Ergebnisse, bei denen die drei verschiedenen Nutzertypen der Mensen/Cafeterien nach den Studien-Erwerbs-Typen differenziert werden.¹ Wie Bild 12.9 zu entnehmen ist, nutzen Vollzeitstudierende ohne bzw. mit nur geringer Erwerbsbelastung die Mensen und Cafeterien zum Mittagessen am häufigsten (81 %). Unter ihnen befinden sich auch anteilig die meisten Stammgäste (45 %). Am zweithäufigsten nutzen Vollzeitstudierenden mit hoher Erwerbsbelastung die genannten gastronomischen Einrichtungen (76 %). Für die Teilzeitstudierenden mit hoher Erwerbsbelastung kann erwartungsgemäß der

geringste Anteil an Nutzern von Mensen/Cafeterien festgestellt haben (66 %).

Darüber hinaus liegt es nahe, dass es einen Zusammenhang zwischen der Häufigkeit des Hochschulbesuchs und des Mensabesuchs gibt. Aus den Angaben zum Zeitbudget lässt sich ermitteln, an wie vielen Tagen pro Woche Lehrveranstaltungen von den Studierenden besucht wurden. Mit diesen Informationen lässt sich die Nutzungshäufigkeit der Mensen/Cafeterien zum Mittagessen in Abhängigkeit von der Anwesenheit der Studierenden an der Hochschule betrachten.

Im Ergebnis wird deutlich, dass Studierende umso öfter eine Mensa/Cafeteria aufsuchen, je häufiger sie sich an der Hochschule aufhalten (Bild 12.10): Studierende die an fünf oder mehr Tagen in der Woche Lehrveranstaltungen besuchen,

¹ Siehe zur Definition der Studien-Erwerbs-Typen die technischen Hinweise zu Kapitel 9.

Bild 12.9 Häufigkeit des Mensabesuchs zum Mittagessen nach Studien-Erwerbs-Typ
in %

Mensanutzertyp	Studien-Erwerbs-Typ			
	Teilzeitstudierende ohne bzw. mit geringer Erwerbsbelastung	Teilzeitstudierende mit hoher Erwerbsbelastung	Vollzeitstudierende ohne bzw. mit geringer Erwerbsbelastung	Vollzeitstudierende mit hoher Erwerbsbelastung
Stammgäste	29	29	45	38
Sporadische Nutzer	43	37	36	38
Nicht-Nutzer	28	34	19	24

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Bild 12.10 Häufigkeit des Mensabesuchs zum Mittagessen nach Anwesenheit an der Hochschule
in %

Mensanutzertyp	Anwesenheit an Lehrveranstaltungen (in Tagen/Woche)		
	ein- bis zwei Tage	drei- bis vier Tage	fünf und mehr Tage
Stammgäste	29	36	48
Sporadische Nutzer	44	42	34
Nicht-Nutzer	27	22	18

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

haben den größten Anteil an Stammgästen (48 %). Dieser beträgt für die Studierenden, die drei- bis viermal in der Woche Lehrveranstaltungen besuchen, bereits 36 %. Studierende mit ein- bis zwei Lehrveranstaltungstagen in der Woche haben hingegen anteilig die meisten sporadischen Nutzer/innen (44 %).

12.4 Mensen und Cafeterien – Wichtige Aspekte aus studentischer Sicht

Mit der Frage: „Was ist Ihnen an den Mensen/Cafeterien besonders wichtig?“ wurden die Studierenden gebeten, verschiedene Aspekte mit Hilfe einer fünfstelligen Skala von „überhaupt nicht wichtig“ bis „sehr wichtig“ zu bewerten (vgl. Frage 43, Fragebogen im Anhang).

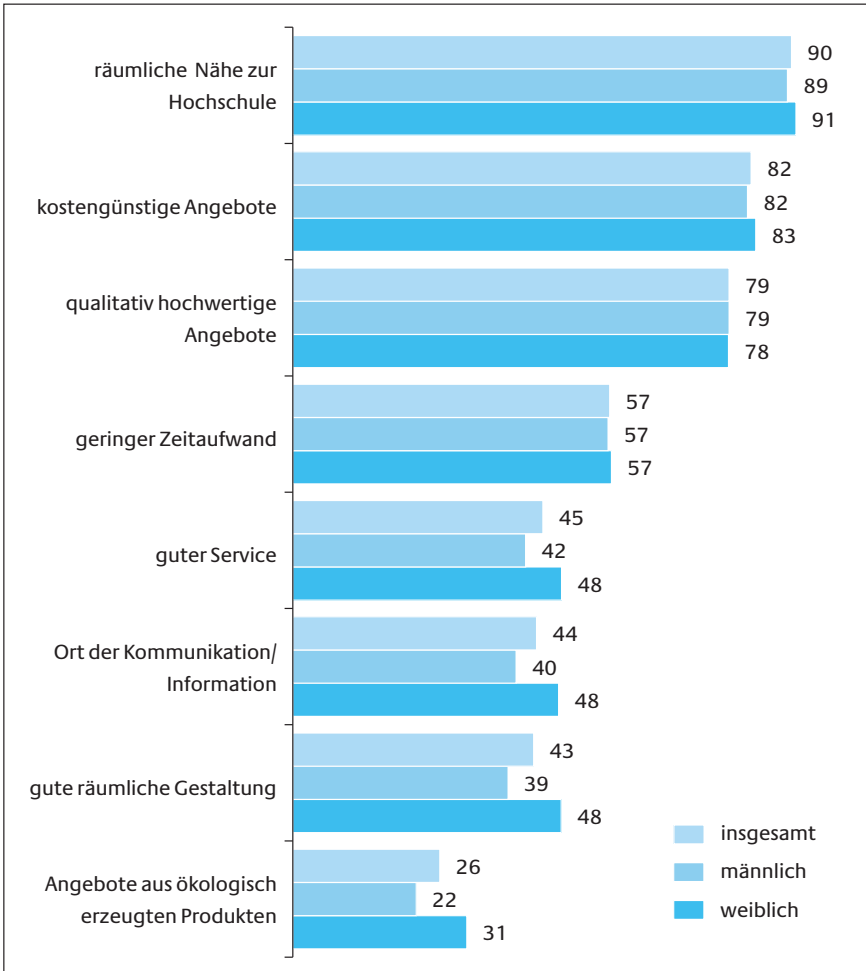
Es wird deutlich, dass für die überwiegende Mehrheit der Studierenden vor al-

lem die räumliche Nähe der Mensen/Cafeterien zur Hochschule (sehr) wichtig ist (90 %, Bild 12.11), aber auch, dass es in den Mensen/Cafeterien kostengünstige (82 %) und qualitativ hochwertige Angebote (79 %) gibt. Weit mehr als die Hälfte der Studierenden hält es ebenfalls für (sehr) wichtig, dass das Essen in den Mensen und Cafeterien lediglich mit einem geringen Zeitaufwand verbunden ist (57 %).

Etwas weniger als die Hälfte der Studierenden hält es dagegen für (sehr) wichtig, dass in den Mensen/Cafeterien ein guter Service angeboten wird (45 %), dass sie ein Ort der Kommunikation/Information sind (44 %) und dass sie räumlich gut gestaltet sind (43 %). Für etwas mehr als ein Viertel der Studierenden ist es außerdem (sehr) wichtig, dass in den Mensen und Cafeterien Angebote aus ökologisch erzeugten Produkten offeriert wer-

Bild 12.11 Mensa/Cafeteria – wichtige Aspekte aus der Sicht der Studierenden

Angaben auf einer Skala von 1= „überhaupt nicht wichtig“ bis 5= „sehr wichtig“,
4 + 5 in %



den (26 %). Im Vergleich zu 2006 haben sich mit diesen Befunden nur geringfügige Veränderungen ergeben. Die Differenzen, die sich hierbei in einzelnen Aspekten zwischen 2006 und 2009 ergeben haben, liegen lediglich im Bereich von ein bis zwei Prozentpunkten.

Die Bewertungen der einzelnen Aspekte der Mensen und Cafeterien unterscheiden sich zwischen Studentinnen und Studenten in lediglich vier Punkten: So hat der Aspekt der räumlichen ansprechenden Gestaltung der Mensen/Cafeterien eine größere Bedeutung für Studentinnen als Studenten (48 % vs. 39 %). Für Studentinnen ist die Mensa/Cafeteria auch als Ort der Kommunikation/Information häufiger relevant (48 % vs. 40 %). Darüber hinaus werden von den Studentinnen guter Service (48 % vs. 42 %) sowie Angebote aus ökologisch erzeugten Produkten (31 % vs. 22 %) häufiger als (sehr) wichtig erachtet als von Studenten.

Wird nach dem Alter der Studierenden differenziert, dann wird deutlich, dass die Bewertung der einzelnen Aspekte durch die Studierenden in den jeweiligen Altersgruppen nur wenig vom Gesamtdurchschnitt abweicht. Allerdings lässt sich für vier Aspekte eine Altersabhängigkeit in der jeweiligen Bewertung feststellen: So sind kostengünstige Angebote in den Mensen/Cafeterien für jüngere Studierende häufiger wichtig als für ältere Studierende. Während dieser Aspekt

von 87 % der bis 21-Jährigen für (sehr) wichtig gehalten wird, liegt der entsprechende Anteil bei den 30-Jährigen und Älteren bei 75 %. Auch der Anteil der Studierenden, der die Bedeutung der räumlichen Nähe der Mensen/Cafeterien zur Hochschule für (sehr) wichtig hält, sinkt mit zunehmendem Alter (bis 21-Jährige: 93 %; 30-Jährige und Ältere: 85 %).

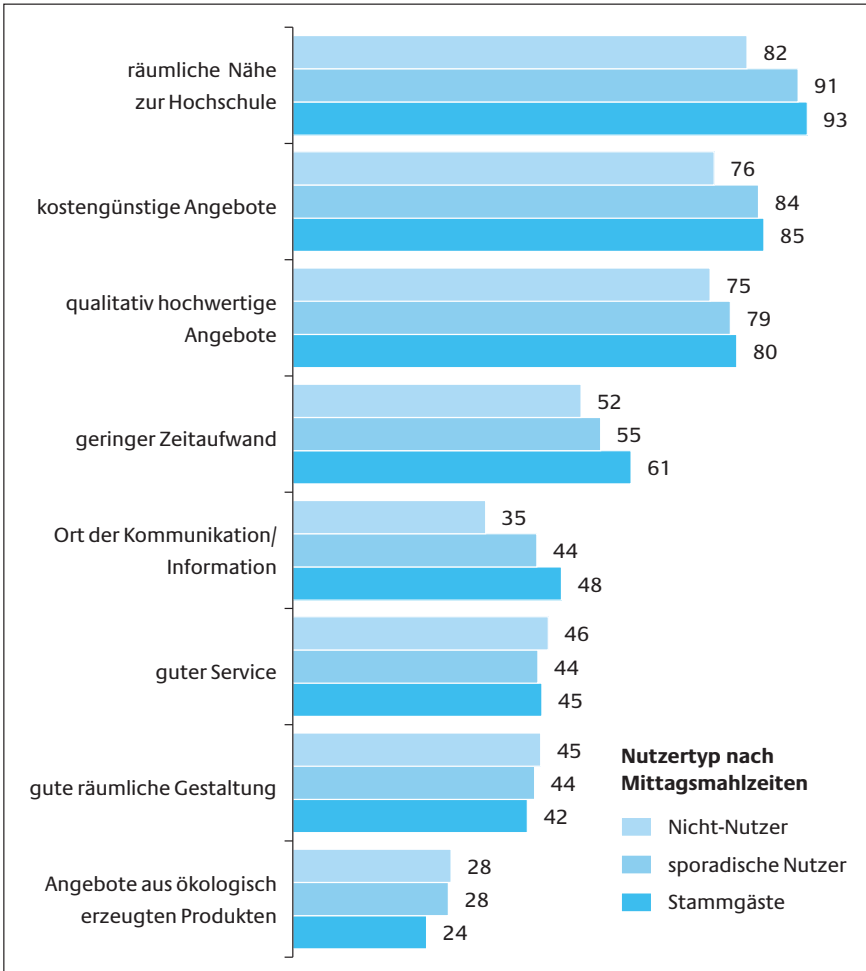
Im Gegensatz dazu erhöht sich mit steigendem Alter der Anteil derjenigen, die Angebote aus ökologisch erzeugten Produkten für (sehr) wichtig halten. Sind es bei den bis 21-Jährigen 23 %, sind es bei den 30-Jährigen und Älteren 41 %. Daneben gewinnt auch der gute Service mit steigendem Alter an Bedeutung (bis 21-Jährige: 43 %; 30-Jährige und Ältere: 50 %).

Differenziert nach der sozialen Schicht, unterscheiden sich die Studierenden kaum, wenn es um die Bewertung der verschiedenen Aspekte geht, die ihnen an den Mensen/Cafeterien besonders wichtig sind. Erwartungsgemäß sinkt mit steigender sozialer Herkunft der Anteil derjenigen, der kostengünstige Angebote für (sehr) wichtig hält – und zwar von 86 % bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ bis auf 80 % bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“.

Im Gegensatz dazu, fällt der Anteil der Studierenden, der qualitativ hochwertige Angebote („niedrig“: 74 %; „hoch“: 81 %) und Angebote aus ökologisch erzeugten Produkten („niedrig“:

Bild 12.12 Wichtige Aspekte aus der Sicht der Studierenden nach Nutzertyp

Angaben auf einer Skala von 1 = „überhaupt nicht wichtig“ bis 5 = „sehr wichtig“, 4 + 5 in %



23 %; „hoch“: 29 %) für wichtig hält umso größer aus, je höher die soziale Herkunftsgruppe ist.

Was den Studierenden an den Mensen/Cafeterien in Abhängigkeit von der Häufigkeit des Mensabesuchs zum Mittagessen besonders wichtig ist, ist in Bild 12.12 dargestellt. Danach ist ein geringer Zeitaufwand für das Essen in der Mensa/Cafeteria den Stammgästen häufiger (sehr) wichtig ist als den sporadischen Nutzern (61 % vs. 55 %).

Doch auch die Mensa als Ort der Kommunikation/Information hat für die Stammgäste häufiger eine Bedeutung als für die sporadischen Nutzer/innen (48 % vs. 44 %). Im Gegensatz dazu sind den sporadischen Nutzern häufiger als den Stammgästen die Angebote aus ökologisch erzeugten Produkten (sehr) wichtig (28 % vs. 24 %). Im Hinblick auf die Bewertung der anderen Aspekte, unterscheiden sich die beiden genannten Nutzertypen nur geringfügig.

13. Beratungs- und Informationsbedarf

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick			
Beratungs- und Informationsbedarf Erststudium, in % (Mehrfachnennungen)	2006	2009	
Beratungsbedarfsquote insgesamt	66	61	
Finanzierung des Studiums	25	22	
Krankenversicherung	24	19	
Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthalts	21	16	
Arbeitsorganisation, Zeitmanagement	15	15	
Zweifel, das Studium fortzuführen	16	13	
depressive Verstimmungen	14	13	
Arbeits-, Konzentrationsschwierigkeiten	14	13	
Prüfungsangst	13	13	
Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit	14	12	
Lern-/Leistungsprobleme	11	12	
Beratungsbedarf 2009 nach Abschlussart Erststudium, in % (Mehrfachnennungen)	Staats- examen	Bachelor	Magister/ Diplom
Beratungsbedarfsquote insgesamt	58	61	62
Finanzierung des Studiums	20	25	20
Krankenversicherung	19	17	23
Arbeitsorganisation, Zeitmanagement	14	16	15
Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthalts	13	17	15
Zweifel, das Studium fortzuführen	13	15	11
Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit	10	12	13
Nutzung von Beratungs-/Informationsangeboten 2009 Erststudium, in % (Mehrfachnennungen)		bezogen auf alle Studierende	bezogen auf Studierende mit Beratungs- bedarf
Studierende, die mindestens ein Angebot genutzt haben		33	55

Technische Hinweise

Definitionen

Beratungs- und Informationsbedarf

Interesse und/oder Notwendigkeit, Auskünfte und/oder Hilfestellung zu einem Themenbereich zu erhalten. Die Vorgaben im Fragebogen konzentrieren sich im Wesentlichen auf Bereiche, zu denen auch die Studentenwerke Beratungsangebote unterbreiten. Der erkundete Beratungs- und Informationsbedarf betrifft nicht die fachliche und studienorganisatorische Beratung und Betreuung im engeren Sinne, wie sie an den Fachbereichen – und hier insbesondere von den Lehrenden – angeboten werden.

Nutzung eines Angebots

Nutzung eines institutionalisierten Beratungsangebots zu einem Themenbereich. Dieses kann ein professionelles Beratungs- und Informationsangebot des Studentenwerks oder eines anderen professionellen Anbieters innerhalb oder außerhalb der Organisation Hochschule sein.

Beratungsbedarfsquote

Anteil der Studierenden, die zu mindestens einem Themenbereich Beratungs- bzw. Informationsbedarf angeben.

Nutzungsquote

Anteil der Studierenden, die zu einem Themenbereich ein Beratungs- und/oder Informationsangebot genutzt haben, an den Studierenden, die zu diesem Themenbereich Beratungs- bzw. Informationsbedarf angeben.

Bezugsgruppen

Deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen

Datenquellen

Daten der Sozialerhebung, insbesondere Frage 44

Vorbemerkung

Studierende sind mit vielfältigen Anforderungen und Situationen konfrontiert, für deren Bewältigung sie Informationen und Beratung benötigen. Um ihr Studium erfolgreich absolvieren zu können, müssen sie sich zum einen mit finanziellen Aspekten sowie mit studien- und leistungsbezogenen Themen auseinandersetzen. Zum anderen befinden sie sich zumeist in einer Lebensphase, in der sie – psychologisch betrachtet – persönliche Entwicklungsphasen durchlaufen, wie bspw. die Ablösung aus dem Elternhaus und der Aufbau eines eigenen sozialen Netzwerkes. Professionelle Einrichtungen stellen Beratungsangebote und Informationen zur Verfügung, um Studierende bei der Bewältigung der finanziellen, studien(leistungs)bezogenen und persönlichen Anforderungen zu unterstützen. Daneben nutzen Studierende auch Informationsquellen wie das Internet, Zeitschriften oder Fernsehen und/oder suchen Rat bei Personen im persönlichen Umfeld.

Im Rahmen der 19. Sozialerhebung werden die Studierenden gefragt, ob sie in den letzten zwölf Monaten Beratungs- und Informationsbedarf zu verschiedenen Themenbereichen hatten und, wenn ja, ob sie hierzu institutionelle Beratungsangebote genutzt haben. Der Katalog aus 18 Themenbereichen wurde in dieser Zu-

sammenstellung erstmalig im Rahmen der 18. Sozialerhebung erhoben, so dass ein vollständiger Vergleich zwischen den Ergebnissen von 2006 und 2009 vorgenommen werden kann.

Der Bedarf an Beratung und Information sowie deren Nutzung werden retrospektiv erhoben und sind auf das Zeitfenster der letzten 12 Monate vor dem Befragungszeitpunkt beschränkt. Aufgrund dieser zeitlichen Nähe können realistische Bedarfs- und Nutzungsquoten ermittelt werden. Außerdem können bestehende Zusammenhänge zwischen Studien- bzw. Lebensverlauf und Beratungs- bzw. Informationsbedarf aufgezeigt werden.

In der nachfolgenden Darstellung wird aus Gründen der Lesbarkeit abkürzend häufig „Beratungsbedarf“ gleichbedeutend mit „Bedarf an Beratung und Information“ verwendet. Im Erhebungsinstrument ist die Frage so formuliert, dass zwischen „Beratung“ und „Information“ nicht unterschieden wird.

13.1 Beratungs- und Informationsbedarfsquote

61 % der Studierenden im Erststudium geben an, dass sie Beratungsbedarf zu mindestens einem der 18 Themenbereiche hatten (Bild 13.1). Im Durchschnitt sind es 3,2 Themenbereiche, zu denen Beratungsbedarf angegeben wird. Die Hälfte der Studierenden mit Beratungsbedarf

gibt ein oder zwei Themen an, ein Drittel der Studierenden äußert zu vier oder mehr Themen Beratungsbedarf. Im Vergleich zu 2006 ist die Beratungsbedarfsquote der Studierenden im Erststudium gesunken (fünf Prozentpunkte).

Ob Studierende Beratungsbedarf äußern oder nicht, ist von einer Vielzahl studienbezogener und persönlicher Merkmale abhängig, die sich gegenseitig verstärken oder auch abschwächen können. Multivariate Analyseverfahren bieten gegenüber bivariaten Modellen den Vorteil, dass sie den Einfluss eines Merkmales überprüfen können, während die Einflussnahme der übrigen Merkmale kontrolliert wird. Im Folgenden werden die Ergebnisse der multivariaten Analyse zusammenfassend beschrieben. Um die Ergebnisse anschaulicher zu diskutieren, werden daraufhin die bivariaten Zusammenhänge dargestellt.

Studierende haben mit einer höheren Wahrscheinlichkeit Beratungsbedarf, wenn sie ein geisteswissenschaftliches Fach mit dem Ziel Bachelor, Diplom oder Magister studieren, ihren Studiengang bereits gewechselt haben oder durch Studium und Erwerbstätigkeit zeitlich vergleichsweise stark belastet sind. Hinsichtlich der soziodemographischen Merkmale üben Alter, Geschlecht, Familienstand, Kind (ja/nein), Region, Migrationshintergrund und Zugehörigkeit zur sozialen Herkunftsgruppe einen signifikanten

Einfluss auf den Beratungsbedarf aus. So haben ältere Studierende, Frauen, nicht verheiratete Studierende, Studierende mit Kind, Studierende in den neuen Bundesländern, Studierende mit Migrationshintergrund, sowie Studierende aus einem bildungsfernen Elternhaus eher Beratungsbedarf als die jeweils andere Gruppe. Die Merkmale Hochschulart und Studiengebührenpflicht korrelieren dagegen nicht mit der Nennung von Beratungsbedarf.

Eine spezifische Kombination dieser Merkmale kann dabei zu einer besonders hohen Beratungsbedarfsquote führen, während Studierende mit einer anderen Merkmalskombination vermutlich einen geringeren oder keinen Beratungsbedarf äußern. Im Folgenden werden zwei – empirisch konstruierte – Extremtypen einander gegenüber gestellt, die sich hinsichtlich zehn studienbezogener und soziodemographischer Merkmale unterscheiden. Ein 22-jähriger, verheirateter, kinderloser Student ohne Migrationshintergrund aus der oberen Herkunftsgruppe, der in den alten Bundesländern ein natur- bzw. ingenieurwissenschaftliches Fach mit Abschlussziel Staatsexamen studiert, bisher sein Studienfach nicht gewechselt hat, pro Woche 30 Stunden für sein Studium aufbringt und nicht nebenher erwerbstätig ist, hat mit einer 31-prozentigen Wahrscheinlichkeit Beratungsbedarf.

Die Wahrscheinlichkeit, Beratungsbedarf zu haben, liegt dagegen bei 92 % für eine 26-jährige, nicht verheiratete Studentin mit Kind aus der sozialen Herkunftsgruppe „niedrig“, die in den neuen Bundesländern ein geistes- oder sozialwissenschaftliches Fach mit dem Abschlussziel Bachelor, Diplom oder Magister studiert, einen Migrationshintergrund besitzt, ihr Studienfach bereits einmal gewechselt hat und die neben dem Studium, für das sie ebenfalls 30 Wochenstunden investiert, 10 Stunden pro Woche erwerbstätig ist. Die Kombination aus eher „beratungsinduzierenden“ Merkmalen steigert somit die Wahrscheinlichkeit, Beratungsbedarf zu haben, um insgesamt 61 Prozentpunkte.

13.2 Beratungs- und Informationsbedarf und Merkmale des Studiums

Die erhobenen Beratungsthemen berühren im Wesentlichen drei übergeordnete Problemfelder: Finanzierungsbezogene Themen, studien(leistungs)bezogene Themen und Probleme, die sich auf die eigene Person oder auf das persönliche Umfeld beziehen.¹ Die drei Problemfelder sind nicht scharf voneinander zu trennen, vielmehr überlappen sie einander bzw.

stehen zueinander in einer Wechselwirkung. Auch sind einige Beratungsthemen durchaus mehreren Problemfeldern zuzuordnen. So können beispielsweise Studienabschlussprobleme finanzielle Probleme verstärken oder durch diese ausgelöst sein; sie können aber auch auf Selbstzweifeln oder Prüfungsangst beruhen. Probleme bei der Vereinbarkeit von Studium und Kind beinhalten neben finanziellen selbstverständlich auch zeitliche und studienorganisatorische Aspekte.

13.2.1 Art des Studiums

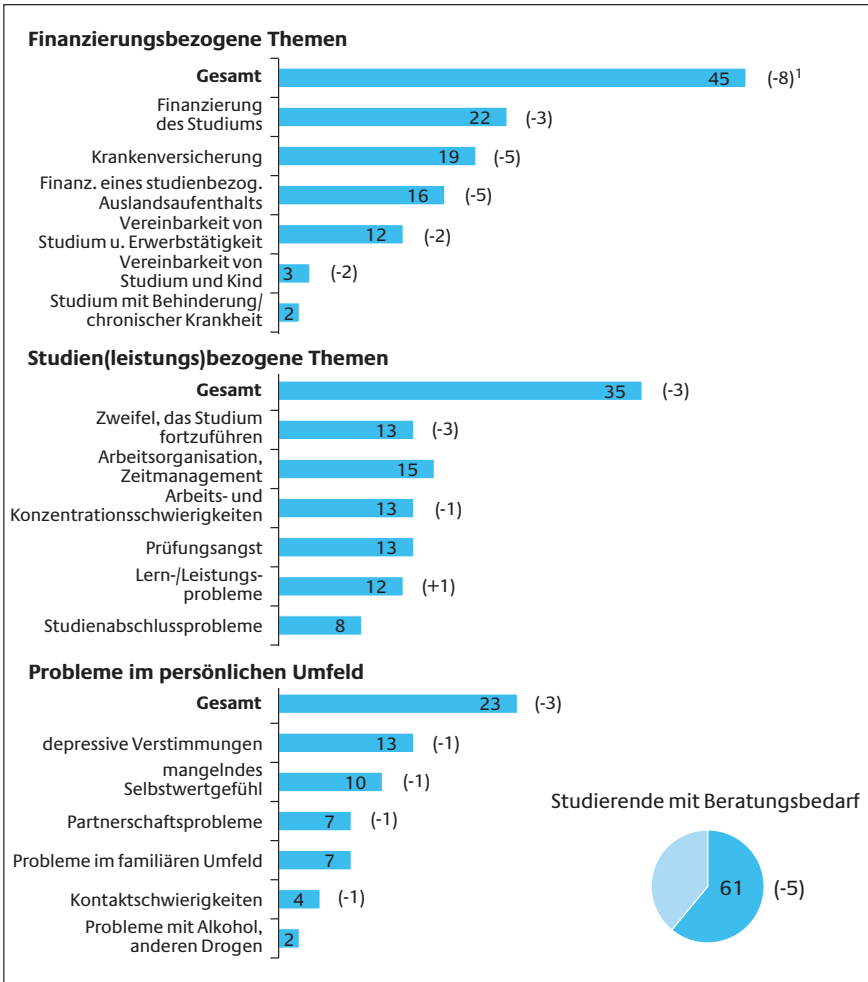
Knapp die Hälfte der Studierenden im Erststudium gibt an, Beratungsbedarf zu finanzierungsbezogenen Themen zu haben (45 %), über ein Drittel gibt Beratungsbedarf zu studien- und leistungsbezogenen Themen an (35 %) und knapp ein Viertel äußert Beratungsbedarf zu Problemen im persönlichen Umfeld (23 %) (Bild 13.1).

Gegenüber 2006 ist der Beratungsbedarf zu jedem dieser drei Problemfelder gesunken und zwar unterschiedlich stark. Während im Jahr 2009 8 % weniger Studierende Beratungsbedarf zu finanzierungsbezogenen Themen angeben als 2006, sind es nur 3 % weniger bei studien(leistungs)bezogenen Themen und 3 % weniger zu Problemen im persönlichen Umfeld.

¹ Das dritte Problemfeld wird aus Gründen der Lesbarkeit nachfolgend als „Probleme im persönlichen Umfeld“ bezeichnet.

Bild 13.1 Beratungs- und Informationsbedarf

Studierende im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ in Klammern: Veränderungen ggü. 2006, kein Wert = keine Veränderung

Ungeachtet dieser Ergebnisse, stehen auf der Ebene der einzelnen Beratungsthemen ebenfalls finanzierungsbezogene Probleme im Vordergrund (Bild 13.1). So gibt jeweils ca. jede/r Fünfte an, Beratungsbedarf zur Finanzierung des Studiums bzw. Krankenversicherung zu haben (22 % bzw. 19 %), jede/r Sechste hat Fragen zur Finanzierung eines studienbedingten Auslandsaufenthaltes (16 %). Es folgen inhaltlich recht unterschiedliche Beratungsthemen, die von jedem siebten bzw. achten Studierenden genannt werden: Arbeitsorganisation, Zeitmanagement (15 %), Zweifel, das Studium fortzuführen, Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten, Prüfungsangst, depressive Verstimmungen (je 13 %), Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit und Lern- und Leistungsprobleme (je 12 %).

Einige Beratungsthemen betreffen nur relativ kleine Gruppen der Studierenden. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Studium und Kind sowie Studieren mit einer Behinderung bzw. mit einer chronischen Krankheit.

Themen wie Probleme mit Alkohol oder anderen Drogen sind sensible Bereiche, von denen nur wenige Studierende betroffen sind (Bild 13.1). Sie sind mit standardisierten Befragungsmethoden, wie sie in der Sozialerhebung angewendet werden, kaum realitätsnah zu erfassen.

Gegenüber 2006 ist die Nachfrage nach fast allen Themen stabil oder rück-

läufig (Bild 13.1). Am stärksten zurückgegangen ist der Bedarf an Beratung- und Information zur Krankenversicherung und zur Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthaltes (je fünf Prozentpunkte). Studierende haben u. a. dann Beratungsbedarf, wenn die Familienversicherung (Mitversicherung in der Krankenversicherung der Eltern) ab einem Alter von ca. 25 Jahren wegfällt. Der Rückgang hängt vor allem damit zusammen, dass es im Jahr 2009 gegenüber 2006 einen höheren Anteil an Studierenden im Erststudium gibt, die jünger sind als 25 Jahre (vgl. Kapitel 4.1.1).

Der Rückgang des Beratungsbedarfs zur Finanzierung von studienbedingten Auslandsaufhalten kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass sich der Informationsstand über Finanzierungsmöglichkeiten verbessert hat. Dazu haben möglicherweise entsprechende Kampagnen, Zeitschriftenartikel, Hochschulprogramme und allgemein eine stärkere internationale Ausrichtung von Hochschulen bzw. Studiengängen beigetragen (vgl. Kapitel 5.2.5).

Studierende in postgradualen Studiengängen haben eine etwas geringere Beratungsbedarfsquote als Studierende im Erststudium (56 % vs. 61 %). Auch sie formulieren im Vergleich zu 2006 anteilig seltener Beratungs- und Informationsbedarf (fünf Prozentpunkte). Die Rangfolge der nachgefragten Themen hat sich

gegenüber 2006 jedoch nicht geändert. Die meisten Studierenden im postgradualen Studium äußern Beratungsbedarf zur Krankenversicherung (27 %), gefolgt von Fragen zur Studienfinanzierung (14 %), Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit (14 %) und Arbeits-/Zeitorganisation (13 %).

13.2.2 Hochschulart

Studierende an Universitäten und an Fachhochschulen im Erststudium unterscheiden sich kaum hinsichtlich ihres Beratungsbedarfes (61 % bzw. 60 %, Bild 13.2). Studierende an Fachhochschulen haben lediglich zu dem Thema Finanzierung des Studiums anteilig einen höheren Beratungsbedarf als Studierende an Universitäten (24 % vs. 21 %). Dies liegt darin begründet, dass sie häufiger aus unteren sozialen Herkunftsgruppen kommen, im Durchschnitt etwas älter sind (vgl. Kap. 4), weniger finanzielle Unterstützung von ihren Eltern bekommen und ihren Lebensunterhalt zu einem höheren Anteil selbst bestreiten (vgl. Kap. 6).

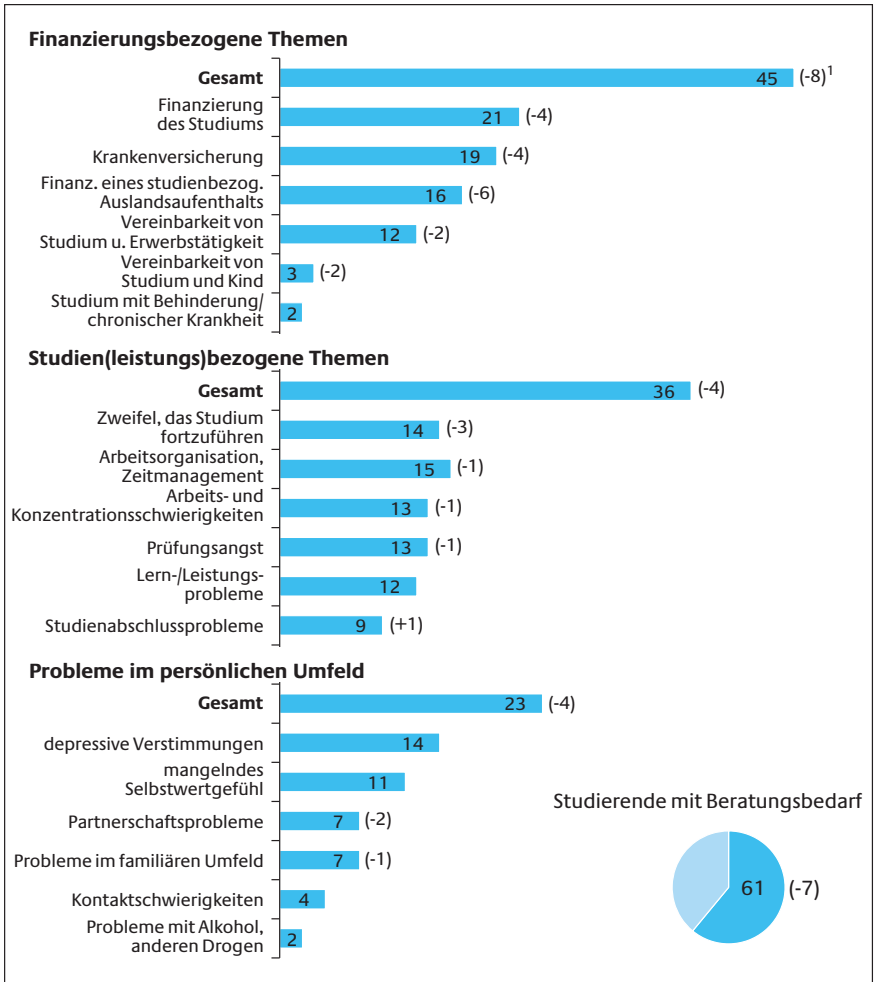
Studierende an Universitäten äußern anteilig etwas häufiger als ihre Kommilitonen und Kommilitoninnen an den Fachhochschulen Beratungsbedarf zu dem Thema Studienabschlussprobleme (9 % vs. 6 %). Ursache hierfür ist u. U. der geringere Grad an Strukturiertheit des Studiums an Universitäten im Vergleich

zu den Fachhochschulen. Studierende in den traditionellen universitären Studiengängen sind in stärkerem Maße gefordert, ihr Studium eigenständig zu organisieren, um erfolgreich zu studieren und die Regelstudienzeit einzuhalten. Studienabschlussprobleme können daher leichter entstehen.

Im Vergleich zu 2006 ist der Unterschied in der Beratungsbedarfsquote zwischen Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen kleiner geworden (Bild 13.2). Während die Beratungsbedarfsquote an Universitäten 2006 noch um fünf Prozentpunkte höher lag als an Fachhochschulen, hat sich dieser Unterschied 2009 auf einen Prozentpunkt reduziert. Ausschlaggebend hierfür ist der deutlich stärkere Rückgang des Beratungsbedarfs an den Universitäten (Uni: sieben Prozentpunkte, FH: drei Prozentpunkte), der insbesondere auf einen sinkenden Beratungsbedarf zu studien(leistungs)bezogenen Themen beruht (Uni: vier Prozentpunkte, FH: keine Veränderung). Das kann mit der Studienstrukturreform zusammenhängen, die durch die neuen Studiengänge eine Konvergenz von Universitäten und Fachhochschulen bewirkt und sich u. U. auch in ähnlichen Beratungsbedarfsquoten ausdrückt. So ist die Umstellung von den stärker strukturierten Diplom-Studiengängen an Fachhochschulen auf die gestuften Studiengänge Bachelor und Master weniger

Bild 13.2a Beratungs- und Informationsbedarf an Universitäten

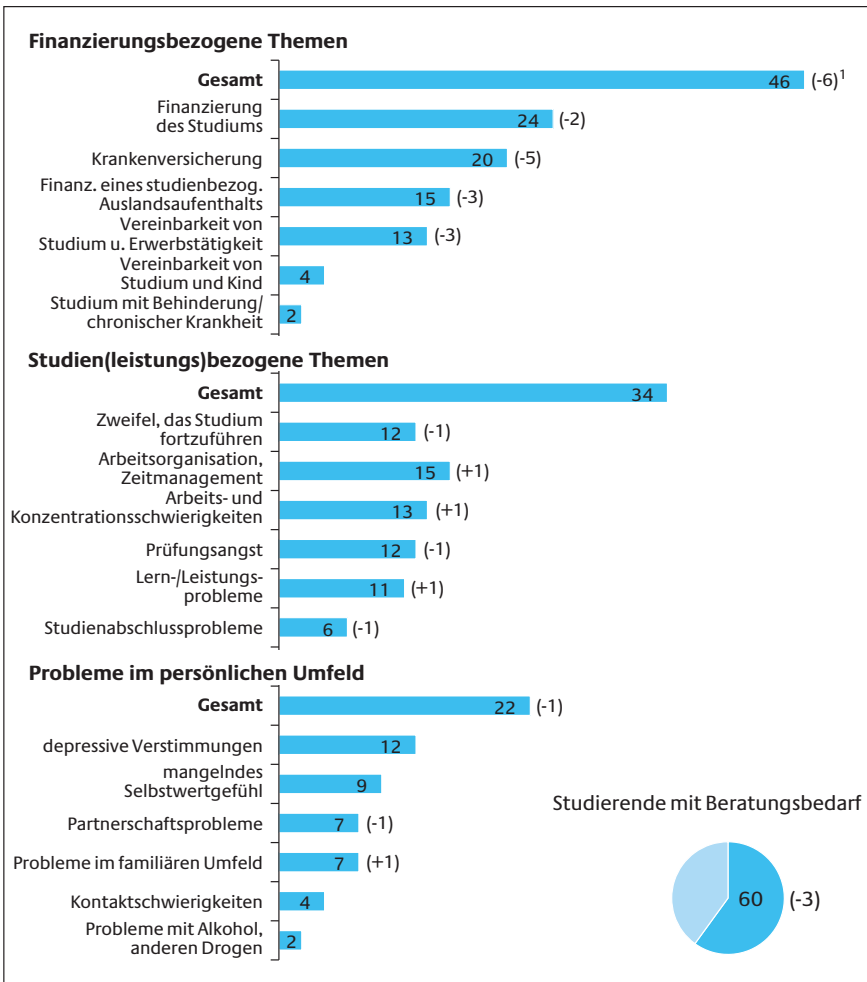
Studierende im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)



DSW/HIS19. Sozialerhebung

¹ in Klammern: Veränderungen ggü. 2006, kein Wert = keine Veränderung

Bild 13.2b Beratungs- und Informationsbedarf an Fachhochschulen
 Studierende im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ in Klammern: Veränderungen ggü. 2006, kein Wert = keine Veränderung

grundlegend als die entsprechende Umstellung der traditionellen Diplom- und Magister-Studiengänge an Universitäten. Dies könnte erklären, warum die Beratungsbedarfsquote an Fachhochschulen im Vergleich zu Universitäten vergleichsweise stabil geblieben ist, während sie an Universitäten stärker gesunken ist.

Insbesondere das Beratungsthema Finanzierung von Auslandsaufenthalten hat gegenüber 2006 an Universitäten stärker an Bedeutung verloren als an Fachhochschulen: (Uni: sechs Prozentpunkte, FH: drei Prozentpunkte, Bild 13.2).

13.2.3 Angestrebter Abschluss und Fächergruppe

Die Studienstruktur wandelt sich zurzeit grundlegend. Zwar existieren an vielen deutschen Hochschulen noch die Abschlüsse des alten Studiensystems, Diplom und Magister, doch sind in mehr als drei Viertel der Studiengängen Bachelor und Master inzwischen die Regelabschlüsse. Dabei ist der Veränderungsprozess an Fachhochschulen bereits weiter fortgeschritten als an den Universitäten. An ersteren wurden bereits 95 % der Studiengänge auf das neue Studienmodell umgestellt. Universitäten bieten 72 % der Studiengänge in der gestuften Studienstruktur an (HRK 2009). Die Parallelität von alten und neuen Studienabschlüssen

hat zur Folge, dass sich insbesondere in den alten Studiengängen an den Universitäten überdurchschnittlich viele Studierende aus höheren Semestern befinden, die entsprechend älter sind (vgl. Kap. 4.1.1)

Bei einem Vergleich des Beratungsbedarfs nach angestrebten Abschluss muss insofern beachtet werden, dass Alterseffekte ebenfalls einen Einfluss ausüben. In der multivariaten Analyse, in der der Alterseffekt konstant auf dem Mittelwert von 23,9 Jahren gehalten wird, zeigt sich, dass anteilig mehr Studierende mit dem Abschlussziel Bachelor Beratungsbedarf angeben (63 %) im Vergleich zu Studierenden mit dem Abschlussziel Magister/ Diplom oder Staatsexamen (je 61 %).

Insgesamt betrachtet und unter Missachtung des Alterseffekt äußern anteilig mehr Studierende, die einen Magister, ein Diplom (62 %) oder einen Bachelor (61 %) anstreben, Beratungsbedarf im Vergleich zu Studierenden mit dem Ziel Staatsexamen (58 %, Bild 13.3b).

In einem Bachelorstudiengang äußern anteilig mehr Studierende Beratungsbedarf zu den Themen Finanzierung des Studiums, Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthaltes, sowie Zweifel, das Studium fortzuführen als Studierende mit dem Abschlussziel Magister, Diplom oder Staatsexamen (Bild 13.3a). Studierende mit dem Studienziel Magister oder Diplom äußern anteilig

häufiger Beratungsbedarf zu den Themen Studienabschlussprobleme und Krankenversicherung als Studierende mit dem Studienziel Bachelor oder Staatsexamen.

Studierende in sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächergruppen (Sprach-, Kultur-, Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Psychologie, Pädagogik) haben durchschnittlich einen höheren (67 %, 68 %) und die natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächergruppen (Ingenieur-, Natur-, Gesundheits-, Wirtschaftswissenschaften, Mathematik, Medizin, Jura) einen niedrigeren Beratungsbedarf (56 % bis 59 %). Der Trend zieht sich durch alle Beratungsthemen mit Ausnahme der Themen Finanzierung von Auslandsaufenthalten, Krankenversicherung und Vereinbarkeit von Studium und Kind. Ersteres wird von Studierenden der Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (20 %) sowie Jura, Wirtschaftswissenschaften (17 %) am häufigsten genannt. Die letzten beiden Beratungsthemen werden von Studierenden der Fächergruppe Medizin und Gesundheitswissenschaften vergleichsweise häufig genannt. Das hängt damit zusammen, dass Studierende in diesen Fächergruppen durchschnittlich etwas älter sind und der Beratungsbedarf zu den beiden Themen mit dem Alter steigt.

13.2.4 Studiengangwechsel

Studierende mit diskontinuierlichen Studienverläufen in Form von Studienunterbrechungen oder Studiengangwechsel benötigen im Allgemeinen verstärkt Beratung und Information. Im Jahr 2009 gibt jeder fünfte Studierende an, bereits das Fach, den Studienabschluss oder beides gewechselt zu haben (vgl. Kap. 5.2). Im Vergleich zu Studierenden, die bisher ihren Studiengang nicht gewechselt haben, äußern sie häufiger Beratungsbedarf zu studien(leistungs)bezogenen Themen (34 % vs. 43 %), zu Problemen im persönlichen Umfeld (21 % vs. 30 %) sowie zu finanziellen Fragen (44 % vs. 50 %, Bild 13.4).

Unter den studienleistungsbezogenen Themen sind es insbesondere die Themen Arbeits- und Konzentrations-schwierigkeiten, Prüfungsangst, Lern-/Leistungsprobleme und Studienabschlussprobleme zu denen Studierende, die ihren Studiengang gewechselt haben, anteilig häufiger Beratungsbedarf äußern als die übrigen. Zusätzlich äußern sie anteilig deutlich häufiger Beratungsbedarf zu den Themen Krankenversicherung, depressive Verstimmungen, Finanzierung des Studiums, mangelndes Selbstwertgefühl, Probleme im familiären Umfeld.

Bild 13.3a Beratungs- und Informationsbedarf zu finanzierungsbezogenen und studienleistungsbezogenen Themen nach Abschlussart
 Studierende im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)

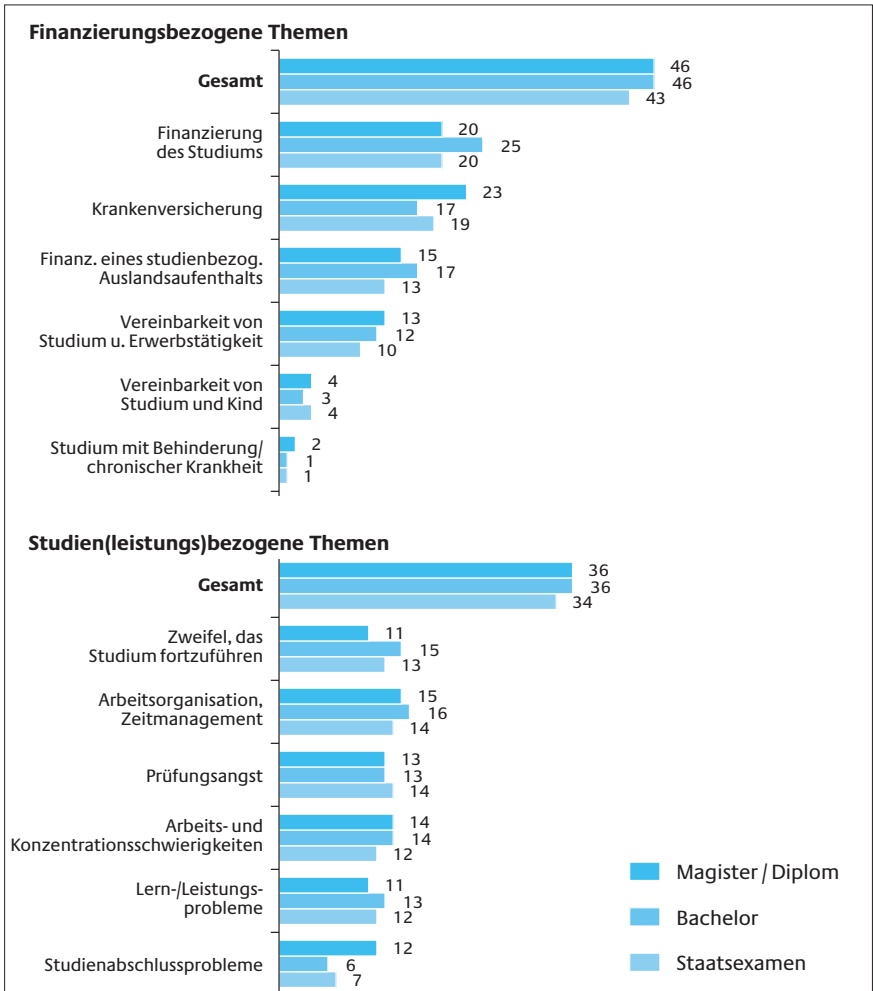
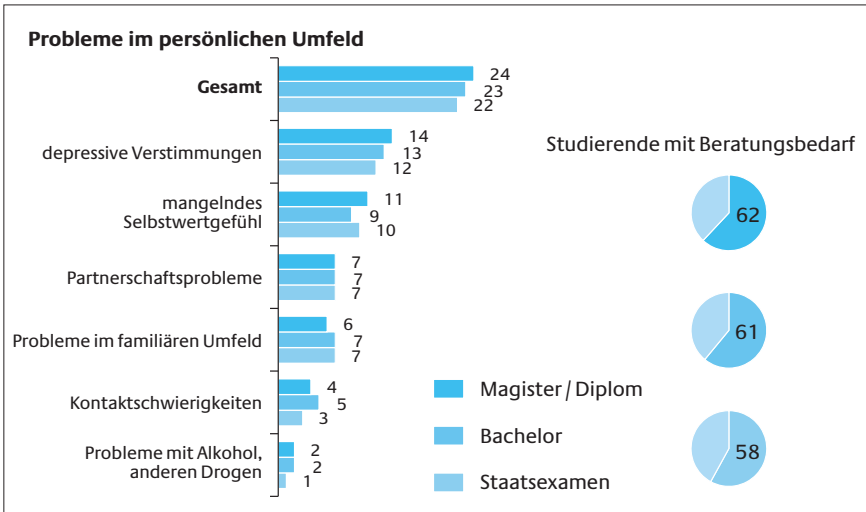


Bild 13.3b Beratungs- und Informationsbedarf zu Problemen im persönlichen Umfeld nach Abschlussart

Studierende im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

13.2.5 Studien-Erwerbs-Typ

Wie stark die Nachfrage nach Beratung und Information für einzelne Bereiche mit der aktuellen Studien- und Lebenssituation zusammenhängt, veranschaulichen unter anderem die nach dem sogenannten Studien-Erwerbs-Typ (vgl. Definition Kapitel 10) differenzierten Befunde.

Erwartungsgemäß fragen Studierende, die neben einem Vollzeitstudium noch eine hohe Erwerbsbelastung haben, Themen wie Finanzierung des Studiums, Krankenversicherung, Arbeitsorganisati-

on und Zeitmanagement, Finanzierung eines Auslandsaufenthaltes und Prüfungsangst überdurchschnittlich häufig nach (Bild 13.5).

Unabhängig davon, ob Vollzeit oder de facto Teilzeit studiert wird, äußern anteilig mehr Studierende mit einer hohen Erwerbsbelastung Beratungsbedarf zum Thema Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit. Auffällig dabei ist, dass diese Studierenden ebenfalls häufiger Beratungs- und Informationsbedarf zu den Themen Arbeits- und Konzentrations-

Bild 13.4 Beratungs- und Informationsbedarf nach Studiengangwechsel
Studierende im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)

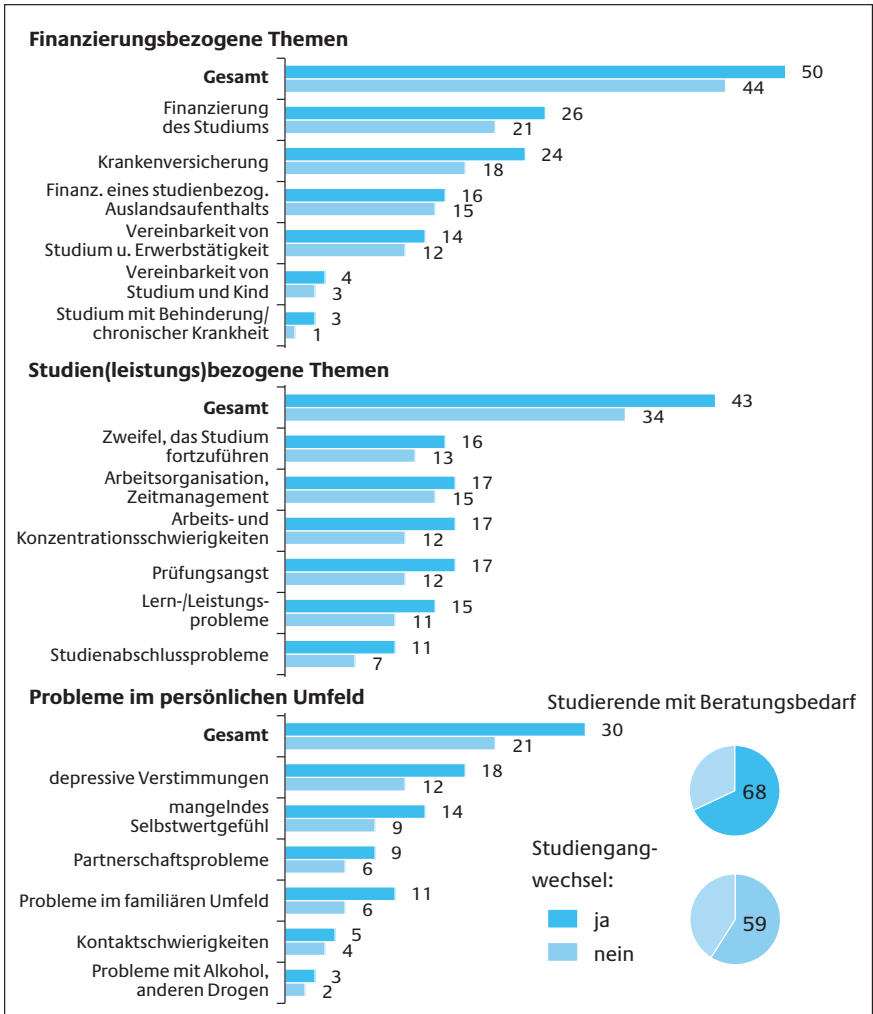


Bild 13.5 Beratungs- und Informationsbedarf nach Studien-Erwerbs-Typ
 Studierende im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)

Beratungs- und Informationsbedarf	Vollzeit-Studium		Teilzeit-Studium	
	Erwerbsbelastung hoch	Erwerbsbelastung gering	Erwerbsbelastung hoch	Erwerbsbelastung gering
Studierende mit Beratungsbedarf 2006	77	65	72	65
Studierende mit Beratungsbedarf 2009	71	59	66	57
<i>Finanzierungsbezogene Themen</i>	59	43	51	40
Finanzierung des Studiums	31	21	23	19
Krankenversicherung	29	17	26	18
Finanz. eines studienb. Auslandsaufenthalts	19	17	12	11
Studium und Erwerbstätigkeit	26	9	25	9
Studium und Kind	3	3	3	6
Studium mit Behinderung, chron. Krankheit	2	1	1	2
<i>Studien(leistungs)bezogene Themen</i>	42	34	44	34
Zweifel, das Studium fortzuführen	15	13	18	13
Arbeitsorganisation, Zeitmanagement	21	14	18	13
Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten	17	12	16	12
Prüfungsangst	18	12	15	11
Lern-/Leistungsprobleme	15	11	14	11
Studienabschlussprobleme	11	6	18	9
<i>Probleme im persönlichen Umfeld</i>	29	22	27	22
depressive Verstimmungen	16	12	18	13
mangelndes Selbstwertgefühl	12	9	11	10
Partnerschaftsprobleme	9	6	8	7
Probleme im familiären Umfeld	9	6	10	6
Kontaktschwierigkeiten	5	4	4	4
Alkohol, andere Drogen	3	1	3	2

schwierigkeiten, Lern- und Leistungsprobleme, depressive Verstimmungen und Probleme im familiären Umfeld äußern.

Ein vergleichsweise hoher Beratungsbedarf zu den Themen Zweifel, das Studium fortzuführen und Studienabschlussprobleme wird dagegen insbesondere von Studierenden geäußert, bei denen eine hohe Erwerbsbelastung mit geringem zeitlichen Engagement im Studium einhergeht (Bild 13.5).

13.3 Beratungs- und Informationsbedarf und soziodemographische Merkmale

Neben den oben diskutierten studienbezogenen Aspekten tragen auch soziodemographische Merkmale zu Unterschieden beim Beratungs- und Informationsbedarf von Studierenden bei.

13.3.1 Alter

Welche Beratungsthemen für die Studierenden im Erststudium im Vordergrund stehen, wird maßgeblich vom Alter, aber teilweise auch von der Studienphase mitbestimmt.

Mit Ausnahme von Fragen zur Finanzierung von Auslandsaufenthalten steigt der Bedarf an Beratung und Information mit zunehmendem Alter (Bild 13.6). Während etwas mehr als die Hälfte der unter 24-jährigen Studierenden Beratungsbe-

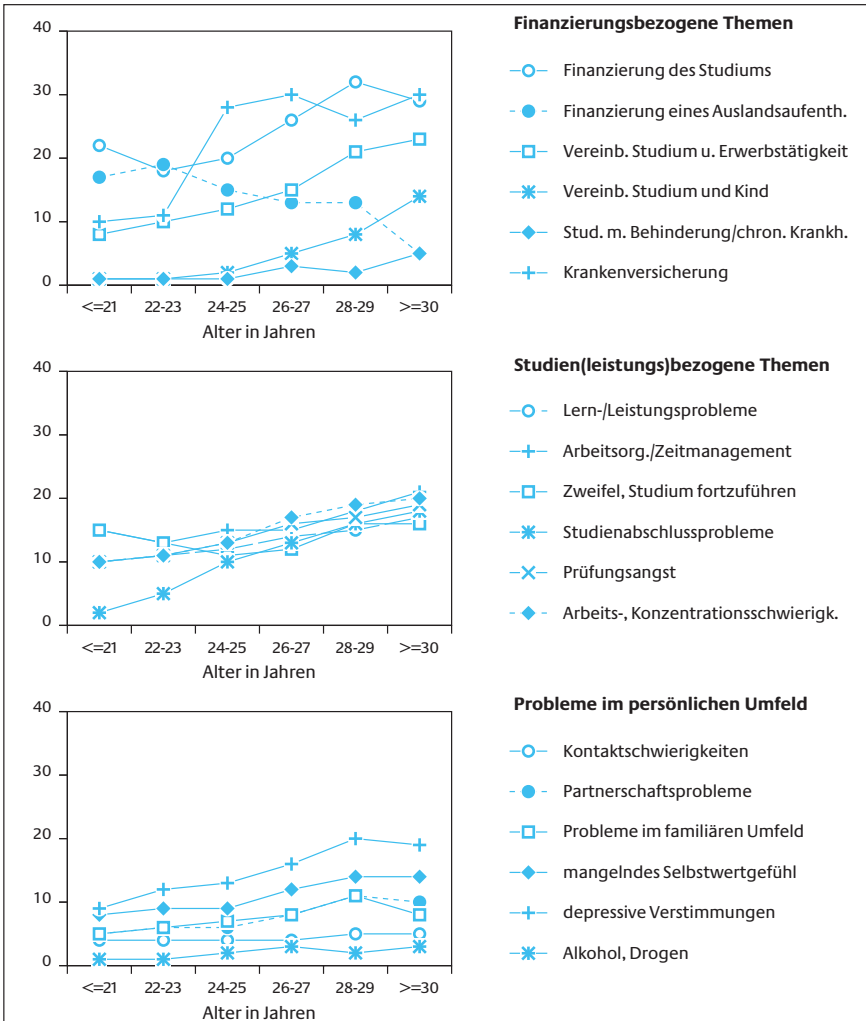
darf äußert, sind es bei den über 27-jährigen bereits mehr als zwei Drittel.

Auf der Ebene der einzelnen Beratungsthemen stellt sich die Veränderung allerdings differenzierter dar. Die Finanzierungsfrage ist für Studierende ab einem Alter von 26 Jahren ein zentrales Thema sowie für sehr junge Studierende.

Unabhängig vom Alter der Studierenden steht der Beratungsbedarf zur Finanzierung des Studiums zu Beginn des Studiums stärker im Vordergrund als gegen Ende des Studiums (Bild 13.6). Beratungsbedarf zur Finanzierung von Auslandsaufenthalten äußern anteilig mehr jüngere Studierende. Für ältere Studierende wird die Vereinbarkeit von Studium und Kind, aber auch die Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit verstärkt ein beratungsrelevantes Thema. Informationen zur (eigenen) Krankenversicherung benötigen Studierende hauptsächlich ab dem 25. Lebensjahr, weil in diesem Alter die Familienversicherung häufig wegfällt. In späteren Studienphasen ist die Krankenversicherung ebenfalls ein häufig genanntes Beratungsthema.

Studierende äußern mit zunehmenden Alter steigenden Beratungsbedarf zu Themen, die mit ihrer Studienleistung zusammenhängen, wie Lern- und Leistungsprobleme, Arbeitsorganisation/ Zeitmanagement, Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten und Prüfungsangst (Bild 13.6). Beratungsbedarf zu

Bild 13.6 Entwicklung des Beratungs- und Informationsbedarfs nach Alter
 Studierende im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)



Zweifeln, das Studium fortzuführen, nennen anteilig eher jüngere und eher ältere Studierende. Es ist ein Thema, das unabhängig vom Alter der Studierenden insbesondere zu Beginn des Studiums Bedeutung hat.

Erwartungsgemäß äußern anteilig mehr Studierende aus höheren Hochschulsemestern Beratungsbedarf zu Studienabschlussproblemen sowie Prüfungsangst.

Der Beratungsbedarf zu Problemen im persönlichen Umfeld sowie psychischen Beeinträchtigungen steigt anteilig ab einem Alter von 26 Jahren (Bild 13.6). Beratungsbedarf zu Problemen im persönlichen Umfeld, mangelndem Selbstwertgefühl und depressiven Verstimmungen werden von Studierenden in höheren Semestern häufiger geäußert als zu Beginn des Studiums.

13.3.2 Geschlecht

Studentinnen und Studenten äußern anteilig sehr unterschiedlichen Bedarf an Beratung und Information (Bilder 13.7a und 13.7b). Das hängt mit vielfältigen Faktoren zusammen, wie z. B. mit Unterschieden in der Fächerwahl, mit der geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Bereitschaft, Beratungshilfen anzunehmen, mit Disparitäten in der Selbst- und Fremdwahrnehmung oder mit einer auch unter Studierenden geschlechtsspezifischen

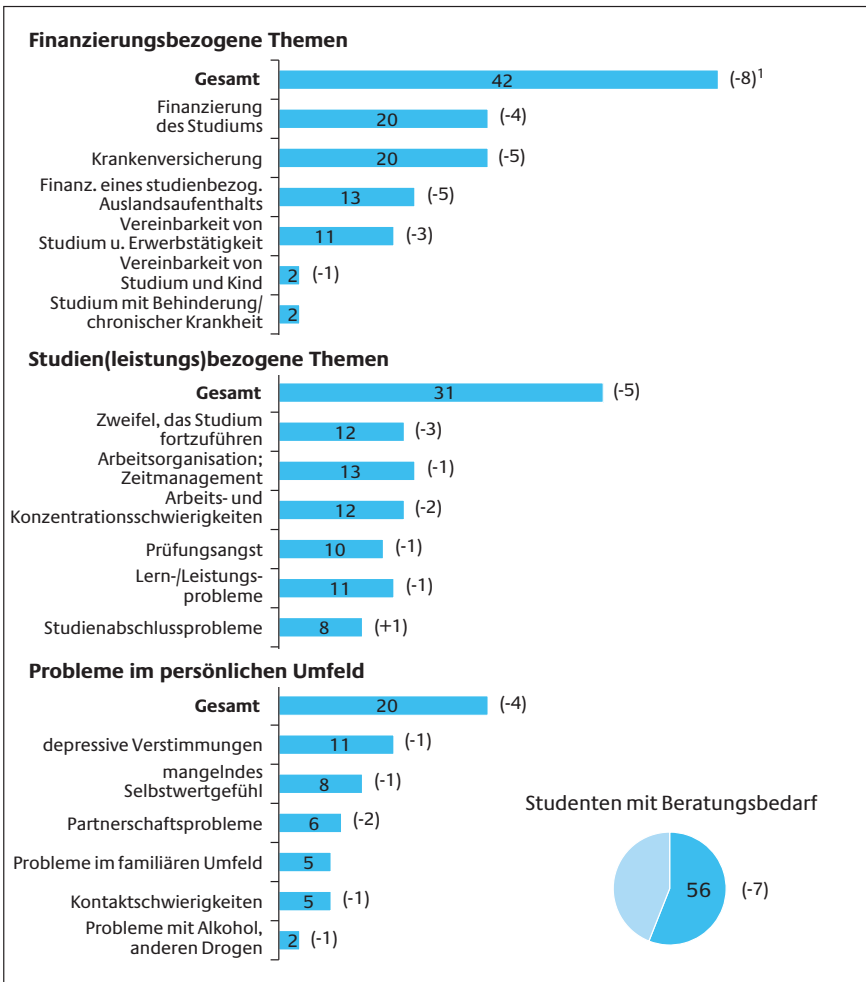
Aufteilung von Familienarbeit bzw. familienbezogener Verantwortung.

Die Beratungsbedarfsquote von Frauen liegt um insgesamt 10 Prozentpunkte höher als die der Männer. Unter den finanzierungsbezogenen Themen äußern sie anteilig insbesondere einen höheren Beratungsbedarf, wenn es um Fragen zur Finanzierung des Studiums (24 % vs. 20 %) oder eines Auslandsaufenthaltes geht (18 % vs. 13 %). Zusätzlich nennen sie anteilig einen höheren Beratungsbedarf bei Prüfungsangst (16 % vs. 10 %) sowie bei Problemen in Zusammenhang mit der Arbeitsorganisation und des Zeitmanagements (17 % vs. 13 %). Sie formulieren anteilig häufiger als Männer Beratungsbedarf zu den Themen depressive Verstimmungen (16 % vs. 11 %), mangelndes Selbstwertgefühl (12 % vs. 8 %) sowie Probleme im familiären Umfeld (9 % vs. 5 %).

Der Vergleich des Beratungsbedarfes von Studenten und Studentinnen 2009 mit den Befragten 2006 zeigt eine diskontinuierliche Entwicklung: So ist die Beratungsbedarfsquote der Studenten seit 2006 um sieben Prozentpunkte gesunken, während sie bei Studentinnen nur um vier Prozentpunkte sank. Ausschlaggebend hierfür ist vor allem, dass 2009 anteilig weniger Männer im Vergleich zu Frauen Beratungsbedarf zu studien(leistungs)bezogenen Themen angegeben haben (fünf Prozentpunkte vs. einen Prozentpunkt). Frauen äußern im Vergleich

Bild 13.7a Beratungs- und Informationsbedarf der Studenten

Studierende im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)

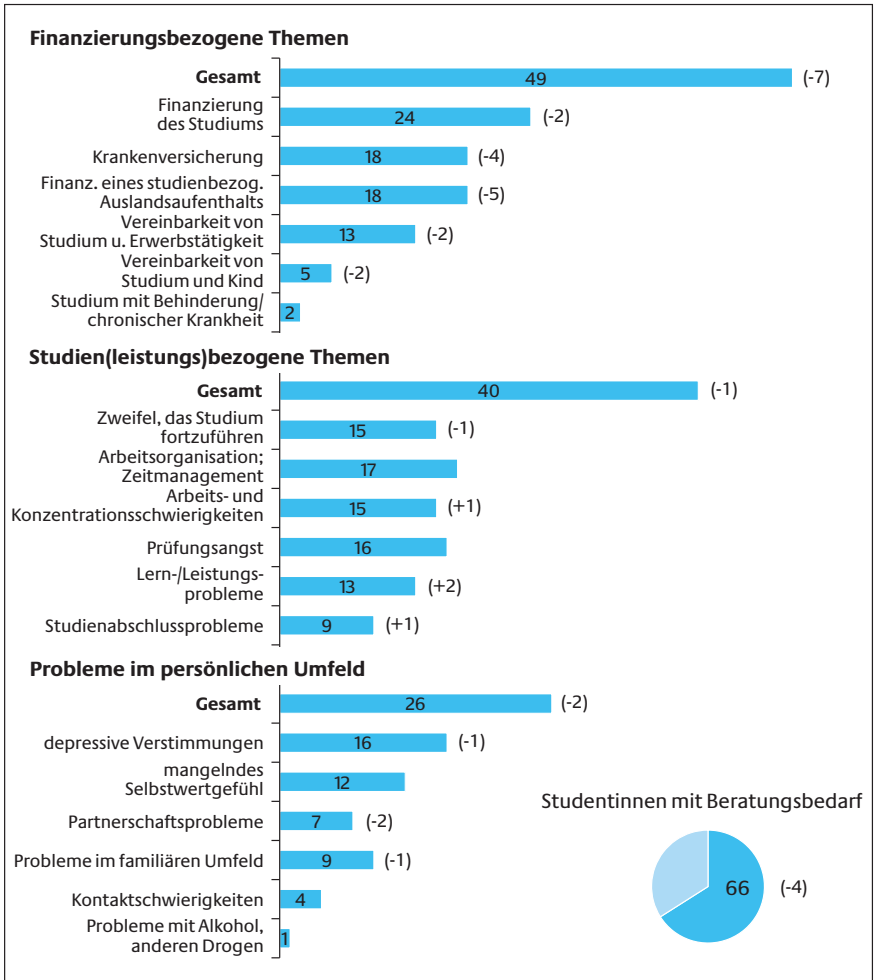


DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ in Klammern: Veränderungen ggü. 2006, kein Wert = keine Veränderung

Bild 13.7b Beratungs- und Informationsbedarf der Studentinnen

Studierende im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)



DSW/HIS19. Sozialerhebung

¹ in Klammern: Veränderungen ggü. 2006, kein Wert = keine Veränderung

zu 2006 sogar anteilig etwas häufiger Beratungsbedarf zu Lern- und Leistungsproblemen, Arbeits- und Konzentrationschwierigkeiten sowie Studienabschlussproblemen.

13.3.3 Soziale Herkunft

Wie groß der Beratungsbedarf ist und welche Bereiche er umfasst, hängt – wie bereits erwähnt – eng mit der Lebenssituation der Studierenden zusammen, die weitreichend von ihrer sozialen Herkunft mit geprägt ist. Das soll in Form eines Extremgruppenvergleichs der beiden Herkunftsgruppen „niedrig“ und „hoch“ deutlich gemacht werden (Bilder 13.8a und 13.8b).

Studierende, der Herkunftsgruppe „niedrig“ äußern anteilig einen höheren Beratungsbedarf als Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ (66 % vs. 57 %). Größere Unterschiede hinsichtlich des Beratungsbedarfs zwischen den beiden Herkunftsgruppen betreffen fast alle Themenbereiche. Besonders groß sind sie jedoch, wenn es um finanzierungsbezogene Themen geht (53 % vs. 40 %, vgl. auch Kapitel 4.2). So ist der Anteil an Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“, der Beratungsbedarf zu dem Thema Finanzierung des Studiums formuliert, um 17 Prozentpunkte höher als bei Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“. Aber auch hinsichtlich der Themen Vereinbar-

keit von Studium und Erwerbstätigkeit (9 % vs. 16 %), Prüfungsangst (11 % vs. 17 %) und Krankenversicherung (17 % vs. 22 %) geben im Vergleich zu Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ anteilig deutlich mehr Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ Beratungsbedarf an.

13.4 Nutzung von Angeboten zur Beratung und Information

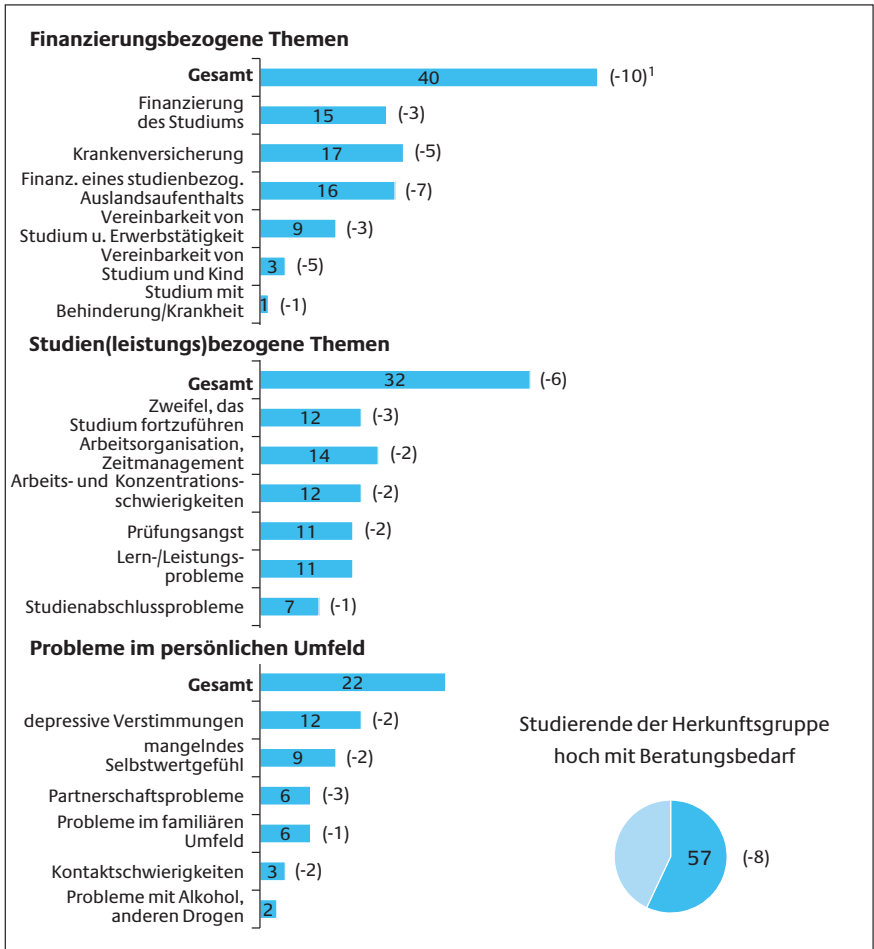
Studierende im Erststudium nutzen zu einem Drittel professionelle Angebote zur Beratung und Information (Bild 13.9). Von den Studierenden, die Beratungsbedarf formulieren, haben mehr als die Hälfte mindestens ein entsprechendes Beratungsangebot in Anspruch genommen (55 %). Hierin unterscheiden sich die Ergebnisse nicht von der 18. Sozialerhebung (55 %).

Das konstante Nutzungsverhalten bedeutet aber auch, dass 45 % der Studierenden trotz ihres Beratungsbedarfs kein entsprechendes Angebot in Anspruch genommen haben. 34 % der Studierenden mit Beratungsbedarf nutzten zu einem, 13 % nutzten zu zwei und 8 % nutzten zu drei oder mehr Themen institutionelle Beratungsangebote.

Die Nutzungsquote beschreibt, welcher Anteil an Studierenden mit einem bestimmten Beratungsbedarf auch ein entsprechendes Angebot nutzt (Bild 13.9).

Bild 13.8a Beratungs- und Informationsbedarf bei Studierenden der Herkunftsgruppe hoch

Studierende im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)

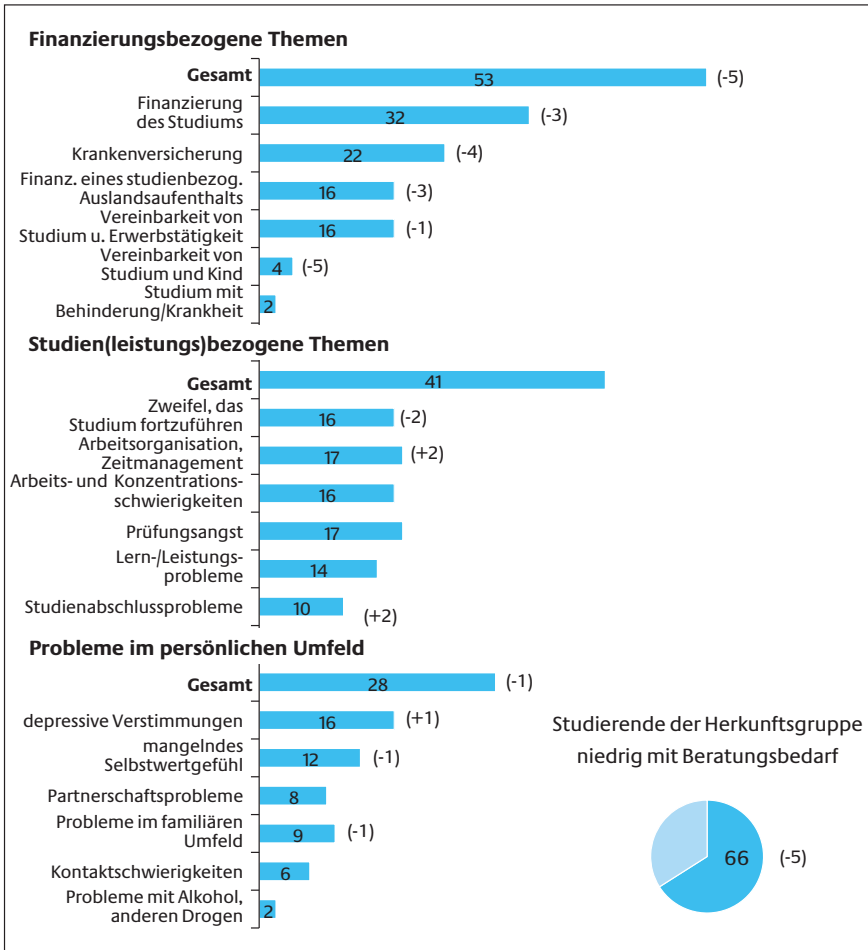


DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ in Klammern: Veränderungen ggü. 2006, kein Wert = keine Veränderung

Bild 13.8b Beratungs- und Informationsbedarf bei Studierenden der Herkunftsgruppe niedrig

Studierende im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ in Klammern: Veränderungen ggü. 2006, kein Wert = keine Veränderung

Bild 13.9 Nutzung von Beratungs- und Informationsangeboten

Studierende im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)

Beratungs- und Informationsbedarf	Insgesamt		Nutzungsquote
	mit Beratungsbedarf	Angebot genutzt	
<i>Finanzierungsbezogene Themen</i>	45	25	55
Finanzierung des Studiums	22	11	52
Krankenversicherung	19	9	46
Finanz. studienbez. Auslandsaufenthalt	16	8	48
Studium und Erwerbstätigkeit	12	3	24
Studium und Kind	3	1	37
Studium mit Behinderung, chron. Krankh.	2	1	33
<i>Studien(leistungs)bezogene Themen</i>	35	9	27
Zweifel, das Studium fortzuführen	13	3	18
Arbeitsorg., Zeitmanagement	15	3	21
Arbeits-, Konzentrationsschwierigkeiten	13	2	12
Prüfungsangst	13	2	15
Lern-, Leistungsprobleme	12	3	23
Studienabschlussprobleme	8	3	33
<i>Probleme im persönlichen Umfeld</i>	23	4	18
depressive Verstimmungen	13	3	20
mangelndes Selbstwertgefühl	10	2	16
Partnerschaftsprobleme	7	1	13
Probleme im familiären Umfeld	7	1	17
Kontaktschwierigkeiten	4	<1	10
Probleme mit Alkohol und anderen Drogen	2	<1	14
<i>Beratungsbedarf insgesamt</i>	61	33	55

Die Nutzungsquote variiert sehr stark von Thema zu Thema und macht deutlich, dass zum einen der bekundete Bedarf an Beratung und Information nicht in jedem Fall bedeutet, dass auch ein entsprechendes Angebot genutzt wird/werden muss. Zum anderen fällt es Studierenden offenbar bei einigen Themen leichter, Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen, während sie bei anderen Themen kein (passendes) Angebot vorfinden, keine professionelle Einrichtungen aufsuchen möchten und/oder sich die Informationen durch andere Quellen (Internet, Medien, Freunde etc.) beschaffen können.

Zu den meisten Themen liegt die Nutzungsquote weit unterhalb von 50 Prozent (Bild 13.9). Beratungsangebote zu finanzierungsbezogenen Themen werden dabei häufiger genutzt (55 %) als Angebote zu studien(leistungs)bezogenen Themen (27 %) bzw. zu Problemen im persönlichen Umfeld (18 %).

Auf der Ebene der einzelnen Themen wird deutlich, dass die Nutzungsquoten vergleichsweise hoch sind bei Themen, die entweder viele Studierende betreffen (Finanzierung des Studiums oder des Auslandsaufenthaltes, Krankenversicherung) oder bei Themen, die nur eine relativ kleine Gruppe von Studierenden betreffen, in der der Problemdruck aber relativ hoch ist (Studierende mit Kind, Studierende mit einer Behinderung oder chronischen Krankheit, Studierende mit Studienab-

schlussproblemen, Bild 13.9). Ausgesprochen selten fragen Studierende – trotz entsprechender Fragestellungen oder Problematiken – Themen nach wie Kontaktschwierigkeiten, Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten, Partnerschaftsprobleme oder Probleme mit Alkohol oder anderen Drogen.

14. Studieren mit Kind

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick				
Anteil Studierender mit Kind, in %		2003	2006¹	2009
	Studierende insgesamt	6	7	5
	Erststudium insgesamt	5	5	5
	männlich	4	4	4
	weiblich	6	6	6
Alter und Familienstand Studierender mit Kind		insgesamt	männlich	weiblich
Studierende im Erststudium				
Alter	Durchschnittsalter in Jahren	30,7	30,6	30,7
Familienstand (in %)	verheiratet	51	49	51
	feste Partnerschaft	38	42	36
	ohne feste Partnerschaft	11	9	13
Alleinerziehende (in %)		7	2	10
Soziale Herkunft		mit Kind		ohne Kind
Studierende im Erststudium, in %				
	hoch	31		35
	gehoben	20		24
	mittel	27		26
	niedrig	22		15
Zeitbudget und Erwerbstätigkeit Studierender mit Kind, Studierende im Erststudium, in %		insgesamt	männlich	weiblich
	Erwerbstätigenquote	62	77	51
	dar. laufend erwerbstätig	42	52	33
	Vollzeitstudium	65	68	63
	de facto Teilzeitstudium	35	32	37
¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen				
² Fallzahlen zu gering				

Technische Hinweise

Definitionen

Studierende mit Kind

Als Studierende mit Kind gelten alle, die die Frage „Haben Sie Kinder?“ bejaht haben. Dabei spielt es beispielsweise keine Rolle, wie alt das Kind/ die Kinder sind, ob es /sie ständig im Haushalt der Studierenden leben oder nicht.

Familienstand

Die Sozialerhebung erhebt Informationen zum „Partnerschaftsstatus“. Mit ihnen kann der Familienstand entsprechend der amtlichen Definition nicht vollständig abgebildet werden. Dennoch wird der Begriff „Familienstand“ der besseren Lesbarkeit halber verwendet.

Alleinerziehende

Als alleinerziehend werden Studierende betrachtet, wenn sie nicht verheiratet und ohne feste Partnerschaft sind, ihr (jüngstes) Kind maximal 15 Jahre alt ist und überwiegend bei ihnen im Haushalt lebt. Diese enge Definition ist eine Mindestschätzung derjenigen, die de facto **und** de jure alleinerziehend sind.

Bezugsgruppe

Deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen

Datenquellen

19. Sozialerhebung, insbesondere Frage 30

Vorbemerkung

Zum festen Bestandteil der Sozialerhebungen gehört die Beobachtung der Studien- und Lebenssituation von Studierenden mit Kind. Aufgrund zahlreicher Besonderheiten werden die Informationen zur Gruppe der Studierenden mit Kind im vorliegenden Kapitel als thematischer Querschnitt zusammengetragen. Wie in den übrigen Kapiteln auch, stehen dabei die Studierenden im Erststudium im Fokus der Analyse.

Die Situation der Studierenden mit Kind war bereits zweimal ein Untersuchungsschwerpunkt. Die Berichterstattungen zur 13. und 18. Sozialerhebung widmeten den Studierenden mit Kind jeweils einen Sonderbericht, in dem ihre soziale und wirtschaftliche Lage sowie die

zahlreichen Aspekte der Betreuung ihrer Kinder detailliert dargestellt wurden (vgl. Kahle 1993, Middendorff 2008).

14.1 Anteil und Anzahl Studierender mit Kind

Im Sommersemester 2009 hatten 5 % aller Studierenden ein oder mehrere Kinder. Nachfolgend wird diese Gruppe einheitlich als „Studierende mit Kind“ bezeichnet, auch wenn sie zwei oder mehr Kinder haben. Der Anteil an Studierenden mit Kind ist unter den Studentinnen größer als unter den Studenten (6 % vs. 4 %, Bild 14.1).

Hochgerechnet auf alle Deutschen und Bildungsinländer/innen waren im Sommersemester 2009 etwa 94.500 Studierende mit Kind an einer Hochschule in

Bild 14.1 Anteil Studierender mit Kind nach Region und Geschlecht
in %

Jahr	Studierende mit Kind								
	gesamt			alte Länder ¹			neue Länder		
	ges.	männl.	weibl.	ges.	männl.	weibl.	ges.	männl.	weibl.
gesamt									
2006	7	6	8	6	5	7	9	7	10
2009	5	4	6	5	4	6	7	6	8
nur Erststudium									
2006	5	4	6	5	4	6	7	6	9
2009	5	4	6	4	3	5	6	5	7

DSW/ HIS 19. Sozialerhebung

¹ einschließlich Berlin

Deutschland immatrikuliert – darunter 52.500 Frauen und 42.000 Männer.

Der Anteil Studierender mit Kind ist in den neuen Ländern um zwei Prozentpunkte höher als in den alten. Das gilt sowohl für alle Studierenden (7 % vs. 5 %) als auch mit der Beschränkung auf Studierende im Erststudium (6 % vs. 4 %).

In beiden Regionen haben die Studentinnen anteilig häufiger ein Kind als die Studenten. Der größte Anteil an Studierenden mit Kind findet sich unter den Studentinnen in den neuen Ländern.

Im Vergleich zu 2006 hat sich der Anteil an allen Studierenden mit Kind um zwei Prozentpunkte verringert. Vom Rückgang betroffen war vor allem das postgraduale Studium: 2006 waren 20 % aller Studierenden in postgradualen Studiengängen Eltern. 2009 reduzierte sich dieser Anteil um sieben Prozentpunkte auf 13 %.

Im Erststudium dagegen liegt der Anteil an Studierenden mit Kind seit dem Jahr 2000 relativ unverändert bei 5 %. Hinter dieser scheinbaren Stabilität von 2006 zu 2009 verbirgt sich jedoch ein leichter Rückgang des Anteils an Studierenden im Erststudium, der rundungsbedingt verborgen bleibt: Im Jahr 2006 gab es 5,4 % Studierende mit Kind im Erststudium; 2009 sind es lediglich 4,6 %. Differenziert nach Region, wird dieser Rückgang sichtbar: Sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern hat sich 2009

der Anteil an Studierenden mit Kind im Vergleich zu 2006 um einen Prozentpunkt reduziert (Bild 14.1). Dieser Befund ist – angesichts der engen Korrelation zwischen dem Alter der Studierenden und ihrer Elternschaft – in erster Linie auf das jüngere Durchschnittsalter der Studierenden im Erststudium (vgl. Kap. 4) zurückzuführen.

Studierende mit Migrationshintergrund studieren anteilig etwas häufiger als Deutsche ohne Migrationshintergrund mit Kind (7 % vs. 5 %, Bild 14.2). In Abhängigkeit vom Migrationsstatus sind diese Anteile jedoch recht unterschiedlich groß. So studieren zum Beispiel eingebürgerte Studierende (Aussiedler/in-

Bild 14.2 Anteil Studierender mit Kind nach Migrationshintergrund in %

Migrationsstatus	mit Kind
ohne Migrationshintergrund	5
mit Migrationshintergrund	7
darunter	
Bildungsinländer/innen	6
doppelte Staatsbürgerschaft	7
Eingebürgerte	11
Eltern mit ausl. Staatsbürgerschaft	5
Erststudium	
ohne Migrationshintergrund	5
mit Migrationshintergrund	7

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

nen) anteilig am häufigsten mit Kind (11 %). Gleiches trifft auf lediglich 5 % der deutschen Studierenden zu, die aus einer Familie stammen, in der mindestens ein Elternteil eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzt.

14.2 Sozio-demographische Merkmale

14.2.1 Alter der Studierenden mit Kind

Studierende, die ein Erststudium mit Kind absolvieren, sind im Durchschnitt 31 Jahre alt und damit etwa sieben Jahre älter als ihre Kommiliton/innen ohne Kind (Bild 14.3). Studentinnen und Studenten unterscheiden sich hierbei nicht (Bild 14.4).

Während von den Studierenden ohne Kind die meisten jünger als 24 Jahre alt sind (53 %), gehört lediglich ein Zehntel der Studierenden mit Kind zu dieser Altersgruppe. 63 % der Studierenden mit Kind sind bereits 28 Jahre oder älter. Zu diesen Altersgruppen gehören nur 10 % aller Studierenden ohne Kind.

Entsprechend entwickelt sich der Anteil an Studierenden mit Kind in Abhängigkeit vom Alter. Bis zu einem Alter von 23 Jahren haben von den Männern und Frauen jeweils maximal 1 % ein Kind (Bild 14.4). Danach steigt der Anteil an Studierenden mit Kind langsam an – unter den

Bild 14.3 Studierende mit und ohne Kind nach Alter
Studierende im Erststudium, in %

Altersgruppe	mit Kind	ohne Kind
<= 21 Jahre	3	24
22 - 23 Jahre	7	29
24 - 25 Jahre	12	24
26 - 27 Jahre	15	13
28 - 29 Jahre	18	5
>= 30 Jahre	45	5
Altersdurchschnitt in Jahren	30,7	23,8

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

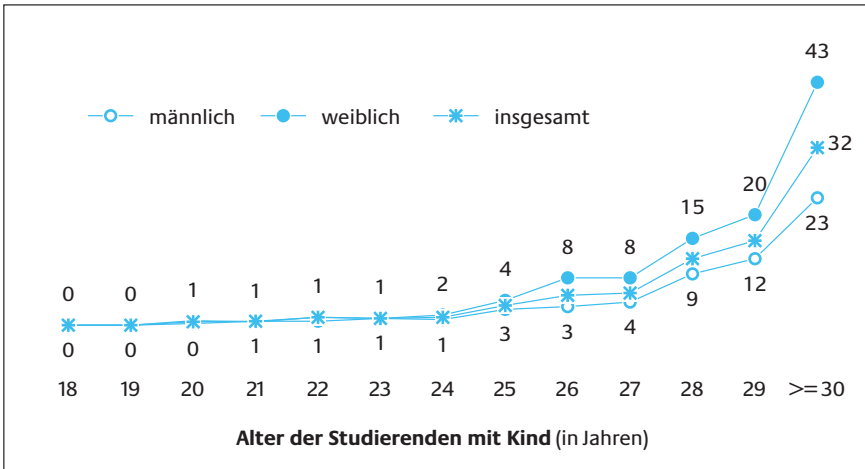
Frauen schneller als unter den Männern. Im Alter von 29 Jahren haben 20 % der Studentinnen ein Kind. Gleiches trifft lediglich auf 12 % der Männer dieses Alters zu. Bei den Studierenden, die 30 Jahre und älter sind, ist dieser Unterschied noch stärker ausgeprägt (43 % vs. 23 %).

14.2.2 Familienstand und Kinderzahl

Von den Studierenden mit Kind ist mehr als die Hälfte verheiratet (51 %, Bild 14.5), 38 % sind unverheiratet in einer festen Partnerschaft und 11 % haben keine/n feste Partner/in. Studentinnen mit Kind sind anteilig etwas häufiger als Studenten mit Kind verheiratet. Sie haben anteilig etwas häufiger als Studenten mit Kind keine feste Partnerschaft.

Bild 14.4 Anteil Studierender mit Kind nach Alter und Geschlecht der Studierenden

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Wie hoch der Anteil an Alleinerziehenden ist, kann mit den vorhandenen Daten nicht ohne Weiteres ermittelt werden. Die weiteste Definition würde all diejenigen umfassen, die vor dem Gesetz als alleinerziehend gelten, das heißt alle Studierenden mit Kind, die nicht verheiratet sind. Viele von ihnen führen eine Lebensgemeinschaft und stehen de facto nicht allein da. Unter ihnen sind jedoch auch solche, die ihr Kind nicht ständig bei sich im Haushalt haben, weil es beispielsweise beim anderen Elternteil lebt. Für die Fragestellungen der Sozialerhebung wäre die Zuordnung nach dem Kriterium „un-

verheiratet“ demzufolge zu grob, weil sie fern von der Lebensrealität nicht geeignet ist, den Anteil an Studierenden zu bestimmen, der besonderer Berücksichtigung und Unterstützung bedarf. Mit einiger Sicherheit kann für die unverheirateten Studierenden mit Kind, die keine feste Partnerschaft haben, davon ausgegangen werden, dass sie sowohl de jure als auch de facto alleinerziehend sind. In Bezug auf den Zeit- und Betreuungsbedarf der Kinder wird für die Zuordnung zum Status „alleinerziehend“ zusätzlich das Alter des (jüngsten) Kindes auf maximal 15 Jahre festgelegt. Nach dieser engen De-

Bild 14.5 Familienstand Studierender mit Kind nach Geschlecht
Studierende im Erststudium, in %

Familienstand	ges.	männl.	weibl.
verheiratet	51	49	51
feste/r Partner/in	38	42	36
ohne feste/n Partner/in	11	9	13
dar. alleinerz.	7	- ¹	10
	100	100	100

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Fallzahlen zu gering

finition sind etwa 7 % aller Studierenden mit Kind alleinerziehend. Von den Studentinnen mit Kind gehören 10 % zu dieser Gruppe.

Im Vergleich zu 2006 ist der Anteil an Alleinerziehenden geringer geworden (2006: 10 %).¹ Dieser Rückgang könnte unter anderem daran liegen, dass die Verdichtung des Studiums eine Vereinbarkeit von Studium und Kind insbesondere für diese ohnehin stark belastete Gruppe erschwert.

¹ Vor drei Jahren standen aufgrund des Sonderfragebogens für Studierende mit Kind zusätzliche Informationen zur Bestimmung des Alleinerziehendenstatus zur Verfügung. Der hier ausgewiesene Wert für 2006 wurde gemäß der für 2009 möglichen Abgrenzung ermittelt und kann nicht mit der Alleinerziehendenquote, die im Sonderbericht „Studieren mit Kind“ (S. 16 f) ausgewiesen ist, verglichen werden.

In den alten Ländern ist die Elternschaft nach wie vor deutlich enger an den Ehestand bzw. eine feste Partnerschaft gekoppelt als in den neuen Ländern (verheiratet: 54 % vs. 31 %; ohne feste/n Partner/in: 10 % vs. 20 %, Bild 14.6). Dieser regionale Unterschied trifft auf Männer und

Bild 14.6 Familienstand Studierender mit Kind nach Region und Geschlecht
Studierende im Erststudium, in %

Familienstand	Region	
	neue Länder	alte Länder ¹
gesamt		
verheiratet	31	54
feste/r Partner/in	49	36
ohne feste/n Partner/in	20	10
dar. alleinerz.	13	5
	100	100
männlich		
verheiratet	34	52
feste/r Partner/in	51	41
ohne feste/n Partner/in	15	7
dar. alleinerz.	- ²	- ²
	100	100
weiblich		
verheiratet	29	56
feste/r Partner/in	48	33
ohne feste/n Partner/in	23	11
dar. alleinerz.	19	8
	100	100

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ einschließlich Berlin

² Fallzahlen zu gering

Frauen gleichermaßen zu. In den neuen Ländern ist der Anteil an alleinerziehenden Studentinnen mit 19 % überdurchschnittlich hoch.

Im Erststudium haben von den studierenden Eltern zwei Drittel ein Kind, ein Viertel zwei Kinder und knapp ein Zehntel drei und mehr Kinder (Bild 14.7). Diese Verteilung entspricht einer durchschnittlichen Kinderzahl von 1,5. Studenten haben häufiger als Studentinnen ein einzelnes Kind (72 % vs. 62 %).

Verheiratete Studierende mit Kind haben anteilig häufiger als der Durchschnitt zwei Kinder (32 %) bzw. drei und mehr Kinder (12 %).

Von den Studierenden mit Kind hat deutlich mehr als jeder zweite eine/n

Studierende mit Kind (Erststudium, in %)	mit erwerbstätigem Partner / erwerbstätiger Partnerin		
	ges.	männl.	weibl.
gesamt	57	44	67
darunter:			
verheiratet	71	54	83
feste Partnerschaft	58	43	71

Partner/in, der/die erwerbstätig ist. Das trifft auf Frauen deutlich häufiger zu als auf Männer (67 % vs. 44 %). Besonders hoch ist der Anteil an Studierenden mit Kind, die eine/n erwerbstätige/n Partner/in haben unter den Verheirateten (71 %) – wiederum Studentinnen deutlich häufiger als Studenten (83 % vs. 54 %). Studierende mit Kind, die nicht verheiratet sind,

Bild 14.7 Anzahl der Kinder nach Geschlecht und Familienstand der Studierenden mit Kind

Studierende im Erststudium, in %

Geschlecht/ Familienstand	Anzahl der Kinder			Ø Kinderzahl
	1	2	3 u. mehr	
gesamt	66	25	9	1,5
männlich	72	22	6	1,4
weiblich	62	27	11	1,5
Familienstand				
verheiratet	56	32	12	1,6
feste Partnerschaft	76	19	5	1,3
ohne feste Partnerschaft	79	16	5	1,3
alleinerziehend	73	22	5	1,4

Bild 14.8 Merkmale der sozialen Herkunft – Vgl. Studierender mit und ohne Kind
Studierende im Erststudium, in %

Herkunftsmerkmal	mit Kind	ohne Kind
höchster Schulabschluss der Eltern		
Hochschulreife	50	59
mittlere Reife	34	29
Hauptschule	14	10
keinen Abschluss/ Abschluss nicht bekannt	2	2
höchster berufsqualifizierender Abschluss der Eltern		
Hochschulabschluss	43	50
Meister, Fachschul-/Technikerabschluss	22	19
Lehre, Facharbeiter	29	28
keinen Abschluss/ Abschluss nicht bekannt	6	3
soziale Herkunftsgruppe		
hoch	31	35
gehoben	20	24
mittel	27	26
niedrig	22	15

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

aber eine feste Partnerschaft haben, sind deutlich seltener auf diese Weise materiell abgesichert (58 %). Jedoch haben auch unter ihnen die Studentinnen anteilig häufiger eine/n erwerbstätige/n Partner/in als die Studenten (71 % vs. 43 %).

14.2.3 Soziale Herkunft

Studierende mit Kind unterscheiden sich in vielen sozio-demographischen Merkmalen von den Studierenden ohne Kind. Augenfällige Unterschiede zwischen den

beiden Gruppen bestehen beispielsweise bei der sozialen Herkunft: Studierende mit Kind kommen seltener als solche ohne Kind aus einer Familie, in der mindestens ein Elternteil eine Hochschulreife erworben hat (50 % vs. 59 %, Bild 14.8). Darüber hinaus haben sie seltener Eltern, die einen Hochschulabschluss erworben haben (43 % vs. 50 %). Studierende mit Kind entstammen überdurchschnittlich häufig aus einem mittleren Bildungsmilieu und gehören häufiger als ihre Kommiliton/innen ohne Kind zur sozialen

Herkunftsgruppe „niedrig“ (22 % vs. 15 %). Wie für die Bevölkerung insgesamt beobachtet wird, ist auch unter den Studierenden aus nicht-akademischen Milieus die Bereitschaft, eine Familie zu gründen, offenbar stärker ausgeprägt als unter jenen aus akademischen Milieus. In mittleren Bildungsmilieus werden auch frühere Lebensphasen – einschließlich des Studiums – für die Gründung einer Familie genutzt. Grundlage hierfür ist u. a. ein kulturelles Leitbild, das die Parallelität von Bildung/Beruf und Familie anstrebt.²

² vgl. dazu ausführlicher: Middendorff 2008, S. 12 ff

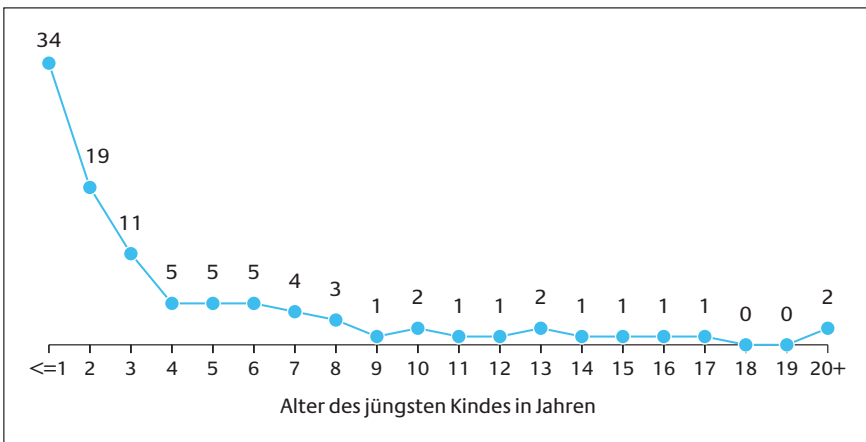
14.2.4 Alter des (jüngsten) Kindes

Im Rahmen der 19. Sozialerhebung wurden die Studierenden nur nach dem Alter des jüngsten Kindes gefragt. Ein Drittel der Studierenden hat aber noch mindestens ein weiteres Kind, dessen Alter nicht erhoben wurde.

Die meisten (jüngsten) Kinder der Studierenden im Erststudium sind im Säuglings- oder Kleinkindalter (Bild 14.9). Über die Hälfte der Kinder sind unter drei Jahre alt (53 %), ein Drittel ist sogar maximal ein Jahr alt (34 %). Jedes vierte (jüngste) Kind ist zwischen drei und sechs Jahre (26 %)

Bild 14.9 Alter des (jüngsten) Kindes

Studierende im Erststudium, in %¹



¹Rundungsdifferenzen möglich

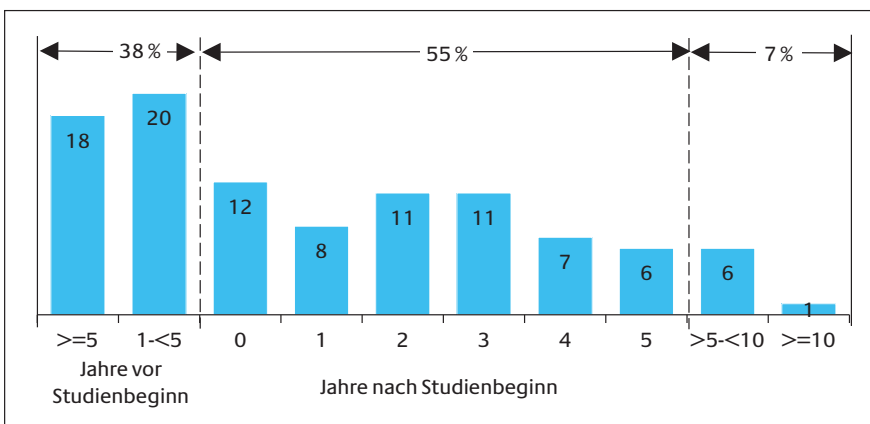
und jedes Sechste zwischen sieben und 15 Jahre alt (16 %). Bei wenigen Studierenden im Erststudium ist das (jüngste) Kind älter als 15 Jahre (5 %).

Um zu ermitteln, wann bzw. in welcher Studienphase Studierende ihr (jüngstes) Kind bekamen, wurden das Alter des Kindes und die Anzahl der bereits absolvierten Studienjahre der Studierenden (basierend auf den Hochschulsemestern) einander gegenübergestellt (Bild 14.10). Demnach sind 38 % der (jüngsten) Kinder der Mütter und Väter im Erststudium bereits vor Beginn des Studiums geboren worden. Mehr als die Hälfte der (jüngsten) Kinder wurden innerhalb der Regelstudienzeit der Mutter bzw. des Va-

ters geboren (55 %) und da auch eher in der frühen Studienphase. Nur wenige Studierende bekommen ihr (jüngstes) Kind gegen Ende des Studiums (7 %).

Die Geburt des (jüngsten) Kindes liegt bei Frauen häufiger als bei Männern vor dem Beginn des Studiums (40 % vs. 34 %). Dagegen war der Geburtszeitpunkt des (jüngsten) Kindes eher bei den Studenten als bei den Studentinnen innerhalb der regulären Studienzeit (58 % vs. 52 %). In der späteren Studienphase der Väter und Mütter sind 7 % bzw. 8 % der (jüngsten) Kinder zur Welt gekommen.

Bild 14.10 Zeitraum der Geburt des (jüngsten) Kindes bez. auf den Studienbeginn
Studierende im Erststudium, in %¹



¹ Rundungsdifferenzen möglich

14.2.5 Wohnform

Die überwiegende Mehrheit der Studierenden mit Kind wohnt zusammen mit dem Partner/der Partnerin und dem Kind in einer gemeinsamen Wohnung (75 %). Nur mit dem Kind zusammen in einer Wohnung leben 6 %. Knapp 2 % wohnen ohne Kind mit Partner/in in einer gemeinsamen Wohnung. Von den Studierenden ohne Kind leben hingegen nur 15 % in einer Wohnung mit Partner/in.

Aufgrund der überragenden Bedeutung dieser Wohnform und der geringen Zahl an Studierenden in der Stichprobe, die ihr Erststudium mit Kind absolvieren, sind die Anteile der Nutzung aller übrigen Wohnformen nicht verlässlich und werden deshalb nicht ausgewiesen.

Studentinnen mit Kind betreuen zu einem etwas höheren Anteil als Studenten ihr Kind selbst vor Ort. So wohnen 76 % der Mütter mit der Partnerin/dem Partner und dem Kind zusammen. Bei den Vätern trifft dies auf 74 % zu. Nur mit dem Kind und ohne Partner/in in einer Wohnung leben 9 % der Studentinnen, aber lediglich 2 % der Studenten.

Die deutliche Mehrheit der Studierenden mit Kind ist mit der gegenwärtigen Wohnsituation (sehr) zufrieden (63 %). Von den studierenden Eltern unterscheiden sich jene, die mit der Partnerin/dem Partner zusammen in einer Wohnung leben, kaum in ihrer Wohnzufriedenheit

von jenen, die in einer Wohngemeinschaft leben (65 % vs. 64 %).

14.3 Studienbezogene Merkmale

14.3.1 Hochschulart, Studiengang und Studienfach

An den Universitäten sind im Erststudium mit 4 % anteilig etwas weniger Studierende mit Kind immatrikuliert als an Fachhochschulen (6 %).

Fächergruppe

Die größten Anteile an Studierenden mit Kind weisen Fächergruppen auf, die vorzugsweise von Frauen gewählt werden (Bild 14.11). Hierzu gehören Sozialwissenschaften/Sozialwesen/Psychologie/Pädagogik (7 %) sowie die Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften (7 %).

In Fächergruppen hingegen, die eher von Männern als von Frauen präferiert werden, finden sich vergleichsweise geringere Quoten an Studierenden mit Kind. Dazu zählen die Ingenieurwissenschaften (4 %) ebenso wie die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (3 %).

Die höchste Elternquote kann für die Studentinnen der Fächergruppe Sozialwissenschaften/Sozialwesen/Psychologie/Pädagogik konstatiert werden (9 %). Im Gegensatz dazu haben die Studentinnen der Rechts- und Wirtschafts-

Bild 14.11 Studierende mit Kind nach Fächergruppen und Geschlecht

Studierende im Erststudium, in %

Fächergruppe	Studierende mit Kind		
	gesamt	männlich	weiblich
Sozialwiss., -wesen/Psychologie/Pädagogik	7	4	9
Medizin/Gesundheitswissenschaften	7	7	7
Sprach- und Kulturwissenschaften	4	4	5
Mathematik/Naturwissenschaften	4	4	4
Ingenieurwissenschaften	4	3	6
Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	3	4	3

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

wissenschaften mit 3 % anteilig am seltensten Kinder.

Abschlussart

In Studiengängen, die mit einem Fachhochschuldiplom abschließen, gibt es anteilig die meisten Studierenden mit Kind

(7 %, Bild 14.12). In diesen Studiengängen haben insbesondere die Studentinnen überdurchschnittlich häufig bereits ein Kind (10 %). Vergleichsweise viele Studierende mit Kind finden sich ebenfalls in konsekutiven Master-Studiengängen (7 %).

Bild 14.12 Studierende mit Kind nach angestrebten Abschluss und Geschlecht

Studierende im Erststudium, in %

Angestrebter Abschluss	Studierende mit Kind		
	gesamt	männlich	weiblich
FH-Diplom	7	5	10
Master	7	1	1
Uni-Diplom	5	4	7
Staatsexamen (für ein Lehramt)	5	1	6
Magister	5	1	5
Bachelor	4	4	4
Staatsexamen (ohne Lehramt)	3	1	4

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹Fallzahlen zu gering

Im Vergleich dazu ist die Elternquote unter den Studierenden, die ein Universitätsdiplom, ein Staatsexamen für ein Lehramt oder einen Magister-Abschluss erwerben wollen, mit je 5 % um zwei Prozentpunkte geringer.

Korrespondierend zu ihrem niedrigen Alter sind Studierende, die einen Bachelor anstreben, noch vergleichsweise selten bereits Eltern. Den geringsten Anteil an Studierenden mit Kind weisen allerdings diejenigen auf, die ein Staatsexamen anstreben (ohne Lehramt). Diese Quote hängt weniger mit dem Alter dieser Studierenden zusammen als vielmehr mit einer Reihe anderer Merkmale. Hierzu zählen die hohe Strukturiertheit und Dichte vor allem der medizinischen Studiengänge, die eine Vereinbarkeit von Studium und Familie kaum gewährleisten.

14.3.2 Studienverlauf von Studierenden mit Kind

Die Elternschaft kann sich, vor allem auf Grund der besonderen bzw. zusätzlichen zeitlichen und finanziellen Anforderungen, auf den Studienverlauf auswirken.

Im Vergleich zu ihren Kommiliton/innen ohne Kind ist der Studienverlauf der Studierenden mit Kind erwartungsgemäß viel unstabiler. Sie unterbrechen häufiger als erstere das Studium (40 % vs. 9 %, Bild 14.13) und wechseln vergleichsweise häufig den Studiengang und/oder

die Hochschule (27 % vs. 19 % bzw. 19 % vs. 13 %).

Eine Studienunterbrechung dauert bei Studierenden mit Kind im Erststudium im Durchschnitt etwa vier Semester und damit ein Semester länger als bei Studierenden ohne Kind. Innerhalb der Gruppe der Studierenden mit Kind unterbrechen Frauen deutlich häufiger als Männer das Studium (48 % vs. 29 %). Der maßgebliche Grund dafür ist die Schwangerschaft selbst und die stärkere Beanspruchung durch Kinderbetreuung und -erziehung (vgl. Bild 14.14). Fast alle Studentinnen mit Kind (94 %), die ihr Studium unterbrochen haben, geben als Grund dafür „Schwangerschaft/Kindererziehung“ an.

Kindererziehung ist auch für ein Drittel der Männer mit Kind, die ihr Studium unterbrochen haben, ein Grund für diese Unterbrechung. Nahezu gleichbedeutend für sie sind jedoch auch „Erwerbstätigkeit“ und „andere familiäre Gründe“ (je 32 %). Darüber hinaus nennen sie anteilig vergleichsweise häufig Unterbrechungsgründe wie „finanzielle Probleme“ und „um andere Erfahrungen zu sammeln“, die bei den Studentinnen mit Kind kaum eine Rolle spielen.

Studierende mit Kind wechseln häufiger als solche ohne Kind aus persönlichen Gründen die Hochschule (78 % vs. 62 %, Bild 14.15). Im Vergleich zu ihren kinderlosen Kommiliton/innen sind für sie

Bild 14.13 Studienverlauf Studierender mit/ohne Kind nach Geschlecht

Studierende im Erststudium in %

Verlaufsmerkmal	Studierende mit Kind			Studierende ohne Kind		
	ges.	männl.	weibl.	ges.	männl.	weibl.
Studienunterbrechung	40	29	48	9	10	9
Studiengangwechsel	27	25	28	19	20	18
Hochschulwechsel	19	19	18	13	13	13

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Gründe wie erwartungsgerechteres Studienangebot, bessere Studienbedingungen, attraktivere Stadt, Ruf der Hochschule oder keine/geringere Studiengebühren seltener Anlass, die Hochschule zu wechseln.

Innerhalb der Gruppe der Studierenden mit Kind, die die Hochschule ge-

wechselt haben, geben Studentinnen deutlich häufiger als Studenten dafür persönliche Gründe an (87 % vs. 67 %, Bild 14.15). Ebenfalls häufiger als Studenten begründen sie den Hochschulwechsel mit einem Wechsel des Studiengangs (63 % vs. 57 %). Für Männer hingegen war das Studienangebot, das eher ihren Erwar-

Bild 14.14 Gründe für eine Studienunterbrechung – Vergleich Studierender mit und ohne Kind nach Geschlecht

Studierende im Erststudium, in % (Mehrfachnennungen möglich)

Gründe für die Studienunterbrechung	mit Kind			ohne Kind		
	ges.	männl.	weibl.	ges.	männl.	weibl.
Schwangerschaft/Kindererzieh.	75	33	94	-	-	-
Erwerbstätigkeit	15	32	8	19	23	14
andere familiäre Gründe	14	32	5	14	16	13
gesundheitliche Probleme	12	13	11	24	19	30
finanzielle Probleme	11	23	7	20	23	16
um and. Erfahrungen zu sammeln	9	22	3	26	24	29
Zweifel am Sinn des Studiums	7	11	6	27	28	26
sonstige Gründe	7	9	6	25	24	26
Wehr- oder Zivildienst	2	6	-	3	5	-

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Bild 14.15 Gründe für einen Hochschulwechsel von Studierenden mit und ohne Kind nach Geschlecht

Studierende im Erststudium, Angaben auf einer Skala von 1 = „spielt überhaupt keine Rolle“ bis 5 = „spielt eine sehr große Rolle“, Antwortpositionen 4 + 5 in %

Gründe für einen Hochschulwechsel	mit Kind			ohne Kind		
	ges.	männl.	weibl.	ges.	männl.	weibl.
persönliche Gründe	78	67	87	62	59	66
Studiengangwechsel	60	57	63	63	64	62
Studienangebot entspricht eher meinen Erwartungen	54	69	42	60	60	61
bessere Studienbedingungen	35	38	33	40	40	39
attraktivere Stadt	24	21	25	34	32	36
Ruf der Hochschule	20	19	22	28	29	27
geringere Lebenshaltungskosten	13	7	18	16	17	15
keine/geringere Studiengebühren/-beiträge	8	8	7	17	16	18

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

tungen entsprach, anteilig häufiger als für die Frauen ein Grund, an einer anderen Hochschule als ursprünglich (weiter) zu studieren (69 % vs. 42 %).

Studentinnen mit Kind geben ebenfalls häufiger als Studenten mit Kind an, dass sie die Hochschule gewechselt haben, weil an dem neuen Standort die Lebenshaltungskosten geringer sind (18 % vs. 7 %).

14.4 Stellenwert des Studiums

Angesichts der besonderen Anforderungen an Studierende mit Kind, vor allem in Form von zusätzlichen finanziellen und

zeitlichen Belastungen, ist zu fragen, wie stark sie sich dem Studium widmen können und welchen Stellenwert das Studium für sie hat. Im Folgenden wird diese Frage zu beantworten versucht anhand von Informationen zum studentischen Zeitbudget, zum Anteil an Erwerbstätigen, zu den Gründen der Erwerbstätigkeit neben dem Studium und zum Stellenwert, den das Studium nach Einschätzung der Studierenden hat.

14.4.1 Zeitbudget und Erwerbstätigkeit

Studienaufwand

Studierende mit Kind widmen dem Studium im Durchschnitt 31 Stunden in der Woche. Sie wenden jeweils etwa die Hälfte dieser Zeit für den Besuch von Lehrveranstaltungen und für das Selbststudium auf – mit einem leichten Übergewicht zu Gunsten des Selbststudiums (Bild 14.16). Im Vergleich zu den Studentinnen mit Kind investieren studierende Väter jeweils eine Stunde mehr in Lehrveranstaltungen und Selbststudium, so dass sie insgesamt einen zwei Stunden höheren Studienaufwand pro Woche haben.

Studierende ohne Kind verwenden wöchentlich sechs Stunden mehr als ihre Kommiliton/innen mit Kind für Studienaktivitäten. Dieser Unterschied beruht insbesondere auf ihrem um vier Stunden

höheren Zeitaufwand für den Besuch von Lehrveranstaltungen. Ihre ins Selbststudium investierte Zeit übersteigt den entsprechenden Zeitaufwand der Studierenden mit Kind wöchentlich um durchschnittlich zwei Stunden.

Obwohl der Studienaufwand unterschiedlich hoch ist, fühlen sich Studierende mit Kind durch das Studium zeitlich ähnlich stark belastet wie ihre Kommiliton/innen ohne Kind. Von den Studierenden mit Kind sagen 52 % der Studenten und 58 % der Studentinnen, dass die zeitliche Belastung durch das Studium (zu) hoch ist. Studenten und Studentinnen ohne Kind geben diese Bewertung zu ähnlichen Anteilen ab (Studenten: 52 %, Studentinnen: 60 %).

Erwerbstätigenquote

Von den in einem Erststudium immatrikulierten Studierenden mit Kind jobben

Bild 14.16 Zeitaufwand für das Studium – Vergleich Studierender mit und ohne Kind

Studierende im Erststudium, arithm. Mittelwerte in Std./Woche

Art des Studienaufwandes	gesamt		männlich		weiblich	
	mit Kind	ohne Kind	mit Kind	ohne Kind	mit Kind	ohne Kind
Studienaufwand gesamt	31	37	33	36	31	38
Lehrveranstaltungen	15	19	16	19	15	19
Selbststudium	16	18	17	17	16	19

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

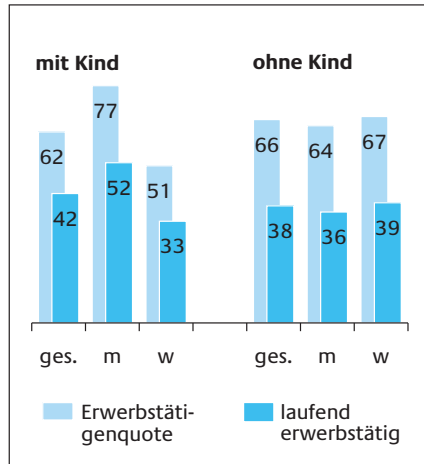
62 % neben dem Studium (Bild 14.17). Das sind anteilig vier Prozentpunkte weniger als unter den Studierenden ohne Kind.

Innerhalb der Gruppe der Studierenden mit Kind zeigen sich große Unterschiede zwischen Männern und Frauen: Mehr als drei Viertel der Studenten mit Kind verdienen neben dem Studium Geld (77 %). Von ihnen ist sogar mehr als die Hälfte (52 %) „laufend erwerbstätig“. Von den Studentinnen mit Kind jobbt mehr als jede zweite (51 %); ein Drittel tut das „laufend“ (33 %). Derart große Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt es unter den Studierenden ohne Kind nicht. Aus anderen HIS-Untersuchungen zu Studierenden mit Kind³ ist bekannt, dass sich diese Unterschiede aus der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in Zusammenhang mit ihrer Elternschaft erklären. Studenten übernehmen in erster Linie die traditionelle Rolle des „Ernährers“, während Frauen überwiegend die Betreuungs- und Familienarbeit leisten.

Je älter das Kind ist, desto eher tragen auch die Studentinnen zur Selbstfinanzierung der Familie bei (Bild 14.18). So sind von den Studentinnen mit einem (jüngsten) Kind im Alter von bis zu einem Jahr 38 % erwerbstätig. Studentinnen mit einem Kind im schulpflichtigen Alter sind fast doppelt so häufig erwerbstätig (72 %).

Bild 14.17 Erwerbstätigkeit Studierender mit und ohne Kind

Studierende im Erststudium, in %



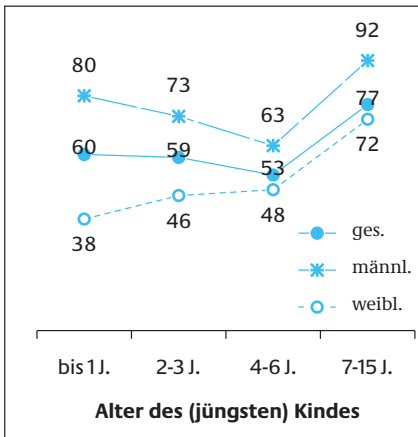
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Anders und auf durchgängig deutlich höherem Niveau verläuft die Erwerbstätigenquote der Studenten mit Kind: Sie ist überdurchschnittlich hoch, wenn das (jüngste) Kind maximal ein Jahr alt ist (80 %) oder bereits zur Schule geht (92 %).

Differenziert nach Familienstand zeigt sich, dass verheiratete Studierende – Männer wie Frauen – mit Kind zu „vergleichsweise geringen“ Anteilen neben dem Studium erwerbstätig sind – jeweils gemessen an ihren unverheirateten Kommilitonen/innen des gleichen Geschlechts (Erwerbstätigenquote der Verheirateten 57 % vs. 69 % derjenigen in fes-

³ vgl. Middendorff 2003 und 2008

Bild 14.18 Erwerbstätigenquote Studierender mit Kind nach Alter des (jüngsten) Kindes
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

ter Partnerschaft bzw. 63 % der Studierenden ohne feste Partnerschaft, Bild 14.19).

Am häufigsten jobben Studierende mit Kind, die sich in fester Partnerschaft befinden (69 %). Das trifft auf Studenten häufiger zu als auf Studentinnen (83 % vs. 57 %), unter anderem auch, weil Studenten mit Kind seltener eine/n erwerbstätige/n Partner/in haben als Studentinnen mit Kind (vgl. Abschnitt 14.2.2).

Studentinnen mit Kind, die keine feste Partnerschaft haben bzw. alleinerziehend sind, jobben vergleichsweise selten. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass auf ihnen durch den fehlenden

Bild 14.19 Erwerbstätigenquote Studierender mit Kind nach Familienstand

Studierende im Erststudium, in %

Familienstand/ Lebenssituation	Studierende mit Kind		
	ges.	m	w
verheiratet	57	70	47
feste Partnerschaft	69	83	57
ohne feste Partnerschaft	63	84	52
alleinerziehend	48	- ¹	48

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Fallzahlen zu gering

Partner ein erhöhter Kinderbetreuungsaufwand lastet. Weniger die fehlende Möglichkeit als vielmehr die fehlende Notwendigkeit ist die Ursache dafür, dass verheiratete Studentinnen mit Kind die geringste Erwerbstätigenquote aufweisen. Sie haben – wie oben gezeigt – mehrheitlich einen erwerbstätigen Ehemann.

Erwerbsaufwand

Studierende mit Kind jobben während der Vorlesungszeit durchschnittlich zehn Stunden pro Woche. Der Erwerbsaufwand der Männer liegt mit wöchentlich 13 Stunden etwa sechs Stunden über dem der Frauen (Bild 14.20).

Die zeitliche Gesamtbelastung aus Studium und Erwerbstätigkeit beträgt für

Bild 14.20 Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit und Studium – Vergleich Studierender mit und ohne Kind

Studierende im Erststudium, arithm. Mittelwerte in Stunden/Woche

Zeitaufwand	gesamt		männlich		weiblich	
	mit Kind	ohne Kind	mit Kind	ohne Kind	mit Kind	ohne Kind
gesamt	41	45	46	44	38	46
Studium	31	37	33	36	31	38
Erwerbstätigkeit	10	8	13	8	7	8

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Studierende mit Kind 41 Stunden pro Woche. Sie ist für Studenten mit Kind aufgrund ihres höheren Zeitaufwands für Studium und Job etwa acht Stunden höher als für Studentinnen mit Kind (46 Std./Woche vs. 38 Std./Woche, Bild 14.20).

Aufgrund des hohen Zeitaufwands für Erwerbstätigkeit neben dem Studium haben Studenten mit Kind im Vergleich zu ihren kinderlosen Kommilitonen das umfangreichere Wochenpensum zu bewältigen. Hinzu kommt, dass die Zeiten der Kinderbetreuung hier nicht erfasst wurden. Obwohl der Zeitaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit bei den Studentinnen mit Kind relativ gering ist, werden gerade sie zuzüglich der Zeiten für Kinderbetreuung und sonstiger familienbezogener Arbeiten eine vergleichsweise hohe zeitliche Gesamtbelastung haben.

Motive für Erwerbstätigkeit

Studierende mit Kind jobben überwiegend, weil der Verdienst unbedingt notwendig für den Lebensunterhalt ist und weil sie andere mitfinanzieren müssen (jeweils 77 % „trifft (völlig) zu“, Bild 14.21). Studenten mit Kind geben diese Erwerbsmotive noch häufiger an als Studentinnen mit Kind.

Mehr als jeder zweite ist erwerbstätig, um finanziell unabhängig von den Eltern zu sein bzw. um sich „etwas mehr leisten“ zu können (jeweils 52 %). Das letzte Motiv wird von den Studierenden, die kein Kind haben, am häufigsten als Grund dafür genannt, dass sie neben dem Studium Geld verdienen (74 %).

Studierende mit Kind geben etwa gleich häufig wie ihre Kommiliton/innen ohne Kind an, neben dem Studium zu jobben, weil sie praktische Erfahrungen sam-

Bild 14.21 Erwerbsmotive Studierender mit Kind und ohne Kind

Positionen „trifft völlig zu“ und „trifft zu“ auf 5-stufiger Antwortskala von „trifft gar nicht zu“ bis „trifft völlig zu“, erwerbstätige Studierende im Erststudium, in %

Motive für Erwerbstätigkeit	mit Kind			ohne Kind
	ges.	m.	w.	
notwendig für Lebensunterhalt	77	80	73	60
weil ich andere mitfinanzieren muss	77	78	76	3
um finanziell unabhängig von den Eltern zu sein	52	60	42	60
damit ich mir etwas mehr leisten kann	52	51	53	74
um praktische Erfahrungen zu sammeln	45	47	42	49
um Kontakte für spätere Beschäftigung zu knüpfen	37	41	33	36
um die Studiengebühren bezahlen zu können	29	34	23	31
damit ich unabhängig vom Studienabschluss eine Beschäftigung habe	24	23	25	14

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

meln und Kontakte für eine spätere Beschäftigung knüpfen möchten. Darüber hinaus bringen sie eine stärkere Sicherheitsorientierung zum Ausdruck, indem sie häufiger als die Studierenden ohne Kind an das Jobben die Erwartung knüpfen, dadurch später möglicherweise unabhängig vom Studienabschluss eine Beschäftigung zu haben.

14.4.2 Studien-Erwerbs-Typ und Zentralität des Studiums

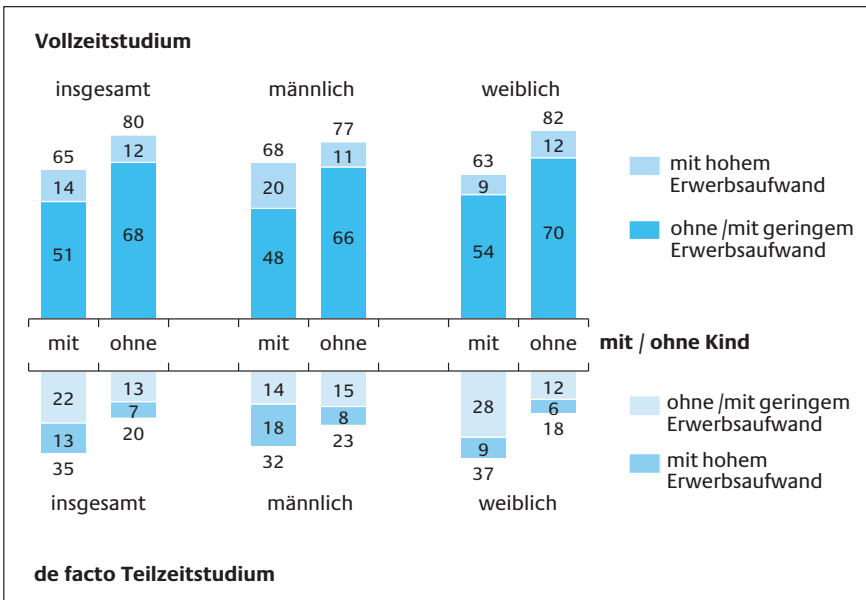
Dem Umfang und der Zusammensetzung des studentischen Zeitbudgets aus Studien- und Erwerbszeiten entsprechend werden die Studierenden einem so genann-

ten Studien-Erwerbs-Typ zugeordnet (vgl. Technische Hinweise zu Kap. 9). Auf diese Weise kann der Anteil an Studierenden geschätzt werden, die tatsächlich ein Vollzeitstudium absolvieren und derer, die de facto Teilzeit studieren.

Von den Studierenden mit Kind gehören nach den hier angewandten Kriterien 65 % zu denen im Vollzeitstudium (Bild 14.22). Darunter sind 14 %, deren Erwerbsaufwand 15 Stunden in der Woche übersteigt, das heißt, dass sie zeitlich besonders stark belastet sind.

In der Umkehrung bedeutet das jedoch auch, dass mehr als ein Drittel (35 %) der Studierenden mit Kind zu den de facto

Bild 14.22 Studien-Erwerbs-Typ – Vergleich Studierender mit und ohne Kind
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Teilzeitstudierenden gehören.⁴ Von ihnen sind zwei von drei nicht erwerbstätig bzw. haben einen Erwerbsaufwand bis zu maximal 15 Stunden in der Woche.

Studierende ohne Kind realisieren im Vergleich zu denen mit Kind deutlich häufiger ein Vollzeitstudium (80 %). Die

⁴ Möglicherweise sind unter ihnen auch einige Studierende, die ein offizielles Teilzeitstudium absolvieren. Angesichts des nach wie vor relativ geringen Angebots an Teilzeit-Studiengängen (vgl. Kap. 9) wird ihre Zahl jedoch nicht nennenswert groß sein.

große Mehrheit von ihnen jobbt nicht nebenher bzw. hat einen „geringfügigen“ Erwerbsaufwand.

Innerhalb der Gruppe der Studierenden mit Kind absolvieren Männer häufiger als Frauen ein Vollzeitstudium (68 % vs. 63 %) – nicht wenige von ihnen gleichzeitig mit einer hohen zeitlichen Belastung durch Erwerbstätigkeit (Männer: 20 % vs. Frauen: 9 %). Entsprechend unterschiedlich sind die Anteile im de facto Teilzeitstudium: 37 % der Studentinnen

mit Kind realisieren einen Studienaufwand, der einem Teilzeitstudium entspricht – die meisten von ihnen ohne bzw. mit „geringfügigem“ Erwerbsaufwand (28 %). Das ist erneut ein Hinweis darauf, dass sie sich vorrangig der Kinderbetreuung widmen.

Von den Studenten mit Kind gehört ein knappes Drittel (32 %) zu den de facto Teilzeitstudierenden. Mehr als die Hälfte von ihnen (18 %) investiert einen erheblichen Zeiteumfang in einen Job neben dem Studium.

Beim Vergleich zwischen den Studierenden mit und ohne Kind fällt der große Unterschied bei den Studentinnen besonders auf: Bezogen auf das Vollzeitstudium beträgt der Abstand zwischen den Frauen mit und ohne Kind 19 Prozentpunkte. Bei den Männern umfasst dieser Unterschied lediglich neun Prozentpunkte.

Zentralität des Studiums

Vor dem Hintergrund der gezeigten Studien- und Alltagsrealität (Studienverlauf, Zeitbudget, Erwerbstätigkeit) erklärt sich, dass das Studium lediglich für ein Viertel der Studierenden mit Kind den Mittelpunkt bildet, auf den fast alle ihre Interessen und Aktivitäten ausgerichtet sind (26 %, Bild 14.23). Für mehr als jeden zweiten (55 %) ist das Studium gleich wichtig wie andere Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule. Eher im Hintergrund steht das Studium für 19 %

der Studierenden mit Kind, weil für sie andere Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule vorrangig sind.

Studenten mit Kind sind anteilig häufiger vorrangig auf das Studium konzentriert als Studentinnen, die ein Kind haben (34 % vs. 23 %). Für die meisten Studentinnen ist das Studium gleichrangig mit Anderem (58 %). Sie sagen nur geringfügig häufiger als Studenten mit Kind, dass das Studium eher im Hintergrund steht.

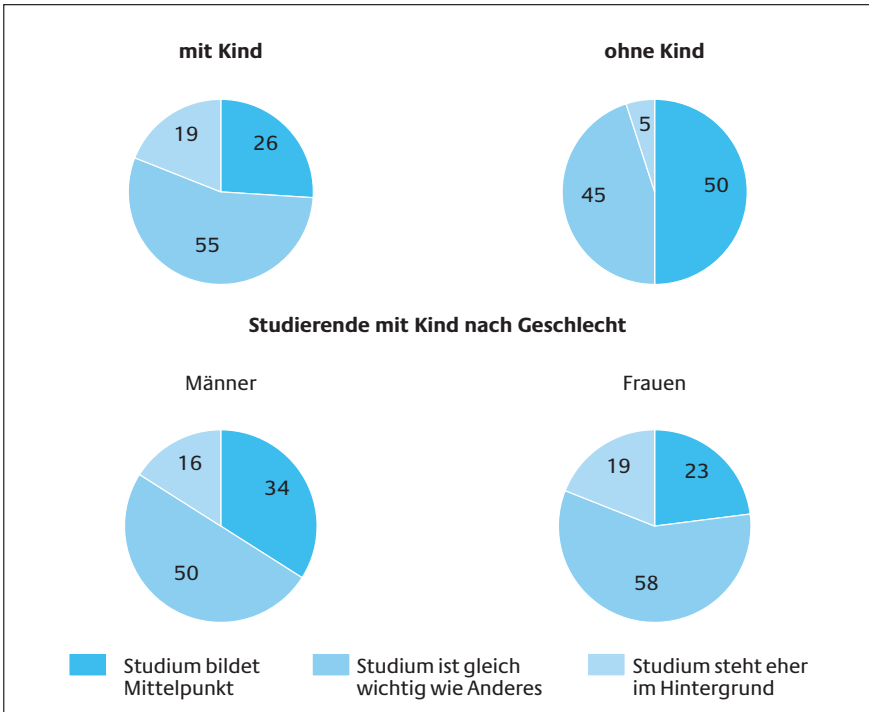
Im Vergleich zu den Studierenden mit Kind hat das Studium für diejenigen ohne Kind tendenziell einen anderen Stellenwert: Jeder zweite stellt es in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten und lediglich 5 % sagen, dass für sie das Studium nachrangig ist (Bild 14.23, Grafik rechts oben).

14.4.3 Beratungs- und Informationsbedarf

Studierende mit Kind haben aufgrund ihrer besonderen Situation deutlich häufiger Beratungs- und Informationsbedarf (siehe Kap. 13) als Studierende ohne Kind (72 % vs. 60 %, Bild 14.24).

Im Erststudium ist im Vergleich aller Themen der Beratungsbedarf zum Thema Vereinbarkeit von Studium und Kind erwartungsgemäß am höchsten (49 %). Darüber hinaus benötigen vergleichsweise viele Beratung und Information zu den Themen Studienfinanzierung (30 %), Krankenversicherung (20 %), Arbeits- und

Bild 14.23 Zentralität des Studiums – Vergleich Studierender mit und ohne Kind
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Zeitorganisation (16 %) und Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit (15 %).

Die besondere Situation der Studierenden mit Kind kommt u. a. darin zum Ausdruck, dass sich ihr Beratungsbedarf bei einigen Themen deutlich von dem der Studierenden ohne Kind unterscheidet. So äußern anteilig mehr Studierende mit

Kind Beratungsbedarf zum Thema Studienfinanzierung (30 % vs. 22 %) und Partnerschaftsprobleme (11 % vs. 6 %) als Studierende ohne Kind (Bild 14.24). Die höhere finanzielle Belastung der Studierenden mit Kind bei gleichzeitig geringeren zeitlichen Kapazitäten erwerbstätig zu sein, stellt sie offenbar vor größere Probleme.

Studierende mit Kind haben im Vergleich zu ihren Kommiliton/innen ohne Kind anteilig deutlich seltener Beratungsbedarf zum Thema Finanzierung eines Auslandsaufenthaltes (5 % vs. 16 %, Bild 14.24). Das hängt unter anderem damit zusammen, dass sie aufgrund ihrer Lebenssituation wenig Realisierungschancen für einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt sehen.

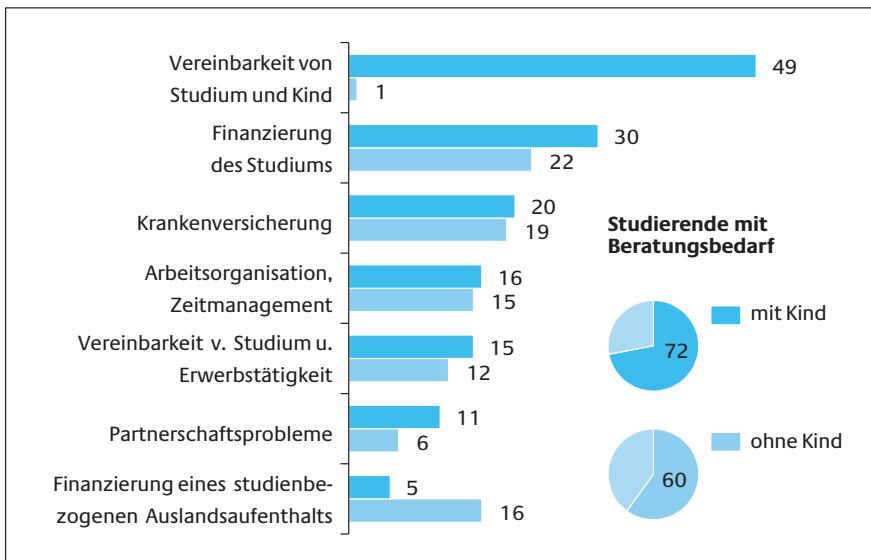
Studentinnen im Erststudium äußern häufiger als Studenten Beratungsbedarf

(66 % vs. 56 %, vgl. Kap. 13.3.2). Dieser Unterschied zwischen Männern und Frauen ist innerhalb der Gruppe Studierender mit Kind sogar noch stärker ausgeprägt (77 % vs. 65 %).

Differenziert nach den einzelnen Beratungsthemen wird deutlich, dass die Mehrfachbelastung Mütter mehr noch als Väter vor die Probleme stellt, Studium und Kind zu vereinbaren (57 % vs. 39 %), das Studium zu finanzieren (31 % vs. 27 %) sowie ein gutes Arbeits- und Zeitmanage-

Bild 14.24 Beratungs- und Informationsbedarf zu ausgewählten Themenbereichen – Vergleich Studierender mit und ohne Kind

Studierende im Erststudium, in %¹



¹ Mehrfachnennungen möglich

ment zu betreiben (19 % vs. 13 %). Wenn gleich bei den übrigen Beratungsthemen aufgrund der geringen Fallzahl nur Tendenzaussagen möglich sind, zeigt sich des Weiteren, dass Mütter aufgrund ihrer Belastung durch Studium und Kind anteilig häufiger als Väter Beratungsbedarf haben zu Themen wie Prüfungsangst sowie Fortführung und Abschluss des Studiums.

14.5 Wirtschaftliche Situation

Höhe der Einnahmen

Zur Beschreibung der finanziellen Situation der Studierenden mit Kind wird zunächst die Höhe der monatlich zur Verfügung stehenden Einnahmen herangezogen. Die Situation stellt sich diesbezüglich sehr unterschiedlich dar, je nachdem, ob es sich um verheiratete oder unverheiratete Studierende mit Kind handelt. Während sich die monatlichen Einnahmen der ledigen Mütter und Väter, die sich im Erststudium befinden und außerhalb des Elternhauses wohnen, im Durchschnitt auf 1.049 € belaufen, liegen die Einnahmen der verheirateten Mütter und Väter, die sich ebenfalls im Erststudium befinden und außerhalb des Elternhauses wohnen, bei durchschnittlich 1.603 €.

Allerdings steht das Ergebnis für die verheirateten Studierenden unter einem generellen Vorbehalt. Die von den verheirateten Studierenden gemachten Angaben zu den Einnahmen beschreiben häu-

fig den der Familie zur Verfügung stehenden Etat, nicht selten aber auch lediglich den Teil der Einnahmen, der allein dem Befragten zur Verfügung steht. Der Absolutbetrag des für verheiratete Studierende ausgewiesenen Mittelwerts der monatlichen Einnahmen ist folglich mit Vorsicht zu interpretieren.

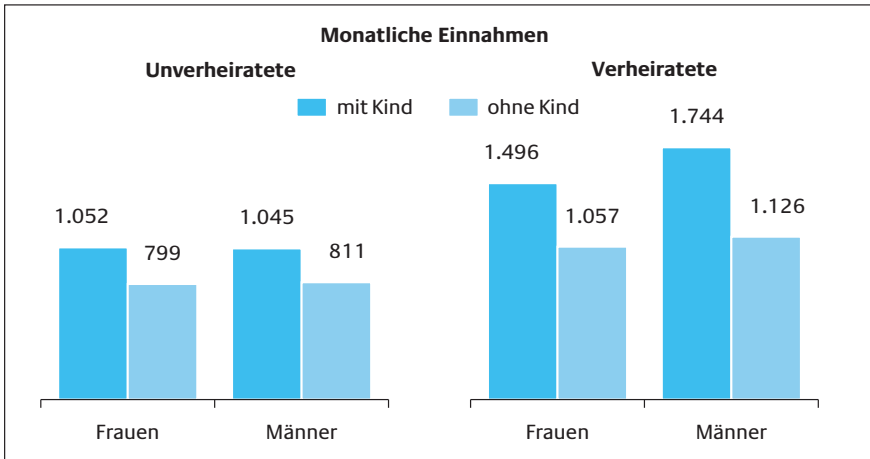
Gemessen an der Höhe der monatlichen Einnahmen gibt es bei den Unverheirateten keinen Unterschied zwischen studierenden Müttern und Vätern (1.052 € bzw. 1.045 €). Bei den verheirateten Studierenden mit Kind ist der Einnahmenunterschied zwischen den Geschlechtern hingegen beträchtlich (Bild 14.25).

Finanzierungsstruktur

In welchem Umfang die verschiedenen Finanzierungsquellen zu den monatlichen Einnahmen der Studierenden mit Kind beitragen, ist in Bild 14.26 dargestellt. Dabei fällt auf, dass es bei den unverheirateten Müttern keine einzelne Finanzierungsquelle gibt, die eine herausragende Bedeutung hat: Gut ein Viertel ihrer Einnahmen werden durch die BAföG-Förderung bereitgestellt, gut ein Fünftel durch eigenen Verdienst und rd. 28 % zusammen durch die Eltern sowie den Partner. Die übrigen Finanzierungsquellen tragen mit 26 % einen vergleichsweise hohen Anteil der monatlichen Ein-

Bild 14.25 Höhe der monatlichen Einnahmen der Studentinnen und Studenten mit und ohne Kind in Abhängigkeit vom Familienstand

Studierende im Erststudium¹, arithm. Mittelwert in €



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ohne Studierende, die im Elternhaus wohnen

nahmen der unverheirateten Mütter. Hier ist zu berücksichtigen, dass Einnahmen zu Gunsten oder wegen des Kindes wie Kindergeld, Unterhaltszahlungen und Erziehungsgeld auch unter der Sammelkategorie „übrige Finanzierungsquellen“ zusammengefasst sind. Allerdings geben lediglich ein Drittel der unverheirateten Mütter solche Einnahmen an.

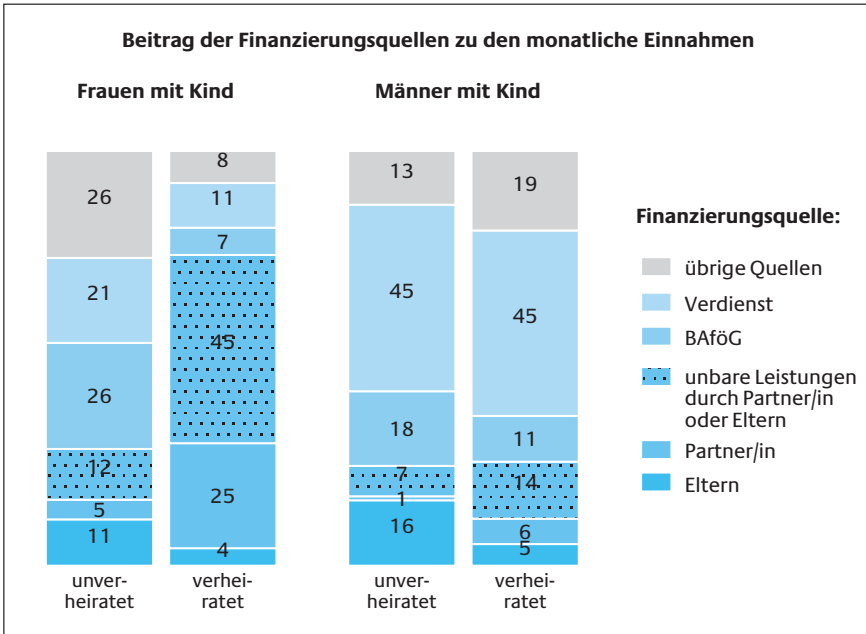
Bei den Studentinnen mit Kind, die verheiratet sind, wird der bei weitem größte Beitrag zu den monatlichen Einnahmen vom Partner geleistet, entweder durch die Bereitstellung von Barmitteln (25 %) oder durch die Übernahme der Aus-

gaben für einzelne Positionen der Lebenshaltung (45 %). Die weiteren Finanzierungsquellen spielen bei den verheirateten Müttern nur eine nachgeordnete Rolle. Auch hier ist anzumerken, dass von den studierenden Müttern nur 16 % Einnahmen zu Gunsten oder wegen des Kindes (Kindergeld, Erziehungsgeld) angegeben haben.

Für Studenten mit Kind ist die herausragende Finanzierungsquelle – unabhängig von ihrem Familienstand – der eigene Verdienst aus einer Erwerbstätigkeit neben dem Studium. Im Durchschnitt verdienen studierende Väter 45 % der mo-

Bild 14.26 Finanzierungsstruktur der Studierenden mit Kind nach Geschlecht und Familienstand

Studierende im Erststudium mit Kind¹, Anteil je Finanzierungsquelle in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ohne Studierende, die im Elternhaus wohnen

natlichen Einnahmen durch eigene Erwerbstätigkeit (Bild 14.26).

Finanzierungsquellen

Die vorangehend dargestellte Finanzierungsstruktur der Studierenden mit Kind, d. h. die durchschnittliche Zusammensetzung ihrer monatlichen Einnahmen, ist

das Resultat der im Folgenden beschriebenen Inanspruchnahme der verschiedenen Finanzierungsquellen (Bild 14.27).

Nicht verheiratete Mütter nutzen am häufigsten den eigenen Verdienst als Einzelquelle. Zur Bestreitung des Lebensunterhalts setzen 53% der nicht verheirateten Studentinnen mit Kind eigenen Ver-

dienst in durchschnittlich Höhe von 406 € pro Monat ein. Die von diesen Studentinnen am zweithäufigsten genannte Finanzierungsquelle ist die Förderung nach dem BAföG – 44% werden mit durchschnittlich 607 € gefördert.

Im Vergleich dazu verfügen ledige Studentinnen ohne Kind deutlich häufiger über eigenen Verdienst, der aber deutlich geringer ausfällt (65%, 288 €). Sie

erhalten seltener eine Förderung nach dem BAföG, deren Betrag zudem im Durchschnitt auch deutlich niedriger liegt (30%, 422 €).

Von den nicht verheiratete Studentinnen mit Kind werden 43% mit durchschnittlich 272 € finanziell vom Elternhaus unterstützt. Verglichen mit den entsprechenden Studentinnen ohne Kind, von denen 81% eine durchschnittliche fi-

Bild 14.27 Inanspruchnahme der Finanzierungsquellen differenziert nach dem Geschlecht der Studierenden und dem Familienstand
Studierende im Erststudium mit Kind¹

Familienstand	Finanzierungsquelle	Studierende, die die jeweilige Quelle in Anspruch nehmen, in %		Betrag, der diesen Studierenden zur Verfügung steht, arithm. Mittelwert in €	
		Frauen	Männer	Frauen	Männer
Unverheiratete	Eltern	43	44	272	373
	Partner/in	16	4	304	-
	BAföG	44	33	607	573
	Verdienst	53	79	406	595
	übrige Barquellen	57	41	473	334
	unbare Leistungen ²	44	26	294	295
Verheiratete	Eltern	23	25	277	371
	Partner/in	60	21	635	504
	BAföG	20	33	499	590
	Verdienst	45	75	357	1040
	übrige Barquellen	32	33	365	1004
	unbare Leistungen ²	82	44	828	544

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Ohne Studierende, die im Elternhaus wohnen.

² Vom Partner/der Partnerin oder den Eltern unmittelbar übernommene Leistungen zur Finanzierung des Lebensunterhalts.

nanzielle Unterstützung von 332 € durch das Elternhaus erfahren, können unverheiratete Mütter in erheblich geringerem Umfang mit einer elterlichen Unterstützung rechnen.

Die ledigen Studenten mit Kind werden von den Eltern ebenso häufig unterstützt wie die Studentinnen mit Kind (44 %). Sie erhalten von ihnen durchschnittlich 373 € und damit einen um etwa 100 € höheren Betrag als die Studentinnen mit Kind. Von den Studenten ohne Kind hingegen werden 79 % von den Eltern finanziert, wengleich mit einem durchschnittlich etwas geringeren Betrag (345 €).

Die Finanzierung des Lebensunterhalts durch eigenen Verdienst ist bei den unverheirateten Vätern die weitaus am häufigsten in Anspruch genommene Finanzierungsquelle. 79 % dieser Studierenden verfügen über einen durchschnittlichen Verdienst in Höhe von 595 € pro Monat. Bei den Studenten ohne Kind liegt diese Quote bei 65 % und der durchschnittliche Verdienst bei 288 €.

Ein Drittel der unverheirateten Väter sind BAföG-Empfänger, die mit durchschnittlich 573 € gefördert werden. Die BAföG-Quote und der durchschnittliche Förderungsbetrag fällt unter den nicht verheirateten Studenten mit 27 % und 425 € deutlich geringer aus.

Bei den verheirateten Studentinnen mit Kind ist die finanzielle Unterstützung

durch den Ehepartner die bei weitem wichtigste Finanzierungsquelle: 60 % erhalten vom Partner durchschnittlich 635 € pro Monat. Wird außerdem berücksichtigt, dass 82 % der verheirateten Mütter angeben, dass der Partner (und/oder die Eltern) für ihren Lebensunterhalt Ausgaben in durchschnittlicher Höhe von 828 € übernimmt, ist die Abhängigkeit von seiner finanziellen Unterstützung evident. In welchem Umfang weitere Finanzierungsquellen von verheirateten Studentinnen mit Kind in Anspruch genommen werden, ist Bild 14.27 zu entnehmen.

Mit welchen Finanzierungsquellen verheiratete Väter ihren Lebensunterhalt bestreiten, ist ebenfalls Bild 14.27 zu entnehmen. Bemerkenswert sind sowohl der hohe Anteil der verheirateten Väter im Erststudium, der Einnahmen durch eigene Erwerbstätigkeit erzielt (75 %), als auch die Höhe des durchschnittlichen Verdienstes (1.040 €).

Der relativ hohe Betrag, der einem Drittel der verheirateten Väter durch die übrigen Finanzierungsquellen zur Verfügung steht, ist damit zu erklären, dass es sich hierbei vor allem um Studierende handelt, deren Ausbildung von der Bundeswehr finanziert wird.

Ergänzend ist anzumerken, dass knapp drei Viertel der BAföG-Empfängern/innen mit Kind, die sich im Sommersemester 2009 im Erststudium befinden

und außerhalb des Elternhauses wohnen, von dem im Jahre 2008 eingeführten Kinderbetreuungszuschuss profitierten. Der Unterschied zwischen verheirateten und unverheirateten Müttern und Vätern ist dabei marginal (75 % vs. 73 %).

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass ledige Studierende mit Kind im Vergleich mit den übrigen Studierenden die Finanzierung des Studiums seltener als sichergestellt ansehen:

- Ledige mit Kind 50%
- Ledige ohne Kind 63%
- Verheiratete mit Kind 63%
- Verheiratete ohne Kind 55%.

15. Studierende mit Migrationshintergrund

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick					
Studierende im Erststudium mit Migrationshintergrund, in %					
		2006	2009		
Anteil (Deutsche und Bildungsinländer/innen)		8	11		
	Migrationsstatus				
	Eingebürgerte	4	4		
	Elternteil mit ausländischer Staatsangehörigkeit	- ¹	3		
	doppelte Staatsangehörigkeit	1	1		
	Bildungsinländer/innen	3	3		
Studierende 2009 nach Migrationsstatus und sozialer Herkunft, in %					
	Herkunftsgruppe:	niedrig	mittel	gehoben	hoch
mit Migrationshintergrund		34	22	20	24
ohne Migrationshintergrund		13	27	24	37
	Migrationsstatus				
	Eingebürgerte	46	21	19	15
	Elternteil mit ausl. Staatsangehörigkeit	15	25	24	36
	doppelte Staatsangehörigkeit	17	22	21	40
	Bildungsinländer/innen	44	21	18	17
Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen 2009, Anteil je Finanzierungsquelle in %					
	Finanzierungsquelle:	Eltern	BAföG	Verdienst	Übrige
mit Migrationshintergrund		35	23	31	11
ohne Migrationshintergrund		49	14	25	12
	Migrationsstatus				
	Eingebürgerte	27	29	32	12
	Elternteil mit ausl. Staatsangehörigkeit	41	21	29	10
	doppelte Staatsangehörigkeit	53	13	27	7
	Bildungsinländer/innen	31	21	35	13
¹ nicht ermittelt					

Technische Hinweise

Definitionen

Studierende mit Migrationshintergrund

Im Rahmen der Bildungsberichterstattung (Bildung in Deutschland 2008, Autorengruppe Bildungsberichterstattung, S. VIII) werden Personen, die selbst oder deren Eltern oder Großeltern nach 1949 nach Deutschland zugewandert sind, ungeachtet ihrer gegenwärtigen Staatsangehörigkeit, als solche mit Migrationshintergrund definiert. Mit den Daten der Sozialerhebung kann ein erheblicher Teil der Studierenden mit Migrationshintergrund identifiziert werden. Dabei handelt es sich um die folgenden vier Gruppen:

- Eingebürgerte Studierende – also solche Studierende, die ihre ursprüngliche zugunsten der deutschen Staatsangehörigkeit aufgaben.
- Deutsche Studierende, bei denen zumindest ein Elternteil eine ausländische Staatsangehörigkeit hat.
- Studierende, die neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen.
- Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland die Hochschulzugangsberechtigung erworben haben – so genannte Bildungsinländer/innen.

Ausländische Studierende, die erst zum Zwecke des Studiums nach Deutschland gekommen sind – so genannte Bildungsausländer/innen, bleiben hier unberücksichtigt. Dazu zählen auch diejenigen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung durch Feststellungsprüfung am Studienkolleg oder durch Eignungsprüfung an einer hiesigen Hochschule erworben haben. Die Situation der Bildungsausländer/innen wird im Sonderbericht „Internationalisierung des Studiums“ dargestellt.

Datenquelle

19. Sozialerhebung

15.1 Begriffliche Abgrenzung und Herkunftsländer

Im Rahmen der 18. Sozialerhebung wurde erstmals die Situation der Studierenden mit Migrationshintergrund dargestellt. Die Basis für diese Untersuchung bildeten die so genannten Bildungsinländer/innen¹, also die Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die im deutschen Bildungssystem die Hochschulreife erworben haben. Hinzu kamen die deutschen Studierenden, die aufgrund der vorliegenden Angaben zur Staatsangehörigkeit und eines etwaigen Wechsels der Staatsangehörigkeit als solche mit Migrationshintergrund zu identifizieren waren. 2009 wurde ergänzend nach der Staatsangehörigkeit der Eltern gefragt, damit auch diejenigen deutschen Studierenden erkannt werden können, deren Migrationshintergrund sich von der Herkunft der Eltern ableitet.

Anhand der Daten der Sozialerhebung sind 2009 vier Gruppen von Studierenden mit Migrationshintergrund identifizierbar:

- Eingebürgerte Studierende, also solche, die ihre ursprüngliche zugunsten

der deutschen Staatsbürgerschaft aufgegeben haben.

- Deutsche Studierende mit mindestens einem Elternteil, der eine andere Staatsangehörigkeit besitzt.
- Studierende, die neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen und
- die so genannten Bildungsinländer/innen.

Entsprechend der obigen Definition haben von allen Studierenden (Deutsche und Bildungsinländer/innen) des Sommersemesters 2009 knapp 11 % einen Migrationshintergrund. Der weitaus größte Teil dieser Studierenden befindet sich im Erststudium (93 %).

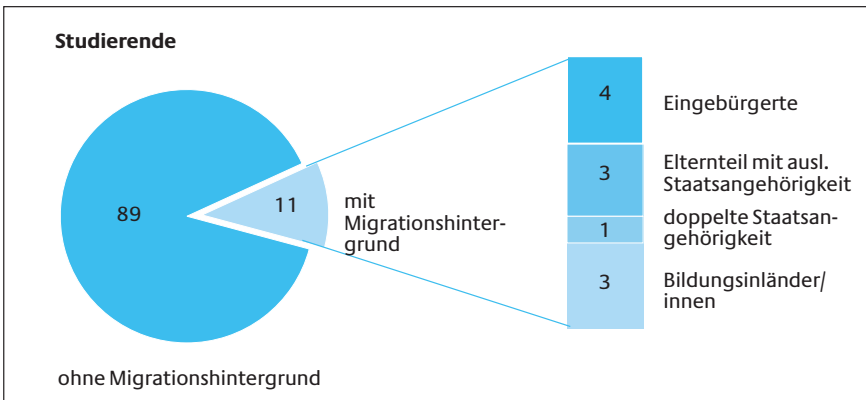
Im Folgenden wird auf der Basis der Studierenden im Erststudium herausgearbeitet, welche Unterschiede es zwischen den vier Gruppen mit Migrationshintergrund gibt und wodurch sich diese Studierenden von denen ohne Migrationshintergrund unterscheiden.

Der weit überwiegende Teil der Studierenden mit Migrationshintergrund besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit (Bild 15.1). Die Studierenden, die eingebürgert wurden (knapp 4 %, absolut rd. 56.000), waren vorher vor allem Staatsangehörige der Russischen Föderation (22 %), von Polen (19 %), der Türkei (16 %) und von Kasachstan (8 %). Die übrigen Eingebürgerten verteilen sich nach der

¹ Die so genannten Bildungsausländer/innen, also die ausländischen Studierenden, die erst zum Studium nach Deutschland kommen, bleiben dabei unberücksichtigt. Deren Situation ist Gegenstand des Sonderberichts „Internationalisierung des Studiums“ (geplante Veröffentlichung: Herbst 2010).

Bild 15.1 Studierende nach Migrationsstatus 2009

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

ursprünglichen Staatsangehörigkeit auf mehr als 50 weitere Staaten. Relativ selten sind unter den Eingebürgerten solche vertreten, die Angehörige eines Staates des afrikanischen oder amerikanischen Kontinents waren (3 % bzw. 1 %).

Von den deutschen Studierenden, die durch die andere Staatsangehörigkeit der Eltern zu den Studierenden mit Migrationshintergrund zählen (knapp 3 %, absolut rd. 46.000), haben relativ wenige Eltern, die beide keine deutschen Staatsangehörigen sind. Fast immer ist zumindest ein Elternteil im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit (97 %). Die Väter dieser deutschen Studierenden sind häufiger (auch) ausländische Staatsangehörige als die Mütter (58 % vs. 40 %). Ist der Vater

Ausländer, so handelt es sich vor allem um Italiener (8 %), Österreicher (8 %), Niederländer (4 %) oder US-Amerikaner (4 %). Die übrigen Väter verteilen sich nach der Staatsangehörigkeit auf mehr als 60 weitere Staaten. Die ausländischen Mütter deutscher Studierender stammen häufiger aus den Niederlanden, aus Österreich oder Polen (jeweils 4 %). Die übrigen Mütter stammen nach der Staatsangehörigkeit aus mehr als 40 weiteren Staaten.

Die zweite Staatsangehörigkeit der Studierenden, die neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen (gut 1 %, absolut rd. 17.000), ist vor allem die der USA (14 %), der Russischen Föderation (12 %), der von Polen (12 %), Italien (10 %), Frankreich (7 %) Öster-

reich (7%) und der Schweiz (6%).

Von den Bildungsinländern (gut 3%, absolut rd. 55.000) hat der weitaus größte Teil die türkische Staatsangehörigkeit (25%). Danach folgen solche mit russischer, italienischer und kroatischer Staatsangehörigkeit (jeweils rd. 7%) sowie Polen (6%) und Ukrainer (5%). Einschließlich derjenigen mit kroatischer Staatsangehörigkeit stammen 14% der Bildungsinländer/innen aus einem Nachfolgestaat des ehemaligen Jugoslawiens. Insgesamt setzt sich die Gruppe der Bildungsinländer/innen aus Staatsangehörigen von rd. 50 verschiedenen Staaten zusammen.

15.2 Demographische Merkmale

Bei einem Vergleich der Altersstruktur der Studierenden mit und ohne Migrationshintergrund wird deutlich (Bild 15.2), dass bei denen mit Migrationshintergrund der Anteil der jüngeren Studierenden (bis 25 Jahre) geringer ausfällt (67% vs. 75%), der Anteil der älteren hingegen entsprechend höher ist (33% vs. 25%). Vor allem unter den eingebürgerten Studierenden und denen mit doppelter Staatsangehörigkeit ist der Anteil der jüngsten Studierenden (bis 21 Jahre) vergleichsweise gering (14% bzw. 17%).

Der Anteil der Frauen unter den Studierenden mit Migrationshintergrund beträgt 48% und entspricht damit dem Anteil der Frauen unter den Studierenden

Bild 15.2 Studierende mit und ohne Migrationshintergrund nach dem Alter

Erststudium, in %

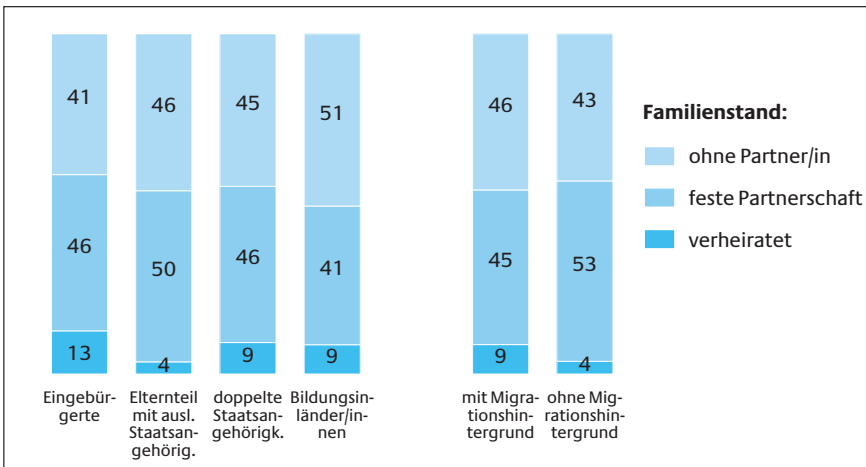
Altersgruppen	Migrationshintergrund	
	mit	ohne
bis 21 Jahre	21	23
22/23 Jahre	24	28
24/25 Jahre	21	24
26/27 Jahre	16	13
28/29 Jahre	9	6
30 Jahre und älter	9	6
insgesamt	100	100

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

ohne Migrationshintergrund. Differenziert betrachtet ist festzustellen, dass der Frauenanteil in der Gruppe der deutschen Studierenden mit zumindest einem ausländischen Elternteil, mit 52% überdurchschnittlich ist. In der Gruppe der Bildungsinländer/innen liegt er hingegen mit 44% unter dem Durchschnitt.

Auffällig ist, dass unter den Studierenden mit Migrationshintergrund der Anteil der verheirateten Studierenden mehr als doppelt so hoch ist wie unter denen ohne Migrationshintergrund (9% vs. 4%). Allerdings fällt der Verheiratetenanteil zwischen den vier Gruppen der Studierenden mit Migrationshintergrund sehr unterschiedlich aus (Bild 15.3).

Bild 15.3 Studierende nach Migrationsstatus und Familienstand
Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

15.3 Soziale Herkunft

Nach der sozialen Herkunft besteht zwischen Studierenden mit und ohne Migrationshintergrund ein erheblicher Unterschied (Bild 15.4). Studierende mit Migrationshintergrund gehören deutlich häufiger zur Herkunftsgruppe „niedrig“, weniger häufig zur Herkunftsgruppe „hoch“. Dies gilt insbesondere für die eingebürgerten Studierenden und die Bildungsländer/innen. Dagegen unterscheiden sich die deutschen Studierenden mit einem ausländischen Elternteil und die mit

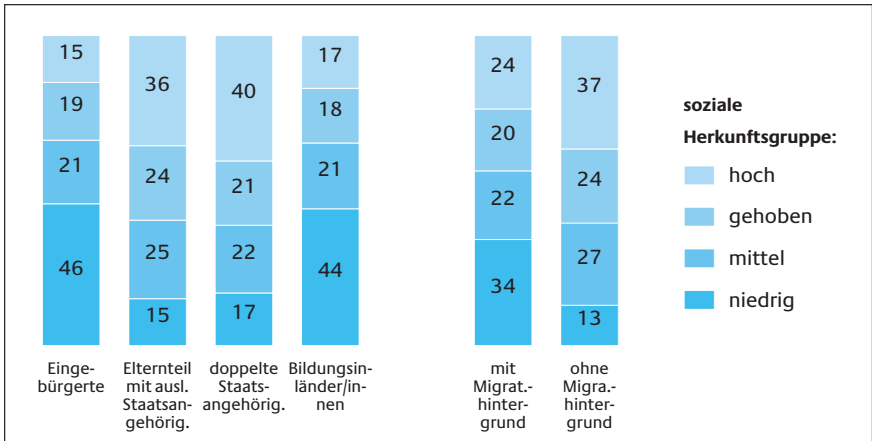
einer doppelten Staatsangehörigkeit deutlich weniger von der sozialen Herkunft der Studierenden ohne Migrationshintergrund.

Bezogen auf die soziale Herkunft sind die Unterschiede zwischen Migrantinnen und Migranten eher gering:

Herkunftsgruppe	Männer	Frauen
• niedrig	36 %	32 %
• mittel	21 %	23 %
• gehoben	20 %	20 %
• hoch	23 %	24 %

Bild 15.4 Studierende nach Migrationsstatus und sozialer Herkunft

Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

15.4 Bildungsbiographie, Fächerwahl und Studienverlauf

15.4.1 Hochschulzugang und berufliche Vorbildung

Studierende mit Migrationshintergrund erreichen im Gegensatz zu denen ohne den Zugang zur Hochschule weniger häufig mit einer allgemeinen Hochschulreife (77% vs. 83%). Dies betrifft vor allem Eingebürgerte und Bildungsinländer/innen, die häufiger über eine Fachhochschulreife oder eine fachgebundene Hochschulreife verfügen (Bild 15.5). Allerdings gilt dies nicht für die deutschen Stu-

dierenden aus einem Elternhaus, in dem mindestens ein Elternteil eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt. Unter diesen Studierenden sind am häufigsten solche zu finden, deren Zugangsberechtigung die allgemeine Hochschulreife ist.

Relativ gering ist der Unterschied zwischen den Studierenden mit und ohne Migrationshintergrund bezogen auf den Anteil, der bereits vor der Aufnahme des Studiums eine berufliche Ausbildung absolviert hat (22% vs. 24%). Sowohl im Universitäts- als auch im Fachhochschulbereich fällt dieser Anteil bei den Studierenden mit Migrationshintergrund geringer aus (Uni: 11% vs. 13%, FH: 43% vs. 47%). Im Übrigen sind Studierende mit Migrati-

Bild 15.5 Studierende nach der Art der Hochschulzugangsberechtigung in Abhängigkeit vom Migrationsstatus

Erststudium, in %

Hochschulzugangsberechtigung	Studierende mit Migrationshintergrund					Stud. ohne Migra.
	Eingebürgerte	Elternteil m. ausl. Staatsang.	doppelte Staatsang.	Bildungs-inländer/innen	insges.	
allgemeine Hochschulreife	72	88	82	73	77	83
Fachhochschulreife	21	10	9	21	17	13
fachgeb. Hochschulreife	6	2	7	4	4	3
andere HZB	1	0	2	2	1	1

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

onshintergrund etwas häufiger an Fachhochschulen eingeschrieben als solche ohne Migrationshintergrund (33 % vs. 31 %).

Studierende mit Migrationshintergrund sind vor allem an den Hochschulen in den alten Ländern zu finden (94 %). In den neuen Ländern, an deren Hochschulen 16 % aller Studierenden ohne Migrationshintergrund immatrikuliert sind, ist der Anteil der „Migranten“ mit 6 % deutlich unterrepräsentiert.

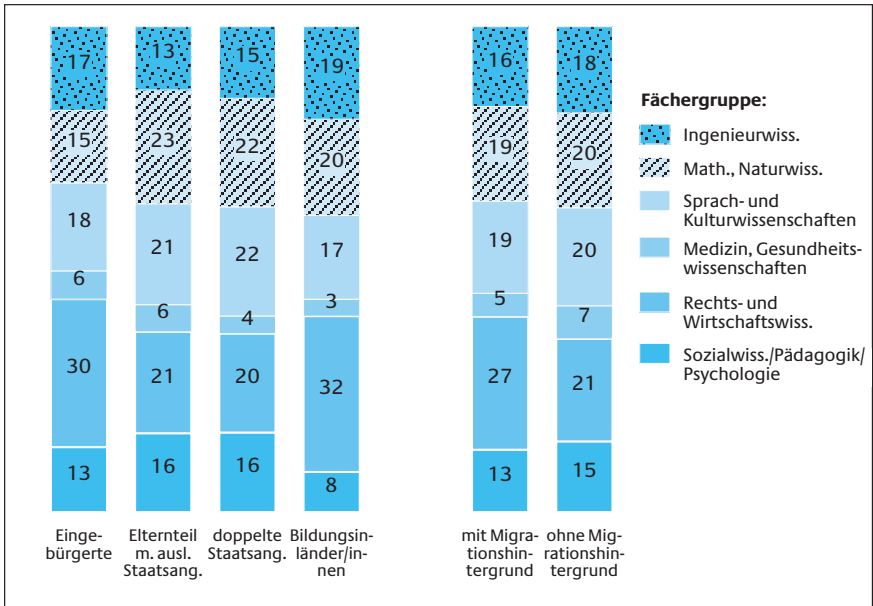
15.4.2 Studienmerkmale

Fächerstruktur

Auch bei der Wahl des Studienfachs gibt es Unterschiede zwischen Studierenden mit und ohne Migrationshintergrund.

„Migranten“ haben sich im Vergleich zu den übrigen Studierenden deutlich häufiger für einen Studiengang der Fächergruppe Rechts- und Wirtschaftswissenschaften entschieden (27 % vs. 21 %). In den Studiengängen der übrigen Fächergruppen sind sie jeweils leicht unterrepräsentiert (Bild 15.6).

Werden die Teilgruppen der Studierenden mit Migrationshintergrund betrachtet, sind bezüglich der Fächerwahl bemerkenswerte Unterschiede festzustellen (Bild 15.6). Vor allem Bildungsinländer/innen und Eingebürgerte haben sich für einen Studiengang der Fächergruppe Rechts- und Wirtschaftswissenschaften entschieden (32 % bzw. 30 %). Auch Ingenieurwissenschaften werden von den Studierenden dieser beiden Teilgruppen

Bild 15.6 Fächerstruktur nach dem Migrationsstatus der StudierendenStudierende im Erststudium, in %¹

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Rundungsdifferenzen möglich

häufiger studiert. Deutsche Studierende mit einem ausländischen Elternteil, aber auch die mit einer zweiten Staatsangehörigkeit, sind hingegen in den Sprach- und Kulturwissenschaften, den Naturwissenschaften und der Fächergruppe Sozialwissenschaften/Pädagogik/Psychologie häufiger vertreten.

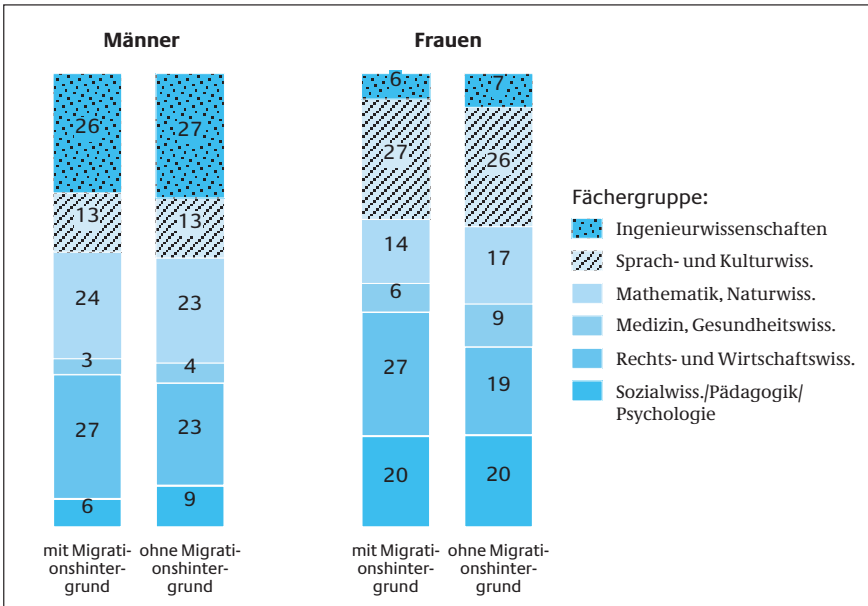
Generell gibt es bei der Fächerwahl geschlechtsspezifische Unterschiede. Wie Bild 15.7 zu entnehmen ist, gilt dies so-

wohl für Studierende mit als auch denen ohne Migrationshintergrund. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind dabei offensichtlich deutlich stärker als die Differenz aufgrund des Migrationshintergrundes.

Studierende mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich auch nach den Abschlüssen, die mit dem Studium angestrebt werden, nur geringfügig. „Migranten“ streben etwas häufiger den

Bild 15.7 Fächerstruktur – Studierende mit und ohne Migrationshintergrund nach Geschlecht

Studierende im Erststudium, in %¹



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Rundungsdifferenzen möglich

Bachelor an (48% vs. 44%), etwas weniger häufig hingegen das Diplom an einer Universität (18% vs. 20%) oder ein Staatsexamen (18% vs. 20%).

Studienverlaufsdaten

Unter den „Migranten“ ist der Anteil, welcher den Studiengang gewechselt hat, etwas höher als unter den Studierenden ohne Migrationshintergrund (21% vs.

19%). Vergleichsweise häufig kommt ein Studiengangwechsel bei den Studierenden mit doppelter Staatsangehörigkeit vor (24%), vergleichsweise selten hingegen bei den Bildungsinländern (19%).

Auch der Anteil, der im bisherigen Verlauf seines Erststudiums innerhalb Deutschlands die Hochschule gewechselt hat, fällt bei den „Migranten“ etwas höher aus (15% vs. 13%). Hier zeigen sich die

Studierenden aus Elternhäusern mit einem ausländischen Elternteil leicht überdurchschnittlich mobil (16 %).

Ein deutlicher Unterschied ist bezüglich der Quote der Studierenden festzustellen, die ihr Studium zwischendurch unterbrochen haben. Dies wurde von 14 % der „Migranten“ und 10 % der Studierenden ohne Migrationshintergrund eingeräumt. Eine Unterbrechung des Studiums wurde am häufigsten von Bildungsinländern angegeben (16 %). Bei der Begründung der Unterbrechung unterscheiden sich Unterbrecher mit oder ohne Migrationshintergrund nur wenig. Lediglich die Unterbrechung aufgrund finanzieller Probleme wird von „Migranten“ deutlich häufiger angegeben, als von den Unterbrechern ohne Migrationshintergrund (31 % vs. 17 %).

Hinsichtlich der Auslandsmobilität ist kein wesentlicher Unterschied zwischen Studierenden mit und ohne Migrationshintergrund festzustellen. Von den Studierenden im Erststudium hatten 2009 zumindest einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt bereits absolviert: 14 % der Studierenden mit und 15 % derjenigen ohne Migrationshintergrund.

15.5 Finanzielle Situation

Gemessen an der Höhe der monatlich im Durchschnitt zur Verfügung stehenden Einnahmen sind die Studierenden mit Migrationshintergrund finanziell etwas

besser ausgestattet als die ohne Migrationshintergrund (832 € vs. 810 €).

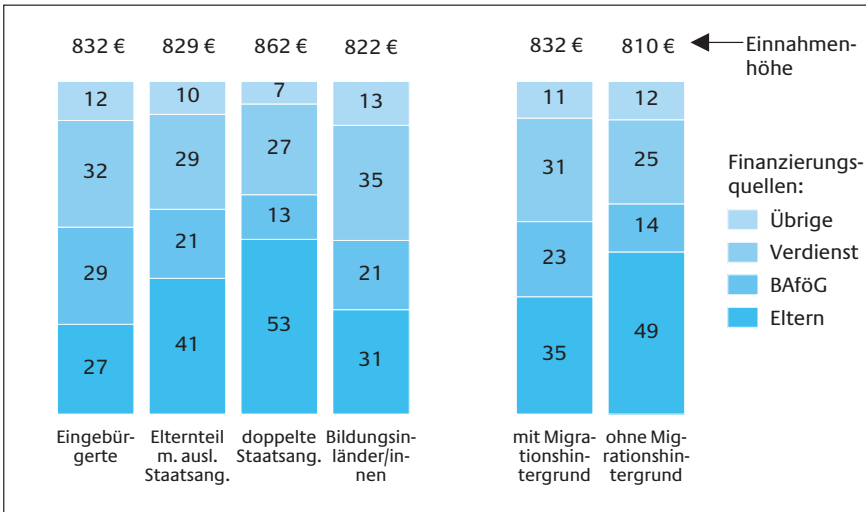
Unter den Studierenden mit Migrationshintergrund sind es die mit einer doppelten Staatsangehörigkeit, die über höhere monatliche Einnahmen verfügen (862 €) als der Durchschnitt (832 €), während Bildungsinländer/innen mit Einnahmen auskommen haben (822 €), deren Betrag eher unter dem Durchschnitt liegt (Bild 15.8).

Wesentlich deutlicher als die Höhe der monatlichen Einnahmen unterscheidet sich die Finanzierungsstruktur der Studierenden mit und ohne Migrationshintergrund (Bild 15.8, rechte Grafik). Bei denen mit Migrationshintergrund liegt der Beitrag der Eltern zu den monatlichen Einnahmen bei 35 %, während den Studierenden ohne Migrationshintergrund fast die Hälfte der Einnahmen (49 %) von den Eltern zur Verfügung gestellt wird. Demzufolge bestreiten Studierende mit Migrationshintergrund im Vergleich zu denen ohne einen wesentlich höheren Anteil ihres Einnahmenbudgets durch die BAföG-Förderung (23 % vs. 14 %) und durch eigenen Verdienst (31 % vs. 25 %).

Zwischen den vier Migranten-Gruppen sind die Unterschiede hinsichtlich der Finanzierungsstruktur beträchtlich (Bild 15.8, linke Grafik). Während bei den Studierenden mit einer doppelten Staatsangehörigkeit 53 % der monatlichen Ein-

Bild 15.8 Studierende nach Migrationshintergrund – Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach Finanzierungsquellen

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Anteil je Finanzierungsquelle, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

nahmen durch die Eltern bereitgestellt werden, halbiert sich dieser Anteil bei den Eingebürgerten nahezu (27%). Dafür ist bei den eingebürgerten Studierenden der Beitrag des BAföG an den monatlichen Einnahmen deutlich höher als bei den übrigen Migranten-Gruppen, insbesondere im Vergleich zu denen mit doppelter Staatsangehörigkeit. Auffällig ist außerdem, dass die Selbstfinanzierungsquote durch eigenen Verdienst bei allen Migranten-Gruppen höher ausfällt als bei den Studierenden ohne Migrationshintergrund.

Die dargestellten Unterschiede bei der Finanzierungsstruktur ergeben sich dadurch, dass die Studierenden der vier Migranten-Gruppen durch die verschiedenen Finanzierungsquellen in unterschiedlichem Umfang unterstützt werden (Bild 15.9). Danach werden die deutschen Studierenden mit einer weiteren Staatsangehörigkeit und auch die mit einem ausländischen Elternteil weit häufiger von den Eltern finanziell unterstützt (85% bzw. 82%) als die eingebürgerten Studierenden oder die Bildungsinländer/innen (jeweils 71%). Insgesamt gesehen

Bild 15.9 Studierende in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund – Inanspruchnahme der hauptsächlichen Finanzierungsquellen
Bezugsgruppe „Normalstudent“

Finanzierungsquelle	Studierende mit Migrationshintergrund					insges.	Stud. ohne Migra.
	Eingebürgerte	Elternteil m. ausl. Staatsang.	doppelte Staatsang.	Bildungs-inländer/innen			
Eltern	Stud. in %	71	82	85	71	76	88
	Betrag in €	316	414	533	363	387	450
BAföG	Stud. in %	49	34	25	33	37	28
	Betrag in €	498	506	467	520	503	420
Verdienst	Stud. in %	71	69	68	67	69	65
	Betrag in €	377	343	344	421	375	317
Übrige	Stud. in %	32	42	28	37	36	47
	Betrag in €	304	196	210	291	254	199

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

wird von den „Migranten“ ein deutlich geringerer Teil von den Eltern finanziell unterstützt als von denen ohne Migrationshintergrund (76 % vs. 88 %). Außerdem fällt der Betrag, der von den Eltern durchschnittlich bereitgestellt wird, bei den „Migranten“ deutlich geringer aus (387 € vs. 450 €).

Die eingebürgerten Studierenden sind am deutlichsten auf die BAföG-Förderung angewiesen. Mit 49 % ist die BAföG-Quote in dieser Gruppe beträchtlich höher als in den übrigen Migranten-

Gruppen (Bild 15.9). Bei den Studierenden mit doppelter Staatsangehörigkeit fällt die BAföG-Quote etwa halb so hoch aus (25 %) und ist sogar geringer als bei den Studierenden ohne Migrationshintergrund. Es ist zu beachten, dass die hier ausgewiesenen BAföG-Quoten sich auf die Teilgruppe „Normalstudent“ beziehen.

Schließlich ist noch anzumerken, dass Migranten häufiger als Studierende ohne Migrationshintergrund zur Bestreitung des Lebensunterhalts eigenen Verdienst

einsetzen (69 % vs. 65 %) und dann einen im Durchschnitt höheren Betrag (375 € vs. 317 €).

BAföG-Quote

Wird nicht nur bezogen auf die Bezugsgruppe „Normalstudent“, sondern bezogen auf alle Studierenden im Erststudium die BAföG-Quote berechnet, ergibt sich ein Gefördertenanteil von 32 % unter denen mit und 23 % unter denen ohne Migrationshintergrund. Differenziert nach den einzelnen Teilgruppen der Studierenden mit Migrationshintergrund sind beträchtliche Unterschiede beim Anteil der

Geförderten festzustellen:

- Eingebürgerte 40 %
- Elternteil mit ausl. Staatsangehörigkeit 27 %
- doppelte Staatsangeh. 24 %
- Bildungsinländer/innen 30 %

15.6 Erwerbstätigkeit

Während der Vorlesungszeit im Sommersemester 2009 ist der weitaus größte Teil der Studierenden mit Migrationshintergrund neben dem Studium – zumindest zeitweise – einer Tätigkeit zum Geldverdienen nachgegangen. Mit 68 % liegt die

Bild 15.10 Erwerbstätigkeit der Studierenden mit Migrationshintergrund

Studierende im Erststudium, in %

Erwerbstätig in der Vorlesungszeit	mit Migrationshintergrund				insgesamt	ohne Migrationshintergrund
	eingebürgert	Elternteil m. ausl. Staatsang.	doppelte Staatsangehörigk.	Bildungsinländer/innen		
nein, nicht erforderlich	6	6	13	10	8	10
nein, wegen Studienbelastung nicht möglich	22	21	19	19	20	21
nein, ohne Erfolg Tätigkeit/Job gesucht	3	4	3	6	4	3
ja, gelegentlich	15	22	15	14	17	18
ja, häufig	10	10	10	10	10	10
ja, laufend	44	37	40	41	41	37
insgesamt ¹	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätigenquote¹	69	69	65	66	68	65

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Rundungsdifferenzen möglich

Erwerbstätigenquote der „Migranten“ um drei Prozentpunkte höher als die der Studierenden ohne Migrationshintergrund. Zwischen den Migranten-Gruppen bestehen dabei keine gravierenden Unterschiede (Bild 15.10).

der wohnen außerdem häufiger als die übrigen „Migranten“ in einem Wohnheim (15%).

15.7 Wohnformen

Im Wesentlichen unterscheiden sich Studierende mit und ohne Migrationshintergrund bei den von ihnen genutzten Wohnformen dadurch, dass „Migranten“ häufiger im Elternhaus wohnen und weniger häufig in einer Wohngemeinschaft (Bild 15.11).

Bei den Bildungsinländern fällt dieser Unterschied noch weit deutlicher aus – 38 % wohnen im Elternhaus und 14 % in einer Wohngemeinschaft. Bildungsinlän-

Bild 15.11 Migrationshintergrund und Wohnform

Studierende im Erststudium, in %

Wohnform	Migrationshintergrund	
	mit	ohne
Eltern	31	24
Wohnheim	13	13
Untermiete	1	1
Wohngemeinschaft	21	27
Wohnung allein	14	17
Wohnung mit Partner/in	20	18

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

A. Befragungsunterlagen und Randauszählung



Berlin, im Mai 2009

*Liebe Studentin,
lieber Student,*

wir bitten Sie herzlich, sich an der 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zu beteiligen. Sie ist die wichtigste Befragung unter Studierenden in Deutschland und hat das **Ziel, die soziale und wirtschaftliche Situation zu verbessern, Probleme zu erkennen und Hilfen anzubieten.**

Sie erhalten diesen Fragebogen, weil Ihre Adresse von Ihrer Hochschule nach dem Zufallsprinzip aus der Studierendenliste ausgewählt wurde.

Die Ergebnisse der Sozialerhebungen sind eine wichtige Informationsgrundlage für Politik, Hochschulen und Studentenwerke, z. B. bei der Reform der Studienfinanzierung oder beim Ausbau der Service- und Beratungsangebote für Studierende. Nur auf der Grundlage verlässlicher Informationen haben Bemühungen zur Verbesserung der Studiensituation Aussicht auf Erfolg.

Durch Ihre Mitwirkung an dieser Befragung können Sie einen entscheidenden Teil dazu beitragen. Selbstverständlich ist Ihre Teilnahme freiwillig. Ihre Angaben werden vertraulich behandelt. Die Einhaltung der gesetzlichen Datenschutzregelungen ist dabei selbstverständlich.

Wie Sie aus eigener Erfahrung wissen, sind Studierende eine sehr heterogene Gruppe mit ganz unterschiedlichen Biografien, Lebenssituationen und Interessen. Diese Vielfalt soll sich in den Antworten widerspiegeln. Wenn Sie dennoch den Eindruck haben, dass eine Frage nicht zu Ihrer Situation passt, gehen Sie einfach zur nächsten über.

Wenn Sie mehr über die Erhebung wissen möchten, so finden Sie im beiliegenden Flyer weitere Informationen ebenso wie auf unserer Website www.sozialerhebung.de. Dort können Sie auch Ihre Fragen an uns richten.

Den ausgefüllten Fragebogen senden Sie bitte anonym, d. h. ohne Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift, **bis zum 30. Juni 2009** im beigefügten **Freiumschlag** an das mit der Analyse beauftragte Forschungsinstitut HIS Hochschul-Informations-System.

Vielen Dank für Ihr Engagement!

Mit freundlichen Grüßen,

Achim Meyer auf der Heyde
Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks



„Durchschnittsstudent“
Irina Schweigert


Wirtschaftliche und soziale Situation der Studierenden im Jahr 2009

Wie leben Studierende heute?

Studienerfolg

Was lässt sich verbessern?

Bitte beantworten Sie nach Möglichkeit jede Frage. In der Regel geben Sie Ihre Antworten durch Ankreuzen oder Eintragen einer Zahl (entsprechend dem Antwortsymbol unter der jeweiligen Fragenummer).

01. bedeutet: Sie kreuzen die zutreffende Antwort an, z. B. Präsenzstudium 

06. bedeutet: Sie tragen die zutreffende Zahl (rechtsbündig) ein, z. B. Anzahl Fachsemester

40. bedeutet: Sie kreuzen den nach Ihrem Urteil zutreffenden Skalenwert an sehr unzufrieden \longleftrightarrow sehr zufrieden

Dabei können Sie Ihr Urteil abstufen, zum Beispiel zwischen „sehr unzufrieden“ (Kreuz im Kästchen ganz links) und „sehr zufrieden“ (Kreuz im Kästchen ganz rechts).

>> weiter mit Frage **5** bedeutet: Die nächsten Fragen bis zur angegebenen Fragenummer können Sie überspringen

LISTE DER STUDIENBEREICHE/STUDIENFÄCHER

- wird zur Beantwortung der Frage 2 und ggf. der Frage 4 benötigt

Sollte Ihr Studienfach keinem der aufgeführten Studienbereiche zuzuordnen sein, dann geben Sie bitte bei Frage 2 die genaue Bezeichnung Ihres Hauptstudienfachs an.

Sprach- und Kulturwissenschaften

- 11 Evangelische Theologie, – Religionslehre
- 12 Katholische Theologie, – Religionslehre
- 13 Philosophie, Ethik, Religionswissenschaft
- 14 Geschichte
- 15 Archäologie
- 16 Medienkunde, Kommunikationswissenschaft, Journalistik, Publizistik, Bibliothekswissenschaft, Dokumentationswissenschaft
- 17 Allgemeine und vergleichende Literatur- und Sprachwissenschaft
- 18 Latein, Griechisch, Byzantinistik
- 19 Germanistik, Deutsch
- 20 Anglistik, Englisch, Amerikanistik
- 21 Romanistik, Französisch, Italienisch, Portugiesisch, Spanisch
- 22 Slawistik, Baltistik, Finno-Ugristik, andere slawische Sprache
- 23 Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften
- 24 Völkerkunde, Ethnologie, Volkskunde
- 25 Sonstige Fächer der Sprach- und Kulturwissenschaften

26 Psychologie

27 Erziehungswissenschaften, Pädagogik

28 Sonderpädagogik, Behindertenpädagogik

29 Sportwissenschaft, Sportpädagogik

30 Rechtswissenschaft, Jura

34 Wirtschaftsingenieurwesen

Wirtschaftswissenschaften

- 31 Betriebswirtschaftslehre
- 32 Volkswirtschaftslehre
- 33 Wirtschaftswissenschaften
- 35 Sonstige Fächer der Wirtschaftswissenschaften

Sozialwissenschaften

- 36 Politikwissenschaft, Politologie
- 37 Sozialwissenschaft, Soziologie, Sozialkunde
- 38 Sozialwesen, Sozialpädagogik
- 39 Sonstige Fächer der Sozialwissenschaften

Mathematik, Naturwissenschaften

- 40 Mathematik, Statistik
- 41 Informatik
- 42 Physik, Astronomie
- 43 Chemie, Biochemie, Lebensmittelchemie
- 44 Pharmazie
- 45 Biologie
- 46 Geologie, Geowissenschaften
- 47 Geographie, Erdkunde
- 48 Sonstige Fächer der Naturwissenschaften

Medizin/Gesundheitswissenschaften

- 49 Gesundheitswissenschaft/-management/-pädagogik
- Nichtärztliche Heilberufe, Pflegewissenschaft
- 50 Humanmedizin
- 51 Zahnmedizin
- 52 Veterinärmedizin

Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaft

- 53 Agrarwissenschaften, Gartenbau, Lebensmittel- und Getränketechnologie
- 54 Landespflege, Landschaftsgestaltung, Umweltgestaltung, Naturschutz
- 55 Forstwissenschaft, Holzwirtschaft
- 56 Ernährungs- und Haushaltswissenschaften
- 57 Sonstige Fächer der Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften

Ingenieurwissenschaften

- 58 Bergbau, Hüttenwesen
- 59 Maschinenbau, Verfahrenstechnik (einschl. Produktions-, Fertigungs-, Versorgungstechnik, Physikalische Technik, Chemie-Ingenieurwesen u. a.)
- 60 Elektrotechnik, Elektronik, Nachrichtentechnik
- 61 Verkehrstechnik, Verkehrsingenieurwesen, Nautik, Schiffsbau, Schiffstechnik
- 62 Architektur, Innenarchitektur
- 63 Raumplanung, Umweltschutz
- 64 Bauingenieurwesen, Ingenieurbau
- 65 Vermessungswesen, Kartographie
- 66 Sonstige Fächer der Ingenieurwissenschaften

Kunst, Musik

- 67 Kunstwissenschaft, –geschichte, –erziehung
- 68 Bildende Kunst, Gestaltung, Graphik, Design, Neue Medien
- 69 Darstellende Kunst, Film, Fernsehen, Schauspiel, Theaterwissenschaft
- 70 Musik, Musikwissenschaft, Musikerziehung
- 71 Sonstige Fächer der Kunst und Musik



01. Ist Ihr derzeitiges Studium ein Präsenzstudium, ein Fernstudium oder ein Duales Studium?

X

Bei einem Präsenzstudium wird während des Semesters die ständige Anwesenheit an der Hochschule erwartet. Als Duales Studium wird bezeichnet, falls neben dem Studium in einem Unternehmen eine berufliche Ausbildung oder Praxisphasen absolviert werden.

Präsenzstudium

Fernstudium

Duales Studium

02. Welches Hauptfach bzw. welche Fächer studieren Sie im Sommersemester 2009?

8

Bitte tragen Sie hier die Nummer des zutreffenden bzw. weitestgehend zutreffenden Studienbereichs/Studienfachs aus der links abgedruckten Liste der Studienbereiche/Studienfächer ein.

1. Fach

ggf. 2. Fach

ggf. 3. Fach

03. Welchen Abschluss streben Sie in Ihrem derzeitigen Studiengang an?

X

Bitte nur den Abschluss ankreuzen, den Sie zunächst erwerben wollen.

Sollten Sie bereits ein Studium erfolgreich abgeschlossen haben, geben Sie bitte an, welchen Abschluss Sie dabei erworben haben.

	angestrebter Abschluss	erworbener Abschluss
Bachelor (nicht Lehramt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bachelor mit dem Ziel Lehramt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Master (nicht Lehramt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Master mit dem Ziel Lehramt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fachhochschuldiplom	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Diplom einer Universität/Kunsthochschule o. ä.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Magister	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Staatsexamen (ohne Lehramt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Staatsexamen für ein Lehramt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kirchliche Prüfung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Promotion	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
anderer Abschluss (einschließlich Abschluss im Ausland)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
keinen Abschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

04. Haben Sie seit Ihrer Erstimmatrikulation das Hauptstudienfach oder den angestrebten Abschluss gewechselt? (Als Studiengangwechsel gilt nicht die Aufnahme eines weiteren Studiums nach erfolgreichem Abschluss eines ersten Studiums!)

X

nein

ja, Fach und Abschluss

ja, nur das Fach

ja, nur den Abschluss

>> weiter mit Frage 5

Falls Sie das Hauptstudienfach und/oder den Abschluss gewechselt haben:
In welchem Fach waren Sie bei der Erstimmatrikulation eingeschrieben und welchen Abschluss strebten Sie damals an?

9

Hauptstudienfach bei der Erstimmatrikulation
 (Nummer aus der Liste der Studienfächer entnehmen und eintragen)

TEXT

angestrebter Abschluss bei der Erstimmatrikulation (bitte Bezeichnung eintragen):

ZAHLE

Wie viele Semester waren Sie in dem ursprünglich gewählten Studiengang eingeschrieben?



05. Sind Sie derzeit in einem Masterstudiengang eingeschrieben?

nein ja >> weiter mit Frage 6

Welcher Art ist der Masterstudiengang?

Der Masterstudiengang baut auf dem vorangegangenen Studiengang ...

- inhaltlich auf
- nicht inhaltlich auf und zur Zulassung ...
 - war allein mein erster Abschluss notwendig
 - waren zusätzlich zu meinem ersten Abschluss qualifizierte berufspraktische Erfahrungen notwendig

Wie viele Monate nach Erwerb des ersten Abschlusses haben Sie mit dem Masterstudium begonnen? Monate

Waren Sie in dem Zeitraum zwischen dem Erwerb des ersten Studienabschlusses und dem Beginn des Masterstudiums erwerbstätig?

nein ja, der erste Abschluss war Voraussetzung für die ausgeübte Tätigkeit ja, für die ausgeübte Tätigkeit war allerdings kein Hochschulabschluss notwendig >> weiter mit Frage 7

06. Haben Sie die Absicht, nach dem derzeit angestrebten Abschluss einen Masterstudiengang zu absolvieren?

- nein ja, direkt nach Erwerb des Bachelor bzw. nach meinem ersten Abschluss ja, aber erst, wenn ich Berufserfahrungen gesammelt habe weiß ich noch nicht

07. Seit wie vielen Semestern (einschl. Sommersemester 2009) sind Sie im derzeitigen Studiengang eingeschrieben? Anzahl Fachsemester

08. Wie viele Semester (einschl. Sommersemester 2009) sind Sie bisher insgesamt an Hochschulen eingeschrieben? (Semester im derzeitigen Studiengang plus ggf. in einem anderen Studiengang absolvierte Semester sowie Urlaubssemester, Praxissemester und Semester an ausländischen Hochschulen) Anzahl Hochschulsemester

09. An welcher Hochschule sind Sie im Sommersemester 2009 immatrikuliert?

Sollten Sie an einer Hochschule eingeschrieben sein, die in verschiedenen Städten Standorte/Abteilungen hat, geben Sie bitte den für Sie zutreffenden Standort bzw. die Abteilung an (z. B.: Name: Fachhochschule Aachen, Abteilung in: Jülich).

Name der Hochschule, einschließlich Ortsangabe: _____
ggf. Standort/Abteilung in: _____

10. Haben Sie Ihr Studium zwischendurch (offiziell oder inoffiziell) unterbrochen?

nein ja >> weiter mit Frage 11

- Aus welchem Grund haben Sie Ihr Studium unterbrochen?** mehrere Nennungen möglich
- Wehr- oder Zivildienst
 - Schwangerschaft/Kindererziehung
 - andere familiäre Gründe
 - gesundheitliche Probleme
 - finanzielle Probleme
 - Erwerbstätigkeit
 - Zweifel am Sinn des Studiums
 - um andere Erfahrungen zu sammeln
 - sonstiger Grund

Wie lange haben Sie Ihr Studium unterbrochen? Unterbrechung in Semestern



11. Haben Sie während Ihrer Studienzeit innerhalb Deutschlands die Hochschule gewechselt?

X

- nein
- ja, einmal
- ja, mehrmals

>> weiter mit Frage 12

TEXT

An welcher Hochschule waren Sie vor Ihrem (letzten) Wechsel?

Name der Hochschule, einschließlich Ortsangabe: _____

X

SKALA

Welche Rolle spielten die folgenden Gründe für die Wahl Ihrer gegenwärtigen Hochschule?

	überhaupt keine Rolle		← →		eine sehr große Rolle	
bessere Studienbedingungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Studienangebot entspricht eher meinen Erwartungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ruf der Hochschule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wechsel des Studiengangs	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
keine/geringere Studiengebühren/-beiträge	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geringere Lebenshaltungskosten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
attraktivere Stadt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
persönliche Gründe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Welche der drei folgenden Aussagen trifft am ehesten auf Ihre derzeitige Studien- und Lebenssituation zu?

X

- Studium und Hochschule bilden den Mittelpunkt, auf den fast alle meine Interessen und Aktivitäten ausgerichtet sind.
- Studium und Hochschule sind mir gleich wichtig wie andere Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule.
- Studium und Hochschule stehen eher im Hintergrund, weil meine Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule vorrangig sind.

ZEITAUFWAND FÜR STUDIUM UND GELD VERDIENEN



13. Wie viele Stunden haben Sie im Sommersemester 2009 während der letzten für Sie typischen Semesterwoche täglich für folgende Aktivitäten aufgewandt?

ZAHLE

Angaben für jeden Wochentag in **Stunden**.

Lehrveranstaltungen

Vorlesungen, Seminare, Praktika usw.

Sonstiger studienbezogener Aufwand

Vor- und Nachbereitung, Fachlektüre, Studien-, Haus- und Abschlussarbeiten, Bücher ausleihen, Sprechstunden usw.

Tätigkeiten gegen Bezahlung

Job, freiberufliche oder selbständige Tätigkeit

Zeitaufwand in einer „typischen“ Woche
Bitte auf volle Stunden runden!

	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
Lehrveranstaltungen							
Sonstiger studienbezogener Aufwand							
Tätigkeiten gegen Bezahlung							

14. Wie beurteilen Sie Ihre zeitliche Belastung durch das Studium?

X

SKALA

- während der Vorlesungszeit (Semester)
- während der vorlesungsfreien Zeit (Semesterferien)

ANGABEN ZUR VORBILDUNG



15. Welche Studienberechtigung hatten Sie bei der Erstimmatrikulation?

X

- allgemeine Hochschulreife
- fachgebundene Hochschulreife
- Fachhochschulreife
- andere Studienberechtigung
- und zwar (Kurzbeschreibung): _____



16. In welchem Bundesland haben Sie Ihre Studienberechtigung erworben?
(Sollten Sie diese im Ausland erworben haben, geben Sie bitte den Staat an) _____

bitte (Bundes-)Land eintragen

17. Wie viele Monate lagen bei Ihnen zwischen dem Erwerb der Studienberechtigung und der Erstimmatrikulation? _____

Monate – ggf. runden

18. Hatten Sie vor der Erstimmatrikulation bereits eine Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen?

nein
ja

>> weiter mit Frage 19

Falls ja: Wann haben Sie diese Berufsausbildung abgeschlossen?

vor Erwerb der Hochschulreife
nach Erwerb der Hochschulreife
gleichzeitig mit dem Erwerb der Hochschulreife

FINANZIELLE SITUATION IM SOMMERSEMESTER 2009



19. Wie viel Geld steht Ihnen durchschnittlich im Monat während des Sommersemesters 2009 zur Verfügung? Geben Sie bitte für jede zutreffende Finanzierungsquelle den Betrag an.

Sollten Sie Ihren Lebensunterhalt auch mit unregelmäßigen Einnahmen (z. B. Verdienst aus Ferienarbeit) oder durch früher erworbenes Geld (Ersparnisse, Vermögen) bestreiten, geben Sie bitte nur den Betrag an, den Sie davon monatlich im Durchschnitt einsetzen.

€ pro Monat

von den Eltern _____
(bar auf die Hand/per Überweisung auf Ihr Konto)

vom Partner/von der Partnerin _____
(bar auf die Hand/per Überweisung auf Ihr Konto)

von anderen Verwandten, Bekannten _____
(bar auf die Hand/per Überweisung auf Ihr Konto)

Ausbildungsförderung nach dem BAföG – aktueller Förderungsbetrag _____
(gleichgültig ob als Zuschuss, unverzinsliches Staatsdarlehen oder als verzinsliches Bankdarlehen gewährt)

Bildungskredit _____
(beantragt beim Bundesverwaltungsamt, ausgezahlt durch die KfW Bankengruppe)

Studienkredit von der KfW Bankengruppe _____

Kredit zur Studienfinanzierung von einer anderen Bank/Sparkasse _____

eigener Verdienst aus Tätigkeiten während der Vorlesungszeit und/oder der vorlesungsfreien Zeit (Bitte den Betrag eintragen, den Sie davon mtl. im Durchschnitt einsetzen.) _____

eigene Mittel, die vor dem Studium erworben/angespart wurden _____
(Bitte den Betrag eintragen, den Sie davon monatlich im Durchschnitt einsetzen.)

Waisengeld oder Waisenrente _____

Stipendium _____

andere Finanzierungsquelle _____
und zwar: _____

(bitte andere Finanzierungsquelle eintragen)

Bitte berücksichtigen Sie hier nicht das, was Ihre Eltern bzw. Ihr Partner/ Ihre Partnerin für Sie direkt an Dritte zahlen (z. B. Überweisung der Miete an Ihren Vermieter). Solche Leistungen geben Sie bitte bei Frage 20 an.

Sollten Sie einen Kredit zur Finanzierung der Studiengebühren in Anspruch nehmen, geben Sie dies bei Frage 21 an.

Falls Sie ein Stipendium bekommen: Wer ist der Stipendiengeber? _____

(bitte vollständigen Namen des Stipendiengebers eintragen)

20.
ZAHL

Wie hoch sind die Ausgaben für die nachfolgend aufgeführten Positionen Ihrer Lebenshaltung? Was bezahlen Sie davon selbst? Was bezahlen ggf. die Eltern bzw. Ihr Partner/Ihre Partnerin? **A u s n a h m e**: Sollten Sie bei Ihren Eltern wohnen, geben Sie lediglich an, was Sie selbst für die jeweilige Position ausgeben.

ich bezahle dafür selbst:

zusätzlich zu dem in Frage 19 genannten Betrag, bezahlen meine Eltern, mein Partner/meine Partnerin für mich – ggf. schätzen:

	€ pro Monat	€ pro Monat
Miete einschließlich Nebenkosten für Strom, Heizung, Wasser, Müllabfuhr usw. (falls z. B. der Partner/die Partnerin die gesamte Miete bezahlt, geben Sie nur den Anteil an, den er/sie zu Ihren Gunsten übernimmt)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Ernährung (Lebensmittel und Getränke einschl. Mahlzeiten in der Mensa, im Restaurant u. ä.; nicht vergessen: Ausgaben Ihrer Eltern, wenn Sie diese z. B. am Wochenende besuchen)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Kleidung (nicht vergessen: Kleidungsgegenstände z. B. der Eltern – bitte ggf. umrechnen auf den Durchschnittswert pro Monat)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Lernmittel (Fachliteratur, Schreibwaren, Kopien, Chemikalien, Druckerpatronen usw.; aber nicht : Anschaffungskosten für einen Computer, ein Instrument o. ä.)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
laufende Ausgaben für ein Auto (Versicherungsbeiträge, Kfz-Steuer und Ausgaben für Kraftstoff/Öl usw. – ggf. umrechnen auf den Durchschnittsbetrag pro Monat)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel (für Fahrten zur Hochschule, zu den Eltern, zu Freunden usw. – ggf. Beitrag für ein Semesterticket umlegen auf den Durchschnittsbetrag pro Monat)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
eigene Krankenversicherung (ggf. einschl. Beitrag zur Pflegeversicherung) sowie Arztkosten und Medikamente (soweit sie nicht von der Versicherung getragen werden)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Telefon- und Internetkosten, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Porto	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Freizeit, Kultur und Sport	<input type="text"/>	<input type="text"/>

21.
X

Werden an Ihrer Hochschule neben dem obligatorischen Semesterbeitrag (bspw. für Verwaltungsgebühren, Studentenwerksbeitrag, Studierendenschaft, Semesterticket) auch allgemeine Studiengebühren erhoben?

nein >> weiter mit Frage 22
ja

Falls ja: Mussten Sie für das Sommersemester 2009 Studiengebühren bezahlen?

X
TEXT

nein, ich bin von der Gebührenpflicht befreit
und zwar aus folgendem Grund: _____ >> weiter mit Frage 22

ZAHL

ja, ich habe Gebühren gezahlt und zwar in Höhe von € pro Semester

X

Wie haben Sie die Studiengebühren für das Sommersemester 2009 finanziert?

max. zwei Nennungen

- mit Mitteln von den Eltern
- durch eigenen Verdienst
- durch Aufnahme eines Kredits, der speziell zur Finanzierung von Studiengebühren angeboten wird
- mit eigenen Ersparnissen/eigenem Vermögen
- mit Mitteln aus einer anderen Quelle
- und zwar (bitte Quelle eintragen): _____

22. Inwieweit treffen die nachfolgenden Aussagen auf Ihre finanzielle Situation zu?

 X
 SKALA

(Aussagen, die für Ihre Situation unpassend sind, bitte durch Ankreuzen im vorgesehenen Feld kennzeichnen.)

	passt nicht	trifft gar nicht zu	←	→	trifft völlig zu
meine Eltern unterstützen mich finanziell so gut sie können	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ich habe den Eindruck, meine Eltern finanziell zu überfordern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ich will finanziell nicht auf meine Eltern angewiesen sein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
es macht mir nichts aus, neben dem Studium Geld verdienen zu müssen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
durch das Jobben wird sich meine Studienzeit verlängern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ohne BAföG-Förderung könnte ich nicht studieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
meine BAföG-Förderung ist angemessen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
meine BAföG-Förderung gibt mir eine sichere Planungsperspektive	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

ANGABEN ZUM BAföG


23. Werden Sie im Sommersemester 2009 nach dem BAföG gefördert?

X

nein

Antrag ist noch nicht entschieden

ja

>> weiter mit Frage 24

>> weiter mit Frage 26

Falls ja:

X

Wird das BAföG unabhängig vom Einkommen Ihrer Eltern gewährt?

nein

ja

X

In welcher Form erhalten Sie BAföG?

als Zuschuss und Darlehen (jeweils zur Hälfte)

als Zuschuss (infolge einer Behinderung, Schwangerschaft, Pflege/Erziehung eines Kindes)

als verzinsliches Darlehen (z. B. als Hilfe zum Studienabschluss, für eine weitere Ausbildung)

X

Ist in Ihrem Förderungsbetrag ein Zuschlag enthalten für ...

	nein	ja
höheren Wohnbedarf (bei Mietkosten von mehr als 146 € pro Monat)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ihre Kranken- und Pflegeversicherung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Betreuung Ihres Kindes/Ihrer Kinder	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

>> weiter mit Frage 26

24. Nur Studierende, die im Sommersemester 2009 kein BAföG erhalten:

X

Haben Sie während Ihres Studiums schon einmal einen Antrag auf BAföG gestellt?

nein

ja, ich habe einmal einen Antrag gestellt, der wurde aber abgelehnt

ja, in früheren Semestern wurde ich auch gefördert, ein Antrag auf Weiterförderung wurde dann aber abgelehnt

ja, in früheren Semestern wurde ich auch gefördert, habe dann aber keinen Antrag auf Weiterförderung mehr gestellt:

- weil die Voraussetzungen für eine Weiterförderung nicht gegeben waren
- aus einem anderen Grund



25.

X

Aus welchem Grund haben Sie bisher keinen BAföG-Antrag gestellt bzw. werden Sie im Sommersemester 2009 nicht nach dem BAföG gefördert?

mehrere Nennungen möglich

- Einkommen der Eltern bzw. des Ehepartners ist zu hoch
- eigenes Einkommen/Vermögen ist zu hoch
- Förderungshöchstdauer wurde überschritten
- Studienfach wurde gewechselt
- notwendige Leistungsbescheinigung konnte nicht erbracht werden
- bei Studienbeginn war das 30. Lebensjahr bereits vollendet
- das jetzige Studium ist eine nicht förderungsfähige weitere Hochschulausbildung (Zweitstudium, Ergänzungsstudium, Promotionsstudium)
- der zu erwartende Förderungsbetrag ist so gering, dass es sich nicht lohnt
- will keine Schulden machen
- anderer Grund
- und zwar (bitte erläutern): _____

GELD VERDIENEN WÄHREND DES STUDIUMS



26.

X

Sind Sie in der vorlesungsfreien Zeit im Frühjahr 2009 und/oder im laufenden Sommersemester einer Tätigkeit nachgegangen, mit der Sie Geld verdient haben bzw. verdienen?

vorlesungsfreie
Zeit: Frühjahr 2009

Vorlesungszeit:
Sommersemester 2009

- entfällt, noch nicht eingeschrieben
- nein, nicht erforderlich
- nein, wegen Studienbelastung nicht möglich
- nein, ohne Erfolg Tätigkeit/Job gesucht
- ja, gelegentlich
- ja, häufig
- ja, laufend

>>

Wenn Sie weder in der vorlesungsfreien Zeit 2009 noch im laufenden Semester Geld verdient haben:

>> weiter mit Frage 27

X

Mit welcher Tätigkeit verdienen bzw. verdienen Sie Geld?

vorlesungsfreie
Zeit: Frühjahr 2009

Vorlesungszeit:
Sommersemester 2009

- Aushilftätigkeit (z. B. in einer Fabrik, einem Büro, einer Kneipe)
- studentische Hilfskraft
- wissenschaftliche Hilfskraft
- Tätigkeit in dem Beruf, der vor dem Studium erlernt wurde
- Absolvieren einer betrieblichen Ausbildung (integriert ins Studium)
- Berufstätigkeit im Rahmen eines berufsbegleitenden Studiums
- Durchführung eines Praktikums (Praktikumsvergütung)
- Tätigkeit, für die der erworbene Studienabschluss Voraussetzung ist
- Tätigkeit, für die im Studium erworbene Kenntnisse Voraussetzung sind
- freiberufliche Tätigkeit
- selbständige Tätigkeit im eigenen bitte andere Tätigkeit erläutern Unternehmen
- Nachhilfeunterricht
- andere Tätigkeit
- und zwar: _____

JAHRE

Wie hoch war der Nettostundenlohn für diese Tätigkeit?

(Bei mehreren Tätigkeiten bitte den Stundenlohn für die letzte bzw. derzeitige Tätigkeit angeben.)

vorlesungsfreie
Zeit: Frühjahr 2009

Vorlesungszeit:
Sommersemester 2009

Nettostundenlohn – bitte auf vollen Euro-Betrag runden: €

€



Forts. 26. Inwieweit geben die folgenden Aussagen Ihre Gründe wieder, während des Studiums Geld zu verdienen?

X
SKALA

Ich verdiene während des Studiums Geld, . . .

trifft gar nicht zu ← → trifft völlig zu

weil es zur Bestreitung meines Lebensunterhalts unbedingt notwendig ist	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
damit ich mir etwas mehr leisten kann	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
um die Studiengebühren bezahlen zu können	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
um praktische Erfahrungen zu sammeln, die mir im späteren Beruf von Nutzen sind	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
um Kontakte für eine mögliche spätere Beschäftigung zu knüpfen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
um finanziell unabhängig von den Eltern zu sein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
weil ich andere mitfinanzieren muss (Partner/Partnerin, Kind)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
damit ich später ggf. unabhängig vom Studienabschluss eine Beschäftigung habe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

ANGABEN ZU IHRER PERSON



27. Ihr Geschlecht

X männlich
weiblich

28. Ihr Lebensalter (in Jahren)

29. Ihr Familienstand

X verheiratet
nicht verheiratet in fester Partnerbeziehung
nicht verheiratet ohne feste Partnerbeziehung

X **Falls Sie verheiratet sind oder in einer festen Partnerbeziehung leben: Welche Tätigkeit übt Ihr Partner/Ihre Partnerin aus?**

absolviert eine Ausbildung (Schule, Studium, Berufsausbildung)
ist erwerbstätig (vollzeit- oder teilzeitbeschäftigt)
ist nicht erwerbstätig

30. Haben Sie Kinder?

X nein
ja

Falls ja:
Wie viele Kinder haben Sie?

Wie alt ist Ihr (jüngstes) Kind? (bitte auf volle Jahre runden)
Lebt Ihr (jüngstes) Kind überwiegend in Ihrem Haushalt?

nein
ja

31. Haben Sie Geschwister?

X nein
ja

Falls ja: Wie viele Ihrer Geschwister sind noch in der Ausbildung? (Schule, Studium, Berufsausbildung)

32. Welche Staatsangehörigkeit haben Sie?

X deutsche Staatsangehörigkeit
 andere Staatsangehörigkeit
und zwar: _____



33. Haben Sie Ihre Staatsangehörigkeit gewechselt?

nein

ja

Falls ja: Welche Staatsangehörigkeit hatten Sie vorher?
bitte eintragen: _____

ANGABEN ÜBER DIE ELTERN



34. Ist Ihr Vater/Ihre Mutter

	Vater	Mutter
<input checked="" type="checkbox"/> voll erwerbstätig	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
teilzeit beschäftigt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
arbeitslos/von Kurzarbeit betroffen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Rentner(in)/Pensionär(in)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nicht erwerbstätig (z. B. Hausfrau, Hausmann)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
verstorben/unbekannt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Welches ist der höchste Schulabschluss Ihres Vaters/Ihrer Mutter?

	Vater	Mutter
<input checked="" type="checkbox"/> Volksschul- oder Hauptschulabschluss (mindestens 8. Klasse)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Realschulabschluss oder andere Mittlere Reife (10. Klasse)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abitur oder andere Hochschulreife (mindestens 12. Klasse)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
keinen Schulabschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
mir nicht bekannt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Welches ist der höchste berufliche Abschluss Ihres Vaters/Ihrer Mutter?

	Vater	Mutter
<input checked="" type="checkbox"/> Lehre bzw. Facharbeiterabschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Meisterprüfung, Fachschul-/Technikerabschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hochschulabschluss (einschl. Lehrerbildung und Fachhochschule)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
keinen Berufsabschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
mir nicht bekannt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Welchen Beruf üben/übten Ihre Eltern aktuell bzw. zuletzt hauptberuflich aus?
Bitte beschreiben Sie hierbei den ausgeübten Beruf der Eltern möglichst genau, z.B. Speditionskauffrau, Blumenverkäuferin, Maschinenschlosser, Realschullehrer; tragen Sie bitte nicht Arbeiter/in, Angestellte/r, Beamter/Beamtin ein.

Vater _____

ggf. Erläuterungen: _____

Mutter _____

ggf. Erläuterungen: _____

38. Welche Staatsangehörigkeit haben Ihre Eltern?

	Vater	Mutter
<input checked="" type="checkbox"/> deutsche Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
andere Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
und zwar: _____		
	(Vater)	(Mutter)



39.

X

Ordnen Sie bitte den aktuell bzw. zuletzt ausgeübten Beruf Ihres Vaters und Ihrer Mutter in das nachfolgend aufgeführte Spektrum beruflicher Positionen ein.

jeweils nur eine Nennung!

Vater Mutter

Arbeiter/Arbeiterin

- ungelernete(r), angelernte(r) Arbeiter(in)
- Facharbeiter(in), unselbständige(r) Handwerker(in)
- Meister(in), Polier(in)

Angestellter/Angestellte

- Angestellte(r) mit ausführender Tätigkeit
z. B. Stenotypist(in), Verkäufer(in)
- Angestellte(r) mit qualifizierter Tätigkeit in mittlerer Position
z. B. Sachbearbeiter(in), Buchhalter(in), Werkmeister(in), Krankenschwester, Pfleger
- Angestellte(r) in gehobener Position
z. B. Lehrer(in), wiss. Mitarbeiter(in), Prokurist(in), Abteilungsleiter(in)
- leitende(r) Angestellte(r) mit umfassenden Führungsaufgaben
z. B. Direktor(in), Geschäftsführer(in), Vorstand größerer Betriebe und Verbände

Beamter/Beamtin

- Beamter/Beamtin des einfachen und mittleren Dienstes
z. B. Schaffner(in), Amtshilfe, Sekretär(in)
- Beamter/Beamtin des gehobenen Dienstes
z. B. Inspektor(in), Oberinspektor(in), Amtmann/-frau, Amtsrat/-rätin
- Beamter/Beamtin des höheren Dienstes
ab Regierungsrat/-rätin, Lehrer(in) ab Studienrat/-rätin aufwärts

Selbständiger/Selbständige

- kleinere(r) Selbständige(r)
z. B. Einzelhändler(in) mit kleinem Geschäft, Handwerker(in), Kleinere(r) Landwirt(in)
- mittlere(r) Selbständige(r)
z. B. Einzelhändler(in) m. großem Geschäft, Hauptvertreter(in), größere(r) Landwirt(in)
- größere(r) Selbständige(r)
z. B. Unternehmer(in) mit großem Betrieb bzw. hohem Einkommen

Freiberuflich tätig

- z. B. Arzt/Ärztin mit eigener Praxis, Rechtsanwalt/-anwältin mit eigener Kanzlei, Künstler(in), Schausteller/Schaustellerin
- mit geringem Einkommen
- mit mittlerem Einkommen
- mit hohem Einkommen

nie berufstätig gewesen

ANGABEN ZUR WOHN-SITUATION



40.

X

Wo wohnen Sie während des Sommersemesters 2009 und wo würden Sie am liebsten wohnen?

Bitte beachten: Sollten Sie z. B. am Hochschulort eine Wohnung/ein Zimmer haben, das Wochenende aber in der Regel woanders verbringen (bei Eltern/Partner/Partnerin), dann kreuzen Sie in der ersten Spalte bitte nur Ihre Wohnform am Hochschulort an.

ich wohne:

ich würde am liebsten wohnen:

- bei den Eltern oder Verwandten
- in einem Studentenwohnheim:
 - im Einzelzimmer
 - im Einzelzimmer in einer Wohngruppe
 - im Einzelappartement
 - in einer Mehrzimmer-Wohnung (für Paare oder Studierende mit Kind)
 - im Zweibettzimmer
- in einer Mietwohnung (ggf. auch Eigentumswohnung):
 - allein
 - mit (Ehe-)Partner(in) und/oder Kind
 - in einer Wohngemeinschaft
- zur Untermiete bei Privatleuten

41.

X

Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit Ihrer derzeitigen Wohnsituation?

sehr unzufrieden ← → sehr zufrieden



42.

X

Wie häufig gehen Sie im Laufe einer Woche während der Vorlesungszeit durchschnittlich in eine Mensa oder Cafeteria zum Essen?

durchschnittliche Anzahl pro Woche zutreffende Zahl ankreuzen

zum Frühstück	<input type="checkbox"/> 0	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
zu einer Zwischenmahlzeit am Vormittag	<input type="checkbox"/> 0	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
zum Mittagessen	<input type="checkbox"/> 0	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
zu einer Zwischenmahlzeit am Nachmittag	<input type="checkbox"/> 0	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
zum Abendessen	<input type="checkbox"/> 0	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6

43.

X

SKALA

Was ist Ihnen an den Mensen/Cafeterien besonders wichtig?

überhaupt nicht wichtig ← → sehr wichtig

qualitativ hochwertige Angebote	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kostengünstige Angebote	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angebote aus ökologisch erzeugten Produkten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geringer Zeitaufwand	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
guter Service	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
eine gute räumliche Gestaltung der Mensa/Cafeteria	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die räumliche Nähe zur Hochschule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mensa/Cafeteria als Ort der Kommunikation/ Information	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



44.

X

Hatten Sie in den letzten zwölf Monaten Beratungs- oder Informationsbedarf zu den nachfolgend aufgeführten Themenbereichen?

ja, ich hatte Bedarf zu folgenden Themen (bitte in der ersten Spalte ankreuzen)

	hatte Bedarf	habe Angebot genutzt
• Finanzierung des Studiums	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthalts	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Vereinbarkeit von Studium und Kind(ern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Studium mit einer Behinderung/chronischer Krankheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Krankenversicherung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Lern-/Leistungsprobleme	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Arbeitsorganisation/Zeitmanagement	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Zweifel das Studium fortzuführen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Studienabschlussprobleme	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Prüfungsangst	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Kontaktschwierigkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Partnerschaftsprobleme	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Probleme im familiären Umfeld	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• mangelndes Selbstwertgefühl	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• depressive Verstimmungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Probleme mit Alkohol oder anderen Drogen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• sonstiges Thema	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bitte erläutern: _____		
nein, ich hatte keinen Beratungs- und Informationsbedarf	<input type="checkbox"/>	

X

Falls Sie Beratungs- und Informationsbedarf hatten: Zu welchem der von Ihnen genannten Themen haben Sie ein institutionelles Beratungsangebot genutzt? Bitte das entsprechende Thema in der zweiten Antwortspalte ankreuzen.



45.

X

Haben Sie sich im Zusammenhang mit Ihrem Studium im Ausland

aufgehalten? (Studienbezogene Auslandsaufenthalte können sein: Teilstudium an ausländischer Hochschule, Auslandspraktikum, Sprachkurs, Lehrassistent, Sommerschule u. ä.)

nein _____ ja _____

>> weiter mit Frage 46

ZAHL

Falls ja :

Wie viele Monate waren Sie bisher studienbezogen im Ausland?

jeweils auf volle Monate runden

Studium an einer ausländischen Hochschule _____

Praktikum im Ausland _____

Sprachkurs im Ausland _____

anderer studienbezogener Auslandsaufenthalt _____

und zwar: _____

bitte erläutern

TEXT

In welchem Land bzw. in welchen Ländern waren Sie?

Studium in: _____

Praktikum in: _____

Sprachkurs in: _____

anderer studienbezogener Aufenthalt in: _____

X

Wie haben Sie das Studium, das Praktikum oder den Sprachkurs im Ausland finanziert? Bitte jede genutzte Quelle ankreuzen.

Auslandsstudium Auslandspraktikum Sprachkurs im Ausland

Eltern/Partner/Partnerin _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
BAföG _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
eigener Verdienst aus Tätigkeiten vor dem Auslandsaufenthalt _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
eigener Verdienst aus Tätigkeiten während des Auslandsaufenthalts _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
EU-Stipendium _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
deutsches Stipendium _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
sonstiges Stipendium _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bildungskredit von der KfW Bankengruppe _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
andere Finanzierungsquelle _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

und zwar: _____

bitte andere Finanzierungsquelle angeben

X

Fand der bzw. einer der von Ihnen durchgeführten studienbezogenen Auslandsaufenthalte im Rahmen eines Programms statt?

nein _____

ja, ERASMUS _____

ja, anderes EU-Programm _____

ja, Austauschprogramm meiner Hochschule _____

ja, anderes Programm _____

46.

X

Beabsichtigen Sie, während des Studiums einen – ggf. einen weiteren – studienbezogenen Auslandsaufenthalt durchzuführen?

nein, kein Interesse _____

nein, sehe keine Realisierungschance _____

weiß ich noch nicht _____

ja, eventuell _____

ja, ganz bestimmt _____

ja, ich habe schon konkrete Vorbereitungen getroffen _____

Informationen über die Akteure und die Durchführung der Untersuchung

Wer erhält den Fragebogen?

Für die Sozialerhebung wird eine Stichprobe Studierender befragt (derzeit jede/r 27.), deren Zusammensetzung repräsentativ für alle Studierenden an Fachhochschulen und Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland ist. Zu diesem Zwecke hat Ihre Hochschule nach dem Zufallsprinzip eine entsprechende Anzahl von Anschriften aus der aktuellen Studierendendatei gezogen, d.h. jede/r hat eine gleich große Chance, in die Stichprobe aufgenommen zu werden. Die Hochschule hat dann die von HIS bereitgestellten Befragungsunterlagen mit den Anschriften der Studierenden versehen und die so adressierten Unterlagen bei der Post – zur Übermittlung an Sie – aufgegeben.

Weitere Informationen im Internet: <http://www.sozialerhebung.de>

>> beauftragt vom Deutschen Studentenwerk (DSW)

Die Studentenwerke und ihr Dachverband, das Deutsche Studentenwerk (DSW), engagieren sich für die soziale, wirtschaftliche, kulturelle und gesundheitliche Förderung der Studierenden. Als moderne Dienstleistungsunternehmen bieten heute 58 Studentenwerke für knapp 2 Mio. Studierende ihren Service an – damit Studieren gelingt! Das DSW koordiniert und unterstützt die Arbeit der Studentenwerke, vertritt ihre Interessen gegenüber Politik und Öffentlichkeit und pflegt eine enge Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Verbänden bzw. Organisationen, die den gleichen Zwecken dienen.

Weitere Informationen im Internet: <http://www.studentenwerke.de>

>> gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Weitere Informationen im Internet: <http://www.bmbf.de>

>> durchgeführt von HIS Hochschul-Informations-System

HIS ist eine Einrichtung von Bund und Ländern und erbringt Forschungs- und Dienstleistungen für Hochschulen, Wissenschafts- und Kultusministerien. Im Bereich Studienforschung arbeitet HIS u.a. zu Themen wie Studienwünsche von Abiturient(inn)en, Ausbildungs- und Berufsverläufe, soziale Situation Studierender, Gründe für den Studienabbruch, Qualität der Lehre, studentische Auslandsmobilität und ausländische Studierende in Deutschland.

Weitere Informationen im Internet: <http://www.his.de>

Kontakt

Für Rückfragen stehen Ihnen bei HIS (Postfach 2920, 30029 Hannover) zur Verfügung:

Dr. Elke Middendorff: Tel.: 0511/1220-194; e-mail: middendorff@his.de

Maren Kandulla: Tel.: 0511/1220-410; e-mail: kandulla@his.de

Wolfgang Isserstedt: Tel.: 0511/1220-208; e-mail: isserstedt@his.de

A.2 Randauszählung

Angaben zum Studium

1. Ist Ihr derzeitiges Studium ein...	insgesamt	männlich	weiblich
	in %		
- Präsenzstudium	97,8	97,4	98,3
- Duales Studium	2,2	2,6	1,7
2. Welches Hauptfach bzw. welche Fächer studieren Sie im Sommersemester 2009?	in %		
<i>Studienfach aggregiert nach Fächergruppen</i>			
- Ingenieurwissenschaften	17,2	26,5	7,2
- Sprach- und Kulturwissenschaften, Kunst	19,8	13,6	26,6
- Mathematik, Naturwissenschaften	20,5	23,7	17,0
- Medizin/Gesundheitswissenschaften	6,5	4,3	9,0
- Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	21,6	22,9	20,0
- Sozialwiss., Sozialwesen, Psychologie, Pädagogik	14,4	8,9	20,3
3. Welchen Abschluss streben Sie in ihrem derzeitigen Studiengang an?	in %		
- Bachelor (nicht Lehramt)	38,8	41,9	35,5
- Bachelor mit dem Ziel Lehramt	3,0	2,1	4,0
- Master (nicht Lehramt)	4,0	4,2	3,8
- Master mit dem Ziel Lehramt	0,5	0,3	0,7
- Fachhochschuldiplom	7,2	8,6	5,7
- Diplom einer Universität/Kunsthochschule o. ä.	18,5	21,5	15,2
- Magister	5,0	3,7	6,3
- Staatsexamen (ohne Lehramt)	9,6	6,7	12,8
- Staatsexamen für ein Lehramt	9,4	6,3	12,7
- kirchliche Prüfung	0,3	0,3	0,3
- Promotion	3,4	4,1	2,7
- anderer Abschluss (einschl. Abschluss im Ausland) ...	0,2	0,1	0,2
- keinen Abschluss	0,2	0,1	0,2

Sollten Sie bereits ein Studium erfolgreich abgeschlossen haben, geben Sie bitte an, welchen Abschluss Sie dabei erworben haben.	insgesamt	männlich	weiblich
	Stud. in postgradualen Studiengängen¹		
	in %		
- Bachelor (nicht Lehramt)	13	10	16
- Bachelor mit dem Ziel Lehramt	1	1	2
- Master (nicht Lehramt)	3	3	3
- Master mit dem Ziel Lehramt	0	0	0
- Fachhochschuldiplom	16	20	11
- Diplom einer Universität/Kunsthochschule o. ä.	38	41	33
- Magister	11	9	13
- Staatsexamen (ohne Lehramt)	8	7	8
- Staatsexamen für ein Lehramt	7	5	8
- kirchliche Prüfung	0	0	0
- Promotion	1	1	1
- anderer Abschluss (einschl. Abschluss im Ausland) ...	3	2	4
4. Haben Sie seit Ihrer Erstmatrikulation das Hauptstudienfach oder den angestrebten Abschluss gewechselt?	Studierende im Erststudium		
	in %		
- ja, Fach und Abschluss	9,5	9,6	9,3
- ja, nur das Fach	7,8	8,1	7,6
- ja, nur den Abschluss	1,8	2,3	1,2
Wie viele Semester waren Sie in dem ursprünglich gewählten Studiengang eingeschrieben?	Studiengangwechsler im Erststudium		
	im Ø		
- Semester	3	3	3
5. Sind Sie derzeit in einem Masterstudiengang eingeschrieben?	in %		
- ja	4,5	4,5	4,5

¹Die Ergebnisse der Randauszählungen werden i.d.R. bezogen auf alle Studierende (Deutsche und Bildungsinländer/innen). Ist eine andere Bezugsgruppe zugrundegelegt, so ist dies blau gekennzeichnet und bezieht sich jeweils nur auf den folgenden Frageabschnitt.

	insgesamt	männlich	weiblich
Welcher Art ist der Masterstudiengang? Der Masterstudiengang baut auf dem vorangegangenen Studiengang...	Studierende im Masterstudium		
	in %		
- inhaltlich auf	78	80	75
nicht inhaltlich auf und zur Zulassung...			
- war allein mein erster Abschluss notwendig	15	13	17
- waren zusätzlich zu meinem ersten Abschluss qualifizierte berufspraktische Erfahrungen notwendig	7	7	8
Wie viele Monate nach Erwerb des ersten Abschlusses haben sie mit dem Masterstudium begonnen?	Studierende im Masterstudium		
	im Ø		
- Monate	7	7	6
Waren Sie in dem Zeitraum zwischen dem Erwerb des ersten Studienabschlusses und dem Beginn des Masterstudiums erwerbstätig?	Studierende im Masterstudium		
	in %		
- ja, der erste Abschluss war Voraussetzung für die ausgeübte Tätigkeit	17	18	16
- ja, für die ausgeübte Tätigkeit war allerdings kein Hochschulabschluss notwendig	15	14	15
6. Haben Sie die Absicht, nach dem derzeit angestrebten Abschluss einen Masterstudiengang zu absolvieren?	ohne Studierende in Masterstudiengängen		
	in %		
- nein	48,9	45,7	52,3
- ja, direkt nach Erwerb des Bachelors bzw. nach meinem ersten Abschluss	23,7	25,2	22,1
- ja, aber erst, wenn ich Berufserfahrungen gesammelt habe	7,1	7,8	6,3
- weiß ich noch nicht	20,3	21,2	19,3
7. Seit wie vielen Semestern sind Sie im derzeitigen Studiengang eingeschrieben?	im Ø		
- Semester im derzeitigen Studienfach	5,9	6,0	5,8

8. Wie viele Semester sind Sie bisher insgesamt an Hochschulen eingeschrieben?	insgesamt	männlich	weiblich
	im Ø		

- Semester	7,4	7,6	7,2
------------------	-----	-----	-----

9. An welcher Hochschule sind Sie im Sommersemester 2009 immatrikuliert?	in %		
---	-------------	--	--

Hochschulen aggregiert zu Hochschularten

- Universität	68,0	63,3	73,0
- Pädagogische Hochschule	1,1	0,4	1,7
- Musik-/Kunsthochschule	1,0	0,8	1,2
- Theologische Hochschule	<0,01	<0,01	<0,01
- Fachhochschule	30,0	35,4	24,1

10. Haben Sie Ihr Studium zwischendurch (offiziell oder inoffiziell) unterbrochen?	in %		
---	-------------	--	--

- ja	11,1	10,8	11,5
------------	------	------	------

Aus welchem Grund haben Sie Ihr Studium unterbrochen?

Studierende mit Studienunterbrechung			
in % (Mehrfachnennungen)			

- Wehr- oder Zivildienst	3	5	0
- Schwangerschaft/Kindererziehung	14	4	24
- andere familiäre Gründe	14	17	11
- gesundheitliche Probleme	21	18	24
- finanzielle Probleme	18	23	13
- Erwerbstätigkeit	20	25	14
- Zweifel am Sinn des Studiums	22	25	20
- um andere Erfahrungen zu sammeln	24	24	23
- sonstiger Grund	23	23	22

Wie lange haben Sie Ihr Studium unterbrochen?

Studierende mit Studienunterbrechung			
im Ø			

- Semester	3	3	3
------------------	---	---	---

11. Haben Sie während Ihrer Studienzeit innerhalb Deutschlands die Hochschule gewechselt?

	insgesamt	männlich	weiblich
	in %		
- nein	85,3	85,3	85,4
- ja, einmal	13,2	13,3	13,1
- ja, mehrmals	1,4	1,4	1,5

Welche Rolle spielten die folgenden Gründe für die Wahl Ihrer gegenwärtigen Hochschule?

	Studierende mit Hochschulwechsel		
	große + sehr große Rolle, Anteil in %		
- bessere Studienbedingungen	39	40	38
- Studienangebot entspricht eher meinen Erwartungen	59	58	60
- Ruf der Hochschule	27	28	27
- Wechsel des Studiengangs	61	61	61
- keine/geringe Studiengebühren/-beiträge	16	16	17
- geringere Lebenshaltungskosten	15	15	14
- attraktivere Stadt	32	31	34
- persönliche Gründe	62	58	66

12. Welche der drei folgenden Aussagen trifft am ehesten auf Ihre derzeitige Studien- und Lebenssituation zu?

	in %		
- Studium und Hochschule bilden den Mittelpunkt, auf den fast alle meine Interessen und Aktivitäten ausgerichtet sind	48,8	47,7	49,9
- Studium und Hochschule sind mir gleich wichtig wie andere Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule.	45,8	46,4	45,2
- Studium und Hochschule stehen eher im Hintergrund, weil meine Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule vorrangig sind	5,4	5,9	4,9

Zeitaufwand für Studium und Geld verdienen

13. Wie viele Stunden haben Sie im Sommersemester 2009 während der letzten für Sie typischen Semesterwoche täglich für folgende Aktivitäten aufgewandt?

	insgesamt	männlich	weiblich
Ø Stunden pro Woche			
- Lehrveranstaltungen	17,9	17,8	18,0
- sonstiger studienbezogener Aufwand	17,7	16,9	18,6
- Tätigkeiten gegen Bezahlung	8,4	8,6	8,2

14. Wie beurteilen Sie Ihre zeitliche Belastung durch das Studium?

	hohe + sehr hohe Belastung, Anteil in %		
- während der Vorlesungszeit	55,5	51,8	59,4
- während der vorlesungsfreien Zeit	24,9	24,3	25,5

Angaben zur Vorbildung

15. Welche Studienberechtigung hatten Sie bei der Erstimmatrikulation?

	in %		
- allgemeine Hochschulreife	83,2	78,5	88,2
- fachgebundene Hochschulreife	3,3	4,0	2,6
- Fachhochschulreife	12,7	16,6	8,6
- andere Studienberechtigung	0,8	1,0	0,6

16. In welchem Bundesland haben Sie Ihre Studienberechtigung erworben?

	in %		
- Baden-Württemberg	12,9	13,4	12,4
- Bayern	12,9	13,0	12,7
- Berlin	4,8	4,7	5,0
- Brandenburg	3,3	3,2	3,5
- Bremen	0,8	0,7	0,9
- Hamburg	2,0	1,7	2,4
- Hessen	8,4	8,7	8,0
- Mecklenburg-Vorpommern	2,1	1,9	2,3

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- Niedersachsen	9,2	9,1	9,3
- Nordrhein-Westfalen	22,7	22,9	22,4
- Rheinland-Pfalz	4,5	4,9	4,2
- Saarland	1,3	1,4	1,3
- Sachsen	5,3	5,2	5,5
- Sachsen-Anhalt	3,2	3,0	3,5
- Schleswig-Holstein	2,9	3,2	2,6
- Thüringen	3,2	2,8	3,6
- im Ausland	0,4	0,4	0,5

17. Wie viele Monate lagen bei Ihnen zwischen dem Erwerb der Studienberechtigung und der Erstimmatrikulation?

	im Ø		
- Monate	14	15	13

18. Hatten Sie vor der Erstimmatrikulation bereits eine Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen?

	in %		
- ja	22,8	25,1	20,2

Falls ja: Wann haben Sie diese Berufsausbildung abgeschlossen?

	Studierende mit Berufsausbildung		
	in %		
- vor Erwerb der Hochschulreife	43	51	31
- nach Erwerb der Hochschulreife	46	36	59
- gleichzeitig mit dem Erwerb der Hochschulreife	12	14	10

Finanzielle Situation im Sommersemester 2009

19. Wie viel Geld steht Ihnen durchschnittlich im Monat während des Sommersemesters 2009 zur Verfügung? Geben Sie bitte für jede zutreffende Finanzierungsquelle den Betrag an.

	Bezugsgruppe „Normalstudent“		
	Ø Betrag in € (Betroffene in %)		
- von den Eltern	445 (87)	442 (85)	448 (89)
- vom Partner/von der Partnerin	155 (3)	152 (2)	157 (3)
- von anderen Verwandten, Bekannten	82 (21)	84 (20)	81 (21)

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- Ausbildungsförderung nach dem BAföG – aktueller Förderungsbetrag	430 (29)	429 (27)	430 (31)
- Bildungskredit	257 (1)	249 (1)	268 (1)
- Studienkredit von der KfW Bankengruppe	411 (3)	408 (3)	415 (3)
- Kredit zur Studienfinanzierung von einer anderen Bank/Sparkasse	407 (1)	397 (1)	417 (1)
- eigener Verdienst aus Tätigkeiten während der Vorlesungszeit und/oder der vorlesungsfreien Zeit	323 (65)	354 (65)	292 (65)
- eigene Mittel, die vor dem Studium erworben/angespart wurden	122 (20)	125 (21)	118 (18)
- Waisengeld oder Waisenrente	223 (4)	215 (4)	231 (4)
- Stipendium	305 (3)	296 (4)	316 (3)
- andere Finanzierungsquelle	442 (3)	515 (2)	378 (3)

20. Wie hoch sind die Ausgaben für die nachfolgend aufgeführten Positionen Ihrer Lebenshaltung? Was bezahlen Sie davon selbst? Was bezahlen ggf. Ihre Eltern bzw. Ihr Partner/Ihre Partnerin?

Bezugsgruppe „Normalstudent“

Ø Gesamtausgaben in € pro Monat

(Betroffene in %)

	insgesamt	männlich	weiblich
- Miete einschließlich Nebenkosten für Strom, Heizung, Wasser, Müllabfuhr usw.	281 (99)	279 (99)	283 (99)
- Ernährung	159 (99)	166 (99)	152 (99)
- Kleidung	51 (93)	47 (92)	54 (94)
- Lernmittel	33 (93)	31 (91)	34 (95)
- laufende Ausgaben für ein Auto	111 (34)	116 (37)	104 (31)
- Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel	38 (64)	36 (60)	40 (68)
- eigene Krankenversicherung, sowie Arztkosten und Medikamente	59 (62)	64 (57)	55 (68)
- Telefon- und Internetkosten, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Porto	35 (91)	36 (90)	35 (92)
- Freizeit, Kultur und Sport	63 (90)	69 (89)	57 (91)

	insgesamt	männlich	weiblich
21. Werden an Ihrer Hochschule neben dem obligatorischen Semesterbeitrag auch allgemeine Studiengebühren erhoben?	Studierende im Erststudium		
	in %		
- ja	58,8	59,4	58,1
Falls ja: Mussten Sie für das Sommersemester 2009 Studiengebühren bezahlen?	Studierende im Erststudium mit Gebührenpflicht		
	in %		
- nein, ich bin von der Gebührenpflicht befreit	18	17	19
- nein, ich zahle nachgelagerte Studiengebühren	2	2	2
Wie haben Sie die Studiengebühren für das Sommersemester 2009 finanziert?	Studierende im Erststudium, die Gebühren zahlen		
	in % (max. 2 Nennungen)		
- mit Mitteln von den Eltern	59	57	61
- durch eigenen Verdienst	29	31	27
- durch Aufnahme eines Kredits, der speziell zur Finanzierung von Studiengebühren angeboten wird	12	12	11
- mit eigenen Ersparnissen/eigenem Vermögen	23	24	22
- mit Mitteln aus einer anderen Quelle	6	6	7
22. Inwieweit treffen die nachfolgenden Aussagen auf Ihre finanzielle Situation zu?	trifft zu + trifft völlig zu, Anteil in %		
- meine Eltern unterstützen mich finanziell so gut sie können	80	80	81
- ich habe den Eindruck, meine Eltern finanziell zu überfordern	26	24	29
- ich will finanziell nicht auf meine Eltern angewiesen sein	68	70	67
- es macht mir nichts aus, neben dem Studium Geld verdienen zu müssen	47	47	46
- durch das Jobben wird sich meine Studienzzeit verlängern	44	47	40
- ohne BAföG-Förderung könnte ich nicht studieren ..	48	43	54

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- meine BAföG-Förderung ist angemessen	42	39	46
- meine BAföG-Förderung gibt mir eine sichere Planungsperspektive	42	40	44
- die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt	64	66	62

Angaben zum BAföG

23. Werden Sie im Sommersemester 2009 nach dem BAföG gefördert?

	in %		
- nein	74,6	76,3	72,7
- Antrag ist noch nicht entschieden	2,5	2,2	2,7
- ja	23,0	21,4	24,6

Falls ja: Wird das BAföG unabhängig vom Einkommen Ihrer Eltern gewährt?

	BAföG-Empfänger/innen		
	in %		
- nein	86	84	88
- ja	14	16	12

In welcher Form erhalten sie BAföG?

	BAföG-Empfänger/innen		
	in %		
- als Zuschuss und Darlehen	95	95	94
- als Zuschuss	1	1	1
- als verzinsliches Darlehen	4	4	5

24. Nur Studierende, die im Sommersemester 2009 kein BAföG erhalten: Haben Sie während Ihres Studiums schon einmal einen Antrag auf BAföG gestellt?

	Studierende ohne BAföG-Förderung		
	in %		
- nein	62	62	62
- ja, ich habe einmal einen Antrag gestellt, der wurde aber abgelehnt	19	18	19

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- ja, in früheren Semestern wurde ich auch gefördert, ein Antrag auf Weiterförderung wurde dann aber abgelehnt	7	6	7
- ja, in früheren Semestern wurde ich auch gefördert, habe dann aber keinen Antrag auf Weiterförderung mehr gestellt:			
- weil die Voraussetzungen für die Weiterförderung nicht gegeben waren	10	11	9
- aus einem anderen Grund	3	4	3
25. Aus welchem Grund haben Sie bisher keinen BAföG-Antrag gestellt bzw. werden Sie im Sommersemester 2009 nicht nach dem BAföG gefördert?	Studierende ohne BAföG-Förderung		
	in % (Mehrfachnennungen)		
- Einkommen der Eltern bzw. des Ehepartners ist zu hoch	68	65	70
- eigenes Einkommen/Vermögen ist zu hoch	23	26	20
- Förderungshöchstdauer wurde überschritten	10	10	10
- Studienfach wurde gewechselt	5	6	5
- notwendige Leistungsbescheinigung konnte nicht erbracht werden	3	4	2
- bei Studienbeginn war das 30. Lebensjahr bereits vollendet	3	3	3
- das jetzige Studium ist eine nicht förderungsfähige weitere Hochschulausbildung (Zweitstudium, Ergänzungsstudium, Promotionsstudium)	4	4	4
- der zu erwartende Förderungsbetrag ist so gering, dass es sich nicht lohnt	13	14	12
- will keine Schulden machen	22	21	22
- anderer Grund	6	6	6

Geld verdienen während des Studiums

26. Sind Sie in der vorlesungsfreien Zeit im Frühjahr 2009 und/oder im laufenden Sommersemester einer Tätigkeit nachgegangen, mit der Sie Geld verdient haben bzw. verdienen?

	insgesamt	männlich	weiblich
	vorlesungsfreie Zeit / Vorlesungszeit		
	in %		
- entfällt, noch nicht eingeschrieben	1,6 / -	1,5 / -	1,8 / -
- nein, nicht erforderlich	11,9 / 10,1	13,7 / 12,1	10,0 / 8,1
- nein, wegen Studienbelastung nicht möglich	16,7 / 20,1	15,5 / 18,6	17,9 / 21,7
- nein, ohne Erfolg Tätigkeit/Job gesucht	4,9 / 3,1	4,9 / 3,3	4,9 / 3,0
- ja, gelegentlich	15,4 / 16,7	15,1 / 17,0	15,7 / 16,4
- ja, häufig	11,1 / 9,9	10,8 / 9,8	11,5 / 10,0
- ja, laufend	38,4 / 40,0	38,6 / 39,2	38,2 / 40,8

Mit welcher Tätigkeit verdienen bzw. verdienen Sie Geld?

	erwerbstätige Studierende		
	vorlesungsfreie Zeit / Vorlesungszeit		
	in % (Mehrfachnennungen)		
- Aushilfstätigkeit	41,3 / 37,9	35,8 / 32,2	47,0 / 43,7
- studentische Hilfskraft	21,4 / 26,9	23,2 / 29,4	19,4 / 24,3
- wissenschaftliche Hilfskraft	3,9 / 5,1	4,9 / 6,5	2,9 / 3,8
- Tätigkeit in dem Beruf, der vor dem Studium erlernt wurde	9,2 / 8,2	9,4 / 8,1	9,0 / 8,4
- Absolvieren einer betriebliche Ausbildung (integriert ins Studium)	0,8 / 0,5	1,1 / 0,8	0,5 / 0,3
- Berufstätigkeit im Rahmen eines berufsbegleitenden Studiums	1,5 / 1,2	1,8 / 1,4	1,1 / 1,1
- Durchführung eines Praktikums (Praktikumsvergütung)	6,9 / 3,2	6,9 / 3,4	6,9 / 3,0
- Tätigkeit, für die der erworbene Studienabschluss Voraussetzung ist	4,4 / 4,4	5,2 / 5,3	3,6 / 3,4
- Tätigkeit, für die im Studium erworbene Kenntnisse Voraussetzung sind	9,0 / 9,8	9,5 / 10,5	8,5 / 9,1
- freiberufliche Tätigkeit	10,4 / 10,3	12,2 / 12,2	8,5 / 8,3
- selbständige Tätigkeit im eigenen Unternehmen ...	3,1 / 3,1	3,9 / 3,9	2,3 / 2,2

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- Nachhilfeunterricht	10,1 / 10,5	7,8 / 8,1	12,5 / 13,0
- andere Tätigkeit	7,2 / 7,5	6,7 / 7,1	7,7 / 7,9
Wie hoch war der Nettostundenlohn für diese Tätigkeit?	erwerbstätige Studierende		
	Ø Betrag in € pro Stunde		
- vorlesungsfreie Zeit: Frühjahr 2009	9,71	10,17	9,24
- Vorlesungszeit: Sommersemester 2009	9,90	10,31	9,49

Inwieweit geben die folgenden Aussagen Ihre Gründe wieder, während des Studiums Geld zu verdienen?

Ich verdiene während des Studiums Geld, ...

	erwerbstätige Studierende		
	trifft zu + trifft völlig zu, Anteil in %		
- weil es zur Bestreitung meines Lebensunterhalts unbedingt notwendig ist	58,6	58,9	58,3
- damit ich mir etwas mehr leisten kann	71,9	69,9	74,0
- um die Studiengebühren bezahlen zu können.....	29,8	30,0	29,6
- um praktische Erfahrungen zu sammeln, die mir im späteren Beruf von Nutzen sind	49,5	50,4	48,5
- um Kontakte für eine mögliche spätere Beschäftigung zu knüpfen	36,2	38,3	33,9
- um finanziell unabhängig von den Eltern zu sein	59,1	60,5	57,7
- weil ich andere mitfinanzieren muss	6,5	7,0	5,8
- damit ich später ggf. unabhängig vom Studienabschluss eine Beschäftigung habe	14,9	15,7	14,0

Angaben zu ihrer Person

27. Ihr Geschlecht	in %		
.....	100,0	51,7	48,3
28. Ihr Lebensalter	im Ø		
- in Jahren	24,5	24,9	24,1
29. Ihr Familienstand	in %		
- verheiratet	5,0	4,2	5,8

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- nicht verheiratet in fester Partnerbeziehung	52,3	47,7	57,2
- nicht verheiratet ohne feste Partnerbeziehung	42,7	48,1	36,9
Falls Sie verheiratet sind oder in einer festen Partnerbeziehung leben, welche Tätigkeit übt Ihr Partner/Ihre Partnerin aus?	Studierende mit fester Partnerbeziehung		
	in %		
- absolviert eine Ausbildung (Schule, Studium, Berufsausbildung)	57,7	65,3	51,3
- ist erwerbstätig (vollzeit- oder teilzeitbeschäftigt) ..	38,7	30,1	46,0
- ist nicht erwerbstätig	3,6	4,6	2,7
30. Haben Sie Kinder?	in %		
- ja	5,2	4,3	6,1
Falls ja: Wie viele Kinder haben Sie?	Studierende mit Kind		
	in %		
- ein Kind	64	68	61
- zwei Kinder	27	25	29
- drei und mehr Kinder	9	7	11
Wie alt ist Ihr (jüngstes) Kind?	Studierende mit Kind		
	in %		
- in Jahren	5	4	5
Lebt ihr (jüngstes) Kind überwiegend in Ihrem Haushalt ?	Studierende mit Kind		
	in %		
- ja	91	86	95
31. Haben sie Geschwister?	in %		
- ja	86,4	86,6	86,1
Falls ja: Wie viele Ihrer Geschwister sind noch in der Ausbildung?	in %		
- Studierende mit Geschwistern in Ausbildung	65,0	63,2	67,0

32. Welche Staatsangehörigkeit haben Sie?	insgesamt	männlich	weiblich
	in %		
- deutsche Staatsangehörigkeit	95,6	95,3	95,9
- andere Staatsangehörigkeit	3,3	3,6	2,9
- deutsche und weitere Staatsangehörigkeit	1,1	1,2	1,1

33. Haben Sie ihre Staatsangehörigkeit gewechselt?	deutsche Studierende		
	in %		
- ja (in die deutsche Staatsangeh. gewechselt)	3,7	3,6	3,8

Angaben über die Eltern

34. Ist Ihr Vater/Ihre Mutter	Vater / Mutter, in %		
- voll erwerbstätig	68,7 / 39,8	67,6 / 37,7	69,9 / 42,1
- teilzeit beschäftigt	2,4 / 31,0	2,5 / 31,6	2,2 / 30,3
- arbeitslos/von Kurzarbeit betroffen	4,7 / 3,5	4,5 / 3,6	4,9 / 3,4
- Rentner(in)/Pensionär(in)	15,9 / 8,3	17,4 / 9,0	14,4 / 7,5
- nicht erwerbstätig (z. B. Hausfrau, Hausmann)	1,2 / 15,1	1,2 / 15,8	1,3 / 14,4
- verstorben/unbekannt	7,1 / 2,3	6,9 / 2,4	7,3 / 2,2

35. Welches ist der höchste Schulabschluss Ihres Vaters/Ihrer Mutter?

	Vater / Mutter, in %		
- Volksschulabschluss oder Hauptschulabschluss (mindestens 8. Klasse)	20,4 / 17,5	21,0 / 18,3	19,8 / 16,7
- Realschulabschluss oder andere Mittlere Reife (10. Klasse)	25,9 / 39,4	25,1 / 39,1	26,7 / 39,8
- Abitur oder andere Hochschulreife (mindestens 12. Klasse)	49,1 / 40,0	49,1 / 38,8	49,1 / 41,2
- keinen Schulabschluss	1,4 / 1,6	1,5 / 1,7	1,3 / 1,5
- mir nicht bekannt	3,2 / 1,5	3,3 / 2,1	3,1 / 0,8

36. Welches ist der höchste berufliche Abschluss Ihres Vaters/Ihrer Mutter?

	Vater / Mutter, in %		
- Lehre bzw. Facharbeiterabschluss	31,1 / 50,2	30,5 / 51,0	31,6 / 49,3
- Meisterprüfung, Fachschul-/Technikerabschluss	18,9 / 9,3	19,0 / 8,5	18,9 / 10,1

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- Hochschulabschluss (einschl. Lehrerbildung und Fachhochschule).....	43,0 / 31,1	43,4 / 30,2	42,6 / 32,1
- keinen Berufsabschluss	2,8 / 6,5	2,8 / 6,6	2,8 / 6,3
- mir nicht bekannt	4,2 / 2,9	4,3 / 3,7	4,1 / 2,0

38. Welche Staatsangehörigkeit haben Ihre Eltern?

	Vater / Mutter, in %		
- deutsche Staatsangehörigkeit	93,7 / 94,2	93,8 / 93,8	93,6 / 94,6
- deutsche und weitere Staatsangehörigkeit	5,9 / 5,4	5,7 / 5,8	6,1 / 5,0
- andere Staatsangehörigkeit	0,4 / 0,4	0,4 / 0,4	0,3 / 0,4

39. Ordnen Sie bitte den aktuell bzw. zuletzt ausgeübten Beruf Ihres Vaters und Ihrer Mutter in das nachfolgend aufgeführte Spektrum beruflicher Positionen ein.

	Vater / Mutter, in %		
Arbeiter/Arbeiterin			
- ungelernte(r), angelernte(r) Arbeiter(in)	5,7 / 8,1	5,5 / 8,8	5,8 / 7,4
- Facharbeiter(in), unselbständige(r) Handwerker(in).	11,5 / 4,0	12,3 / 4,8	10,7 / 3,1
- Meister(in), Polier	3,3 / 0,4	3,3 / 0,4	3,4 / 0,3
Angestellter/Angestellte			
- Angestellte(r) mit ausführender Tätigkeit	4,6 / 16,3	3,8 / 16,1	5,5 / 16,6
- Angestellte(r) mit qualifizierter Tätigkeit in mittlerer Position	13,0 / 34,4	12,7 / 34,2	13,4 / 34,7
- Angestellte(r) in gehobener Position	18,3 / 10,0	19,2 / 9,5	17,3 / 10,5
- leitende(r) Angestellte(r) mit umfassenden Führungsaufgaben	6,6 / 1,5	6,4 / 1,5	6,9 / 1,6
Beamter/Beamtin			
- Beamter/Beamtin des einfachen und mittleren Dienstes	2,6 / 1,9	2,8 / 2,0	2,4 / 1,8
- Beamter/Beamtin des gehobenen Dienstes	5,8 / 3,5	5,9 / 3,6	5,7 / 3,3
- Beamter/Beamtin des höheren Dienstes	8,0 / 6,1	8,4 / 5,7	7,6 / 6,4
Selbständiger/Selbständige			
- kleinere(r) Selbständige(r)	9,6 / 5,1	9,4 / 4,5	9,7 / 5,7

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- mittlere(r) Selbständige(r)	3,9 / 1,3	3,4 / 1,3	4,4 / 1,4
- größere(r) Selbständige(r)	1,1 / 0,2	1,0 / 0,1	1,2 / 0,2
Freiberuflich tätig			
- mit geringem Einkommen	1,0 / 2,0	0,8 / 2,0	1,2 / 2,0
- mit mittlerem Einkommen	3,1 / 2,1	3,0 / 2,1	3,3 / 2,1
- mit hohem Einkommen	1,7 / 0,5	1,9 / 0,5	1,5 / 0,5
Nie berufstätig gewesen	0,2 / 2,6	0,3 / 2,9	0,2 / 2,3

40. Wo wohnen Sie während des Sommersemesters 2009 und wo würden Sie am liebsten wohnen?

	Wohnform / bevorzugte Wohnform		
	in %		
bei den Eltern oder Verwandten	23,3 / 7,7	25,7 / 7,7	20,8 / 7,7
in einem Studentenwohnheim:			
- im Einzelzimmer	3,3 / 1,5	4,0 / 2,0	2,6 / 0,9
- im Einzelzimmer in einer Wohngruppe	5,8 / 3,1	6,3 / 3,9	5,4 / 2,2
- im Einzelappartement	2,6 / 3,1	2,5 / 3,7	2,6 / 2,4
- in einer Mehrzimmer-Wohnung	0,5 / 1,3	0,6 / 1,3	0,4 / 1,2
- im Zweitbettzimmer	0,1 / 0,1	0,1 / 0,1	0,1 / 0,1
in einer Mietwohnung (ggf. auch Eigentumsw.):			
- allein	17,2 / 23,3	17,2 / 24,0	17,3 / 22,7
- mit (Ehe-) Partner(in) und/oder Kind	19,8 / 34,5	17,8 / 31,6	22,1 / 37,6
- in einer Wohngemeinschaft	25,8 / 24,9	24,6 / 25,1	27,1 / 24,8
- zur Untermiete bei Privatleuten	1,4 / 0,6	1,2 / 0,6	1,6 / 0,5

41. Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit Ihrer derzeitigen Wohnsituation?

	zufrieden + sehr zufrieden, Anteil in %		
.....	60,1	60,6	59,6

42. Wie häufig gehen Sie im Laufe einer Woche während der Vorlesungszeit durchschnittlich in eine Mensa oder Cafeteria zum Essen?

	insgesamt	männlich	weiblich
	mindestens einmal pro Woche, in %		
- zum Frühstück	17,8	19,7	15,7
- zu einer Zwischenmahlzeit am Vormittag	35,1	33,6	36,6
- zum Mittagessen	77,7	81,7	73,3
- zu einer Zwischenmahlzeit am Nachmittag	33,5	32,7	34,4
- zum Abendessen	6,9	8,3	5,5

Angaben zur Ernährung

43. Was ist Ihnen an den Mensen/Cafeterien besonders wichtig?

	wichtig + sehr wichtig, Anteil in %		
- qualitativ hochwertige Angebote	78,5	78,6	78,4
- kostengünstige Angebote	82,5	81,8	83,2
- Angebote aus ökologisch erzeugten Produkten	26,4	22,1	31,1
- geringer Zeitaufwand	57,0	56,8	57,3
- guter Service	45,1	42,0	48,4
- gute räumliche Gestaltung der Mensa/Cafeteria	43,4	38,8	48,3
- die räumliche Nähe zur Hochschule	89,7	89,0	90,5
- Mensa/Caf. als Ort der Kommunikation/Information	43,9	40,2	47,9

Beratungs- und Informationsbedarf

44. Hatten Sie in den letzten zwölf Monaten Beratungs- oder Informationsbedarf zu den nachfolgend aufgeführten Themenbereichen?

	in % (Mehrfachnennungen)		
ja , ich hatte Bedarf zu folgenden Themen:			
- Finanzierung des Studiums	21,4	19,6	23,3
- Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthaltes	15,2	12,6	17,9
- Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit	12,2	11,3	13,2
- Vereinbarkeit von Studium und Kind(ern)	3,4	2,1	4,8

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- Studium mit einer Behinderung oder chronischen Krankheit	1,7	1,5	1,8
- Krankenversicherung	19,9	20,8	18,9
- Lern-/Leistungsprobleme	11,5	10,9	12,2
- Arbeitsorganisation/Zeitmanagement	14,8	12,8	17,0
- Zweifel das Studium fortzuführen	13,0	11,8	14,4
- Studienabschlussprobleme	7,9	7,4	8,4
- Prüfungsangst	12,3	9,7	15,1
- Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten	12,8	12,8	11,5
- Kontaktschwierigkeiten	4,1	4,1	4,4
- Partnerschaftsprobleme	6,7	6,7	6,3
- Probleme im familiären Umfeld	6,6	6,6	4,8
- mangelndes Selbstwertgefühl	9,8	9,8	7,6
- depressive Verstimmung	12,9	12,9	10,6
- Probleme mit Alkohol oder anderen Drogen	1,7	1,7	2,3
- sonstiges Thema	3,4	3,4	2,6
nein , ich hatte keinen Beratungs- und Informationsbedarf	39,4	39,4	44,5

Zu welchem Thema haben Sie ein institutionelles Beratungsangebot genutzt?

Studierende mit Beratungs- und Informationsbedarf

in % (Mehrfachnennungen)

ja , ich habe institutionelle Beratungsangebote genutzt			
- Finanzierung des Studiums	18,3	18,0	18,5
- Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthaltes	12,2	10,4	13,8
- Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit	5,0	5,3	4,8
- Vereinbarkeit von Studium und Kind(ern)	2,1	1,0	3,0

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- Studium mit einer Behinderung oder chronischen Krankheit	0,9	0,9	0,9
- Krankenversicherung	15,0	17,8	12,5
- Lern-/Leistungsprobleme	4,4	4,5	4,2
- Arbeitsorganisation/Zeitmanagement	5,1	5,2	4,9
- Zweifel das Studium fortzuführen	4,0	3,6	4,3
- Studienabschlussprobleme	4,3	4,4	4,2
- Prüfungsangst	3,1	3,0	3,2
- Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten	2,5	2,5	2,5
- Kontaktschwierigkeiten	0,7	0,9	0,5
- Partnerschaftsprobleme	1,4	1,2	1,6
- Probleme im familiären Umfeld	1,9	1,2	2,6
- mangelndes Selbstwertgefühl	2,6	2,3	2,8
- depressive Verstimmung	4,4	3,4	5,4
- Probleme mit Alkohol oder anderen Drogen	0,4	0,4	0,4
- sonstiges Thema	3,3	2,5	3,9

Auslandserfahrungen

45. Haben Sie sich im Zusammenhang mit Ihrem Studium im Ausland aufgehalten?

- ja

in %		
17,2	14,9	19,6

Falls ja: Wie viele Monate waren Sie bisher studienbezogen im Ausland?

- Studium an einer ausländischen Hochschule

- Praktikum im Ausland

- Sprachkurs im Ausland

- anderer studienbezogener Auslandsaufenthalt

Studierende, die im Ausland waren		
Ø Monate (Studierende in % von allen)		
Mehrfachnennungen		
8 (9)	8 (8)	8 (10)
4 (8)	4 (7)	4 (9)
2 (3)	2 (3)	3 (4)
4 (3)	4 (3)	5 (3)

46. Beabsichtigen Sie, während des Studiums einen – ggf. einen weiteren – studienbezogenen Auslandsaufenthalt durchzuführen?	insgesamt	männlich	weiblich
	in %		
- nein kein Interesse	17,8	18,7	16,8
- nein, sehe keine Realisierungschance	30,8	28,6	33,1
- weiß ich noch nicht	11,6	12,5	10,5
- ja, eventuell	20,7	22,5	18,9
- ja, ganz bestimmt	12,2	11,8	12,5
- ja, ich habe schon konkrete Vorbereitungen getroffen	7,0	5,9	8,1

47. Wie stark wird Ihre Bereitschaft, einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt durchzuführen, beeinflusst durch...	stark + sehr stark, Anteil in %		
	- nicht ausreichende Fremdsprachenkenntnisse	23,1	23,0
- Schwierigkeiten, Informationen zu bekommen	13,7	12,8	14,6
- Wohnprobleme im Gastland	18,2	16,8	19,6
- die Trennung vom Partner/der Partnerin, Kind(ern), Freunden	43,5	40,2	47,2
- den Wegfall von Leistungen bzw. Verdienstmöglichkeiten	40,3	38,7	42,1
- eine mögliche finanzielle Mehrbelastung	64,3	60,9	67,8
- eigene Trägheit	18,5	23,3	13,3
- erwartete Zeitverluste im Studium	44,9	41,4	48,7
- einen vermutlich nur geringen Nutzen für das Studium in Deutschland	29,2	28,9	29,5
- Probleme mit der Anerkennung der im Ausland erbrachten Leistungen	29,9	26,9	33,1
- Zugangsbeschränkungen des bevorzugten Ziellandes	13,5	12,2	15,0

48. Wie gut beherrschen Sie – neben Ihrer Muttersprache – die folgenden Sprachen?	insgesamt	männlich	weiblich
	gut + sehr gut, Anteil in %		
- Englisch	69,9	69,8	69,9
- Französisch	9,7	5,9	13,8
- Spanisch	6,0	3,8	8,3
- andere Sprachen, die Sie gelernt haben	10,2	8,7	11,9

B. Methodische Anmerkungen

B.1 Methodische Anmerkungen zur Berechnung sozialgruppenpezifischer Bildungsbeteiligung

a) Beteiligungsquoten für weiterführende Schulen (Schwelle 2)

Die sozialgruppenspezifischen Quoten für die Bildungsbeteiligung an weiterführenden Schulen und Informationen zur sozialen Zusammensetzung der altersgleichen Bevölkerung werden ausschließlich auf der Grundlage des Mikrozensus gewonnen. Alle einbezogenen und zum Erhebungszeitpunkt 17- bis 18-jährigen deutschen Kinder in Familien werden nach Art der besuchten Schule und Herkunftsmerkmalen (Schulbildung, berufliche Stellung der Familienbezugsperson, soziale Herkunftsgruppe) betrachtet. Von denjenigen, die sich in diesem Alter noch in den Klassenstufen 5-10 befinden, wird angenommen, dass ihr Wahlverhalten in Bezug auf den weiteren (Aus-)Bildungsweg nach Verlassen dieser Schulstufe proportional den weiterführenden Bildungsentscheidungen derer entspricht, die diese Schwelle bereits passiert haben.

b) Beteiligungsquoten für Hochschulbildung (Schwelle 4)

Bildungsbeteiligungsquoten sind sowohl inhaltlich als auch methodisch von Prozentwerten zu unterscheiden, mit denen die soziale Zusammensetzung der Studierenden beschrieben wird (z. B. „unter den Studienanfängern des Jahres x befinden sich y % Arbeiterkinder“). Die soziale Zusammensetzung aller Studierenden – als ein Charakteristikum der Institution Hochschule – steht jedoch insofern in einem Zusammenhang mit sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligungsquoten, als die Sozialstruktur der Studierenden letztlich das Resultat unterschiedlicher Beteiligungsquoten ist (von den Selektionsprozessen innerhalb der Hochschule selbst abgesehen).

Bildungsbeteiligungsquoten sagen etwas über Chancenstrukturen aus. Daten zur sozialen Zusammensetzung der Studierenden etwas über das soziale Milieu in der Hochschule und den Studienfächern, für das es gewiss nicht ohne Belang ist, dass inzwischen kontinuierlich mehr als die Hälfte aller Studienanfänger/innen aus Elternhäusern kommen, in denen mindestens ein Elternteil bereits selbst über einen Hochschulabschluss verfügt.

Die Berechnung von Bildungsbeteiligungsquoten, die immer einen Bezug zur Struktur der gesamten Bevölkerung ent-

halten, beugt dem gelegentlich zu hörenden Einwand vor, der Anteil einer bestimmten sozialen Gruppe, etwa der Arbeiterkinder, an den Studierenden sei nur deshalb so gering, weil es sich bei den Arbeitern um eine langsam verschwindende gesellschaftliche Schicht handele. Dieser Einwand verwechselt soziale Zusammensetzung und Bildungsbeteiligung.

Die Ermittlung der Relation zwischen der Gesamtgruppe und den Beteiligten aus dieser Gruppe auf einer bestimmten Bildungsstufe (z. B. Zugang zur Hochschule) erfolgt stets nur innerhalb dieser Sozialgruppe. Ihr absoluter Umfang im Vergleich zu dem anderer Sozialgruppen ist für das hier verfolgte Ziel, relative Chancenstrukturen darzustellen, ohne Relevanz.

Der Vergleich zwischen den Gruppen erfolgt erst auf der Grundlage der statistisch so ermittelten sozialgruppenspezifischen Beteiligungquoten, also gleichsam erst nach der Transformation in eine einheitliche, anzahlunabhängige „Maßeinheit“.

Für die Sozialerhebungen werden Bildungsbeteiligungsquoten für den Hochschulbereich berechnet. Als Bildungsbeteiligungsquote wird der Anteil an der altersgleichen Bevölkerung, der ein bestimmtes Bildungsziel erreicht, definiert.

Die Berechnung von Bildungsbeteiligungsquoten für den Hochschulbereich ist komplex, da auf insgesamt vier Daten-

quellen zurückgegriffen werden muss (Bild B.1). Das Berechnungsverfahren wurde erstmals von A. H. Noll für ein Gutachten für den Bundestagsausschuss für Bildung und Wissenschaft (1983) eingesetzt; es wird von HIS seit der 11. Sozialerhebung zur Fortschreibung der sozialen Beteiligungswerte genutzt und ständig methodisch weiterentwickelt und fortgeschrieben.¹

Bei der Berechnung einer Bildungsbeteiligungsquote muss der Anteil der Studienanfänger/innen eines Jahrgangs an den entsprechenden Altersjahrgängen in der Gesamtbevölkerung berechnet werden, um die Frage „Wie viele von allen Jugendlichen in der Bevölkerung gelangen in ein Studium?“ beantworten zu können. Entsprechend des Vorgehens in der amtlichen Hochschulstatistik wird die Altersstruktur des jeweiligen Studienanfängerjahrgangs nicht aufwendig empirisch bestimmt, sondern es wird ein synthetischer Bezugsjahrgang aus dem Mittelwert der Jahrgänge der 18 bis 21-Jährigen bzw. ab 1997 der 19- bis 24-Jährigen verwendet. Die Umstellung auf die ältere Bezugsgruppe erfolgte seitens des Hoch-

¹ Das Schätzverfahren wird gegenwärtig evaluiert. Die Evaluation verfolgt unter anderem das Ziel zu überprüfen, ob das Verfahren um Merkmale der Mutter erweitert werden kann. Darüber hinaus soll geklärt werden, unter welchen Voraussetzungen es möglich ist, Bildungsbeteiligungsquoten in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund zu schätzen.

Bild B.1 Datenquellen zur Berechnung der hochschulbildungsbezogenen Beteiligungquoten

Datenquellen	Angaben zu	Funktion bei der Quotenberechnung
1. Bevölkerungsstatistik (StBA)	Anzahl der 19- bis 24-jährigen Bevölkerung	Berechnung des synthetischen Bezugsjahrgangs
2. Mikrozensus (StBA)	Anteil der 14- bis 19-jährigen Bevölkerung nach sozialer Herkunft	Berechnung der Sozialgruppengröße im gesamten Bezugsjahrgang
3. Amtl. Hochschulstatistik (StBA)	Anzahl der Studienanfänger/innen nach Hochschulart, neue/alte Länder, Geschlecht	Bezugsgrößen zur Berechnung der sozialen Zusammensetzung des Studienanfängerjahrgangs für die jeweiligen Teilgruppen
4. Studienanfängerbefragung (HIS)	Prozentuale Zusammensetzung der Studienanfänger/innen nach sozialer Herkunft	Berechnung der Sozialgruppengröße unter den Studienanfänger/innen

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

schulausschusses der KMK, weil Studienanfänger/innen inzwischen dieser Jahrgangsdefinition entwachsen waren, d.h. ein großer Teil bereits deutlich älter ist. Die Berechnung einer sozialspezifischen Bildungsbeteiligungsquote für den Hochschulbereich soll am Beispiel der Bildungsbeteiligung nach der beruflichen Stellung des Vaters für das Studienjahr 2007 (Bild 3.15) im Folgenden nachvollzogen werden (vgl. Beispielrechnung in Bild B.2). Die Berechnung erfolgt in vier Schritten:

1. Berechnung des Bezugsjahrgangs (Bevölkerungsstatistik):

Die 19-Jährigen des Jahres 2007 sind 1987 geboren. Gemäß amtlicher Statistik (Fortschreibung der Volkszählung durch die Einwohnermeldeämter) leben im gesamten Bundesgebiet 879.256 junge Frauen und Männer dieses Geburtsjahrgangs (nur Deutsche). Entsprechend werden für die 19- bis 24-Jährigen die Jahrgangsstärken ermittelt; das arithmetische Mittel dieser sechs Jahrgänge ergibt

den für die weitere Berechnung benötigt (synthetischen) Bezugsjahrgang (856.994 Menschen in der Bevölkerung sind potentielle Studienanfänger/innen).

2. Berechnung der sozialen Zusammensetzung des Bezugsjahrgangs (Mikrozensus):

Die Bevölkerungsstatistik verfügt nicht über Informationen zur sozialen Herkunft; diese Angaben müssen daher einer anderen Datenquelle – dem vom statistischen Bundesamt jährlich durchgeführten Mikrozensus – entnommen werden. Aber auch im Mikrozensus werden – wie oben dargestellt – keine Angaben zur sozialen Herkunft erfragt. Solche Angaben liegen nur mittelbar dann vor, wenn der oder die Befragte und seine „Familienbezugsperson“ noch im Elternhaushalt leben. Dies ist aber bei den 19- bis 24-jährigen des Bezugsjahrgangs häufig nicht mehr der Fall. Aus diesem Grund wird nicht die Bildungsherkunft der 19- bis 24-jährigen (Geburtsjahrgänge 1985-80) aus dem Mikrozensus 2007 verwendet, sondern die der 14- bis 18-jährigen aus dem fünf Jahre zuvor durchgeführten Mikrozensus 2002 (gleiche Geburtsjahrgänge!). Wie entsprechende Analysen ergaben, führt diese Rückrechnung nur zu ganz geringfügigen Verzerrungen (z. B. von 0,1 %-Punkten für die berufliche Stellung

des Vaters), weil die betreffenden Merkmale (Schulbildung, berufliche Stellung) in der Elterngeneration über die Zeit kaum Veränderungen unterworfen sind.

Die Sonderauswertung aus dem Mikrozensus 2002 ergibt, dass zum Beispiel von allen 14- bis 19-jährigen 1.905.000 (das entspricht 40 %) Väter haben, die als Angestellte beschäftigt sind bzw. es bei ihrer zuletzt ausgeübten Tätigkeit waren. Mit Hilfe dieses Prozentwertes wird nun die absolute Zahl junger Menschen ermittelt, deren Väter Angestellte sind bzw. waren: Dies sind 343.483 (40 % des synthetischen Bezugsjahrgangs von 856.994). Damit stehen absolute Zahlen für die interessierenden Bevölkerungsgruppen nach Bildungsherkunft für den Bezugsjahrgang zur Verfügung. Zur Berechnung einer Bildungsbeteiligungsquote fehlen noch entsprechende Zahlen für Studienanfänger/innen.

3. Berechnung des Studienanfängerjahrgangs (Hochschulstatistik):

Der amtlichen Hochschulstatistik kann entnommen werden, dass im Jahr 2007 297.431 junge Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit ein Studium begonnen haben, davon 186.155 an einer Universität, 103.276 an einer Fachhochschule und 8.000 an einer Verwaltungshochschule. Über Informationen zur so-

Bild B.2 Bildungsbeteiligung an Hochschulen insgesamt im Studienjahr 2007 nach Stellung und Beruf des Vaters

<p>Schritt 1:</p> <p>Berechnung der Größe des (synthetischen) Bezugsjahrgangs</p> <p>Datenquelle: Bevölkerungsstatistik 2006</p>	Alter		Geburtsjahrgang		Anzahl	
	19-Jährige		1987		879.256	
	20-Jährige		1986		869.795	
	21-Jährige		1985		841.654	
	22-Jährige		1984		839.443	
	23-Jährige		1983		846.217	
	24-Jährige		1982		865.601	
	Σ (19-24-Jährige)				5.141.966	
	Σ / 6 (synthetischer Bezugsjahrgang)				856.994	
	<p>Schritt 2:</p> <p>Berechnung der Sozialgruppengröße im Bezugsjahrgang gemäß der sozialen Zusammensetzung im Mikrozensus</p> <p>Datenquelle: Mikrozensus 2002</p>	Stellung im Beruf u. HSA der FBP	Anzahl 14-19-Jährige 2002	Quote	von 856.994	Bezugsjahrg.
Selbständige		604.000	12,7 %	}		108.905
Beamte		377.000	7,9 %			67.975
Angestellte		1.905.000	40,1 %			343.483
Arbeiter		1.867.000	39,3 %			336.631
Gesamt	4.753.000	100,0 %		856.994		
<p>Schritt 3:</p> <p>Studienanfängerjahrgang 2007</p> <p>Datenquelle: amtl. Hochschulstatistik</p>	Universitäten	Fachhochschulen	Verwaltungs-FH			
	186.155	103.276	8.000			
	von 297.431					
<p>Schritt 4:</p> <p>Berechnung der Sozialgruppengrößen unter Studienanfängern analog zur Sozialstruktur des Studienanfängerjahrganges</p> <p>Datenquelle: HIS-Studienanfängerbefragung 2007</p>	Bildungsherkunft der Studienanfänger/innen	in %	Unis u. FH's	von 297.431	Anzahl Studienanfänger/innen	
	Selbständige	22,4 %	}		66.625	
	Beamte	15,3 %			45.507	
	Angestellte	42,7 %			127.003	
	Arbeiter	19,6 %			58.296	
Gesamt	100,0 %		297.431			
<p>Schritt 5:</p> <p>Berechnung der Bildungsbeteiligungsquote</p> <p>= prozentualer Anteil der Studienanfänger/-innen aus der jeweiligen Sozialgruppe an Gesamtzahl dieser Sozialgruppe im Bezugsjahrgang</p>	Bildungsherkunft der Studienanfänger/-innen	Studienanfänger	Bezugsjahrg.	Bildungsbeteiligungsquote		
	Selbständige	66.625	von 108.905	61,2 %		
	Beamte	45.507	von 67.975	66,9 %		
	Angestellte	127.003	von 343.483	37,0 %		
	Arbeiter	58.296	von 336.631	17,3 %		
	Insgesamt	297.431	von 856.994	34,7 %		

zialen Herkunft bzw. zur Bildungsherkunft der Studienanfänger/innen verfügt die amtliche Statistik indes nicht. Diese Information muss daher einer anderen Datenquelle entnommen werden:

4. Berechnung der sozialen Zusammensetzung des Studienanfängerjahrgangs (HIS-Studienanfängerbefragung):

Die von HIS bis 1996 jährlich und danach alle zwei bis drei Jahre durchgeführte repräsentative Befragung von Studienanfänger/innen gibt auch Aufschluss über die soziale Herkunft der Befragten: Danach hatten im Jahr 2007 z. B. 42,7 % der Studienanfänger/innen an Universitäten und Fachhochschulen Väter, die als Angestellte beschäftigt sind bzw. waren. 40,1 % von allen Studienanfänger/innen (297.431, vgl. Schritt 4) sind 127.003 Studienanfänger/innen, mit Vätern, deren (letzte) berufliche Stellung die eines Angestellter ist.

Damit stehen sowohl für den Bezugsjahrgang in der Bevölkerung (343.483 junge Menschen gemäß Schritt 2) als auch für die Studienanfänger/innen (127.003 Studienanfänger/innen gemäß Schritt 4) absolute Zahlen zur Verfügung. Mit ihnen kann eine Bildungsbeteiligungsquote berechnet werden: 127.003 von 343.483 entspricht 37,0%.

Im Bericht werden die Bildungsbetei-

ligungsquoten nur gerundet ausgewiesen (vgl. Bild 3.14), weil es sich aufgrund zahlreicher Annahmen und Projektionen bei der Berechnung um ein Schätzverfahren handelt.

Für das Beispiel heißt das demnach, dass 37 % der Jugendlichen, deren Väter als Angestellte tätig sind bzw. waren, ein Studium an einer Universität beginnen. Wie sich Bild B.2 entnehmen lässt, liegt die Bildungsbeteiligungsquote von Jugendlichen, deren Väter beispielsweise Beamte sind, mit 67 % weit über dieser Quote.

B.2 Methodische Anmerkungen zur Bildung der sozialen Herkunftsgruppen

Mit dem Konstrukt der sozialen Herkunftsgruppen ist seit 1982 für die Sozialerhebungen ein Indikator geschaffen worden, der Zusammenhänge zwischen ökonomischer Situation, Bildungstradition im Elternhaus und studentischem Verhalten messbar macht. Die Hierarchien innerhalb der Kategorien des Merkmals „Stellung im Beruf“, die eine grobe Abstufung der beruflichen Tätigkeit nach den Kriterien Entscheidungsautonomie, Prestige und indirekt auch Einkommen ermöglichen sollen, werden im Herkunftsmodell der Sozialerhebung zu einer einzigen Hierarchie zusammengefasst (Bild B.3).

Bild B.3 Übersicht über die Bildung der sozialen Herkunftgruppen

berufliche Stellung	Bildungsherkunft ¹	
	mit Hochschulabschluss	ohne Hochschulabschluss
größere(r) Selbständige(r)/freiberuflich z.B. Unternehmer(in) mit großem Betrieb bzw. hohem Einkommen		
Beamter/Beamtin des höheren Dienstes ab Regierungsrat/-rätin, Lehrer(in) ab Studienrat/-rätin aufwärts		
Angestellte(r) in gehobener Position z.B. Lehrer(in), wiss. Mitarbeiter(in), Prokurist(in), Abteilungsleiter(in)		
mittlere(r) Selbständige(r)/freiberuflich z.B. Einzelhändler(in) mit großem Geschäft, Hauptvertreter(in), größere(r) Landwirt(in)		
Beamter/Beamtin des gehobenen Dienstes z.B. Inspektor(in), Oberinspektor(in), Amtmann/-frau, Amtsrat/-rätin		
Angestellte(r) mit qualifizierter Tätigkeit in mittlerer Position z.B. Sachbearbeiter(in), Buchhalter(in), Werkmeister(in), Krankenschwester/-pfleger		
kleinere(r) Selbständige(r)/freiberuflich/Meister(in), Polier z.B. Einzelhändler(in) mit kleinem Geschäft, Handwerker(in), kleinere(r) Landwirt(in)		
Beamter/Beamtin des einfachen und mittleren Dienstes z.B. Schaffner(in), Amtshilfe, Sekretär(in)		
Angestellte(r) mit ausführender Tätigkeit z.B. Stenotypist(in), Verkäufer(in)		
Facharbeiter(in), unselbständige(r) Handwerker(in)		
ungelernte(r), angelernte(r) Arbeiter(in)		
soziale Herkunftgruppen: <input type="checkbox"/> hoch <input type="checkbox"/> gehoben <input type="checkbox"/> mittel <input type="checkbox"/> niedrig		

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ Für Vater und Mutter wird die Zugehörigkeit zu einer Herkunftgruppe getrennt ermittelt. Die jeweils höhere Herkunftgruppe wird als Merkmal der Herkunftsfamilie insgesamt verwendet.

Unter der Hypothese, dass der Bildungserfolg der Eltern ebenfalls die Bildungsentscheidungen der Studierenden prägt, ist der höchstmögliche Ausbildungsabschluss der Eltern – der Abschluss einer Hochschule – als Korrekturfaktor berücksichtigt worden.

Literaturverzeichnis

- Baethge, M.; Kupka, P. (2005): Bildung und soziale Strukturierung. In: SOFI, IAB, ISF, INIFES (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Blossfeld, H.-P.; Timm, A. (2003): Who marries whom? Educational System as Marriage Markets in Modern Societies. Kluwer Academic Publishers, Dordrecht, Boston, London
- Bundesminister für Bildung und Forschung (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten, div. Jahrgänge, Bonn, Berlin
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2007): Siebzehnter Bericht nach § 35 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zur Überprüfung der Bedarfssätze, Freibeträge sowie Vomhundertsätze und Höchstbeträge nach § 21 Abs. 2
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2006): Infoservice-Paket zur Ausbildungssituation. http://www.bmbf.de/pub/servicepaket_ausbildung-September_-2006.pdf
- Cornelißen, W. (Hrsg.) (2005): Gender-Datenreport. Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. Erstellt im Auftrag des BMFSFJ durch das Deutsche Jugendinstitut e.V. in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt. DJI 2005, München
- Deutsches Studentenwerk (Hrsg.)(2009): Studentenwerke im Zahlenspiegel 2008/2009, Berlin
- Deutsches Studentenwerk (Hrsg.) (2009): Wohnraum für Studierende – Statistische Übersicht 2009, Berlin
- Düsseldorfer Tabelle, Stand: 01.01.09 : http://www.olg-duesseldorf.nrw.de/07service/07_ddorftab_ddorftab2009/2005-01-05_ddorfer_tab.pdf
- Durrer, F.; Heine, Ch. (2000): Studienfinanzierung und Studierneigung im Freistaat Sachsen. Abschlussbericht einer Befragung von Schülern der 11. und 12. Klasse und deren Eltern durchgeführt von HIS im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst
- Egeln, J.; Heine, Ch. (2006): Die Ausbildungsleistungen der Hochschulen. Eine international vergleichende Studie im Rahmen des Berichtssystems zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. HIS Hochschul-Informations-System, Kurzinformation A 6/2006, Hannover
- Eurostat (2006): Frauenanteil bei den Studierenden im Tertiärbereich – ISCED-Stufe 5-6 (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1334,49092079,1334_49092794&_dad=portal&_schema=PORTAL

- Heidenreich, H.-J.; Nöthen, M. (2002): Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Wirtschaft und Statistik 1/2002*, Wiesbaden, S. 26-38
- Heine, Ch.; Willich, J.; Schneider, H.; Sommer, D. (2008): Studienanfänger im Wintersemester 2007/08, HIS: Forum Hochschule Nr. 16/2008, Hannover
- Heine, Ch.; Quast, H.; Spangenberg, H. (2008): Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten. Finanzierung und Auswirkungen auf Studienpläne und -strategien. HIS: Forum Hochschule Nr. F15/2008
- Heine, C.; Quast, H.; Beuße, M (2010): Studienberechtigte 2008 ein halbes Jahr nach Schulabschluss. Übergang in Studium, Beruf und Ausbildung, HIS: Forum Hochschule, im Erscheinen
- Heublein, U.; Spangenberg, H.; Sommer, D. (2003): Ursachen des Studienabbruchs. Analyse 2002. HIS Hochschul-Informations-System, Hochschulplanung Band 163, Hannover
- Hochschulrektorenkonferenz (2009): Statistische Daten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Sommersemester 2008. Statistiken zur Hochschulpolitik 1/2009, Bonn
- Isserstedt, W.; Middendorff, E.; Fabian, W.; Wolter, A.; (2007): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006. 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informations-System. Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn, Berlin
- Isserstedt, W; Link, J. (2008): Internationalisierung des Studiums – Ausländische Studierende in Deutschland – Deutsche Studierende im Ausland. Ergebnisse der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informations-System. Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn, Berlin
- Jackson, M., Erikson, R. Goldthorpe, J.H. and Yaish, M. (2005), 'Primary and Secondary Effects in Class Differentials in Educational Attainment: the Transition to A-Level Courses in England and Wales'. Paper presented to the Royal Statistical Society, Oxford.
- Kahle, Irene (1993): Studierende mit Kindern. Die Studiensituation sowie die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden mit Kindern in der Bundesrepublik Deutschland. Hochschulplanung 97, HIS Hochschul-Informations-System GmbH, Hannover
- Kultusministerkonferenz (2009): Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber. Beschluss vom 06. März 2009
- Kultusministerkonferenz (2009): Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2009 - 2020, Zwischenstand, Bonn

- Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2006): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld
- Middendorff, Elke (2003): Kinder eingeplant? Lebensentwürfe Studierender und ihre Einstellung zum Studium mit Kind. HIS Kurzinformation A 4/ 2003, Hannover
- Middendorff, E. (2008): Social and Economic Conditions of Student Life in Europe. National Profile of Germany – eurostudent III 2005-2008, HIS-Projektbericht
- Middendorff, E. (2008): Studieren mit Kind. Ergebnisse der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informations-System. Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn, Berlin
- Middendorff, E.; Isserstedt, W.; Kandulla, M. (2009): Das soziale Profil in der Begabtenförderung. Ergebnisse einer Online-Befragung unter allen Geförderten der elf Begabtenförderungswerke im Oktober 2008. HIS-Projektbericht, April 2009
- Minks, K.-H. (2004): Wo ist der Ingenieurwachstum? In: Griesbach, Heinz; Fuchs, Martin: Aktuelle Informationen zur Attraktivität des Hochschulstandortes Deutschland, HIS Kurzinformation A5/ 2004, Hannover
- Müller, W.; Pollak, R. (2004): Weshalb gibt es so wenige Arbeiterkinder in Deutschlands Universitäten? In: Becker, R.; Lauterbach, W. (Hrsg.): Bildung als Privileg? Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Nöthen, M. (2005): Von der „traditionellen Familie“ zu „neuen Lebensformen“. Neuerungen in der Familienberichterstattung des Mikrozensus. In : Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik 1/ 2005, Wiesbaden, S. 25-40
- OECD (2009): Bildung auf einen Blick – OECD-Indikatoren 2009. Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris
- Pastohr, M.; Wolter, A. (2005): Studien- nachfrage und Nachwuchspotenziale in den Ingenieurwissenschaften - Das Beispiel Sachsen im Bundesvergleich. In: Beiträge zur Hochschulforschung 2/2005, München, S. 46-71
- Statistisches Bundesamt (2009): Deutsche Studierende im Ausland. Statistischer Überblick 1997 - 2007. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2005): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2004, Wiesbaden

- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA (2006): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Wank, J.; Willige, J.; Heine, Ch. (2009): Wohnen im Studium – Ergebnisse einer Online-Befragung im März und April 2009 im Auftrag des Deutschen Studentenwerks. HIS-Projektbericht, November 2009

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden/Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Misbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin/dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

